

Rainer, Helmut et al.

Research Report

Deutschland 2017 - Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland

ifo Forschungsberichte, No. 96

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Rainer, Helmut et al. (2018) : Deutschland 2017 - Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland, ifo Forschungsberichte, No. 96, ISBN 978-3-95942-054-9, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/191307>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschland 2017 –

Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland

*Helmut Rainer, Clara Albrecht, Stefan Bauernschuster, Anita Fichtl,
Timo Hener, Joachim Ragnitz*



Deutschland 2017 -

Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der
Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Autoren

Prof. Helmut Rainer, Ph.D

Clara Albrecht

Prof. Dr. Stefan Bauernschuster

Anita Fichtl

Dr. Timo Hener

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

April 2018

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-95942-054-9

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlags ist es auch nicht gestattet, dieses Buch oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen.

© ifo Institut, München 2018

Druck: ifo Institut, München

ifo Institut im Internet:
<http://www.cesifo-group.de>

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis

Einleitung.....	1
I. Soziale Sphäre.....	8
1. Hinführung und Kapitelstruktur	8
2. Überblick über den Forschungsstand	9
3. Soziale Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland	18
3.1 Vertrauen und Reziprozität.....	18
3.2 Altruismus	29
3.3 Verbundenheit und Nachbarschaft	32
3.4 Sorgen um sozialen Zusammenhalt.....	36
4. Ursachenforschung nach Ost-West-Unterschieden	38
4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?.....	39
4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.....	42
5. Fazit: Soziale Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland.....	54
II. Politische Sphäre.....	60
1. Hinführung und Kapitelstruktur	60
2. Überblick über den Forschungsstand	61
3. Politische Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland	65
3.1 Politisches Interesse und politische Orientierungen.....	65
3.2 Politische Partizipation und Wahlverhalten	76
3.3 Zufriedenheit, Vertrauen und Stolz	93
3.4 Zuwanderung, Integration und Extremismus.....	105
4. Ursachenforschung nach Ost-West-Unterschieden.....	154
4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?.....	155
4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.....	159
5. Fazit: Politische Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland	173

III. Ökonomische Sphäre	183
1. Hinführung und Kapitelstruktur	183
2. Überblick über den Forschungsstand	184
3. Ökonomische Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland	194
3.1 Ökonomische Lebensbedingungen	194
3.2 Gerechtigkeit und Ungleichheit	211
3.3 Risikopräferenzen	226
4. Ursachenforschung nach Ost-West-Unterschieden.....	230
4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?.....	231
4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.....	235
5. Fazit: Ökonomische Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland	245
VI. Familiäre Sphäre	254
1. Hinführung und Kapitelstruktur.....	254
2. Überblick über den Forschungsstand	255
3. Familiäre Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland	262
3.1 Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern	262
3.2 Aufgabenverteilung in der Haus- und Familienarbeit.....	273
3.3 Familie: Stellenwert, Zufriedenheit und Sorgen	278
4. Ursachenforschung.....	282
4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?.....	283
4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.....	287
5. Fazit: Private und Familiäre Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland.....	299
Zusammenfassung: Wächst zusammen, was zusammen gehört?	303
Anhang.....	318
Literaturverzeichnis	323

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vertrauen in Mitmenschen	19
Abbildung 2: Risikobereitschaft: Vertrauen in fremde Menschen	20
Abbildung 3: Freizeit: Kinobesuche, Besuch von Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Discos, Sportveranstaltungen	21
Abbildung 4: Freizeit: Aktiver Sport	22
Abbildung 5: Freizeit: Geselligkeit mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn.....	23
Abbildung 6: Freizeit: Kirchgang, Besuch religiöser Veranstaltungen	24
Abbildung 7: Zufriedenheit mit Freizeit.....	24
Abbildung 8: Wenn mir schweres Unrecht zuteil wird, werde ich mich, um jeden Preis bei der nächsten Gelegenheit dafür rächen	26
Abbildung 9: Wenn mich jemand beleidigt, werde ich mich ihm gegenüber auch beleidigend verhalten.....	26
Abbildung 10: Wenn mich jemand in eine schwierige Lage bringt, werde ich das Gleiche mit ihm machen	27
Abbildung 11: Wenn mir jemand einen Gefallen tut, bin ich bereit dies zu erwidern.....	28
Abbildung 12: Ich strengte mich besonders an, um jemandem zu helfen, der mir früher schon mal geholfen hat.....	28
Abbildung 13: Ich bin bereit, Kosten auf mich zu nehmen, um jemandem zu helfen, der mir früher einmal geholfen hat	29
Abbildung 14: Geld gespendet	30
Abbildung 15: Blut gespendet.....	30
Abbildung 16: Freizeit: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten	31
Abbildung 17: Freizeit: Mithelfen, wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist	32
Abbildung 18: Verbundenheit mit Gemeinde (Stadt) und ihren Bürgern.....	33
Abbildung 19: Gegend, wo man nachts nicht alleine gehen möchte	33
Abbildung 20: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Italiener als Nachbar?..	34
Abbildung 21: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa als Nachbar?	35
Abbildung 22: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Asylbewerber als Nachbar?.....	35
Abbildung 23: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Türke als Nachbar?.....	36
Abbildung 24: Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht	37
Abbildung 25: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen	41
Abbildung 26: Ost-West-Unterschiede nach Altersgruppen	43
Abbildung 27: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau	45
Abbildung 28: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen	47

Abbildung 29: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen	48
Abbildung 30: Ost-West-Unterschiede nach Kontakt zu Ausländern	50
Abbildung 31: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote	52
Abbildung 32: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungszusammensetzung... ..	53
Abbildung 33: Allgemeines Politisches Interesse	67
Abbildung 34: Politisches Desinteresse	68
Abbildung 35: Links-Rechts-Selbsteinstufung	69
Abbildung 36: Anteile Selbsteinstufung Rechts	70
Abbildung 37: Autoritäre Unterwürfigkeit	71
Abbildung 38: Parteiidentifikation	72
Abbildung 39: Parteiidentifikations-Intensität	72
Abbildung 40: Was halten Sie von der CDU?	73
Abbildung 41: Was halten Sie von der SPD?	74
Abbildung 42: Was halten Sie von der FDP?	74
Abbildung 43: Was halten Sie von den Grünen?	75
Abbildung 44: Was halten Sie von der Partei DIE LINKE?	75
Abbildung 45: Was halten Sie von der Regierung?	76
Abbildung 46: Mitgliedschaft in Politischer Partei	78
Abbildung 47: Beteiligung Parteien, Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen	78
Abbildung 48: Beteiligung an Unterschriftensammlung in den letzten 12 Monaten	80
Abbildung 49: Teilnahme an genehmigter Demonstration in den letzten 12 Monaten	80
Abbildung 50: Mitarbeit an Organisation, Verband, Verein in den letzten 12 Monaten	81
Abbildung 51: Kontaktaufnahme zu Politiker oder Amtsperson in den letzten 12 Monaten	81
Abbildung 52: Wahlbeteiligung Absicht	83
Abbildung 53: Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen seit 1990	84
Abbildung 54: Wahlbeteiligung an Europawahlen seit 1994	85
Abbildung 55: Wahlbeteiligung an Landtagswahlen seit 1990	86
Abbildung 56: Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen seit 1990	87
Abbildung 57: Zweitstimmenanteile der Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS 90/Die Grünen, FDP bei Bundestagswahlen seit 1990	88
Abbildung 58: Zweitstimmenanteile der Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS 90/Die Grünen, FDP bei Landtagswahlen seit 1990	89
Abbildung 59: Zweitstimmenanteile der CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen seit 1990	90
Abbildung 60: Zweitstimmenanteile rechter Parteien und der AfD bei Bundestagswahlen seit 1990	91
Abbildung 61: Zweitstimmenanteile rechter Parteien und der AfD bei Landtagswahlen seit 1990	92
Abbildung 62: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	94
Abbildung 63: Zufriedenheit mit der nationalen Regierung	96
Abbildung 64: Politiker sind uninteressiert an einfachen Leuten	96

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 65: Vertrauen in den Deutschen Bundestag	98
Abbildung 66: Vertrauen in das Europäische Parlament	98
Abbildung 67: Vertrauen in Parteien.....	99
Abbildung 68: Vertrauen in Politiker.....	99
Abbildung 69: Vertrauen in die Justiz	100
Abbildung 70: Vertrauen in die Polizei.....	100
Abbildung 71: Stolz auf Grundgesetz.....	102
Abbildung 72: Stolz auf sozialstaatliche Leistungen.....	103
Abbildung 73: Stolz auf wirtschaftliche Erfolge	104
Abbildung 74: Stolz auf Deutsche Kunst und Literatur	104
Abbildung 75: Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa.....	108
Abbildung 76: Zuzug von Asylsuchenden	108
Abbildung 77: Zuzug von EU-Arbeitnehmern	109
Abbildung 78: Sorgen über Zuwanderung.....	110
Abbildung 79: Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.....	122
Abbildung 80: Ausländer belasten das soziale Netz.....	123
Abbildung 81: Ausländer stützen die Rentenversicherung.....	124
Abbildung 82: Ausländer begehen häufiger Straftaten.....	125
Abbildung 83: Ausländer nehmen die Arbeitsplätze weg	126
Abbildung 84: Ausländer verknappen Wohnungen.....	126
Abbildung 85: Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser anpassen	128
Abbildung 86: Ausländer sollten unter sich heiraten	129
Abbildung 87: Ausländern sollten jede politische Betätigung untersagt werden	129
Abbildung 88: Ausländer sollten das kommunale Wahlrecht erhalten.....	130
Abbildung 89: Ausländer sollten gleiche Sozialleistungen erhalten wie Deutsche	131
Abbildung 90: Einbürgerungskriterium: Sollte hier geboren sein	136
Abbildung 91: Einbürgerungskriterium: Deutsche Sprache wichtig	137
Abbildung 92: Einbürgerungskriterium: Eigener Lebensunterhalt	138
Abbildung 93: Doppelte Staatsbürgerschaft erlauben?.....	139
Abbildung 94: Ausländer sollten bei Arbeitsplatzmangel zurück in ihre Heimat geschickt werden.....	140
Abbildung 95: Fremder im eigenen Land.....	143
Abbildung 96: Sorgen über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland.....	144
Abbildung 97: Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte je 100.000 Einwohner.....	146
Abbildung 98: Straf- und Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund je 100.000 Einwohner.....	147
Abbildung 99: Juden nutzen deutsche Vergangenheit aus	149
Abbildung 100: Juden haben zu viel Einfluss auf der Welt	150
Abbildung 101: Scham über deutsche Verbrechen an Juden.....	151
Abbildung 102: Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.....	152

Abbildung 103: Antisemitische Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts je 100.000 Einwohner.....	153
Abbildung 104: Antisemitische Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts je 100.000 Einwohner, ohne Berlin.....	153
Abbildung 105: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen	158
Abbildung 106: Ost-West-Unterschiede für verschiedene Altersgruppen	161
Abbildung 107: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau	163
Abbildung 108: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen	165
Abbildung 109: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen	166
Abbildung 110: Ost-West-Unterschiede nach Kontakt zu Ausländern	169
Abbildung 111: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote	171
Abbildung 112: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungs- zusammensetzung	172
Abbildung 113: Beurteilung der Wirtschaftslage in Deutschland heute	195
Abbildung 114: Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschland in einem Jahr	197
Abbildung 115: Sorge um allgemeine wirtschaftliche Entwicklung.....	198
Abbildung 116: Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage heute	200
Abbildung 117: Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage in einem Jahr	201
Abbildung 118: Sorge um eigene wirtschaftliche Situation	202
Abbildung 119: Ist die eigene Alterssicherung ausreichend?	203
Abbildung 120: Zufriedenheit mit eigenem Einkommen.....	204
Abbildung 121: Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen	205
Abbildung 122: Zufriedenheit mit Arbeit	206
Abbildung 123: Furcht vor Arbeitsplatzverlust.....	207
Abbildung 124: Sorgen um eigenen Arbeitsplatz.....	208
Abbildung 125: Zustand des Hauses.....	209
Abbildung 126: Zufriedenheit mit Wohnung	210
Abbildung 127: Allgemeine Lebenszufriedenheit	211
Abbildung 128: Subjektive Schichtestufung	212
Abbildung 129: Subjektive Zuordnung zur Arbeiterschicht.....	213
Abbildung 130: Subjektive Zuordnung zur Mittelschicht.....	213
Abbildung 131: Rangunterschiede sind akzeptabel	214
Abbildung 132: Soziale Unterschiede sind im Großen und Ganzen gerecht.....	215
Abbildung 133: Soziale Ungleichheit in Deutschland ist nicht weiter reduzierbar.....	216
Abbildung 134: Bildungsmöglichkeit in Deutschland: jeder nach seiner Begabung.....	217
Abbildung 135: Was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück.....	218
Abbildung 136: Wichtiger als alle Anstrengungen sind die Fähigkeiten, die man mitbringt	219
Abbildung 137: Erfolg muss man sich hart erarbeiten.....	219

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 138: Gewinne werden in Deutschland gerecht verteilt	221
Abbildung 139: Gerechter Anteil am Lebensstandard	221
Abbildung 140: Staat soll für gutes Auskommen bei Not und Arbeitslosigkeit sorgen	223
Abbildung 141: Sozialleistungen kürzen oder ausweiten?	224
Abbildung 142: Staat soll Einkommensunterschiede abbauen	225
Abbildung 143: Einkommensdifferenz erhöht Motivation.....	225
Abbildung 144: Persönliche Risikobereitschaft.....	227
Abbildung 145: Risikobereitschaft bei beruflicher Karriere.....	228
Abbildung 146: Risikobereitschaft bei Geldanlagen	229
Abbildung 147: Wahrscheinlichkeit der Selbstständigkeit in nächsten zwei Jahren	230
Abbildung 148: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen	234
Abbildung 149: Ost-West-Unterschiede nach Altersgruppen	236
Abbildung 150: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau	238
Abbildung 151: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen.....	240
Abbildung 152: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen	241
Abbildung 153: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote	243
Abbildung 154: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungs- zusammensetzung.....	244
Abbildung 155: Herzliches und vertrauensvolles Verhältnis von berufstätiger Mutter zu Kindern	263
Abbildung 156: Inniges Verhältnis zwischen Mutter und Kleinkind trotz Vollzeitarbeit.....	264
Abbildung 157: Berufstätige Mutter schlecht für Kleinkind?	266
Abbildung 158: Arbeitende Mutter ist gut fürs Kind	266
Abbildung 159: Inniges Verhältnis zwischen Vater und Kleinkind trotz Vollzeitarbeit.....	268
Abbildung 160: Vollzeit arbeitender Vater schlecht fürs Kind	268
Abbildung 161: Mann geht arbeiten, Frau kümmert sich um Haushalt und Kind.....	270
Abbildung 162: Mutter und Vater arbeiten Vollzeit und teilen sich Haushalt und Kinder.....	271
Abbildung 163: Verheiratete Frau und Mutter sollte Arbeitsplatz freigeben, wenn der Mann gut verdient.....	272
Abbildung 164: Für Frau Karriere des Mannes wichtiger als eigene?	272
Abbildung 165: Erwerbstätigkeit Mutter mit Kind im Alter von 0 bis 14 Jahren	273
Abbildung 166: Zubereiten der Mahlzeiten	274
Abbildung 167: Kleine Reparaturen im Haus/Wohnung	275
Abbildung 168: Familie als Glücksvoraussetzung	279
Abbildung 169: Heirat bei dauernder Partnerschaft.....	279
Abbildung 170: Kind als Grund für Heirat	280
Abbildung 171: Zufriedenheit mit Familienleben	281
Abbildung 172: Bei dieser Zukunft keine Kinder mehr	281
Abbildung 173: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen	286
Abbildung 174: Ost-West-Unterschiede nach Altersgruppen	288
Abbildung 175: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau	290

Abbildung 176: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen	292
Abbildung 177: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen	293
Abbildung 178: Ost-West-Unterschiede nach Geschlecht	295
Abbildung 179: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote	297
Abbildung 180: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungs- zusammensetzung.....	298

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wirtschaftliche Grunddaten für die ostdeutschen Bundesländer.....	4
Tabelle 2: Sorgen über sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft	37
Tabelle 3: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	95
Tabelle 4: Vertrauen in politische Institutionen in Deutschland	101
Tabelle 5: Zuzug von bestimmten Gruppen aus dem Ausland.....	107
Tabelle 6: Beurteilung des Zuzugs von Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen	111
Tabelle 7: Deutschland sollte Flüchtlingen helfen.....	112
Tabelle 8: Anzahl aufzunehmender Flüchtlinge.....	113
Tabelle 9: Kann Deutschland den Zuzug der Flüchtlinge verkraften?	113
Tabelle 10: Eingliederungswille der Flüchtlinge?.....	113
Tabelle 11: Einschätzung zum Gelingen der Eingliederung von Flüchtlingen	114
Tabelle 12: Maßnahmen zur Arbeitsintegration von Flüchtlingen	114
Tabelle 13: Beurteilung der Höhe der bereitgestellten Finanzmittel im Zuge der Flüchtlingswanderung	115
Tabelle 14: Einstellungen zu Sachleistungen statt Geldleistungen für Flüchtlinge	115
Tabelle 15: Wird für Flüchtlinge zu viel getan?.....	115
Tabelle 16: Bewertung der Arbeit von Merkel in der Flüchtlingswelle	116
Tabelle 17: Bewertung Zusammenarbeit Bund und Länder bei der Flüchtlingskrise.....	116
Tabelle 18: Bringen Flüchtlinge eher Nachteile oder Vorteile?	117
Tabelle 19: Flüchtlinge: Risiko oder Chance in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.....	118
Tabelle 20: Mehr Kriminalität wegen Flüchtlingen erwartet?	119
Tabelle 21: Bedrohen Flüchtlinge unsere gesellschaftlichen Werte?.....	119
Tabelle 22: Gefährdet Flüchtlingskrise den Zusammenhalt in der EU?	119
Tabelle 23: Ausgaben für Flüchtlinge zu Lasten anderer Bereiche	120
Tabelle 24: Können Flüchtlinge den Fachkräftemangel beheben?.....	120
Tabelle 25: Ausländer in Deutschland: Vor- oder Nachteil?.....	121
Tabelle 26: Chancen und Risiken der in Deutschland lebenden Ausländer.....	121
Tabelle 27: Gehört der Islam zu Deutschland?.....	132
Tabelle 28: Beurteilung Einfluss des Islam in Deutschland	132
Tabelle 29: Einstellungen zum Islam	133
Tabelle 30: Ist der Islam eine Bedrohung für westliche Demokratien?.....	133
Tabelle 31: Akute Terrorgefahr durch islamistische Terroristen?	134
Tabelle 32: Was ist wichtig, um „wirklich deutsch“ zu werden?.....	135
Tabelle 33: Homogene Kultur	140
Tabelle 34: Einstellung zu Pegida	142

Tabellenverzeichnis

Tabelle 35: Einstellung zum Umgang mit Pegida: Sollte man Gespräche mit Pegida führen?.....	142
Tabelle 36: Einschätzung, ob Pegida rechtes Gedankengut vertritt	142
Tabelle 37: Erwartete Entwicklung der Pegida-Bewegung.....	143
Tabelle 38: Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland.....	144
Tabelle 39: Einstellungen zu Juden	148
Tabelle 40: Einstellungen gegenüber Israel	149
Tabelle 41: Erwartungen zur deutschen Wirtschaft	196
Tabelle 42: Zufriedenheit mit Marktwirtschaft in Deutschland.....	199
Tabelle 43: Persönliche Auswirkungen der verbesserten Wirtschaft	201
Tabelle 44: Sorgen um eigene Altersversorgung.....	203
Tabelle 45: Aufteilung der Betreuung der Kinder zwischen den Partnern.....	277
Tabelle 46: Individuelle Merkmale im Durchschnitt	320
Tabelle 47: Regionale Kontrollen im Durchschnitt über Raumordnungsregionen	321

Einleitung

In der vorliegenden Studie „Deutschland 2017“ wird ein detailliertes aktuelles Bild über viele Einstellungen und Verhaltensweisen in verschiedenen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland gezeichnet. Die Leitfrage lautet „Wächst zusammen, was zusammen gehört?“. Für eine Beantwortung dieser Frage ist die Analyse der Entwicklung verschiedener Einstellungen über die letzten 27 Jahre fundamental. Die Untersuchung schreibt damit die Studie „Deutschland 2014“ von Holtmann et al. (2015) fort, in der die Entwicklung für ausgewählte Einstellungen und Verhaltensweisen von west- und ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern über eine lange Periode, welche Zeiten der Trennung ebenso umfasste wie die ersten 25 Jahre nach der Vereinigung, nachgezeichnet wurde. Anknüpfend an diese Analysen werden die Ergebnisse dieser und vieler weiterer Einstellungen an den aktuellen Datenrand weitergeführt. Darüber hinaus wird stärker als in der Vorgängerstudie auch nach Ursachen für fortbestehende Einstellungsunterschiede gefragt: Neben einer rein deskriptiven Darstellung von Einstellungen zu Politik, Wirtschaft, aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, gesellschaftlichen Werten und Normen sowie Identitäten werden in der vorliegenden Studie im Gegensatz zur Vorgängerstudie mithilfe von Regressionsanalysen auch deren Determinanten untersucht, um daraus politische Handlungsempfehlungen ableiten zu können.

Mit der Gründung einer „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ am 1. Juli 1990 wurde die ökonomische Vereinigung der damals noch existierenden DDR und der Bundesrepublik Deutschland vollzogen; die politische Einheit folgte kurz danach am 3. Oktober 1990 im Wege des Beitritts der wiedergegründeten ostdeutschen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland. Hiermit verband sich die Erwartung, dass es auch zu einer raschen Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in beiden Landesteilen kommen würde – und zwar in dem Sinne, dass sich die Verhältnisse in Ostdeutschland an jene in Westdeutschland annähern und diese in kurzer Zeit erreichen würden. Für viele Menschen in Ostdeutschland war die Partizipation am westdeutschen Wohlstandsniveau die wesentliche Motivation dafür, in den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 ihre Stimme den vereinigungsfreundlichen Parteien zu geben; für die meisten Menschen in Westdeutschland war ausschlaggebend das Versprechen, dass die Vereinigung für sie mit nur geringen (finanziellen) Belastungen einhergehen würde. Die ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 resultierten daher in einer deutlichen Mehrheit für die amtierende Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP (mit 54,8% der Zweitstimmen), während die eher vereinigungskritischen Parteien (SPD, Bündnis90/Grüne) lediglich auf 38,6% der Stimmen kamen.

Zwar waren die Erwartungen auf einen schnellen (ökonomischen) Aufholprozess in den ostdeutschen Ländern überaus hoch; dennoch kam es nach der Vereinigung zunächst zu einem weitgehenden Zusammenbruch überkommener und gegenüber auswärtiger Konkurrenz nicht wettbewerbsfähiger wirtschaftlicher Strukturen in den ostdeutschen Ländern, während die westdeutsche Wirtschaft aufgrund der Nachfrage der Ostdeutschen nach westdeutschen Produkten und

der daraus resultierenden Kapazitätserweiterungen westdeutscher Unternehmen einen kräftigen konjunkturellen Aufschwung erlebte. Das änderte sich jedoch schon bald: Während Westdeutschland nicht zuletzt wegen der restriktiveren Geldpolitik und der stark zunehmenden finanziellen Transfers von West- nach Ostdeutschland im Jahr 1992 in eine Rezession abrutschte, setzte in Ostdeutschland ein schneller, vor allem durch das Engagement westdeutscher und ausländischer Investoren sowie durch den Nachholbedarf bei der Modernisierung der Bausubstanz in Ostdeutschland getragener wirtschaftlicher Aufschwung ein. Allerdings verlor dieser seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend an Schwung, mit dem Effekt einer nahezu gleichlaufenden konjunkturellen Entwicklung in beiden Teilen des vereinigten Deutschlands. Ungeachtet dessen sind die wirtschaftlichen Fortschritte in Ostdeutschland gegenüber der Situation in der DDR jedoch enorm. Dies betrifft nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (ausgedrückt in der Produktivität, und daraus abgeleitet: den Löhnen und den Einkommen), die staatlich bereitgestellte Infrastruktur (Straßen, Schulen, Hochschulen usw.), die Wohnsituation, die Belastung mit Umweltschadstoffen und vieles mehr. Verschlechtert hat sich allerdings die Situation am Arbeitsmarkt: Infolge niedriger Produktivität war die DDR geprägt durch einen beständigen Mangel an Arbeitskräften und einer daraus resultierenden hohen Beschäftigungsquote sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Nicht nur aufgrund des weitgehenden Zusammenbruchs überkommener Wirtschaftsstrukturen, sondern auch infolge des Aufbaus neuer, effizienterer Produktionsstätten mit einem geringeren Bedarf an Arbeitskraft stieg die Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern nach der Vereinigung stark an; zeitweise waren bei Einbeziehung der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterschiedlicher Art verdeckten Arbeitslosigkeit über 2,7 Mio. Personen in Ostdeutschland ohne regulären Arbeitsplatz. Die Unterbeschäftigungsquote erreichte damit Werte von 25% und mehr. Die für die Menschen in Ostdeutschland ungewohnte Konfrontation mit zeitweiliger oder gar dauerhafter Arbeitslosigkeit, zusammen mit einer verbreiteten Überforderung durch ein gänzlich neues Rechtssystem und dem verbreiteten Gefühl einer Benachteiligung bei der Überführung bisherigen Volkseigentums in privates Eigentum (im Wege des Verkaufs an meistbietende Investoren „aus dem Westen“ oder durch Restitution an frühere Eigentümer) hat bei vielen Bürgern der früheren DDR Enttäuschungen verursacht, die zum Teil bis heute nachwirken.

Die aus dem „Transformationsschock“ der frühen 1990er Jahre resultierende Desillusionierung verdeckt in der öffentlichen Wahrnehmung nur zu häufig die positiven Entwicklungen seit der Vereinigung (vgl. Tabelle 1): Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen hat sich von 1991 bis heute mehr als verdoppelt, die nominalen verfügbaren Einkommen je Einwohner sind um mehr als 150% gestiegen, und auch die Beschäftigungsentwicklung ist seit geraumer Zeit wieder positiv – die Arbeitsplatzausstattung je Einwohner liegt inzwischen wieder auf dem Niveau von 1991 und erreicht in einigen Regionen Ostdeutschlands sogar schon fast das westdeutsche Durchschnittsniveau. Dazu hat allerdings auch beigetragen, dass die Bevölkerung seit 1991 deutlich abgenommen hat, zum einen aufgrund eines starken, wenngleich temporären Rückgangs der Geburtenzahlen unmittelbar nach der Vereinigung, zum anderen aber auch aufgrund einer zeitweise äußerst hohen Abwanderung von Ostdeutschland nach Westdeutschland. Dabei sind

vor allem jüngere, überdurchschnittlich qualifizierte Erwerbspersonen nach Westdeutschland gezogen, was ungünstige Auswirkungen auf die Zusammensetzung der verbleibenden Bevölkerung in Ostdeutschland hatte und dementsprechend auch die Bedingungen für ein weiteres rasches Aufholen der ostdeutschen Wirtschaft verschlechtert hat.

Dem verbreiteten Eindruck einer im Ganzen nicht erfolgreichen Transformation der ostdeutschen Wirtschaft kann zwar nicht zugestimmt werden, gerade auch nicht bei einem Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, die von einem ähnlichen Ausgangsniveau gestartet sind. In der öffentlichen Wahrnehmung wird jedoch im Regelfall nicht der Vergleich mit der Situation in der DDR vorgenommen, sondern vielmehr der fortbestehende Abstand wichtiger Indikatoren zum Westen in den Mittelpunkt gerückt. Dies ist insoweit verständlich, als in der politischen Kommunikation zu Beginn der 1990er Jahre vor allem die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in den Mittelpunkt gerückt wurde, und dieses Ziel wurde in der Tat nicht erreicht: So liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als umfassender Wohlstandsindikator im Schnitt derzeit nur bei rund 70% des westdeutschen Niveaus, das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (also die statistisch gemessene Arbeitsproduktivität) bei knapp 80%, und das durchschnittliche Lohnniveau je Arbeitnehmer nur bei rund 81%. Da gleichzeitig ein Aufholen seit längerem kaum mehr stattfindet – seit dem Jahr 1996 hat sich beispielsweise die Lücke beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt lediglich um 8 Prozentpunkte verringert – und auch die vorliegenden Prognosen zur weiteren Angleichung von Wirtschaftskraft und Einkommen eher pessimistisch sind, hat sich in weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch der Medien, der Eindruck verfestigt, dass die ursprünglichen Ziele des „Aufbau Ost“ nicht erreicht werden konnten.

Tabelle 1: Wirtschaftliche Grunddaten für die ostdeutschen Bundesländer

	Jahr	Ostdeutschland ohne Berlin	1991=100	Westdeutsch- land=100
BIP je Einwohner (nominal)	1991	7342	100,0	32,6
	2015	26829	365,4	68,8
BIP je Einwohner (real)	2015	.	221,9	.
BIP je Erwerbstä- tigen (nominal)	1991	15821	100,0	34,4
	2015	57199	361,5	78,9
BIP je Erwerbstä- tigen (real)	2015	.	219,6	.
Bruttolöhne und -gehälter je Ar- beitnehmer	1991	11086	100,0	50,7
	2015	26857	242,3	80,5
Verfügbare Ein- kommen je Ein- wohner	1991	7248	100,0	52,7
	2015	18465	254,8	83,4
Erwerbstätige je Einwohner	1991	46	100,0	94,8
	2015	47	101,1	87,2
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbs- personen	1991	10,2	X	164,5
	2016	9,4	X	151,6
Einwohner	1991	14625	100,0	X
	2015	12551	85,8	X

Legende: „X“=Ausweis nicht sinnvoll. „.“=Angaben liegen nicht vor.

Quelle: AK VGR der Länder; Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Dieser Eindruck wird noch verstärkt dadurch, dass bis heute auch die Arbeitslosenquoten in vielen Teilen Ostdeutschlands noch deutlich höher sind als in Westdeutschland. Dabei wird jedoch gemeinhin übersehen, dass auch Westdeutschland kein homogener Wirtschaftsraum ist, und dass die Unterschiede in Wirtschaftskraft, Lohnniveau und Beschäftigungsmöglichkeiten dort ebenfalls stark ausgeprägt sind – bei regionaler Betrachtung teilweise sogar stärker als jene zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Die noch bestehenden Unterschiede zwischen dem

Osten und dem Westen sind insoweit nicht als Zeichen eines gescheiterten Transformationsprozesses anzusehen, sondern reflektieren wohl eher unterschiedliche Standortbedingungen, die sich einer wirtschaftspolitischen Einflussnahme weitgehend entziehen und insoweit wohl akzeptiert werden müssen.

Die öffentliche Wahrnehmung von persistenten ökonomischen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland dürfte auch die Einstellungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern beeinflussen. Hierauf deuten eine Reihe von Umfragen hin: Trotz einer allgemein durchaus hohen Zufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen empfinden sich Menschen in Ostdeutschland häufig als „benachteiligt“, als „abgehängt“ oder als „Bürger zweiter Klasse“. Derartige, negative konnotierte Einschätzungen, wenngleich sie nicht notwendigerweise die Realität widerspiegeln, können Auswirkungen auf das Verhalten und damit auf ökonomische und politische Fakten haben – so indem sie ökonomische Entscheidungen beeinflussen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen konkurrierenden Gruppen zerstören oder das Vertrauen in staatliche Institutionen und die Akzeptanz des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen. In dem Maße, in dem dies Auswirkungen auf das Wahlverhalten oder die politische Partizipationsbereitschaft der Menschen hat, können sich daraus auch gesamtdeutsch relevante Probleme ergeben. Schließlich können gesellschaftspolitisch relevante Einstellungen, wie z.B. die Akzeptanz unterschiedlicher Positionen und Meinungen, durch das Gefühl von (ökonomischer) Benachteiligung beeinflusst werden. In dieser Arbeit wird daher systematisch untersucht, inwieweit sich die Einstellungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland mit Blick auf ökonomische und politische Themen angeglichen haben beziehungsweise heute noch unterscheiden (insbesondere in den Abschnitten „ökonomische Sphäre“ und „politische Sphäre“).

Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland können sich allerdings auch durch die Sozialisierung der Menschen in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen ergeben. Zwar dürfte es einen „Grundkanon“ kulturell geprägter Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland geben, die aus der gemeinsamen Geschichte bis zum Jahr 1949, dem Jahr der Gründung von Bundesrepublik und DDR, resultieren. Untersuchungen zeigen, dass nationale Mentalitäten sich im Regelfall auf der Basis Jahrhunderte wählender gesellschaftlicher Traditionen und Erfahrungen herausbilden. Dennoch dürften die Einstellungen der Bevölkerung in Ostdeutschland in nicht unbeträchtlichem Maße auch direkt (durch eigenes Erleben) oder indirekt (durch die Erziehung in Schule und Elternhaus) durch die Zeit in einer sozialistischen geprägten Gesellschaftsordnung beeinflusst sein. Hierfür spricht insbesondere auch, dass die Erziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“ als oberstes Gebot des Bildungssystems der DDR galt und dass die Staatsführung durchaus erfolgreich auch alle Möglichkeiten nutzte, die Überlegenheit des sozialistischen gegenüber dem kapitalistischen System (dem „Klassenfeind“) zu propagieren. Gleichzeitig versuchte sich die DDR nach außen hin abzuschotten, so dass die Entwicklung weltoffener und liberaler gesellschaftlicher Positionen, wie sie in Westdeutschland seit 1968 in Reaktion auf die Studentenbewegung und die Anwerbung von ausländischen Gastarbeitern stattfand, in der DDR weitgehend ausblieb. Stattdessen setzte die DDR-Führung auf eine starke

Überwachung und gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung systemkritischer Personen, was zu einem Klima des Misstrauens in der Bevölkerung beigetragen haben dürfte.

Im Zuge dieser Arbeit wird deshalb auch der Frage nachgegangen, inwieweit die Sozialisierung in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu persistenten Einstellungsunterschieden zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen oder gar zu Unterschieden in den gesellschaftlich anerkannten Normen geführt haben könnte oder ob sich die Einstellungen in diesen Lebensbereichen angeglichen haben. Dies geschieht unter anderem mit Blick auf die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern („familiale Sphäre“), den Erwartungen an staatliche Interventionen oder der Einstellungen gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten („politische Sphäre“) oder der Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement als wesentlicher Grundvoraussetzung für die Schaffung von „Sozialkapital“ („soziale Sphäre“).

Aufbauend auf diesen Grundüberlegungen wird in den nachfolgenden Kapiteln untersucht, inwieweit Einstellungen und Verhaltensmuster der Menschen in Ost- und Westdeutschland in den genannten Bereichen (ökonomische, politische, familiale und soziale Sphäre) Gemeinsamkeiten oder Unterschiede aufweisen. Hierzu wird jeweils zunächst eine ausführliche Analyse der relevanten theoretischen und empirischen Literatur vorgenommen. Es folgen eigene detaillierte Auswertungen unterschiedlicher Datensätze, wobei in den einzelnen Themenfeldern jeweils eine Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren herangezogen wird. Im Ergebnis zeigt sich, dass bei einigen der untersuchten Aspekte von Anfang an nur geringe Unterschiede zwischen beiden Landesteilen bestanden; bei anderen wiederum ist trotz anfänglich größerer Differenzen eine Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland eingetreten (zumeist durch Anpassung der Einstellungen in Ostdeutschland). Es finden sich aber auch eine ganze Reihe von Indikatoren, bei denen Unterschiede bis zum aktuellen Rand fortbestehen. Der Fokus der Studie liegt jedoch nicht auf einer Bewertung bestehender Einstellungen; diese muss den politischen Entscheidungsträgern vorbehalten bleiben.

Die deskriptive Analyse beruht im Regelfall auf Durchschnittsangaben; das heißt, es wird lediglich zwischen Ost- und Westdeutschland differenziert. Sie liefert damit wertvolle Erkenntnisse zum Stand der „inneren Einheit“, erlaubt aber keine Aussagen über mögliche Ursachen von fortbestehenden Ost-West-Unterschieden. In einem weiteren Untersuchungsschritt werden deshalb jene Einstellungen und Verhaltensmuster, bei denen sich noch immer deutliche Ost-West-Unterschiede zeigen, einer tiefergehenden Analyse unterzogen. Dabei wird für alle untersuchten Sphären untersucht, inwieweit die Ost-West-Differenzen durch strukturelle Unterschiede (also z.B. durch eine unterschiedlichen soziale bzw. demographische Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung, durch Unterschiede in der jeweiligen wirtschaftlichen Situation oder auch durch siedlungsstrukturelle Faktoren) erklärt werden können und in welchen Bevölkerungsgruppen die Unterschiede vornehmlich vorherrschen. Für die Analysen werden dabei sowohl individuelle als auch regionale Erklärungsfaktoren verwendet.

Es zeigt sich, dass sich Ost- und Westdeutschland in vielen Merkmalen unterscheiden, die wiederum die jeweiligen Einstellungen beeinflussen können. Beispielsweise sind die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt älter, verfügen über geringere Haushaltseinkommen und haben seltener einen Migrationshintergrund; außerdem sind die ostdeutschen Regionen von höherer Arbeitslosigkeit geprägt. Anhand der Ergebnisse von Regressionsanalysen kann ermittelt werden, ob die Einstellungsunterschiede auch bei einer hypothetischen Angleichung dieser Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschland fortbestehen würden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Ost-West-Unterschiede in den meisten Fällen zwar bei gleicher struktureller Zusammensetzung der Bevölkerung geringer würden, allerdings nicht vollends verschwinden.

Im zweiten Analyseschritt wird schließlich untersucht, in welchen Bevölkerungsgruppen die Ost-West-Unterschiede besonders groß sind. Hier wird insbesondere nach Alter und Bildungsstand unterschieden. Dabei zeigt sich, dass große Einstellungsunterschiede vor allem bei älteren Bevölkerungsschichten bestehen -also bei jenen Bürgern, deren Wertesystem stark von der DDR geprägt ist-, während bei jüngeren Befragten die Unterschiede weitaus geringer ausfallen und teilweise gänzlich verschwinden. Zudem sind die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland umso kleiner, je höher der Bildungsstand der Befragten ist. Dies gibt Anlass zu der Erwartung, dass nicht alle der konstatierten Ost-West-Unterschiede tatsächlich auf Dauer fortbestehen werden.

Die Ergebnisse der drei Untersuchungsschritte – Literaturüberblick, deskriptive Untersuchung und regressionsanalytisch gestützte Ursachenanalyse – werden schließlich für alle vier untersuchten Themenfelder in einem Fazit verdichtet.

I. Soziale Sphäre

1. Hinführung und Kapitelstruktur

Die Art und Weise, wie die Menschen in einer Gemeinschaft miteinander umgehen und zusammenleben, spielt eine entscheidende Rolle für den Zustand, die Stabilität und die Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft. Wo sich Menschen begegnen, miteinander in Beziehung treten, Verantwortung füreinander übernehmen, sich gegenseitig helfen und sich gesellschaftlich engagieren – in der Familie, im Freundes- und Nachbarschaftskreis, in Vereinen, Netzwerken oder Organisationen – entsteht Sozialkapital. Das vorhandene Sozialkapital in einer Gesellschaft gilt als Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Putnam et al. 1993; Putnam 2000; Coleman 1988).

Die Bindungen und Beziehungen, sowie Normen und Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft beschreiben das vorhandene Sozialkapital, welches oft auch als Kitt oder Bindemittel einer Gesellschaft bezeichnet wird (OECD 2007). Es bildet sich beispielsweise bei der Interaktion von Menschen in freiwilligen Vereinigungen oder bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten. Dort werden Informationen, etwa über lokal relevante Themen, ausgetauscht, die das politische Interesse oder gesellschaftliche Engagement der Menschen steigern können. Außerdem wird soziales Vertrauen aufgebaut und Normen der Reziprozität werden gefestigt. Dieses erlernte soziale reziproke Vertrauen wird auch außerhalb der Vereinigung wirksam und wird zum generalisierten Vertrauensbestand einer Gesellschaft. Das entstandene Sozialkapital stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie (Putnam 2000). Es entfaltet auch positive Auswirkungen auf viele weitere Bereiche. Ein höherer Vertrauensbestand in einer Gesellschaft beeinflusst unter anderem auch die wirtschaftliche Entwicklung positiv (Knack und Keefer 1997; Arrow 1972).

Aufgrund der großen Bedeutung von Sozialkapital für den Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist es sehr wichtig, dass gesellschaftliches Engagement und soziales Vertrauen in allen Teilen Deutschlands gelebt werden. Vor allem beim Vertrauen der Menschen untereinander – als Kernelement des Sozialkapitals – und dem reziproken Verhalten der Menschen könnten die Erfahrungen in den beiden unterschiedlichen Systemen der früheren BRD und der ehemaligen DDR (Stichworte: Überwachungsstaat, Inoffizielle Mitarbeiter) noch dauerhaft nachwirken (Rainer und Siedler 2009a).

Im vorliegenden Kapitel liegt der Fokus auf der Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die auf das Sozialkapital in Ost- und Westdeutschland schließen lassen. Nach einer übergreifenden und ausführlichen Analyse der Ergebnisse aus der relevanten Literatur (Abschnitt 2) folgen detaillierte deskriptive Auswertungen unterschiedlicher Datensätze (Abschnitt 3). Es werden viele verschiedene Einstellungen und Verhaltensweisen im Zeitablauf beschrieben und auf mögliche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in Ost- und Westdeutschland hin untersucht. Konkrete Untersuchungsgegenstände sind das soziale Vertrauen und Normen der Reziprozität

sowie unterschiedliche Formen der Freizeitaktivitäten (Punkt 3.1), altruistisches Verhalten (Punkt 3.2), die Verbundenheit zur lokalen Gemeinde und zur nachbarschaftlichen Wohnumgebung (Punkt 3.3), sowie die Sorgen um den sozialen Zusammenhalt (Punkt 3.4). Im letzten Teil der Analyse werden ausgewählte vorgefundene Differenzen in den Einstellungen und Verhaltensweisen anhand von Regressionsanalysen näher auf ihre Ursachen hin untersucht (Abschnitt 4). Ein Fazit schließt das Kapitel der Sozialen Sphäre. Es fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und widmet sich der Frage, ob sich das vorhandene Sozialkapital, bestehend aus den hier analysierten Einstellungen und Verhaltensweisen, in beiden Landesteilen angeglichen oder womöglich auseinander entwickelt hat, beziehungsweise gleichbleibend unterschiedlich ist (Abschnitt 5).

2. Überblick über den Forschungsstand

Sozialkapital und seine Determinanten

„Sozialkapital“ ist eines der in den letzten Jahrzehnten am meisten diskutierten Konzepte der Sozialwissenschaften. Dabei variiert die konkrete Definition von Sozialkapital nicht nur zwischen den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen, sondern auch innerhalb dieser. Trotz definitorischer Unterschiede ist mittlerweile weithin akzeptiert, dass die sozialen Beziehungen eines Menschen und gegenseitiges Vertrauen positive Effekte auf diverse Ergebnisgrößen haben können.¹

Der Begriff „Sozialkapital“ wurde von Loury (1977) eingeführt. Loury (1977) bezeichnete damit soziale Beziehungen, die neben Bildung und Fähigkeiten als wertvolle Ressourcen dienen, um beispielsweise Erfolg am Arbeitsmarkt zu haben. Coleman (1990) hob hervor, dass Sozialkapital nicht wie etwa Humankapital im Menschen selbst verankert ist, sondern in den sozialen Beziehungen zwischen Menschen. Dabei kann Sozialkapital genauso wie Humankapital oder physisches Kapital produktive Tätigkeiten vereinfachen. Eine Gruppe, deren Mitglieder sich gegenseitig vertrauen und das in sie gesetzte Vertrauen nicht missbrauchen, erreicht mehr als eine Gruppe, denen es an Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit fehlt (Coleman 1990). Putnam et al. (1993, S. 167) definieren Sozialkapital als „Eigenschaften einer sozialen Organisation, wie etwa Vertrauen, Normen, und Netzwerke, die die Effizienz der Gesellschaft verbessern können“. Granovetter (2005) fasst die soziologische Sozialkapital-Literatur zusammen und hält fest, dass es drei Kanäle gibt, über die Sozialkapital, insbesondere in Form von sozialen Netzwerken, ökonomische Ergebnisgrößen beeinflusst. Erstens werden über soziale Netzwerke Informationen zugänglich und verifizierbar, die man ansonsten gar nicht erhalten oder nicht als vertrauenswürdig

¹ Während Holtmann et al. (2015) in der Studie Deutschland 2015 das Konzept „Sozialkultur“ in den Fokus rücken und damit die „soziale(n) Umgebungen, in welchen nichtpolitische Richtwerte wie Vertrauen und informelle Regeln sozialen Verhaltens vermittelt werden“ meint, ist in diesem Bericht das Konzept „Sozialkapital“ zentral. „Sozialkapital“ ist eng mit „Sozialkultur“ verbunden, konzentriert sich aber eher auf den Aspekt, dass Menschen in soziale Beziehungen tatsächlich investieren, sie als Ressource nutzen, und daraus auf unterschiedliche Weise Nutzen ziehen können.

I. Soziale Sphäre

einschätzen könnte. Zweitens fungieren soziale Netzwerke aufgrund ihrer persönlichen Komponente als effektive Belohnungs- und Bestrafungsinstitutionen. Und drittens kann in einem sozialen Netzwerk gegenseitiges Vertrauen entstehen, welches Grundlage für das Zustandekommen von Austauschbeziehungen trotz unvollständiger Verträge ist und die Effizienz von Austauschbeziehungen erhöht. Schon Arrow (1972) betonte, dass jede Geschäftsbeziehung ein Element von Vertrauen innehat und dass ein Großteil der ökonomischen Rückständigkeit in der Welt durch fehlendes gegenseitiges Vertrauen erklärt werden kann.

In einem umfangreichen Überblick über die interdisziplinäre Literatur arbeiten Durlauf und Fafchamps (2006) heraus, dass bei den vielfachen Definitionen von Sozialkapital drei grundlegende Vorstellungen identifiziert werden können. Die erste Vorstellung beinhaltet, dass durch Sozialkapital positive externe Effekte für die Mitglieder einer Gruppe entstehen. Die zweite Vorstellung geht davon aus, dass diese positiven Externalitäten durch gegenseitiges Vertrauen, gemeinsame Normen und Werte sowie die dadurch bedingten Erwartungen und Verhaltensweisen erzielt werden. Die dritte Vorstellung lautet, dass dieses gegenseitige Vertrauen, gemeinsame Normen und Werte durch informelle Organisationsformen entstehen, die auf sozialen Netzwerken und Vereinigungen beruhen. Die Tatsache, dass sich diese drei grundlegenden Vorstellungen in unterschiedlichen Arbeiten immer wieder finden, heißt jedoch nicht notwendigerweise, dass alle drei Vorstellungen zusammen erfüllt sein müssen, um von Sozialkapital sprechen zu können. Beispielsweise, so Durlauf und Fafchamps (2006), können gemeinsame Normen und Werte auch durch formelle Institutionen wie Gesetze oder Gerichte entstehen und nicht nur durch informelle Organisationsformen. Durlauf und Fafchamps (2006) hinterfragen sogar, ob gemeinsame Normen und Werte zwingend notwendig sind, um soziale Netzwerke gewinnbringend zu nutzen.

Einem breiten Nicht-Fachpublikum wurde der Begriff „Sozialkapital“ durch Robert Putnams (2000) populärwissenschaftliches Buch „Bowling Alone“ bekannt. Darin beklagt er, dass Menschen in den USA sich immer weniger in politischen, sozialen oder religiösen Vereinigungen engagieren. Sogar innerhalb von Familien zeigt sich eine gewisse Art sozialer Entkoppelung, wenn Familien beispielsweise immer seltener gemeinsam zu Abend essen. Putnam (2000) macht als möglichen Grund für diesen Rückgang sozialer Beziehungen das Fernsehen aus. In der Tat findet Olken (2009), dass Fernsehen und Radio Sozialkapital zerstören können. In seiner Analyse nutzt er zwei exogene Variationen im Fernseh- und Radioempfang in Indonesien, um kausale Effekte von Fernsehen und Radio auf Sozialkapital zu identifizieren: a) das gebirgige Terrain Indonesiens, welches den Signalempfang vor allem in ländlichen Regionen erheblich beeinflusst, und b) zeitlich-räumliche Variation in der Einführung von Privatfernsehen. Mit besserem Signalempfang und einem größeren Angebot an Fernsehprogrammen steigt die Zeit, die man mit Fernsehen und Radio verbringt und das Engagement in gesellschaftlichen Vereinigungen geht zurück. Nicht zuletzt sinkt auch das gegenseitige Vertrauen, ein in der Literatur anerkanntes alternatives Maß für Sozialkapital. Bauernschuster et al. (2014) untersuchen, ob das Internet ähnliche negative Effekte auf Sozialkapital hat wie das Fernsehen. Hierbei nutzen sie aus, dass die Deutsche Bundes-

post nach der Wende in vielen Regionen Ostdeutschlands, in denen kein Telefonnetzwerk vorhanden war, Leitungen mit OPAL-Technologie verlegte. Diese Technologie galt damals als extrem fortschrittlich und zukunftssträftig. Doch als sich im Zuge der Internetrevolution der DSL Standard etablierte, hatten die an die OPAL-Technologie angeschlossenen Haushalte keine Chance auf einen Breitband-Internetanschluss. Denn der DSL Standard funktioniert zwar einwandfrei auf herkömmlichen Kupferleitungen, nicht jedoch auf OPAL-Leitungen. Auf Basis von georeferenzierten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) in Verbindung mit vertraulichen Daten der Deutschen Telekom zu den an allen Hauptverteilern installierten Technologien zeigen Bauernschuster et al. (2014), dass ein Breitband-Internetanschluss keinerlei negative Auswirkungen auf soziale Tätigkeiten wie den gegenseitigen Besuch von Freunden, den Besuch von Kinos, Restaurants, Theatervorstellungen, Ausstellungen oder Sportveranstaltungen sowie ehrenamtliches und politisches Engagement hatte. Sie erklären diese Ergebnisse damit, dass das Internet im Gegensatz zu Fernsehen und Radio kein rein passives Medium ist, das man einfach konsumiert. Vielmehr bietet das Internet die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen zu vernetzen und sich auszutauschen, um sich schließlich auch in der realen Welt zu treffen. Zudem liefert es Zugang zu stets aktuellen Informationen über lokale Veranstaltungen, Vereine und Vereinigungen; oft können Eintrittskarten einfach online bestellt oder Beitrittsformulare online ausgefüllt und verschickt werden. Dadurch senkt das Internet die Kosten der Beteiligung an gesellschaftlichen Veranstaltungen.

Glaeser et al. (2002) argumentieren, dass Menschen bewusst in Sozialkapital investieren, wenn die dadurch erzielten Vorteile die Kosten der Investition überwiegen. Dabei definieren sie Sozialkapital als soziale Fähigkeiten und Charisma eines Individuums; aber auch die Ergebnisse sozialer Fähigkeiten wie die Größe des Bekanntenkreises gelten als Sozialkapital. All diese Elemente haben gemein, dass sie es ermöglichen, Nutzen aus den Interaktionen mit anderen zu ziehen. Investitionen in Sozialkapital lohnen sich umso eher, je länger der Amortisationszeitraum ist. Glaeser et al. (2002) zeigen, dass im Einklang mit dieser Hypothese Sozialkapital über den Lebenszyklus zunächst ansteigt, bevor es im Alter wieder abnimmt. Soziale Beziehungen fallen mit physischer Distanz, was bedeutet, dass Sozialkapital eher lokal ist. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Investitionen in Sozialkapital mit erwarteter Mobilität sinken. Entsprechend zeigt sich auch, dass Hauseigentümer, deren erwartete Mobilität unterdurchschnittlich sein dürfte, mehr Sozialkapital haben als Mieter. Zudem verfügen Menschen mit Berufen, in denen soziale Fähigkeiten stärker entlohnt werden, über mehr Sozialkapital. Schließlich argumentieren Glaeser et al. (2002), dass geduldige Menschen, also Menschen, die zukünftige Erträge weniger stark diskontieren, sowohl mehr in Sozialkapital als auch in Humankapital investieren. Dadurch entsteht eine positive Korrelation zwischen Sozialkapital und Humankapital.

Neben diesen Determinanten für Sozialkapital aus Investitionsperspektive können auch weitere individuelle Erfahrungen und regionale Charakteristika die Höhe des Sozialkapitals beeinflussen, wie Alesina und La Ferrara (2002) zeigen. Sie messen Sozialkapital anhand von gegenseitigem Vertrauen und verwenden als Datenbasis den U.S. General Social Survey der Jahre 1974 bis 1994.

Sie weisen nach, dass traumatische Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit sowie die Zugehörigkeit zu einer sich diskriminiert fühlenden Minderheit zu geringerem Vertrauen führen. Weiterhin vertrauen ökonomisch weniger erfolgreiche Menschen ihren Mitmenschen weniger als reiche und gut gebildete Menschen. Schließlich ist das gegenseitige Vertrauen bei Menschen weniger ausgeprägt, die in Regionen wohnen, welche ethnisch sehr gemischt sind. Alesina und La Ferrara (2002) erklären dies damit, dass man Menschen weniger vertraut, die anders sind als man selbst. Außerdem zeigen sie, dass auch Menschen, die in Regionen mit hoher Einkommensungleichheit wohnen, weniger in ihre Mitmenschen vertrauen. Diesen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und fehlendem Vertrauen bestätigt Pryor (2012) mit Daten des World Value Survey zu 40 Ländern. Ganz analog zeigen Knack und Keefer (1997), dass sich Vertrauen besonders dann gut entwickelt, wenn ein Land sozial wenig polarisiert ist. Zudem scheinen auch formale Institutionen, die Eigentums- und Vertragsrechte sichern, sich positiv auf das Entstehen von Vertrauen und Kooperation auszuwirken (Knack und Keefer 1997).

Dies legt bereits nahe, dass auch politische Regime das grundlegende Vertrauen der Bevölkerung beeinflussen können. Konkret wird dies in Analysen, die die deutsche Trennung und Wiedervereinigung ausnutzen, deutlich. Das sozialistische Regime in der ehemaligen DDR baute mit der Stasi und dem Netzwerk von 174.000 inoffiziellen Mitarbeitern einen Überwachungsstaat auf, der die Freiheiten der Bürger empfindlich einschränkte. Rainer und Siedler (2009a) argumentieren, dass die Tatsache, dass sich die Menschen nie sicher sein konnten, dass sie nicht von ihren Nachbarn, Bekannten und selbst Verwandten überwacht werden, gegenseitiges Misstrauen hervorgeufen haben könnte. In der Tat zeigen sie anschließend mit den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), dass unmittelbar nach der Wiedervereinigung Ostdeutsche ihren Mitmenschen deutlich weniger Vertrauen schenken als Westdeutsche. Auch in den ersten zwölf Jahren nach der Wiedervereinigung ist bei Ostdeutschen kein Anstieg im Vertrauen in Mitmenschen zu erkennen. Pryor (2012) generalisiert dieses Ergebnis von Rainer und Siedler (2009a), indem er anhand von Daten aus dem World Value Survey zeigt, dass Menschen aus den ehemals kommunistischen Ländern des Ostblocks zehn Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs ihren Mitmenschen immer noch weniger vertrauen als Menschen aus den marktwirtschaftlich geprägten westlichen Ländern. Rainer und Siedler (2009a) weisen nach, dass die fehlende Konvergenz im Vertrauen zwischen Ost- und Westdeutschen insbesondere durch die widrigen ökonomischen Gegebenheiten, die viele Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung erfahren, erklärt werden kann. Im Gegensatz zum Vertrauen in Mitmenschen finden Rainer und Siedler (2009a) beim Vertrauen in staatliche Institutionen eine deutliche Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschen in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Heineck und Süßmuth (2013) erhärten das Ergebnis von Rainer und Siedler (2009a), dass Ostdeutsche ihren Mitmenschen deutlich weniger vertrauen als Westdeutsche. Die Verwendung von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) erlaubt es Heineck und Süßmuth (2013) im Gegensatz zu Rainer und Siedler (2009a), intrapersonale Korrelationen über die Zeit zu berücksichtigen; zudem verlängern sie den Beobachtungszeitraum bis 2008. Heineck und Süßmuth (2013) erkennen im zweiten Jahrzehnt

nach der Wiedervereinigung leichte Konvergenztendenzen beim gegenseitigen Vertrauen. Darüber hinaus zeigen sie, dass Ostdeutsche ihre Mitmenschen deutlich seltener als fair und hilfsbereit wahrnehmen und dass sich diese Ost-West-Unterschiede in den ersten 20 Jahren nach Wiedervereinigung nicht verkleinert haben. Ariely et al. (2014) bestätigen im Rahmen eines einmalig im Dezember 2013 in Berlin durchgeführten Feldexperiments das geringere Vertrauen bei Ostdeutschen. Sie arbeiten jedoch auch heraus, dass sich Ost- und Westdeutsche zumindest zu diesem Zeitpunkt nicht bezüglich des Vertrauens in Ostdeutsche unterscheiden, sondern lediglich bezüglich des Vertrauens in Westdeutsche. Diese Erkenntnis sollte berücksichtigt werden, wenn man die Ergebnisse aus der Umfrage Deutschland 2014 interpretiert. Hier geben gut 60 Prozent der Befragten in Ostdeutschland sowie in Westdeutschland an, dass das sie umgebende soziale Gefüge durch Vertrauen und Zusammenhalt geprägt ist. Nur jeweils etwa 10 Prozent bekunden gegenteilige Erfahrungen. Zumindest beim Vertrauen in das eigene Umfeld scheint es also mittlerweile zu einer Konvergenz gekommen zu sein (Holtmann et al. 2015). Ob dies auch für das Vertrauen in Westdeutsche gilt, bleibt allerdings fraglich.

Auswirkungen von Sozialkapital

Eine der ersten und damit bekanntesten Arbeiten, die sich empirisch mit den Auswirkungen von Sozialkapital beschäftigt haben, stammen von Putnam et al. (1993). Anhand selbst erhobener Daten evaluieren Putnam et al. (1993) die institutionelle Leistungsfähigkeit von zwanzig italienischen Provinzregierungen. Ihre Analysen zeigen, dass die gesellschaftliche Teilhabe in Form von Mitgliedschaften in Vereinen und Gruppen in Norditalien deutlich ausgeprägter ist als in Süditalien. Gleichzeitig sind die Provinzregierungen in Norditalien erkennbar effizienter und effektiver als die Provinzregierungen in Süditalien. Putnam et al. (1993) führen diesen positiven Zusammenhang zwischen sozialer Teilhabe und institutioneller Leistungsfähigkeit darauf zurück, dass das in den norditalienischen Regionen rege soziale Leben Vertrauen und Reziprozität zwischen den Mitmenschen hervorruft. Dies hilft wiederum dabei, Kooperationen zu etablieren, welche ansonsten aufgrund unvollständiger Verträge nicht zustande kommen würden. Auf individueller Ebene weisen Slemrod und Katuscak (2005) mit Daten des World Values Survey nach, dass Vertrauen positiv, aber insignifikant mit dem eigenen Einkommen korreliert, während Vertrauenswürdigkeit/Reziprozität nur dann positive Effekte auf das eigene Einkommen hat, wenn im Land genügend gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist. Die Erklärung für dieses Muster ist leicht nachvollziehbar: Falls eine hinreichend hohe Gefahr besteht, dass fehlende Vertrauenswürdigkeit aufgedeckt wird und so zukünftige Geschäftspartner davon erfahren, steigen die Kosten fehlender Vertrauenswürdigkeit massiv. Besteht diese Gefahr nicht, so kann es sich für das Individuum lohnen, Menschen, die vertrauensvoll in sie investieren, auszunutzen und sich nicht reziprok zu zeigen.

Auch Guiso et al. (2004) setzen sich empirisch mit Sozialkapital in italienischen Provinzen auseinander. Als innovative Maße für Sozialkapital verwenden sie den regionalen Anteil der Blutspender im Jahr 1995 und die Wahlbeteiligung an regionalen Referenda in der Periode von 1946 bis

I. Soziale Sphäre

1989. Diese Daten bringen sie auf regionaler Ebene mit den Haushaltsdaten des Survey of Household Income and Wealth zusammen. Sie zeigen, dass Sozialkapital eine wichtige Rolle für die finanzielle regionale Entwicklung hat. In Regionen mit höherem Sozialkapital halten die Bürger weniger Bargeld und mehr Wertpapiere. Zudem haben sie einen einfacheren Zugang zu Krediten außerhalb des Familien- und Freundesnetzwerks. Diese positiven Sozialkapital-Effekte sind in Regionen mit eher geringer Bildung und schwacher institutioneller Rechtsdurchsetzung besonders stark ausgeprägt.

Mögliche Kanäle hinter diesen Effekten werden von McMillan und Woodruff (1999) ausgeleuchtet. Sie argumentieren, dass bei schwacher institutioneller Rechtsdurchsetzung Netzwerke von Firmen die fehlenden Institutionen ersetzen können. In Vietnam erhalten Kunden, die über Firmennetzwerke identifiziert werden, mehr Handelskredite als andere Kunden. McMillan und Woodruff (1999) glauben, dass diese Kunden durch Netzwerke diszipliniert werden können. Fallen ihre Kredite aus, hat dies nämlich nicht nur Folgen auf die unmittelbare Gläubigerfirma; vielmehr besteht darüber hinaus die Gefahr, dass die Firmen im Netzwerk der Gläubigerfirma dem Schuldner keine Handelskredite mehr gewähren. Sozialkapital in Form von Firmennetzwerken kann also dazu beitragen, dass Märkte selbst bei schwachen formalen Institutionen funktionieren. Ähnliche, wenn auch kleinere Effekte finden McMillan und Woodruff (1999) für Familiennetzwerke. Sanders und Nee (1996) konzentrieren sich auf letztere und zeigen, dass Familiennetzwerke Sozialkapital bereitstellen, welches Entrepreneuren Zugang zu finanziellen Ressourcen und Versicherungen sichert. Zu diesen Ergebnissen passt auch die Studie von Michelacci und Silva (2007), die dokumentiert, dass in Italien und den USA der Anteil der Entrepreneure, die in der Heimatregion arbeiten, viel höher ist als der entsprechende Anteil der abhängig Beschäftigten. Michelacci und Silva (2007) stellen dar, dass es deshalb so viele „lokale Entrepreneure“ gibt, weil Einheimische das lokal vorhandene Sozialkapital ausnutzen können und so Zugang zu finanziellen Ressourcen erhalten. Diese würden sie als Neuankömmlinge in einer fremden Region aufgrund fehlenden Sozialkapitals nicht erhalten. Diese lokalen Entrepreneure haben neben einer höheren Fremdkapitalquote mehr Beschäftigte, und sie arbeiten mit kapitalintensiveren Technologien. Knack und Keefer (1997) argumentieren, dass geringes Sozialkapital und fehlendes gegenseitiges Vertrauen in einer Region Entrepreneure dazu veranlassen könnte, ihre vorhandenen Ressourcen eher in die Kontrolle von Partnern, Arbeitnehmern oder Zulieferern zu stecken als in die Entwicklung innovativer Produkte und Prozesse. Bauernschuster et al. (2010) zeigen für Deutschland mit den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), dass Sozialkapital, gemessen anhand von Mitgliedschaften in Vereinen, die Wahrscheinlichkeit zu gründen erhöhen kann. Dabei ist diese Art von Sozialkapital insbesondere in kleineren Gemeinden von großer Bedeutung, in denen Gründer typischerweise nicht in gleicher Weise auf eine breit ausgebaute Finanzinfrastruktur zurückgreifen können wie in Metropolen.

Aber auch abhängig Beschäftigte können von sozialen Netzwerken profitieren. Bayer et al. (2008) zeigen beispielsweise anhand von U.S. Zensusdaten, dass Menschen, die im selben Häuserblock wohnen eine um 33 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, gemeinsam in einem Unternehmen zu

arbeiten, als Menschen in naheliegenden Häuserblöcken. Den Autoren gelingt es, dieses Muster auf soziale Interaktionen zurückzuführen. Die Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft kennen sich, spielen sich Informationen zu offenen Stellen zu oder empfehlen Bekannte direkt dem eigenen Vorgesetzten. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen aus unmittelbarer Nachbarschaft in demselben Unternehmen arbeiten. Ganz ähnliche Schlüsse ziehen Dustmann et al. (2016) auf Basis von deutschen Arbeitsmarktpanelldaten und eigenen Umfragen. Außerdem erhalten Arbeitnehmer, die über ihre sozialen Netzwerke Arbeitsplätze gefunden haben, um mindestens 2,5 Prozent höhere Löhne, und sie bleiben länger bei ihrem Arbeitgeber. Dies impliziert, dass private Netzwerke Informationsmängel verringern und so Arbeitsmärkte effizienter gestalten, was sich letztlich positiv auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer auswirkt. Rainer und Siedler (2009b) weisen ähnliche Effekte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) nach. Ostdeutsche, die familiäre Beziehungen nach Westdeutschland hatten, zogen nach dem Fall der Mauer doppelt so wahrscheinlich von Ostdeutschland nach Westdeutschland und hatten dann in Westdeutschland auch eher einen Arbeitsplatz und höhere Löhne als Ostdeutsche ohne familiäre Netzwerkbeziehungen nach Westdeutschland. Boenisch und Schneider (2013) argumentieren, dass kommunistische Regime lose soziale Bindungen (weak ties) durch formale Institutionen zerstörten, wodurch die Menschen übermäßig in starke soziale Bindungen (strong ties) und informale Netzwerke investierten. Während durch weak ties Brücken zu bislang nicht miteinander verbundenen sozialen Gruppen geschlagen werden können und so Informationen schnell und weit diffundieren können, sind strong ties dazu nicht in der Lage (Granovetter 1973). Auf diese Weise führte die spezifische Art Sozialkapital, welches unter kommunistischen Regimen aufgebaut wurde, zu einem nachhaltigen Rückgang der Mobilität (Boenisch und Schneider 2013). Teils findet man das Argument, dass dies ein Hauptgrund für den langsamen Aufholprozess der ehemaligen Ostblock-Staaten nach Fall des Eisernen Vorhangs war (Paldam und Svendsen 2000).

Die auf der Mikroebene gefundenen Effekte, die belegen, dass Sozialkapital Arbeits- und Kapitalmärkte sowie ganz generell Handelsbeziehungen effizienter machen kann, sollten auch auf Makroebene ihren Niederschlag finden. Knack und Keefer (1997) untersuchen mit den Daten des World Values Survey, wie Sozialkapital, gemessen anhand von Vertrauen, Wirtschaftswachstum beeinflusst und finden einen starken positiven Zusammenhang. Im Gegensatz zu den Argumenten von Putnam et al. (1993), die Aktivitäten in Vereinen und Verbänden als Grundlage für Sozialkapital sehen, finden Knack und Keefer (1997) jedoch weder einen positiven Zusammenhang zwischen Vereinsmitgliedschaften und Vertrauen noch zwischen Vereinsmitgliedschaften und Wirtschaftswachstum.

Einen weiteren, naheliegenden Aspekt bezüglich der Rolle von Sozialkapital für regionales Wachstum bringen Burchardi und Hassan (2013) ins Spiel. Sie belegen, dass nach der Wiedervereinigung diejenigen westdeutschen Landkreise, deren Bürger historisch viele persönliche Beziehungen zu Menschen in Ostdeutschland hatten, in mehrfacher Hinsicht profitierten. Der Anteil der Entrepreneurinnen in der Bevölkerung stieg ebenso wie der Erfolg der Entrepreneurinnen und die

I. Soziale Sphäre

Wahrscheinlichkeit, dass Firmen dieser Landkreise in Ostdeutschland investierten. Dies alles führte zu einem deutlichen Anstieg im Pro-Kopf-Einkommen, der ohne die sozialen Beziehungen nach Ostdeutschland nicht möglich gewesen wäre: Eine Standardabweichung Anstieg im Anteil der Haushalte mit persönlichen Beziehungen nach Ostdeutschland im Jahr 1989 erhöhte das regionale Pro-Kopf-Einkommen über sechs Jahre um 4,7 Prozentpunkte. Um den exogenen Teil der sozialen Beziehungen westdeutscher Landkreise nach Ostdeutschland zu isolieren, nutzen Burchardi und Hassan (2013) Variation in der Zerstörung westdeutscher Landkreise nach dem Zweiten Weltkrieg. Je stärker die Zerstörung, desto knapper der regionale Wohnungsmarkt und desto weniger ostdeutsche Bürger mit persönlichen Beziehungen nach Ostdeutschland ließen sich in den Folgejahren im entsprechenden Landkreis nieder. Die persönlichen Beziehungen in die alte ostdeutsche Heimat waren während der Trennungsjahre nicht viel wert, konnten jedoch nach Wiedervereinigung wieder aufblühen und erzeugten dann die beschriebenen positiven Effekte. Haushalte mit persönlichen Beziehungen nach Ostdeutschland hatten nach der Wiedervereinigung einen komparativen Vorteil darin, die neuen ökonomischen Gelegenheiten, die sich in Ostdeutschland boten, zu nutzen.

Soziale Präferenzen in Ost- und Westdeutschland: Evidenz aus Laborexperimenten

In den bislang aufgeführten Studien wurde Vertrauen typischerweise anhand der Einschätzung einer Aussage gemessen, die etwa folgendermaßen lautete: „Im Großen und Ganzen kann man Menschen vertrauen.“ Die Befragten sollen hier angeben, ob sie dieser Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen, oder überhaupt nicht zustimmen. Möchte man soziale Präferenzen wie Vertrauen, Reziprozität oder Altruismus allerdings nicht nur anhand von kundengegebenen Einschätzungen zu Aussagen, sondern anhand von tatsächlichem Verhalten messen, kommt man bei der Verwendung von Beobachtungsdaten schnell an Grenzen. Deshalb haben Forscher begonnen, echte Entscheidungssituationen in Laborumgebungen aufzubauen, um so in einem kontrollierten Umfeld soziale Präferenzen anhand von tatsächlichem Entscheidungen und Handlungen zu messen. Im Folgenden sollen zwei dieser Laborexperimente beschrieben werden, in denen insbesondere Unterschiede in sozialen Präferenzen zwischen ost- und westdeutschen Teilnehmern herausgearbeitet wurden.

Eine bahnbrechende Studie zur experimentellen Identifizierung kultureller Unterschiede in sozialen Präferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen stammt von Ockenfels und Weimann (1999). Das Laborexperiment, welches im Jahr 1995 in Magdeburg (Ostdeutschland) und Bonn (Westdeutschland) durchgeführt wurde, besteht aus zwei Spielen. Im ersten Spiel wird die Kooperationsbereitschaft zur Produktion eines öffentlichen Gutes untersucht. Zehn Spieler erhalten jeweils 10 Spielmarken und werden in zwei Gruppen mit jeweils fünf Spielern aufgeteilt. Diese Spielsteine können in ein privates Gut investiert werden, wodurch pro eingesetzter Spielmarke 0,6 Geldeinheiten für den Investor ausbezahlt werden. Alternativ können Spielsteine in ein öffentliches Gut investiert werden, wodurch pro eingesetzter Spielmarke 0,2 Geldeinheiten ausbezahlt werden, jedoch nicht nur für den Investor, sondern für jedes Mitglied der Gruppe. Durch diesen Aufbau ist sichergestellt, dass es aus Gruppensicht am besten wäre, jedes Mitglied würde

alle Spielsteine in das öffentliche Gut einbezahlen. Aus individueller Sicht jedoch ist es am besten, ausschließlich in das private Gut zu investieren. Die Gruppe steht also vor einem Koordinations- beziehungsweise Kooperationsproblem. Ockenfels und Weimann (1999) weisen nach, dass Ostdeutsche substantiell weniger in das öffentliche Gut investieren als Westdeutsche. Im zweiten Spiel werden die Teilnehmer in Dreiergruppen aufgeteilt und jeder Teilnehmer gewinnt mit einer Wahrscheinlichkeit von zwei Drittel 10 Deutsche Mark; mit einer Wahrscheinlichkeit von einem Drittel geht der Teilnehmer leer aus. Bevor diese Lotterie jedoch durchgeführt wird, werden die Teilnehmer mit folgender Frage konfrontiert: Falls Sie gewinnen, wie viel würden Sie einem der Verlierer geben, wenn nur einer in Ihrer Gruppe verliert? Und wie viel würden Sie den beiden Verlierern geben, wenn Sie der einzige Gewinner sind? Ockenfels und Weimann (1999) zeigen, dass Ostdeutsche in etwa der Hälfte der Fälle nicht bereit waren, den Verlierern in ihrer Gruppe etwas von ihrem Gewinn abzugeben. Unter den Westdeutschen lag dieser Anteil bei nur einem Fünftel. Gleichzeitig erwarteten Westdeutsche auch signifikant höhere Beträge von den Gewinnern als Ostdeutsche. Ockenfels und Weimann (1999) betonen, dass man bei der Interpretation dieser auf den ersten Blick eindeutigen Ergebnisse Vorsicht walten lassen sollte. So sei das Verhalten der ostdeutschen Teilnehmer nicht unbedingt als „weniger kooperativ“ oder „unfair“ zu bezeichnen. Es könnte schlicht sein, dass die Normen der Kooperation in Ostdeutschland andere sind als in Westdeutschland, und dass die Teilnehmer erwarten, dass sich die anderen Teilnehmer entsprechend der bestehenden Normen verhalten. Die Tatsache, dass die Erwartungen über das Verhalten der Mitspieler das tatsächliche Verhalten der Mitspieler gut widerspiegelt, unterstützt diese Interpretation. Dann wäre nicht-kooperatives Verhalten aber nicht „unfair“, sondern lediglich Ausdruck der bestehenden Norm.

Brosig-Koch et al. (2011) replizieren die Studien von Ockenfels und Weimann (1999) im Jahr 2010 an den Universitäten Magdeburg (Ostdeutschland) und Duisburg-Essen (Westdeutschland) und überprüfen damit, ob sich die aufgedeckten Ost-West-Unterschiede in den analysierten Normen und Verhaltensweisen 20 Jahre nach Wiedervereinigung verringert haben. Sie erwarten, dass sich im Gegensatz zu politischen Präferenzen oder individuellen Einstellungen zu Institutionen soziale Präferenzen und Verhaltensweisen nur sehr langsam ändern. Dies liegt darin begründet, dass bei politischen Einstellungen und Werten keine interpersonale Koordination nötig ist, wodurch diese sich durch Veränderungen der polit-ökonomischen Bedingungen schnell ändern können. Eine Veränderung von sozialen Verhaltensweisen hin zu weniger Eigennützigkeit setzt jedoch die Koordination der Gesellschaft bezüglich einer neuen Norm voraus, was naturgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt. Tatsächlich unterstützen die Ergebnisse von Brosig-Koch et al. (2011) diese Hypothese, da die von Ockenfels und Weimann (1999) identifizierten Ost-West-Unterschiede selbst 20 Jahre nach Wiedervereinigung bestehen; es gibt keinen Hinweis auf eine Konvergenz der gemessenen sozialen Verhaltensweisen.

3. Soziale Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland

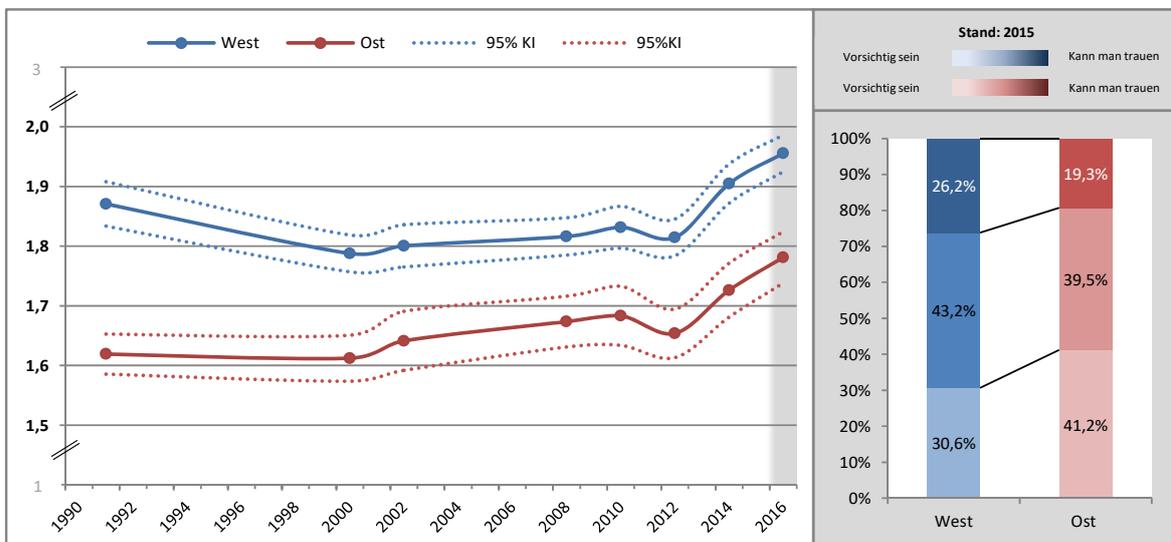
3.1 Vertrauen und Reziprozität

Soziales Vertrauen ist das Kernelement von Sozialkapital, welches wiederum ein wichtiger Grundpfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Wenn Menschen einander nicht vertrauensvoll begegnen, kann auch keine gelebte Demokratie und Marktwirtschaft entstehen. Wer seinem Nachbarn überhaupt nicht traut, wird auch seinem Geschäftspartner oder den ihn repräsentierenden Bundestagsabgeordneten und Politikern nicht trauen. Vertrauensbasierte Kontakte können sich an vielen verschiedenen Orten entwickeln, unter anderem bei Freizeitaktivitäten. Durch diese Begegnungen wird soziales Vertrauen aufgebaut und Normen der Reziprozität werden gefestigt. Einstellungen zum gegenseitigen Verhalten zwischen Menschen spiegeln die Reziprozitätsnormen innerhalb einer Gesellschaft wider. Diese geben ebenfalls Aufschluss über das vorhandene Sozialkapital einer Gesellschaft.

3.1.1 Vertrauen in Mitmenschen

Das Sozialkapital in einer Gesellschaft lebt vom Vertrauen der Menschen untereinander. In Abbildung 1 ist das generalisierte Vertrauen („Vertrauen in Fremde“) in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung dargestellt. Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 bis 3 einschätzen, ob man gegenüber den meisten Menschen nicht vorsichtig genug sein kann, es darauf ankommt oder man ihnen trauen kann. Ostdeutsche schenken anderen Menschen persistent weniger Vertrauen als Westdeutsche. Die Ost-West-Lücke war kurz nach der Wiedervereinigung am größten (0,25 Skalenpunkte) und wurde bis zur Jahrtausendwende etwas kleiner. Seitdem bewegt sich der Unterschied weitgehend auf dem gleichen Level. Die absoluten Vertrauenswerte schwankten bis 2012 in beiden Landesteilen relativ wenig; seitdem ist jedoch ein deutlicher Anstieg in Ost und West zu erkennen. Im Jahr 2016 vertrauen 26% in Westdeutschland den meisten ihrer Mitmenschen, in Ostdeutschland sind es 19%. Es sagen aber auch deutlich mehr Menschen im Osten (41%) als im Westen (31%), dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann. Die hier beschriebene Empirie stimmt mit den Ergebnissen der in Kapitel 2 vorgestellten Studie von Rainer und Siedler (2009a) überein.

Abbildung 1: Vertrauen in Mitmenschen

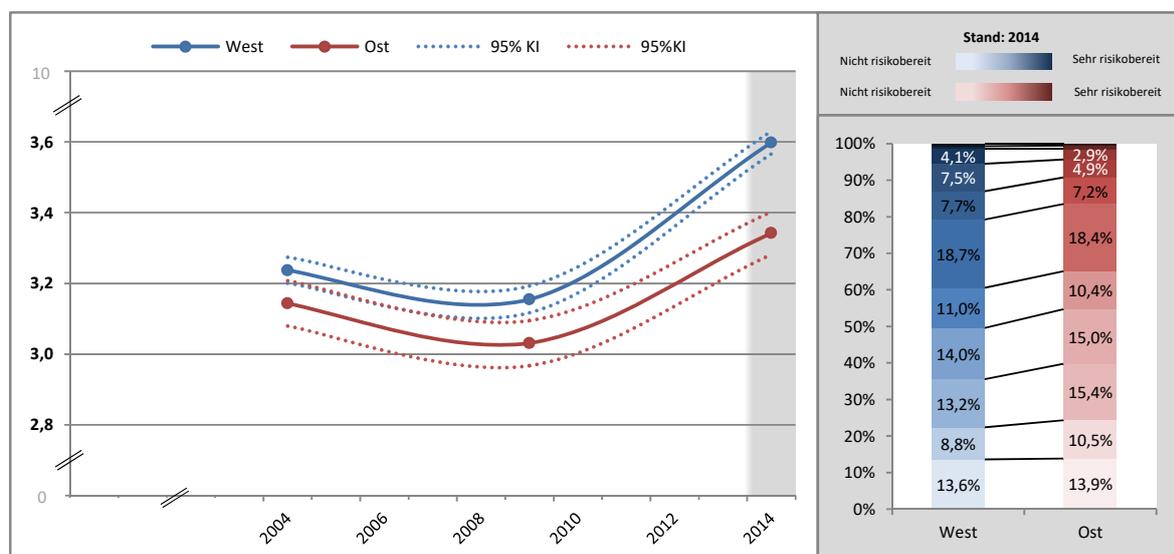


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen. Was ist Ihre Meinung dazu?“ Antwortmöglichkeiten: Man kann nicht vorsichtig genug sein (1), Das kommt darauf an (2), Den meisten Menschen kann man trauen (3).

Die Autoren kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass Ostdeutsche nach der Wiedervereinigung persistent weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen haben als Westdeutsche. Des Weiteren beschreiben Heineck und Süßmuth (2013) leichte Konvergenztendenzen in ihren Daten bis 2008. Dies ist hier ebenfalls zu erkennen.

Während bei den Einstellungen, seinen Mitmenschen zu vertrauen, in den 1990er Jahren zumindest eine leichte Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschen zu erkennen ist, ist bei der Risikobereitschaft, fremden Menschen Vertrauen entgegenzubringen, eine Divergenz zu erkennen (Abbildung 2, bei anderer Fragestellung und anderer Antwortskala). 2004 und 2009 finden sich noch ähnliche Werte in Ost- und Westdeutschland. Im Jahr 2014 ist dann ein kleiner, aber signifikanter Unterschied von 0,2 Skalenpunkten zu beobachten. Auf einer Skala von 0 „gar nicht risikobereit“ bis 10 „sehr risikobereit“ schätzen sich 36% der Befragten in Westdeutschland und 40% der Befragten in Ostdeutschland in Bezug auf ihr Vertrauen in fremde Menschen als nicht risikobereit ein (Antwortmöglichkeiten 0, 1, 2).

Abbildung 2: Risikobereitschaft: Vertrauen in fremde Menschen



Anmerkungen: SOEP 2014: „Man kann sich in verschiedenen Bereichen ja unterschiedlich verhalten. Wie würden Sie Ihre Risikobereitschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche einschätzen? Beim Vertrauen in fremde Menschen.“ Antwortmöglichkeiten: gar nicht risikobereit (0) – sehr risikobereit (10).

3.1.2 Freizeitaktivitäten

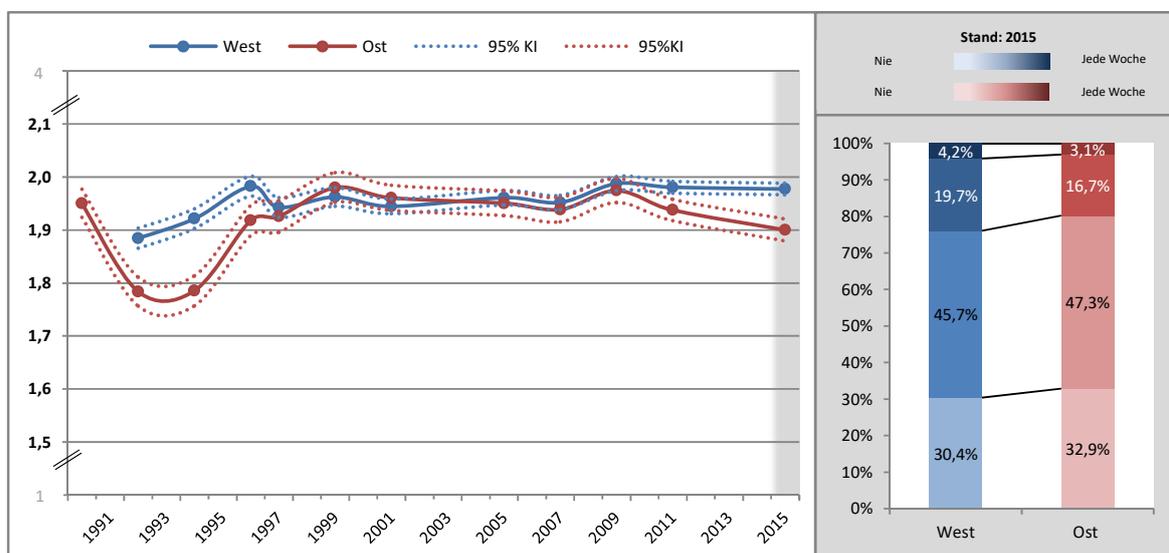
Vertrauensbasierte Kontakte können sich an vielen verschiedenen Orten entwickeln, unter anderem bei vielfältigen Freizeitaktivitäten, beim Gespräch der Menschen in Bars und Restaurants oder beim Besuch von Theateraufführungen oder Popkonzerten, sowie beim geselligen Austausch mit Freunden, Verwandten und Nachbarn. Die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe hängen sowohl von den sozialen, kulturellen und materiellen Ressourcen als auch von der Erreichbarkeit relevanter Infrastruktureinrichtungen ab.

Bei Freizeitaktivitäten, wie Kino-, Popkonzert- und Diskobesuche bzw. dem Besuch von Sportveranstaltungen, unterscheiden sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland am aktuellen Rand 2015 nur gering. Die Befragten konnten angeben, wie häufig sie diese Aktivitäten ausüben: einmal in der Woche, einmal im Monat, seltener oder nie. Etwa 20% im Osten und 24% der Befragten im Westen gehen regelmäßig einmal im Monat bzw. einmal in der Woche am Abend ins Kino oder in Diskotheken bzw. zu Tanz- oder Sportveranstaltungen (Abbildung 3). Nach einem hohen Wert direkt nach der Wiedervereinigung gingen die Ostdeutschen Anfang der 1990er Jahren seltener etwa ins Kino als die Westdeutschen. Bis Ende der 1990er Jahre stiegen die Werte im Osten dann wieder deutlich an und konvergierten auf ähnlichem Niveau mit den Werten im Westen, wo die Befragten relativ gleichbleibende Werte angaben. Erst in den letzten Jahren zeichnet sich wieder ein Ost-West-Unterschied ab, der am aktuellen Rand bei knapp 0,1 Punkten ist.

Bei kulturellen Freizeitaktivitäten, wie Konzert-, Theater- und Vortragsbesuchen, ist der Befund ähnlich wie bei Kinogängen und Sportveranstaltungen (ohne Abbildung). Am aktuellen Rand gaben 15% der Befragten im Osten und 18% der Befragten im Westen an, einmal im Monat oder

sogar einmal in der Woche kulturelle Veranstaltungen zu besuchen (ohne Abbildung). Knapp ein Drittel der Bewohner in Deutschland geht nie ins Konzert oder ins Theater. Und eine Mehrheit in beiden Landesteilen gibt an, zumindest selten an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen. Nach der Wiedervereinigung herrschten auf insgesamt etwas niedrigerem Niveau noch größere Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, die bis zu 0,2 Skalenpunkte betragen. Seit 1999 sind die Ost-West-Unterschiede geringer und verschwanden in den darauffolgenden Jahren fast ganz. Insgesamt wurden Konzert- und Theaterbesuche in beiden Landesteilen über die Zeit beliebter.

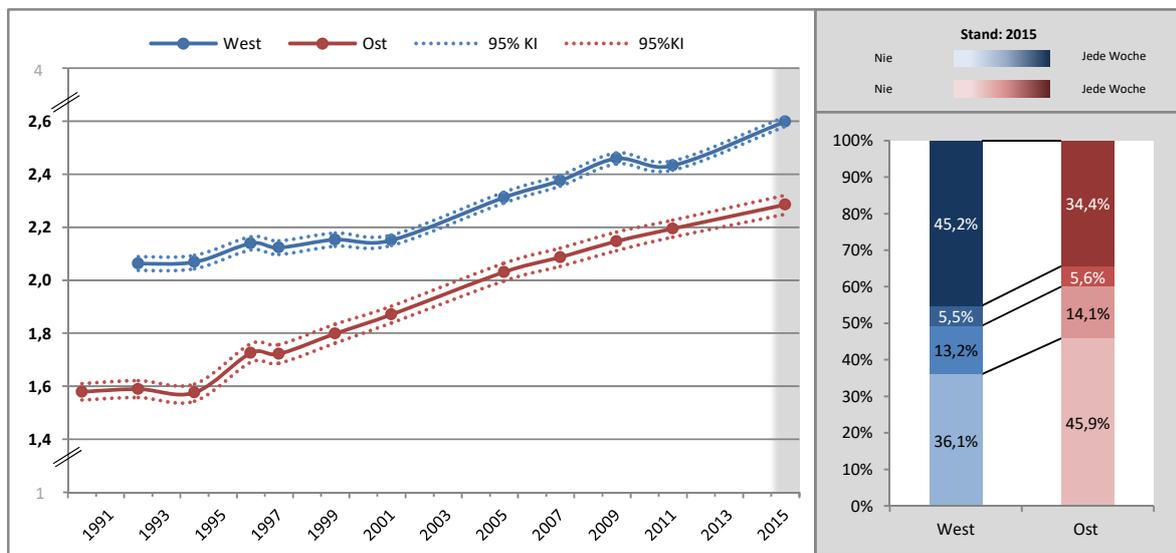
Abbildung 3: Freizeit: Kinobesuche, Besuch von Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Discos, Sportveranstaltungen



Anmerkungen: Freizeit: Kinobesuche, Besuch von Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Discos, Sportveranstaltungen (SOEP, Zeitreihe 1990-2015). Antwortmöglichkeiten: Nie (1), seltener (2), jeden Monat (3), jede Woche (4).

In Deutschland treiben insgesamt viele Menschen jede Woche Sport (Abbildung 4), zugleich gibt es eine deutliche Ost-West-Differenz: Im Westen gaben 2015 45% und im Osten 34% an, jede Woche sportlich aktiv zu sein. In beiden Landesteilen sind die Menschen über die letzten Jahrzehnte deutlich sportlicher geworden. Dabei lagen die Werte im Westen kontinuierlich höher als im Osten und der Unterschied ist über die Zeit nur minimal kleiner geworden. In den 1990er Jahren bewegte sich die Ost-West-Differenz bei 0,4 Skalenpunkten, ab 2001 liegt die Ost-West-Differenz konstant etwas niedriger. In den Jahren von 2001 bis 2015 musizierten die Deutschen auch etwas häufiger oder gingen häufiger künstlerischen Tätigkeiten nach, wobei die absoluten Werte deutlich unter den Beliebtheitswerten für den Sport liegen (ohne Abbildung). Außerdem waren und sind die Ost-West-Unterschiede beim Musizieren geringer: 56% im Westen und 60% im Osten sagen im Jahr 2015, sie nehmen nie ein Instrument oder ein künstlerisches Werkzeug in die Hand, wohingegen 13% im Westen und 11% im Osten die jede Woche tun.

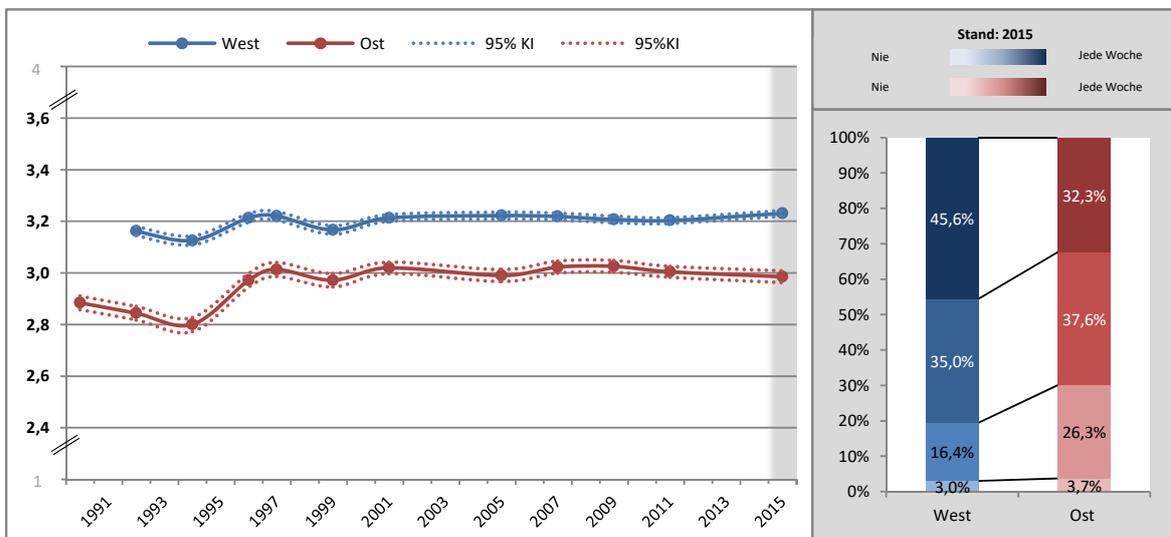
Abbildung 4: Freizeit: Aktiver Sport



Anmerkungen: Freizeit: Aktiver Sport (SOEP, Zeitreihe 1990-2015). Antwortmöglichkeiten: Nie (1), seltener (2), jeden Monat (3), jede Woche (4).

Bei der Betrachtung der Frage, wie oft Deutsche Freunde treffen, scheinen Westdeutsche geselliger zu sein. Sie treffen sich häufiger als Ostdeutsche mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn (Abbildung 5). 46% der Westdeutschen verbringen jede Woche Zeit mit ihren sozialen Kontakten. Im Osten trifft sich nur jeder Dritte einmal pro Woche in geselliger Runde. Die Kurven verlaufen in beiden Landesteilen seit 1997 in absoluter Höhe einigermaßen konstant und mit gleichbleibendem Abstand. In den Jahren davor war der Unterschied noch größer, weil die Werte im Osten noch niedriger lagen und sich erst ab 1997 auf einem höheren Niveau einpendelten. Zu diesem Befund passt auch die Angabe über die Anzahl enger Freunde. 2015 ist ein kleiner aber statistisch signifikanter Unterschied zu erkennen. Westdeutsche haben im Durchschnitt 4,1 enge Freunde, Ostdeutsche hingegen 3,9 (ohne Abbildung).

Abbildung 5: Freizeit: Geselligkeit mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn

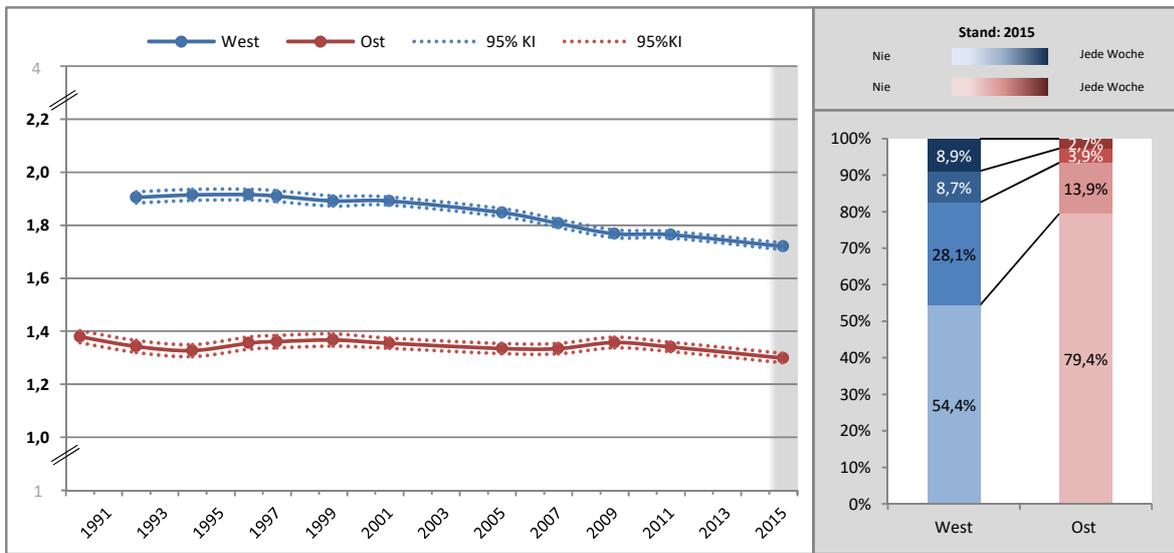


Anmerkungen: Freizeit: Geselligkeit mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn (SOEP, Zeitreihe 1990-2015). Antwortmöglichkeiten: Nie (1), seltener (2), jeden Monat (3), jede Woche (4).

Hinsichtlich des Besuchs religiöser Veranstaltungen herrscht ein deutlicher Ost-West-Unterschied, der über die Zeit nur sehr langsam kleiner wird (Abbildung 6). In den 1990er Jahren unterschieden sich die Angaben im Westen und Osten um etwa 0,5 Skalenpunkte. Am aktuellen Rand liegt der Skalen-Unterschied bei 0,4 Punkten. Im Osten geben 79% der Befragten an, nie in die Kirche zu gehen, im Westen sagte dies etwas über die Hälfte der Befragten. Hier liegt eine große Differenz vor, die bei ähnlicher Dynamik auch nicht in absehbarer Zeit verschwinden wird.

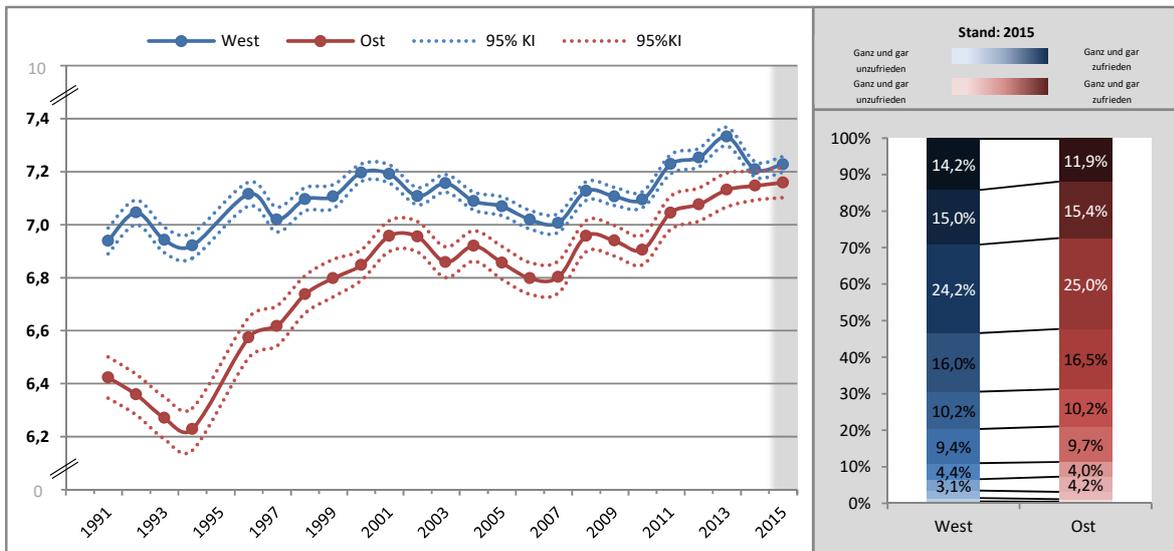
Bei all den unterschiedlichen Angaben über Freizeitaktivitäten sind sich West- und Ostdeutsche in einem Punkt einig: Sie sind am aktuellen Rand gleichermaßen mit ihrer Freizeit zufrieden (unabhängig der Freizeitaktivitäten) und geben auf einer Skala von 0-10 Werte von durchschnittlich 7,2 Skalenpunkten an. Bei dieser Frage lässt sich eine eindeutige Konvergenz konstatieren. War der Unterschied zwischen beiden Landesteilen in den 1990er Jahren mit bis zu 0,7 Skalenpunkten noch recht groß, wurde dieser seit Anfang der 2000er Jahre zunehmend kleiner und verschwand in den letzten beiden Beobachtungsjahren. Insgesamt zeigte der Trend kontinuierlich nach oben, d.h. die Menschen in Deutschland sind mit ihrer Freizeit zufriedener geworden.

Abbildung 6: Freizeit: Kirchgang, Besuch religiöser Veranstaltungen



Anmerkungen: Freizeit: Kirchgang, Besuch religiöser Veranstaltungen (SOEP, Zeitreihe 1990-2015). Antwortmöglichkeiten: Nie (1), seltener (2), jeden Monat (3), jede Woche (4).

Abbildung 7: Zufriedenheit mit Freizeit



Anmerkungen: Zufriedenheit mit Freizeit (SOEP bis 2015).

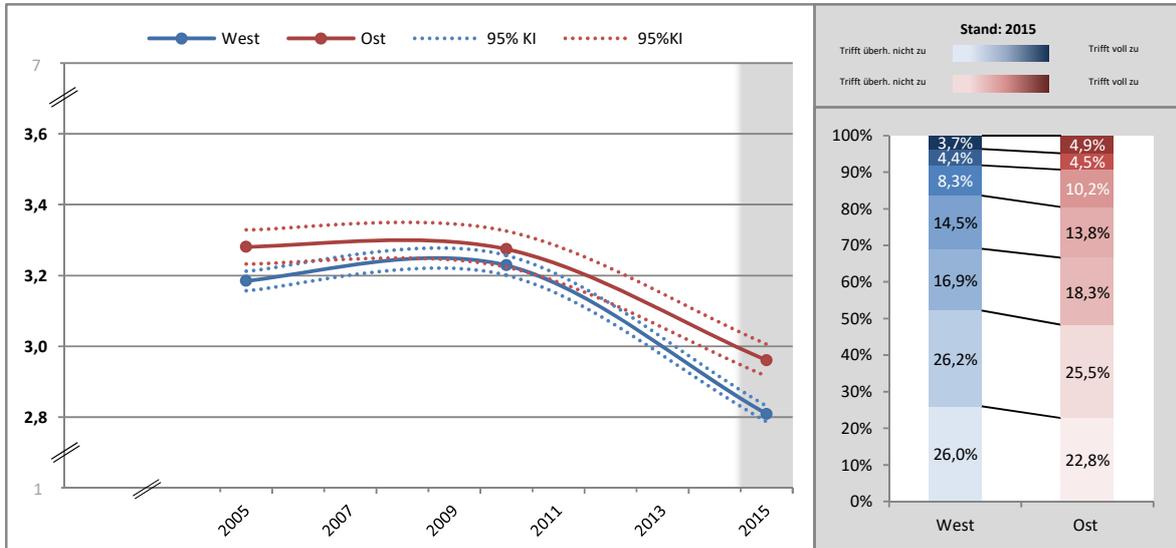
3.1.3 Reziprozität und Fairness

Reziprozität wird verstanden als die Tendenz, seine Handlung an der Verhaltensweise einer anderen Person, die auf einen selbst adressiert ist, auszurichten, und auf gleiche oder ähnliche Weise zu reagieren (Fehr und Schmidt, 2006). Dies kann im negativen, wie auch im positiven Sinne ausfallen. Im ersten Fall revanchieren sich Personen für eine erlittene schlechte Behandlung (negative Reziprozität), im zweiten Fall erwidern sie einen Gefallen (positive Reziprozität). Einstellungen zum gegenseitigen Verhalten zwischen Menschen spiegeln die Reziprozitätsnormen innerhalb einer Gesellschaft wider. Diese geben Aufschluss über das vorhandene Sozialkapital einer Gesellschaft.²

Negative Reziprozitätseinstellungen werden mit den Aussagen „Wenn mir schweres Unrecht zuteil wird, werde ich mich, um jeden Preis bei der nächsten Gelegenheit dafür rächen“ (Abbildung 8), „Wenn mich jemand beleidigt, werde ich mich ihm gegenüber auch beleidigend verhalten“ (Abbildung 9), sowie „Wenn mich jemand in eine schwierige Lage bringt, werde ich das Gleiche mit ihm machen“ (Abbildung 10), erfasst. Die Antwortvorgaben reichen auf einer siebenstufigen Ratingskala von „trifft überhaupt nicht zu“ (1) bis „trifft voll zu“ (7). Für alle drei Aussagen können folgende Ergebnisse zusammengefasst werden: Rachsüchtige Einstellungen treffen auf die Mehrheit der Ost- und Westdeutschen nach eigenen Angaben nicht zu (Mittelwerte zwischen 2,5 und 3,3). Sie lagen sowohl im Westen als auch im Osten 2005 und 2010 auf etwas höherem Niveau, und sind von 2010 auf 2015 deutlich zurückgegangen. Dabei liegen die Werte im Osten meist etwas höher. Nach anfänglich zum Teil ähnlichen Werten findet sich 2015 ein Unterschied in den ost- und westdeutschen Einstellungen der negativen Reziprozität von circa 0,15 Skalenpunkten. Dies entspricht einer durchschnittlichen Differenz von 2,5 Prozentpunkten.

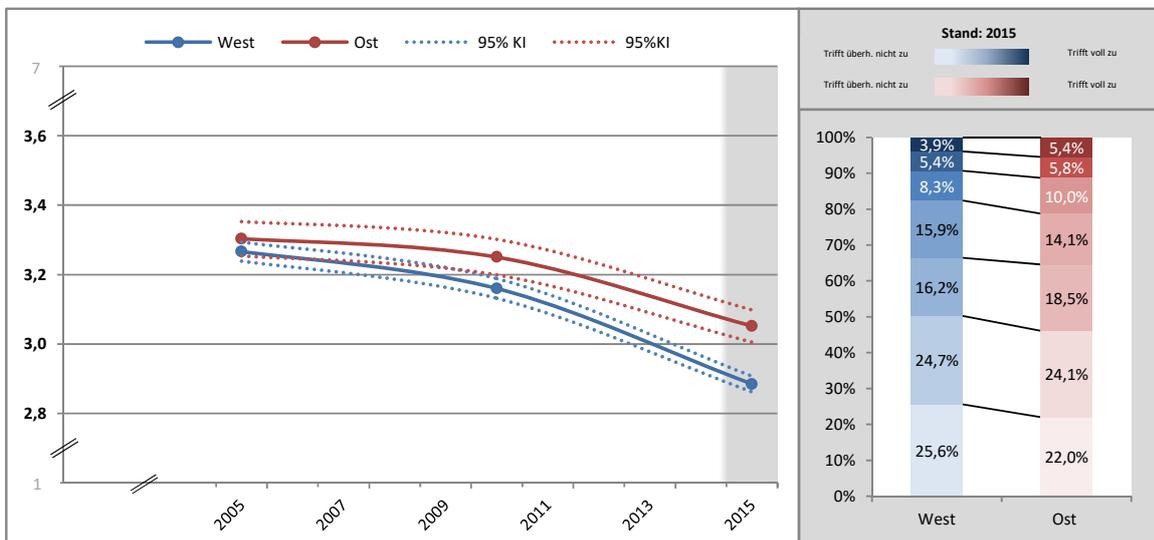
² „The norm of generalized reciprocity is a highly productive component of social capital“ (Putnam 1993, 172).

Abbildung 8: Wenn mir schweres Unrecht zuteil wird, werde ich mich, um jeden Preis bei der nächsten Gelegenheit dafür rächen



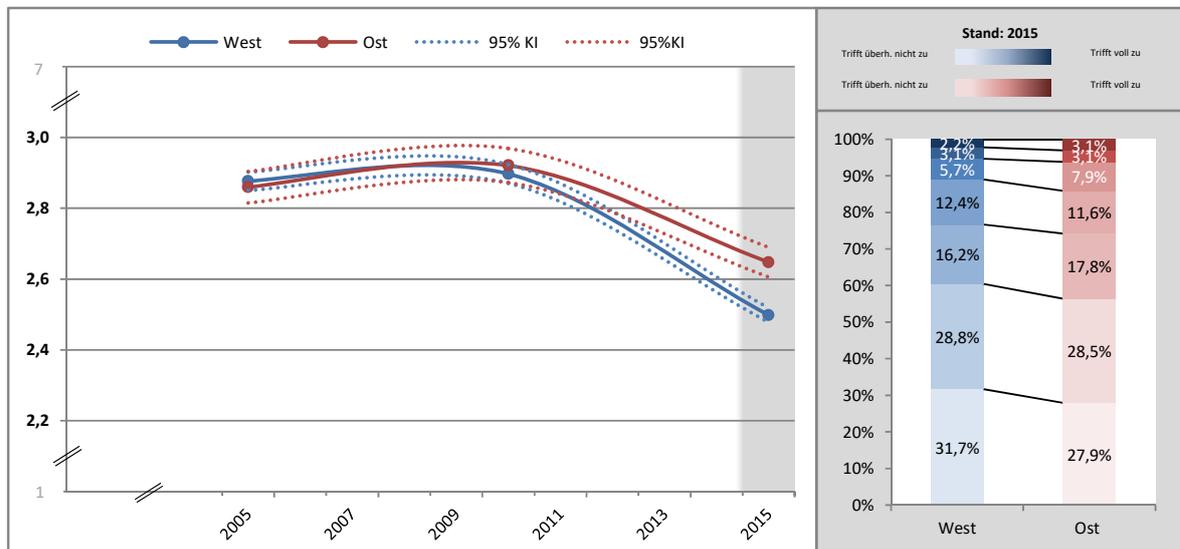
Anmerkungen: SOEP 2015: „Wenn mir schweres Unrecht zuteil wird, werde ich mich, um jeden Preis bei der nächsten Gelegenheit dafür rächen.“ Antwortmöglichkeiten: Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll zu (7).

Abbildung 9: Wenn mich jemand beleidigt, werde ich mich ihm gegenüber auch beleidigend verhalten



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wenn mich jemand beleidigt, werde ich mich ihm gegenüber auch beleidigend verhalten.“ Antwortmöglichkeiten: Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll zu (7).

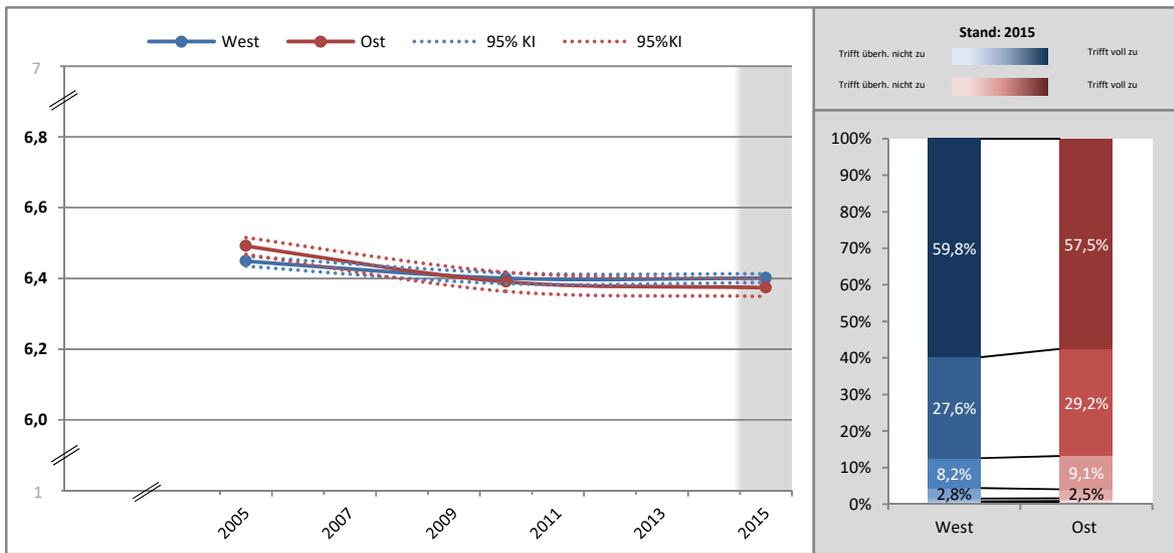
Abbildung 10: Wenn mich jemand in eine schwierige Lage bringt, werde ich das Gleiche mit ihm machen



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wenn mich jemand in eine schwierige Lage bringt, werde ich das Gleiche mit ihm machen.“ Antwortmöglichkeiten: Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll zu (7).

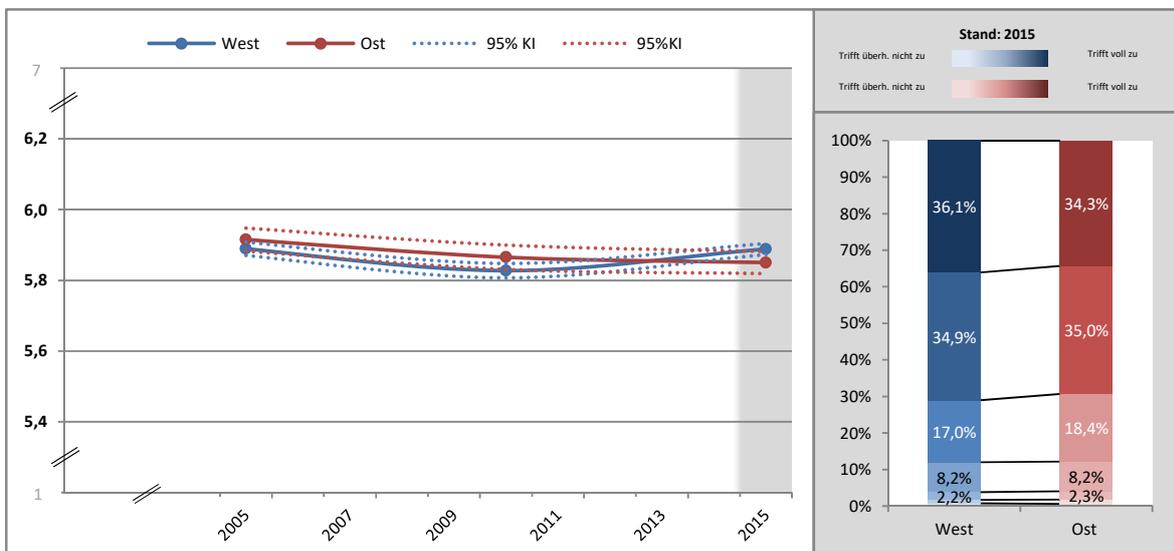
Im Hinblick auf die Aussagen zur positiven Reziprozität, der Norm des Gebens und Nehmens, sind sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland ebenfalls ziemlich ähnlich. Vor allem die Bereitschaft, jemandem einen Gefallen zu tun, der einem selbst einen Gefallen getan hat, ist in beiden Landesteilen mit deutlicher Mehrheit zu erkennen (Abbildung 11). Im Durchschnitt geben 96% aller Deutschen an, dass sie einen Gefallen mit einem Gefallen erwidern. Die Werte sind seit 2005 auf gleichbleibend hohem Niveau. Ein sehr ähnlicher Befund lässt sich für die Anstrengungsbereitschaft der Deutschen, jemandem zu helfen, der einem früher schon einmal geholfen hat, festhalten (Abbildung 12). Die dritte Aussage zur positiven Gegenseitigkeit wird im Westen durchschnittlich mit kleinem aber signifikantem Abstand wohlwollender beurteilt (Abbildung 13). Dieser kleine Unterschied von 0,1 Skalenpunkten in den Einstellungen ist erst im Jahr 2015 aufgetreten. Bei den vorherigen Befragungszeitpunkten 2005 und 2010 waren die Ost- und West-Werte noch ähnlicher. Insgesamt bewegen sich die Werte wiederum auf hohem Niveau. Viele Menschen in Deutschland sind bereit Kosten auf sich zu nehmen, um jemandem zu helfen, der einem früher schon einmal geholfen hat.

Abbildung 11: Wenn mir jemand einen Gefallen tut, bin ich bereit dies zu erwidern



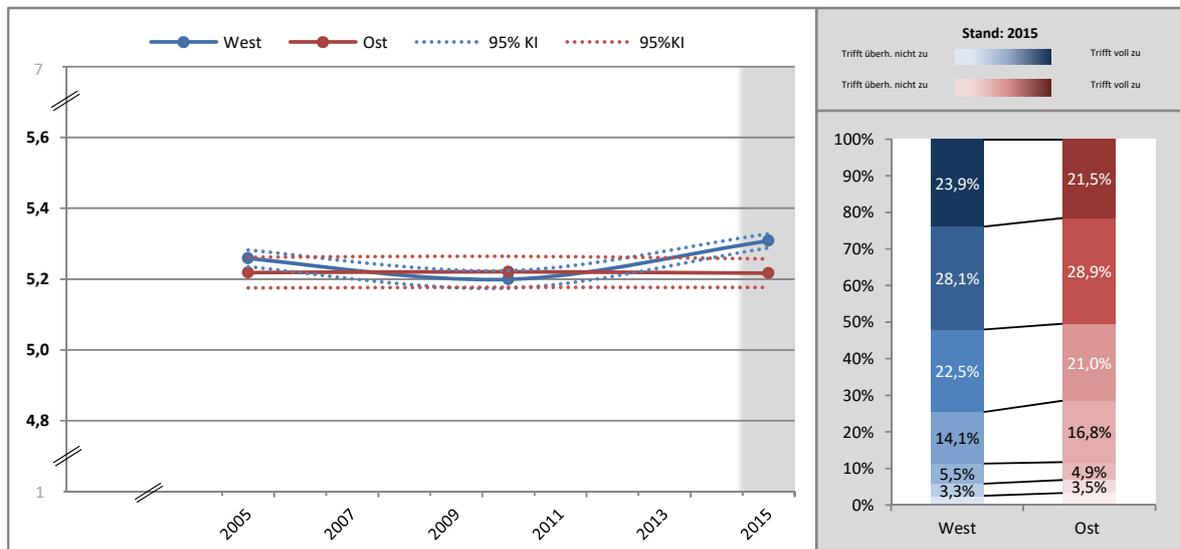
Anmerkungen: SOEP 2015: „Wenn mir jemand einen Gefallen tut, bin ich bereit dies zu erwidern.“ Antwortmöglichkeiten: Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll zu (7).

Abbildung 12: Ich strengte mich besonders an, um jemandem zu helfen, der mir früher schon mal geholfen hat



Anmerkungen: SOEP 2015: „Ich strengte mich besonders an, um jemandem zu helfen, der mir früher schon mal geholfen hat.“ Antwortmöglichkeiten: Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll zu (7).

Abbildung 13: Ich bin bereit, Kosten auf mich zu nehmen, um jemandem zu helfen, der mir früher einmal geholfen hat



Anmerkungen: SOEP 2015: „Ich bin bereit, Kosten auf mich zu nehmen, um jemandem zu helfen, der mir früher einmal geholfen hat.“ Antwortmöglichkeiten: Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll zu (7).

3.2 Altruismus

Unter Altruismus wird im Allgemeinen die Einstellung und Bereitschaft verstanden, anderen zu helfen, ohne dass man dafür eine (direkte) Gegenleistung erwartet oder auch nur erhofft. Ökonomisch gesprochen ist eine Person altruistisch, wenn sie einen positiven Nutzen daraus zieht, dass es anderen Menschen besser geht. Sie ist bereit, eigene Ressourcen einzusetzen, um das Wohlbefinden anderer zu verbessern.³

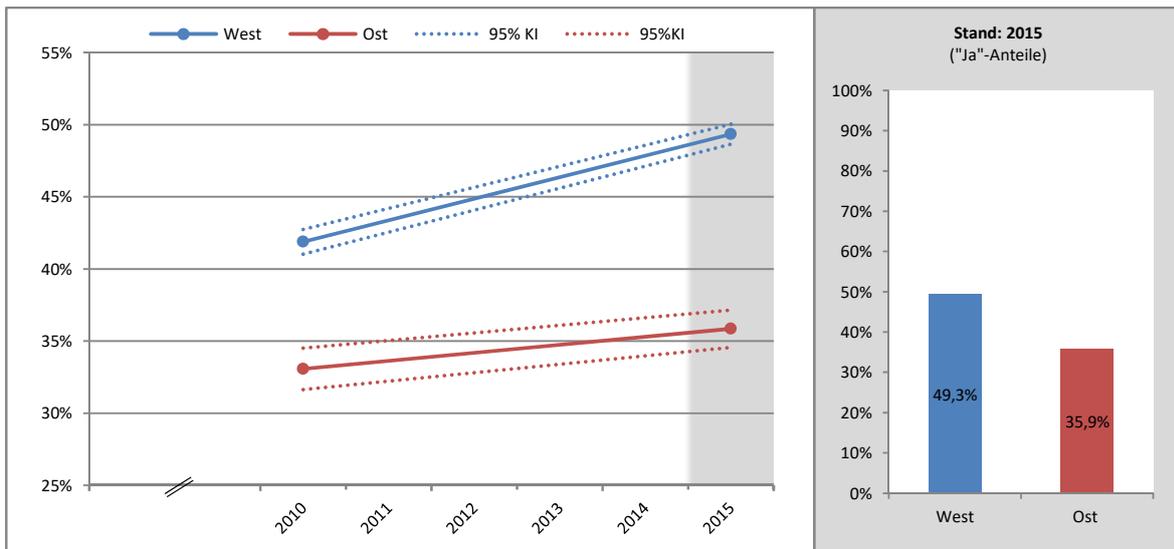
Je nach Definition können altruistische Handlungen unterschiedlich operationalisiert werden. Geld- oder Blutspenden sind gute Beispiele für altruistische Handlungen; der Spender hofft sicherlich nicht darauf, diese jemals zurückzubekommen. Ehrenamtliche Tätigkeiten, sowie Familien-, Verwandtschafts- und Nachbarschaftshilfe werden ebenfalls nicht in der Erwartung einer (direkten) Gegenleistung ausgeübt.

In Westdeutschland werden häufiger Geldspenden getätigt als in Ostdeutschland (Abbildung 14). Dies steht im Einklang mit dem Ergebnis des in Kapitel 2 erläuterten Laborexperiments von Ockenfels und Weimann (1999), in dem unter den Gewinnern des Spiels Ostdeutsche weniger häufig einen Teil ihres monetären Gewinns an Verlierer abgeben als Westdeutsche. Knapp die Hälfte der Westdeutschen gaben in den Jahren 2010 und 2015 an, Geld gespendet zu haben. Im Osten liegen die Werte 9 Prozentpunkte im Jahr 2010 bzw. 14 Prozentpunkte im Jahr 2015 nied-

³ „Thus, an altruist is willing to sacrifice own resources in order to improve the well being of others.“ (Fehr und Schmidt 2006, S. 620).

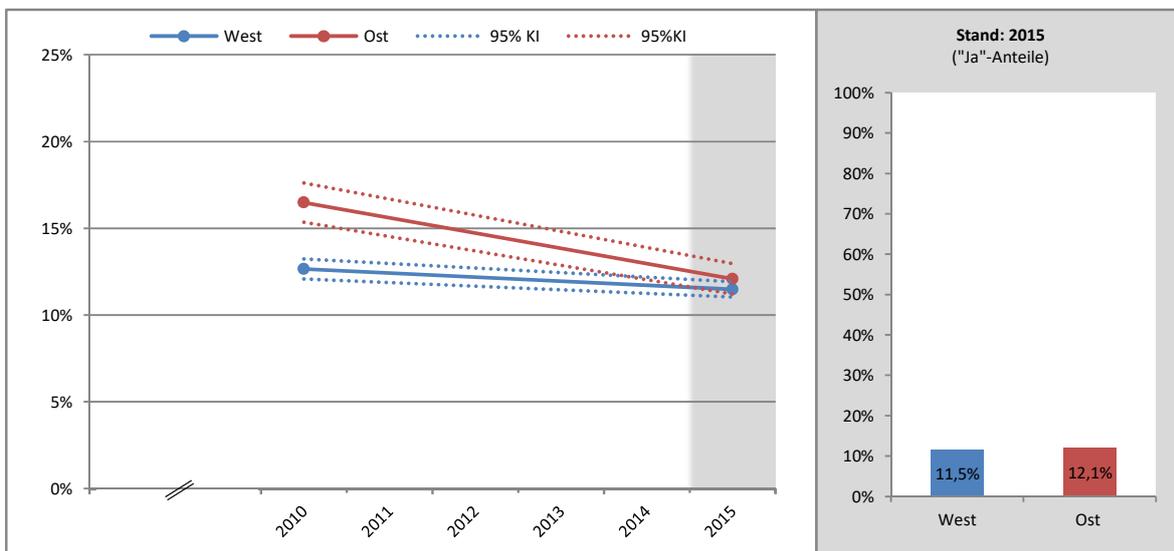
riger. Der Abstand hat sich zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten vergrößert. Bei Blutspenden haben sich die Werte in Ost- und Westdeutschland im Jahr 2015 auf einem Niveau von 12% angenähert, nachdem im Jahr 2010 der Anteil von Blutspendern im Osten mit 16% noch 3 Prozentpunkte höher lag als im Westen (13%).

Abbildung 14: Geld gespendet



Anmerkungen: SOEP nur 2010 und 2015, Geld gespendet.

Abbildung 15: Blut gespendet

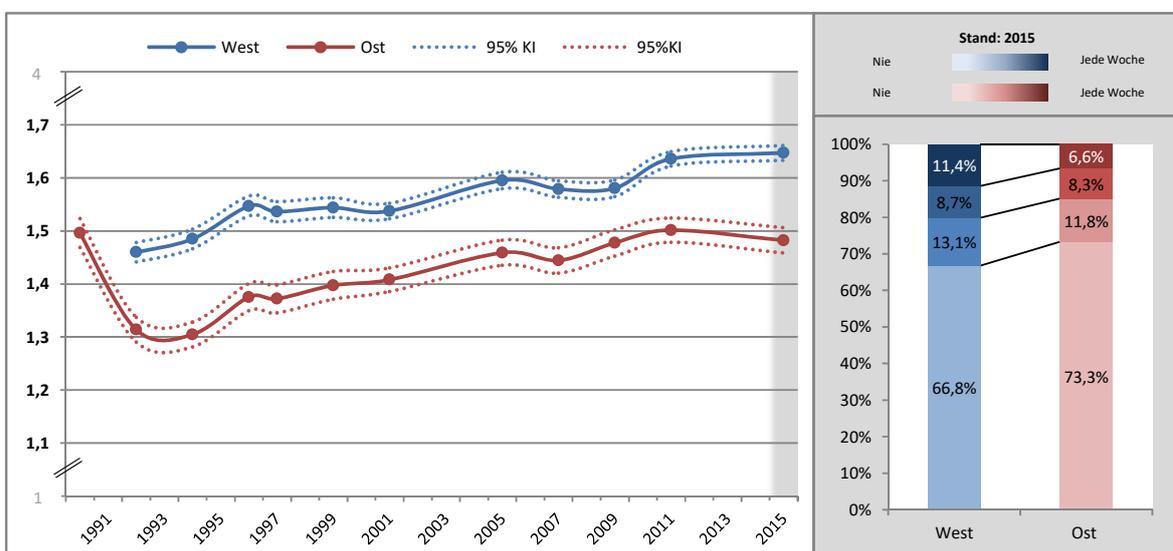


Anmerkungen: SOEP nur 2010 und 2015, Blut gespendet.

Das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in einer pluralistischen, ausdifferenzierten Gesellschaft übernimmt eine tragende Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gehört zu den gesellschaftlichen Bindungskräften (BMFSFJ 2016). In den westdeutschen Bundesländern engagieren sich seit Beginn der Zeitreihe in 1992 konstant mehr Menschen ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten als in den ostdeutschen Ländern (Abbildung 16). Die Ost-West-Lücke lag in den 1990er Jahren bei etwa 0,15 bis 0,18 Skalenpunkten und in den 2000er Jahren etwas niedriger bei circa 0,13. Beim letzten Beobachtungszeitpunkt im Jahr 2015 stieg der Abstand wieder auf 0,16 an. Im Einzelnen engagieren sich im Jahr 2015 11% der Westdeutschen und 7% der Ostdeutschen jede Woche und in etwa gleich viele Befragte (8-9%) einmal im Monat ehrenamtlich. Absolut sind die Werte seit der Wiedereinigung zwar angestiegen, dennoch üben heute auch 67% der Westdeutschen und 73% der Ostdeutschen nie ein Ehrenamt aus.

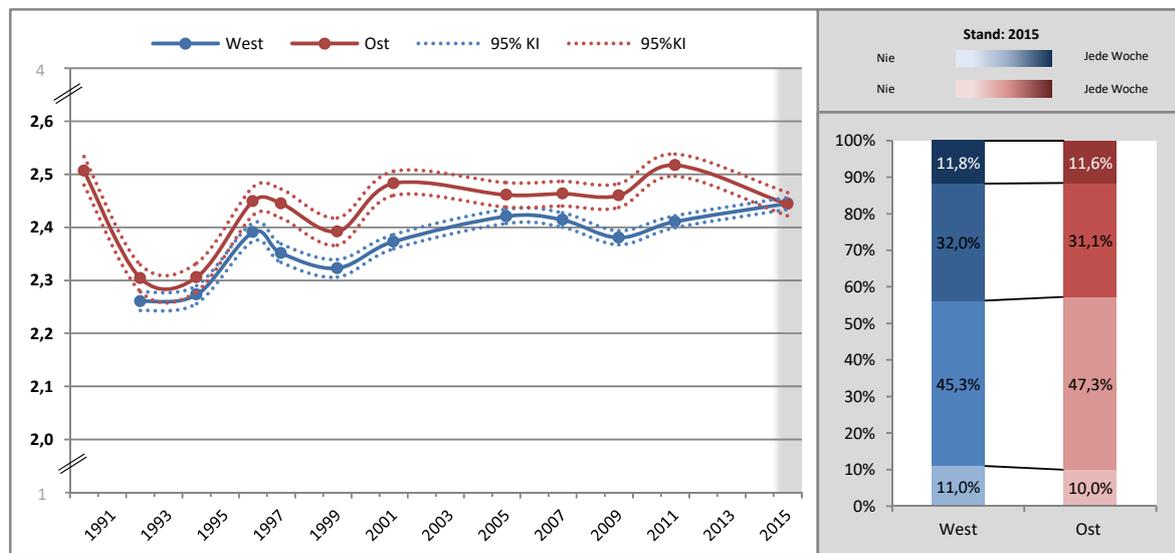
Wenn es darum geht Freunden, Verwandten oder Nachbarn zu helfen, unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nicht mehr. Nur 10-11% der Befragten im Osten und im Westen sagen gleichermaßen, sie helfen nie mit, wenn es im Familien- oder Bekanntenkreis etwas zu tun gibt (Abbildung 17). Nach einem deutlichen Rückgang in der Hilfsbereitschaft im Osten kurz nach der Wiedereinigung, stiegen die Werte in beiden Landesteilen tendenziell ab 1992 an. Im Osten lagen die Werte höher. Die Kurven schwankten mit Abständen von bis zu 0,1 Skalenpunkten parallel im Zeitverlauf. Am aktuellen Rand haben sich die Werte angeglichen.

Abbildung 16: Freizeit: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten



Anmerkungen: SOEP 2015 pli0096, Freizeit: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Antwortmöglichkeiten: Nie (1), seltener (2), jeden Monat (3), jede Woche (4).

Abbildung 17: Freizeit: Mithelfen, wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist



Anmerkungen: SOEP 2015 pli0095, Freizeit: Mithelfen, wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist. Antwortmöglichkeiten: Nie (1), seltener (2), jeden Monat (3), jede Woche (4).

3.3 Verbundenheit und Nachbarschaft

Die Beziehungen im nachbarschaftlichen Lebensumfeld von Menschen bilden ebenfalls einen wichtigen Aspekt von Sozialkapital. Die sozialen Beziehungen können annäherungsweise mit dem Verbundenheitsgefühl zur lokalen Wohngemeinde abgebildet werden. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass in sicheren Wohnumgebungen ein höheres Sozialkapital vorherrscht. Schließlich geben Aussagen, bestimmte Gruppen gerne als Nachbarn zu haben, Aufschluss darüber, wie offen und freundlich sich die Menschen in einer Nachbarschaft begegnen.⁴

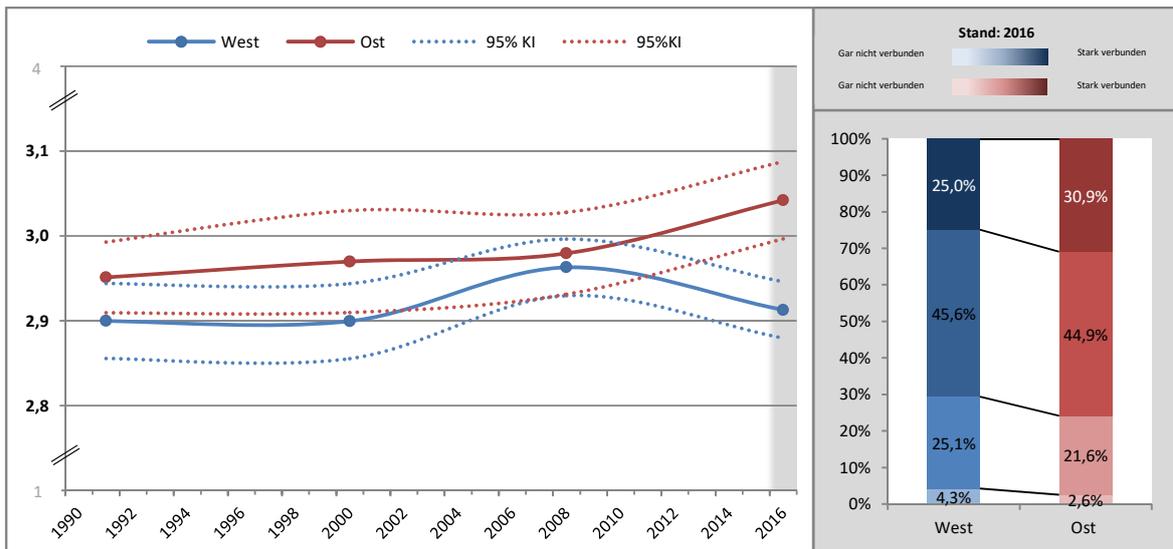
Die Werte zur Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde sind in Deutschland seit der Wiedervereinigung insgesamt hoch und in Ost und West nicht groß verschieden (Abbildung 18). Im Osten steigen die Verbundenheitswerte im Zeitverlauf leicht an, im Westen sind sie weitgehend gleichbleibend. Am aktuellen Rand im Jahr 2016 kann ein statistisch signifikanter Unterschied (0,13 Skalenpunkte) zwischen Ost- und Westdeutschland gemessen werden. Ostdeutsche fühlen sich ihrer Heimatgemeinde und ihren Bürgern verbundener als Westdeutsche. 31% im Osten geben eine starke Heimatverbundenheit an und 45% fühlen sich ziemlich verbunden mit ihrer Gemeinde. Im Westen sind diese Werte etwas kleiner.

In den 1990er Jahren fürchteten sich deutlich mehr Menschen in Deutschland, nachts alleine in ihrer direkten Wohnumgebung unterwegs zu sein (Abbildung 19). Der Anteil derjenigen, die Angst hatten, lag in Ostdeutschland circa 15 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Bis zum Jahr

⁴ „In high-social-capital areas public spaces are cleaner, people are friendlier, and the streets are safer“, (Putnam 2000, Seite 307).

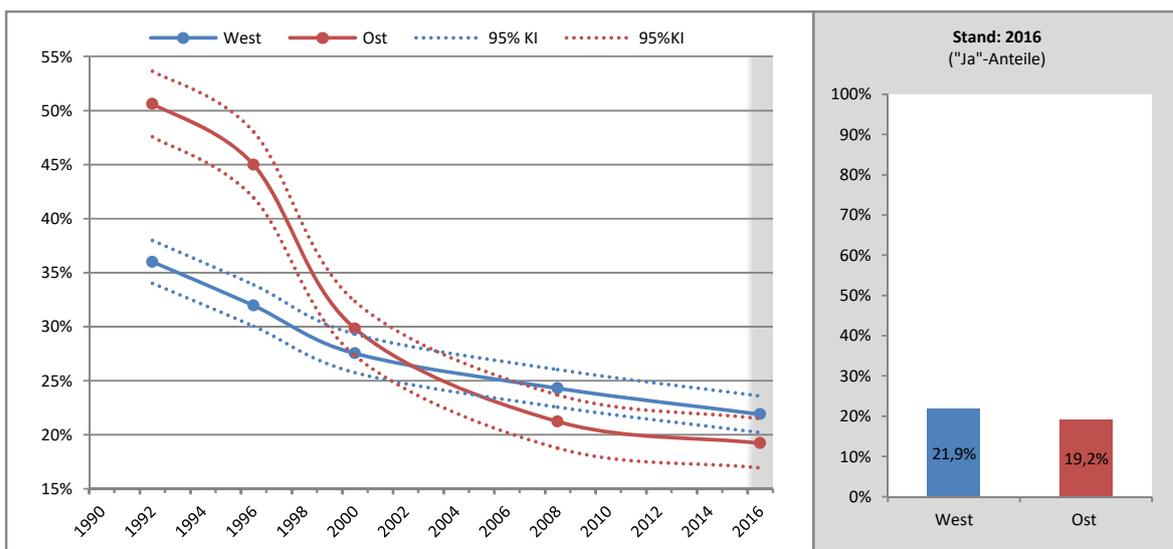
2000 gingen die Unsicherheitsgefühle in beiden Landesteilen stark zurück und näherten sich zu dem weitestgehend an. Seitdem bewegen sich die Werte im Osten und Westen auf ähnlichem Niveau. Im Jahr 2016 liegen die Anteile um die 20%-Marke. Im Vergleich zu den 1990er Jahren ist eine deutliche Konvergenz festzustellen.

Abbildung 18: Verbundenheit mit Gemeinde (Stadt) und ihren Bürgern



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Und jetzt möchten wir wissen, wie stark Sie sich mit Ihrer Gemeinde (Stadt) und ihren Bürgern verbunden fühlen. Sind Sie Ihrer Gemeinde und ihren Bürgern gefühlsmäßig gar nicht verbunden (1), wenig verbunden (2), ziemlich verbunden (3) oder stark verbunden (4).“

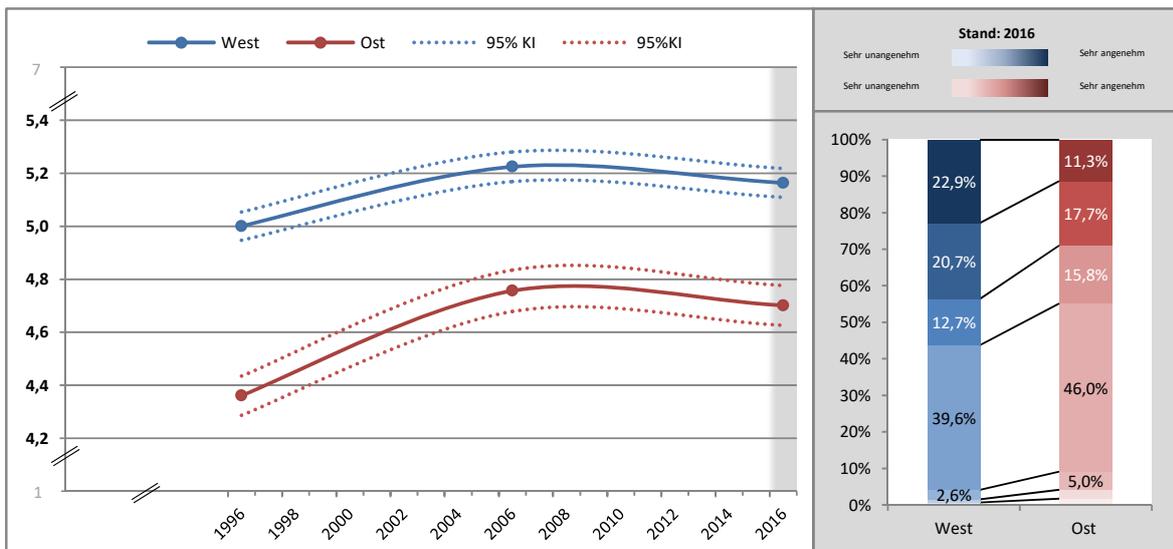
Abbildung 19: Gegend, wo man nachts nicht alleine gehen möchte



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Gibt es eigentlich hier in der UNMITTELBAREN Nähe - ich meine so im Umkreis von einem Kilometer - irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?“ Antwortmöglichkeiten: Ja, gibt es hier; Nein, gibt es hier nicht.

Für das Sozialkapital ist es wichtig, wie gut sich die Nachbarschaftsbeziehungen gestalten. Dies gilt auch im Umgang mit anderen Ethnien in der Nachbarschaft. Am aktuellen Rand möchten ostdeutsche Befragte Ausländer weniger gern in ihrer Nachbarschaft haben als Befragte aus Westdeutschland. Dies trifft auf alle abgefragten Ausländergruppen zu. Gegenüber Italienern (Abbildung 20), deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa (Abbildung 21), Asylbewerbern (Abbildung 22) und Türken (Abbildung 23) als Nachbarn sind Ostdeutsche durchwegs ablehrender eingestellt als Westdeutsche.

Abbildung 20: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Italiener als Nachbar?

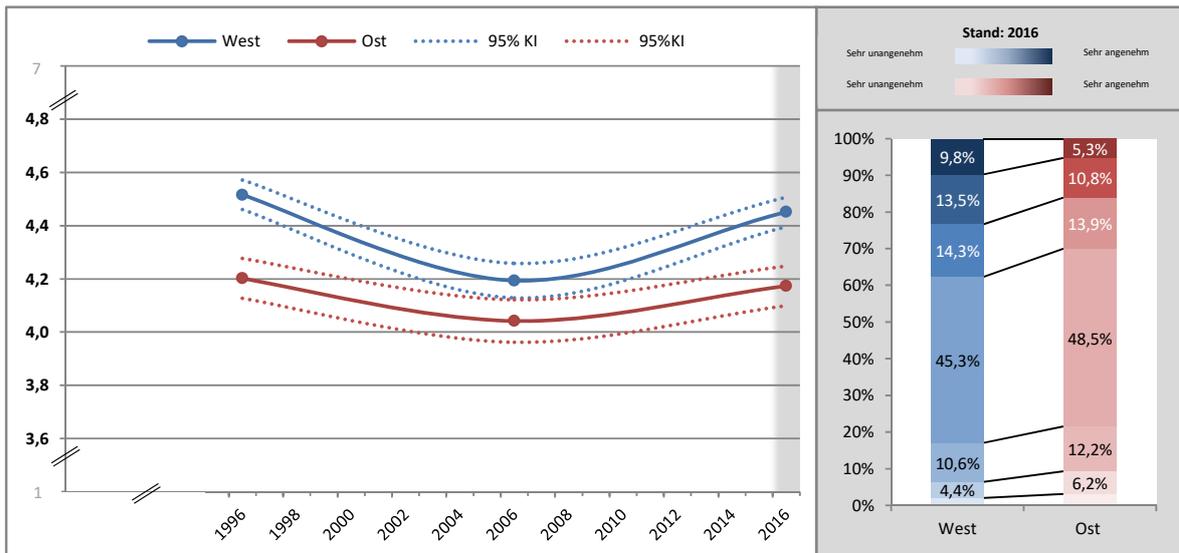


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Italiener als Nachbar?“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Wäre mir sehr unangenehm (1) – Wäre mir sehr angenehm (7).

Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 bis 7, welche von der Empfindung Italiener/Aussiedler/Asylbewerber/Türke als Nachbar „wäre mir sehr unangenehm“ bis „wäre mir sehr angenehm“ reicht, antworten. Absolut betrachtet sind Italiener ziemlich gerne und deutschstämmige Aussiedler auch gern in der Nachbarschaft gesehen bzw. wird deren Anwesenheit als neutral bewertet. Als eher unangenehm mit Mittelwerten unter der neutralen Antwortmöglichkeit von 4 empfinden die Deutschen Asylbewerber und Türken in der Nachbarschaft. Die Abstände in den Einstellungen zwischen ost- und westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern sind zum Teil sehr groß. Gleichbleibende sehr große Unterschiede von 0,5 bis 0,6 Skaleneinheiten sind bei den Einstellungen gegenüber Italienern auf hohem Niveau und gegenüber Türken auf mittlerem Niveau zu finden. Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa werden am aktuellen Rand wieder mit demselben Ost-West-Unterschied wie 1996 bewertet (0,3 Skaleneinheiten), nachdem sich die Werte 2006 auf leicht niedrigerem Niveau angeglichen hatten. Die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland gegenüber Asylbewerbern in der direkten Nachbarschaft waren zu den Beobachtungszeitpunkten 1996 und 2006 relativ ähnlich bzw. statistisch nicht unterscheidbar. Bis zur aktuellen Beobachtung im Jahr 2016 haben sich die Meinungen bezüglich Asylbewerber auseinander entwickelt. 2016 ist ein messbarer Unterschied von 0,4 Skaleneinheiten zwischen Ost- und

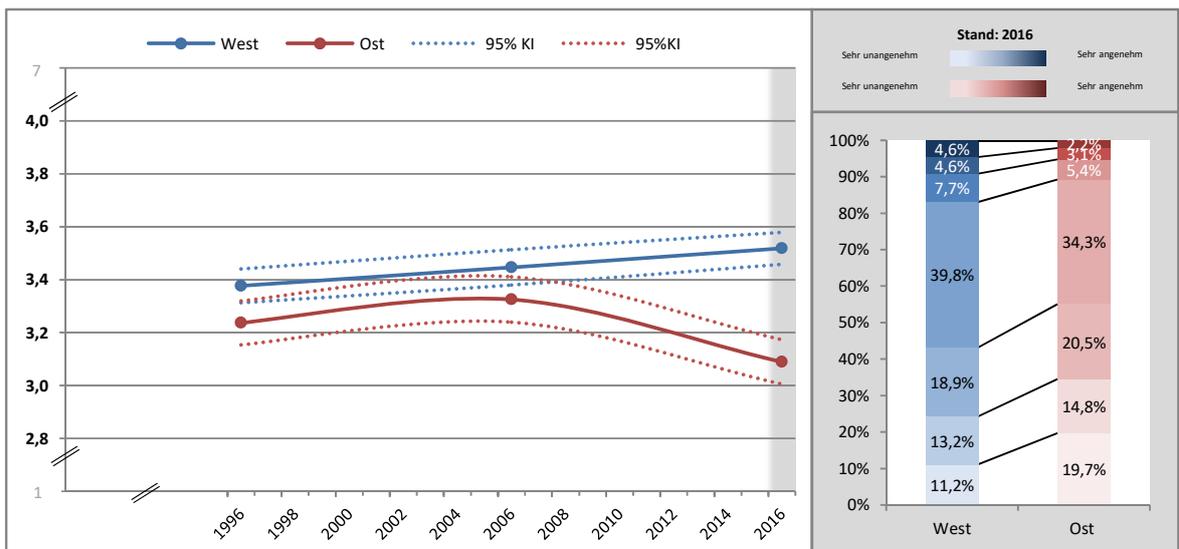
Westdeutschland zu finden. Die Diskrepanz ist dadurch entstanden, dass sich die Werte im Westen leicht nach oben bewegten, während sie gleichzeitig im Osten gesunken sind. Am aktuellen Rand im Jahr 2016 gab jeder Fünfte der Befragten im Osten an, einen Asylbewerber in der Nachbarschaft zu haben, wäre ihm „sehr unangenehm“. Im Westen gab dies jeder Zehnte an (11%).

Abbildung 21: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa als Nachbar?



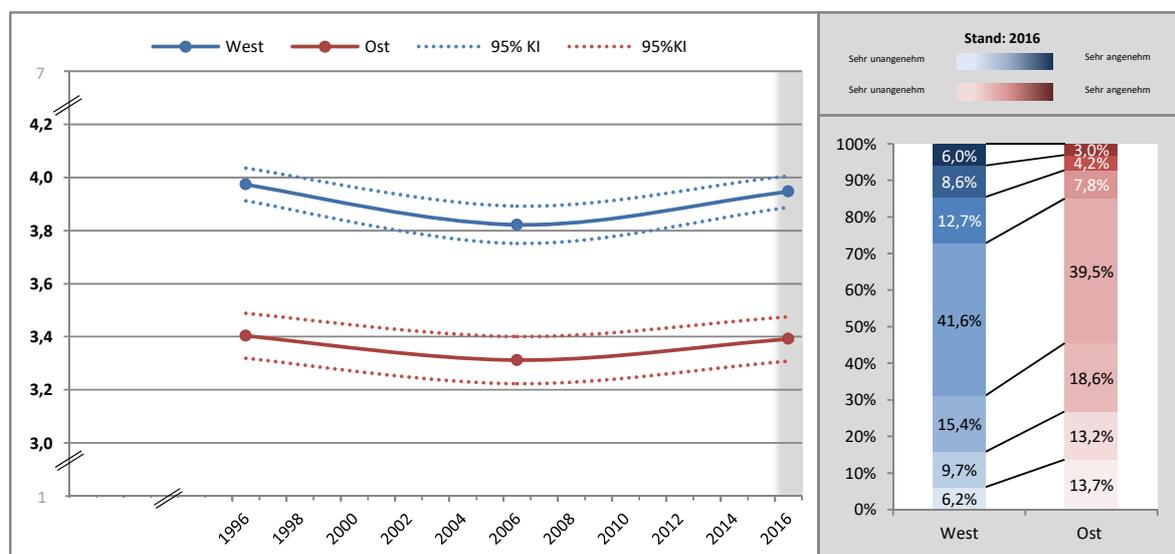
Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa als Nachbar?“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Wäre mir sehr unangenehm (1) – Wäre mir sehr angenehm (7).

Abbildung 22: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Asylbewerber als Nachbar?



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Asylbewerber als Nachbar?“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Wäre mir sehr unangenehm (1) – Wäre mir sehr angenehm (7).

Abbildung 23: Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Türke als Nachbar?



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen ein Türke als Nachbar?“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Wäre mir sehr unangenehm (1) – Wäre mir sehr angenehm (7).

3.4 Sorgen um sozialen Zusammenhalt

Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland tauchen im öffentlichen Diskurs immer öfter auf.⁵ Man kann versuchen den sozialen Zusammenhalt anhand objektiv messbarer Maßzahlen zu messen, wie zum Beispiel mit Mitgliedschaftszahlen in Vereinen. Entscheidend in der Diskussion ist aber vor allem auch, wie die Menschen den Zusammenhalt in der Gesellschaft fühlen. Hier zeigt sich, dass sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Sorgen um den sozialen Zusammenhalt macht (Tabelle 2). Nur 16% im Westen und 13% im Osten geben im Jahr 2016 an, sich deswegen nicht zu sorgen. Vielmehr machen sich knapp 60% der Deutschen einige Sorgen und circa 30% sogar große Sorgen, wobei die Werte im Osten um jeweils 3 bzw. 6 Prozentpunkte höher liegen.

Über die Zeit betrachtet sind zumindest die Ansichten über das soziale Miteinander in Deutschland etwas optimistischer geworden (Abbildung 24). Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland glaubten seit der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2012 zwischen 70-80% der Menschen, dass sich die meisten Leute in Wirklichkeit gar nicht darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Die Werte lagen zwar in Westdeutschland etwas unter denen in Ostdeutschland, die Unterschiede waren aber nicht statistisch signifikant. Erst seit 2012 können signifikante Unterschiede gemessen werden, während gleichzeitig die pessimistische Einstellung über den Zustand der sozialen Gesellschaft etwas verblasste. Allerdings liegt diese insgesamt immer noch hoch: Im

⁵ Vgl. Deutscher Innenminister De Maizière im Interview am 20.10.2016 mit der Berliner Zeitung: „Ich mache mir Sorgen um den Zusammenhalt der Gesellschaft“, und weiter „Das darf nicht weiter zunehmen. Daran zu arbeiten, dass der Kitt in unserer Gesellschaft nicht weiter bröckelt, bleibt für Demokraten wichtig.“ – Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/24942466> ©2017.

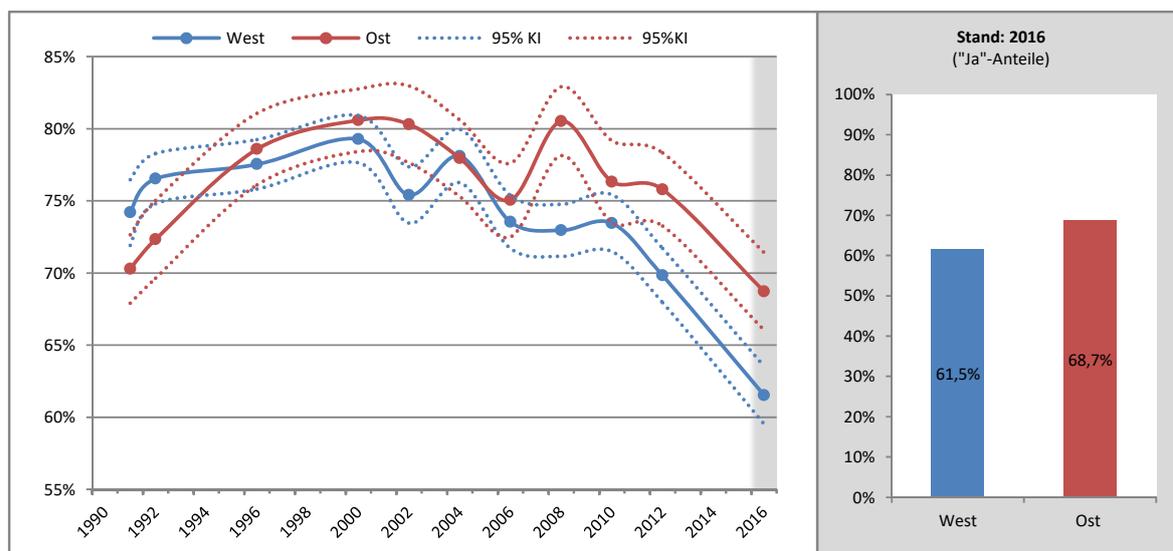
Jahr 2016 teilten 62% der Westdeutschen und 69% der Ostdeutschen die Auffassung, dass sich die Leute in Deutschland nicht für ihre Mitmenschen interessieren.

Tabelle 2: Sorgen über sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft

	West	Ost	Ost-West-Differenz Prozentpunkte
	%		
Keine Sorgen	15,5	12,6	-2,9***
Einige Sorgen	58,9	55,8	-3,1***
Große Sorgen	25,6	31,6	6,1***

Anmerkungen: SOEP nur 2015, Sorgen um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Antwortmöglichkeiten „keine Sorgen“, „einige Sorgen“, „große Sorgen“.

Abbildung 24: Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Ich werde Ihnen nun einige Aussagen vorlesen. Sagen Sie mir bitte zu jeder einzelnen dieser Aussagen, ob Sie persönlich derselben Meinung sind oder ob Sie anderer Meinung sind: Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.“ Antwortmöglichkeiten: Bin derselben Meinung (JA-Anteile); bin anderer Meinung.

4. Ursachenforschung nach Ost-West-Unterschieden

In der deskriptiven Analyse der sozialen Einstellungen und Verhaltensweisen in Abschnitt 3 wurde deutlich, dass die Entwicklung der Einstellungen aus der sozialen Sphäre in Ost- und Westdeutschland differenziert betrachtet werden muss. Während einige Einstellungen konvergiert sind oder sich ohnehin kaum unterscheiden, bestehen bei einigen Einstellungen Unterschiede bis zum aktuellen Rand fort. In diesem Abschnitt wird eine Auswahl an Einstellungen, die noch immer deutliche Ost-West-Unterschiede zeigen, einer tieferen Analyse unterzogen. In zwei Analyseschritten wird untersucht, inwieweit die Ost-West-Unterschiede erklärt werden können und in welchen Bevölkerungsgruppen die Unterschiede vornehmlich vorherrschen.⁶

Der erste Analyseschritt stellt die Frage, ob demographische, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in Ost- und Westdeutschland für die Unterschiede in Einstellungen verantwortlich sind. Denn Ostdeutsche unterscheiden sich in vielen Merkmalen, die wiederum Einstellungen beeinflussen, von Westdeutschen. Beispielsweise sind die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt älter, verfügen über geringere Haushaltseinkommen und haben seltener einen Migrationshintergrund. Außerdem sind die ostdeutschen Regionen von höherer Arbeitslosigkeit geprägt.⁷ Anhand der Ergebnisse von Regressionsanalyse kann abgelesen werden, ob die Unterschiede auch nach Angleichung dieser Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschland fortbestehen würden. Für die Analysen werden sowohl individuelle als auch regionale Erklärungsfaktoren verwendet. Die individuellen Merkmale sind das Alter in Jahren (und das quadrierte Alter), das Geschlecht, der Migrationshintergrund, der Ehestand, der Schulabschluss, die Anzahl der Kinder, die Erwerbssituation und das Haushaltseinkommen⁸. Auf der Ebene von insgesamt 96 Regionen, in denen die Befragten wohnen, kommen die Geburtenziffer, acht Maße der Altersstruktur der Bevölkerung (20-34, 35-49, 50-64, 65 und älter, jeweils nach Geschlecht), der Anteil der Asylleistungsempfänger und der Ausländeranteil als demographische regionale Maße zum Einsatz. Regionale wirtschaftliche Kontrollen sind die Arbeitslosenquote, die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen, die Arbeitslosenquote der Ausländer, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das verfügbare Einkommen pro Kopf und der Anteil der SGBII-Bezieher.

Im zweiten Analyseschritt wird untersucht, in welchen Bevölkerungsgruppen und Regionen die Ost-West-Unterschiede besonders groß sind und in welchen sie womöglich gar nicht beobachtet werden. Dazu werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb kleiner Gruppen, die anhand der

⁶ Eine nähere Beschreibung der Analysemethoden befindet sich im Anhang.

⁷ Eine nähere Beschreibung der Merkmalsunterschiede befindet sich im Anhang.

⁸ Wegen einer großen Anzahl fehlender Werte kann das Haushaltseinkommen nicht in den Regressionsanalysen mit dem Allbus verwendet werden.

oben genannten Merkmale beschrieben werden, ausgewiesen. Ost-West-Unterschiede in Einstellungen innerhalb besser vergleichbarer Gruppen können nähere Hinweise darauf liefern, welchen Ursprung sie haben und wie wahrscheinlich sie auch in Zukunft fortbestehen.

4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?

In Abbildung 25 ist die Ost-West-Differenz für verschiedene Einstellungen als Ergebnis von Regressionen abgetragen. Im Westen verbringen mehr Befragte Zeit mit Freunden, Verwandten und Nachbarn als im Osten. Die Differenz kann zu einem kleinen Teil durch Unterschiede in individuellen Merkmalen erklärt werden. Fügt man regionale Merkmale hinzu, verringert sich der Unterschied weiter. Würden sich Ost- und Westdeutschland in allen Merkmalen angleichen, bliebe dennoch ein signifikanter Unterschied bestehen. Auf Beleidigungen reagieren Ostdeutsche häufiger ebenfalls mit einer Beleidigung als Westdeutsche. An Unterschieden zwischen den individuellen Merkmalen liegt es nicht, dass diese Differenz beobachtet wird. Zieht man regionale Kontrollen hinzu, insbesondere die Altersstruktur, gleichen sich Ost und West an, so dass kaum mehr signifikante Ost-West-Unterschiede in negativer Reziprozität gefunden werden. Positive Reziprozität, die Bereitschaft selbst Kosten zu tragen, um Hilfe zurückzugeben, ist im Westen etwas stärker als im Osten ausgeprägt. Unterschiede in individuellen Merkmalen können dabei allerdings so viel erklären, dass die Ost-West-Differenz nach der Aufnahme der individuellen Kontrollvariablen verschwindend klein und nicht mehr statistisch signifikant ist. Die regionalen Kontrollen spielen daher kaum noch eine Rolle. Positive Reziprozität ist nach den Ergebnissen also vor allem wegen der individuellen Unterschiede der Menschen in Ost- und Westdeutschland zwischen den Landesteilen unterschiedlich stark ausgeprägt, während negative Reziprozität vor allem wegen der regionalen Bedingungen in der Demographie im Osten häufiger zu finden ist.

Geldspenden werden im Westen häufiger getätigt als im Osten. Offenbar ist der Grund dafür nicht, dass sich Menschen in Ost- und Westdeutschland etwa nach Alter und Erwerbssituation unterscheiden. Im Gegenteil, die Ost-West-Differenzen wären sogar größer, wenn sich die individuellen Merkmale angleichen würden. Für die regionalen Merkmale gilt tendenziell auch, dass die Unterschiede eher größer werden, wenn sich die Regionen ähnlicher wären. Im Ergebnis sind individuelle und regionale Merkmalsunterschiede nicht der Grund für die Ost-West-Differenz im Spendenverhalten.

Im Westen hat das ehrenamtliche Engagement einen höheren Stellenwert in der Freizeit als im Osten. Werden individuelle Merkmale in Ost und West gleichgesetzt, wächst die Differenz noch an, sodass Unterschiede zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland nicht als Erklärung für die verschiedene Neigung zu ehrenamtlichem Engagement taugen. Auch regionale Unterschiede können die Differenz nicht erklären und vergrößern sie tendenziell noch weiter, was in erster Linie auf die demographische Zusammensetzung zurückzuführen ist.

Die Sorgen über den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft sind im Osten größer als im Westen. Werden die individuellen Merkmale kontrolliert, verringert sich die Ost-West-Differenz, allerdings ist der Wert in Ostdeutschland weiterhin signifikant größer. Die Ost-West-Unterschiede bleiben auch mit zusätzlichen regionalen Kontrollen signifikant bestehen. Die Einstellungsunterschiede lassen sich letztlich also nicht durch andere Faktoren erklären.

Das Vertrauen in Mitmenschen ist in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland und mit Unterschieden in individuellen Merkmalen lässt sich dies nicht erklären. Würde man die regionalen Gegebenheiten angleichen, geht der Unterschied im Vertrauen tendenziell zurück, wobei die Schätzunsicherheit dieses Befundes allerdings groß ist. Der Rückgang lässt sich in tiefergehenden Analysen sowohl wirtschaftliche regionale Bedingungen als auch auf die demographische Zusammensetzung zurückführen. Auf der anderen Seite fühlen sich die Menschen in Ostdeutschland stärker mit ihrer Gemeinde und den Menschen dort verbunden als Westdeutsche. Individuelle Merkmalsunterschiede sind dafür nicht verantwortlich, aber die Differenz geht tendenziell verloren, wenn regionale Merkmale angeglichen werden, allerdings wieder mit großer Schätzunsicherheit.

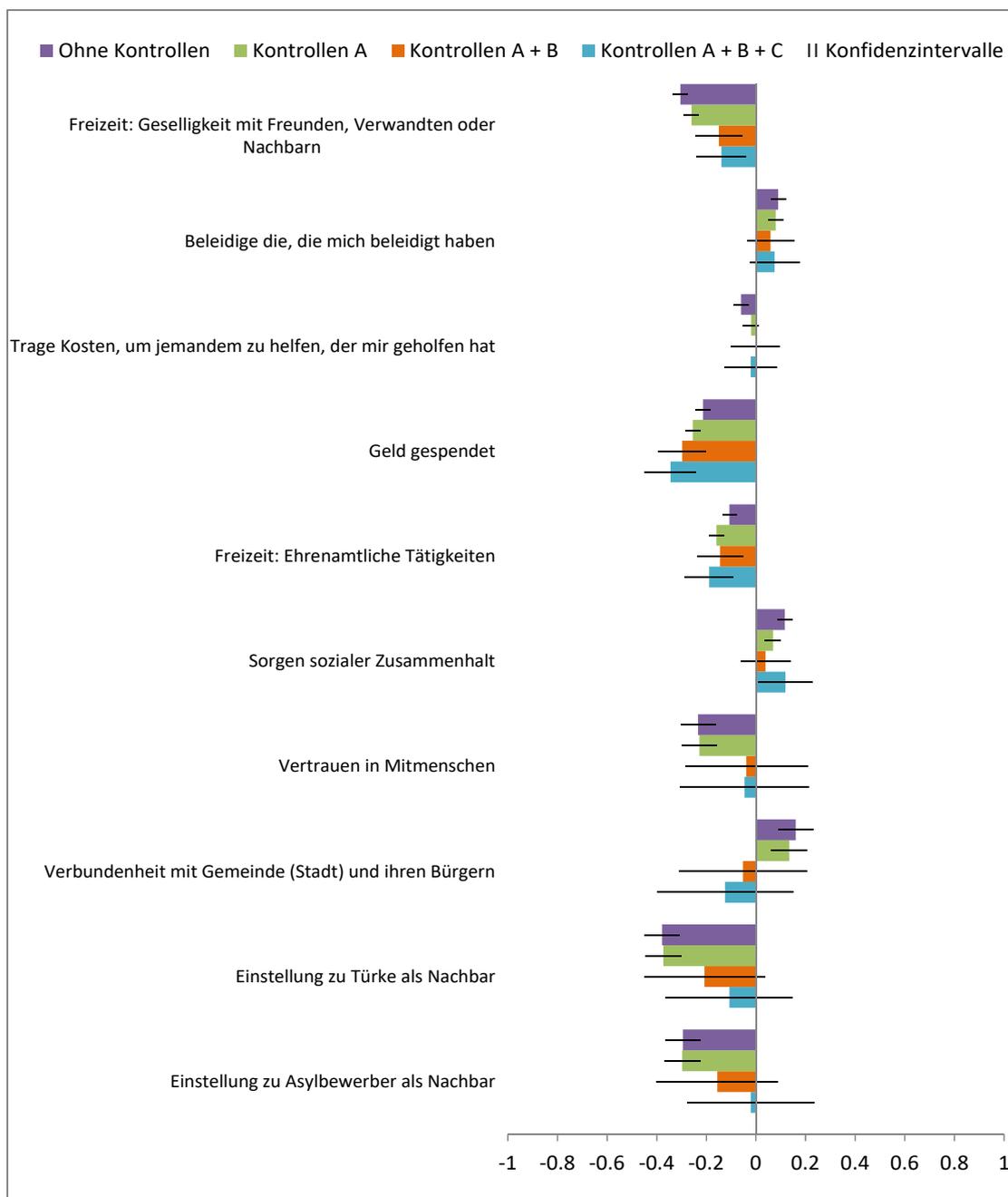
In Ostdeutschland werden Türken und Asylbewerber als Nachbarn weniger positiv aufgenommen als in Westdeutschland. Individuelle Merkmalsunterschiede erklären die Differenz auch hier nicht. Durch die Aufnahme von regionalen Kontrollvariablen werden die Differenzen kleiner und statistisch insignifikant, was allein an der regionalen Altersstruktur liegt. Die wirtschaftlichen Bedingungen und Ausländeranteile verringern den Ost-West-Unterschied nicht. Allerdings ist wegen der Schätzunsicherheit ein großes Spektrum von Ost-West-Differenzen auch bei Angleichung der regionalen Bedingungen nicht auszuschließen.

Wie sind die Graphiken zu lesen?

Die Abbildungen in den Kapiteln zur Ursachenforschung zeigen die Ergebnisse verschiedener statistischer Berechnungen. Diese Regeln helfen sie ganz einfach zu verstehen:

- Die Balken verdeutlichen den Ost-West-Unterschied. **Je größer** der Balken, **desto größer** der **Ost-West-Unterschied**.
- Ein Balken nach **links** in den negativen Bereich bedeutet: die Einstellung ist in Ostdeutschland **weniger** ausgeprägt. Ein Balken nach **rechts** in den positiven Bereich sagt entsprechend, dass die Einstellung in Ostdeutschland **stärker** ausgeprägt ist.
- Die erste Abbildung dieses Kapitels führt „**Kontrollen**“ ein. Damit sind Merkmale der Befragten gemeint. Der Balken sagt aus: wie groß ist der **Ost-West-Unterschied**, wenn diese **Merkmale gleich** wären?
- Alle weiteren Abbildungen beschreiben den Unterschied in Einstellungen innerhalb verschiedener Gruppen. Ein Beispiel: wie groß ist der Ost-West-Unterschied für alle unter 35-Jährigen?

Abbildung 25: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen



Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen um 0,3 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen. Werden individuelle Kontrollen A hinzugefügt, verringert sich der Abstand auf 0,26, Kontrollen B und C verringern ihn weiter. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Kontrollen A beinhalten individuelle Merkmale (Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Ehestand, Schulabschluss, Anzahl der Kinder, Erwerbssituation, Haushaltseinkommen), Kontrollen B beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Demographie, Kontrollen C beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Wirtschaft. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

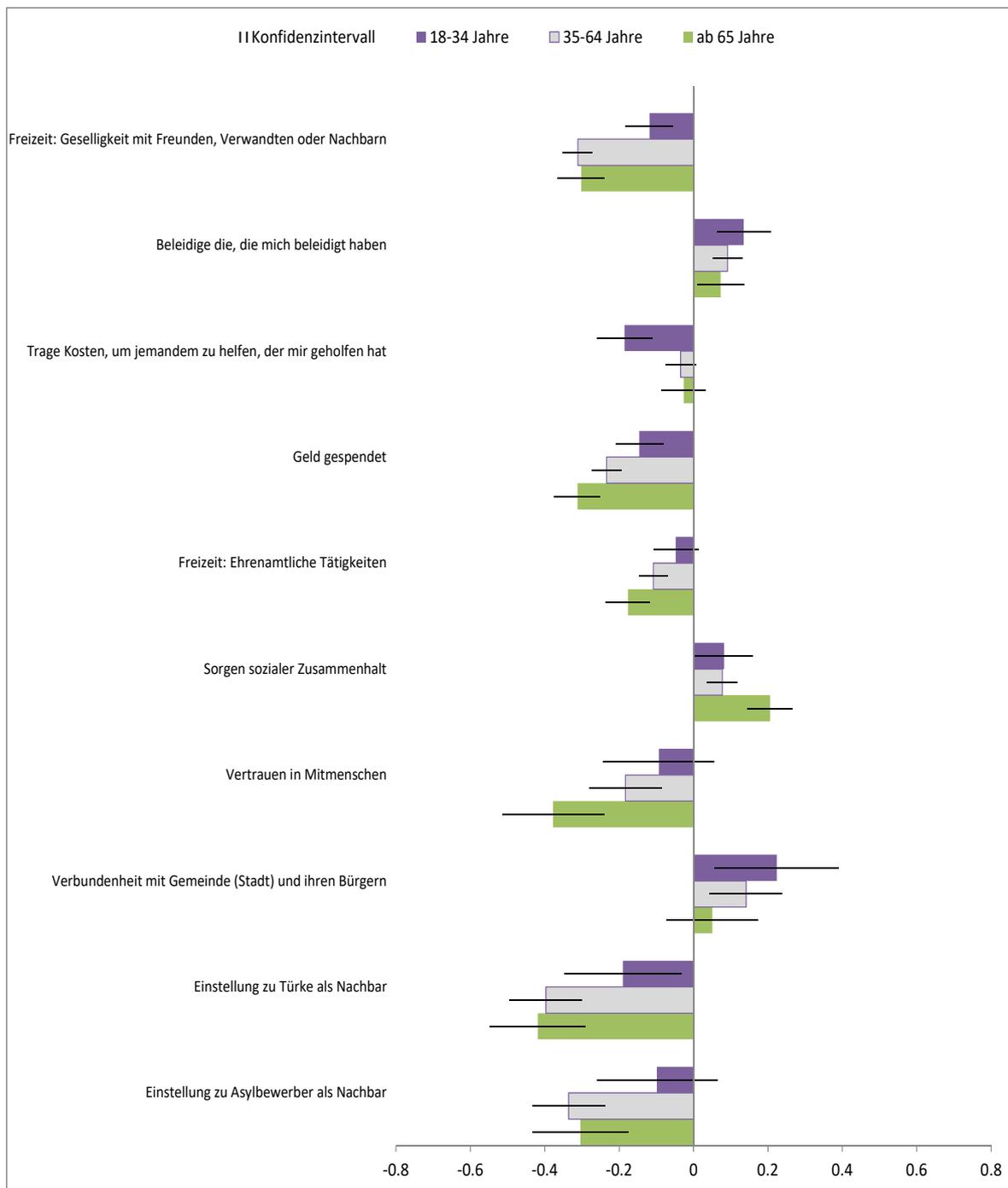
4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Um näher zu beleuchten, welche Bevölkerungsgruppen für die Ost-West-Unterschiede verantwortlich sind, werden im Nachfolgenden die Ost-West-Unterschiede für verschiedene Bevölkerungsgruppen, die anhand der individuellen und regionalen Merkmale definiert werden, untersucht.

4.2.1 Jüngere mit meist kleineren Ost-West-Unterschieden, bei Reziprozität jedoch mit größeren

In Abbildung 26 werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb von Bevölkerungsgruppen untersucht, die nach ihrem Alter unterschieden werden. Die Differenzen werden für Menschen im Alter von 18-34 Jahren, 35-64 Jahren sowie einem Alter ab 65 Jahren trennt ausgewiesen. In der jüngeren Altersgruppe von 18 bis 34 Jahren sind viele Ost-West-Unterschiede in sozialen Einstellungen weniger stark ausgeprägt als bei Älteren. Die Geselligkeit in der Freizeit, die Spendenbereitschaft, das ehrenamtliche Engagement und die Einstellungen gegenüber Türken und Asylbewerbern als Nachbarn sind unter den jüngeren Ost- und Westdeutschen ähnlicher als in den höheren Altersgruppen. Bei den Sorgen über den sozialen Zusammenhalt und dem Vertrauen in Mitmenschen gibt es zwar keinen Unterschied zu den 35-64-Jährigen, aber der Ost-West-Unterschied ist kleiner als bei den ab 65-Jährigen. Größer sind die Ost-West-Unterschiede in der jüngeren Altersgruppe jedoch bei der Reziprozität, insbesondere bei der positiven. Die Bereitschaft Kosten in Kauf zu nehmen, um sich für eine Hilfe zu revanchieren, ist bei den ostdeutschen 18-34-Jährigen deutlich weniger stark ausgeprägt als bei Westdeutschen der derselben Altersklasse. Die Jüngeren sind sogar praktisch allein für den Ost-West-Unterschied in dieser Frage verantwortlich. In der Altersgruppe 65 und älter unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche besonders in den Sorgen über den sozialen Zusammenhalt, die im Osten größer sind, sowie beim Vertrauen in Mitmenschen, das im Osten kleiner ist.

Abbildung 26: Ost-West-Unterschiede nach Altersgruppen



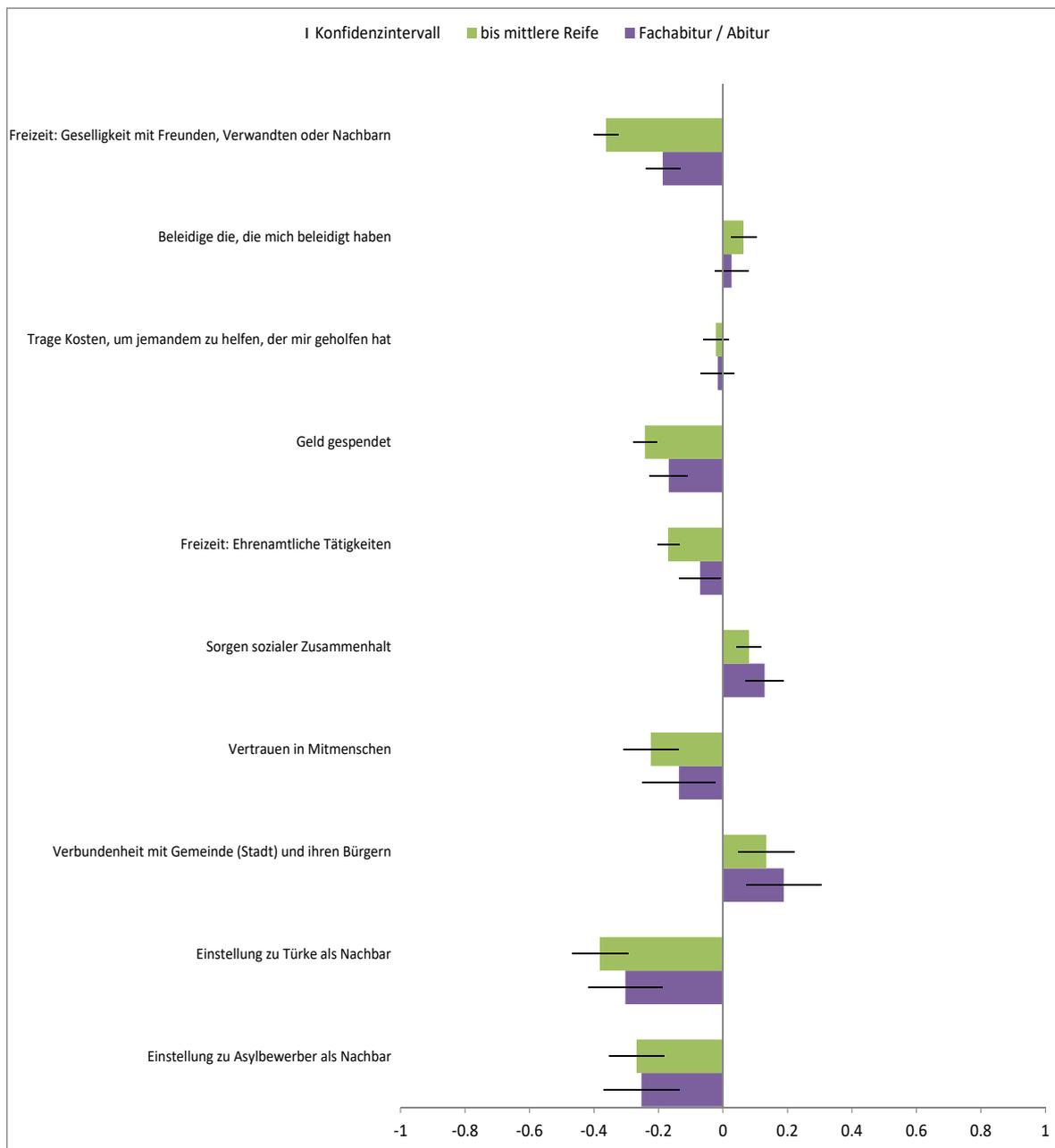
Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen im Alter von 18-34 Jahren um 0,12 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen im gleichen Alter. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.2 Nur vereinzelt größere Unterschiede bei niedriger Schulbildung

In Abbildung 27 werden die Ost-West-Unterschiede für Personen mit höchstem Schulabschluss mittlere Reife oder weniger und Personen mit Fachabitur/Abitur getrennt ausgewiesen.

Befragte, die über einen mittleren Schulabschluss verfügen, zeigen größere Ost-West-Unterschiede bei der Geselligkeit, den Geldspenden, der Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren, dem Vertrauen in Mitmenschen sowie zur Einstellung Türken als Nachbarn zu haben als Befragte mit Abitur, wobei manche Unterscheidungen statistisch schwach sind. Der Unterschied zwischen den zwei Bildungsgruppen ist für die Frage nach der Geselligkeit in der Freizeit am deutlichsten erkennbar. In den allermeisten Fällen bleibt der Ost-West-Unterschied trotzdem auch in der Gruppe mit Abitur oder Fachabitur bestehen. Lediglich die Unterschiede in der Reziprozität verschwinden mit höherer Bildung gänzlich. Bei der positiven Reziprozität ist bereits unter den niedriger Gebildeten kein Ost-West-Unterschied mehr messbar. In der Frage nach den Sorgen über den sozialen Zusammenhalt sind sich Ost- und Westdeutsche mit Abitur sogar weniger einig als Befragte mit niedrigerem Schulabschluss.

Abbildung 27: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau

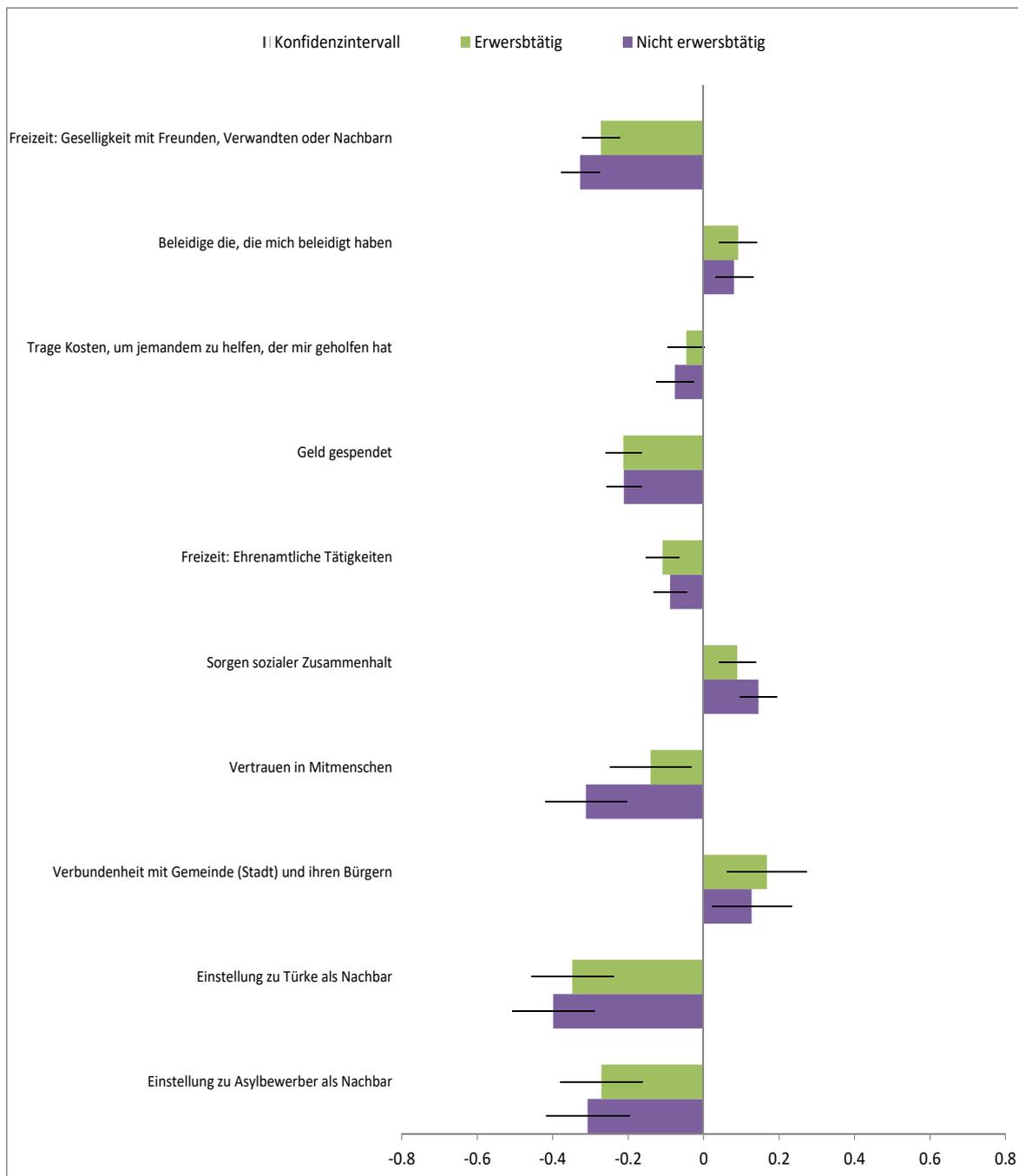


Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen mit höchstens mittlerer Reife um 0,36 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen mit dem gleichen Schulbildungsniveau. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Im SOEP fehlen Beobachtungen mit Angabe „anderer Abschluss“. Die Ergebnisse der Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.3 Keine Ost-West-Unterschiede in Reziprozität unter Wohlhabenderen

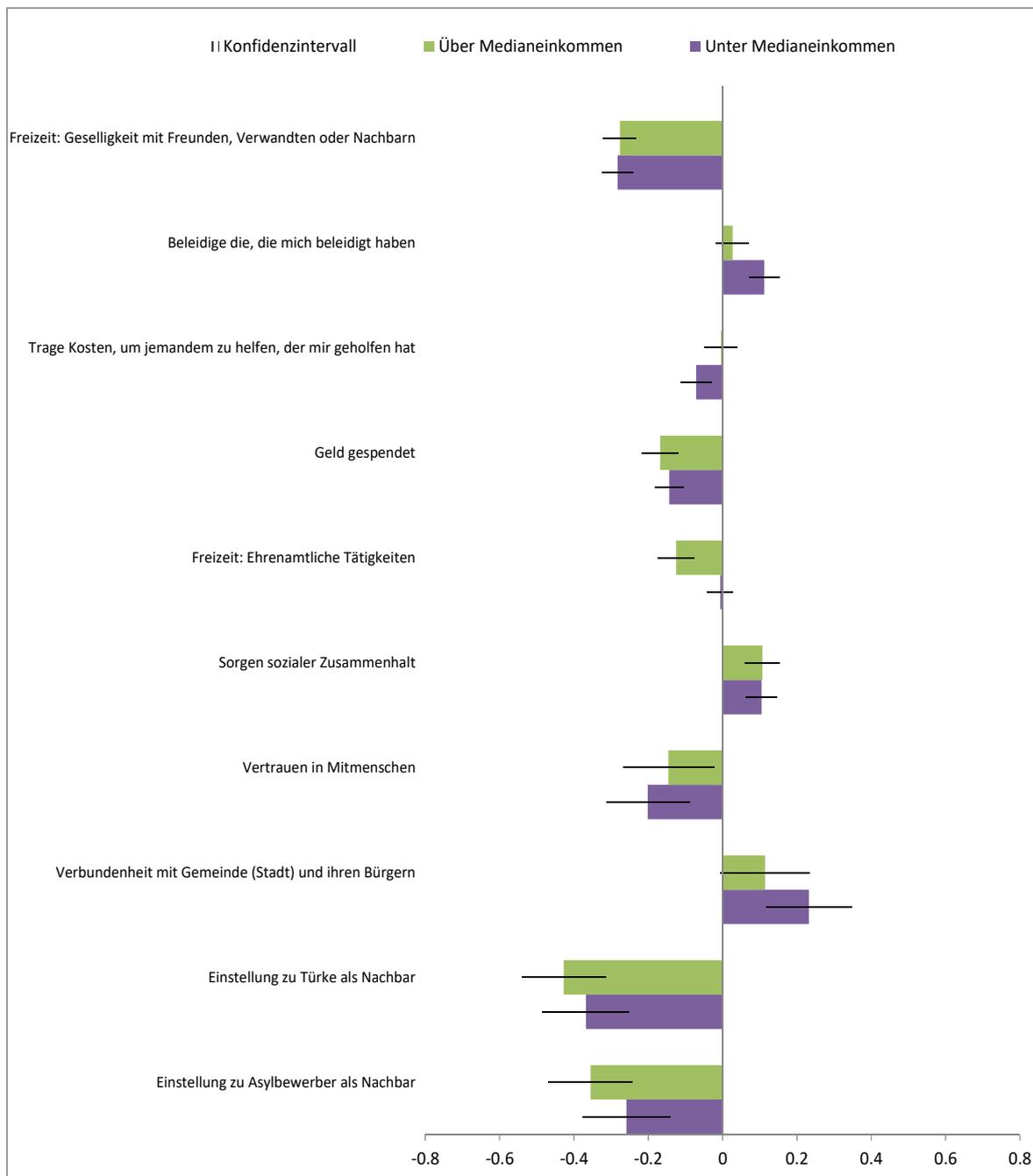
In Abbildung 28 und Abbildung 29 werden Ost-West-Unterschiede in der Einstellung je nach Beschäftigungsstatus bzw. Haushaltseinkommen der Befragten dargestellt. Der Erwerbsstatus (Abbildung 28) ist nur teilweise für die Ost-West-Unterschiede relevant. Die Differenz bei der Geselligkeit, den Sorgen um den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in Mitmenschen sind unter Erwerbstätigen etwas kleiner als unter Nicht-Erwerbstätigen, aber immer noch signifikant. In den anderen Einstellungen unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche in beiden Gruppen gleichermaßen. Hinsichtlich des Haushaltseinkommens (Abbildung 29) lässt sich keine eindeutige Tendenz erkennen, welche Gruppe für die Ost-West-Unterschiede verantwortlich ist. Die Differenz in positiver und negativer Reziprozität ist in der Gruppe der Haushaltseinkommen unter dem Median stärker ausgeprägt. Vergleicht man nur Haushalte mit Einkommen über dem Median, findet sich keine Differenz mehr zwischen Ost- und Westdeutschen. Auf der anderen Seite ist die Bereitschaft zum Ehrenamt nur bei hohen Einkommen zwischen Ost und West verschieden, und kann für niedrigere Einkommen nicht gefunden werden. Tendenziell sind die Unterschiede in der Verbundenheit mit der Gemeinde bei niedrigen Einkommen und in der Einstellung zu Asylbewerbern als Nachbarn bei höheren Einkommen größer.

Abbildung 28: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen



Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei ostdeutschen Erwerbstätigen um 0,27 Punkte schwächer ausgeprägt als bei westdeutschen Erwerbstätigen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Die Ergebnisse der Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 29: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen

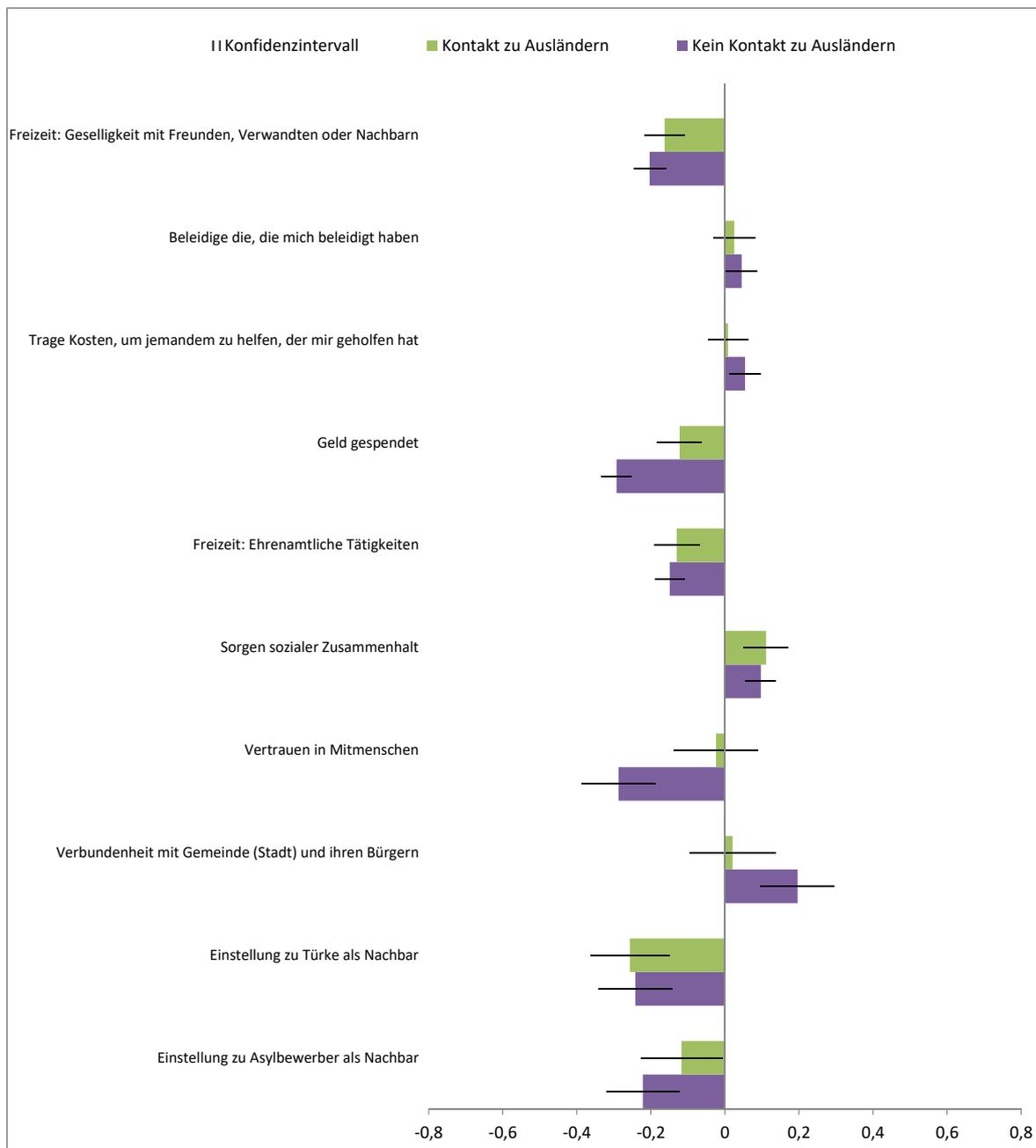


Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen mit Haushaltseinkommen unter dem Median um 0,28 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen derselben Einkommensgruppe. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Die Ergebnisse der Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.4 Menschen mit Kontakt zu Ausländern in sozialen Einstellungen in Ost und West ähnlicher

In Abbildung 30 werden die Ost-West-Unterschiede für zwei Gruppen getrennt ausgewiesen, von denen eine Gruppe Kontakt zu Ausländern pflegt, während die andere Gruppe keinen Kontakt zu Ausländern hat. In diesen Vergleich fließen deshalb keine Antworten von Migranten ein. Die Ost-West-Differenzen in der Reziprozität, der Spendenbereitschaft, dem Vertrauen in Mitmenschen, der Verbundenheit mit der Gemeinde und der Einstellung gegenüber Asylbewerbern als Nachbarn sind zum Teil in der Gruppe, welche keinen Kontakt zu Ausländern hat, deutlich größer. Für die Reziprozität, das Vertrauen und die Verbundenheit gilt sogar, dass keine Ost-West-Unterschiede in der Gruppe mit Ausländerkontakt gefunden werden. Dagegen spielen Kontakte zu Ausländern offenbar keine Rolle für die eher ablehnende Einstellung gegenüber türkischstämmigen Nachbarn.

Abbildung 30: Ost-West-Unterschiede nach Kontakt zu Ausländern



Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen mit Kontakt zu Ausländern um 0,2 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen mit Kontakt zu Ausländern. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Die Ergebnisse der Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

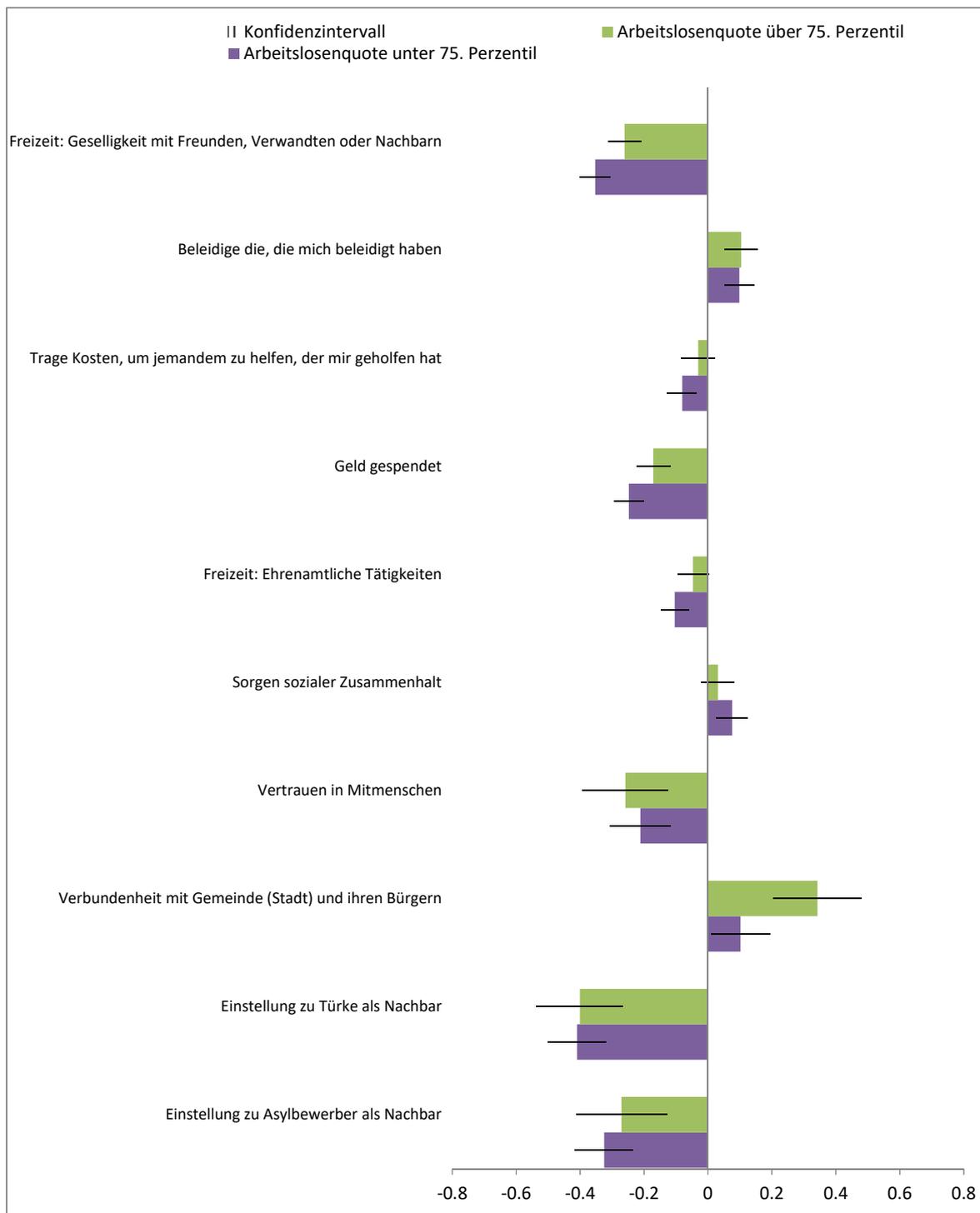
4.2.5 Regionen mit junger Bevölkerung in Ost und West ähnlicher

Die Ost-West-Unterschiede in Einstellungen werden nun für Gruppen ausgewiesen, die anhand regionaler Charakteristika differenziert werden. Anhand des Medians der Merkmale in der Raumordnungsregion des Wohnortes werden die Befragten in zwei Gruppen unterteilt. In Abbildung 31 werden die Regionen anhand der Arbeitslosenquote zugeordnet, in Abbildung 32 anhand des Anteils der 20-35-jährigen Bevölkerung. In Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote (Arbeitslosenquote über dem 75. Perzentil⁹) sind Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in den meisten sozialen Einstellungen vergleichbar mit den Unterschieden zwischen Regionen mit niedrigerer Arbeitslosigkeit. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sind die Ost-West-Unterschiede bei der Geselligkeit, der positiven Reziprozität, der Bereitschaft Geld zu spenden und bei den Sorgen um den sozialen Zusammenhalt geringfügig kleiner. Dafür ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen in der Verbundenheit mit der Gemeinde wesentlich kleiner, wenn nur Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit verglichen werden.

Abbildung 32 zeigt, dass die Ost-West-Unterschiede in Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-35-Jährigen bezüglich Geselligkeit, Reziprozität, Geldspenden und dem Vertrauen in Mitmenschen deutlich kleiner sind als in anderen Regionen, und bezüglich Verbundenheit mit der Gemeinde und der Einstellung zu Türken und Asylbewerbern als Nachbarn zumindest tendenziell kleiner sind. Lediglich bei den Sorgen über den sozialen Zusammenhalt unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche in jungen Regionen stärker als in Regionen mit älterer Bevölkerungsstruktur.

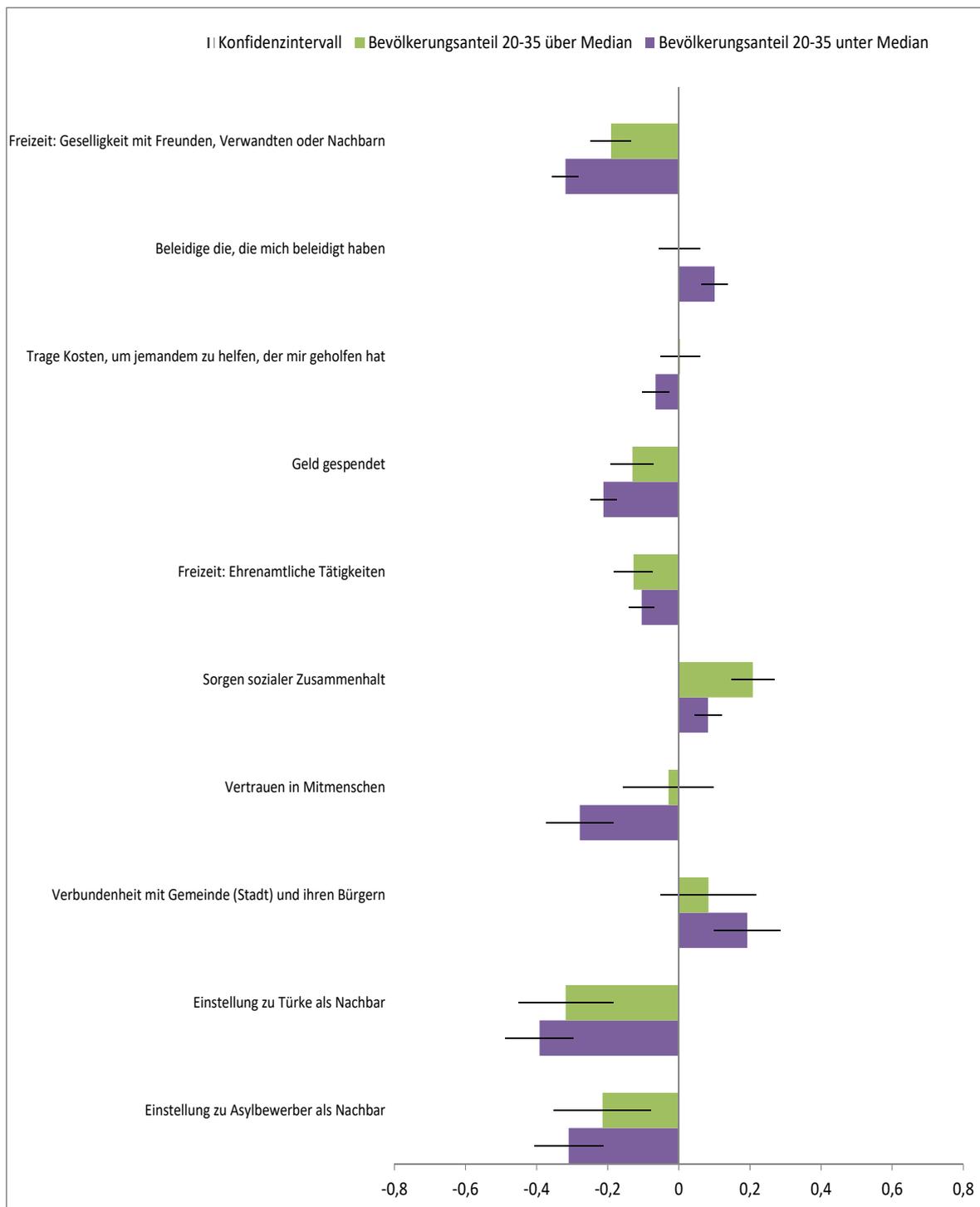
⁹ Wegen hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland muss hier eine höhere Grenze als der Median gezogen werden, damit auch ostdeutsche Regionen zum Vergleich in der niedrigen Kategorie bereitstehen.

Abbildung 31: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote



Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote über dem 75. Perzentil um 0,26 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Die Ergebnisse der Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 32: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungszusammensetzung



Lesebeispiel: Die Freizeitgestaltung mit Geselligkeit ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-35-Jährigen um 0,19 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Geld gespendet“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2016. Die Ergebnisse der Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 0. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

5. Fazit: Soziale Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland

Ostdeutsche haben persistent weniger Vertrauen in Ihre Mitmenschen, nur leichte Konvergenz erkennbar

Jeder vierte Befragte in Westdeutschland und jeder fünfte Befragte in Ostdeutschland ist im Jahr 2016 der Meinung, dass man den meisten Menschen trauen kann. Seit der Wiedervereinigung schenken Ostdeutsche ihren Mitmenschen persistent weniger Vertrauen als Westdeutsche. Die Ost-West-Lücke war kurz nach der Wiedervereinigung am größten und wurde bis zur Jahrtausendwende etwas kleiner. Seitdem bewegt sich der Unterschied weitgehend auf dem gleichen Level. Die absoluten Vertrauenswerte schwankten bis 2012 in beiden Landesteilen relativ wenig; seitdem ist jedoch ein deutlicher Anstieg in Ost und West zu erkennen. Die Deutschen gewinnen also untereinander an Vertrauen, wenngleich am aktuellen Datenrand auch 31% im Westen und 41% im Osten angeben, im Umgang mit anderen Menschen kann man nicht vorsichtig genug sein. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit den Studien von Heineck und Süßmuth (2013) sowie Rainer und Siedler (2009a). Der Ost-West-Unterschied würde auch nicht verschwinden, wenn die Befragten in Ost- und Westdeutschland die gleichen individuellen Merkmale, wie etwa Alter, Familienstand, Einkommen, aufweisen würden. Die Ost-West-Differenz ist bei den über 65-Jährigen am größten, und wird in den jüngeren Altersgruppen kleiner. Betrachtet man in beiden Landesteilen nur die Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wird die Ost-West-Differenz ebenfalls kleiner. Unter Ost- und Westdeutschen, die Kontakte zu Ausländern pflegen, findet sich überhaupt kein Unterschied mehr im Vertrauen in Mitmenschen. Menschen, die in Ost- und Westdeutschland in Regionen leben, in denen viele junge Menschen leben, unterscheiden sich auch nicht in dem Ausmaß, wie stark sie anderen Menschen vertrauen.

Vertrauen in fremde Menschen ist im Westen etwas höher, leichte Divergenz zwischen Ost und West beobachtbar

Bei der Risikobereitschaft, fremden Menschen Vertrauen entgegenzubringen, ist eine leichte divergente Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland zu erkennen. Die Vertrauenswerte stiegen in Ost- und Westdeutschland von 2009 auf 2014 insgesamt an, allerdings im Westen etwas mehr. Dadurch ergab sich für das Jahr 2014 ein kleiner signifikanter Ost-West-Unterschied.

Kaum Unterschiede bei kulturellen Freizeitaktivitäten und Ausgeh-Aktivitäten

Die Freizeitaktivitäten im kulturellen Bereich und beim Ausgehen in Kinos und in Diskotheken, sowie zu Veranstaltungen, haben sich bis circa Ende der 1990er Jahre weitgehend angeglichen, indem die ostdeutschen Werte zu den westdeutschen aufschlossen. Seit der Jahrtausendwende sind die Unterschiede geringer bzw. verschwanden fast ganz. Seit 2009 zeichnet sich wieder ein kleiner Ost-West-Unterschied bei Kino- und Veranstaltungsbesuchen ab. Die Häufigkeit dieser

Besuche blieb in Westdeutschland konstant, allerdings gingen etwas weniger Menschen in Ostdeutschland ins Kino und zu Konzerten, so dass sich eine kleine Ost-West-Lücke auftat. Zur absoluten Höhe bleibt abschließend festzuhalten, dass viele Menschen in Deutschland Freizeitaktivitäten ausüben, aber dass im Jahr 2015 auch rund ein Drittel aller Befragten in Ost- und in Westdeutschland angab, nie ins Theater, ins Kino, zu Konzerten, in Diskotheken oder zu sonstigen Veranstaltungen zu gehen.

Westdeutsche treiben mehr Sport und betätigen sich häufiger künstlerisch

In Deutschland treiben insgesamt viele Menschen mit ansteigender Tendenz regelmäßig Sport. Dabei liegen die Werte seit der Wiedervereinigung im Westen konstant und deutlich höher als im Osten. Der Ost-West-Unterschied ist bis 2015 nur geringfügig kleiner geworden. In den Jahren von 2001 bis 2015 musizierten die Deutschen auch etwas häufiger oder gingen häufiger künstlerischen Tätigkeiten nach, wobei die Werte deutlich unter den Beliebtheitswerten für den Sport liegen. Die Kurve verlief im Westen meist auf leicht höherem Niveau. Im Jahr 2015 musizierten bzw. betätigten sich künstlerisch rund 21% der Befragten im Westen einmal im Monat oder einmal pro Woche, im Osten rund 18%.

Gleichbleibende Unterschiede in Ost und West bei Geselligkeit mit Freunden

Westdeutsche treffen sich deutlich häufiger als Ostdeutsche mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn. Die Ost-West-Lücke wurde ab der Wiedervereinigung bis Mitte der 1990er Jahre nur geringfügig kleiner und ist seitdem gleichbleibend konstant. Knapp die Hälfte der Westdeutschen verbringt jede Woche Zeit mit ihren sozialen Kontakten. Im Osten trifft sich nur jeder Dritte einmal pro Woche in geselliger Runde. Zu diesem Befund passt im Jahr 2015 auch die Angabe über die Anzahl enger Freunde. Westdeutsche gaben an, im Durchschnitt 4,1 enge Freunde zu haben, Ostdeutsche gaben 3,9 an. Der Ost-West-Unterschied im geselligen Verhalten kann etwa zur Hälfte durch individuelle und regionale Merkmale erklärt werden. Im Vergleich der Altersgruppen findet man die kleinsten Unterschiede bei den unter 35-Jährigen. Menschen mit höherem Bildungsniveau weisen ebenfalls einen kleineren Unterschied auf als Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau. In Regionen mit jüngerer Bevölkerungsstruktur ist die Ost-West-Differenz auch vergleichsweise klein.

Westdeutsche gehen deutlich häufiger in die Kirche

Hinsichtlich des Besuchs religiöser Veranstaltungen herrscht ein deutlicher Ost-West-Unterschied, der über die Zeit nur sehr langsam kleiner wird. Im Osten gaben 2015 knapp 80% der Befragten an, nie in die Kirche zu gehen, im Westen sagten dies etwas über die Hälfte der Befragten.

Ost- und Westdeutsche haben sich in der Zufriedenheit mit ihrer Freizeit angenähert

Bei all den unterschiedlichen Angaben über Freizeitaktivitäten sind sich West- und Ostdeutsche in einem Punkt einig: Sie sind am aktuellen Rand des Befragungsjahres 2015 gleichermaßen mit

I. Soziale Sphäre

ihrer Freizeit überdurchschnittlich zufrieden. Bei dieser Frage lässt sich auch eine eindeutige Konvergenz seit der Wiedervereinigung konstatieren. War der Unterschied zwischen beiden Landesteilen in den 1990er Jahren noch recht groß, wurde dieser seit Anfang der 2000er Jahre zunehmend kleiner und verschwand in den letzten beiden Beobachtungsjahren. Insgesamt zeigte der Trend kontinuierlich nach oben, d.h. die Menschen in Deutschland sind mit ihrer Freizeit stetig zufriedener geworden.

Negative Reziprozitätseinstellungen sind im Osten etwas ausgeprägter, leichte Divergenz erkennbar

Eine breite Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland ist nach eigenen Angaben (eher) nicht rachsüchtig. Die Befragten geben an, sich nicht bei nächster Gelegenheit für erfahrenes Unrecht oder Beleidigungen zu revanchieren. Die Selbsteinschätzungen zu negativen Reziprozitätseinstellungen gehen im Zeitverlauf 2005 – 2010 – 2015 tendenziell zurück. Nach anfänglich zum Teil ähnlichen Werten findet sich 2015 ein Unterschied in den ost- und westdeutschen Einstellungen der negativen Reziprozität, diese liegt im Osten leicht höher. Die Ost-West-Unterschiede finden sich nur bei Menschen mit unterdurchschnittlichem Haushaltseinkommen. In der Einkommensgruppe über dem Median gibt es keinen Ost-West-Unterschied bei dieser Einstellung. In Regionen mit älterer Altersstruktur sind die Ost-West-Unterschiede am größten.

Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich wenig in ihren positiven Reziprozitätseinstellungen

Im Hinblick auf die Aussagen zur positiven Reziprozität sind sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland ebenfalls ziemlich ähnlich. Vor allem die Bereitschaft, jemandem einen Gefallen zu tun, der einem selbst einen Gefallen getan hat, und die Anstrengungsbereitschaft, jemandem zu helfen, der einem früher schon einmal geholfen hat, ist in beiden Landesteilen gleich sehr stark ausgeprägt. Und viele Menschen in Deutschland – im Westen im Jahr 2015 geringfügig mehr – sind bereit Kosten auf sich zu nehmen, um jemandem zu helfen, der einem früher schon einmal geholfen hat. Nach der Kontrolle für individuelle und regionale Merkmale verblassen die ohnehin geringen Ost-West-Unterschiede. Interessant bei der Alters-Analyse dieser Einstellung ist, dass es vor allem die jüngeren Menschen von 18-34 Jahren sind, die für den kleinen Ost-West-Unterschied verantwortlich sind. Ost- und westdeutsche Bürgerinnen und Bürger über 35 Jahre unterscheiden sich hier nicht.

Westdeutsche spenden häufiger Geld, während kaum Unterschiede bei Blutspenden bestehen

In Westdeutschland wurden in den Jahren 2010 und 2015 nach Angaben der Befragten häufiger Geldspenden getätigt als in Ostdeutschland. Ockenfels und Weimann (1999) kommen in ihrem Laborexperiment zu einem ähnlichen Ergebnis. Der Abstand zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten hat sich vergrößert. 2015 spendete knapp die Hälfte der Westdeutschen und

ein gutes Drittel in Ostdeutschland Geld. Bei Blutspenden haben sich die Werte in Ost- und Westdeutschland im Jahr 2015 auf demselben Niveau von etwa 12% angenähert, nachdem im Jahr 2010 der Anteil von Blutspendern im Osten noch etwas höher lag als im Westen. Eine tiefergehende Analyse des Ost-West-Unterschiedes bei Geldspenden zeigt das interessante Ergebnis, dass die Ost-West-Lücke sogar größer wird, je mehr Kontrollen in die Analyse miteinbezogen werden. Ältere Menschen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich bei Geldspenden mehr als jüngere Menschen in beiden Landesteilen. Die Ost-West-Differenz bei Geldspenden ist schließlich größer für Regionen, die einen unterdurchschnittlichen Anteil an 20-35-Jährigen aufweisen.

Gleichbleibendes Ost-West Gefälle betreffend freiwilliges Engagement, Konvergenz jedoch beim Mithelfen bei Freunden und Nachbarn zu erkennen

In den westdeutschen Bundesländern engagieren sich seit Beginn der Zeitreihe in 1992 konstant mehr Menschen ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten als in den ostdeutschen Ländern. Die Ost-West-Lücke bleibt über die Zeit nahezu konstant. Absolut sind die Werte seit der Wiedereinigung in beiden Landesteilen zwar angestiegen, dennoch üben heute auch 67% der Westdeutschen und 73% der Ostdeutschen nie ein Ehrenamt aus. Die Ost-West-Lücke kann nicht mit individuellen, demografischen oder regionalen Merkmalen erklärt werden, im Gegenteil nach sukzessiver Aufnahme der Kontrollen, vergrößert sich die Ost-West-Lücke sogar. Das heißt in anderen Worten, dass Unterschiede in Alter-, Bildungs- und Einkommensmerkmalen zwischen west- und ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern die Differenz im ehrenamtlichen Engagement nicht erklären können. Subgruppenanalysen nach dem Alter zeigen, dass der Unterschied in der Altersgruppe der 35-64-Jährigen und vor allem in der Gruppe der über-65-Jährigen größer ist als bei jüngeren Bürgerinnen und Bürgern unter 35 Jahren. Betrachtet man nur Menschen mit mindestens Abitur sind die Ost-West-Unterschiede auch kleiner als beim Vergleich der Bildungsgruppen in Ost und West mit mittlerem Schulabschluss. Ost- und Westdeutsche sind sich zudem beim Ehrenamt ähnlicher, wenn sie über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügen. Die Ost-West-Differenz ist vielmehr in der Gruppe der überdurchschnittlichen Einkommensbezieher zu finden.

Wenn es darum geht Freunden, Verwandten oder Nachbarn zu helfen, unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nicht mehr. Hier haben sich die Kurven nach leicht schwankendem Verlauf seit der Wiedervereinigung im Jahr 2015 angeglichen. Die meisten Menschen in beiden Landesteilen helfen mit, wenn es im Familien- oder Bekanntenkreis etwas zu tun gibt. Nur rund 10% aller Befragten in Deutschland geben an, dies nie zu tun.

Heimatverbundenheit im Osten ist etwas ausgeprägter als im Westen

Ostdeutsche fühlen sich ihrer Heimatgemeinde und ihren Bürgern verbundener als Westdeutsche. Die Werte sind seit der Wiedervereinigung im Osten leicht gestiegen, im Westen auf etwa gleichem Niveau geblieben. 2016 geben 31% im Osten eine starke Heimatverbundenheit an und

45% fühlen sich ziemlich verbunden mit ihrer Gemeinde. Im Westen sind diese Werte etwas kleiner. Die höhere Heimatverbundenheit im Osten kann nicht durch Merkmalsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen erklärt werden. Untersuchungen verschiedener Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland zeigen, dass der Ost-West-Unterschied hauptsächlich in der Altersgruppe der 18-34-Jährigen zu finden ist. Ältere Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland sind sich diesbezüglich deutlich ähnlicher. In der Gruppe der Bürger in Ost- und Westdeutschland, die Kontakte zu Ausländern pflegen, finden sich keine Unterschiede.

Ost- und Westdeutsche konvergieren in ihrer Furcht alleine nachts in der Nachbarschaft

Der Anteil derjenigen, die Angst haben, nachts alleine in ihrer direkten Wohnumgebung unterwegs zu sein, lag in Ostdeutschland in den 1990er Jahren bis zu 15 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Bis zum Jahr 2000 gingen die Unsicherheitsgefühle in beiden Landesteilen zurück, im Osten noch stärker, und näherten sich dadurch weitestgehend an. Seitdem bewegen sich die Werte im Osten und Westen auf ähnlichem Niveau leicht sinkend. 2016 fühlen sich noch rund 20% der Befragten nachts alleine unsicher in ihrer Nachbarschaft.

Klar erkennbare Unterschiede in den Einstellungen zu Ausländern in der Nachbarschaft

Gegenüber Italienern, deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, Asylbewerbern und Türken als Nachbarn sind Ostdeutsche ablehnender eingestellt als Westdeutsche. Gleichbleibende große Unterschiede sind in den Jahren 1996 – 2006 – 2016 bei den Einstellungen gegenüber Italienern auf hohem Niveau und gegenüber Türken auf mittlerem Niveau zu finden. Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa werden 2016 wieder mit demselben Ost-West-Unterschied wie 1996 bewertet, nachdem sich die Werte 2006 auf leicht niedrigerem Niveau angeglichen hatten. Die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland gegenüber Asylbewerbern in der direkten Nachbarschaft waren zu den Beobachtungszeitpunkten 1996 und 2006 relativ ähnlich bzw. statistisch nicht unterscheidbar. Bis zur aktuellen Beobachtung im Jahr 2016 haben sich die Meinungen bezüglich Asylbewerber allerdings auseinander entwickelt. 2016 gab jeder Fünfte der Befragten im Osten an, einen Asylbewerber in der Nachbarschaft zu haben, wäre ihm „sehr unangenehm“. Im Westen gab dies jeder Zehnte an (11%).

Die Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Türken und Asylbewerbern als Nachbarn ändern sich nicht, wenn für individuelle Merkmale kontrolliert wird. Unter den 18-34-Jährigen in Ost- und Westdeutschland sind die Einstellungen gegenüber Türken und vor allem gegenüber Asylbewerbern in der Nachbarschaft ähnlicher als unter den 35-64-Jährigen und den über 65-Jährigen. Getrennte Betrachtungen nach Bildungsniveaugruppen führen nur unwesentlich zu einer Verringerung der Ost-West-Differenz. Anders ausgedrückt sind sich höher Gebildete in Ost- und Westdeutschland in diesen Einstellungen genauso unähnlich wie niedrig Gebildete.

Die Ost-West-Differenz in der Einstellung, wie angenehm bzw. unangenehm dem Befragten ein Türke als Nachbar wäre, ist sowohl in der Gruppe, die Kontakte zu Ausländern pflegt, als auch in

der Gruppe, die keinen Kontakt hat, annähernd gleich hoch. Das Bild darüber, ob man Türken gerne in der Nachbarschaft hat oder nicht, ändert sich also nicht dadurch, ob Kontakte zu Ausländern gepflegt werden.

Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind im Osten leicht höher, Divergenz ist bei Desinteresse an Mitmenschen zu erkennen

Viele Menschen in Deutschland sorgen sich im Jahr 2016 um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Knapp 60% der Deutschen machen sich einige Sorgen und circa 30% große Sorgen, wobei die Werte im Osten um jeweils 3 bzw. 6 Prozentpunkte höher liegen. Die Ost-West-Differenz ist zum Teil auf Unterschiede in den individuellen Merkmalen zurückzuführen. Im Altersgruppenvergleich ist die Ost-West-Differenz am größten, wenn ältere Befragte ab 65 Jahren in Ost- und Westdeutschland miteinander verglichen werden. Ältere Ostdeutsche sorgen sich deutlich mehr um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland als ältere Westdeutsche, während bei den jüngeren Altersgruppen nur kleinere Unterschiede gefunden werden. Die Ost-West-Differenz ist in Regionen mit jüngerer Bevölkerungsstruktur größer als in Regionen mit älterer Bevölkerungszusammensetzung.

Über die Zeit betrachtet sind die Ansichten über das soziale Miteinander in Deutschland etwas optimistischer geworden. Allerdings teilen 2016 immer noch 62% der Westdeutschen und 69% der Ostdeutschen die Auffassung, dass sich die meisten Leute in Wirklichkeit gar nicht darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Dieser kleinere Ost-West-Unterschied ist erst seit 2012 statistisch signifikant messbar, und nicht in den Jahren davor. Das heißt, hier kann von einer divergenten Entwicklung gesprochen werden.

II. Politische Sphäre

1. Hinführung und Kapitelstruktur

Für das Funktionieren einer Demokratie, der Herrschaft des Volkes, ist es von entscheidender Bedeutung, wie stark sich die Bürgerinnen und Bürger für die Politik ihres Landes interessieren und engagieren. Nur wenn sie politische Prozesse und Entscheidungen als wichtig erachten und verstehen, zufrieden mit der Politik und ihrer Staatsform sind, sowie Vertrauen in die politisch Handelnden und die Institutionen haben, sind sie bereit die bestehende Ordnung zu akzeptieren, politische Entscheidungen mitzutragen und sich politisch zu beteiligen. Demokratische Systeme halten abweichende Meinungen und Einstellungen aus, sie leben vom kontroversen Ringen um die besten Ideen. Ein Grundkonsens in Form einer positiv-neutralen Haltung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung in breiten Teilen der Bevölkerung ist allerdings eine notwendige Voraussetzung für die Stabilität demokratischer Regime (Almond und Verba 1963, 1989). Dieser Grundkonsens liegt nicht zuletzt im politischen Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und in einer breiten Akzeptanz gemeinsamer Werteorientierungen und Einstellungen begründet: „A stable and democratic society is impossible without a minimum degree of literacy and knowledge on the part of most citizens and without widespread acceptance of some common set of values.” (Friedman 1962).

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland mit seinen politischen staatlichen Institutionen wurde mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 auf Ostdeutschland ausgeweitet. Mit der deutschen Wiedervereinigung erweiterte sich auch die Parteienlandschaft in Deutschland im linken Spektrum (zunächst PDS, heute Die LINKE), die seitdem im Deutschen Bundestag vertreten ist. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag am 2. Dezember 1990 konnten die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger erstmals nach knapp 40 Jahren wieder an einer freien Parlamentswahl teilnehmen und zwischen mehreren Parteien auswählen. Aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen und politischer Sozialisation in zwei verschiedenen politischen Systemen, dem freiheitlich demokratischen in der BRD und dem kommunistischen in der DDR, war ein schneller Angleichungsprozess in den politischen Einstellungen und der politischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in beiden Landesteilen nicht gleich zu erwarten.

Im vorliegenden Kapitel zur politischen Sphäre werden politische Einstellungen und eng damit verknüpfte Verhaltensweisen wie das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland untersucht. Nach einer übergreifenden und ausführlichen Analyse der Ergebnisse aus der relevanten Literatur (Abschnitt 2) folgen detaillierte deskriptive Auswertungen unterschiedlicher Datensätze (Abschnitt 3). Es werden viele verschiedene Einstellungen und Verhaltensweisen im Zeitablauf beschrieben und auf mögliche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in Ost- und Westdeutschland hin untersucht. Konkrete Untersuchungsgegenstände sind das Politische Interesse und die Einstellungen zu Parteien (Punkt 3.1), die Politische Partizipation und das

Wahlverhalten (Punkt 3.2), die Zufriedenheit mit Demokratie und Politik, das Vertrauen in politische Institutionen und der Stolz auf politische Institutionen und Leistungen (Punkt 3.3). Ein ausführliches Kapitel folgt zum Thema Einstellungen gegenüber Flüchtlingen und Ausländern in Deutschland, zu Ansichten über Zuwanderung und Integration von Personen aus dem Ausland, sowie zu ausländerfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen bzw. Verhaltensweisen in Deutschland (Punkt 3.4). Im letzten Teil der Analyse werden ausgewählte vorgefundene Differenzen in den Einstellungen und Verhaltensweisen anhand von Regressionsanalysen näher auf ihre Ursachen hin untersucht (Abschnitt 4). Ein Fazit schließt das Kapitel der Politischen Sphäre ab. Es fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und widmet sich der Frage, ob sich die Politische Kultur, bestehend aus den hier analysierten Einstellungen und Verhaltensweisen, in Ost- und Westdeutschland angeglichen oder womöglich auseinander entwickelt hat, beziehungsweise gleichbleibend unterschiedlich ist (Abschnitt 5).

2. Überblick über den Forschungsstand

Einstellungen zu Demokratie und Marktwirtschaft

Das Zusammenspiel von Demokratisierung und wirtschaftlicher Liberalisierung sowie deren Auswirkungen auf Wachstum wurden in diversen theoretischen und empirischen Studien untersucht. Grosjean und Senik (2011) betonen die historische Bedeutung dieser Thematik, mit der sich bereits Staatsphilosophen von Montesquieu und Hume über Smith und de Tocqueville bis hin zu Marx beschäftigt haben. Neuere Arbeiten, die versuchen, die theoretisch denkbaren Zusammenhänge empirisch sauber nachzuweisen, liefern unklare, zum Teil widersprüchliche Ergebnisse. Während man teils davon spricht, dass Demokratisierung zu ökonomischer Liberalisierung und Wohlstand führt (Grosjean und Senik 2011; Giavazzi und Tabellini 2005; Persson und Tabellini 2006), legen andere Studien nahe, dass die Wirkungskette eher von ökonomischer Liberalisierung und Wachstum zu Demokratisierung läuft (z.B. Lipset 1959; Boix und Stokes, 2003; Papaioannou und Siourounis, 2008); wieder andere Arbeiten argumentieren, dass sorgfältige empirische Analysen keine eindeutige Evidenz für einen statistischen Zusammenhang zwischen Wohlstand und Demokratisierung erkennen lassen (Acemoglu et al. 2005; Robinson 2006; Persson und Tabellini 2008). Die Wiedervereinigung Deutschlands stellt einen besonderen Fall dar, da hier quasi über Nacht Demokratie und Marktwirtschaft gleichzeitig eingeführt wurden und eben nicht in einem Prozess sich das eine aus dem anderen langsam entwickelte.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant zu untersuchen, wie die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung jeweils die unterschiedlichen polit-ökonomischen Systeme der DDR und der BRD einschätzen. In der Studie Deutschland 2014 wurde dies im Detail untersucht (Holtmann et al. 2015). 25 Jahre nach Fall der Berliner Mauer zeigt sich, dass ein Großteil der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland die Demokratie für die beste Staatsform hält, auch wenn die Zustimmung in Ostdeutschland (82%) etwas niedriger ist

II. Politische Sphäre

als in Westdeutschland (90%). In Ostdeutschland würden zwei Drittel der Bevölkerung eine direkte Demokratie einer repräsentativen Demokratie vorziehen. Auch in Westdeutschland waren diese Werte im Jahr 2014 ähnlich, während sich noch vor 25 Jahren weniger als die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung für eine direkte Demokratie aussprach. Alles in allem ist aber nur ein geringer Anteil der Ost- und Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden (15% und 13%).

Weiterhin belegt die Studie Deutschland 2014, dass auch bezüglich der grundsätzlich marktwirtschaftlichen Ordnung weitgehend Einigkeit in der ostdeutschen Bevölkerung herrscht: Nur 27% der Ostdeutschen sind der Meinung, dass die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht werden sollten, wobei der Anteil unter den unter 45-Jährigen noch einmal deutlich darunter liegt (Holtmann et al. 2015). In Westdeutschland liegt die Zustimmung zur Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen noch niedriger bei 18%. Nur etwa ein Drittel der Menschen in Ost- und in Westdeutschland ist der Meinung, dass Sozialismus und Demokratie im Grunde gut vereinbar sind. Während dieser Anteil unter den Älteren in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland, ist er unter den Jüngeren in Ostdeutschland sogar niedriger als in Westdeutschland.

Allgemein ist laut Deutschland 2014 ein Großteil der ostdeutschen und westdeutschen Bevölkerung der Ansicht, dass die Wiedervereinigung mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat – und zwar für beide ehemals getrennte Landesteile (Holtmann et al. 2015). Weniger als ein Fünftel der Ost- und Westdeutschen denkt, dass die Wiedervereinigung mehr Nachteile als Vorteile für Ostdeutschland gebracht hat. Was die Auswirkungen für Westdeutschland betrifft, denken nur 15% der Ostdeutschen, dass die Wiedervereinigung eher nachteilig war, während der Anteil unter Westdeutschen auf 29% steigt. Befragt man die Menschen nach tatsächlichen persönlichen Nachteilen, so zeigt sich, dass es zwischen Ost- und Westdeutschen keine Unterschiede gibt. Nur 13% der Ostdeutschen und 15% der Westdeutschen geben an, durch die Wiedervereinigung mehr Nachteile als Vorteile erfahren zu haben.

Vertrauen in Politische Institutionen

Das grundsätzliche Vertrauen in die Politik ist für eine funktionierende Demokratie von enormer Bedeutung. Dass politische Regimes durchaus in der Lage sind, das Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen nachhaltig zu zerstören, weisen Rainer und Siedler (2009a) mit Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) nach. Kurz nach Wiedervereinigung war das Vertrauen von Ostdeutschen in staatliche Institutionen wie die Polizei, das Parlament, das Bundesverfassungsgericht oder das Rechtssystem durch ihre Erfahrungen im kommunistischen Regime noch schwer beschädigt. Doch hat sich der Unterschied im institutionellen Vertrauen zwischen Ost- und Westdeutschen bis zum Jahr 2002 deutlich verringert. Nach Herausrechnen des Einflusses individueller und regionaler Charakteristika ist beim Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei kein Unterschied mehr feststellbar.

Dass es zu dieser schnellen Konvergenz im institutionellen Vertrauen kam, ist keinesfalls selbstverständlich. So zeigen Becker et al. (2014), dass Menschen, die in einer Region Mittel- und Osteuropas leben, die historisch zum Habsburger Reich gehörte, selbst 100 Jahre nach Zusammenbruch des Habsburger Reiches noch mehr Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei haben als Menschen, die nur wenige Kilometer außerhalb des Habsburger Reiches im damaligen Osmanischen oder Russischen Reich leben. Historische Institutionen können also Einstellungen nachhaltig prägen und damit die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat beeinflussen.

Politisch extremistische Einstellungen

Neben grundsätzlichem Vertrauen in die Institutionen der sozialen Marktwirtschaft werden auch speziellere Ausprägungen politischer Einstellungen untersucht. Besonderes Interesse gilt dabei häufig politisch extremistischen Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit. Holtmann et al. (2015) betrachten rein deskriptiv Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen in der Einschätzung der Aussage „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Die Zustimmung zu dieser Aussage wird häufig als implizites Maß für Ausländer- beziehungsweise Fremdenfeindlichkeit verwendet. Die Umfragedaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften zeigen, dass von 1994 bis 2011 die Menschen im Schnitt diese Aussage eher ablehnten, wobei die Ablehnung unter Westdeutschen systematisch stärker ausfällt als unter Ostdeutschen. Auffällig ist ein starker Anstieg der Zustimmung im Jahr 2012, wobei der Anstieg in Westdeutschland sogar etwas deutlich ist als in Ostdeutschland.

Politisch besonders relevant ist die Frage, welche Faktoren einen Hang zu Extremismus und Fremdenfeindlichkeit auslösen. Unter Verwendung von Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik auf Bundeslandebene zeigen Falk et al. (2011), dass regionale Arbeitslosigkeit rechtsextreme Gewalt auslösen kann. Dabei deuten ihre Berechnungen darauf hin, dass der Unterschied in rechtsextremem Gewalt zwischen Ost- und Westdeutschland zum größten Teil auf Unterschiede in regionaler Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Psychologisch lässt sich dieser Zusammenhang damit erklären, dass Arbeitslosigkeit eine Lücke zwischen den eigenen Erwartungen und dem tatsächlichen Erfolg reißen kann, wodurch Ängste entstehen, welche sich in einer Ablehnung von anderen Gruppen wie Einwanderern entladen. Dabei bleibt die Frage, ob allein Angst vor Arbeitslosigkeit bereits ähnliche Effekte auslöst wie tatsächliche Arbeitslosigkeit. Auf Basis von Mikrodaten des Sozio-oekonomischen Panels untersuchen Geishecker und Siedler (2012), wie gefühlte wirtschaftliche Unsicherheit politische Präferenzen beeinflusst. Dabei wird deutlich, dass subjektive Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die Identifikation mit Parteien am rechten Rand verstärkt. In Ostdeutschland ist dieser Effekt noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, obwohl er auch dort von substantieller Größe ist. Der Einfluss der subjektiven Angst vor Arbeitsplatzverlust ist in der Tat ähnlich groß wie der Einfluss tatsächlicher Arbeitslosigkeit. Auf die Identifikation mit linksextremen Parteien hat die Angst vor Arbeitsplatzverlust hingegen keinen Einfluss. Dippel et al. (2015) weisen nach, dass in Regionen, in denen der Wettbewerbsdruck durch

II. Politische Sphäre

Importe aus China und Osteuropa gestiegen ist, die Stimmenanteile rechtsextremer Parteien gestiegen sind. Die Autoren argumentieren, dass hinter diesem Effekt ein erhöhter Druck in arbeitsintensiven Branchen und dadurch ausgelöste Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt durch Niedriglohnkonkurrenz stehen. Verbessern sich die regionalen Bedingungen durch Handel dadurch, dass ansässige Branchen von den neuen Exportmärkten profitieren können, so sinken die Stimmenanteile rechtsextremer Parteien. Braakmann (2017) zeigt, dass der unfreiwillige Verlust des eigenen Arbeitsplatzes durch Massenentlassungen zu einer geringeren Identifikation mit bürgerlichen Parteien und geringeren politischen Interesse führt. Er findet hingegen keine eindeutige Evidenz dafür, dass die durch Massenentlassungen herbeigeführte Arbeitslosigkeit tatsächlich eine stärkere subjektiv geäußerte Identifikation mit rechts- oder linksextremen Parteien zur Folge hätte.

Bislang beschränkte sich die Diskussion der Rolle von Unsicherheit für politische Präferenzen auf die Furcht vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes. Funke et al. (2016) beleuchten eine grundsätzlichere Art von Unsicherheit, nämlich die Unsicherheit in der Bevölkerung nach Finanzkrisen. Dabei blicken sie auf über 140 Jahre Wirtschaftsgeschichte von 20 entwickelten Volkswirtschaften und mehr als 800 Wahlen zurück. Die empirischen Untersuchungen zeigen, dass Menschen nach Finanzkrisen besonders anfällig für die populistischen Argumente von Parteien am rechten Rand sind, welche häufig Minderheiten und Ausländer zum Sündenbock machen. Im Schnitt stieg der Anteil der Stimmen für rechte Parteien nach Finanzkrisen um 30%. Die Ergebnisse der Autoren legen nahe, dass Finanzkrisen grundsätzliche Lebensunsicherheiten auslösen und nicht nur Angst vor Arbeitslosigkeit. Denn interessanterweise finden sie bei normalen Rezessionen oder starken makroökonomischen Schocks keine Auswirkungen, die mit denen von Finanzkrisen vergleichbar wären.

Wie Einwanderung selbst die Einstellungen gegenüber Einwanderern und damit politische Präferenzen verändert, ist das Thema von Halla et al. (2017). Dabei nutzen sie historische Zuwanderungsmuster in Österreich aus, um auf Gemeindeebene den kausalen Einfluss von Einwanderung auf den Stimmenanteil der FPÖ unter Jörg Haider zu messen. Die Schätzungen liefern einen robusten positiven, statistisch signifikanten und ökonomisch bedeutenden Effekt des Migrantenteils in der Bevölkerung auf den Stimmenanteil der FPÖ. Ungefähr ein Sechstel der regionalen Variation im Stimmenanteil der rechtsextremen FPÖ kann durch den Anteil der Migranten erklärt werden. Interessanterweise scheinen die Wähler in Gemeinden mit hohem Migrantenteil nicht deshalb eher rechts zu wählen, weil sie negative Effekte von Einwanderern auf Löhne und Beschäftigung der einheimischen Bevölkerung fürchten. Vielmehr treiben die Wähler diffuse Sorgen über eine nicht gewollte Veränderung der ethnischen und kulturellen Zusammensetzung ihrer Nachbarschaft, Schulen und Arbeitsplätze. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Untersuchungen von Card et al. (2012), die mit Daten des European Social Survey (ESS) aus dem Jahr 2002 für 21 Länder arbeiten. Die Autoren zeigen, dass Sorgen über Veränderungen der ethnischen und kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung als Erklärung für die Variation individueller Einstel-

lungen zu Einwanderung zwei bis fünf Mal wichtiger sind als Sorgen über durch Immigration hervorgerufene Veränderungen von Löhnen und Steuern. Weiterhin wird deutlich, dass weniger gebildete Menschen stärkere Sorgen über Veränderungen der ethnischen und kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung hegen als besser gebildete Menschen.

Inglehart und Norris (2016) argumentieren, dass ein wichtiger Grund, warum wir aktuell in vielen europäischen Ländern einen Zulauf für erzkonservative, nationalistische Parteien und verstärkte Ressentiments gegen Einwanderung sehen, mit einem Generationenkonflikt zu tun hat. Ältere, weiße Männer mit traditioneller Weltanschauung, die in den 1950er und 1960er Jahren die kulturelle Mehrheit formten, fühlen sich durch die „Stille Revolution“ der 1970er Jahre und deren Nachwirkungen immer mehr an den Rand gedrängt. Der massive gesellschaftliche Wandel weg von einer konservativ religiösen Weltanschauung mit traditionellem Klassen- und Geschlechterbild hin zu einer anti-autoritären toleranten Weltsicht, in der Selbstverwirklichung eine zentrale Rolle einnimmt, löste insbesondere in dieser Bevölkerungsgruppe reaktionäre Tendenzen aus, welche sich nun entladen. Denkt man dieses Argument von Inglehart und Norris (2016) konsequent zu Ende, dann würde fortschreitender demographischer Wandel diesen Kulturkampf zwischen den Generationen automatisch beenden. Ganz unabhängig von diesem Generationenkonflikt finden Hansen und Legge (2016) auf Basis von Daten aus 2014 und 2015 des European Social Survey heraus, dass altruistische Menschen grundsätzlich allen Arten von Einwanderung offener gegenüberstehen.

Dass es auf der Suche nach Determinanten für Vorbehalte gegenüber Fremden auch wichtig ist, weit in die Vergangenheit zu schauen, verdeutlichen Voigtländer und Voth (2012). Sie zeigen, dass regionale Unterschiede in Bezug auf Antisemitismus in Deutschland vom Mittelalter bis zum Dritten Reich sehr persistent waren. Regionen, in denen bereits im Mittelalter Juden für die Ausbreitung der Pest verantwortlich gemacht und massiv verfolgt wurden, hatten zur Zeit des Dritten Reichs höhere Stimmanteile für die NSDAP, verstärkte Angriffe auf Synagogen und eine größere Anzahl an Deportationen von Juden.

3. Politische Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland

3.1 Politisches Interesse und politische Orientierungen

Eine funktionierende Demokratie ist auf politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die dem ursprünglichen Wortsinn, Herrschaft des Volkes, erst ihre Berechtigung verleihen. Wenn sich die Bürgerinnen und Bürger für die Politik in ihrem Land interessieren (Punkt 3.1.1), sind sie eher motiviert sich auch zu beteiligen. In der politischen Partizipationsforschung wird politisches Interesse als wichtige Vorstufe für politische Beteiligung gewertet (Deth

und Neller 2006). Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen „politischen Sozialisation“ in verschiedenen Systemen sind die politischen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland besonders interessant. Diese werden anhand der subjektiven Verortung auf der Links-Rechts-Skala (Punkt 3.1.2) und der autoritären Unterwürfigkeit, sowie anhand der Parteipräferenzen (Punkt 3.1.4) untersucht.

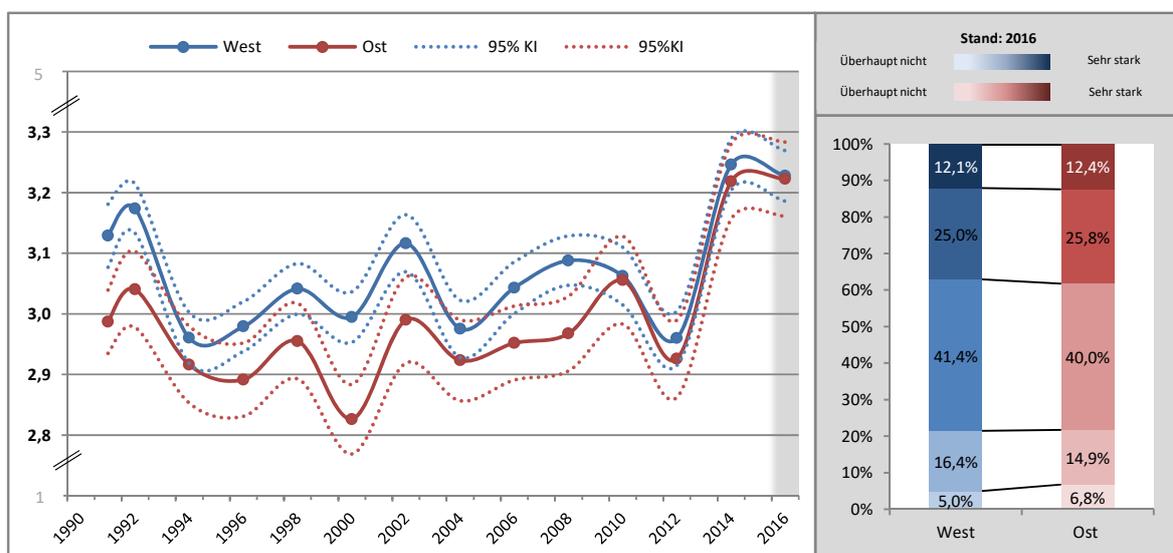
3.1.1 Interesse an Politik

Ein Indikator für das politische Interesse in einer Bevölkerung ist die subjektive Selbsteinschätzung der Bürgerinnen und Bürger darüber, wie sehr sie sich für Politik interessieren. Die Ergebnisse zum Politikinteresse sind in Abbildung 33 abgebildet. In der Langzeitbetrachtung seit der Wiedervereinigung geben die Befragten auf einer Antwortskala von 1 (überhaupt kein Interesse) bis 5 (sehr starkes Interesse) durchschnittlich zwischen 2,8 und 3,1 Punkte an. Im Ost-West-Vergleich schwankt das politische Interesse in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung auf einem leicht höheren Niveau als in den neuen Bundesländern.¹⁰ Allerdings sind die Unterschiede abgesehen von kleineren Schwankungen gering und in den wenigsten Jahren statistisch signifikant, und ab 2010 sind die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen ohnehin vollständig verschwunden. Seit 2014 ist das politische Interesse, in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen, auf einem deutlich höheren Niveau bei über 3,2 Skalenpunkten. Dieser Anstieg koinzidiert mit dem vermehrten Flüchtlings-/Migrationszustrom nach Deutschland in den vergangenen Jahren. Ob dies den Beginn einer Trendwende hin zu einem anhaltend höheren Politikinteresse in der Bevölkerung markiert oder nur eine vorübergehende Erscheinung ist, bleibt abzuwarten.

¹⁰ Wenn nichts anderes angegeben ist, verstehen wir im Folgenden unter Westdeutschland/West(en) die alten Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein) und West-Berlin, und unter Ostdeutschland/Ost(en) die neuen Bundesländer (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und Ost-Berlin.

Ebenfalls kaum Unterschiede finden sich zwischen den Landesteilen bei der Messung von politischem Desinteresse. In Abbildung 34 werden mit einer anderen Datenquelle (SOEP) diejenigen Anteile in Ost und West abgetragen, die sich nach eigenen Angaben „überhaupt nicht für Politik interessieren“. Unmittelbar nach der Wende gaben im Osten weniger als 10% der Befragten an, nicht politisch interessiert zu sein. Im Westen lag der Anteil der politisch Desinteressierten 1990 bei 15%. Im weiteren Verlauf sind die Ost-West-Unterschiede gering und die Werte schwanken zwischen 13% und 20%. Seit 2010 liegende Werte im Osten geringfügig höher. Im Jahr 2015 liegen sich die Werte fast auf demselben Niveau bei circa 16-17%.¹¹

Abbildung 33: Allgemeines Politisches Interesse

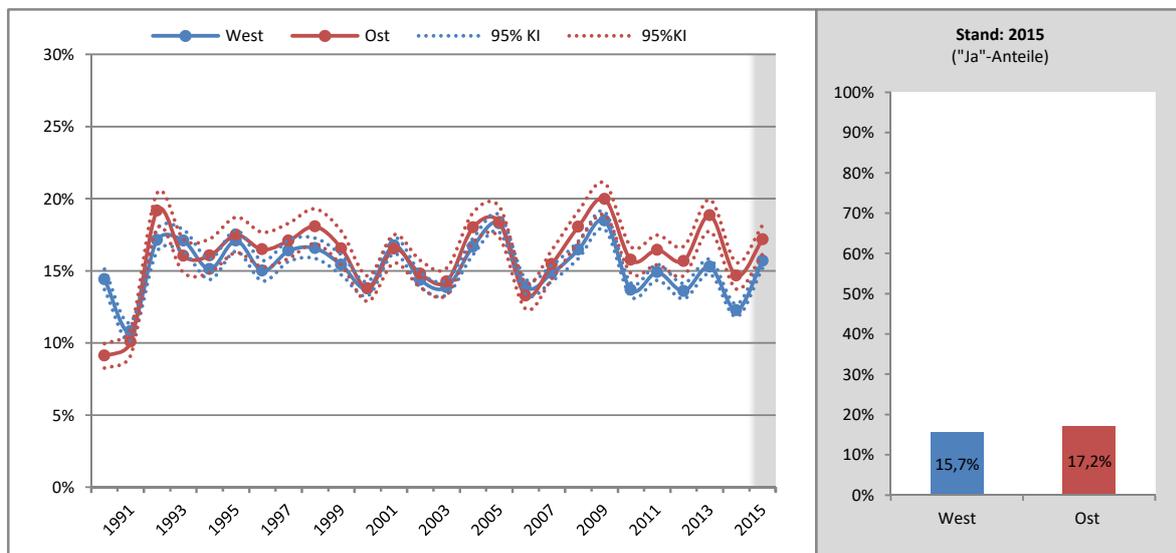


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“, Antwortmöglichkeiten (1) überhaupt nicht, (2) wenig, (3) mittel, (4) stark, (5) sehr stark.

¹¹ Die Befunde zum Politikinteresse in den Medien als Ausdruck von politischem Interesse (Pötzsch 2009) sind uneinheitlich zwischen Ost- und Westdeutschland. Ostdeutsche berichten eine etwas längere durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer, sich Nachrichten oder Sendungen über Politik und aktuelle Ereignisse anzusehen (ESS 2014, tvpol, A2). Westdeutsche geben dagegen ein leicht höheres generelles Interesse an verschiedenen Fernsehformaten (TV-Nachrichten, Politische Magazine) zur politischen Informationsnutzung an (ALLBUS 2014 v487 und v488). Die längere durchschnittliche Nutzungsdauer von politischen Fernsehsendungen in Ostdeutschland ist daher möglicherweise nur einer unterschiedlichen Mediennutzung geschuldet und kann nicht direkt als politisches Interesse interpretiert werden. ESS-Daten zur Nutzungsdauer von Radio und Tageszeitungen als politische Informationsquelle liegen nur bis 2010 vor.

Die Menschen in Westdeutschland räumen dem politischen und gesellschaftlichen Engagement (als weiterem Indikator für politisches Interesse in einer Bevölkerung) seit der Wiedervereinigung dauerhaft einen etwas höheren persönlichen Stellenwert ein. Die Datenreihe endet im Jahr 2012 (SOEP plh0111).

Abbildung 34: Politisches Desinteresse



Anmerkungen: SOEP 2015: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“, (1) sehr stark, (2) stark, (3) nicht so stark, (4) überhaupt nicht. Die Variable plh0007 wurde umcodiert, sodass die Frage nun lautet: „Interessieren Sie sich überhaupt nicht für Politik?“, (0) Nein, (1) Ja. Die ursprünglichen Antwortmöglichkeiten (1) bis (3) wurden nun zu der Antwort „Nein“ zusammengefasst und die Antwortmöglichkeit (4) lautet nun „Ja“.

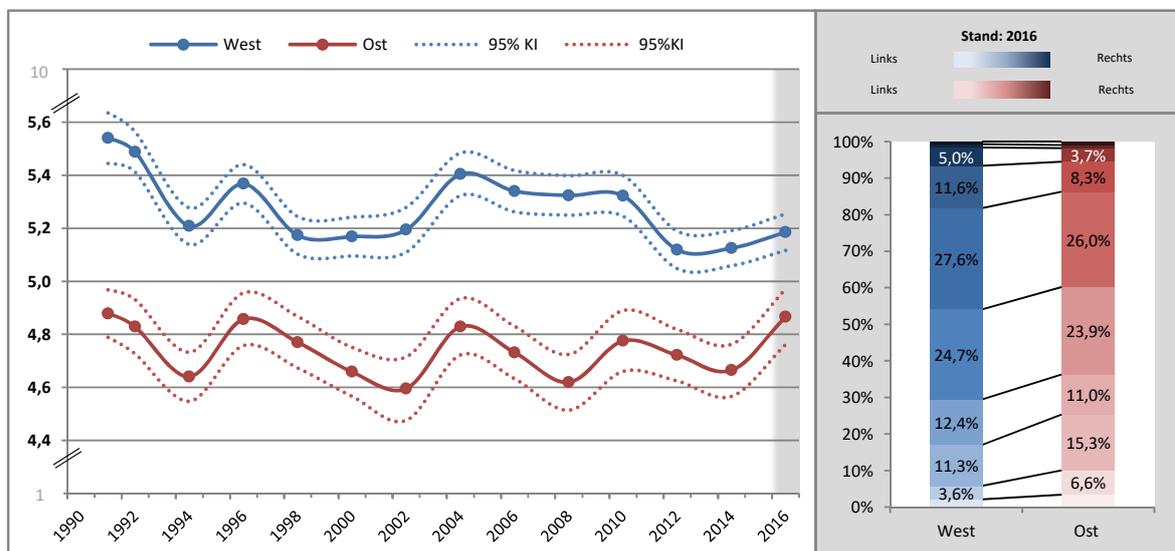
3.1.2 Links-Rechts-Selbsteinstufung

Politische Parteien und Ideen werden häufig vereinfachend anhand der eindimensionalen Links-Rechts-Systematik des politischen Spektrums klassifiziert. Auf dieser Links-Rechts-Skala können auch die politischen Einstellungen in der Bevölkerung mit Fragen zur ideologischen Selbsteinstufung erfasst werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass erstens eine eindimensionale Verortung zwischen links und rechts in vielen Fällen zu kurz greift, um die politische Einstellung der befragten Person allumfassend abzubilden. Dazu müssen vielmehr spezifischere Fragen zu konkreten Themen, etwa Einstellungen gegenüber Ausländern und Flüchtlingen (siehe Punkt 3.4) betrachtet werden. Zweitens sind das Verständnis und der Sprachgebrauch von linken und rechten Werten von höchst subjektiver Natur. Auch in den Medien und in der Politik selbst werden viele unterschiedliche Begriffe verwendet; so gibt es etwa rechte Sozialdemokraten genauso wie Christdemokraten aus dem linken Arbeitnehmerflügel. Liberale können linksliberal oder rechtsnationalliberal sein.¹² Trotz alledem kann mit der subjektiven Einbettung der politischen Ideologie in ein Links-Rechts-Kontinuum ein politisches Stimmungsbild in einem Land gezeichnet werden; außerdem kann im Zeitverlauf beobachtet werden, ob sich die Menschen immer näher an

¹² Noelle-Neumann hat beschrieben, was Menschen unter rechten und was sie unter linken Werten verstehen. Als linke Werte gelten danach: Gleichheit, Gerechtigkeit, Nähe, Wärme, Formlosigkeit, das "Du", Spontaneität, das Internationale und Kosmopolitische. Ihnen stehen als rechte Werte gegenüber: Betonung der Unterschiede, Autorität, Distanz, geregelte Umgangsformen, das "Sie", Disziplin, das Nationale. Zitiert nach: Thurich (2011).

den extremen Rändern einstufen. In Abbildung 35 zeigt sich folgendes Muster bezüglich der subjektiven Links-Rechts-Selbsteinstufung: Erstens ordnen sich westdeutsche Bürgerinnen und Bürger seit der Wiedervereinigung auf einer Skala von 1-10 um etwa 0,4-0,7 Skalenpunkte regelmäßig „rechter“ im Kontinuum ein als dies Befragte aus dem Osten tun. Zweitens zeigen beide Kurven im Zeitverlauf stabile Werte an und schwanken nur leicht. Auch der Ost-West-Abstand bleibt konstant über die Zeit und schrumpft erst in jüngster Zeit. Diese Annäherung ist darauf zurückzuführen, dass sich am aktuellen Rand mehr Befragte im Osten weiter rechts einordnen. Insgesamt erfolgt die politische Selbsteinordnung aller Deutschen sehr stabil leicht links der politischen Mitte, die bei 5,5 liegt. Die etwas stärkere Zuordnung auf die linke Seite der Skala im Osten kann vermutlich zu einem großen Teil historisch begründet werden.

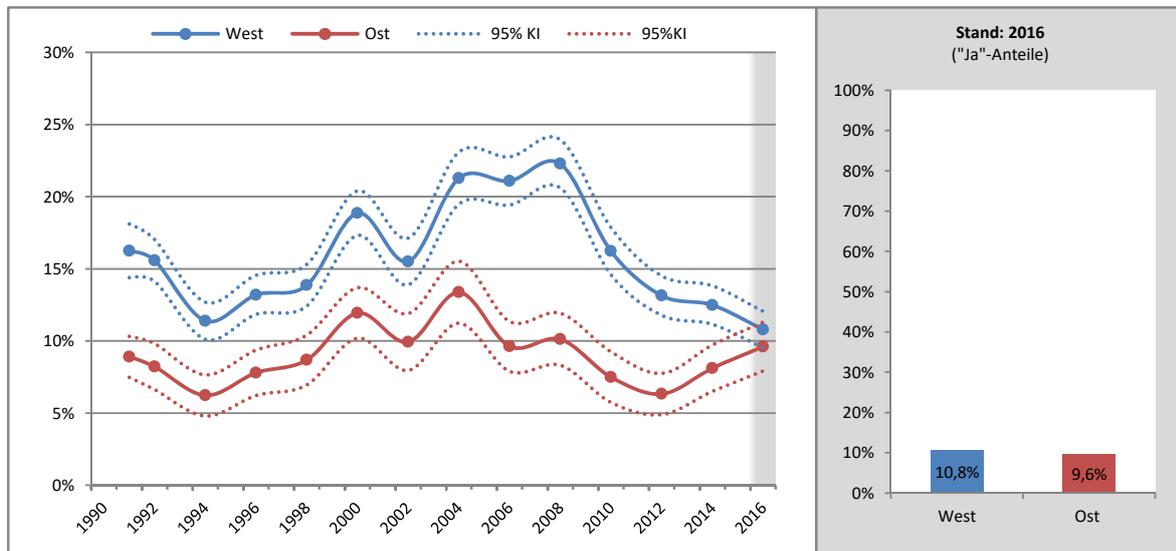
Abbildung 35: Links-Rechts-Selbsteinstufung



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Viele Leute verwenden die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?“ Antwortmöglichkeiten: links (1) – rechts (10).

Ein Blick auf die Ränder im Links-Rechts-Kontinuum zeigt, dass die Ost-West-Unterschiede nicht nur für die Durchschnittswerte gelten, sondern auch am rechten Rand zu finden sind (Abbildung 36). Die Anteile der Personen, die sich auf der rechten Seite einordnen würden (8, 9 oder 10 auf der Skala), liegen in Westdeutschland im Zeitverlauf ebenfalls höher als in Ostdeutschland. Während die Anteile in Ostdeutschland selten 10% überschritten, lagen sie in Westdeutschland regelmäßig über 15%. Im Jahr 2008 sogar bei über 20%. In den darauffolgenden Jahren ist der Anteil, der sich im Westen rechts einstuft, um über 10 Prozentpunkte gefallen. Dies führte dazu, dass sich in jüngster Zeit die beiden Kurven angenähert haben und sich nun mit 10% und 11% ähnlich viele Menschen in Ost- und Westdeutschland auf der rechten Seite verorten.

Abbildung 36: Anteile Selbsteinstufung Rechts

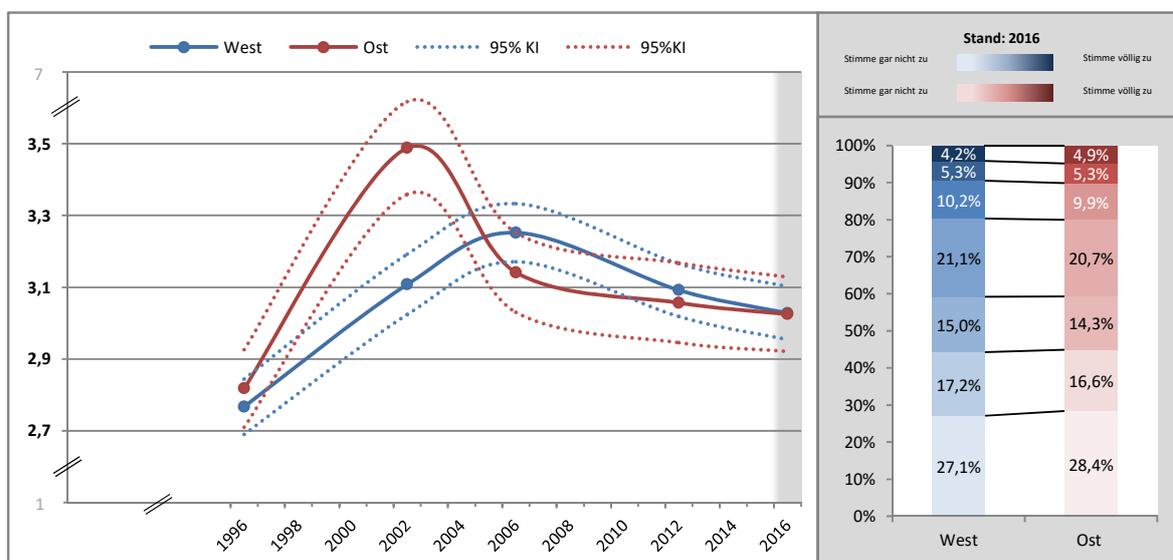


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Viele Leute verwenden die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?“ Antwortmöglichkeiten: links (1) – rechts (10), Hier: Antworten 8, 9 oder 10 als „Ja“-Anteile für „rechts“ berücksichtigt.

Ein konkretes Beispiel für eine rechte Einstellung ist Autoritätshörigkeit. Eine unterwürfige Person ordnet sich etablierten Autoritäten unter und akzeptiert generell ihre Aussagen und Handlungen.¹³ Diese Einstellung wird gut mit der Zustimmung zur Aussage „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie“ abgebildet (Abbildung 37). Die Zustimmungswerte waren von 1996 bis 2002 im Osten höher, seit 2006 sind sie kaum mehr unterscheidbar. Bis zum Jahr 2016 konvergierten die Durchschnittswerte, in welchem 28% der ostdeutschen Befragten und 27% der westdeutschen Befragten diese Aussage komplett ablehnten.

¹³ Autoritäre Unterwürfigkeit ist eine Subdimension von Autoritarismus (Right-Wing-Authoritarianism) neben Autoritäre Aggression (durch Autoritäten sanktionierte generelle Aggression gegenüber anderen) und Konventionalismus (starkes Befolgen etablierter gesellschaftlicher Konventionen), Vgl. Altemeyer (1996).

Abbildung 37: Autoritäre Unterwürfigkeit



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: "Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie." Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll und ganz zu (7).

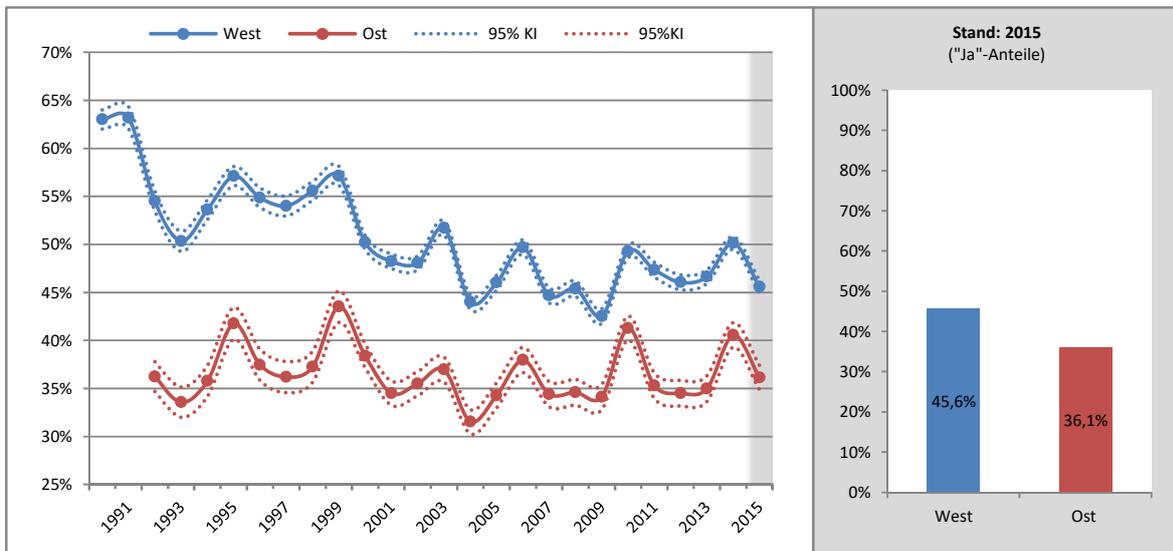
3.1.3 Parteiidentifikation

Die Wahlforschung sieht in der Parteiidentifikation¹⁴ eine entscheidende Prägekraft für die Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung des Einzelnen, und zwar umso deutlicher je stärker und intensiver die Parteibindung ist. Trotz etwas nachlassender Prägekraft der Parteibindung auf das Wahlverhalten seit den 1990er Jahren, stimmen auch heute noch bei über 80 Prozent der Parteianhänger die Parteiidentifikation und die Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland überein (Schoen und Weins 2014).

In den Parteibindungen selbst bestehen deutliche Ost-West-Unterschiede. In Westdeutschland neigen konstant mehr Bürgerinnen und Bürger einer bestimmten Partei zu als in Ostdeutschland (Abbildung 38). Etwa 45-50% der Westdeutschen berichten seit dem Jahr 2000 regelmäßig sich einer bestimmten Partei verbunden zu fühlen. In den 1990er Jahren lagen die westdeutschen Werte noch höher bei etwa 50-60%. In Ostdeutschland schwankten die Werte seit 1992 mit wenigen Ausnahmen um 35-40%. Der Abstand in der Parteiverbundenheit zwischen beiden Landesteilen wurde seit der Wiedervereinigung dabei sukzessive kleiner und hat sich von 18 Prozentpunkten 1992 auf 9,5 Prozentpunkte im Jahr 2015 knapp halbiert, als sich 45,6% in Westdeutschland und 36,1 in Ostdeutschland langfristig mit einer Partei identifizierten.

¹⁴ Neben der Parteiidentifikation sind die Beurteilung des Personals und der aktuell relevanten politischen Sachthemen entscheidende Faktoren für das Verhalten der Wähler. Die Parteiidentifikation wird als Gefühl der Zugehörigkeit „a form of psychological membership“ beschrieben (Campbell et al. 1960).

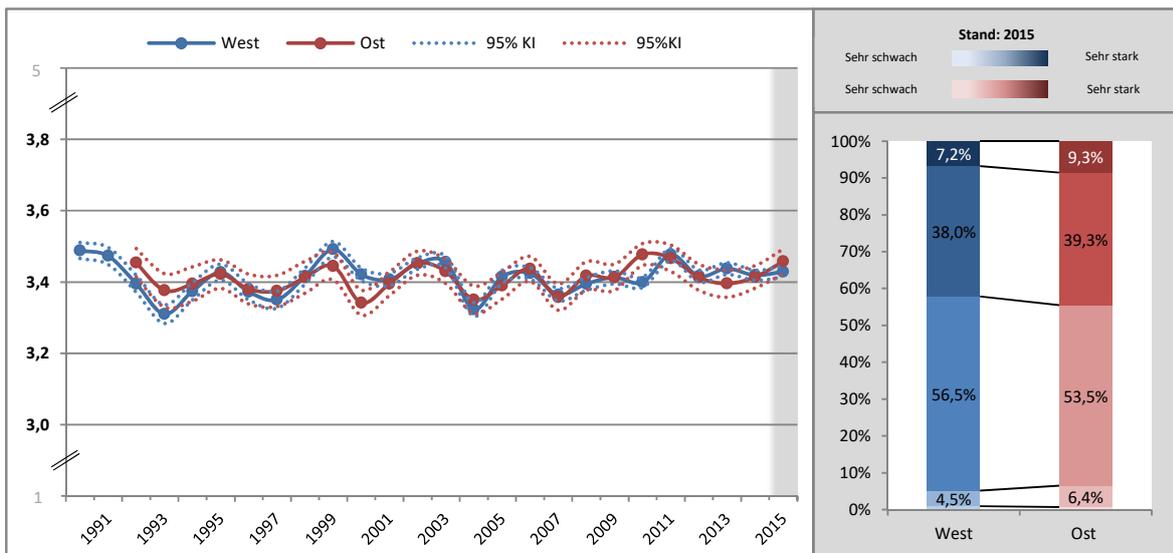
Abbildung 38: Parteiidentifikation



Anmerkungen: SOEP 2015: „Viele Leute in der BRD neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Antwortmöglichkeiten JA/NEIN.

Der deutliche Unterschied zwischen Ost und West in der Parteiverbundenheit schrumpft zusammen, wenn nach der Intensität der Parteipräferenz gefragt wird (Abbildung 39). In Ostdeutschland fühlt sich zwar ein geringerer Anteil der Menschen dauerhaft einer Partei verbunden als in Westdeutschland, die Intensität der Parteiidentifikation ist allerdings im Gegenteil unwesentlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Abbildung 39: Parteiidentifikations-Intensität

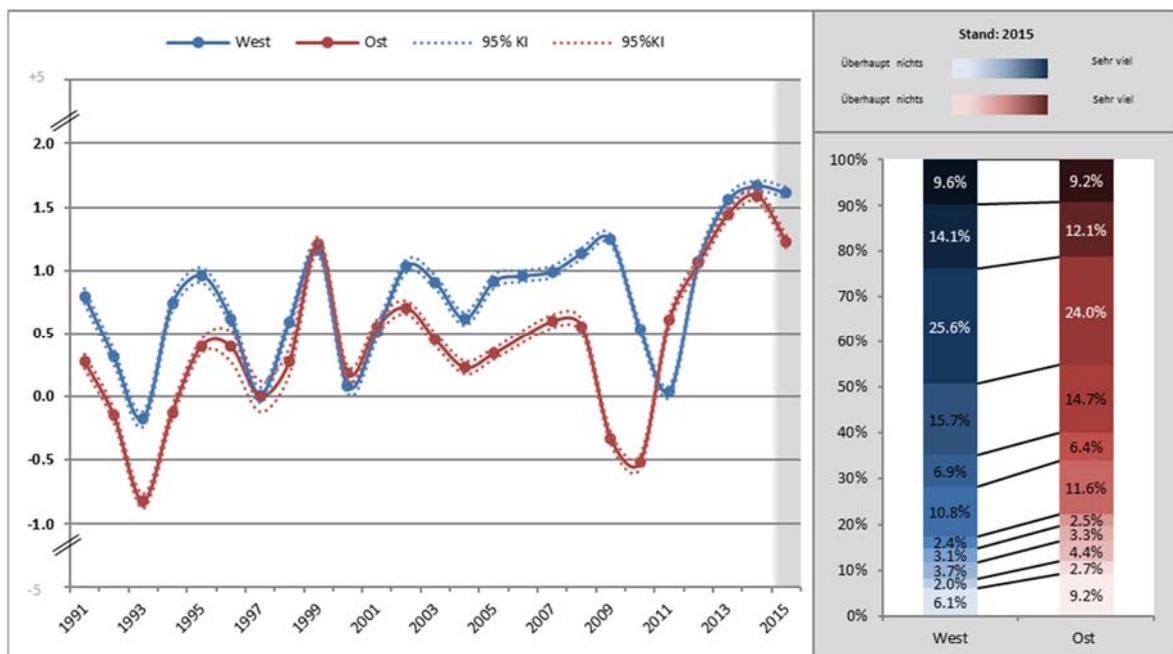


Anmerkungen: SOEP 2015: „Und wie stark neigen Sie dieser Partei zu?“ Antwortmöglichkeiten: Sehr schwach (1), Ziemlich schwach (2), Mäßig (3), Ziemlich stark (4), Sehr stark (5).

3.1.4 Parteien Sympathie-Skalometer

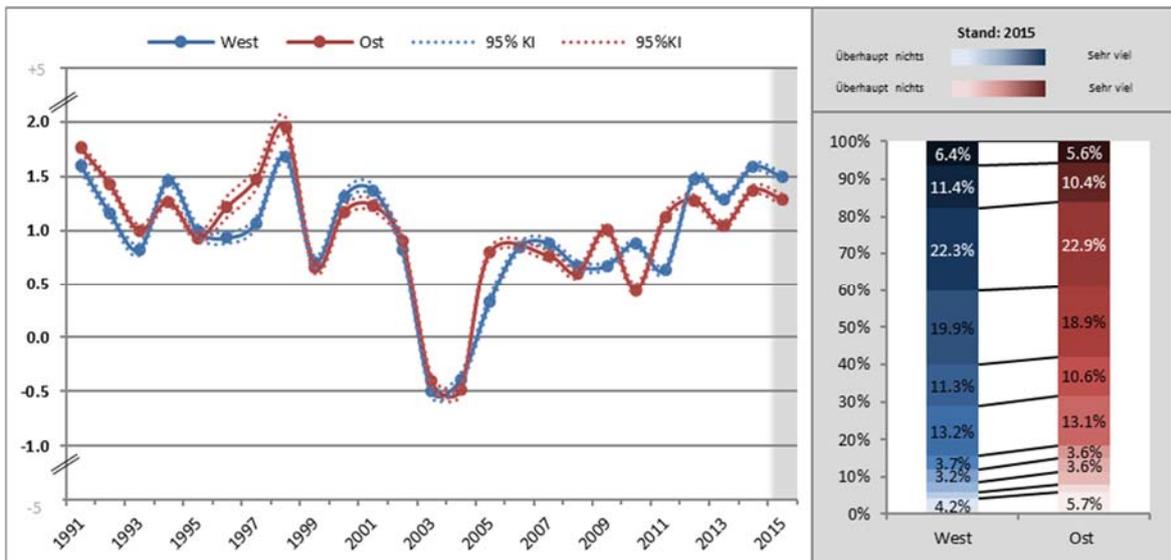
Im Sympathie-Skalometer des Politbarometers werden die individuellen Parteipräferenzen gemessen, indem die Befragten angeben, was sie von einer bestimmten Partei halten. Sie können ihrer Meinung auf einer Skala von -5 „überhaupt nichts“ bis 5 „sehr viel“ Ausdruck verleihen. Die CDU wird im Westen meist etwas positiver bewertet, dies war vor allem Anfang der 1990er Jahren und von 2002 bis 2010 der Fall (Abbildung 40). Von 2010 auf 2011 sind die Zustimmungswerte zur CDU im Osten sprunghaft angestiegen und im Westen umgekehrt gesunken, sodass die CDU im Osten beliebter wurde. In den Jahren 2012 bis 2014 wurde die CDU in beiden Landesteilen deutlich beliebter und verlor erst im Jahr 2015 wieder etwas an Zustimmung im Osten. Die Beliebtheitskurven für die SPD verlaufen in beiden Landesteilen seit der Wiedervereinigung ziemlich ähnlich (Abbildung 41). Nach beträchtlichen Einbußen in den Agenda-2010 Jahren 2003-2005 erreichte die SPD ab 2012 wieder ähnlich hohe Werte wie in den 90er Jahren. Die FDP (Abbildung 42) und vor allem die Grünen (Abbildung 43) sind seit Ende der 1990er Jahre im Westen etwas beliebter als im Osten. Die Partei DIE LINKE erzielt im Osten durchgängig mit hohem Abstand bessere Werte als im Westen (Abbildung 44). Im Jahr 2015 sagten immer noch fast ein Viertel (23,5%) der westdeutschen Befragten, dass sie von der Partei Die LINKE „überhaupt nichts halten“, im Osten sind es nur halb so viele (12,7%).

Abbildung 40: Was halten Sie von der CDU?



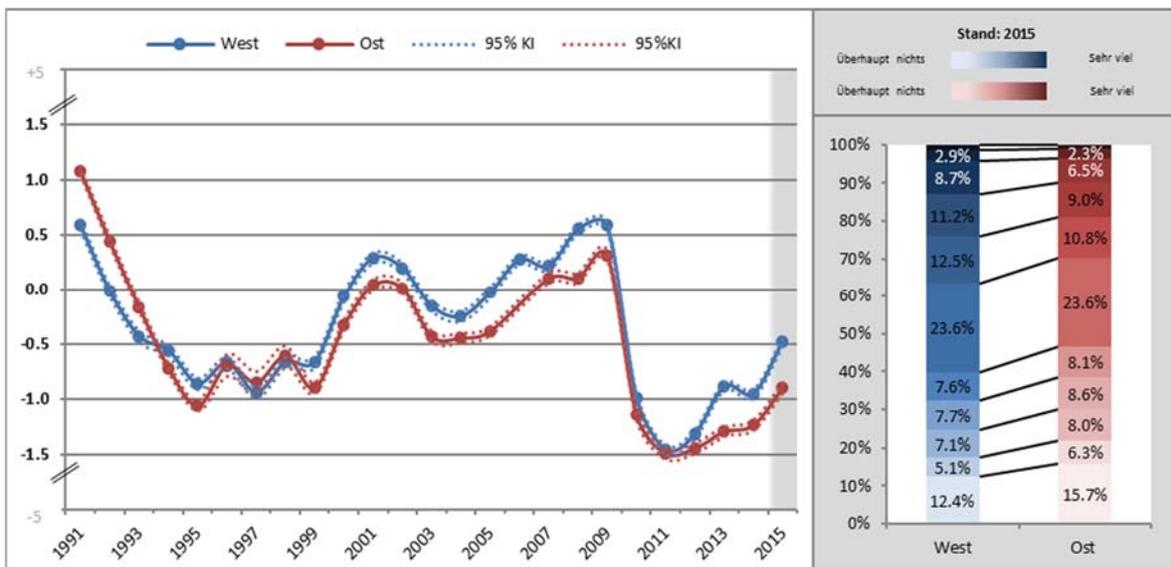
Anmerkungen: Politbarometer 2015: Was halten Sie von der CDU? Antwortmöglichkeiten: „überhaupt nichts“ (-5) bis „sehr viel“ (5).

Abbildung 41: Was halten Sie von der SPD?



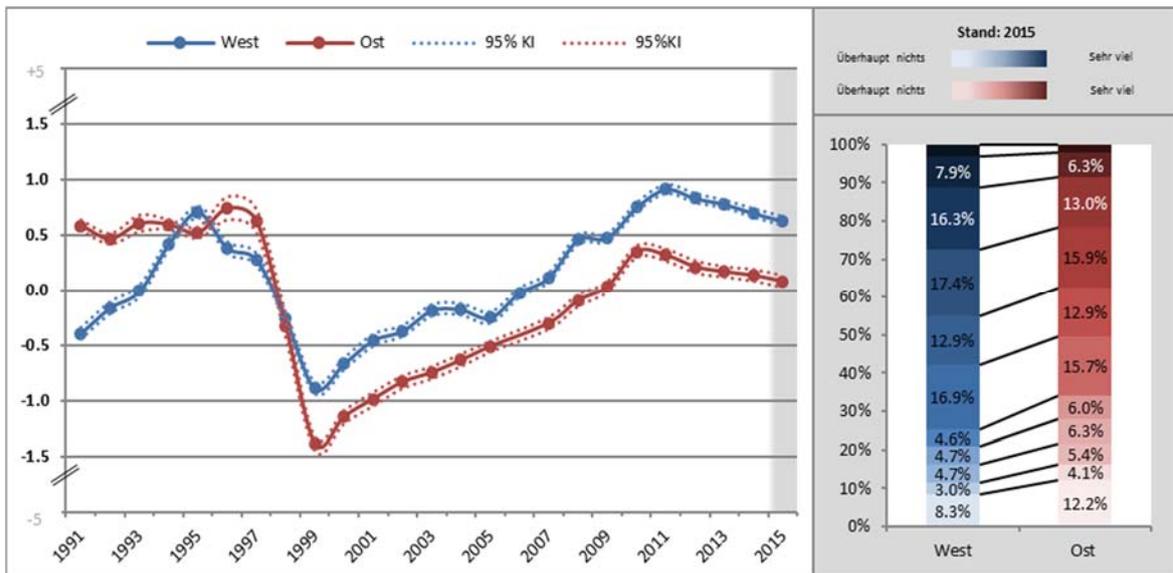
Anmerkungen: Politbarometer 2015: Was halten Sie von der SPD? Antwortmöglichkeiten: „überhaupt nichts“ (-5) bis „sehr viel“ (5).

Abbildung 42: Was halten Sie von der FDP?



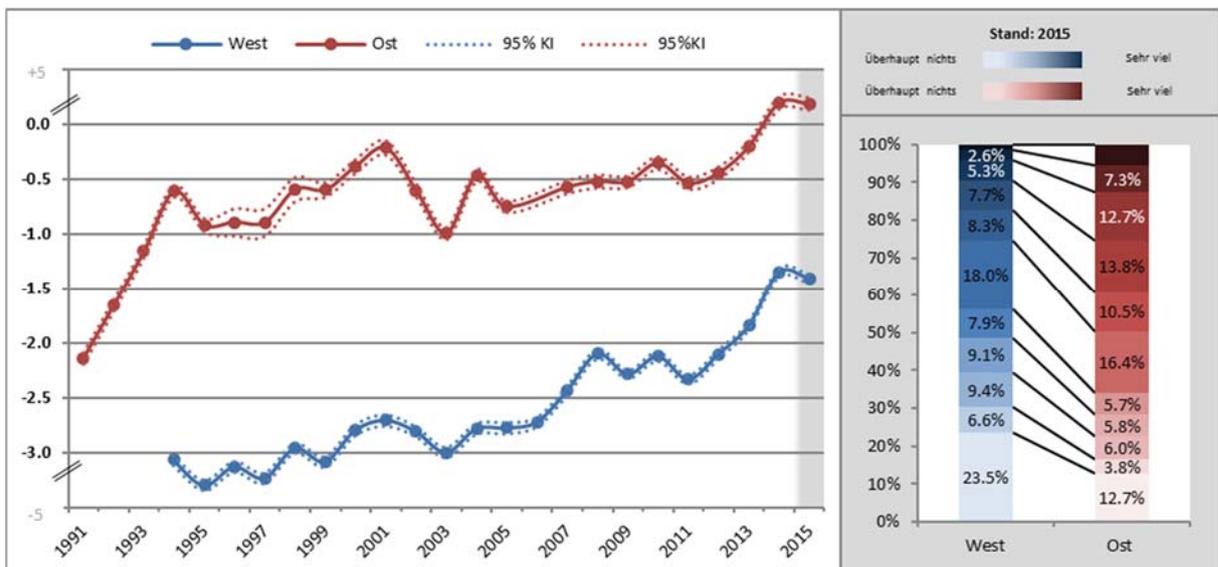
Anmerkungen: Politbarometer 2015: Was halten Sie von der FDP? Antwortmöglichkeiten: „überhaupt nichts“ (-5) bis „sehr viel“ (5).

Abbildung 43: Was halten Sie von den Grünen?



Anmerkungen: Politbarometer 2015: Was halten Sie von den Grünen? Antwortmöglichkeiten: „überhaupt nichts“ (-5) bis „sehr viel“ (5).

Abbildung 44: Was halten Sie von der Partei DIE LINKE?

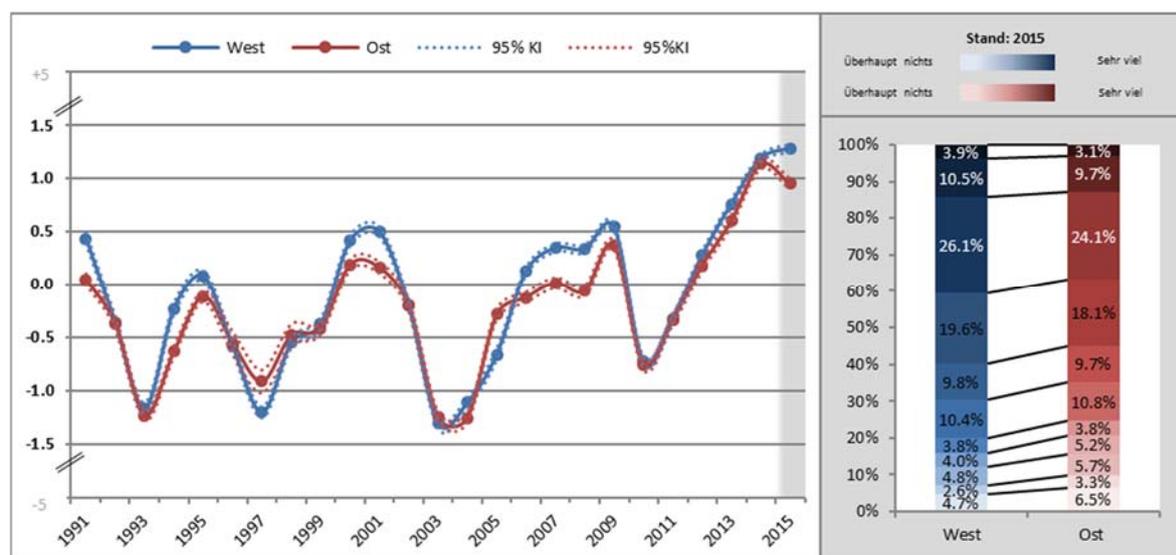


Anmerkungen: Politbarometer 2015: Was halten Sie von der Partei DIE LINKE (bis 2005 PDS)? Antwortmöglichkeiten: „überhaupt nichts“ (-5) bis „sehr viel“ (5).

Auffällig bei den Skalometer-Ergebnissen zu den verschiedenen Parteien ist, dass die Kurven – wenn auch teils auf unterschiedlichem Niveau – in Ost und West sehr häufig in die gleiche Richtung verlaufen. Ost- und Westdeutsche bestrafen bzw. honorieren die Parteien mit ihren Zustimmungswerten auf ähnlich Weise. Sinkt die Beliebtheit einer Partei, nehmen die Werte bundesweit

in Ost und West in den meisten Fällen gleichermaßen ab. Bei der Bewertung der Arbeit der jeweiligen Regierung stimmen die Menschen in Ost- und Westdeutschland sogar ziemlich auf demselben Niveau überein (Abbildung 45). Die Zustimmungswerte schwanken in beiden Landesteilen nahezu auf gleichem Niveau. Es fällt zudem auf, dass die Regierungsarbeit seit 2010 in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich qualitativ ansteigt. Erst im Jahr 2015 sinkt die Beliebtheit der Großen Koalition im Osten leicht, während sie im Westen leicht ansteigt.

Abbildung 45: Was halten Sie von der Regierung?



Anmerkungen: Politbarometer 2015: Was halten Sie von der Bundesregierung? Antwortmöglichkeiten: „überhaupt nichts“ (-5) bis „sehr viel“ (5).

3.2 Politische Partizipation und Wahlverhalten

Politische Partizipation ist von elementarer Bedeutung für die Demokratie. Ohne Beteiligung der Bürger an Wahlen kann eine repräsentative parlamentarische Demokratie nicht funktionieren. Außerdem spielen die in verschiedenen Beteiligungsformen ausgedrückten Meinungen eine wichtige Rolle in politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Politische Beteiligung kann auf vielfältige Art und Weise stattfinden, etwa über Engagement in Parteien oder die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder Boykotten (Punkt 3.2.1). Insgesamt stellt die Beteiligung an Wahlen aber nach wie vor für viele Bürger die einzige Form der politischen Partizipation dar (Caballero 2014). Schließlich ist bei der Analyse von Wahlen neben der Höhe der Wahlbeteiligung von großem Interesse, welchen Parteien die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland ihre Wahlstimmen zukommen lassen (Punkt 3.2.2).

3.2.1 Politische Beteiligungsformen

In der politischen Partizipationsforschung werden klassische konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen unterschieden. Erstere sind institutionalisierte, d.h. rechtlich geregelte Formen wie Parteimitgliedschaft oder Teilnahme an Wahlen, während letztere weniger verfasste

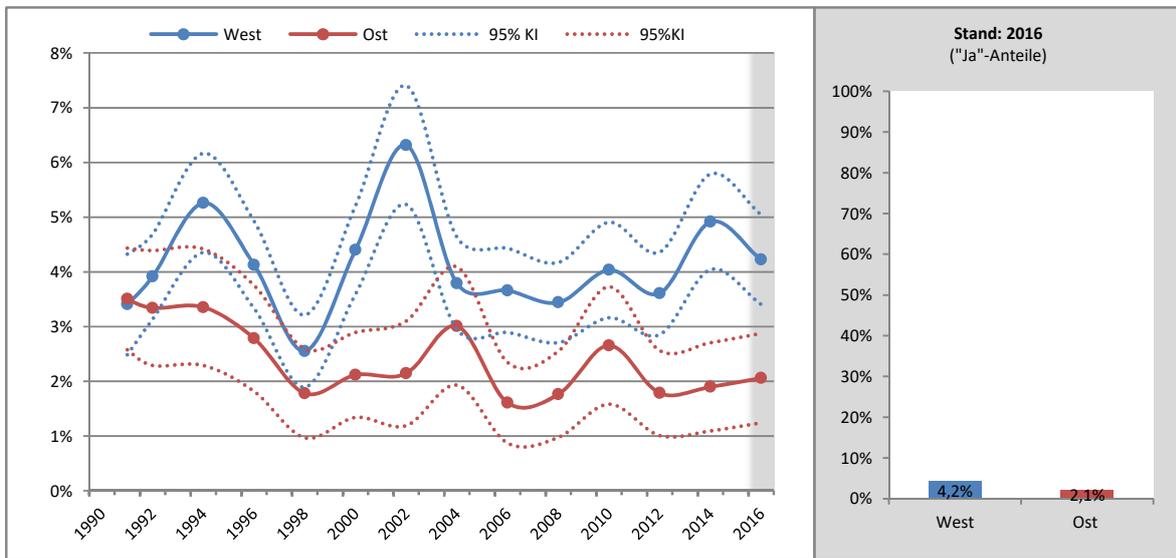
bzw. nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen politischer Einflussnahme wie das Mitwirken in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Interessensgruppen, oder die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder an Boykotten darstellen (Kaase 1982, 1997¹⁵; Wessels 2016). Nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen haben sich seit den späten 1960er Jahren herausgebildet und das Repertoire politischer Einflussnahme für die Bürger stark erweitert. Zum Teil bewegen sie sich am Rande der Legalität („Wilde Streiks“, „Sitzstreiks“). Die Forschung prägte dafür den Begriff der „partizipatorischen Revolution“ (Kaase 1982). Heute gehören Unterschriftensammlungen und die Teilnahme an Demonstrationen oder Bürgerinitiativen zu den gängigen Beteiligungsformen, es hat eine „Konventionalisierung“ des „Unkonventionellen“ stattgefunden (Wessels 2016). Parteibezogene Aktivitäten gehören neben der Beteiligung an Wahlen zu den institutionalisierten Beteiligungsformen. Bürgerinnen und Bürger können über Mitgliedschaften Parteien unterstützen und sich aktiv in politische Prozesse einbringen. Im Gegensatz zur Teilnahme an Wahlen engagiert sich nur ein sehr kleiner Anteil der Bevölkerung in politischen Parteien. Seit der Wiedervereinigung schwankten die Werte der Parteimitgliedschaften in Westdeutschland um die 4% und in Ostdeutschland um die 2,5%. Am aktuellen Rand geben 2% der Befragten im Osten und doppelt so viele im Westen an, in einer Partei mitzuarbeiten (Abbildung 46).¹⁶

Werden zu den Beteiligungen in Parteien, auch Beteiligungen in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen hinzugezogen, engagieren sich sowohl im Osten als auch im Westen knapp 10% der Bevölkerung zumindest selten, wenige auch wöchentlich oder monatlich an solchen Formen (Abbildung 47).

¹⁵ Als politische Partizipation bezeichnet man diejenigen Formen menschlichen Handelns, mit denen Individuen oder Gruppen versuchen, Einfluss auf allgemein verbindliche Entscheidungen zu nehmen oder unmittelbar an diesen mitzuwirken (Kaase 1997).

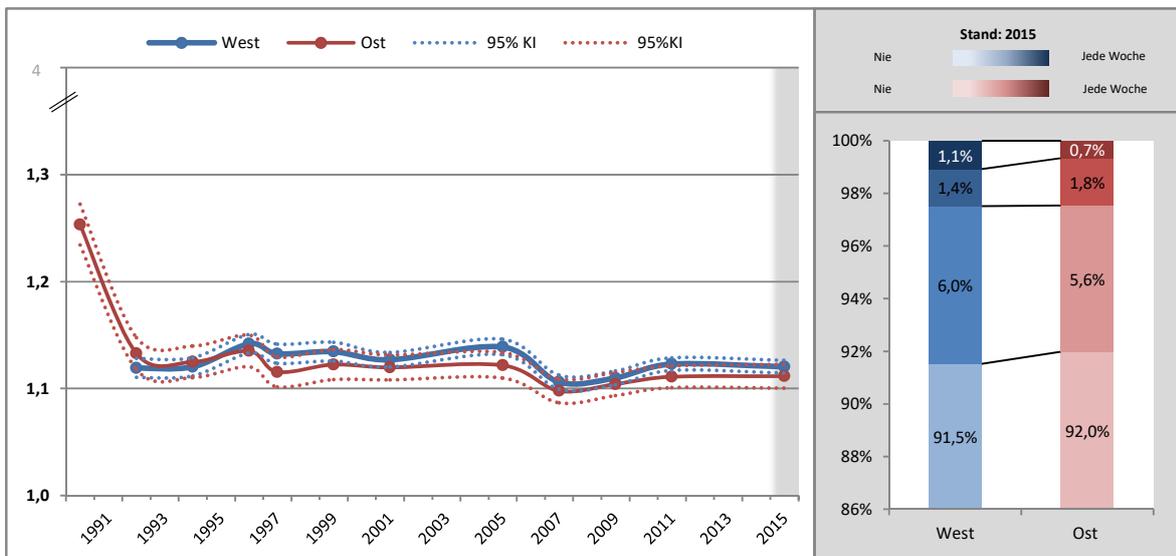
¹⁶ Systematischer Überblick über die Entwicklung, regionale Verteilung und sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften in Deutschland ab 1990 ist zu finden bei: Niedermayer (2016).

Abbildung 46: Mitgliedschaft in Politischer Partei



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016; „Sind Sie derzeit Mitglied in einer politischen Partei?“ Antwortmöglichkeiten: JA/NEIN.

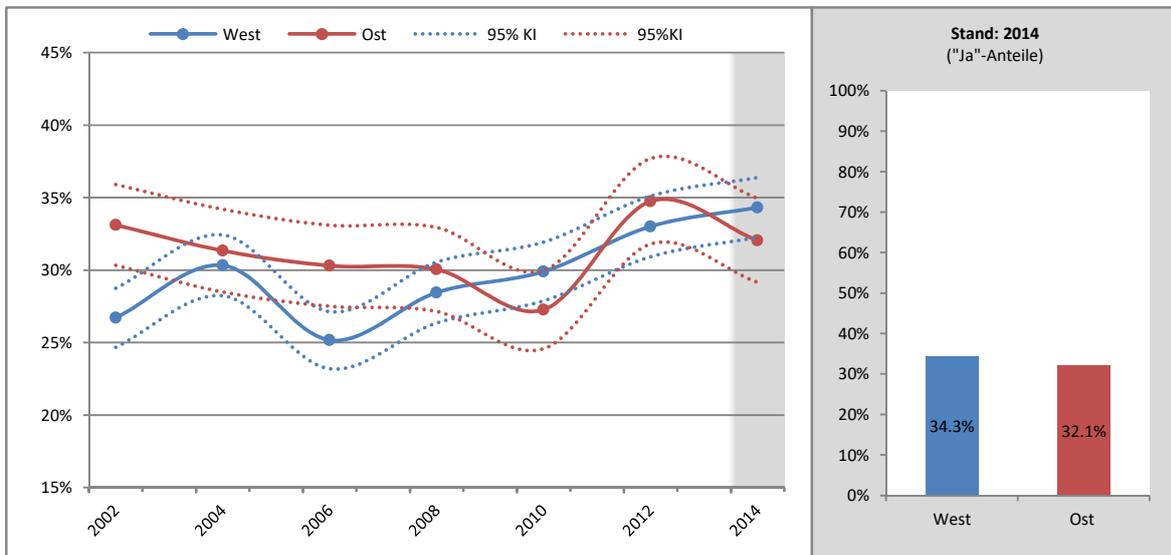
Abbildung 47: Beteiligung Parteien, Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen



Anmerkungen: SOEP 2015: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: jede Woche (4), jeden Monat (3), seltener (2) oder nie (1)?“ Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik?“

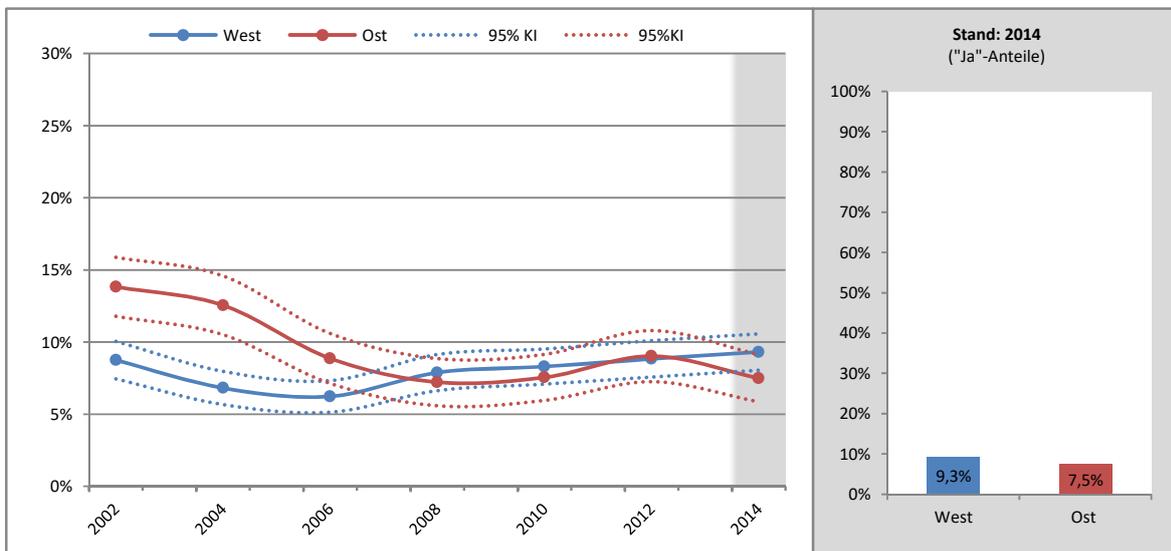
Neben den institutionalisierten Partizipationsformen haben sich seit den 1970er Jahren viele weitere Beteiligungsformen entwickelt, über die die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland auf vielfältige Weise ihren Interessen Ausdruck verleihen und auf politische Entscheidungen einwirken. In Abbildung 48 bis Abbildung 51 ist die Inanspruchnahme verschiedener nicht-institutionalisierter Beteiligungsformen im Zeitraum von 2002 bis 2014 dargestellt. Im Einzelnen handelt es sich um die Möglichkeiten, sich an Unterschriftensammlungen zu beteiligen (Abbildung 48), an Demonstrationen teilzunehmen (Abbildung 49), in Organisationen, Verbänden, Vereinen mitzuarbeiten (Abbildung 50), oder und Politiker oder Amtspersonen zu kontaktieren (Abbildung 51). Insgesamt zeigt der Trend bei allen betrachteten Beteiligungsformen im Osten und im Westen nach oben – außer bei der Teilnahme an Demonstrationen in Ostdeutschland. Hier verläuft die Teilnahmekurve rückläufig. Im Ost-West-Vergleich beteiligten sich in den 2000er mehr Ostdeutsche an Unterschriftensammlungen und genehmigten Demonstrationen. Ab Ende der 2000er Jahre haben die Werte in Westdeutschland zu denjenigen in Ostdeutschland aufgeholt. Insgesamt bestehen im Jahr 2014 allerdings keine großen Unterschiede zwischen Ost und West, auch nicht bei der Kontaktaufnahme zu Politikern oder Amtspersonen. Nur bei der Mitarbeit in Organisationen, Verbänden und Vereinen (Abbildung 50) liegen die Werte im Westen 8 Prozentpunkte höher. Bei der gezeigten Auswahl zu den nicht-institutionalisierten Partizipationsformen ist generell zu beachten, dass diese die Verhältnisse nur bis zum Jahr 2014 widerspiegeln. Darin sind beispielweise nicht die Pegida-Demonstrationen berücksichtigt, an denen jeden Montag mehr Menschen in ostdeutschen als in westdeutschen Städten teilnehmen.

Abbildung 48: Beteiligung an Unterschriftensammlung in den letzten 12 Monaten



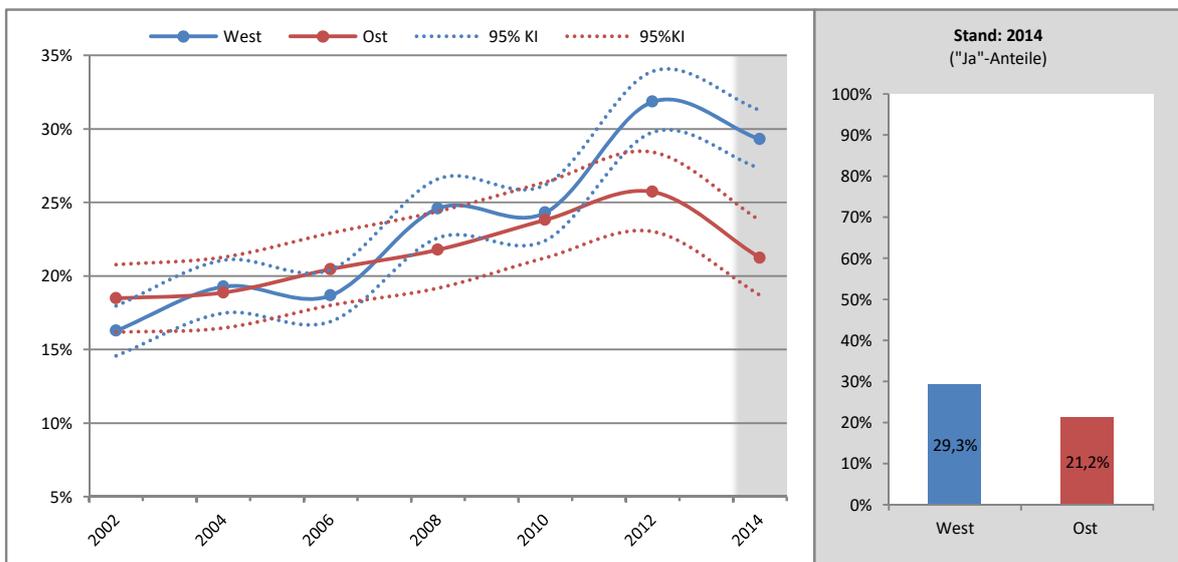
Anmerkungen: ESS 2014: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?“ Antwortmöglichkeiten: JA/NEIN.

Abbildung 49: Teilnahme an genehmigter Demonstration in den letzten 12 Monaten



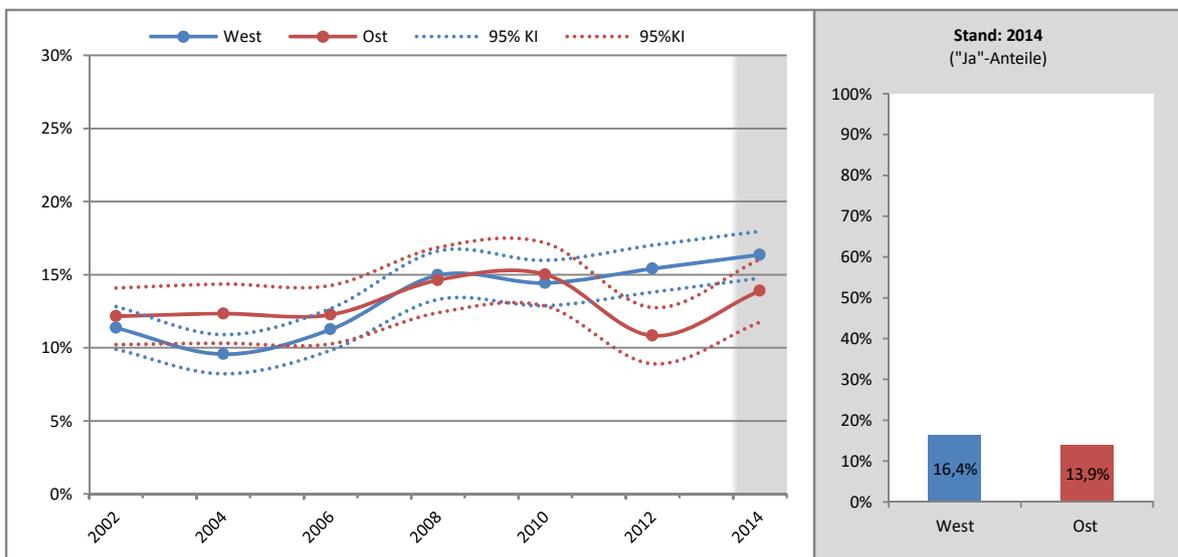
Anmerkungen: ESS 2014: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?“ Antwortmöglichkeiten: JA/NEIN.

Abbildung 50: Mitarbeit an Organisation, Verband, Verein in den letzten 12 Monaten



Anmerkungen: ESS 2014: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie in einer anderen Organisation oder in einem anderen Verband oder Verein mitgearbeitet?“ Antwortmöglichkeiten: JA/NEIN.

Abbildung 51: Kontaktaufnahme zu Politiker oder Amtsperson in den letzten 12 Monaten



Anmerkungen: ESS 2014: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?“ Antwortmöglichkeiten: JA/NEIN.

3.2.2 Wahlverhalten

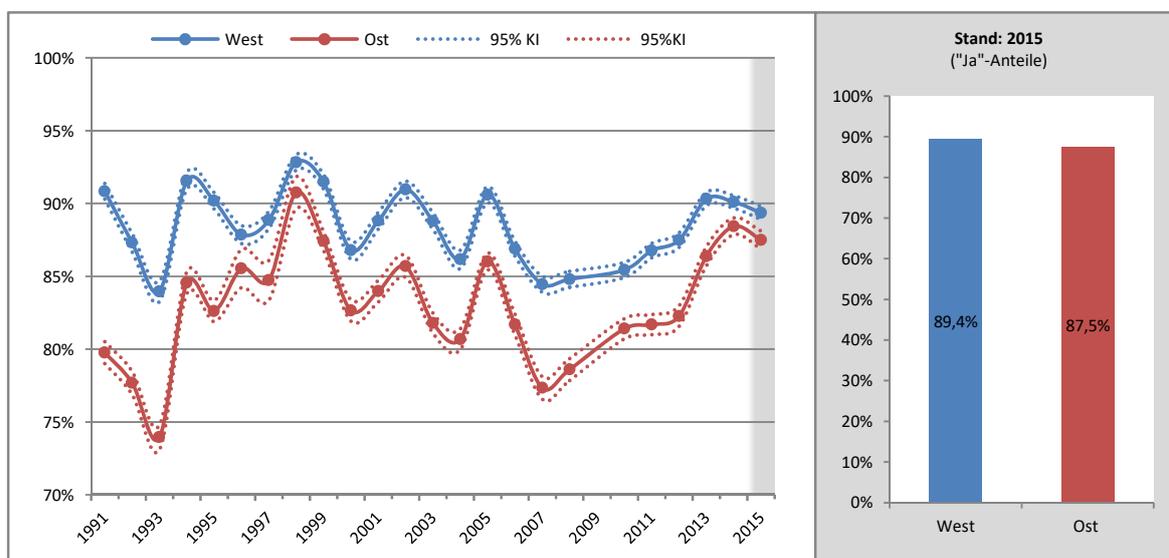
Parteiidentifikation und Parteipräferenzen (Punkte 3.4 und 3.5) manifestieren sich in konkretem Wahlverhalten. Regelmäßig stattfindende Wahlen stellen in repräsentativen Demokratien die zentrale Beteiligungsmöglichkeit dar. Bürgerinnen und Bürger wählen eine Volksvertretung (Parlament), die an ihrer Stelle politische Entscheidungen und die Kontrolle der Exekutive (Regierung) ausübt. Von dem im Grundgesetz verankerten Wahlrecht machen die Bürgerinnen und Bürger im wiedervereinigten Deutschland allerdings in unterschiedlich hohem Ausmaß (Wahlbeteiligung) und unterschiedlicher Weise (Stimmenabgabe) Gebrauch. Außerdem unterscheidet sich die Wahlbeteiligung deutlich nach Art der Wahl, also danach, ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

3.2.2.1 Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen

In Umfragen berichten regelmäßig mehr Leute in Ostdeutschland als in Westdeutschland von der Absicht, nicht zur nächsten Bundestagswahl gehen zu wollen (Abbildung 52).¹⁷ In den vergangenen Jahren deutete sich eine Konvergenz an und die Unterschiede zwischen Ost und West liegen in den Jahren 2014 und 2015 nur noch bei 2 Prozentpunkten. 87,5% der Stimmberechtigten im Osten und 89,4% der Stimmberechtigten im Westen wollen zur nächsten Bundestagswahl gehen (Stand 2015). Insgesamt sind die Zahlen zur geäußerten Wahlabsicht meist höher als die Zahlen der tatsächlichen Wahlbeteiligung, da das offene Bekenntnis zur Nichtwahlabsicht aufgrund vorherrschender Normen den Befragten oftmals schwerer fällt als die tatsächliche Nichtwahl (Kühnel 2001).

¹⁷ Bei dem Vergleich von offiziellen Daten des Bundeswahlleiters bzw. der Landeswahlleiter mit Befragungsdaten aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen ist zu berücksichtigen, dass sich die offiziellen Wahldaten auf abgegebene Stimme wahlberechtigter Bürger beziehen, die Befragungsdaten hingegen auf alle in Deutschland lebenden Erwachsenen berücksichtigen, darunter sind auch nicht-wahlberechtigte Migranten.

Abbildung 52: Wahlbeteiligung Absicht



Anmerkungen: Politbarometer 2015: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?“, Antwortmöglichkeiten: JA/NEIN.

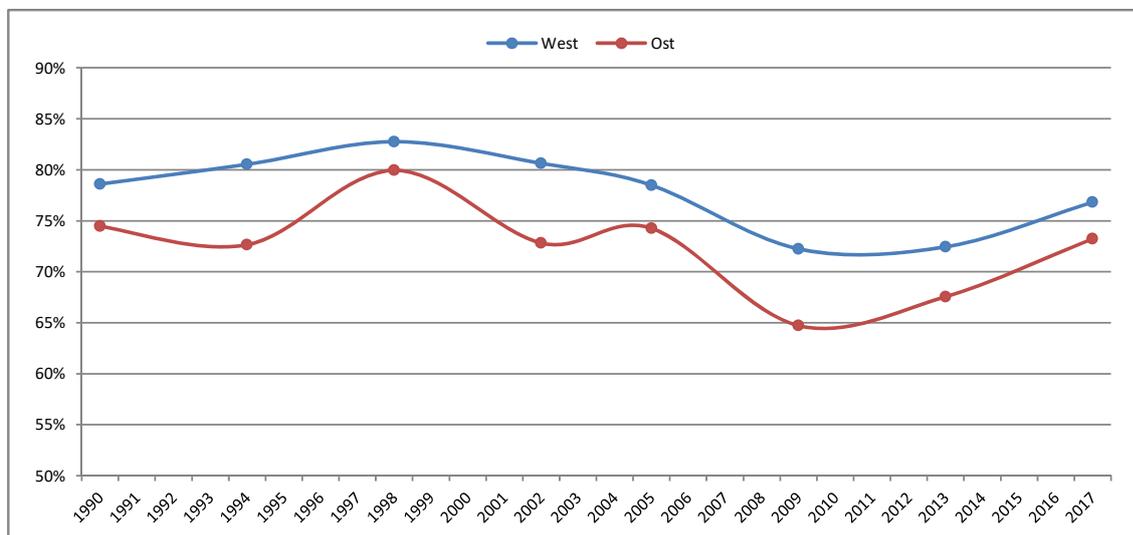
Die tatsächliche Wahlbeteiligung liegt in Westdeutschland seit der ersten gemeinsamen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 konstant höher als in Ostdeutschland (Abbildung 53).¹⁸ 1990 stimmten 78,6% der Wahlberechtigten in Westdeutschland und 74,5% der Wahlberechtigten in Ostdeutschland über die Zusammensetzung des Bundestags ab. In beiden Landesteilen wurden dann Spitzenwerte bei der Bundestagswahl 1998 erreicht, als die SPD nach 16 Jahren der schwarz-gelb geführten Regierung wieder die Regierungsmacht übernehmen konnte. In den Folgejahren ging die Wahlbeteiligung in beiden Landesteilen stark zurück, in Ostdeutschland fiel sie sogar um 15 Prozentpunkte von 1998 auf 2009. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte der Abwärtstrend gestoppt werden, und bei den Wahlen zum deutschen Bundestag 2017 war sogar wieder ein Anstieg in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Die Differenz in der west- und ostdeutschen Wahlbeteiligung schwankt über die Zeit, sie war bei den Bundestagswahlen 1994, 2002 und 2009 mit 7-8 Prozentpunkten am größten, und im Jahr 1998 mit 2,8 Prozentpunkten am niedrigsten. Bei den Bundestagswahlen 2013 bzw. 2017 lag sie in Westdeutschland knapp 5 bzw. 4 Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland. Eine Angleichung zeichnet sich (noch) nicht ab. Insgesamt nehmen seit der Wiedervereinigung persistent

¹⁸ Wie bei der Auswertung der Bevölkerungsumfragen wurde auch bei der Auswertung amtlicher Wahldaten West-Berlin zu Westdeutschland gezählt und Ost-Berlin zu Ostdeutschland. Wenn Daten zu Wahlen nicht explizit getrennt nach Ost und West ausgewiesen wurden, wurde die Einteilung anhand der Daten des/der Landeswahlleiter/In Berlin-Brandenburg (Wahlabfrage im Wahlarchiv) zugeordnet.

über die Zeit relativ mehr Menschen in Westdeutschland an Bundestagswahlen teil als in Ostdeutschland (Bundeswahlleiter 2015, 2017).¹⁹

Abbildung 53: Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen seit 1990

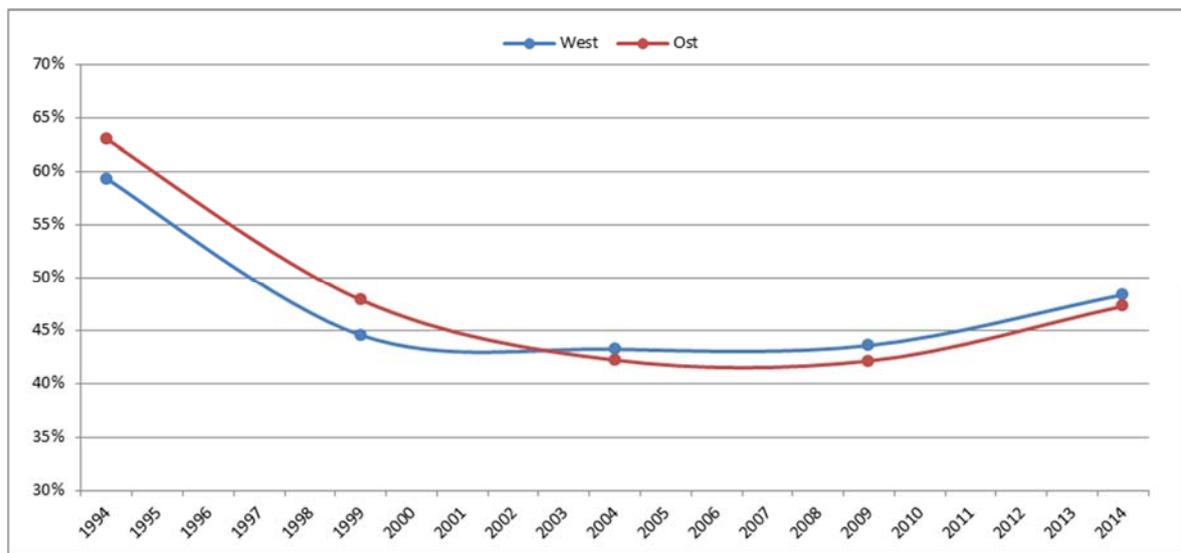


Quelle: Bundeswahlleiter (2015, 2017).

3.2.2.2 Wahlbeteiligung an Europawahlen

Im Vergleich zu Bundestagswahlen liegt die Wahlbeteiligung bei Europawahlen erstens insgesamt deutlich niedriger bei unter 50%, und zweitens sind keine großen Differenzen bei der Wahlbeteiligung zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern festzustellen. Bei den Wahlen zum Europaparlament 1994 und 1999 war die Beteiligungsrate in Ostdeutschland knapp 3 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Bei den Europawahlen 2004, 2009 und 2014 lag die Wahlbeteiligungsquote dann im Westen jeweils mit gleichem Abstand von etwa 1 bis 2 Prozentpunkten marginal höher als im Osten (Abbildung 54).

¹⁹ Zwei Anmerkungen: Erstens: Im internationalen Vergleich liegt die Wahlbeteiligung in Deutschland auf hohem Niveau. Zweitens: In der Langzeitbetrachtung wurden in Westdeutschland in den 1950/60er Jahren Wahlbeteiligungsquoten von über 85%, in den 1970er Jahren sogar von über 90% erreicht. In den 1980er Jahren sank die Wahlbeteiligung auf 85-90%.

Abbildung 54: Wahlbeteiligung an Europawahlen seit 1994

Anmerkungen: Quelle: Bundeswahlleiter (2015a).

3.2.2.3 Wahlbeteiligung an Landtagswahlen und Kommunalwahlen

Die Beteiligung an Landtags- und Kommunalwahlen in den einzelnen Bundesländern kann ebenfalls zur Analyse des Wahlverhaltens zwischen Ost und West herangezogen werden. Auch wenn diese Wahlen von landesspezifischen und lokalen Themen geprägt sind und nicht zeitgleich im gesamten Bundesgebiet stattfinden, spiegeln sie doch das politische Interesse im jeweiligen Bundesland wider und können damit auch als Vergleichsmaßstab dienen.

Bei Landtagswahlen gehen regelmäßig weniger Menschen zur Wahlurne als bei Bundestagswahlen. Im Ost-West-Vergleich unterscheiden sich die Wahlbeteiligungsquoten auf Länderebene seit der Wiedervereinigung im Durchschnitt um circa 4 Prozentpunkte (Abbildung 55). Seit dem 03. Oktober 1990 fanden in den Neuen Ländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) 32 Landtagswahlen statt, an denen sich durchschnittlich 61% der Wahlberechtigten beteiligten. In den Bundesländern des früheren Bundesgebietes nahmen an 65 Landtagswahlen durchschnittlich 65% aller Wahlberechtigten teil (Stand 15.10.2017). In Berlin fanden seither 7 Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Die Wahlbeteiligungsdaten fließen getrennt nach Berlin-Ost und Berlin-West in die Zahlen der Neuen bzw. Alten Bundesländer ein.

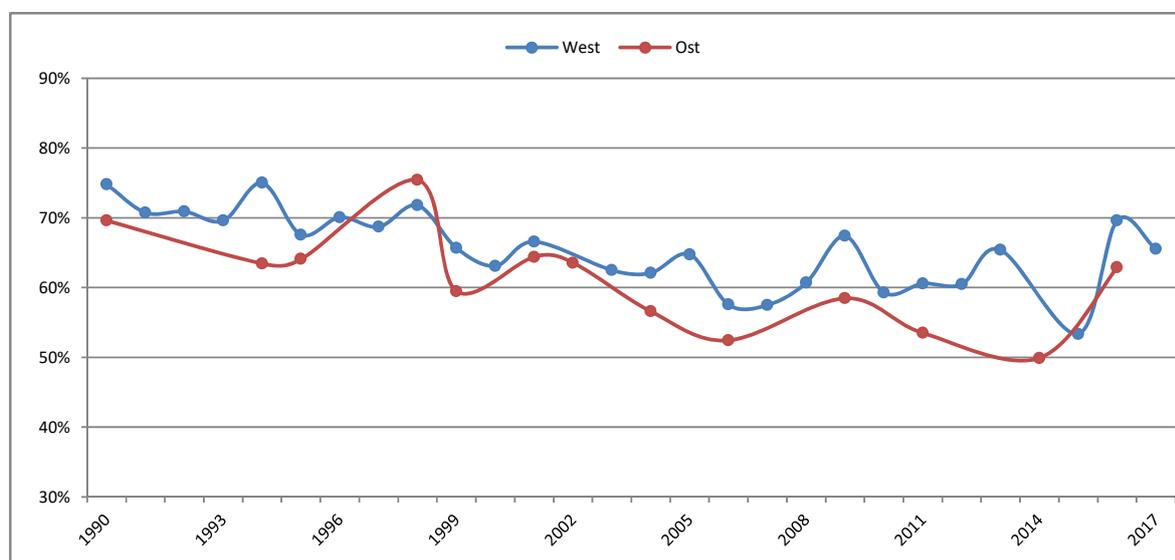
Eine differenziertere Betrachtung der Wahlbeteiligung nach den einzelnen Bundesländern zeigt allerdings, dass dieser Unterschied zwischen Ost und West nicht systematisch gleich von allen Bundesländern getrieben wird. Im Durchschnitt gehen seit der Wiedervereinigung bei Landtagswahlen die wenigsten Menschen in Sachsen-Anhalt (57,9%) zur Wahlurne, gefolgt von Brandenburg (58,1%), Sachsen (59,1%), und auch von Bremen (60,9%) und Nordrhein-Westfalen (61,3%). Die wahlfreudigsten Menschen bei Landtagswahlen leben durchschnittlich in Schleswig-Holstein (68,1%), im Saarland (67,9%), in Hessen (66,7%), in Rheinland-Pfalz (66,1%) und in Mecklenburg-

II. Politische Sphäre

Vorpommern (65,8%). Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern im Bundes-Ranking der durchschnittlichen Wahlbeteiligung an fünfter Stelle und damit beispielsweise vor Bayern und Baden-Württemberg.

Historische (punktuelle) Negativrekorde bei der Wahlbeteiligung wurden im Osten in Sachsen-Anhalt mit 44,4% Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2006, in Sachsen mit 49,1 % in 2014 und in Brandenburg mit 47,9% in 2014 erreicht, gefolgt von Bremen, wo bei der Bürgerschaftswahl 2015 nur 50,2% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Höchststände bei der Wahlbeteiligung hingegen wurden im Saarland bei der Landtagswahl 1994 mit 83,5% und im Osten 1998 in Mecklenburg-Vorpommern mit 79,4% erzielt.

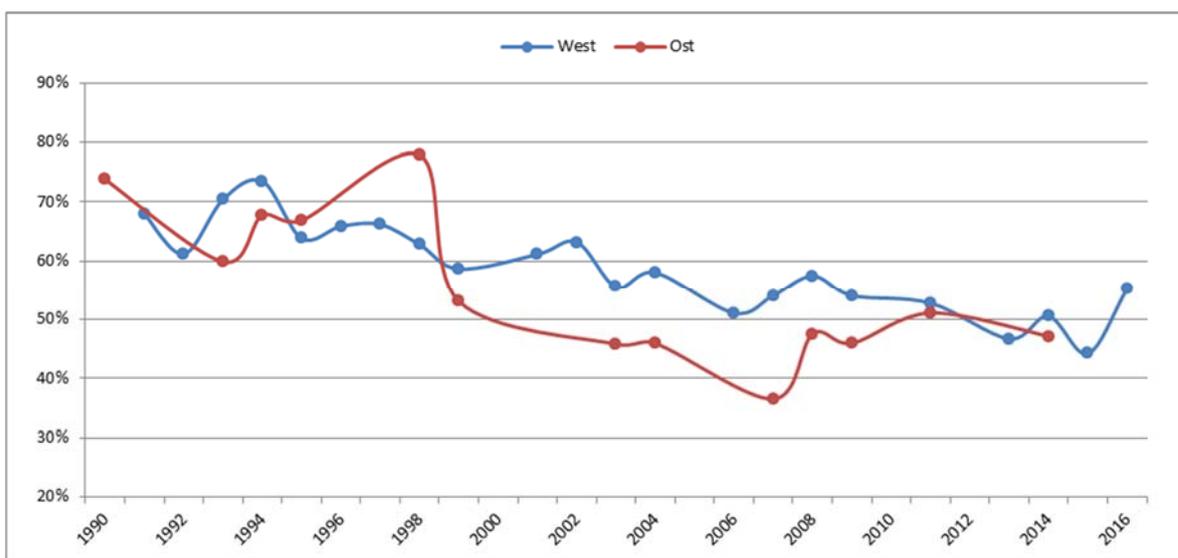
Abbildung 55: Wahlbeteiligung an Landtagswahlen seit 1990



Anmerkungen: Alle Landtagswahlen seit 03.10.1990 bis zur Landtagswahl in Niedersachsen am 15.10.2017 berücksichtigt. Durchschnitt pro Jahr nach Ost und West für alle Bundesländer, in denen Landtagswahlen stattfanden. Wahltermine siehe jeweilige Wahlleiter. Quelle: Bundeswahlleiter (2016). Landeswahlleiter/in für Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (2017).

Die Beteiligung an Kommunalwahlen ist im Vergleich zu den anderen Wahlen am niedrigsten, obwohl gerade in den Kommunen der direkte Einfluss der Wählerinnen und Wähler größer ist als auf den anderen Ebenen (Abbildung 56). Nach Werten zwischen 60% und 80% in den 1990er Jahren gehen seit dem Jahr 2000 im Osten weniger als 50% der Berechtigten an die Wahlurne bei Kommunalwahlen. Im Westen lagen die Werte noch etwas höher. Ab 2011 haben sich die Wahlbeteiligungsraten in beiden Landesteilen auf etwa 50% eingependelt. In den letzten beiden Jahren ist in Westdeutschland ein leichter Aufwärtstrend zu sehen, im Osten haben in den Jahren 2015 und 2016 keine Kommunalwahlen stattgefunden.

Abbildung 56: Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen seit 1990

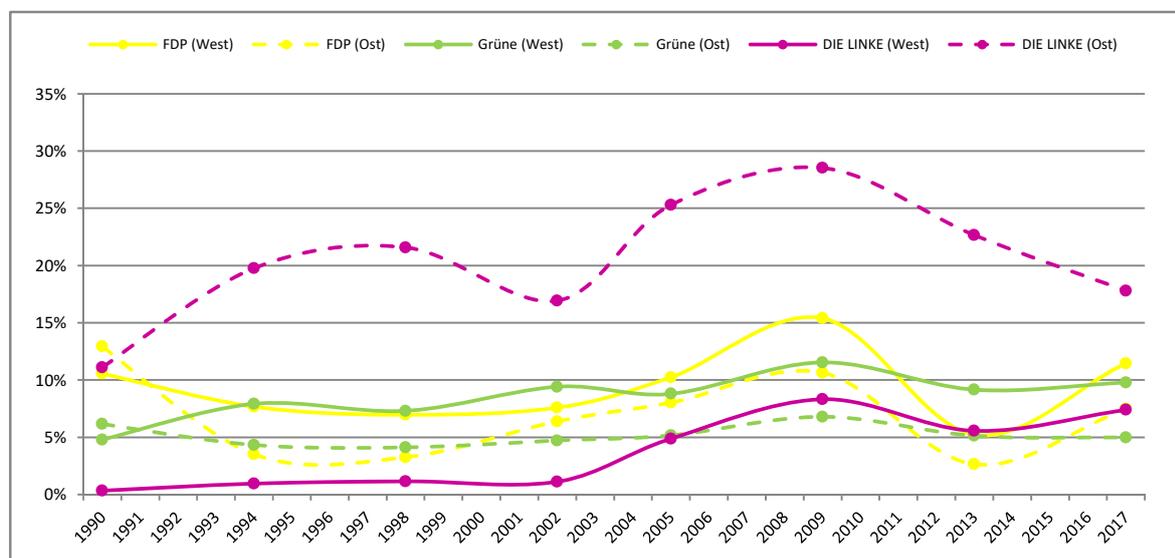


Anmerkungen: Durchschnitt pro Jahr nach Ost und West für alle Bundesländer, in denen Kommunalwahlen stattfanden. Wahltermine siehe jeweilige Landeswahlleiter. Quelle: Jeweilige Landeswahlleiter.

3.2.2.4 Wahlergebnisse (Zweitstimmenanteile)

Ost- und westdeutsche Wählerinnen und Wähler verteilen ihre Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen seit 1990 an unterschiedliche Parteien. Der größte Unterschied lässt sich an der Zustimmung für die Partei DIE LINKE (Linkspartei) ablesen, die aus der Fusion der (Ost-)Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG) hervorgegangen ist. Bei allen Bundestagswahlen erreichte die Linkspartei in Ostdeutschland mindestens 10 und bis zu 20 Prozentpunkte höhere Zweitstimmenanteile als in Westdeutschland (Abbildung 57). Die geringste Ost-West-Differenz von circa 10 Prozentpunkten wurde bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2017 gemessen. Im Vergleich zu 2013 setzte sich der Abwärtstrend bei den Linken im Osten fort, während die Linkspartei im Westen sogar leicht zulegen konnten. Ob dies den Beginn einer weiteren kontinuierlichen Annäherung darstellt, kann aus heutiger Sicht nicht beantwortet werden.

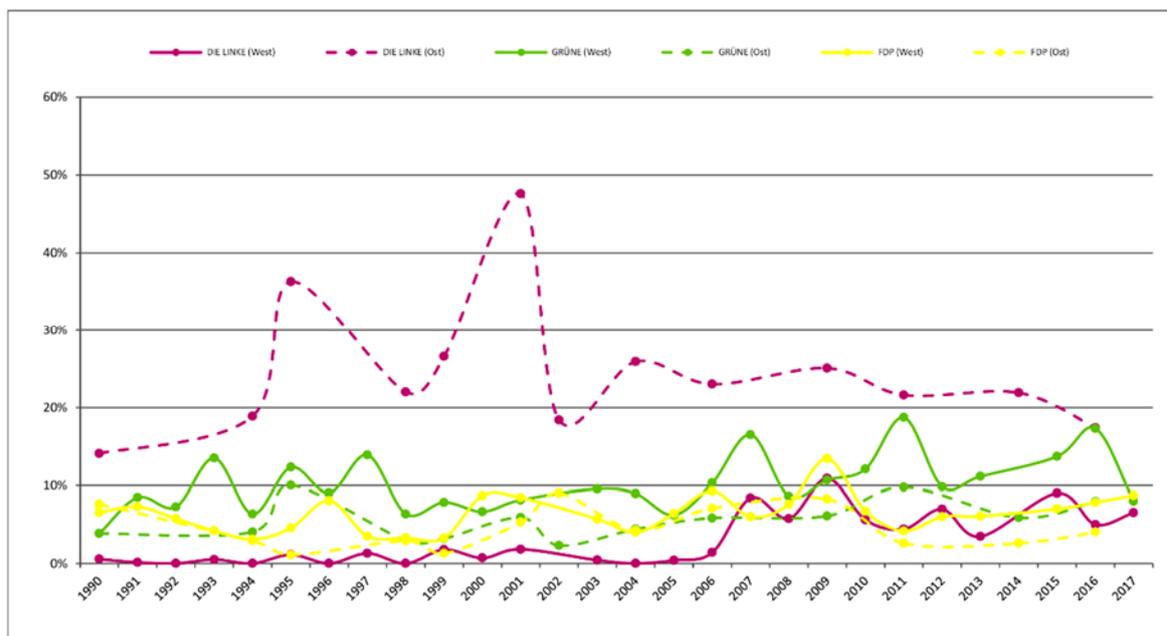
Abbildung 57: Zweitstimmenanteile der Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS 90/Die Grünen, FDP bei Bundstagswahlen seit 1990



Quelle: Bundeswahlleiter (2015, 2017).

Das unterschiedliche Wahlverhalten bezüglich der Linkspartei zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in den ost- und westdeutschen Bundesländern zeigt sich noch deutlicher an den Erfolgen der Partei bei den Landtagswahlen. In allen Landtagswahlen seit der Wiedervereinigung ist die Linkspartei in die jeweiligen Landesparlamente in Ostdeutschland eingezogen. Die erreichten Zweitstimmenanteile waren bis auf wenige Ausnahmen zweistellig (Durchschnittswerte in Abbildung 58). Mit Spitzenergebnissen von deutlich über 20% ist die Partei sogar aus vielen Landtagswahlen als zweistärkste Fraktion hervorgegangen, vor allem in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. In Thüringen regiert seit 2014 zudem der erste Ministerpräsident der Linkspartei in einer rot-rot-grünen Regierungskoalition. Ähnlich hohe Werte konnte die Linkspartei in Westdeutschland nur zweimal im Saarland erreichen (2009: 21,3%; 2012: 16,1%). In allen anderen westdeutschen Bundesländern erhielt die Linkspartei bestenfalls 5-10% der Zweitstimmen und zog mit wenigen Sitzen in einige Landtage ein. In Baden-Württemberg, Bayern und in Rheinland-Pfalz gelang ihr dies kein einziges Mal.

Abbildung 58: Zweitstimmenanteile der Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS 90/Die Grünen, FDP bei Landtagswahlen seit 1990

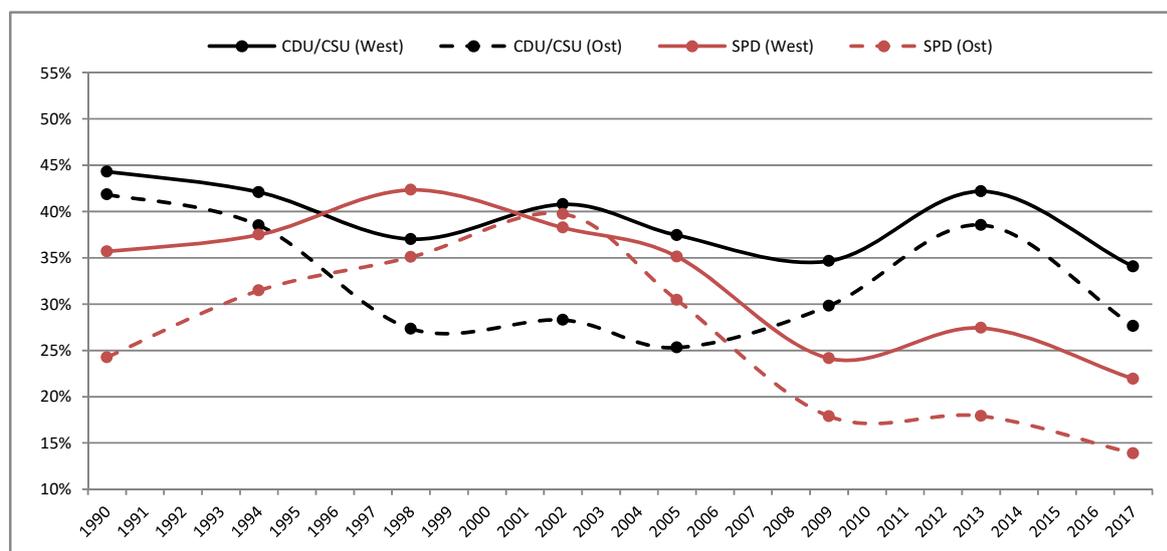


Anmerkungen: Alle Landtagswahlen seit 03.10.1990 bis zur Landtagswahl in Niedersachsen am 15.10.2017 berücksichtigt. Durchschnitt pro Jahr nach Ost und West für alle Bundesländer, in denen Landtagswahlen stattfanden. Wahltermine siehe jeweilige Wahlleiter. Quelle: Bundeswahlleiter (2016). Landeswahlleiter/in für Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (2017).

Die beiden kleineren Parteien Bündnis 90/Die Grünen und die FDP haben dagegen konstant über die Zeit eine größere Anhängerschaft in Westdeutschland als in Ostdeutschland. Nur bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 erhielten beide Parteien in Ostdeutschland geringfügig mehr Zweitstimmen (Abbildung 57). Die Grünen ziehen bis auf drei Landtagswahlen (2006 in Rheinland-Pfalz, 1999 und 2017 im Saarland) in jeden westdeutschen Landtag nach der Wiedervereinigung ein - mit oftmals zweistelligem Ergebnis (Durchschnittswerte in Abbildung 58). In einigen Ländern erlangten sie als Koalitionspartner Regierungsverantwortung, und in Baden-Württemberg amtiert seit 2011 ein grüner Ministerpräsident. In den ostdeutschen Ländern schafften die Grünen jeweils zwischen 2% bis max. 10% und zogen nicht in jeden gewählten Landtag ein. Ähnliche Befunde gelten für die FDP (Durchschnittswerte in Abbildung 58). Die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD schnitten bei Bundestagswahlen im Westen (bis auf die SPD im Jahr 2002) immer besser ab (Abbildung 59). Eine Ausnahme bildet die Wahl zum Bundestag 2002, als das Ergebnis der SPD im Osten minimal höher ausfiel als im Westen. Die Wahlergebnisse der CDU unterschieden sich in Ost- und Westdeutschland vor allem bei den Wahlen 1998, 2002 und 2005 deutlich. Die große Schere von über 10 Prozentpunkten in den Zustimmungswerten für die CDU begann sich erst mit der Bundestagswahl 2009 wieder zu schließen und die Ost-West-Differenz pendelte seither um die 5 Prozentpunkte. Bei der SPD hat sich dagegen die Ost-West-Lücke ab der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zu den vorherigen Wahlen, als sie zum Teil

schon fast verschwunden war, wieder vergrößert. 2013 und 2017 lagen die Zweitstimmenergebnisse der SPD im Westen zwischen 8-10 Prozentpunkte höher als im Osten. Im Durchschnitt zeigt sich für die Volksparteien bei Landtagswahlen dasselbe Muster (ohne Abbildung).

Abbildung 59: Zweitstimmenanteile der CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen seit 1990



Quelle: Bundeswahlleiter (2015, 2017).

Parteien aus dem rechtsorientierten und rechtsextremen Spektrum erlangten anfänglich bei Bundestagswahlen in Westdeutschland mit 2-3 Prozent leicht höhere Stimmenanteile als in Ostdeutschland (Abbildung 60).²⁰ Seit der Bundestagswahl 1998 sind die Parteien aus dem rechten Spektrum in Ostdeutschland vergleichsweise erfolgreicher als in Westdeutschland und erlangten zusammen mit durchschnittlich ca. 3-4 Prozent (Hauptanteil NPD) doppelt so hohe Zweitstimmenanteile wie in Westdeutschland. Dieses Muster zeigte sich bis zur Bundestagswahl 2013. Bei der jüngsten Bundestagswahl 2017 haben sich die Werte in Ost- und Westdeutschland für diese Parteien auf sehr niedrigem Niveau angenähert. Bisher hat es keine Partei aus dem rechtsextremen Spektrum geschafft, in den Deutschen Bundestag einzuziehen, allerdings ist ihnen vereinzelt der Sprung in Landesparlamente gelungen.

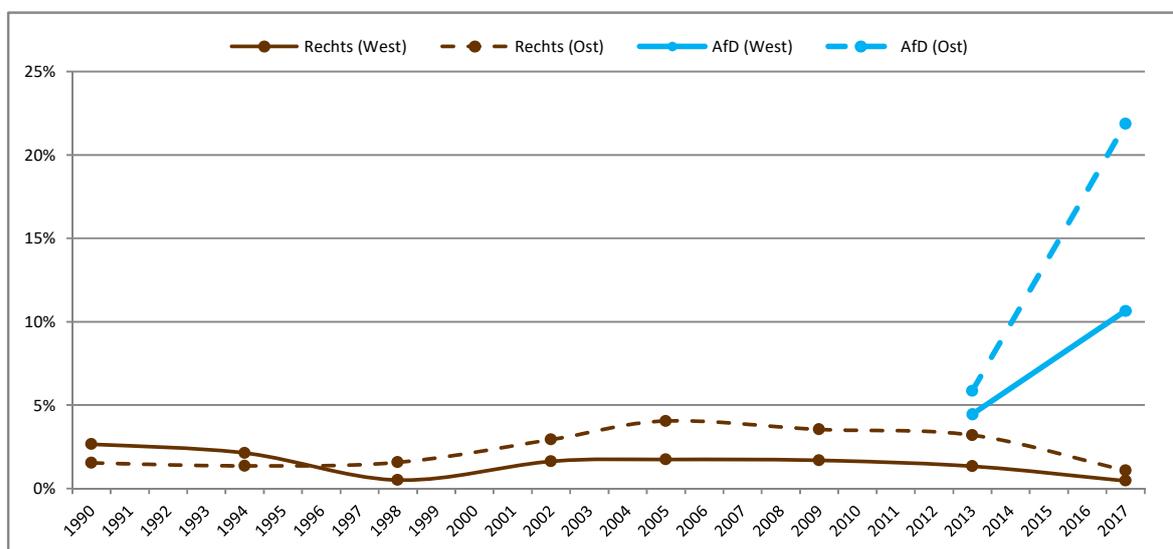
Bei Landtagswahlen verzeichneten rechtsorientierte/-extremistische Parteien in Westdeutschland Erfolge bei fünf Landtagswahlen in den 1990er Jahren bzw. Anfang der 2000er Jahre (Durchschnittswerte in Abbildung 61). 1992 und 1996 zogen die Republikaner (REP) mit 11% bzw. 9% in den Landtag in Baden-Württemberg ein. Die Deutsche Volksunion (DVU) konnte in Bremen 1991²¹ und in Schleswig-Holstein 1992 die 5-% Hürde überspringen und in die Parlamente einziehen. 2001 gelang der SCHILL Partei in Hamburg mit 19,4% ein erdrutschartiger Erfolg, welcher 2004

²⁰ Parteien-Zuordnung aus dem rechten Spektrum nach Stöss (2016).

²¹ In der Bremischen Bürgerschaft erreichte die DVU jeweils noch einen Sitz in Wahlen 1999, 2003 und 2007, weil sie in Bremerhaven (als zweiter Wahlbereich neben Bremen) mehr als 5% erreichten.

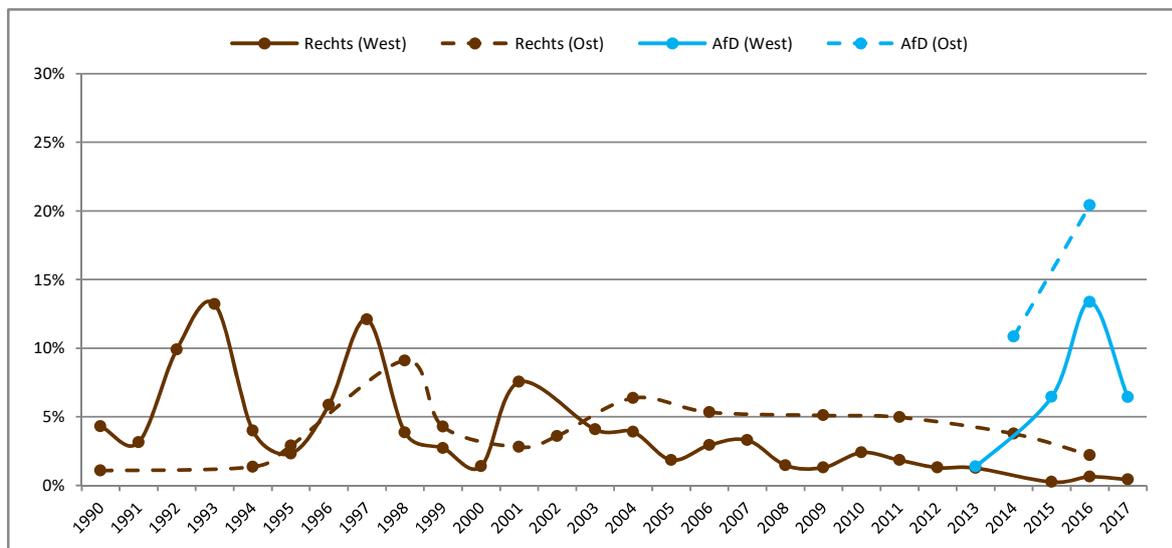
nicht wiederholt werden konnte. In den anderen sechs westdeutschen Ländern konnten die rechtsorientierten Parteien keine parlamentarischen Erfolge (über 5%) erzielen und spielten bei über 50 Landtagswahlen keine nennenswerte Rolle. Die NPD kam im Westen bei Landtagswahlen nur auf Stimmenanteile zwischen 0,1 – 1,5% (Ausnahme: Saarland 2004: 4%). Im Osten erzielte die NPD in den 2000er Jahren Zweitstimmenanteile von 6-7% in Mecklenburg-Vorpommern und 6 bzw. 9% in Sachsen. Die DVU gewann in Brandenburg zweimal knapp über 5% genügend Zweitstimmen, um in den Landtag einzuziehen. In Sachsen-Anhalt erreichte die DVU 1998 mit 12,9% ihr bisheriges Rekordergebnis. Seit der Wiedervereinigung zogen rechtsorientierte Parteien (NPD, REP, DVU, SCHILL Partei) bei 7 ostdeutschen Landtagswahlen in die Parlamente, bei 3 Landtagswahlen scheiterten sie nur knapp, und bei 29 Landtagswahlen schnitten sie mit Stimmenanteilen zwischen 0,1% bis 3,5% ab. Thüringen ist das einzige ostdeutsche Land, in dem bislang keine rechte Partei im Landtag saß. Abbildung 61 veranschaulicht, dass im Ost-West-Vergleich rechte Parteien in Westdeutschland vor allem Anfang bis Mitte der 1990er Jahre höhere Zweitstimmenanteile erzielten und ab Mitte der 2000er Jahre in Ostdeutschland. Insgesamt schwanken die Werte in Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre auch auf niedrigem Niveau unter 5 %. Am aktuellen Rand haben sich die Werte in Ost und West auch angeglichen. Das Gegenteil ist der Fall bei der neu gegründeten Partei Alternative für Deutschland (AfD).

Abbildung 60: Zweitstimmenanteile rechter Parteien und der AfD bei Bundestagswahlen seit 1990



Anmerkungen: Als rechte Parteien wurden folgende berücksichtigt: NPD, REP, DVU, Die RECHTE, Pro Deutschland, BFB (Bund freier Bürger), Schill-Partei, Offensive Deutschland, STATT-Partei, Pro DM, Deutsche Mitte. Quelle: Bundeswahlleiter (2015, 2017).

Abbildung 61: Zweitstimmenanteile rechter Parteien und der AfD bei Landtagswahlen seit 1990



Anmerkungen: Als rechtsorientierte/rechtsextreme Parteien wurden folgende berücksichtigt: NPD, REP, DVU, Die RECHTE, Pro Deutschland, BFB (Bund freier Bürger), Schill-Partei, Offensive Deutschland, STATT-Partei, Pro DM, Der III. Weg, DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat). Alle Landtagswahlen seit 03.10.1990 bis zur Landtagswahl in Niedersachsen am 15.10.2017 berücksichtigt. Durchschnitt pro Jahr nach Ost und West für alle Bundesländer, in denen Landtagswahlen stattfanden. Wahltermine siehe jeweilige Wahlleiter. Quelle: Bundeswahlleiter (2016). Landeswahlleiter/in für Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (2017).

Die Parteienlandschaft in Deutschland erweiterte sich im Zuge der Eurokrise und der Eurorettungspolitik für Griechenland im Februar 2013 um eine weitere Partei, die Alternative für Deutschland (AfD). Zunächst als eurokritische Partei mit wirtschaftsliberalem Anspruch wahrgenommen, besetzte sie in den Folgemonaten schnell weitere politische Themenfelder. Die Partei entwickelte neben parteiprogrammatischen marktliberalen Positionen ein nationalkonservatives Profil (Niedermayer 2015). Eine eindeutige Zuordnung im rechten Spektrum scheitert nicht zuletzt an definitorischen Schwierigkeiten von Rechtspopulismus und einer trennscharfen Unterscheidung zwischen bürgerlichem Protest, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Während die AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 und bei der am selben Tag stattgefundenen Landtagswahl in Hessen noch knapp an der Fünf-Prozent-Marke scheiterte, gewann die Partei in den darauffolgenden Wahlen sukzessive und deutlich an Wählerzuspruch. Bei der Europawahl 2014 erlangte die AfD bereits sieben Parlamentssitze.²² Seit der Bundestagswahl 2013 fanden in vierzehn Bundesländern Landtagswahlen statt und bei allen vierzehn Wahlen konnte die AfD in die jeweiligen Landesparlamente einziehen (Stand Oktober 2017, Durchschnittswerte in Abbildung 61). Bei den Landtagswahlen 2014 in Brandenburg, Thüringen und

²² Die AfD profitierte davon, dass bei der Europawahl 2014 zum ersten Mal keine Sperrklausel von 3% mehr galt. Diese war vom Bundesverfassungsgericht im Februar 2014 für verfassungswidrig erklärt worden.

Sachsen erreichte sie rund 10% der Zweitstimmen. Bei den Bürgerschaftswahlen der Stadtstaaten Bremen und Hamburg 2015 im ersten Halbjahr überwand sie mit 5,5% und 6,1% knapp die 5%-Hürde. Noch einmal kräftig zulegen konnte die Partei bei den Wahlen 2016. Mit knapp 13% in Rheinland-Pfalz und 15% in Baden-Württemberg zog die Partei im März 2016 erstmals in die Parlamente zweier westdeutscher Flächenstaaten ein. In Sachsen-Anhalt holte sie das Rekordergebnis von 24,3% und wurde dort zweitstärkste Fraktion. Im September 2016 zog die AfD in das Abgeordnetenhaus in Berlin (14,2%) und in den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern (20,8%) ein. Bei den jüngsten Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen im Jahr 2017 gingen die Stimmenanteile der AfD auf 6-8% aller gültigen Stimmen zurück. Bei der Bundestagswahl 2017 wurde die AfD drittstärkste Partei hinter CDU und SPD, indem sie im Westen knapp elf Prozent der Wählerstimmen erhielt und im Osten etwa jede fünfte Wahlstimme auf die AfD fiel (Abbildung 60). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 hat sich der Ost-West-Unterschied in den Zweitstimmanteilen für die AfD von 1,5 Prozentpunkten auf 11 erhöht.

3.3 Zufriedenheit, Vertrauen und Stolz

3.3.1 Zufriedenheit mit Demokratie und Politik

Die Politische Kulturforschung weist den Wertorientierungen der Bürgerinnen und Bürger und ihren Einstellungen zur politischen Struktur eine entscheidende Rolle in der Stabilität des politischen Systems zu. Eine positiv-neutrale Grundhaltung gegenüber der Demokratie in breiten Teilen der Bevölkerung ist eine notwendige Voraussetzung für die Stabilität demokratischer Systeme.²³ Dabei wird zwischen normativer Ebene und performativer Ebene unterschieden. Auf der normativen Ebene wird danach gefragt, inwieweit die Bevölkerung die Idee der Demokratie und ihre normativen Prinzipien gutheißt, auf der performativen Ebene hingegen, wie sie das aktuelle Funktionieren der Demokratie, die Verfassungswirklichkeit, einschätzt (Pollack 2006).

In Deutschland sieht eine klare Mehrheit die Demokratie allgemein als die beste Staatsform an. In Ostdeutschland präferieren 82% diese Staatsform und in Westdeutschland 90% (Holtmann et al. 2015). Im Urteil der Bürgerinnen und Bürger über das Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind die Menschen in Ostdeutschland dagegen deutlich kritischer eingestellt als in Westdeutschland (Abbildung 62). Im Zeitraum zwischen 1991 und 2015 sind im Westen durchschnittlich 62% der Befragten eher zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland,

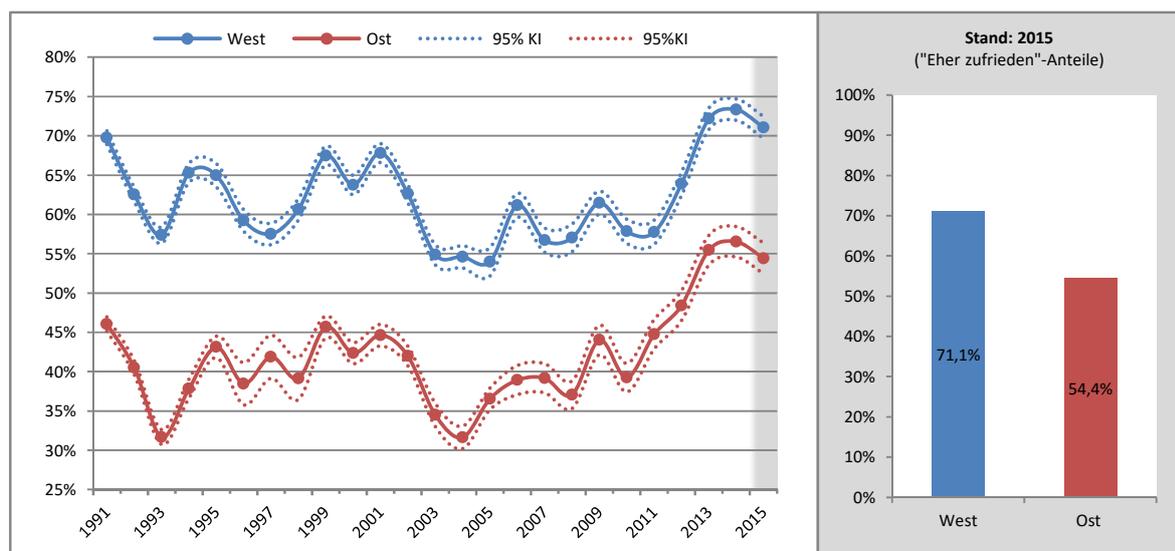
²³ Das Konzept der Politischen Kulturforschung wurde von angelsächsischen Politikforschern wie Gabriel Almond, Sidney Verba, David Easton und Seymour M. Lipset entwickelt. Sie wiesen Bürgern einen größeren Einfluss auf Stabilität und Wandel politischer Systeme zu. Vgl. zum Beispiel: Almond und Verba (1963, 1989).

II. Politische Sphäre

in Ostdeutschland war dies lediglich weniger als die Hälfte der Bevölkerung (42%).²⁴ Der Ost-West-Unterschied in der Demokratiezufriedenheit nimmt seit der Wiedervereinigung leicht ab und es zeichnet sich eine marginale Annäherung über die Zeit ab. Die Ost-West-Lücke ist etwas kleiner geworden. Insgesamt gibt es einige Schwankungen über die Zeit, die parallel im Osten und Westen zu beobachten sind. In den letzten zehn Jahren sind die Zufriedenheitswerte in beiden Landesteilen wieder angestiegen, wobei bei den letzten beiden Beobachtungen von 2014 auf 2015 die Zufriedenheitskurven in beiden Landesteilen wieder leicht abfallen.

Dieser Trend lässt sich mit Querschnittsdaten des Eurobarometer 2016 fortführen, auch wenn hier beachtet werden muss, dass die Fragestellung und die Antwortmöglichkeiten nicht direkt vergleichbar sind. Im Jahr 2016 ist bereits eine Mehrheit in Ostdeutschland nicht mehr zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (Tabelle 3). Die Werte der sehr Unzufriedenen und der nicht sehr Zufriedenen mit dem Zustand der Demokratie sind in Ostdeutschland jeweils doppelt so hoch wie in Westdeutschland (16,4% versus 6,9% bzw. 40,2% versus 21,7%).

Abbildung 62: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland



Anmerkungen: Politbarometer 2015: „Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“.

²⁴ Dies widerspricht nicht dem Ergebnis der Studie Deutschland 2014, in der bei der Frage nach der Demokratiezufriedenheit mehrere Antwortmöglichkeiten vorgegeben waren und „lediglich 13 Prozent der Westdeutschen und 15 Prozent der Ostdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden“ sind; vgl. auch Literaturüberblick Kapitel 2.

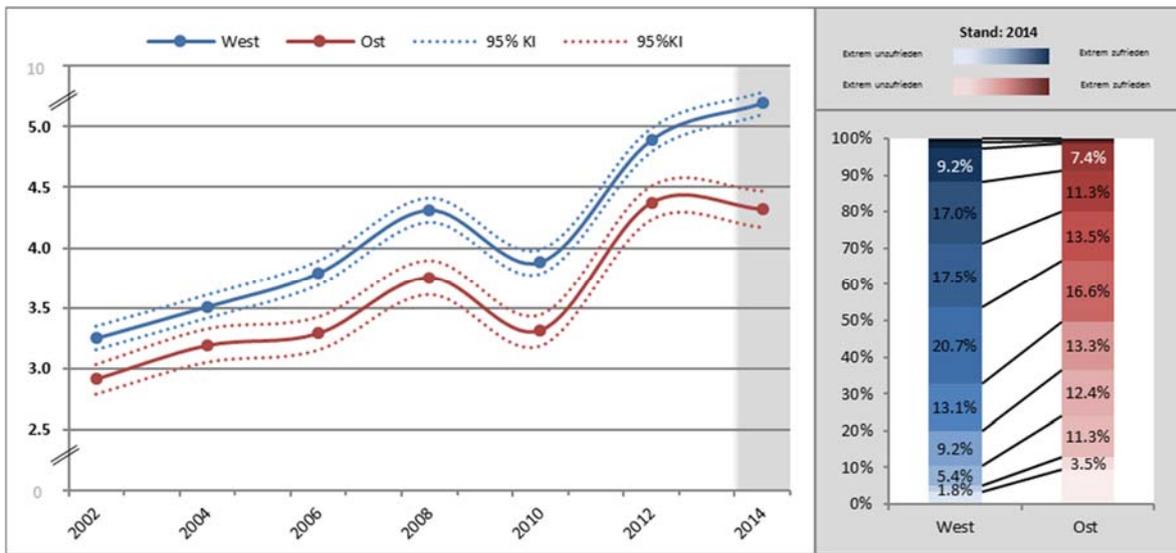
Tabelle 3: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Überhaupt nicht zufrieden	6,9	16,4	9,5 ***
Nicht sehr zufrieden	21,7	40,2	18,5 ***
Ziemlich zufrieden	59,0	37,6	-21,4 ***
Sehr zufrieden	12,5	5,9	-6,6 ***

Anmerkungen: EUROBAROMETER 2016: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.“ Antwortmöglichkeiten 1-4: siehe Tabelle. Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%. Im Eurobarometer kann nicht zwischen West- und Ost-Berlin differenziert werden. Es werden alle Daten aus Berlin der Region „Ost“ zugeteilt.

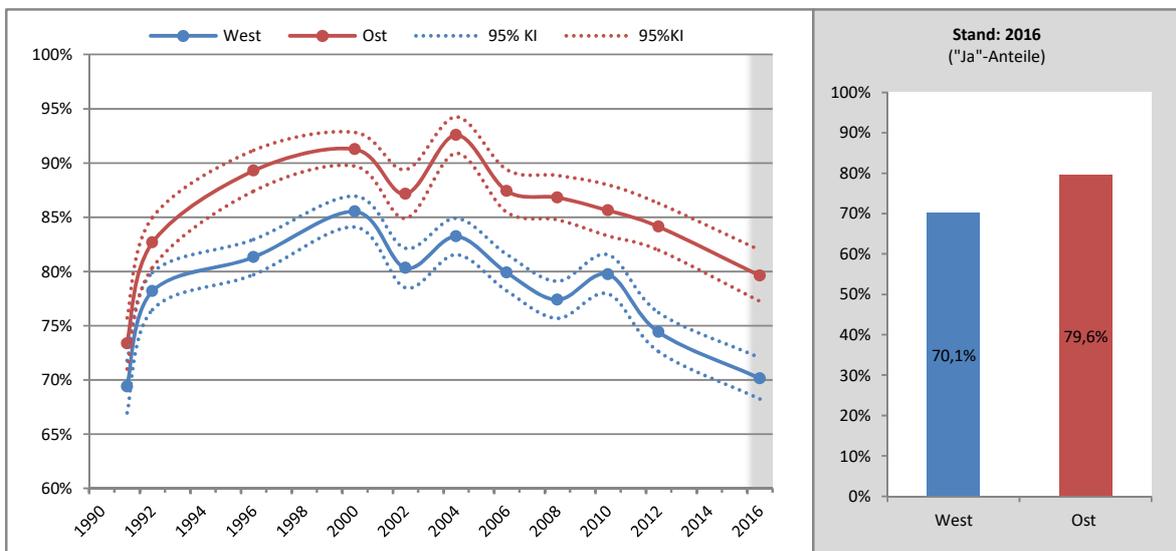
In Bezug auf die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung in Berlin sind die Menschen in Westdeutschland ebenfalls etwas zufriedener. Allerdings sind die Ost-West-Unterschiede nicht so groß wie bei der Demokratiezufriedenheit, und zusätzlich ist der Ost-West-Unterschied seit Anfang der 2000er Jahre, als er bei 0,3 Skaleneinheiten lag, bis 2014 kontinuierlich größer geworden, als er 0,9 Skaleneinheiten erreichte (Abbildung 63). Absolut gesehen sind alle Bürgerinnen und Bürger seit 2002 in der Tendenz zufriedener mit der Arbeit ihrer Regierung geworden. Ein leichter Zufriedenheitsverlust ist nur von 2008 auf 2010 festzustellen, was womöglich auf den in der Öffentlichkeit als missglückt angesehenen Regierungsstart der schwarz-gelben Koalition 2009 zurückzuführen ist. Seitdem steigen die Werte um eineinhalb Skaleneinheiten deutlich an. Die Datenreihe endet allerdings im Jahr 2014. Betrachtet man die Einstellungen gegenüber den Politikern, sind im Jahr 2016 immer noch viele Menschen in Deutschland eher pessimistisch. 80% der Befragten in Ostdeutschland und 70% der Befragten in Westdeutschland sind der Meinung, dass sich die Politiker in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren (Abbildung 64). Wenigstens ist das negative Bild der Politiker in beiden Landesteilen im Zeitverlauf positiver geworden. Vor zehn bis zwölf Jahren teilten noch deutlich über 80% in Westdeutschland und sogar über 90% in Ostdeutschland diese Ansicht.

Abbildung 63: Zufriedenheit mit der nationalen Regierung



Anmerkungen: ESS 2014: „Wenn Sie nun einmal an die Leistungen der Bundesregierung in Berlin denken. Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise wie sie ihre Arbeit erledigt?“. Antwortmöglichkeiten 0-10: äußerst unzufrieden (0) bis äußerst zufrieden (10).

Abbildung 64: Politiker sind uninteressiert an einfachen Leuten



Anmerkung: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.“ Antwortmöglichkeiten „Bin derselben Meinung“ (JA), „Bin anderer Meinung“ (NEIN).

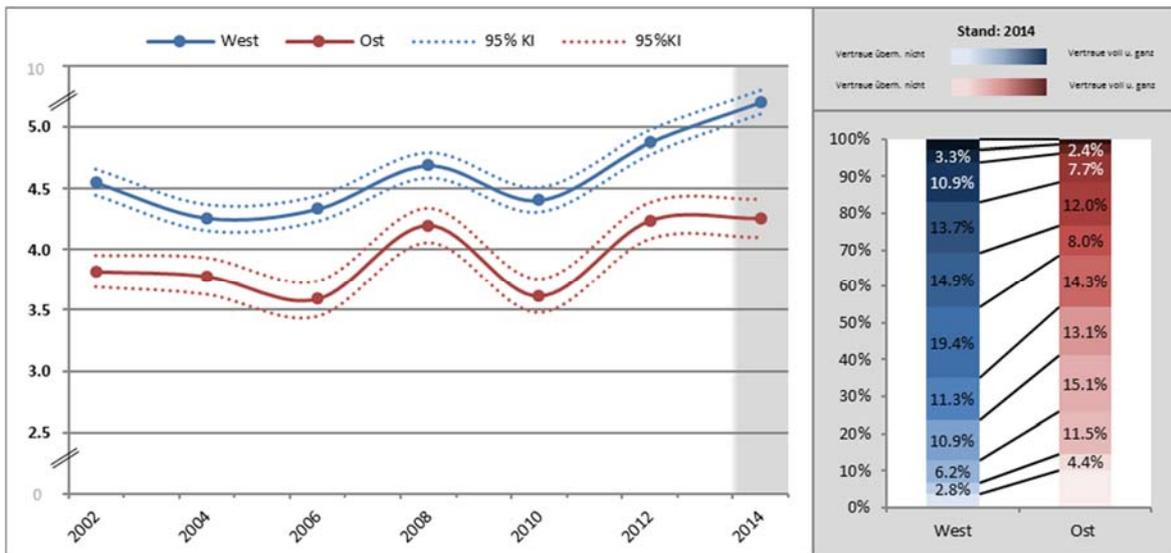
3.3.2 Vertrauen in politische Institutionen

Repräsentative Demokratien leben von dem Vertrauen, dass die Bürgerinnen und Bürger den politischen Institutionen entgegenbringen. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in der ehemaligen DDR erlangten westdeutsche Institutionen mit der Herstellung der nationalen Einheit Gültigkeit in ganz Deutschland. Im Gegensatz zu den anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten waren demokratische Institutionen in Deutschland schon vorhanden, es fehlte den Menschen in Ostdeutschland nur größtenteils an (aktuelleren) Erfahrungen mit ihnen (Gabriel und Zmerli 2006). Demnach konnte auch nicht davon ausgegangen werden, dass sich die neuen politischen Institutionen bereits unmittelbar nach dem politischen Umbruch auf das Vertrauen der ostdeutschen Bevölkerung haben stützen können. In der Tat zeigen Umfragewerte vier Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ein großes Gefälle im Vertrauen in parteienstaatliche (Bundestag, Bundesregierung, ab 2002 politische Parteien) und rechtstaatliche Institutionen (Justiz, Bundesverfassungsgericht, Polizei) zwischen Ost- und Westdeutschen. Dabei werden erstere Institutionen eher als politiknahe „Entscheidungsinstitutionen“ und letztere eher als politikferne „Implementationsinstitutionen“ eingestuft.²⁵ Die Vertrauenslücke ist von 1994 bis 2002 kleiner geworden (ALLBUS Daten, ohne Grafiken; vgl. auch Rainer und Siedler 2009). Danach verfestigten sich die Unterschiede bzw. wurden zum Teil wieder größer bis 2012 (ALLBUS Daten, ohne Grafiken).

Die Ergebnisse aus den ALLBUS Daten stimmen im Wesentlichen mit den Ergebnissen des European Social Survey von 2002 bis 2014 überein. Auch die Studie von Holtmann et al. (2015) bestätigt dies basierend auf ihren Erhebungen bis 2012. Die Vertrauenswerte in die parteienstaatlichen Institutionen sind in den Abbildungen 65 bis 70 dargestellt. Dem Deutschen Bundestag, dem Europäischen Parlament, den Politischen Parteien und Politikern in Deutschland werden in West- und in Ostdeutschland auf der Skala von 0 („überhaupt kein Vertrauen“) bis 10 („vertraue voll und ganz“) Vertrauenswerte unter dem Mittelwert von 5 entgegengebracht. Dabei schwankt das Vertrauensniveau in Westdeutschland durchgängig auf einem leicht höheren Niveau als in Ostdeutschland. Auffällig ist, dass das Europäische Parlament die einzige Institution ist, die über die Zeit nicht an Vertrauen gewinnen konnte (Abbildung 66). Die Vertrauenswerte verliefen von 2002 bis 2014 in Ost- und Westdeutschland wellenförmig und in der Tendenz leicht sinkend, im Westen auf etwas höherem Niveau als im Osten. Ein Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland beim Vertrauen in das Europäische Parlament ist nicht zu beobachten. Das Vertrauen in Bundestag (Abbildung 65), in die Parteien (Abbildung 67) und das politische Personal (Abbildung 68) ist tendenziell über die Zeit angestiegen. Die Abstände zwischen Ost und West bleiben dabei im Wesentlichen gleich bzw. schwanken nur leicht. Hier ist kein Angleichungsprozess festzustellen, im Gegenteil die Ost-West-Lücke vergrößerte sich leicht von 2012 auf 2014.

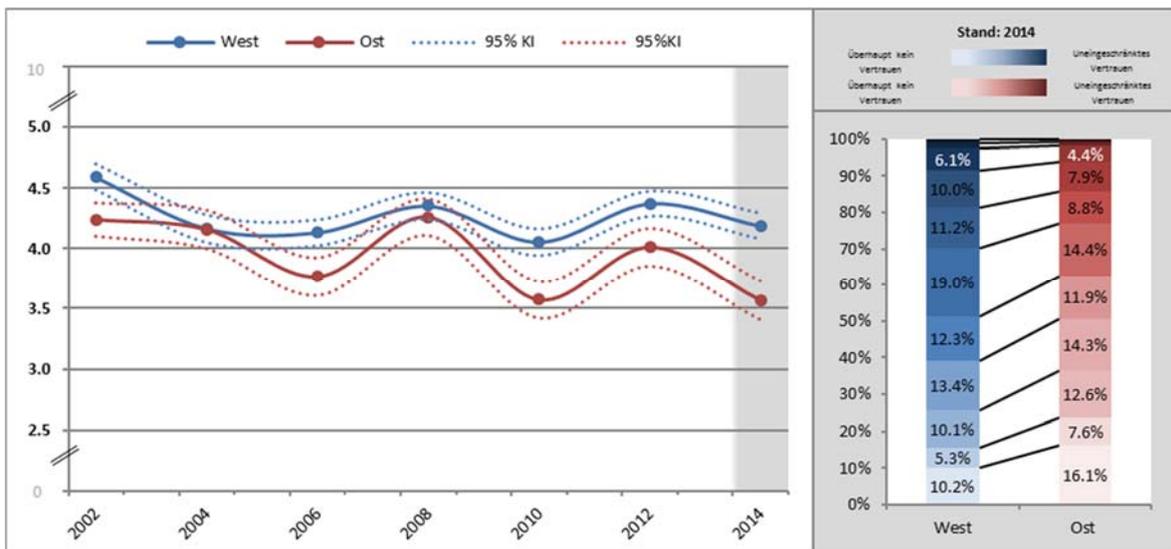
²⁵ Unterscheidung nach Vertrauen in parteienstaatliche und in rechtsstaatliche Institutionen nach Fuchs et al. (2002), S. 437.

Abbildung 65: Vertrauen in den Deutschen Bundestag



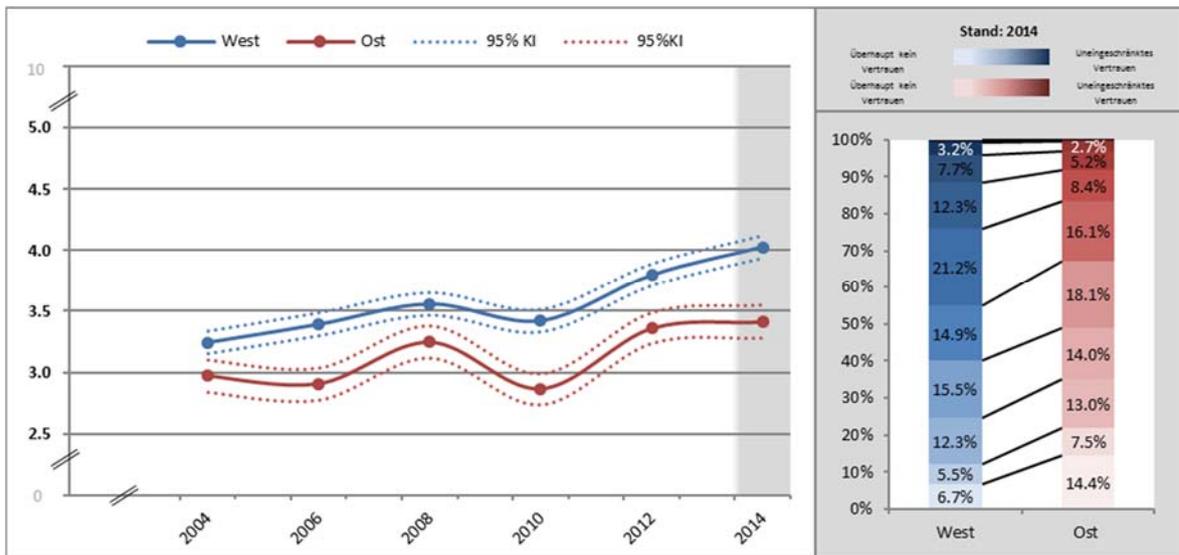
Anmerkungen: ESS 2014: „Bitte benutzen Sie Liste 11 und sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit dem Bundestag?“

Abbildung 66: Vertrauen in das Europäische Parlament



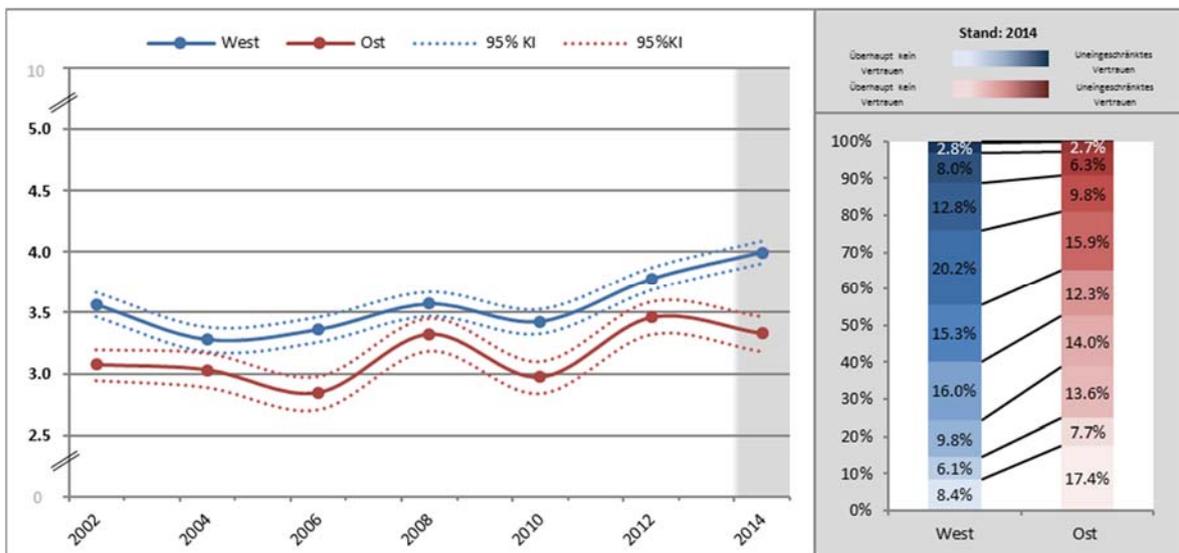
Anmerkungen: ESS 2014: „Frage wie bei Abbildung 33. Wie ist das mit dem Europäischen Parlament?“

Abbildung 67: Vertrauen in Parteien



Anmerkungen: ESS 2014: „Frage wie bei Abbildung 33. Wie ist das mit den Parteien?“

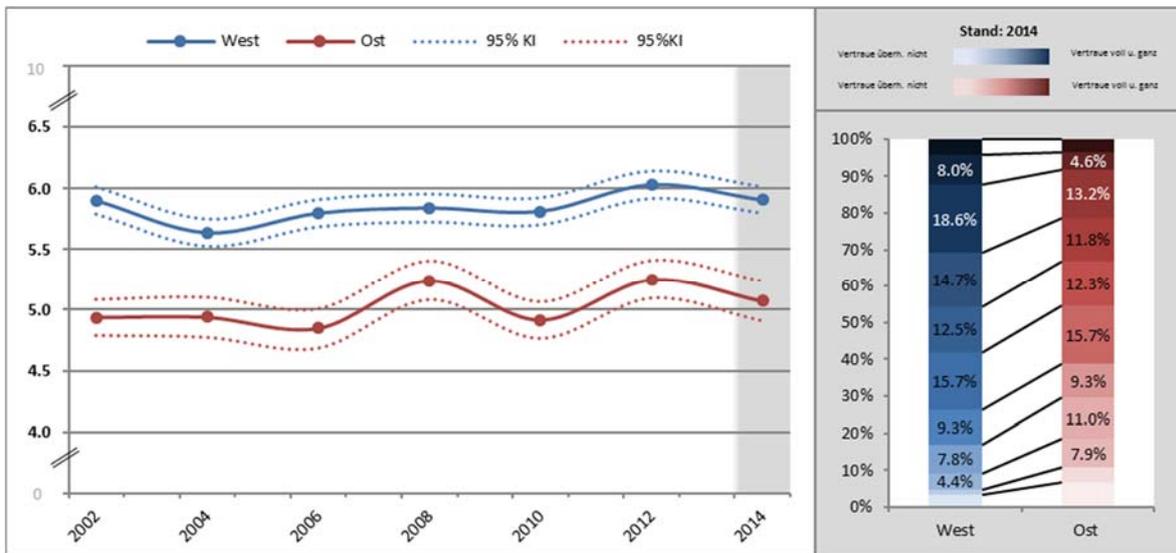
Abbildung 68: Vertrauen in Politiker



Anmerkungen: ESS 2014: „Frage wie bei Abbildung 33. Wie ist das mit den Politikern?“

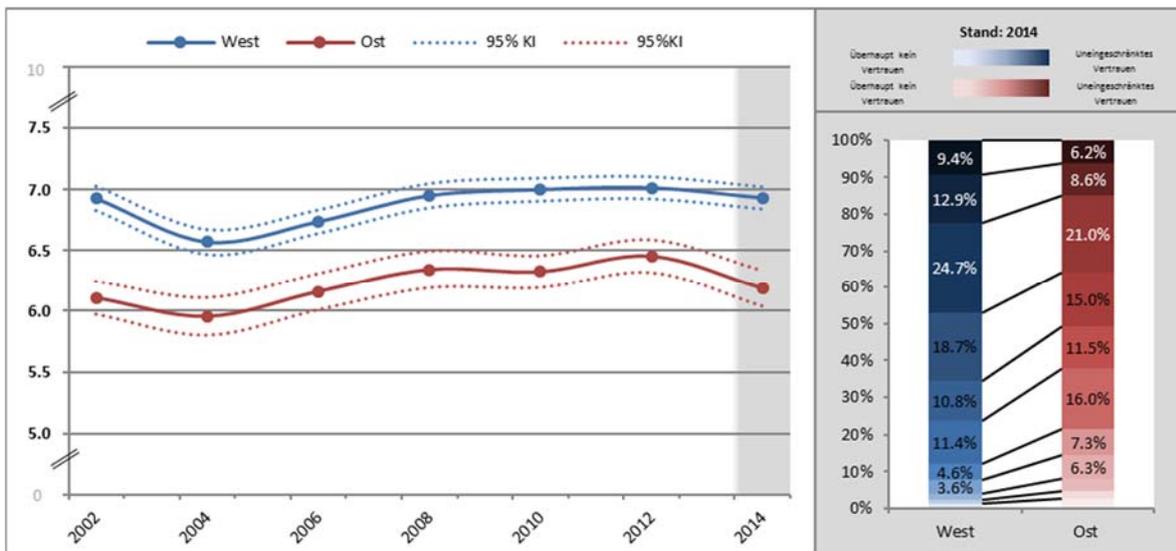
Die rechtsstaatlichen Institutionen der Justiz und der Polizei genießen in beiden Landesteilen im Betrachtungszeitraum ein relativ gleichbleibend hohes Vertrauen (Abbildung 69, Abbildung 70), wobei die Werte wiederum im Westen persistent höher liegen als im Osten. Im Osten ist das Rechtsstaatsvertrauen vor allem in den 1990er Jahren angestiegen (ohne Abbildungen), so dass sich die Vertrauenslücke in diesem Bereich etwas schloss und sich seit 2002 konstant bei etwa einem Skaleneinheit eingependelt hat.

Abbildung 69: Vertrauen in die Justiz



Anmerkungen: ESS 2014: „Frage wie bei Abbildung 40: Wie ist das mit der Justiz?“

Abbildung 70: Vertrauen in die Polizei



Anmerkungen: ESS 2014: „Frage wie bei Abbildung 40: Wie ist das mit der Polizei?“

Aktuellere Angaben zu den Vertrauenswerten in die politischen Institutionen sind in den Eurobarometer Daten aus dem Jahr 2016 zu finden (Tabelle 4). Hier soll vor allem auf die großen Ost-West-Differenzen verwiesen werden. Bis auf die Vertrauenswerte für suprastaatliche und internationale Organisationen, sowie für die politischen Parteien beträgt die Ost-West-Differenz jeweils über 10 Prozentpunkte.

Tabelle 4: Vertrauen in politische Institutionen in Deutschland

Vertrauen in:	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Europäische Union	32,9	27,0	-5,9 **
Vereinte Nationen	49,9	43,2	-6,7 **
Politische Parteien	25,2	17,3	-7,9 ***
Nationales Parlament	47,9	37,9	-10,1 ***
Nationale Regierung	44,3	33,1	-11,3 ***
Polizei	83,9	72,5	-11,4 ***
Öffentliche Verwaltung	62,3	49,1	-13,2 ***
Armee	78,8	64,9	-13,9 ***
Justiz/Rechtssystem	63,9	46,6	-17,2 ***
Regionale oder lokale Autoritäten	73,1	53,7	-19,5 ***

Anmerkungen: EUROBAROMETER 85.2, 2016-05, Frage: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit: siehe Tabelle“. Hier Antwortmöglichkeit „Eher vertrauen“ dargestellt im Gegensatz zu „eher nicht vertrauen“. Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%. Im Eurobarometer kann nicht zwischen West- und Ost-Berlin differenziert werden. Es werden alle Daten aus Berlin der Region „Ost“ zugeteilt.

3.3.3 Stolz auf deutsche Institutionen und Leistungen

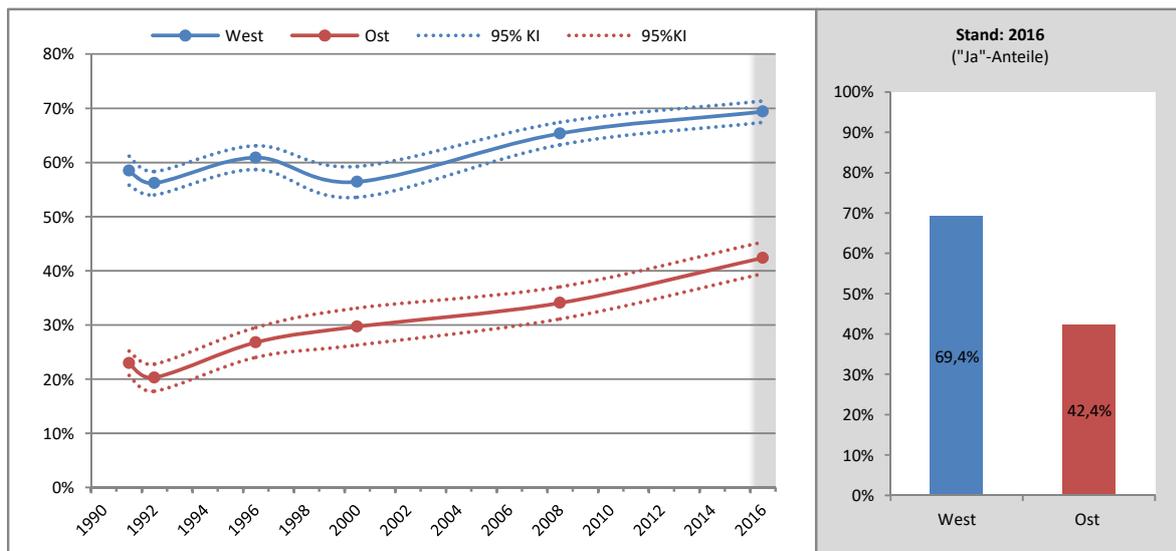
Neben den Vertrauenswerten in die politischen Institutionen unterscheiden sich die Menschen in Deutschland auch in der Auswahl dessen, auf was sie in Deutschland stolz sind. Die Befragten sollten aus sieben genannten deutschen Institutionen oder Leistungen von Deutschen (Grundgesetz; Bundestag; Leistungen der deutschen Sportler; die wirtschaftlichen Erfolge; die deutsche Kunst und Literatur; die wissenschaftlichen Leistungen; die sozialstaatlichen Leistungen) diejenigen drei Dinge auswählen, auf die sie am meisten stolz sind.

Viele Menschen in Deutschland sind stolz auf das Grundgesetz. Dabei fällt dennoch auf, dass das Grundgesetz im Westen einen deutlich höheren Stellenwert genießt als in Ostdeutschland (Abbildung 71). Seit der Wiedervereinigung zählen zwischen knapp 60% bis 70% der Westdeutschen das Grundgesetz zu den drei Dingen, auf die sie am meisten stolz sind. Die Stolz-Werte auf das Grundgesetz in Ostdeutschland sind im selben Zeitraum von circa 20% auf knapp 40% gestiegen, liegen aber konstant deutlich unter den Werten in Westdeutschland. Die Institution des Bundestages wird von den wenigsten Befragten unter die drei Dinge gewählt, auf die sie am meisten stolz sind. Im Jahr 2016 wählten nur 5% im Westen und 3% im Osten den Bundestag bei der genannten Stolz-Frage aus (ohne Abbildung). Des Weiteren assoziieren die Befragten in Westdeutschland die „sozialstaatlichen Leistungen“ deutlich häufiger mit Stolz als die Ostdeutschen (Abbildung 72). Die Werte diesbezüglich sind im Westen in den 2000er Jahren gesunken und im Jahr 2016

II. Politische Sphäre

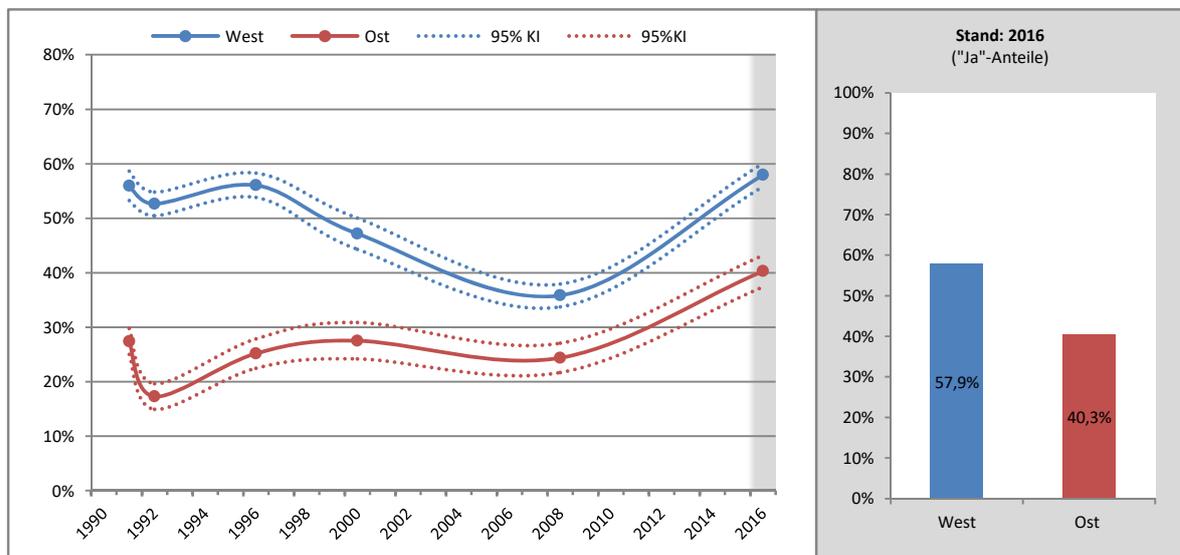
wieder auf das hohe Niveau der 1990er Jahre gestiegen. 58% in Westdeutschland geben an, auf den deutschen Sozialstaat stolz zu sein. Im Osten haben in den 1990er und 2000er Jahren weniger als 30% der Befragten den Sozialstaat unter die drei Dinge gewählt, auf die sie am meisten stolz sind. Im Jahr 2016 ist der Wert auf 40% gestiegen. Der Ost-West-Unterschied ist im Vergleich zu den ersten 10 Jahren nach der Wiedervereinigung deutlich kleiner geworden, liegt aber aktuell immer noch bei 18 Prozentpunkten.

Abbildung 71: Stolz auf Grundgesetz



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Auf diesen Kärtchen finden Sie eine Reihe von Dingen, auf die man als Deutscher stolz sein kann. Wählen Sie bitte diejenigen DREI Dinge aus, auf die Sie am meisten stolz sind. Das Grundgesetz.“ Antwortmöglichkeiten: Ja (genannt), Nein (nicht genannt).

Abbildung 72: Stolz auf sozialstaatliche Leistungen

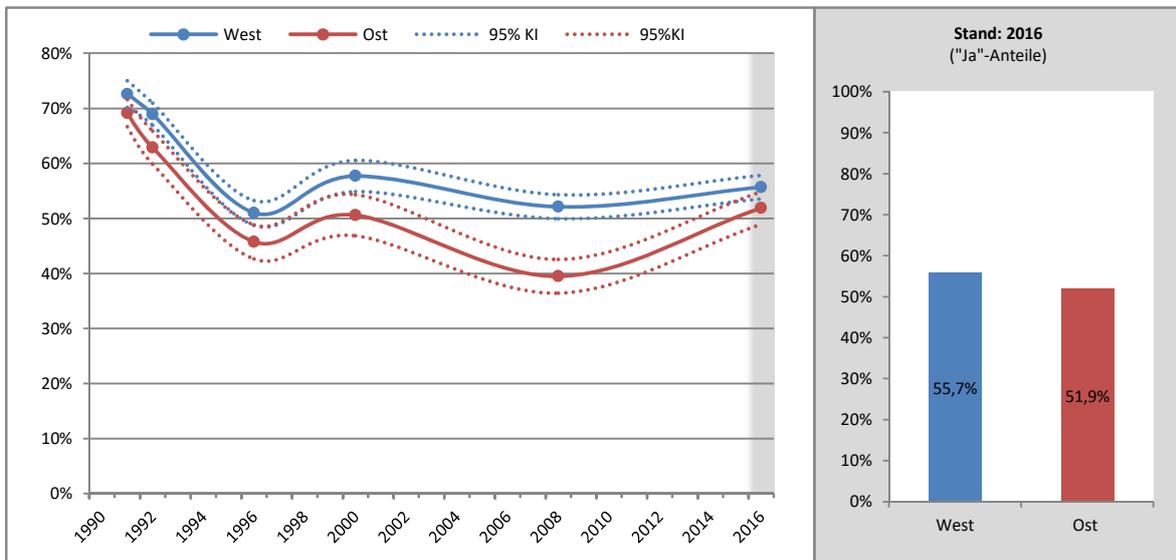


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Auf diesen Kärtchen finden Sie eine Reihe von Dingen, auf die man als Deutscher stolz sein kann. Wählen Sie bitte diejenigen DREI Dinge aus, auf die Sie am meisten stolz sind. Die sozialstaatlichen Leistungen.“ Antwortmöglichkeiten: Ja (genannt), Nein (nicht genannt).

Auf die wirtschaftlichen Erfolge in Deutschland sind die Menschen im Osten und im Westen mittlerweile gleichermaßen stolz (Abbildung 73). Die Anteile derjenigen, die auf den Wirtschaftserfolg stolz sind, sind in beiden Landesteilen seit der Wiedervereinigung zurückgegangen und haben sich nach etwas unterschiedlichen Verläufen in den 2000er Jahren nun weitgehend angeglichen. 56% der Befragten in Westdeutschland und 52% der Befragten in Ostdeutschland sind heute der Meinung, dass man auf den wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland stolz sein kann.

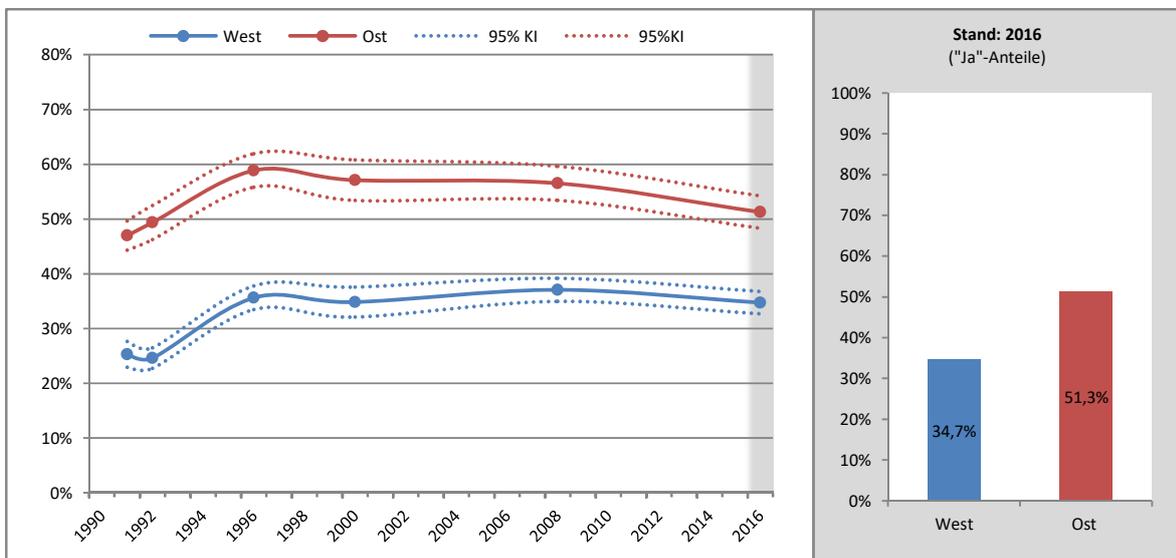
In Ostdeutschland werden deutlich häufiger der Stolz auf deutsche Kunst und Literatur (Abbildung 74), auf deutsche Sportler, sowie auf wissenschaftliche Leistungen (ohne Abbildungen) genannt. Im Zeitverlauf wählen zwischen 50% und 60% der Befragten in Ostdeutschland die Deutsche Kunst und Literatur unter die drei Dinge, auf die sie am meisten stolz sind (Abbildung 74). Die Werte liegen im Westen im gesamten Beobachtungszeitraum 15 bis 25 Prozentpunkte niedriger. Der Stolz auf deutsche Sportler wird heute von knapp 40% der Ostdeutschen empfunden, aber nur 22% der Befragten im Westen wählen deutsche Sportler unter die drei Dinge, auf die sie am meisten stolz sind.

Abbildung 73: Stolz auf wirtschaftliche Erfolge



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Auf diesen Kärtchen finden Sie eine Reihe von Dingen, auf die man als Deutscher stolz sein kann. Wählen Sie bitte diejenigen DREI Dinge aus, auf die Sie am meisten stolz sind. Die wirtschaftlichen Erfolge.“ Antwortmöglichkeiten: Ja (genannt), Nein (nicht genannt).

Abbildung 74: Stolz auf Deutsche Kunst und Literatur



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Auf diesen Kärtchen finden Sie eine Reihe von Dingen, auf die man als Deutscher stolz sein kann. Wählen Sie bitte diejenigen DREI Dinge aus, auf die Sie am meisten stolz sind. Die deutsche Kunst und Literatur.“ Antwortmöglichkeiten: Ja (genannt), Nein (nicht genannt).

3.4 Zuwanderung, Integration und Extremismus

In den vergangenen Jahren flohen weltweit sehr viele Menschen vor Krieg, Verfolgung und Armut. Hunderttausende haben in Deutschland Zuflucht gesucht.²⁶ Im Jahr 2015 war die Zuwanderung nach Deutschland so hoch wie nie zuvor.²⁷ Bundeskanzlerin Merkel gab sich entschlossen und rief der Bevölkerung Ende August 2015 ihr berühmtes „Wir schaffen das!“²⁸ zu. Der schnell anschwellende Strom der Flüchtlinge setzte auf der einen Seite große Hilfsanstrengungen auf ehrenamtlicher Ebene und in der öffentlichen Verwaltung frei. Viele Menschen warben angesichts der humanitären Katastrophe für eine offene Willkommenskultur in Deutschland. Bilder von helfenden Freiwilligen am Münchner Hauptbahnhof gingen um die Welt, aber auch von Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik in Dresden. Denn auf der anderen Seite stiegen mit den Flüchtlingszahlen auch die Ängste der Einheimischen vor Überfremdung und hohen Integrationskosten. Sorgen über überforderte Verwaltungs- und Infrastruktureinrichtungen bis hin zum Kollabieren des Gemeinwesens, Sicherheitsbedenken und Angst vor terroristischen Anschlägen breiteten sich aus. Das Thema Flüchtlinge und Integration ist seit 2015 das mit Abstand beherrschende Thema auf der politischen Agenda.²⁹

Der hohe Flüchtlingszustrom der Jahre 2014 und 2015 stellte für die Aufnahmegesellschaft in Deutschland eine große Herausforderung dar, allerdings ist eine derartige Zuwanderungswelle kein gänzlich neues Phänomen. Die Bundesrepublik Deutschland stellt de facto seit langem ein Einwanderungsland dar, auch wenn sie lange Zeit eine andere Selbstwahrnehmung hatte.³⁰ Heute leben in Deutschland 17,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind 21% der Gesamtbevölkerung.³¹ Etwas mehr als die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund

²⁶ Nach offiziellen Angaben kamen im Jahr 2015 circa 890.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Nach Schließung der Balkan-Route und dem Abschluss des EU-Türkei-Abkommens sank der Zustrom im Jahr 2016 auf circa 280.000 Flüchtlinge und damit auf ein ähnliches Niveau wie im Jahr 2014.
<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/01/asylantraege-2016.html>.

²⁷ Der Wanderungsüberschuss nach Deutschland betrug 1.139.000 Personen, Zuzüge: 2.137.000, Fortzüge: 998.000 Personen. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/07/PD16_246_12421.html.

²⁸ Angela Merkel am 31. August 2015 auf der Bundespressekonferenz in Berlin: "Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft - wir schaffen das!"

²⁹ Seit Anfang 2015 sehen die Deutschen (durchschnittlich über 50%) das Thema „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ als das mit Abstand wichtigste Problem in Deutschland an. Auf Platz zwei folgt mit großem Abstand mit 10-20% das Sorgenthema „Rente und Alterssicherung“. Vgl. http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/.

³⁰ Erst in jüngerer Zeit betitelten deutsche Spitzenpolitiker Deutschland als Einwanderungsland, etwa der damalige Bundespräsident Christian Wulff in einer Rede 2010 oder Bundeskanzlerin Angela Merkel am 01.06.2015 auf einer Veranstaltung in Berlin: „Wir sind im Grunde schon ein Einwanderungsland“, siehe unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/angela-merkel-sieht-deutschland-als-einwanderungsland-13623846.html#lesermeinungen>.

³¹ Vgl. http://www.bpb.de/wissen/NY3SWU,0,0,Bev%F6lkerung_mit_Migrationshintergrund_I.html

besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind die öffentliche Meinung gegenüber dem Zuzug von Flüchtlingen und Ausländern sowie besonders auch die langfristigen Einstellungen zu den bereits hier lebenden Ausländern und ihren Nachkommen von großem Interesse. Einstellungen gegenüber anderen Menschen entstehen nicht von heute auf morgen, sondern sind in den meisten Fällen tiefer in Individuen und Gesellschaften verwurzelt und können sogar über Generationen weitergegeben werden. In Abschnitt 3.4 wird untersucht, welche Meinungen die Deutschen mit ethnischen Minderheiten verbinden, welche Chancen und Risiken sie in Flüchtlingen und Ausländern für Deutschland sehen, sowie welche Einstellungen sie gegenüber Islam und Judentum haben.

3.4.1 Zuwanderung nach Deutschland

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung möchte die Zuwanderung nach Deutschland in irgendeiner Form begrenzt sehen (Tabelle 5). Der Zuzug von Einwanderungswilligen sollte jedenfalls nach Ansicht vieler Deutscher nicht uneingeschränkt möglich sein. Die Meinungen über den Zuzug variieren je nach Zuwandergruppe und unterscheiden sich zum Teil stark nach Ost- und Westdeutschland. Zuwanderern, die ohne Arbeit nach Deutschland kommen wollen, stehen die Befragten in Deutschland ablehnend gegenüber. Der Zuzug von Nicht-EU-Arbeitnehmern bzw. Nicht-EU-Arbeitskräften wird auf einer Antwortskala von 1 bis 3 (1 „Zuzug soll völlig unterbunden werden“ – 2 „Zuzug soll begrenzt werden“ – 3 „Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein“) im Mittel mit 1,9 bis 2,1 Punkten eher begrenzend bewertet (Tabelle 5). Den Zuzug von Arbeitnehmern aus der EU oder außerhalb der EU, von Aussiedlern aus Osteuropa, sowie den Familiennachzug von Migranten sehen die Deutschen deutlich wohlwollender.

Im Ost-West-Vergleich vertreten die Befragten ähnliche Ansichten, wenn es um den Zuzug von EU-Arbeitnehmern aus Osteuropa, Nicht-EU-Arbeitskräften/-Arbeitnehmern und Aussiedlern aus Osteuropa geht. Größere Meinungsunterschiede gibt es bei der Beurteilung des Zuzugs von Asylsuchenden und EU-Arbeitnehmern. Die größte Ost-West-Differenz von 0,24 Skalenpunkten besteht bei der Bewertung des Nachzugs von Ehepartnern und Kindern von Migranten, wenngleich beide Befragungsgruppen in Ost und West den Familiennachzug insgesamt positiv sehen (Tabelle 5).

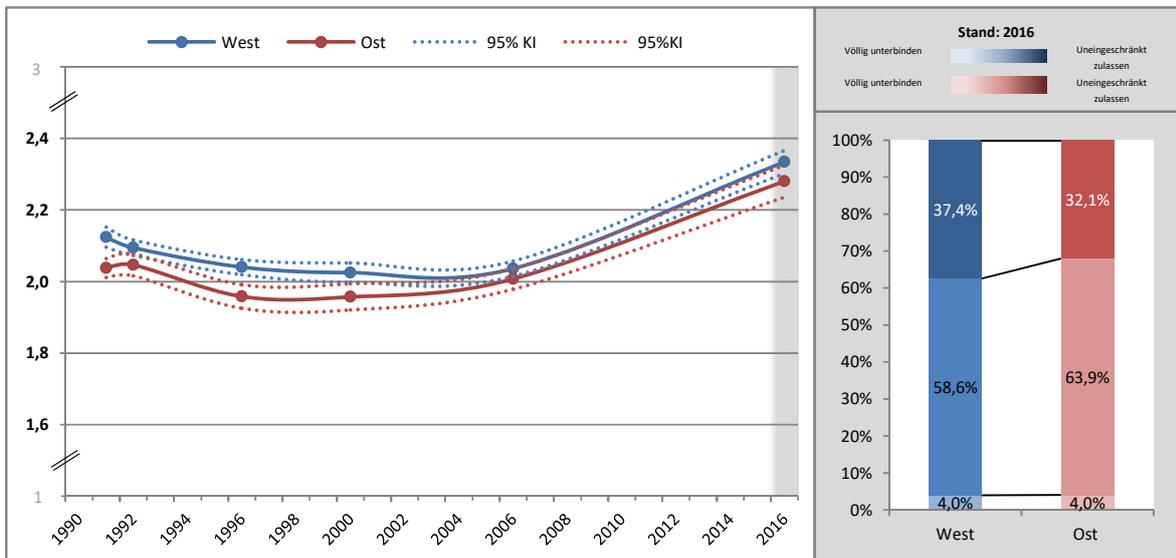
Tabelle 5: Zuzug von bestimmten Gruppen aus dem Ausland

Zuzug von ...	West	Ost	Ost-West-Differenz
soll „unterbunden“ (1) bzw. „begrenzt“ (2) werden			
oder „uneingeschränkt möglich sein“ (3).			
EU-Arbeitnehmern aus Osteuropa	2,14	2,10	-0,04
Nicht-EU-Arbeitskräften	1,96	1,91	-0,05 *
Aussiedlern aus Osteuropa	2,33	2,28	-0,05 *
Nicht-EU-Arbeitnehmern	2,08	2,01	-0,07 **
Asylsuchenden	2,18	2,09	-0,09 ***
EU-Arbeitnehmern	2,47	2,35	-0,12 ***
Arbeitnehmern anderer EU-Staaten	2,34	2,21	-0,13 ***
Ehepartnern, Kindern von Migranten	2,42	2,18	-0,24 ***

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist es mit den Nicht-EU-Arbeitskräften, Aussiedlern aus Osteuropa, EU-Arbeitnehmern aus Osteuropa, Asylsuchenden, EU-Arbeitnehmern, Nicht-EU-Arbeitnehmern, Arbeitnehmern anderer EU-Staaten, Ehepartnern, Kindern von Migranten?“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Der Zuzug soll völlig UNTERBUNDEN werden (1), Der Zuzug soll BEGRENZT werden (2) und Der Zuzug soll UNEINGESCHRÄNKT möglich sein (3). Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

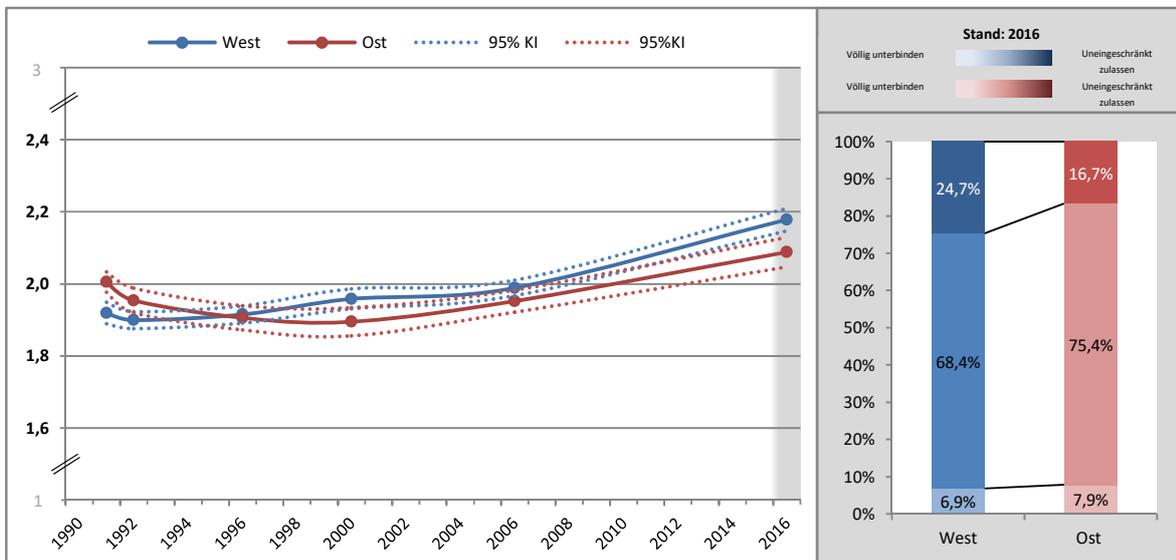
Im Zeitverlauf liegen Daten über die Bewertung des Zuzugs von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, Asylsuchenden, EU-Arbeitnehmern und Nicht-EU-Arbeitnehmern seit der Wiedervereinigung vor. Die deutsche Gesellschaft zeigte sich mit der Zeit gegenüber allen vier Zuzugsgruppen offener. Im Ost-West-Vergleich entwickelte sich die Beurteilung des Zuzugs von Spätaussiedlern in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich (Abbildung 75). Bei Asylsuchenden plädieren die Ostdeutschen im Jahr 2016 leicht für striktere Zuzugsregelungen als Westdeutsche. Hier entwickeln sich die Meinungen zwischen Ost und West von 2006 auf 2016 minimal auseinander (Abbildung 76). 2016 sagt jeder vierte Westdeutsche, man solle den Zuzug von Asylsuchenden uneingeschränkt zulassen, im Osten stimmten rund 17% dieser Aussage zu. Dagegen konvergieren die Meinungen zwischen Ost- und Westdeutschen seit der Wiedervereinigung langsam über die Zeit, wenn nach dem Zuzug von Arbeitnehmern aus der EU gefragt wird (Abbildung 77). Mitte der 1990er Jahre betrug der Unterschied zwischen Ost und West über 0,4 Skalenpunkte; 2016 nur noch 0,1. Auch die Meinungen in Ost und West zum Zuzug von Arbeitnehmern von außerhalb der EU näherten sich über die Zeit auf insgesamt niedrigerem Niveau als bei EU-Arbeitnehmern an (ohne Abbildung).

Abbildung 75: Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa



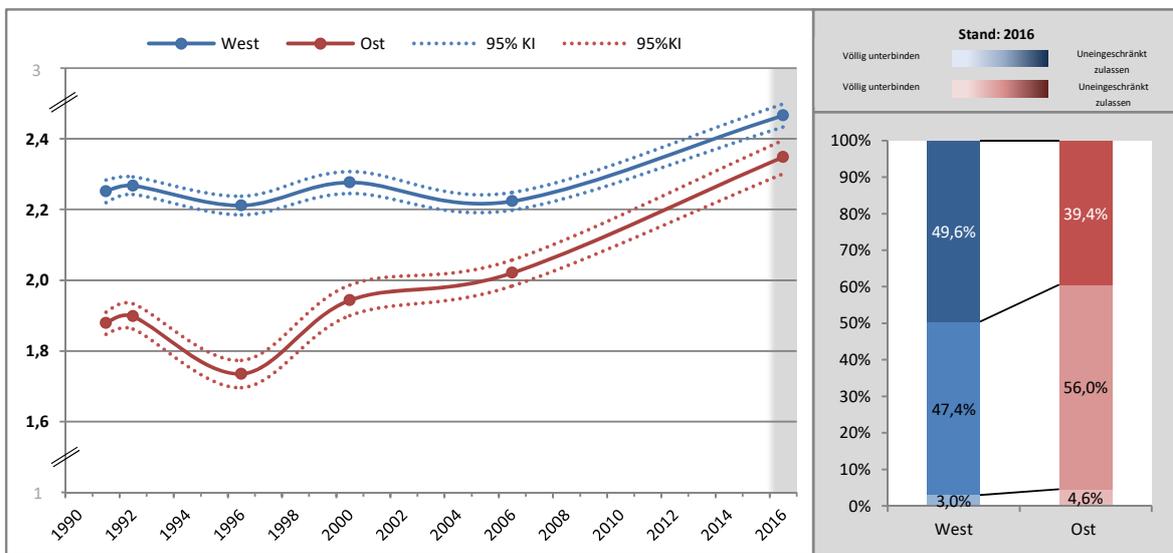
Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist Ihre Einstellung dazu? Wie ist es mit den deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa?“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Der Zuzug soll völlig UNTERBUNDEN werden (1), Der Zuzug soll BEGRENZT werden (2) und Der Zuzug soll UNEINGESCHRÄNKT möglich sein (3).

Abbildung 76: Zuzug von Asylsuchenden



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist Ihre Einstellung dazu? Und mit den Asylsuchenden?“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Der Zuzug soll völlig UNTERBUNDEN werden (1), Der Zuzug soll BEGRENZT werden (2) und Der Zuzug soll UNEINGESCHRÄNKT möglich sein (3).

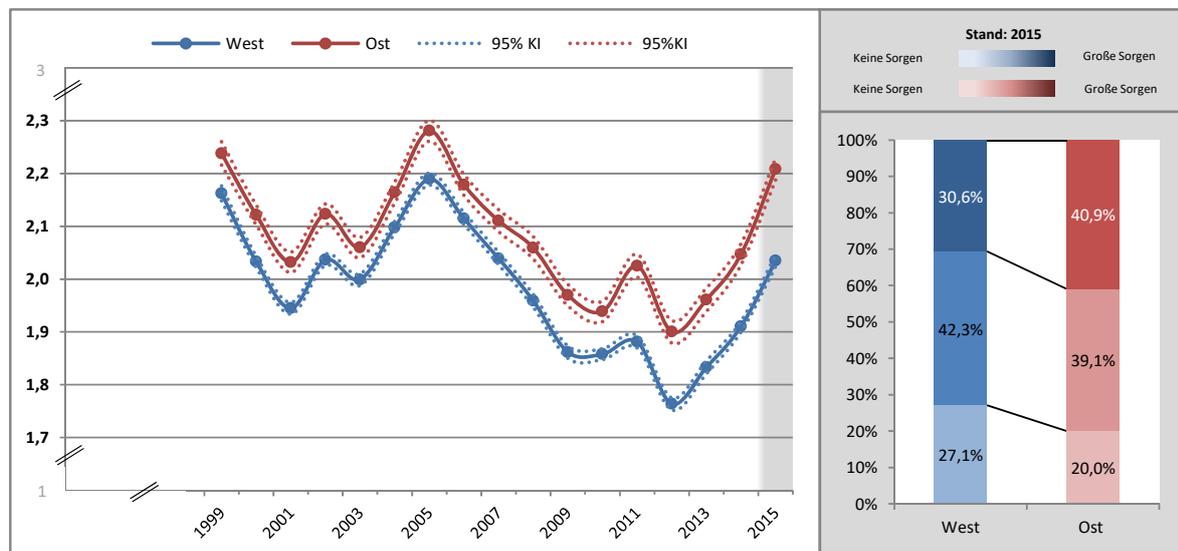
Abbildung 77: Zuzug von EU-Arbeitnehmern



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist Ihre Einstellung dazu? Und mit Arbeitnehmern aus der EU?“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Der Zuzug soll völlig UNTERBUNDEN werden (1), Der Zuzug soll BEGRENZT werden (2) und Der Zuzug soll UNEINGESCHRÄNKT möglich sein (3).

Werden die Menschen ganz allgemein danach gefragt, ob sie sich über die Zuwanderung nach Deutschland Sorgen machen, antworten diese über die Zeit bis 2012 tendenziell weniger häufig bejahend. Ab 2012 steigen die Sorgen aber wieder deutlich an und erreichen fast das Niveau von 2005. Über den gesamten Beobachtungszeitraum blicken die Ostdeutschen mit gleichbleibendem Abstand etwas sorgenvoller auf die Zuwanderung nach Deutschland als die Westdeutschen (Abbildung 78).

Abbildung 78: Sorgen über Zuwanderung



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten machen Sie sich da Sorgen? Über die Zuwanderung nach Deutschland.“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Keine Sorgen (1), Einige Sorgen (2) und Große Sorgen (3).

3.4.2 Flüchtlinge in Deutschland

3.4.2.1 Aufnahme und Integration

Bei der Beurteilung der Gründe für eine Einwanderung sind die Deutschen bei Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten milder eingestellt als bei Flüchtlingen, die wegen der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen wollen (Tabelle 6). Für letztere haben die Menschen in Deutschland eindeutig weniger Verständnis. Im Ost-West-Vergleich neigen die Ostdeutschen bei allen drei Flüchtlingsgruppen (Kriegsflüchtlinge, politisch Verfolgte und Wirtschaftsflüchtlinge) stärker zu Begrenzung und Unterbindung der Flüchtlingsmigration als Westdeutsche. Im Einzelnen bejahen circa 45% der Westdeutschen einen uneingeschränkten Zuzug von Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten nach Deutschland, während dies in Ostdeutschland nur knapp ein Drittel begrüßt. Rund 3-6% der Westdeutschen und rund doppelt so viele der Ostdeutschen (6-10%) lehnen einen Zuzug der ersten beiden Gruppen komplett ab. Bei den Wirtschaftsflüchtlingen ist die Ost-West-Differenz noch größer. Ihren Zuzug möchten 33% der Westdeutschen und sogar 43% der Ostdeutschen ganz unterbinden.

Tabelle 6: Beurteilung des Zuzugs von Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen

		West	Ost	Ost-West-Differenz
		%		Prozentpunkte
Zuzug von Kriegsflüchtlingen	völlig unterbinden	2,7	5,9	3,2 ***
	begrenzen	52,6	62,7	10,1 ***
	uneingeschränkt zulassen	44,8	31,4	-13,3 ***
Zuzug von politisch Verfolgten	völlig unterbinden	5,8	10,4	4,7 ***
	begrenzen	50,5	59,1	8,6 ***
	uneingeschränkt zulassen	43,8	30,5	-13,2 ***
Zuzug von Flüchtlingen wegen wirtschaftlicher Not	völlig unterbinden	32,9	43,1	10,1 ***
	begrenzen	59,0	51,3	-7,7 ***
	uneingeschränkt zulassen	8,0	5,6	-2,4 *

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist Ihre Einstellung dazu? Wie ist es mit Flüchtlingen aus Ländern, in denen Krieg herrscht?/Und mit Flüchtlingen, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden?/Und mit Flüchtlingen, die wegen der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen?“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Der Zuzug soll völlig UNTERBUNDEN werden (1), Der Zuzug soll BEGRENZT werden (2) und Der Zuzug soll UNEINGESCHRÄNKT möglich sein (3). Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Die allgemeine Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen in Deutschland ist hoch. Über drei Viertel der Deutschen sind der Auffassung, dass Deutschland Flüchtlingen helfen sollte (Tabelle 7). Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, dass die Ablehnung im Osten höher ist. 24% lehnen eine Hilfsbereitschaft eher ab, im Westen nur 11% (Antwortmöglichkeiten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“).

Tabelle 7: Deutschland sollte Flüchtlingen helfen

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Stimme überhaupt nicht zu	2,9	8,3	5,4 ***
Stimme eher nicht zu	8,5	15,7	7,2 ***
Stimme eher zu	55,3	51,8	-3,4
Stimme voll und ganz zu	33,3	24,2	-9,1 ***

Anmerkungen: EUROBAROMETER 85.2, 2016-05: „To what extent do you agree or disagree with each of the following statements? (OUR COUNTRY) should help refugees.“ Antwortmöglichkeiten 1-4: siehe Tabelle. Im Eurobarometer kann nicht zwischen West- und Ost-Berlin differenziert werden. Es werden alle Daten aus Berlin der Region „Ost“ zugeteilt. Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Gleichzeitig finden auch 46% der Ostdeutschen, dass Deutschland zu viele Flüchtlinge aufnimmt, im Westen nur 32% (Tabelle 8). Im Jahr 2015 glauben zudem nur 43% der Menschen in Ostdeutschland, dass das Land die Flüchtlingszahlen verkraften kann, während dies im Westen 56% denken (Tabelle 9). Zu Beginn des Jahres 2016 – nach den Vorfällen der Kölner-Silvesternacht – brach die Zustimmung ein und nur noch 37% der Deutschen waren der Auffassung, dass Deutschland die Flüchtlinge verkraften kann (Stand Jan. 2016). Anfang Januar 2017 glaubte wieder eine Mehrheit von 57% daran.³²

Ebenfalls nicht derselben Meinung sind Ost- und Westdeutsche, wenn es um die Frage des Eingliederungswillens der Flüchtlinge geht: gut die Hälfte der Westdeutschen (51%) glaubt, dass sich die meisten Flüchtlinge bei uns integrieren wollen, im Osten sind 42% der Befragten dieser Meinung (Tabelle 10). Mehrheitlich skeptisch sehen die Deutschen die Aussichten, ob die Eingliederung im Großen und Ganzen funktionieren wird. Außerdem klafft hier eine große Ost-West-Lücke: 47% der Westdeutschen, aber nur 32% der Ostdeutschen sind zuversichtlich, dass die Eingliederung der Flüchtlinge gelingen wird (Tabelle 11).

³² Aktuellere Werte vom Politbarometer 2016 und 2017 werden nicht getrennt nach Ost und West ausgewiesen. Von bestehenden Ost-West-Unterschieden kann vermutlich weiterhin ausgegangen werden. Vgl. <http://www.heute.de/politbarometer-vom-13.-januar-2017-mehrheit-fluechtlinge-fuer-verkraftbar-46316294.html>

Tabelle 8: Anzahl aufzunehmender Flüchtlinge

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Zu wenige	21,2	14,4	-6,8 ***
Gerade richtig	46,5	40,0	-6,5 ***
Zu viele	32,4	45,6	13,3 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Zurzeit kommen viele Flüchtlinge aus Krisengebieten nach Deutschland. Was meinen Sie, nimmt Deutschland da zu viele Flüchtlinge auf, zu wenige oder ist das so gerade richtig?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 9: Kann Deutschland den Zuzug der Flüchtlinge verkraften?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Ja	55,7	43,0	-12,7 ***
Nein	44,3	57,0	12,7 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Zurzeit kommen viele Flüchtlinge aus Krisengebieten zu uns. Was meinen sie, kann Deutschland das verkraften, oder kann Deutschland das nicht verkraften?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 10: Eingliederungswille der Flüchtlinge?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Glaube ich nicht	49,4	58,2	8,8 ***
Glaube ich schon	50,6	41,8	-8,8 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Glauben Sie, dass sich die meisten Flüchtlinge bei uns eingliedern wollen oder glauben Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 11: Einschätzung zum Gelingen der Eingliederung von Flüchtlingen

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Wird nicht gelingen	53,5	68,4	14,9 ***
Wird gelingen	46,5	31,7	-14,9 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Was meinen Sie, wird es im Großen und Ganzen gelingen, die Flüchtlinge bei uns einzugliedern, oder wird das nicht gelingen?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Staatliche Maßnahmen zur Arbeitsintegration von Flüchtlingen beurteilen sowohl Ost- als auch Westdeutsche besonders positiv mit 79% bzw. 87% (Tabelle 12). Allerdings kostet die Integration von Flüchtlingen und ihren Familien den deutschen Staat auch Geld. Hier zeigen sich die Deutschen mehrheitlich zwar einverstanden mit der Höhe der bereitgestellten Finanzmitteln für die Flüchtlingsintegration, jedoch halten auch 35% der Ostdeutschen diese für zu hoch. Im Westen sind nur 22% der Befragten dieser Auffassung (Tabelle 13).

Tabelle 12: Maßnahmen zur Arbeitsintegration von Flüchtlingen

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Finde das nicht gut	13,0	21,5	8,5 ***
Finde das gut	87,1	78,5	-8,5 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Des Weiteren soll durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden, dass Flüchtlinge leichter in Arbeit kommen können. Finden Sie das gut oder nicht gut?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Mit dem Vorschlag, den Flüchtlingen statt Geldleistungen Sachleistungen zur Verfügung zu stellen, sympathisieren fast gleichermaßen knapp 80% der Bevölkerung in Ost und West (Tabelle 14). Insgesamt empfindet gut jeder fünfte Befragte im Westen und jeder dritte Befragte im Osten, dass für Flüchtlinge und Asylsuchende „zu viel getan“ wird (Tabelle 15).

Tabelle 13: Beurteilung der Höhe der bereitgestellten Finanzmittel im Zuge der Flüchtlingswanderung

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Zu wenig	28,4	25,2	-3,3
Genau richtig	49,5	39,7	-9,8 ***
Zu viel	22,1	35,2	13,1 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Am Sonntag hat die Bundesregierung beschlossen, für das kommende Jahr zusätzlich 6 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Deutschland bereitzustellen. Finden Sie das zu viel, zu wenig, oder ist das so gerade richtig?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 14: Einstellungen zu Sachleistungen statt Geldleistungen für Flüchtlinge

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Vorschlag nicht gut	20,8	19,3	-1,5
Vorschlag gut	79,2	80,8	1,5

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Außerdem hat die Bundesregierung beschlossen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in Erstaufnahme-Einrichtungen anstelle von Geldleistungen so weit wie möglich Sachleistungen bekommen sollen. Finden Sie das gut oder nicht gut?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 15: Wird für Flüchtlinge zu viel getan?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Zu wenig	21,1	17,7	-3,4 *
Genau richtig	56,7	48,2	-8,4 ***
Zu viel	22,2	34,1	11,8 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Was meinen Sie ganz allgemein: Wird für Flüchtlinge und Asylsuchende bei uns in Deutschland zu viel getan, zu wenig getan, oder ist das so gerade richtig?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Einstellungen zu den Integrationsmaßnahmen verwundert es nicht, dass die Flüchtlingspolitik auf Kritik stößt, vor allem in Ostdeutschland. 50% der Westdeutschen bewerten die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin „eher gut“ (Tabelle 16). In den neuen Bundesländern finden das nur 42%. Die Werte der Bundeskanzlerin bei der Flüchtlingspolitik sind im Vergleich zu der Bewertung ihrer allgemeinen Arbeit besonders schlecht, da ihre allgemeine Politkarbeit von rund 80% als eher gut eingeschätzt wird (Politbarometer 2015,

ohne Tabelle). Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise wird insgesamt sehr kritisch gesehen. Nur 19% der Westdeutschen und 15% der Ostdeutschen denken, dass die Zusammenarbeit gut funktioniert (Tabelle 17). In Berlin, Sachsen und Brandenburg sind die Werte besonders gering (jeweils unter 10%).

Tabelle 16: Bewertung der Arbeit von Merkel in der Flüchtlingswelle

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Eher schlecht	50,3	58,8	8,5 ***
Eher gut	49,7	41,2	-8,5 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Und wenn es speziell um die Politik im Bereich Flüchtlinge und Asyl geht: Macht Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Arbeit im Bereich Flüchtlinge und Asyl eher gut oder eher schlecht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 17: Bewertung Zusammenarbeit Bund und Länder bei der Flüchtlingskrise

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Funktioniert eher schlecht	81,0	85,5	4,5 ***
Funktioniert eher gut	19,0	14,5	-4,5 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Was meinen Sie, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern und Gemeinden in der Flüchtlingskrise eher gut oder eher schlecht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

3.4.2.2 Chancen und Risiken

Allgemein gefragt, gleichen sich in den Augen der Hälfte der West- und Ostdeutschen die Vor- und Nachteile, die Flüchtlinge für Deutschland langfristig mit sich bringen, aus (Tabelle 18). In Westdeutschland wird zudem häufiger als in Ostdeutschland die Meinung vertreten, dass Flüchtlinge insgesamt eher Vorteile für Deutschland bringen. In Ostdeutschland liegt umgekehrt mit 34% der Anteil, der in den ankommenden Flüchtlingen eher einen Nachteil für Deutschland sieht, 5 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland.

Tabelle 18: Bringen Flüchtlinge eher Nachteile oder Vorteile?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Eher Nachteile	29,2	34,2	5,0 **
Vor- und Nachteile gleichen sich aus	48,2	50,0	1,8
Eher Vorteile	22,6	15,8	-6,8 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Und glauben Sie, dass die vielen Flüchtlinge, die aus Krisengebieten zu uns kommen und bleiben, Deutschland langfristig gesehen eher Vorteile bringen, eher Nachteile bringen oder dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Konkret nach Chancen und Risiken gefragt, zeigen sich viele Deutsche besorgt darüber, welche Konsequenzen die nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge für die gesellschaftliche Entwicklung in Zukunft bedeuten könnten. Die Flüchtlinge werden für den Sozialstaat und die öffentliche Sicherheit in beiden Landesteilen mehrheitlich mit über 64% bis zu 76% als Risiko eingestuft, und nur vereinzelt als Chance begriffen (Tabelle 19). Für das Zusammenleben in der Gesellschaft stellen die Flüchtlinge laut vieler Befragter ebenfalls ein Risiko dar, doch kann sich auch fast ein Viertel der Befragten in Westdeutschland und fast ein Fünftel in Ostdeutschland eine Bereicherung für das Zusammenleben vorstellen. Für die deutsche Wirtschaft können durch die Flüchtlinge in den Augen eines Viertels der Bevölkerung Chancen entstehen. Die Menschen in Ostdeutschland sind bei allen Fragen durchweg skeptischer eingestellt. Beispielsweise sehen 54% unter ihnen eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Flüchtlinge, im Gegensatz zu 45% in Westdeutschland (Tabelle 19).

Tabelle 19: Flüchtlinge: Risiko oder Chance in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen

		West	Ost	Ost-West-Differenz
		%		Prozentpunkte
Sozialstaat	mehr Risiken	64,3	66,8	2,5
	weder noch	23,8	23,1	-0,7
	mehr Chancen	11,8	10,1	-1,7
Sicherheit	mehr Risiken	68,1	75,6	7,5 ***
	weder noch	29,6	21,5	-8,1 ***
	mehr Chancen	2,2	2,9	0,6
Zusammenleben	mehr Risiken	44,8	53,9	9,1 ***
	weder noch	30,8	27,8	-3,0 *
	mehr Chancen	24,4	18,3	-6,1 ***
Wirtschaft	mehr Risiken	40,0	42,0	2,0
	weder noch	32,3	33,5	1,2
	mehr Chancen	27,8	24,5	-3,2 **

Anmerkungen: ALLBUS 2016 mp16, mp17, mp18, mp19. „Wenn Sie an die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland in den nächsten Jahren denken: Ergeben sich da Ihrer Meinung nach in den folgenden Bereichen wegen der Flüchtlinge mehr Chancen, mehr Risiken oder weder noch? In Bezug auf den Sozialstaat/In Bezug auf die öffentliche Sicherheit/In Bezug auf das Zusammenleben in der Gesellschaft/In Bezug auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland.“ Antwortmöglichkeiten: mehr Risiken (kodiert aus „deutlich mehr Risiken“ und „eher mehr Risiken“) (1), weder noch (2), mehr Chancen (kodiert aus „eher Chancen“ und „deutlich mehr Chancen“) (3). Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Politbarometer-Umfragen aus 2015 kommen zu ähnlichen Ergebnissen: So fürchten 63% der Westdeutschen und 74% der Ostdeutschen, dass die Kriminalität durch die vielen nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge zunehmen wird (Tabelle 20). Dass unsere kulturellen und gesellschaftlichen Werte durch die Flüchtlinge bedroht werden, meinen 41% der Befragten aus den neuen Bundesländern und 34% in den alten Bundesländern. Das heißt auch umgekehrt, dass rund zwei Drittel der Deutschen keine Gefährdungen sehen (Tabelle 21). Allerdings wird die Flüchtlingszuwanderung von einer deutlichen Mehrheit der Deutschen auch als Bedrohung für den Zusammenhalt in der Europäischen Union gesehen. Der Anteil der Befragten, die den Zusammenhalt in der EU stark und sehr stark gefährdet sehen, liegt im Osten bei 72% und im Westen bei 65,5% (Tabelle 22).

Tabelle 20: Mehr Kriminalität wegen Flüchtlingen erwartet?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Befürchte ich nicht	37,3	25,7	-11,6 ***
Kriminalität wird zunehmen	62,7	74,3	11,6 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Und befürchten Sie, dass durch die Flüchtlinge die Kriminalität bei uns zunehmen wird, oder befürchten Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 21: Bedrohen Flüchtlinge unsere gesellschaftlichen Werte?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Meine ich nicht	65,9	59,1	-6,8 **
Stellen Bedrohung dar	34,1	40,9	6,8 **

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Meinen Sie, dass die Flüchtlinge für die gesellschaftlichen und kulturellen Werte in Deutschland eine Bedrohung darstellen, oder meinen Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 22: Gefährdet Flüchtlingskrise den Zusammenhalt in der EU?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Überhaupt nicht	5,1	3,9	-1,2 **
Nicht so stark	29,4	24,1	-5,4 ***
Stark	46,7	49,1	2,4 *
Sehr stark	18,8	22,9	4,1 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Und was meinen Sie ganz allgemein: Gefährdet die Flüchtlingskrise den Zusammenhalt in der Europäischen Union sehr stark, stark, nicht so stark, oder überhaupt nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Große Befürchtungen herrschen vor, wenn die Befragten an eigene Einbußen durch die Flüchtlingszuwanderung denken: So fürchten rund drei von vier Deutschen, dass es wegen der Ausgaben für die Flüchtlinge zu Einsparungen in anderen Bereichen kommt, 75% im Westen und 78% im Osten (Tabelle 23). Eine Chance in der Flüchtlingszuwanderung sehen die Deutschen bei der Behebung des Fachkräftemangels. In diesem Punkt herrscht allgemein größerer Optimismus unter den Befragten. In den alten Bundesländern trauen 69% und in den neuen Bundesländern 53%

II. Politische Sphäre

der Befragten den Flüchtlingen einen entlastenden Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels zu (Tabelle 24).

Tabelle 23: Ausgaben für Flüchtlinge zu Lasten anderer Bereiche

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Befürchte ich nicht	24,8	22,1	-2,7 *
Befürchte ich schon	75,2	77,9	2,7 *

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Befürchten Sie, dass es durch die Ausgaben für die Flüchtlinge bei uns in anderen Bereichen zu Einsparungen kommt, oder befürchten Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 24: Können Flüchtlinge den Fachkräftemangel beheben?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Können sie nicht	30,8	47,1	16,4 ***
Können einen Beitrag leisten	69,2	52,9	-16,4 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „In Deutschland gibt es in vielen Bereichen einen Fachkräftemangel. Was meinen Sie, können die Flüchtlinge einen wichtigen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten, oder können sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

3.4.3 Ausländer in Deutschland

Nach den Einstellungen der Deutschen im Zuge der Flüchtlingszuwanderung der vergangenen Jahre steht im Folgenden das Bild der Deutschen über die, zum Teil seit langem, in Deutschland lebenden Ausländer im Fokus.

3.4.3.1 Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der hier lebenden Ausländer für das Land werden insgesamt im Mittel neutral (Antwort: ausgeglichen) bewertet (Tabelle 25). Im Ost-West-Vergleich sind die Unterschiede sehr bedeutsam und größer als bei den Flüchtlingen: Während bei den Westdeutschen der Anteil, der Ausländer als Nachteil wahrnimmt, bei 14% liegt, ist dieser im Osten fast doppelt so hoch. Bei den Befragten aus Ostdeutschland beurteilen 21% Ausländer als Vorteil für Deutschland, im Westen sind es ganze 32%

Tabelle 25: Ausländer in Deutschland: Vor- oder Nachteil?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Eher Nachteile	14,3	26,2	11,9 ***
Vor- und Nachteile gleichen sich aus	53,2	53,3	0,1 ***
Eher Vorteile	32,4	20,5	-12,0 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Wenn Sie einmal an die in Deutschland lebenden Ausländer denken: Bringen die - alles in allem gesehen - für Deutschland eher Vorteile, eher Nachteile oder gleichen sich Vor- und Nachteile aus?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Gefragt danach, ob durch die Anwesenheit der Ausländer in Deutschland der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht (

Tabelle 26), äußern die Menschen in Ost- und Westdeutschland im Jahr 2016 keine großen Bedenken. Auf einer Antwortskala von 1 bis 7 („Stimme überhaupt nicht zu“ bis „Stimme voll und ganz zu“) liegt der Mittelwert in Westdeutschland bei 2,8 und in Ostdeutschland bei 3,4, d.h. die Deutschen sehen eher keine große Gefährdung des Zusammenhalts im Land. Vielmehr gehen sie davon aus, dass Deutschland durch die Ausländer toleranter und weltoffener wird (Westen: 4,4; Osten 3,9). Die Befragten zeigen sich auch nicht eindeutig darüber besorgt, dass die vielen ausländischen Kinder in der Schule eine gute Ausbildung der deutschen Kinder verhindern könnten. Der Aussage, dass die Ausländer in Deutschland dazu beitragen können, den Fachkräftemangel zu beheben, stimmen die Deutschen im Allgemeinen eher zu. Bei allen vier Fragen schätzen die Befragten in Ostdeutschland im Vergleich zu denjenigen in Westdeutschland die Lage skeptischer ein. Die Ost-West-Differenz liegt zwischen 0,3-0,6 Skalenpunkten.

Tabelle 26: Chancen und Risiken der in Deutschland lebenden Ausländer

Durch Ausländer ...	West	Ost	Ost-West-Differenz
Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll und ganz zu (7)			
geht Zusammenhalt verloren	2,82	3,38	0,56 ***
wird Deutschland toleranter	4,42	3,90	-0,51 ***
sinkt das Niveau an Schulen	3,24	3,50	0,26 ***
weniger Fachkräftemangel	4,11	3,54	-0,58 ***

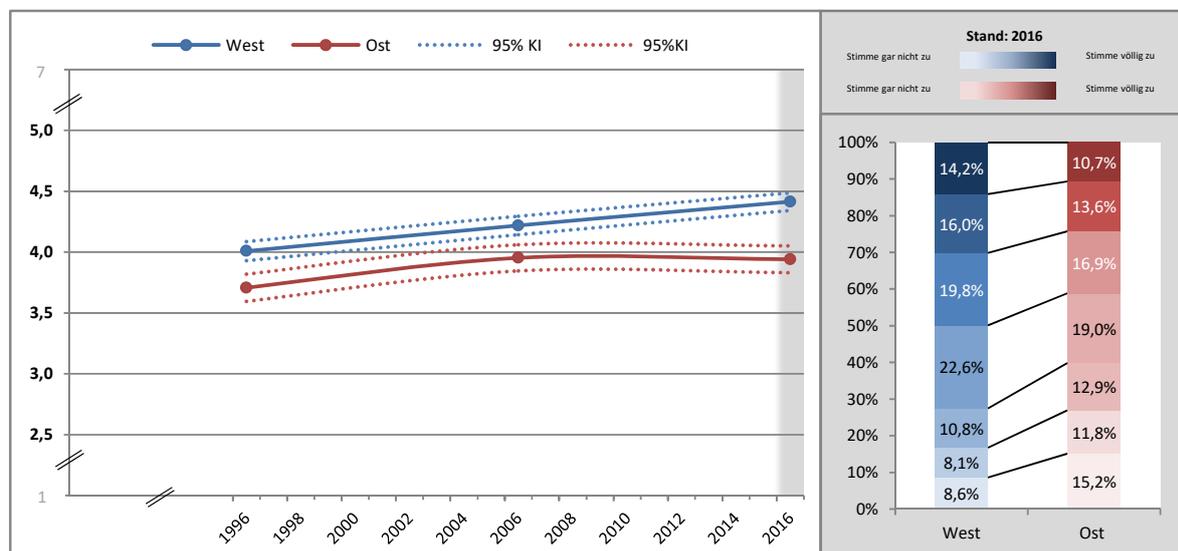
Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Die Anwesenheit der Ausländer in Deutschland führt dazu, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht/Durch ihre Anwesenheit wird Deutschland toleranter und weltoffener/Die vielen ausländischen Kinder in der Schule verhindern eine gute Ausbildung der deutschen Kinder/Die Ausländer in Deutschland tragen dazu bei, den Fachkräftemangel zu beheben.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7). Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

II. Politische Sphäre

Bei den Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern ist besonders ein Blick auf ihre Entwicklung über die vergangenen 20 Jahre interessant. In den nachstehenden Abbildungen sind verschiedene Fragen zu den Konsequenzen der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland im Zeitverlauf 1996 – 2006 – 2016 dargestellt. Die Befragten konnten ihre Antworten wiederum auf einer Skala von (1) „Stimme überhaupt nicht zu“ bis (7) „Stimme voll und ganz zu“ äußern. In Abbildung 79 ist zu erkennen, dass Westdeutsche die Ausländer in Deutschland heute als bereichernder für die Kultur wahrnehmen als noch im Jahr 1996. Diese Entwicklung ist in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt, seit 2006 stagnieren dort die Zustimmungswerte. Dies führte dazu, dass der Unterschied zwischen Ost und West in der Einstellung zu dieser Frage im Zeitverlauf größer geworden ist.

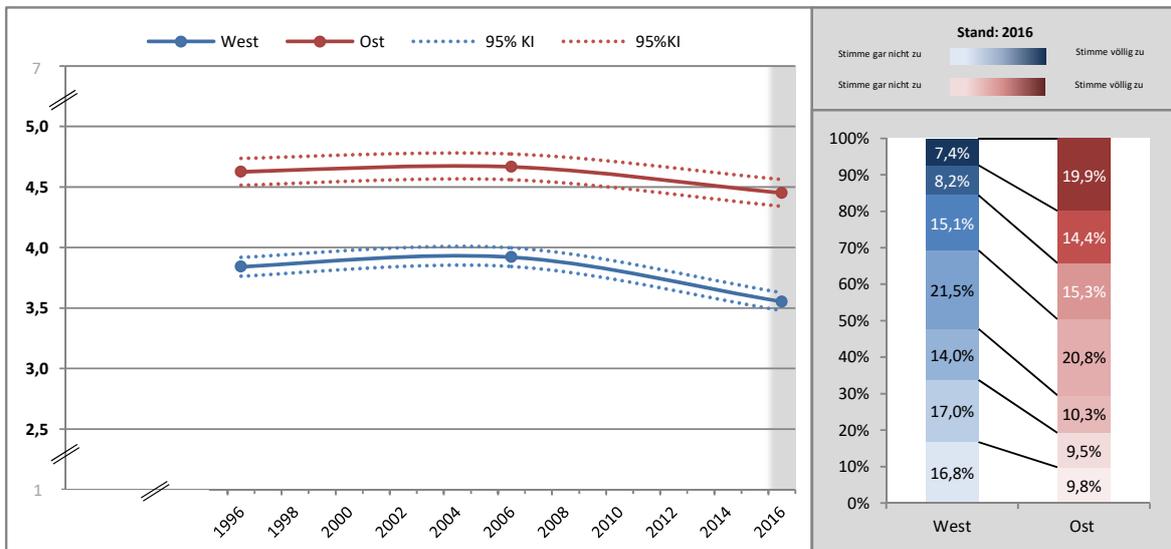
Bei der Bewertung weiterer Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer sind die Befragten in Ost- und Westdeutschland ebenfalls und zum Teil in noch ausgeprägterem Maße unterschiedlicher Meinung. In Ostdeutschland herrschen weit größere Befürchtungen darüber vor, dass die in Deutschland lebenden Ausländer das soziale Netz belasten (Abbildung 80). Zwischen Ost- und Westdeutschen besteht konstant ein großer Unterschied von bis zu einem Skalenpunkt. Die Befürchtungen sind in beiden Landesteilen in den letzten 20 Jahren nur geringfügig kleiner geworden. Die absoluten Zustimmungswerte liegen in Ostdeutschland über der neutralen Antwortmöglichkeit (Mittelwert von 4), im Westen leicht darunter.

Abbildung 79: Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie ist es mit den folgenden Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer? Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen. Sie sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

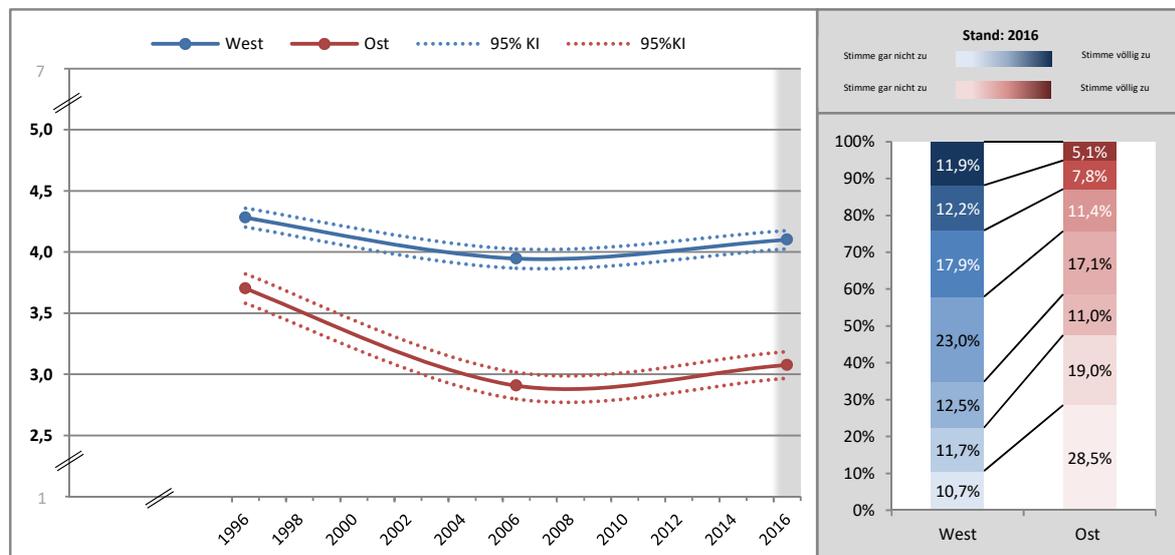
Abbildung 80: Ausländer belasten das soziale Netz



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie ist es mit den folgenden Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer? Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen. Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Zugleich stützen die Ausländer nach Ansicht einiger Deutscher auch die Finanzierung der Rentenversicherung (Abbildung 81). Der leichte Optimismus darüber ist allerdings von 1996 bis 2006 in beiden Landesteilen gesunken, im Osten etwas stärker. Seitdem stagnieren die Werte in beiden Landesteilen. Im Ergebnis entwickelte sich die Vorstellung, dass Ausländer die Rentenversicherung stützen, über die letzten 20 Jahre damit zwischen Ost und West auseinander. 2016 betrug der Ost-West-Abstand bei dieser Frage einen Skalenpunkt. Am unteren Ende stimmten 29% in Ostdeutschland und 11% in Westdeutschland der Aussage, Ausländer tragen zur Sicherung der Rente bei, überhaupt nicht zu.

Abbildung 81: Ausländer stützen die Rentenversicherung

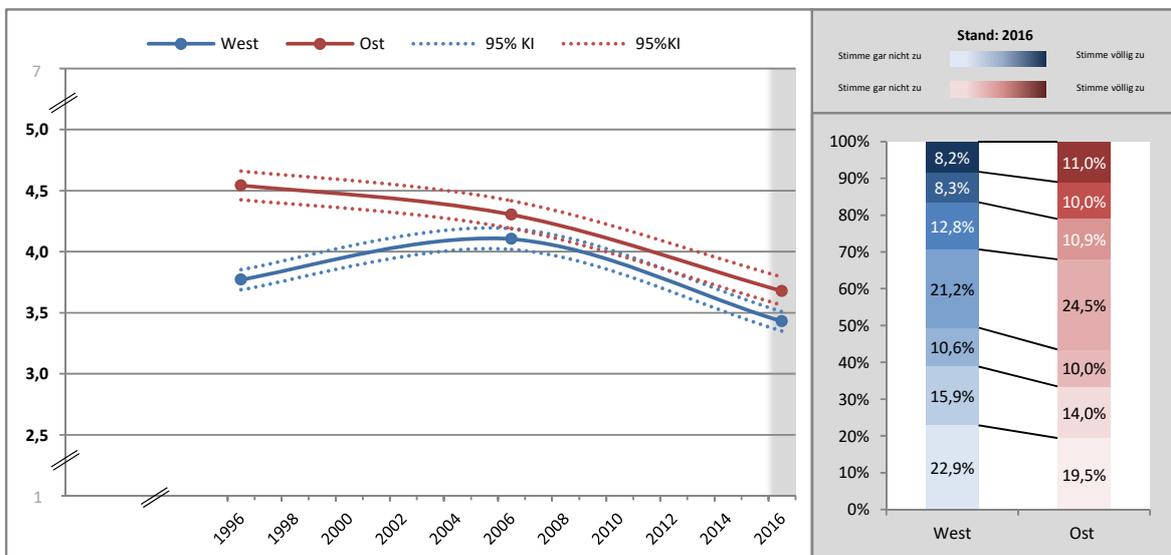


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie ist es mit den folgenden Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer? Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen. Sie tragen zur Sicherung der Rente bei.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Die Befürchtung, dass Ausländer krimineller sind als die Deutschen, ist in den letzten 20 Jahren verblasst (Abbildung 82). Der Ost-West-Unterschied ist von 1996 bis 2006 kleiner geworden und ist seitdem konstant. Im Jahr 2016 liegen die durchschnittlichen Zustimmungswerte zu dieser Aussage im Osten mit 3,7 und im Westen mit 3,4 in etwa im Mittelbereich. Knapp ein Drittel der Befragten in Deutschland glaubt, dass Ausländer häufiger Straftaten als Deutsche begehen.

Die Befürchtung, dass Ausländer den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, erfährt über die letzten 20 Jahre eine sehr stark abnehmende Zustimmung (Abbildung 83). Die Zustimmungswerte zu dieser Aussage sind von einem hohen Ausgangsniveau in Ostdeutschland um zwei Skaleneinheiten gefallen, in Westdeutschland ging die Angst, dass Ausländer Arbeitsplätze wegnehmen, um etwa einen Skaleneinheit zurück. Heute ist die Furcht, dass Ausländer Arbeitsplätze wegnehmen, in Ost- und Westdeutschland auf insgesamt niedrigem Niveau in etwa gleich hoch. Die Auffassung darüber hat sich somit angeglichen. Eine mögliche Erklärung für den Rückgang könnte sein, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit einigen Jahren rückläufig und in den Debatten weniger zentral geworden ist.

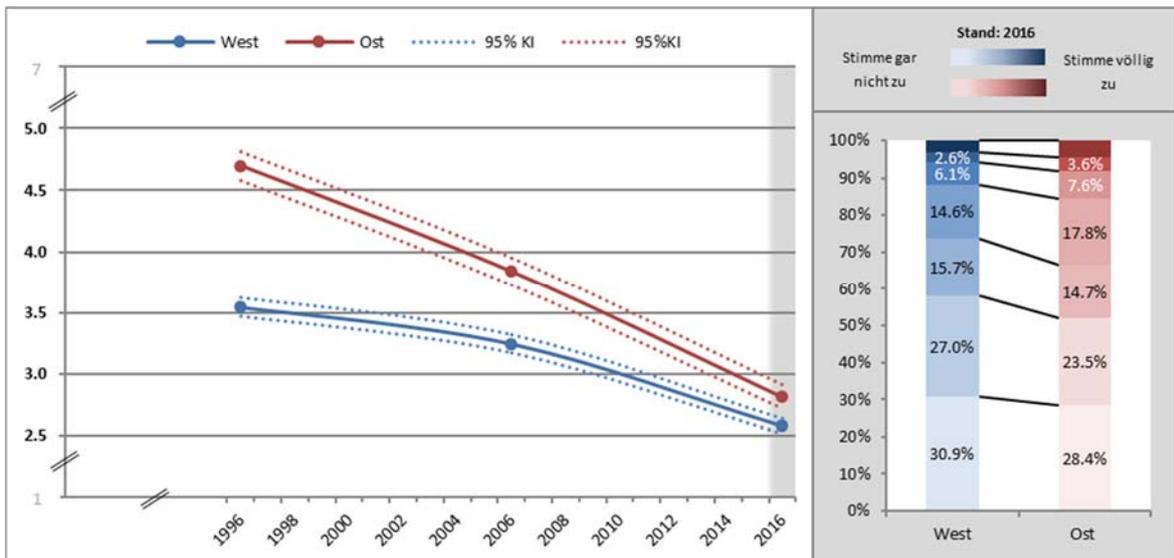
Abbildung 82: Ausländer begehen häufiger Straftaten



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie ist es mit den folgenden Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer? Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen. Sie begehen häufiger Straftaten als die Deutschen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

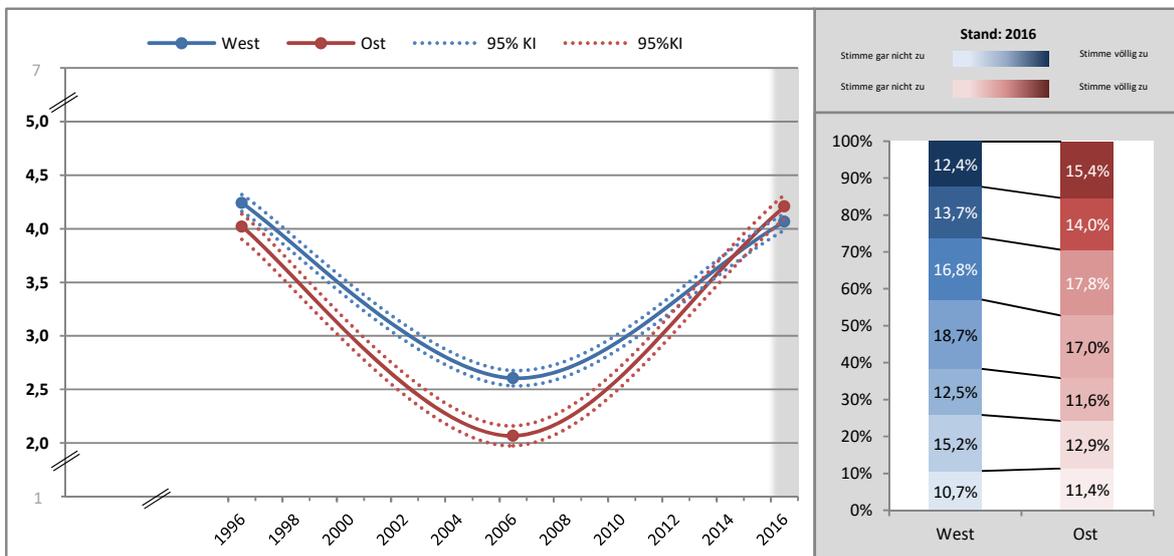
Demgegenüber spielen die vielerorts gestiegenen Miet- und Immobilienpreise in den letzten zehn Jahren eine große Rolle für die Deutschen. Dies beeinflusst vermutlich auch ihre Einstellung bezüglich der Aussage, dass die Anwesenheit von Ausländern in Deutschland zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt führt. Die Zustimmungswerte, dass Ausländer Wohnungen verknappen, haben sich in den letzten zehn Jahren in beiden Landesteilen verdoppelt (Abbildung 84). Ost- und Westdeutsche sind sich heute mit Mittelwerten um die 4 Skalenpunkte gleichermaßen einig, dass Ausländer zur Wohnungsknappheit beitragen.

Abbildung 83: Ausländer nehmen die Arbeitsplätze weg



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie ist es mit den folgenden Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer? Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen. Sie nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Abbildung 84: Ausländer verknappen Wohnungen

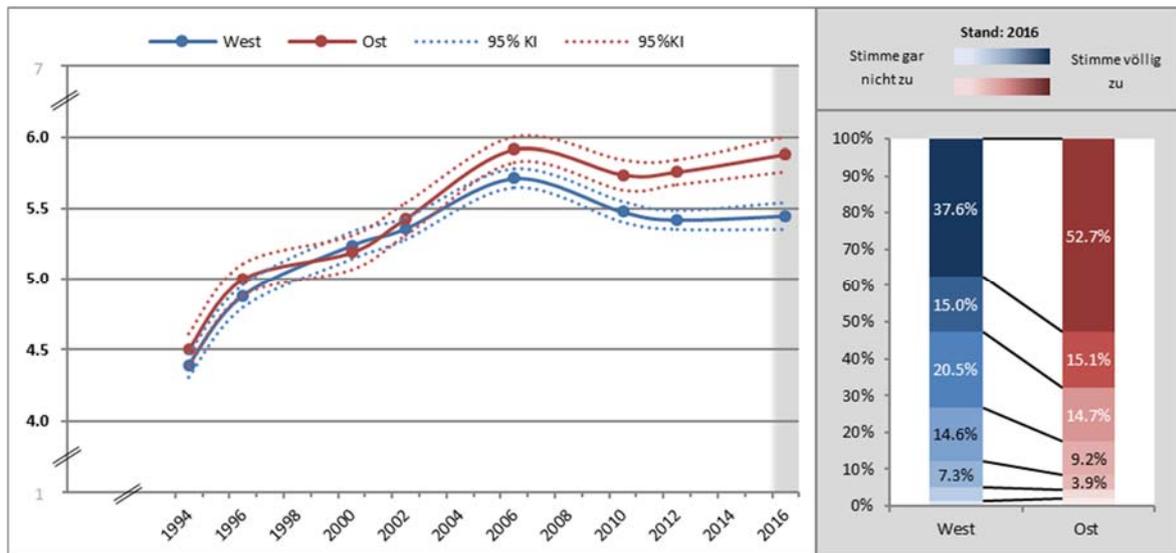


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie ist es mit den folgenden Aussagen über die in Deutschland lebenden Ausländer? Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen. Ihre Anwesenheit in Deutschland führt zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

3.4.3.2 Forderungen an Ausländern

Nach den Chancen und Risiken, die Ausländer für Deutschland mit sich bringen können, wird ein Blick auf die Ansichten über die rechtliche und soziokulturelle Gleichstellung, die die Befragten den in Deutschland lebenden Ausländern zugestehen, geworfen. Diese Haltungen zur Integration können an der Zustimmung zu bzw. Ablehnung von folgenden Forderungen untersucht werden: Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen (Abbildung 85), unter sich heiraten (Abbildung 86), sich nicht politisch betätigen (Abbildung 87), das kommunale Wahlrecht erhalten (Abbildung 88) und die gleichen Sozialleistungen wie die Deutschen erhalten (Abbildung 89). Die Befragten konnten ihre Antworten wiederum auf einer Skala von (1) „Stimme überhaupt nicht zu“ bis (7) „Stimme voll und ganz zu“ abstufen. Eine weitere Forderung, der zufolge Ausländer bei Arbeitsplatzmangel in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wird als eindeutiger Indikator für Fremdenfeindlichkeit eingestuft und unter 3.4.6 detaillierter behandelt. Eine große Mehrheit in Deutschland erwartet von den hier lebenden Ausländern, dass sie ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen (Abbildung 85). Die Zustimmungswerte zu dieser Forderung sind in beiden Landesteilen sehr hoch. Von 1994 bis circa 2006 sind sie in Ost- und Westdeutschland ähnlich stark angestiegen, ab 2006 entwickelten sie sich im Osten auf etwas höherem Niveau weiter als im Westen. Bis heute ist somit die ost- und westdeutsche Meinung bezüglich der Lebensstilanpassung durch die Ausländer auseinandergegangen. Im Jahr 2016 stimmten 53% der Ostdeutschen der Forderung nach der Lebensstilanpassung voll und ganz zu. In Westdeutschland liegt dieser Anteil bei 38%.

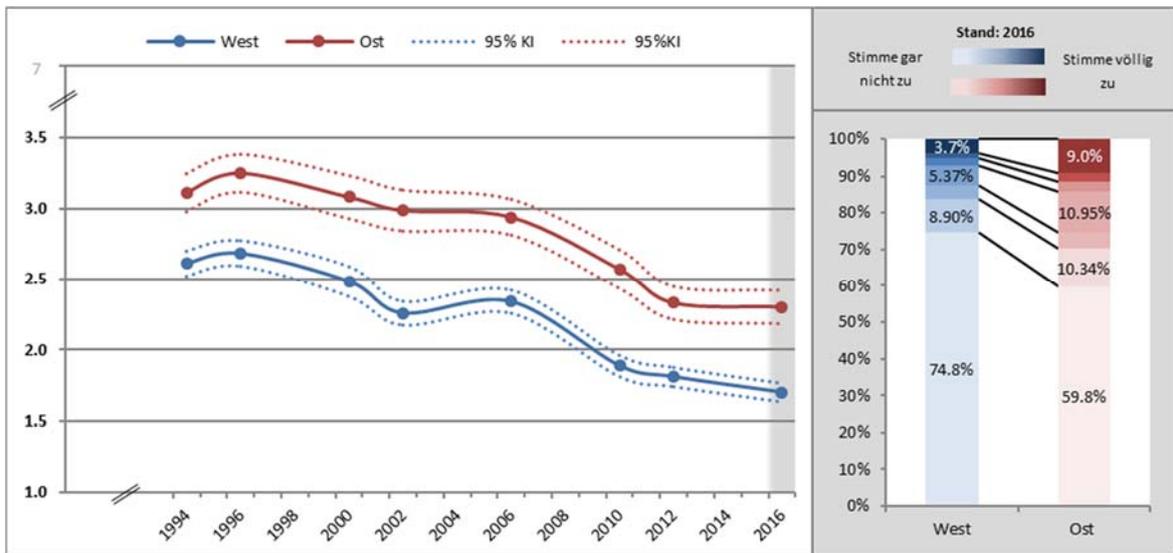
Abbildung 85: Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser anpassen



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

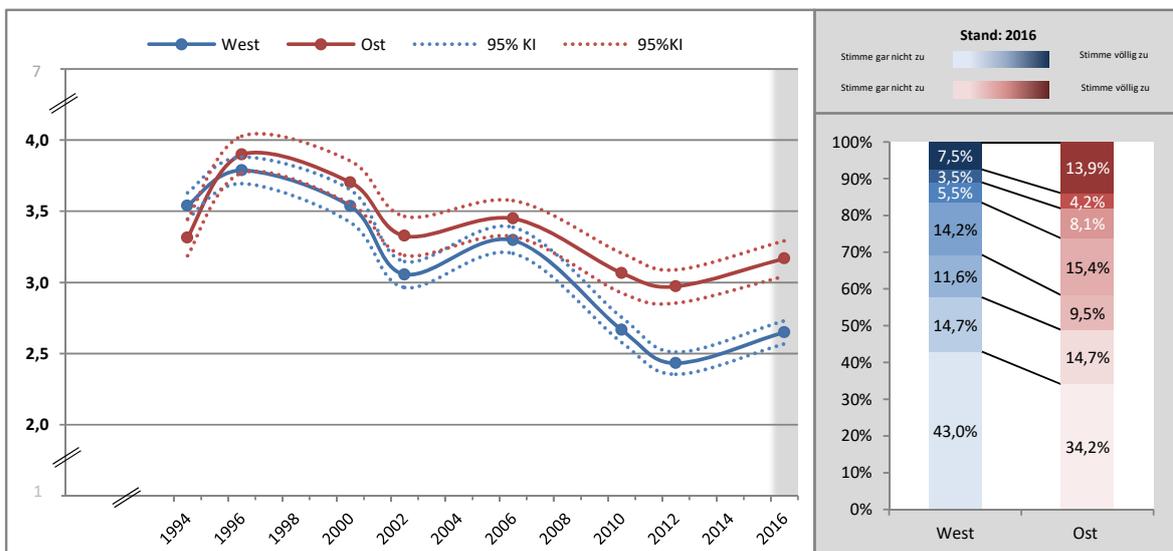
Die Forderungen nach der Ehepartnerwahl der Ausländer innerhalb ihres eigenen Kulturkreises (Abbildung 86) und der politischen Nicht-Beteiligung von Ausländern (Abbildung 87) erfahren seit 1994 in beiden Landesteilen rückläufige Zustimmung. Die Zustimmungswerte sind insgesamt auf niedrigem Niveau, d.h. eine Mehrheit in Deutschland lehnt solche diskriminierende Einstellungen gegenüber Ausländern ab. Ein Blick auf die aktuelle Entwicklung von 2012 bis 2016 deutet allerdings daraufhin, dass der Abwärtstrend bei diesen zwei Aussagen in beiden Landesteilen gestoppt wurde und sich die Zustimmungskurven einpendelten bzw. wieder nach oben drehten, d.h. die Forderungen scheinen in jüngster Zeit wieder leicht ansteigenden Zuspruch zu finden. Bezogen auf Differenzen zwischen Ost und West sind die Ostdeutschen seit 1994 mit relativ gleichbleibendem Abstand etwas stärker der Meinung, dass Ausländer unter sich heiraten sollten. Die Vorstellung darüber, Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland zu untersagen, ist in Ostdeutschland verbreiteter als in Westdeutschland. Nach ähnlichen Werten vergrößerte sich der Abstand zwischen Ost und West ab 2006 bis heute.

Abbildung 86: Ausländer sollten unter sich heiraten



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Abbildung 87: Ausländern sollten jede politische Betätigung untersagt werden

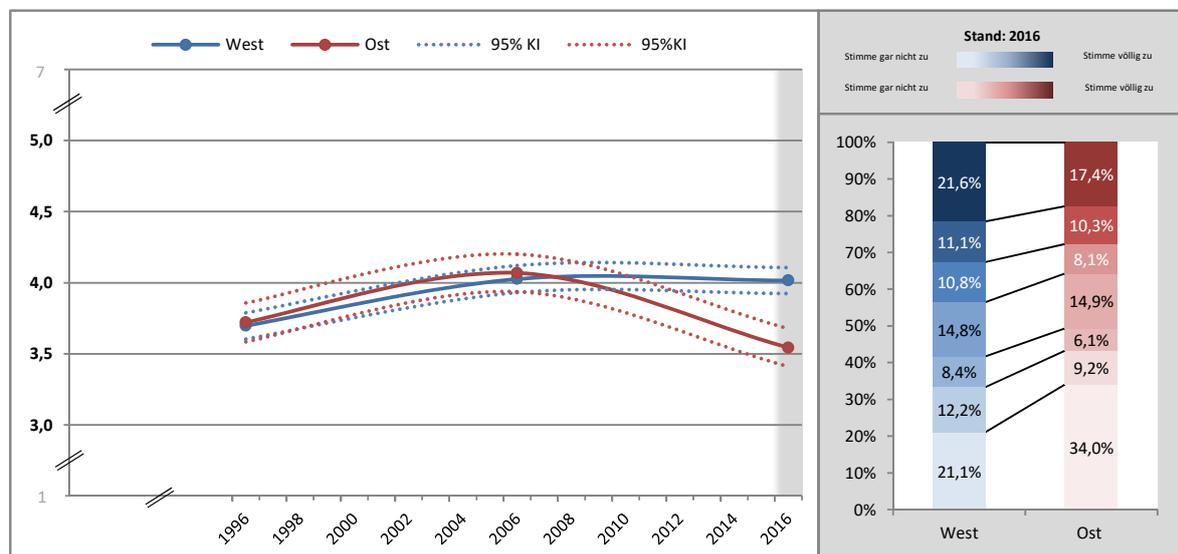


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

II. Politische Sphäre

Divergente Entwicklungen zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich neben der politischen Betätigung auch für die Zustimmung zur Gleichbehandlung von Ausländern beim kommunalen Wahlrecht (Abbildung 88) und beim Anspruch auf Sozialleistungen (Abbildung 89) erkennen. 1996 und 2006 haben Ost- und Westdeutsche den Ausländern mit steigender Tendenz noch gleichermaßen das kommunale Wahlrecht zugestanden. Bis 2016 nahm die Zustimmung in Ostdeutschland allerdings ab, während sie in Westdeutschland gleich blieb. Heute befürworten 44% der Westdeutschen und 36% der Ostdeutschen, dass die in Deutschland lebenden Ausländer an der Wahl der Stadt- oder Gemeindeparlamente teilnehmen dürfen sollten (Antworten 5, 6, 7). 42% stimmen im Westen eher nicht zu (Antworten 1, 2, 3), wobei dieser Prozentsatz in Ostdeutschland bei 49% liegt.

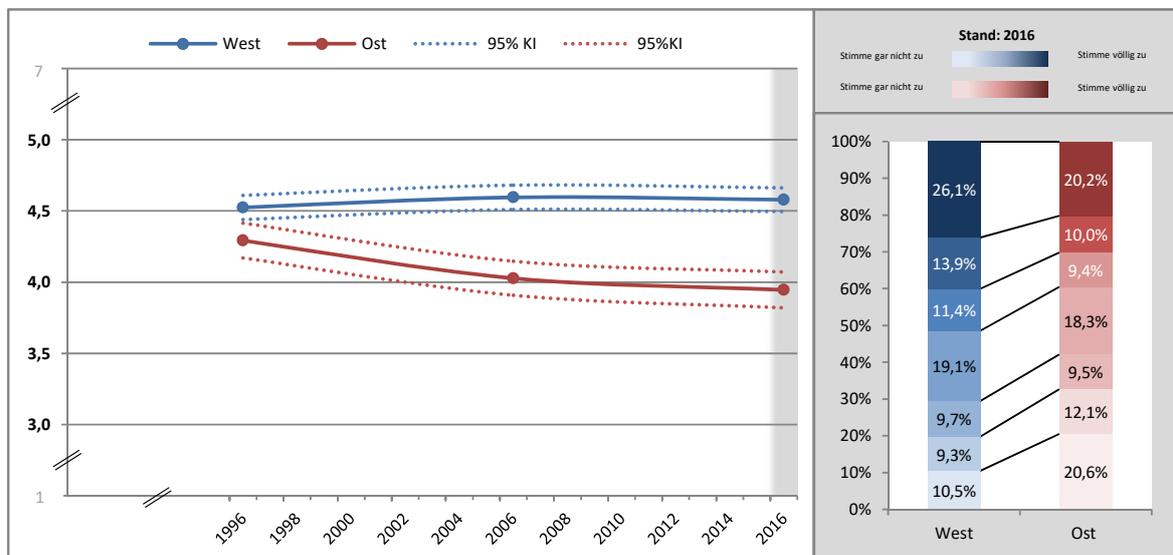
Abbildung 88: Ausländer sollten das kommunale Wahlrecht erhalten



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen anhand der Skala auf dieser Liste, inwieweit Sie ihr zustimmen. Alle in Deutschland lebenden Ausländer - egal aus welchen Ländern sie kommen - sollten das kommunale Wahlrecht haben, d.h. sie sollten an der Wahl der Stadt- oder Gemeindeparlamente teilnehmen dürfen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Noch uneiniger als bei politischen Rechten sind sich die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland bei der Gewährung von gleichen Sozialleistungen für Ausländer (Abbildung 89). Dass die in Deutschland lebenden Ausländer den gleichen Anspruch auf Sozialhilfe und andere Sozialleistungen haben sollten wie die Deutschen, findet eine knappe Mehrheit in Westdeutschland eher richtig, 19% sind indifferent und 30% lehnen dies eher ab. In Ostdeutschland stimmen dieser Aussage nur 40% eher zu und jeder Fünfte stimmt überhaupt nicht zu. Die Meinungen dazu entwickelten sich von einem ähnlichen Niveau im Jahr 1996 im Osten und im Westen in den darauffolgenden 20 Jahren stark auseinander, indem die Westdeutschen ein wenig großzügiger und die Ostdeutschen restriktiver wurden in ihrer Ansicht über die Gleichstellung von Ausländern und Deutschen beim Bezug von Sozialleistungen.

Abbildung 89: Ausländer sollten gleiche Sozialleistungen erhalten wie Deutsche



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten den gleichen Anspruch auf Sozialhilfe und andere Sozialleistungen haben wie die Deutschen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

3.4.4 Islambild in Deutschland

Öffentliche Debatten um Zuwanderung und Integration vermischen sich oft mit Debatten über den Islam in Deutschland. Muslime stellen eine große Einwanderungsgruppe in Deutschland dar. Im Jahr 2015 lebten zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland. Gut jeder Vierte davon ist im Zuge des Flüchtlingszustroms erst kürzlich nach Deutschland zugewandert. Muslime aus dem Nahen Osten haben sich mit einem Anteil von 17,1% mittlerweile zur zweitgrößten Herkunftsgruppe entwickelt. Etwa 50% der in Deutschland lebenden Muslime sind türkischstämmig (Stichs 2016).

Das gesellschaftliche Ringen um das richtige Verhältnis Deutschlands zum Islam ist seit Jahren ein schwelendes Problem, das sich immer wieder an aktuellen kontroversen Themen entzündet. Der Flüchtlingszustrom der vergangenen Jahre ist ein solch auslösendes Moment gewesen. Etwa 60% der 2015 in Deutschland angekommenen Flüchtlinge kamen aus den mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern Syrien, Afghanistan und dem Irak. „Der Islam gehört zu Deutschland“, konstatierte die Bundeskanzlerin im Januar 2015 und wiederholte damit eine Aussage, die der damalige Bundespräsident bereits 2010 machte.³³ Beide Politiker haben dafür in Deutschland viel Zustimmung erfahren, mussten aber ebenso scharfe Kritik – auch aus den eigenen Reihen – einstecken. Im Jahr 2015 stimmten 53% der Westdeutschen, aber nur 34% der Ostdeutschen dem

³³ Christian Wulff sagte als damaliger Bundespräsident in seiner Festrede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2010: "Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland."

II. Politische Sphäre

Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ eher zu (Tabelle 27). Entsprechend wird von knapp 60% der Ostdeutschen der Einfluss des Islams in Deutschland als zu groß eingeschätzt, während dies in den alten Bundesländern nur knapp die Hälfte der Befragten angeben (Tabelle 28).

Tabelle 27: Gehört der Islam zu Deutschland?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Stimme eher nicht zu	46,7	65,8	19,1 ***
Stimme eher zu	53,3	34,2	-19,1 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Meinung vertreten, dass der Islam zu Deutschland gehört. Stimmen Sie dem eher zu oder eher nicht zu?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 28: Beurteilung Einfluss des Islam in Deutschland

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Zu wenig Einfluss	3,8	3,7	-0,1
Gerade richtig	48,9	37,9	-11,0 ***
Zu viel Einfluss	47,3	58,5	11,1 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Was meinen Sie allgemein zum Islam? Hat der Islam auf unsere Gesellschaft zu viel Einfluss, zu wenig Einfluss oder ist das so gerade richtig?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Mit der Aussage „Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft“ zeigen sich ebenfalls viele Menschen in Deutschland nicht einverstanden (Tabelle 29). Die Ablehnung ist bei Ostdeutschen stärker als bei Westdeutschen. Die Aussagen, dass die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland Konflikte mit sich bringe, und dass der Staat islamische Gruppen beobachten sollte, erfahren jeweils tendenzielle Zustimmung. Viele Deutsche haben auch eher den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind. Diese Befürchtung teilen wiederum deutlich mehr Befragte in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Einen muslimischen Bürgermeister könnten sich in beiden Teilen Deutschlands nicht so viele Menschen vorstellen, wobei die Ostdeutschen einen solchen noch stärker ablehnen als die Westdeutschen. Die größte Ost-West-Differenz tritt bei der Frage auf, ob die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland eingeschränkt werden sollte. Diesem Vorschlag stimmen die Ostdeutschen mit einem Skalenspunkt Abstand eher zu, die Westdeutschen eher nicht zu (4,6 im Osten und 3,6 im Westen, auf einer Antwortskala von 1-7, Tabelle 29).

Bei der Frage, ob der Islam eine Bedrohung für westliche Demokratien ist, unterscheiden sich die Meinungen in Ost- und Westdeutschland auch stark (Tabelle 30). 48% der Ostdeutschen und 36%

der Westdeutschen teilen diese Meinung. Keine Unterschiede gibt es hingegen bei der Frage, ob eine akute Anschlagsgefahr durch islamistische Terroristen besteht: Dies befürchten im Osten wie im Westen rund drei Viertel der Befragten (Tabelle 31). Antworten auf akute Gefährdungslagen hängen stark von aktuellen Ereignissen ab. Dennoch ist auffällig, dass bei dieser Frage kein deutlicher Ost-West-Unterschied zu erkennen ist.

Tabelle 29: Einstellungen zum Islam

Einstellungen zum Islam ...	West	Ost	Ost-West-Differenz	
Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll und ganz zu (7).				
Islam passt in die deutsche Gesellschaft	2,93	2,37	-0,55	***
Staat sollte islamische Gruppen beobachten	4,65	5,15	0,50	***
Anwesenheit von Muslimen bringt Konflikte	4,65	5,20	0,55	***
Unter Muslimen sind viele religiöse Fanatiker	4,39	4,98	0,59	***
Muslimischer Bürgermeister ist in Ordnung	3,70	3,00	-0,69	***
Islamausübung in Deutschland beschränken	3,64	4,63	0,98	***

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Im Folgenden möchte ich Ihnen nun noch einige Fragen zum Islam stellen. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage anhand dieser Liste, inwieweit Sie ihr zustimmen. Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft./Islamische Gemeinschaften sollten vom Staat beobachtet werden./Die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland führt zu Konflikten./Ich habe den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind./Ich hätte nichts gegen einen muslimischen Bürgermeister in meiner Gemeinde./Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7). Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 30: Ist der Islam eine Bedrohung für westliche Demokratien?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Keine Bedrohung	64,2	52,4	11,9 ***
Bedrohung	35,8	47,6	-11,9 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Zu einem anderen Thema. Was meinen Sie allgemein zum Islam? Glauben Sie, dass der Islam eine Bedrohung für die westlichen Demokratien ist, oder glauben Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 31: Akute Terrorgefahr durch islamistische Terroristen?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Befürchte ich	73,0	74,1	-1,1
Befürchte ich nicht	27,0	26,0	1,1

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Was meinen Sie zur Situation in Deutschland: Befürchten Sie, dass islamistische Terroristen in nächster Zeit in Deutschland Anschläge verüben werden, oder befürchten Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

3.4.5 Nationale Identität und Einbürgerung

Was alles zur nationalen Identität gehört, beurteilen die Menschen in Deutschland unterschiedlich. Auf einer Skala von (1) „überhaupt nicht wichtig“ bis (7) „sehr wichtig“ stufen die Befragten verschiedene Aussagen ein, nach denen eine „Person mit ausländischen Wurzeln ein wirklicher Deutscher/eine wirkliche Deutsche“ werden kann. Sehr wichtige Voraussetzungen für eine vollwertige Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft, sind in den Augen der meisten Deutschen eine gute Beherrschung der deutschen Sprache, das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland, die Verbundenheit zu Deutschland, die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und das Teilen von westlichen Wertvorstellungen (Tabelle 32). Dagegen ist das „Deutschsein“ für die meisten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland keine Frage des Geburtsortes oder der Abstammung. Das Ablegen alter Gebräuche durch die Zuwanderer wird insgesamt ebenfalls als eher unwichtig befunden, ebenso wie die Zugehörigkeit zu einer christlichen Religion. Die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit und die Bekanntschaft zu vielen deutschen Freunden werden als mittelwichtig eingestuft.

Im Ost-West-Vergleich werden die meisten Voraussetzungen, die ausländische Personen haben sollten, um „wirkliche Deutsche“ zu werden, unterschiedlich eingestuft. Einigkeit herrscht in Ost und West nur darüber, dass das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sehr wichtig für das „Deutschsein“ ist. In Ostdeutschland halten es mehr Befragte als in Westdeutschland für wichtig, dass Personen mit ausländischen Wurzeln beispielsweise ihre alten Gebräuche und Sitten ihres Heimatlandes ablegen und dass sie ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufgeben. Die Zugehörigkeit zu einer christlichen Religion und das Teilen westlicher Werte hingegen werden in Westdeutschland als wichtiger befunden, um „wirklich deutsch“ zu werden. Vor allem letzteren Punkt erachten die Westdeutschen im Vergleich zu den Ostdeutschen als grundlegender (Ost-West-Differenz: -0,575 Skalenpunkte). Dieser Befund ist wahrscheinlich auf die Konnotation der Fragestellung zurückzuführen, die die Wichtigkeit von „westlichen Wertvorstellungen“ der Zuwanderer abfragt.

Neben den Einstellungen zur sozialen Abgrenzung, geben Ansichten über formale Voraussetzungen für eine Einbürgerung Aufschluss über die Offenheit der deutschen Gesellschaft. Interessant

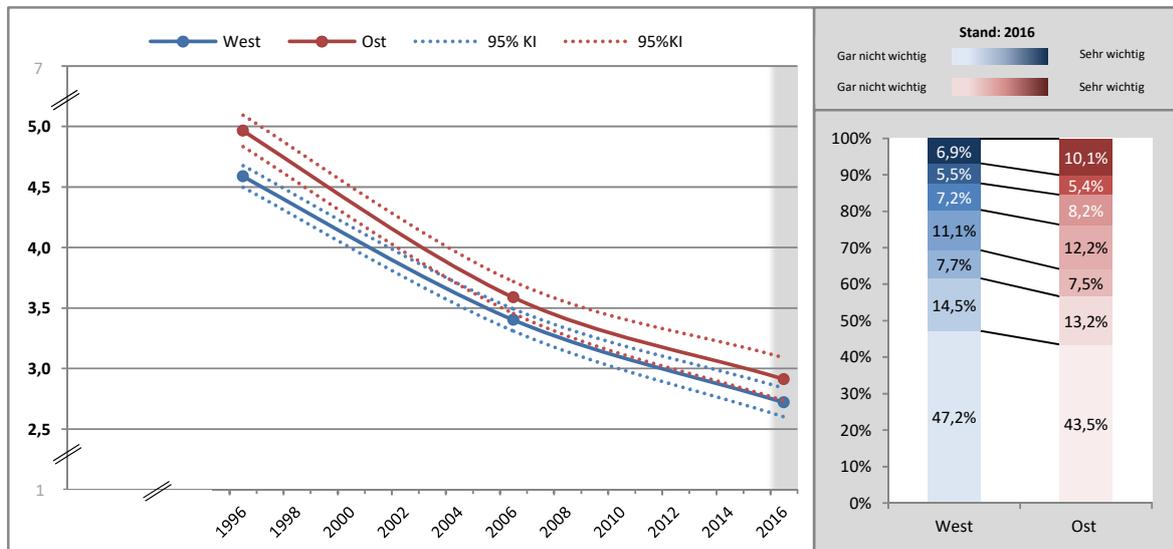
hierbei ist vor allem, dass man die Entwicklung dieser Einstellungen zur Einbürgerung über die letzten 20 Jahre beobachten kann. Die verschiedenen Einbürgerungskriterien werden auf einer Antwortskala von (1) „überhaupt nicht wichtig“ bis (7) „sehr wichtig“ abgefragt. Für einen starken Einstellungswandel kann exemplarisch auf die Frage nach dem Geburtsland verwiesen werden (Abbildung 90). Innerhalb von 20 Jahren verlor dieses Kriterium in Ost und West gleichermaßen stark an Bedeutung. Die gleiche rückläufige Rolle bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft wird der Abstammung der eingliederungswilligen Person zugeschrieben. Ost- und Westdeutsche sind sich einig darüber, dass Einbürgerungswillige nicht unbedingt deutsche Vorfahren haben müssen, um einen deutschen Pass zu erhalten (ALLBUS Daten, keine Abbildung).

Tabelle 32: Was ist wichtig, um „wirklich deutsch“ zu werden?

Die Person ...	West	Ost	Ost-West-Differenz
Überhaupt nicht wichtig (1) - Sehr wichtig (7)			
bekannt sich zur freiheitl. demokr. Grundordnung	6,30	6,29	-0,01
fühlt sich mit Deutschland verbunden	5,89	5,98	0,09
spricht gut deutsch	6,19	6,28	0,09 *
hat viele deutsche Freunde und Bekannte	4,15	4,05	-0,10
nimmt die deutsche Staatsbürgerschaft an	5,30	5,52	0,22 **
hat mindestens einen deutschen Elternteil	2,31	2,57	0,26 ***
gehört einer christlichen Religion an	2,62	2,33	-0,29 ***
ist in Deutschland geboren	2,80	3,11	0,31 ***
gibt ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit auf	3,67	4,09	0,42 ***
gibt Sitten/Gebräuche ihres Herkunftslandes auf	3,06	3,54	0,48 ***
hat westliche Wertvorstellungen	5,60	5,03	-0,58 ***

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Wie wichtig sind die folgenden Dinge, damit Sie sagen würden, dass eine Person mit ausländischen Wurzeln ein wirklicher Deutscher/eine wirkliche Deutsche wird? Die Person bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung/ fühlt sich mit Deutschland verbunden/ spricht gut deutsch/ hat viele deutsche Freunde und Bekannte/ nimmt die deutsche Staatsbürgerschaft an/ hat mind. einen deutschen Elternteil/ gehört einer christlichen Religion an/ ist in Deutschland geboren/ gibt ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit auf/ gibt die Sitten und Gebräuche ihres Herkunftslandes auf/ hat westliche Wertvorstellungen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Überhaupt nicht wichtig (1) bis Sehr wichtig (7). Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

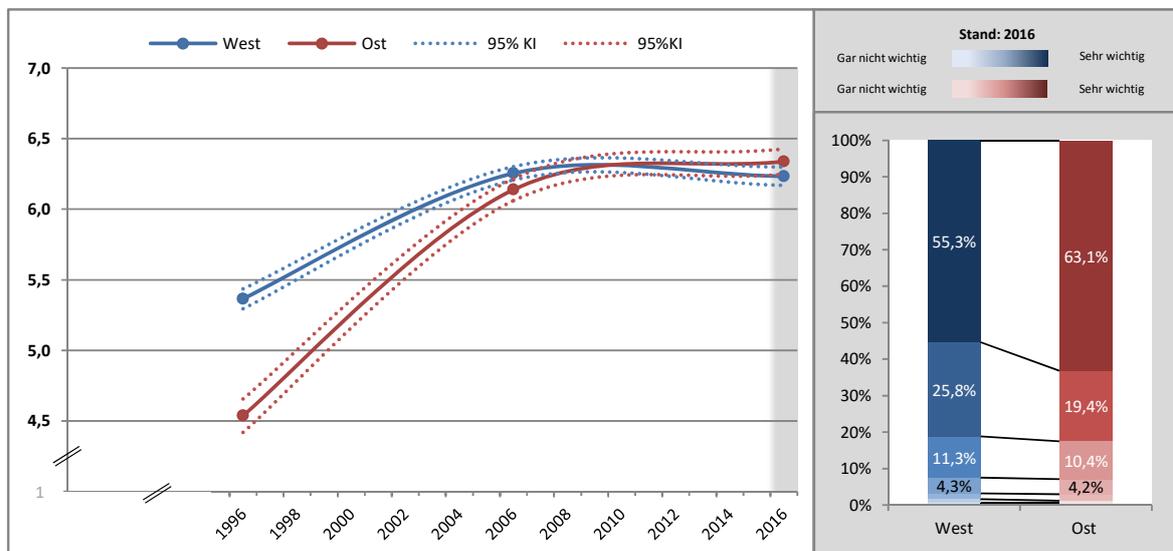
Abbildung 90: Einbürgerungskriterium: Sollte hier geboren sein



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die bei der Entscheidung über die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft eine Rolle spielen können. Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, wie wichtig Ihrer Meinung nach diese Dinge jeweils sein sollten. Ob die Person in Deutschland geboren ist.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Überhaupt nicht wichtig (1) bis Sehr wichtig (7).

Die gegenläufige Entwicklung ist bei dem Erfordernis, die deutsche Sprache zu beherrschen (Abbildung 91), und der Lebensstilanpassung der Einbürgerungswilligen (ohne Abbildung) zu beobachten. Beide Kriterien sind in den letzten 20 Jahren für Ost- und Westdeutsche deutlich wichtiger geworden. Im ersten Fall haben sich die Meinungen nach größeren Unterschieden fast angeglichen. 1996 war noch für mehr Westdeutsche als für Ostdeutsche bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft die Frage wichtig, ob die Person die deutsche Sprache beherrscht. Bei späteren Beobachtungszeitpunkten konvergierten die Meinungen zur Wichtigkeit der Beherrschung der deutschen Sprache. Im Jahr 2016 halten in Ost und West jeweils über 90% deutsche Sprachkenntnisse für ein wichtiges Einbürgerungskriterium (Abbildung 91, Antwortmöglichkeiten 5, 6, 7).

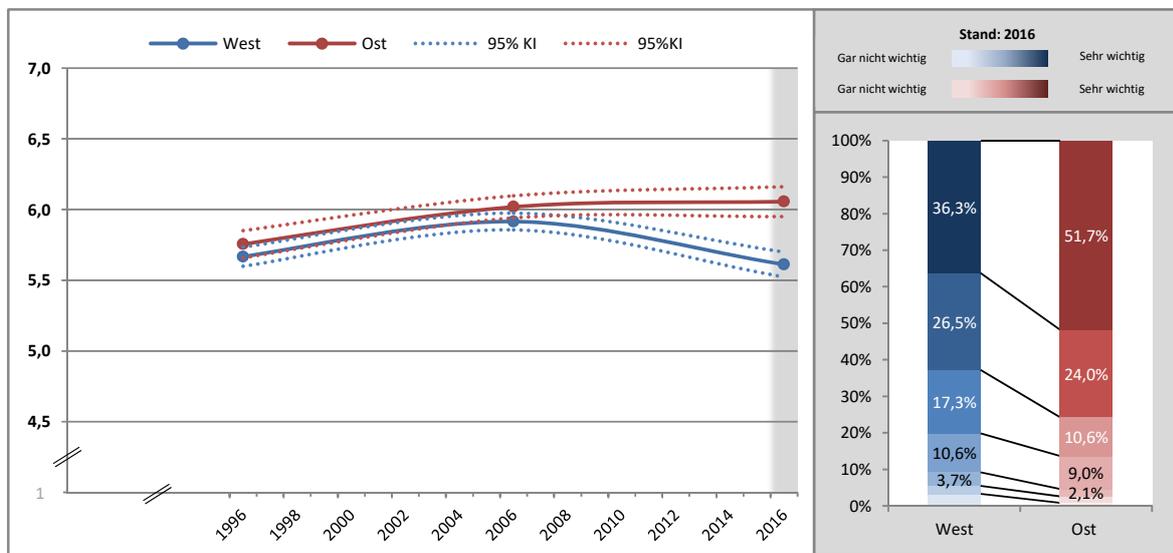
Abbildung 91: Einbürgerungskriterium: Deutsche Sprache wichtig



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die bei der Entscheidung über die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft eine Rolle spielen können. Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, wie wichtig Ihrer Meinung nach diese Dinge jeweils sein sollten. Ob die Person die deutsche Sprache beherrscht.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Überhaupt nicht wichtig (1) bis Sehr wichtig (7).

Dass Ausländer für eine Einbürgerung in ausreichendem Maße ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können sollten (Abbildung 92) ist für Ostdeutsche im Zeitverlauf noch relevanter geworden; für Westdeutsche ist der Punkt zunächst ebenfalls wichtiger geworden, hat dann jedoch – zwar auf hohem Niveau – wieder leicht an Bedeutung verloren. Die Einstellungen dazu divergieren also zwischen Ost und West über die Zeit. 2016 hielt eine Mehrheit in Ostdeutschland es für „sehr wichtig“, dass eine Person, die in Deutschland eingebürgert werden möchte, für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen kann. In Westdeutschland liegt dieser Anteil bei 36%. Mit kleinem gleichbleibendem Abstand und relativ konstantem und hohem Niveau sind die Deutschen der Meinung, dass man für eine Einbürgerung bisher nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten sein sollte. Ostdeutsche halten eine Straffreiheit für noch wichtiger (ohne Abbildung).

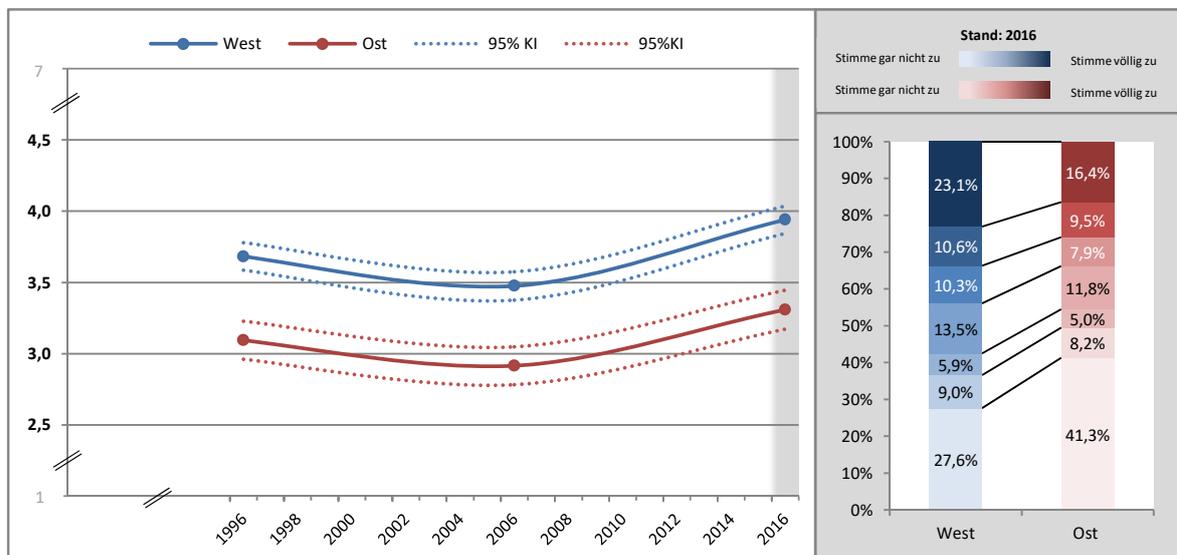
Abbildung 92: Einbürgerungskriterium: Eigener Lebensunterhalt



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die bei der Entscheidung über die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft eine Rolle spielen können. Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, wie wichtig Ihrer Meinung nach diese Dinge jeweils sein sollten. Ob die Person für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen kann.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Überhaupt nicht wichtig (1) bis Sehr wichtig (7).

In Einbürgerungs- und Integrationsdebatten ist die Frage der Gewährung von doppelter Staatsbürgerschaft ein seit langem kontrovers diskutiertes Thema, das immer wieder hochkocht. EU-Bürger und Schweizer dürfen die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Seit 2014 ist dies unter bestimmten Voraussetzungen auch für Nicht-EU-Bürger möglich, da das damals geltende Optionsmodell abgeschafft wurde. Die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland stehen der Erlaubnis von doppelten Staatsbürgerschaften mit gleichbleibendem Abstand leicht ablehnend gegenüber (Abbildung 93). Diese Ablehnung sinkt nur minimal über die Zeit, indem auf einer Antwortskala von (1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (7) „stimme voll und ganz zu“ die Mittelwerte auf 4 Skalenpunkte im Westen bzw. 3,3 Skalenpunkte im Osten gestiegen sind. 2016 waren 41% der Befragten in Ostdeutschland und 28% der Befragten in Westdeutschland mit Doppelten Staatsbürgerschaften überhaupt nicht einverstanden.

Abbildung 93: Doppelte Staatsbürgerschaft erlauben?



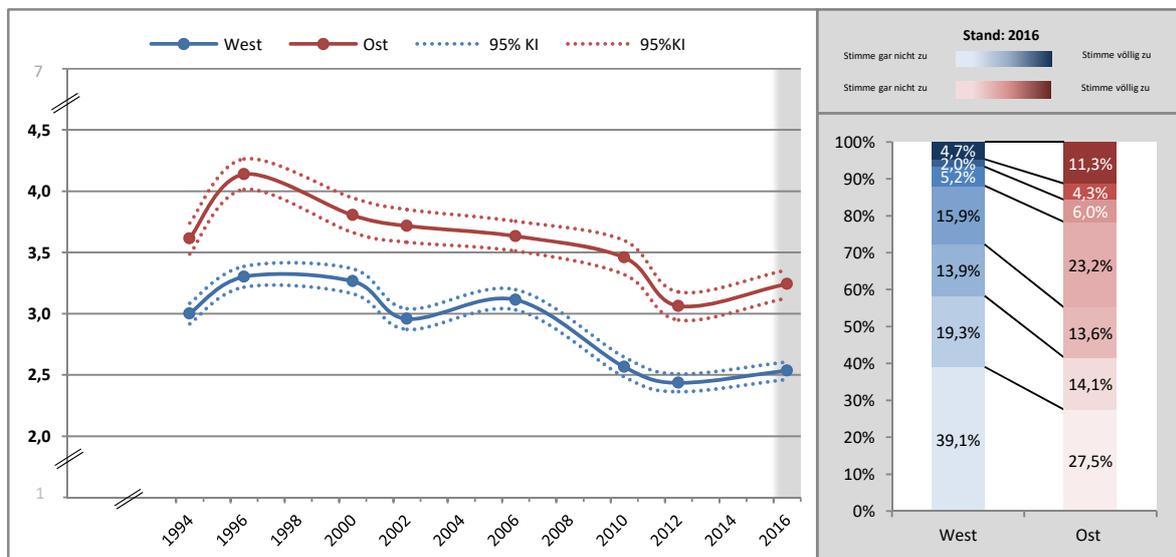
Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, ohne dass sie ihre bestehende Staatsbürgerschaft aufgeben müssen, d.h. eine doppelte Staatsbürgerschaft sollte möglich sein.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

3.4.6 Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus

3.4.6.1 Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit

Determinanten von Ausländerfeindlichkeit sind in subtilen Formen alltäglicher Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber Fremden auszumachen. Wenn Fremde als Belastung und Bedrohung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche System angesehen werden, kann dies den Nährboden für extremen Rassismus und Rechtsextremismus bilden. Eine eindeutig ausländerfeindliche Haltung kann an der Zustimmung zu der Forderung, Ausländer bei knappen Arbeitsplätzen zurück in ihre Heimat zu schicken, ausgemacht werden (Abbildung 94). Deutliche Mehrheiten in beiden Landesteilen stimmen dieser Forderung zwar (eher) nicht zu bzw. sind indifferenter Meinung, andererseits stimmt dennoch jeder zehnte Befragte im Westen bzw. jeder fünfte Befragte im Osten der Aussage eher bis voll und ganz zu. Auch Holtmann et al. (2015) beobachten, dass Westdeutsche oben genannte Aussage eher ablehnen, Ostdeutsche zwischen geringfügiger Ablehnung und minimaler Zustimmung schwanken, und keine Angleichung der Einstellungsprofile der alten und der neuen Bundesländer bis 2012 erfolgte. Ein Blick auf die aktuelle Entwicklung von 2012 bis 2016 deutet zudem daraufhin, dass der tendenzielle Abwärtstrend bis 2012 bei dieser Aussage in beiden Landesteilen gestoppt wurde und sich die Zustimmungskurven einpendelten bzw. wieder nach oben drehten, d.h. die Forderungen scheinen in jüngster Zeit wieder leicht ansteigenden Zuspruch zu finden.

Abbildung 94: Ausländer sollten bei Arbeitsplatzmangel zurück in ihre Heimat geschickt werden



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Die Aussage „Es ist besser für ein Land, wenn alle Menschen einer gemeinsamen Kultur angehören“ lässt sich ebenfalls als Indikator für eine ablehnende Haltung gegenüber Fremden interpretieren. Im Jahr 2016 wird eine kulturell homogene Gesellschaft von den Menschen in Deutschland mehrheitlich zwar nicht begrüßt (Tabelle 33). Der genannten Aussage stimmen viele Menschen eher bis überhaupt nicht zu. Demgegenüber sind aber auch 27% der Befragten im Westen und 35% der Befragten im Osten der Meinung, dass alle Menschen in einem Land derselben Kultur angehören sollten. Dies spricht nicht für die Befürwortung einer offenen Gesellschaft und impliziert eine Ablehnung von Fremden.

Tabelle 33: Homogene Kultur

	West	Ost	Ost-West-Differenz
Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll und ganz zu (4)			
Besser, wenn alle Menschen eine Kultur haben	2,0	2,2	0,2 ***

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Es ist besser für ein Land, wenn alle Menschen einer gemeinsamen Kultur angehören.“ Antwortmöglichkeiten 1-4: Stimme überhaupt nicht zu (1), Stimme eher nicht zu (2), Stimme eher zu (3), Stimme voll und ganz zu (4). Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Intolerante und ausländerfeindliche Einstellungen können auch an der Bewertung der Deutschen zu den migrationsfeindlichen „Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlands“

(Pegida) abgelesen werden.³⁴ Pegida entstand im Herbst 2014 in Dresden und hat als Protestbewegung wie andere Bewegungen der sogenannten „Neuen Rechten“ im Zuge der Flüchtlingszuwanderung Aufwind bekommen. In „Montagsspaziergängen“ gehen seit 2014 wöchentlich Demonstranten auf die Straße, unter die sich auch Burschenschaftler, Neonazis und AfD-Anhänger mischen. Eine trennscharfe Abgrenzung zwischen den einzelnen Gruppierungen ist nicht möglich. Entgegen ihrer Namensgebung richten sich die Pegida-Demonstrationen nicht nur gegen die Islamisierung Deutschlands. Vielmehr empören sich die Anhänger über die Politiker „da oben“, Migrationsunterstützer, die „Lügenpresse“ und Ausländer. Sie möchten als Protestbewegung ihre Nation vor Überfremdung bewahren. Bislang konnten die Protestbewegungen in Ostdeutschland größere Mobilisierungserfolge erzielen als in Westdeutschland.³⁵ Im Osten sind 28% der Befragten gegenüber der Pegida-Bewegung eher positiv eingestellt. Im Westen finden 14% die Pegida-Bewegung eher gut (Tabelle 34). Ostdeutsche fordern außerdem eher, dass die politischen Parteien mit Pegida Gespräche führen sollten. 88% der Befragten im Osten befürworteten eine Gesprächsbereitschaft der politischen Parteien mit Pegida; im Westen stimmen 77% zu (Tabelle 35).

³⁴ Rechtsextremistischer Charakter wird der Bewegung als Ganzes nicht zugesprochen, gleichwohl sind bei einzelnen Mitgliedern und Rednern eindeutige rechtsextreme fremdenfeindliche Einstellungen sichtbar. Etwa wenn der Gründer der Pegida-Bewegung, Migranten als „Dreckspack“ und „Viehzeug“ bezeichnet (vgl. Pfahl-Traughber 2016).

³⁵ Außerhalb von Dresden bildeten sich Ableger, wie Legida in Leipzig, Bogida in Bonn oder Dügida in Düsseldorf. Diese Ableger sind nichts so groß wie Pegida, außerdem mischten sich unter ihnen mehr Teilnehmer aus der organisierten rechtsextremen Szene (vgl. Pfahl-Traughber 2016).

Tabelle 34: Einstellung zu Pegida

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Eher schlecht	86,1	71,7	-14,4 ***
Eher gut	13,9	28,3	14,4 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Seit einem Jahr gibt es vor allem in Dresden Demonstrationen von Pegida, der Bewegung ‚Patriotischer Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘. Finden Sie die Pegida-Bewegung eher gut oder eher schlecht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Tabelle 35: Einstellung zum Umgang mit Pegida: Sollte man Gespräche mit Pegida führen?

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Ja	77,2	88,3	-11,1 ***
Nein	22,9	11,7	11,1 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Zurzeit wird darüber gesprochen, wie die politischen Parteien mit der Pegida-Bewegung umgehen sollen. Was meinen Sie: Sollten die politischen Parteien mit Pegida Gespräche führen oder sollte es da keine Gespräche geben?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Ostdeutsche sind deutlich seltener als Westdeutsche der Meinung (35% gegenüber 57% im Westen), dass bei Pegida-Demonstrationen rechtes Gedankengut vertreten wird (Tabelle 36). Die Erwartung einer Zunahme der Bewegung teilen mehr Westdeutsche als Ostdeutsche (Tabelle 37).

Tabelle 36: Einschätzung, ob Pegida rechtes Gedankengut vertritt

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Glaube ich nicht	42,6	64,7	22,1 ***
Ja, vertreten r. Gedankengut	57,4	35,3	-22,1 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Und glauben Sie, dass die meisten Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen eher rechtes Gedankengut vertreten, oder glauben Sie das nicht?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

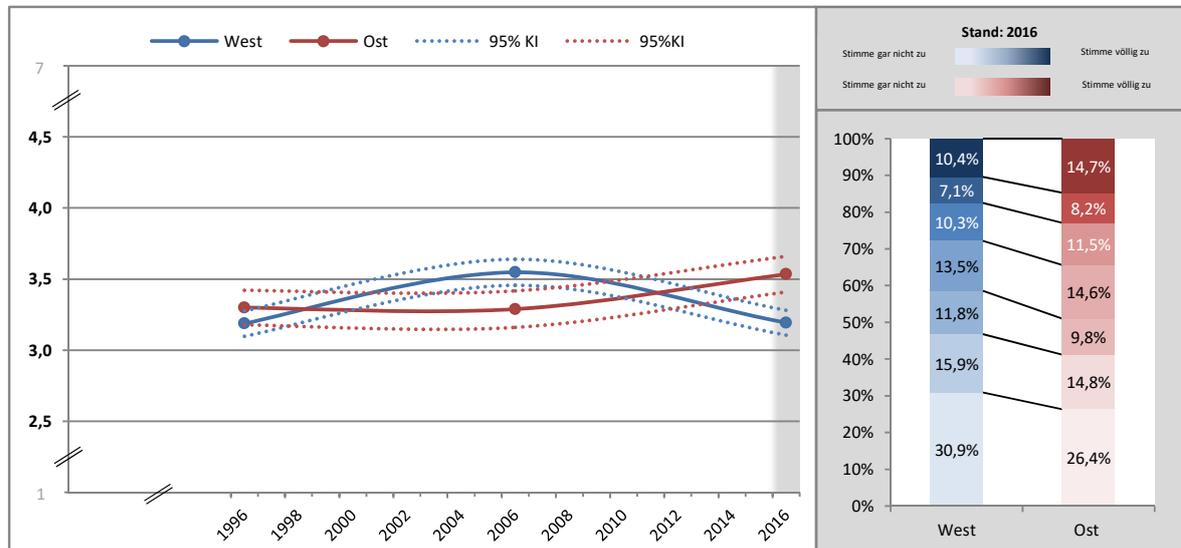
Tabelle 37: Erwartete Entwicklung der Pegida-Bewegung

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Eher abnehmen	21,4	23,9	2,4 *
Nicht viel ändern	27,6	29,1	1,5
Eher zunehmen	51,0	47,1	-3,9 **

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Und wird die Unterstützung für die Pegida-Bewegung in nächster Zeit eher zunehmen, eher abnehmen oder wird sich da nicht viel ändern?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Die Angst vor Überfremdung ist in Ostdeutschland seit 2006 gestiegen. Ostdeutsche stimmen in ansteigendem Maße der Aussage zu, dass sie sich durch die vielen Ausländer in Deutschland zunehmend als Fremde im eigenen Land fühlen (Abbildung 95). Bei Westdeutschen ist dieses Gefühl gegenläufig seit 2006 gesunken. Insgesamt bewegen sich die Werte aber unterhalb der neutralen Antwortmöglichkeit (unter 4 auf einer Skala von 1-7), d.h. die Menschen stimmen der Aussage tendenziell eher nicht zu. Dennoch stimmen der Aussage im Jahr 2016 15% der Ostdeutschen und 10% der Westdeutschen „voll und ganz zu“.

Abbildung 95: Fremder im eigenen Land



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Durch die vielen Ausländer in Deutschland fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Die Deutschen sind 2015 auch mehrheitlich der Meinung, dass Fremdenfeindlichkeit in Deutschland stark verbreitet ist. 51% der Westdeutschen und 62% der Ostdeutschen sehen dies so (Tabelle 38). Weite Teile der deutschen Bevölkerung machen sich Sorgen über die Ausländerfeindlichkeit und den Fremdenhass im eigenen Land (Abbildung 96). Nur eine Minderheit von etwa

II. Politische Sphäre

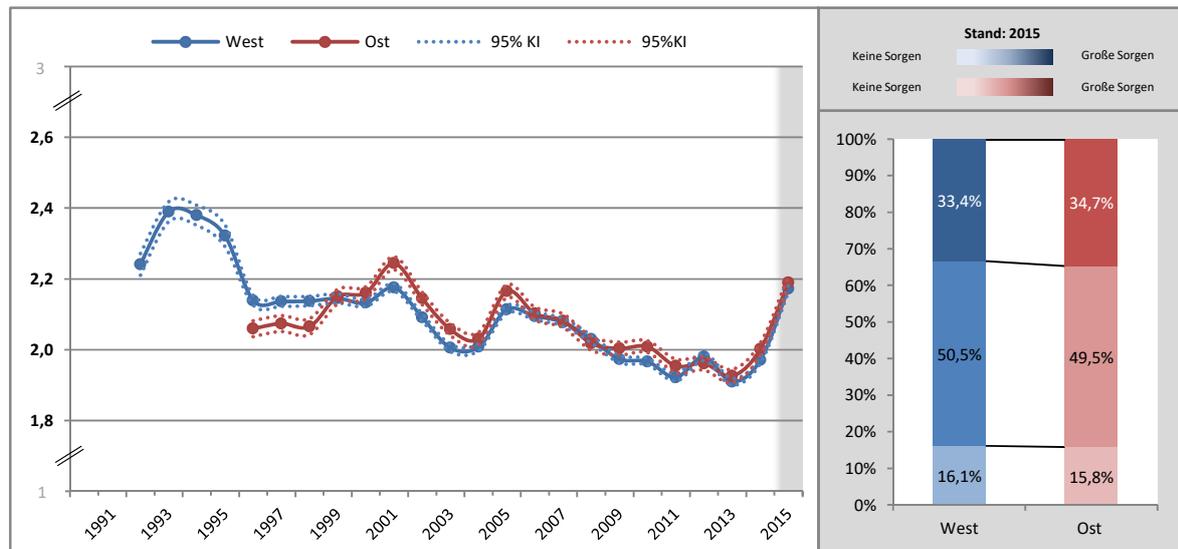
16% hat diese Bedenken nicht. Im Zeitverlauf sind die Sorgen bis 2013 zurückgegangen, aber in den darauffolgenden Jahren wieder deutlich größer geworden. Es gibt keine Ost-West-Unterschiede: Die Menschen in Ost- und Westdeutschland teilen die Sorgen über Rassismus und Fremdenhass im Land in gleicher Weise.

Tabelle 38: Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Gar nicht stark	1,4	1,4	-0,1
Nicht so stark	47,6	37,1	-10,5 ***
Stark	41,7	50,4	8,7 ***
Sehr stark	9,3	11,1	1,8 ***

Anmerkungen: POLITBAROMETER 2015: „Was meinen Sie, ist Fremdenfeindlichkeit in Deutschland sehr stark verbreitet, stark, nicht so stark, oder gar nicht verbreitet?“ Ost-West-Differenz: Prozentwerte in Ostdeutschland – Prozentwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Abbildung 96: Sorgen über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten machen Sie sich da Sorgen? Über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland.“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Keine Sorgen (1), Einige Sorgen (2) und Große Sorgen (3).

3.4.6.2 Rechtsextremismus

Rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und Asylsuchende ist seit Jahren ein zentrales Thema der extremen Rechten (vgl. Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke).³⁶ Hasskommentare in sozialen Netzwerken haben sich seitdem vervielfacht.³⁷ Sie handeln von rassistischer Abwertung von Migranten bis hin zu offenen Gewaltfantasien.³⁸ In noch extremerer Form spiegelt sich der gesellschaftliche Konflikt in Art und Ausmaß politisch motivierter Kriminalität am rechten Rand wider.

Proteste gegen geplante oder bestehende Flüchtlingsunterkünfte und verübte Angriffe auf eben solche sind seit 2014, vor allem im dritten und vierten Quartal 2015, stark gestiegen (Abbildung 97).³⁹ Insgesamt wurden in den Jahren 2015 und 2016 jeweils circa 1.000 Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt.⁴⁰ Im Jahr 2014 waren es nur knapp 200. Die Anzahl der Kundgebungen und Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte lag 2014 und 2015 bei circa 100 und sank auf 25 im Jahr 2016. Bei den meisten Angriffen handelte es sich um Sachbeschädigungen, Propaganda und Volksverhetzungsdelikten. Neun von zehn Straftaten waren rechtsextremistisch motiviert. Der

³⁶ Vgl. Vorbemerkung der Fragesteller: Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan van Aken, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im ersten Quartal 2014“, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/1399, zu finden unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/>.

³⁷ Der Bundesminister des Innern hat beispielsweise die Internetplattform „Altermedia Deutschland“ am 27. Januar 2016 verboten. Hintergrund war insbesondere die Verbreitung rassistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer und islamfeindlicher Inhalte.

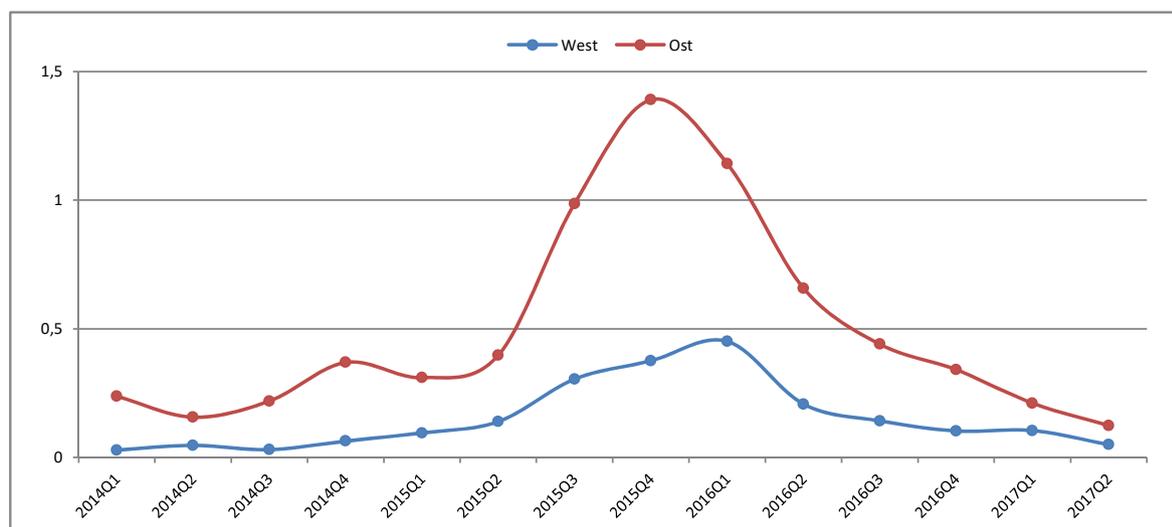
³⁸ Vgl. Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2015, Fakten und Tendenzen, Kurzzusammenfassung.

³⁹ Vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan van Aken, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte“. Zahlen für vier Quartale 2014: Bundestag Drucksache 18/3964 vom 06.02.2015; Zahlen für vier Quartale 2015: Bundestag Drucksache 18/7465 vom 04.02.2016; Zahlen für vier Quartale 2016: Bundestag Drucksache 18/11298 vom 22.02.2017. Zahlen für erstes und zweites Quartal 2017: Bundestag Drucksache 18/13242 vom 03.08.2017, zu finden unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/>. Die Zahlen zu den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte in den Antworten sind aufgrund von späteren Nachmeldungen etwas niedriger als die Zahlen der endgültigen amtlichen Statistik, werden hier aber verwendet, weil sie die Straftaten *pro Bundesland* ausweisen.

⁴⁰ Für das hier betrachtete Unterthema „gegen Asylunterkünfte“ sind die Zahlen aus den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 vergleichbar (vgl. BT-Drucksache 18/11298 vom 22.02.2017, S4.). Seit 2016 wird zusätzlich auch die Anzahl der Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und der tatsächlichen Angriffe auf Flüchtlinge bzw. Asylsuchende außerhalb ihrer Unterkunft oder dezentralen Wohnungen ausgewiesen. Die Zahl lag für ganz Deutschland bei 2545, und wird in der Grafik nicht berücksichtigt.

rückläufige Trend im zweiten Halbjahr 2016 setzte sich auch im ersten Halbjahr 2017 fort. In Relation zur Einwohnerzahl⁴¹ liegt die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünften in den ostdeutschen Bundesländern inkl. Berlin höher als in den westdeutschen Bundesländern (Abbildung 97).

Abbildung 97: Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünften je 100.000 Einwohner



Anmerkungen: Alle Proteste und Übergriffe gegen Asylunterkünften nach Ost und West je 100.000 Einwohner. Berlin wird hier zu Ostdeutschland gezählt, Trennung in Ost- und West-Berlin nach den Daten nicht möglich. Quelle: Bundestagsanfragen der Fraktion DIE LINKE „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünften“ (siehe Fußnote 30).

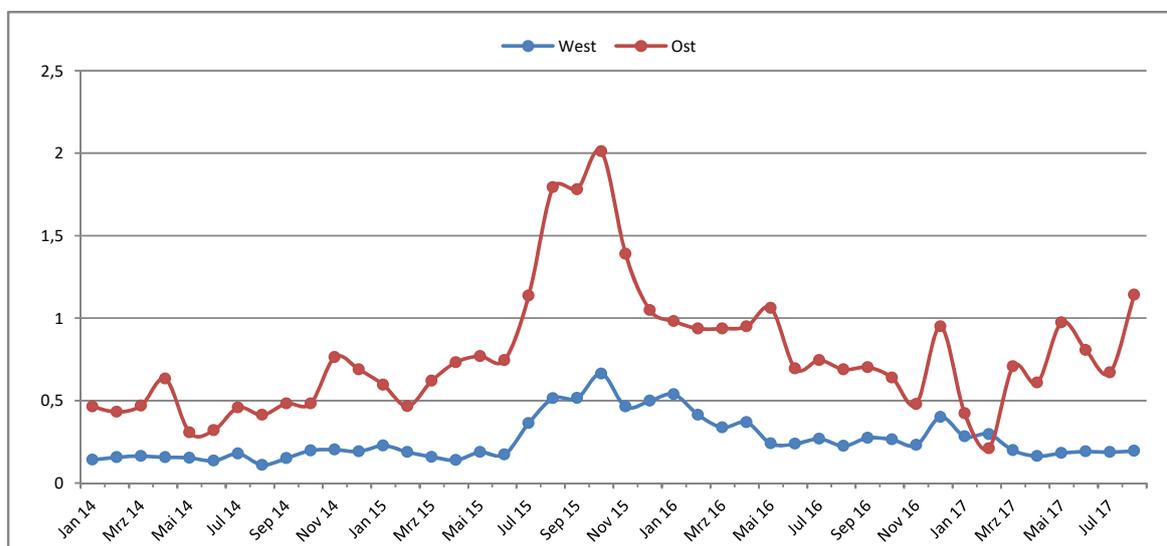
Zu den ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten liegen ebenfalls Zahlen für Ost- und Westdeutschland aus Antworten der Bundesregierung auf Bundestagsanfragen vor (Abbildung 98).⁴² Wie bei den Angriffen auf die Flüchtlingsunterkünfte sind drei Punkte deutlich zu erkennen: erstens sind die Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund von 2014 auf 2015 dramatisch angestiegen, zweitens sind die Straftaten ab 2016 wieder rückläufig, stabilisieren sich aber auf höherem Niveau als in 2014. Im ersten Halbjahr 2017 sind die Zahlen im

⁴¹ Vgl. Bevölkerungsstand nach Jahr 2014 und 2015 (wird als letztverfügbares Jahr auch für 2016 und 2017 verwendet) für westdeutsche Länder und ostdeutsche Länder inkl. Berlin https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/_/rbev03.html

⁴² Vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Frank Tempel, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Januar 2014“, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/781 vom 12.03.2014. Monatlich fortlaufend bis August 2017 Drucksache 18/13671 vom 09.10.2017, zu finden unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/>. Die Zahlen zu ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Straftaten in den Antworten sind aufgrund von späteren Nachmeldungen etwas niedriger als die Zahlen der endgültigen amtlichen Statistik, werden hier aber verwendet, weil sie die Straftaten *pro Bundesland* ausweisen.

Osten angestiegen. Drittens werden im Osten Deutschlands in Relation zur Einwohnerzahl häufiger fremdenfeindlich motivierte Straf- und Gewalttaten verübt als im Westen.⁴³

Abbildung 98: Straf- und Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund je 100.000 Einwohner



Anmerkungen: Straf- und Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund je 100.000 Einwohner, nach Ost und West je 100.000 Einwohner. Berlin wird hier zu Ostdeutschland gezählt, Trennung in Ost- und West-Berlin nach den Daten nicht möglich. Quelle: Monatliche Bundestagsanfragen der Fraktion DIE LINKE „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland“, Januar 2014 – August 2017.

Neben Flüchtlingshass und der Befürwortung von Ausländerfeindlichkeit gehört Antisemitismus zu den Einstellungen, die eindeutig einem rechtsextremistischen Weltbild zugeordnet werden können (Niedermayer und Stöss, 2005).⁴⁴ Die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen gegenüber Juden sind in Tabelle 39 dargestellt. Die Aussagen „Juden tun mir leid“, „Juden regen mich auf“ oder „Juden machen mir Angst“ lehnen die meisten Menschen in Deutschland auf einer Skala von (1) „trifft überhaupt nicht zu“ bis (4) „trifft voll und ganz zu“ deutlich ab. Die Westdeutschen mit Werten von 1,3-1,5 noch etwas mehr als die Ostdeutschen. Sympathiewerte für Juden liegen in Deutschland durchschnittlich im Mittelbereich. „Juden sind mir sympathisch“ trifft für Westdeutsche mit einem Mittelwert von 2,7 knapp eher zu, für Ostdeutsche mit 2,4 knapp eher nicht zu (Tabelle 39).

⁴³ Vgl. Bevölkerungsstand nach Jahr 2014 und 2015 (wird als letztverfügbares Jahr auch für 2016 und 2017 verwendet) für westdeutsche Länder und ostdeutsche Länder inkl. Berlin https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabelle/_lrbev03.html

⁴⁴ Weitere rechtsextreme Einstellungen sind Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (Niedermayer und Stöss, 2016).

Tabelle 39: Einstellungen zu Juden

Juden ...	West	Ost	Ost-West-Differenz
Trifft überhaupt nicht zu (1) – Trifft voll und ganz zu (4)			
tun mir leid	1,49	1,65	0,16 ***
regen mich auf	1,36	1,51	0,15 ***
sind mir sympathisch	2,71	2,36	-0,35 ***
machen mir Angst	1,27	1,42	0,15 ***

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „In Deutschland lebende Juden tun mir leid/regen mich auf/sind mir sympathisch/machen mir Angst.“ Antwortmöglichkeiten 1-4: Trifft überhaupt nicht zu (1), Trifft eher nicht zu (2), Trifft eher zu (3) und Trifft voll und ganz zu (4 Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Antisemitismus mit der israelischen (Siedlungs-)Politik zu rechtfertigen, halten etwas mehr Ostdeutsche als Westdeutsche für angebracht (Tabelle 40). Hier bewegen sich die Zustimmungswerte in beiden Landesteilen auf mittlerem, gerade noch ablehnendem Niveau (Mittelwerte im Westen 3,4; im Osten 3,6; auf einer Antwortskala von (1) „Stimme überhaupt nicht zu“ bis (7) „Stimme voll und ganz zu“). Explizit danach gefragt, ob es ungerecht sei, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt, lässt die Zustimmung nach oben schnellen, sie liegt im Osten und im Westen in etwa gleich hoch bei Mittelwerten über 5 Skalenpunkten.

Im Zeitverlauf sind negative Einstellungen gegenüber Juden in Deutschland im Westen zurückgegangen, während sie im Osten gleichgeblieben bzw. sogar größer geworden sind. Dies führt dazu, dass sich die Einstellungen seit 2012 in beiden Landesteilen weitgehend angeglichen haben.

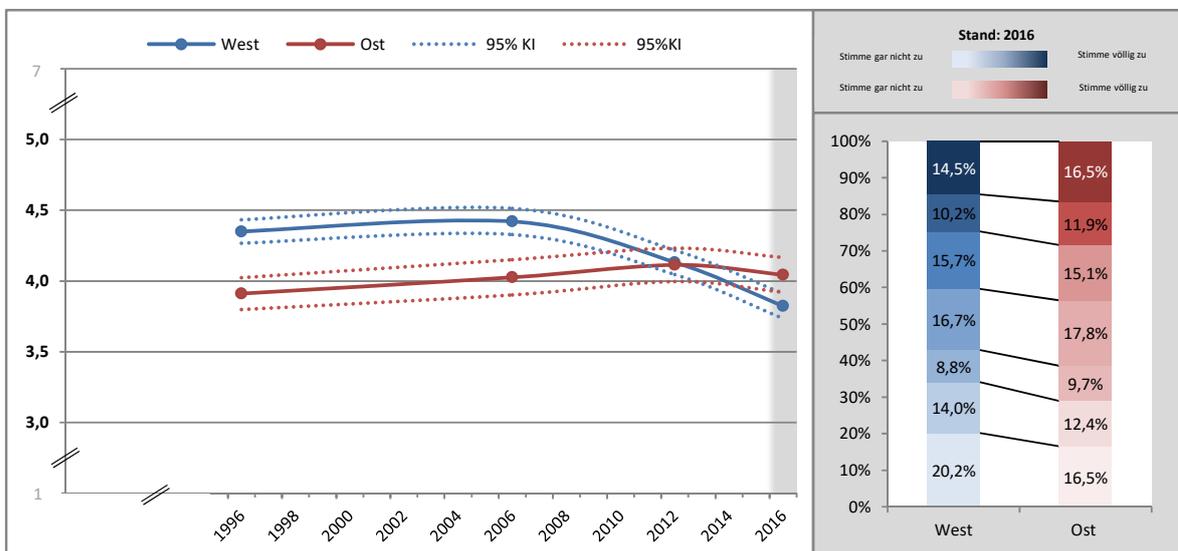
Im Einzelnen zeigt sich, dass die Abneigungen gegen Juden am größten sind, wenn diese indirekt negativ auf das eigene persönliche Wohl wirken könnten. Das ist der Fall, wenn „viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.“ Dieser Aussage stimmen die Deutschen auf einer Skala von 1 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 7 „stimme voll und ganz zu“ seit 20 Jahren mit Werten zwischen 3,8 und 4,4 zu (Abbildung 99). Im Ost-West-Vergleich zeigen sich wie beschrieben entgegengesetzte Verläufe. Die Überzeugung, dass Juden die deutsche Vergangenheit ausnutzen, ist im Westen über die letzten 20 Jahre deutlich zurückgegangen, und im Osten leicht angestiegen, so dass diese antisemitische Einstellung nun im Osten minimal weiter verbreitet ist.

Tabelle 40: Einstellungen gegenüber Israel

	West	Ost	Ost-West-Differenz
Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll und ganz zu (7)			
Ablehnung wegen Politik Israels	3,40	3,63	0,23 ***
Ungerecht, dass Israel Land wegnimmt	5,26	5,32	0,07

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat/Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7). Ost-West-Differenz: Mittelwerte in Ostdeutschland – Mittelwerte in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

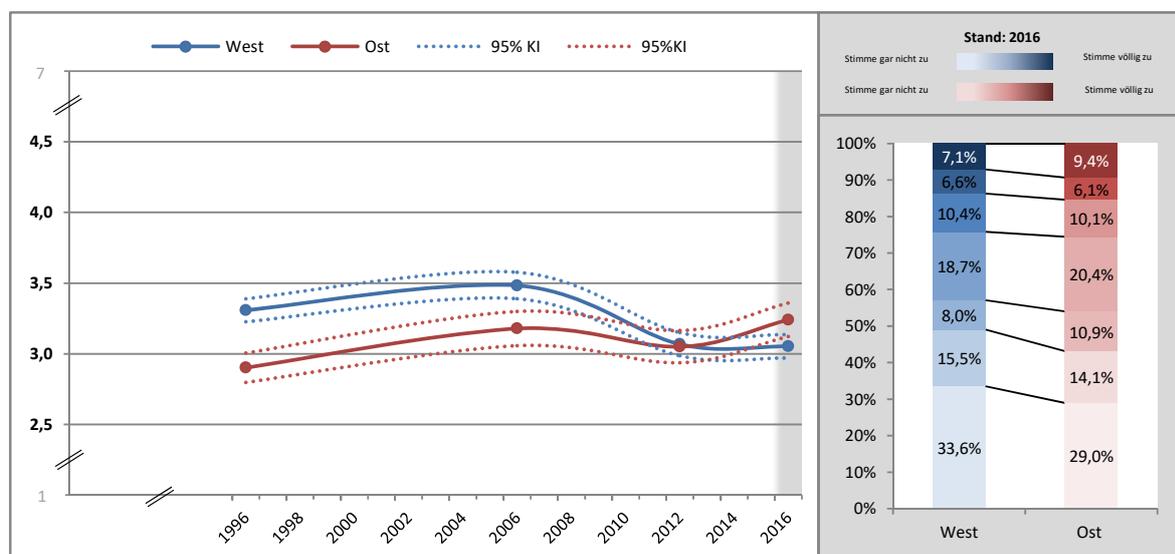
Abbildung 99: Juden nutzen deutsche Vergangenheit aus



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Wir haben einmal einige davon hier zusammengestellt. Würden Sie mir bitte – wieder anhand der Liste – sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen? Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Dieser konvergente Trend lässt sich auch in Abbildung 100 ablesen, die in etwas abstrakterer Form als bei der vorherigen Frage die Einstellung der Deutschen über den Einfluss der Juden auf der Welt darstellt. Auf niedrigem Niveau mit unterdurchschnittlichen Werten von circa 2,9-3,5 Skalenpunkten stimmen die Deutschen der Aussage, dass die Juden zu viel Einfluss auf der Welt haben, eher nicht zu. Die Werte lagen 1996 und 2006 im Westen deutlich höher als im Osten und glichen sich im Jahr 2012 dem niedrigeren Ost-Niveau an. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen von Holtmann et al. (2015). Seitdem ist die Zustimmung im Osten angestiegen und im Westen konstant geblieben, sodass sich am aktuellen Rand 2016 die Ost-West-Differenz umdrehte. Knapp mehr Ostdeutsche als Westdeutsche sind im Durchschnitt der Meinung, dass Juden zu viel Einfluss auf der Welt haben.

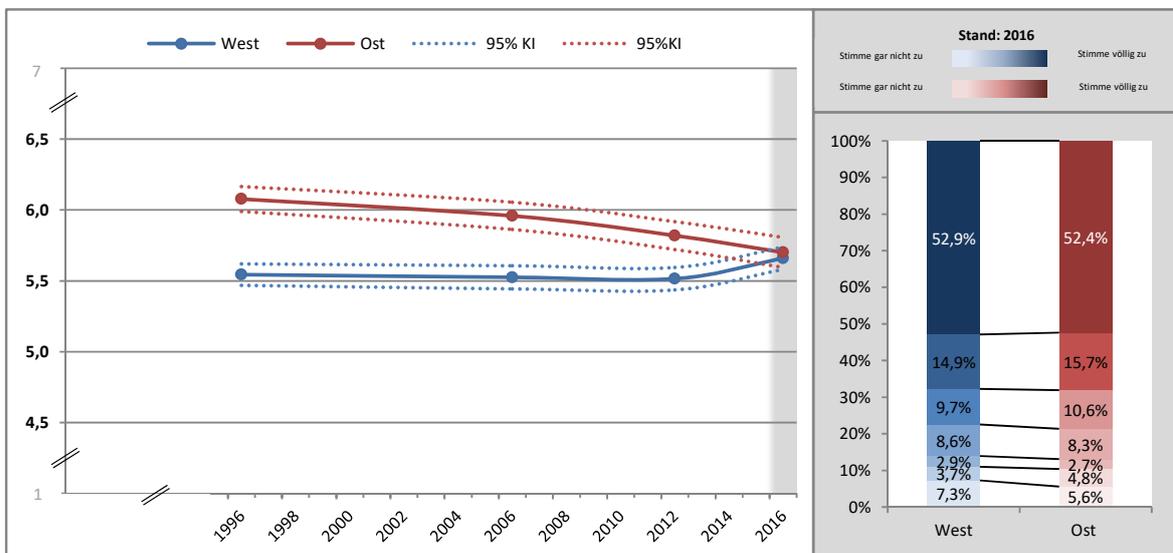
Abbildung 100: Juden haben zu viel Einfluss auf der Welt



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Wir haben einmal einige davon hier zusammengestellt. Würden Sie mir bitte – wieder anhand der Liste – sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen? Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

Der Aussage „Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben“, stimmen in beiden Landesteilen auf hohem Niveau deutliche Mehrheiten zu (Abbildung 101). Im Osten sind die Zustimmungswerte in den Jahren 1996 und 2006 deutlich höher als im Westen. Aber auch hier ist ein rückläufiger Trend zu beobachten. Die Scham über deutsche Untaten sinkt in Ostdeutschland bis zum Jahr 2016. In Westdeutschland hat die Scham von 2012 bis 2016 zugenommen, diejenige der Ostdeutschen aber nicht überholt. Aktuell besteht bei dieser Einstellung auf hohem Niveau Einigkeit in Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 101: Scham über deutsche Verbrechen an Juden



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Wir haben einmal einige davon hier zusammengestellt. Würden Sie mir bitte – wieder anhand der Liste – sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen? Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

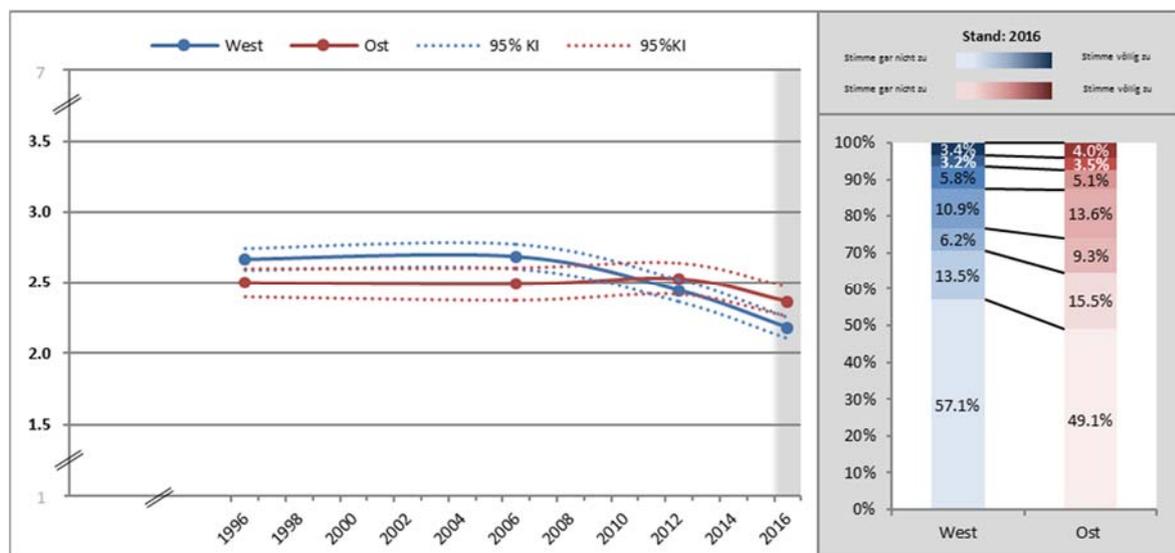
Auf insgesamt niedrigerem Niveau mit Mittelwerten zwischen 2,2 und 2,7 finden die Deutschen, dass die Juden durch ihr Verhalten nicht ganz unschuldig an ihren Verfolgungen sind (Abbildung 102). Im Osten sind die Zustimmungswerte relativ konstant über die Zeit bzw. in den letzten vier Jahren leicht sinkend. Im Westen waren die Werte in den Jahren 1996 und 2006 zunächst höher als im Osten und fielen dann bis 2016 deutlicher ab, sodass mittlerweile etwas mehr Ostdeutsche als Westdeutsche der Meinung sind, die Juden tragen eine Mitschuld an ihrer Verfolgung.

Im Extremismusbereich lassen sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Die antisemitischen Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts pro 100.000 Einwohner⁴⁵ sind in Ostdeutschland (inkl. Berlin) seit Jahren auf

⁴⁵ Vgl. Bevölkerungsstand nach Jahr 2014 und 2015 (wird als letztverfügbares Jahr auch für 2016 und 2017 verwendet) für westdeutsche Länder und ostdeutsche Länder inkl. Berlin https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen_/lrbev03.html

einem höheren Niveau als in Westdeutschland (Abbildung 103).⁴⁶ Da in den Bundestagsdrucksachen die Zahlen für Berlin nicht nach Ost-Berlin und West-Berlin separat ausgewiesen werden, und vor allem weil in Berlin im Vergleich zu allen anderen deutschen Bundesländern sehr viel häufiger antisemitische Straftaten begangen werden, sind in Abbildung 104 die antisemitischen Straf- und Gewalttaten nochmals ohne dem Bundesland Berlin dargestellt. Die Ost-West-Differenz halbiert sich im Großen und Ganzen, bleibt aber persistent bestehen.

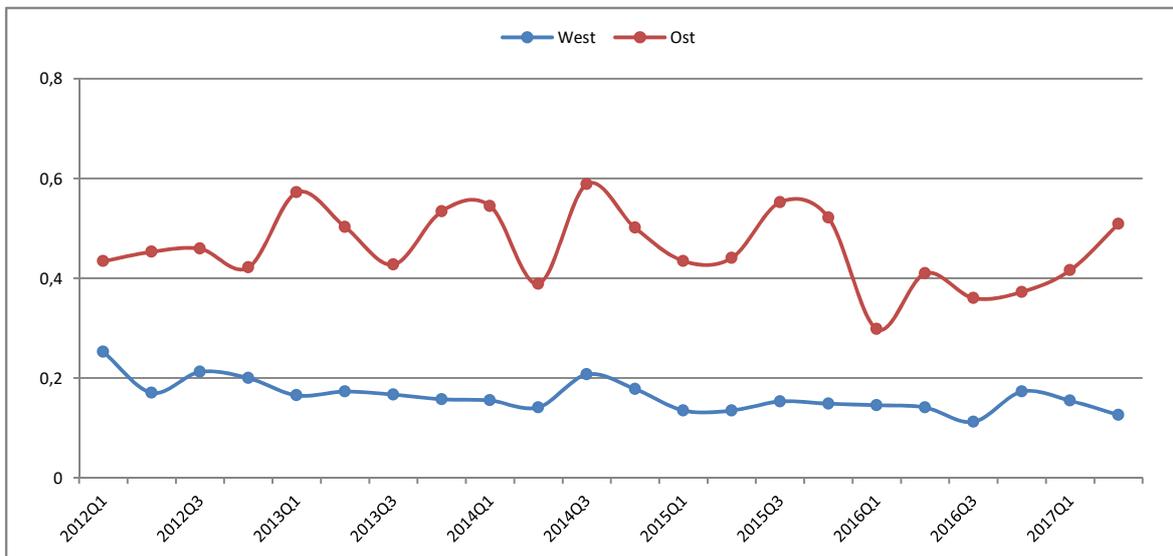
Abbildung 102: Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Wir haben einmal einige davon hier zusammengestellt. Würden Sie mir bitte – wieder anhand der Liste – sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen? Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.“ Antwortmöglichkeiten 1-7: Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (7).

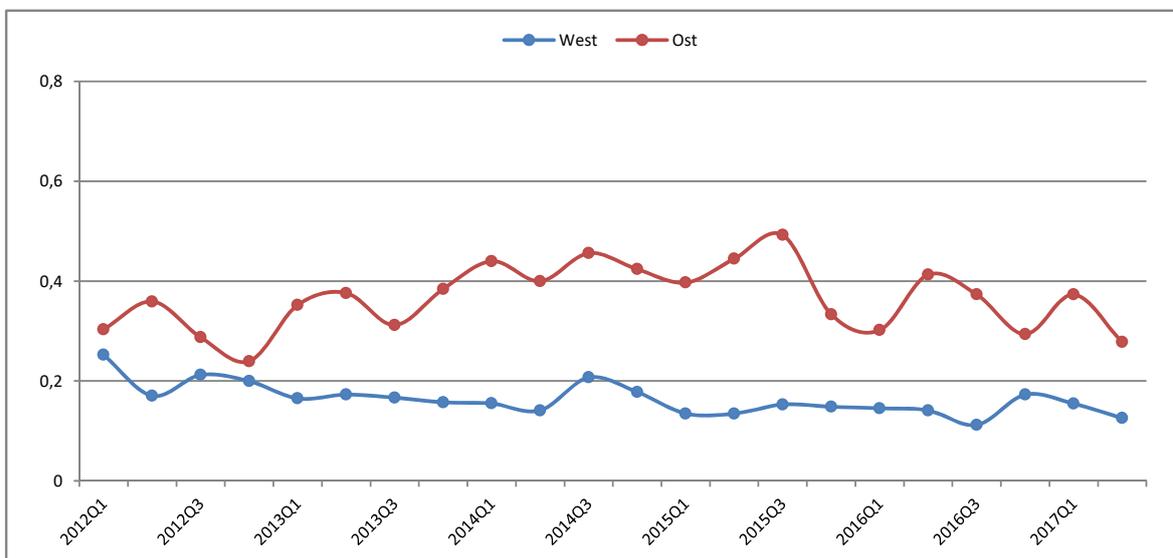
⁴⁶ Vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfragen der Abgeordneten der Abgeordneten Petra Pau, Jan Korte, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE „Antisemitische Straftaten im ersten Quartal 2012“, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9901 vom 11.06.2012. Quartalsweise fortlaufend bis 2. Quartal 2017 BT-Drucksache 18/13266 vom 07.08.2017, zu finden unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/>. Die Zahlen zu antisemitischen Straftaten in den Antworten sind aufgrund von späteren Nachmeldungen etwas niedriger als die Zahlen der endgültigen amtlichen Statistik, werden hier aber verwendet, weil sie die Straftaten *pro Bundesland* ausweisen.

Abbildung 103: Antisemitische Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts je 100.000 Einwohner



Anmerkungen: Antisemitische Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts, nach Ost und West je 100.000 Einwohner. Berlin wird hier zu Ostdeutschland gezählt, Trennung in Ost- und West-Berlin nach den Daten nicht möglich. Quelle: Anfragen der Fraktion DIE LINKE „Antisemitische Straftaten pro Quartal“, 1. Quartal 2014 – 2. Quartal 2017.

Abbildung 104: Antisemitische Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts je 100.000 Einwohner, ohne Berlin



Anmerkungen: Antisemitische Straf- und Gewalttaten aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts, nach Ost und West je 100.000 Einwohner. Ohne Bundesland/Einwohner Berlin. Quelle: Anfragen der Fraktion DIE LINKE „Antisemitische Straftaten pro Quartal“, 1. Quartal 2014 – 2. Quartal 2017.

4. Ursachenforschung nach Ost-West-Unterschieden

In der deskriptiven Analyse wurde deutlich, dass die Entwicklung der Einstellungen aus der politischen Sphäre in Ost- und Westdeutschland differenziert betrachtet werden muss. Während einige Einstellungen konvergiert sind oder sich ohnehin kaum unterschieden, bestehen bei einigen Einstellungen Unterschiede bis zum aktuellen Rand fort. In diesem Kapitel wird eine Auswahl an Einstellungen, die noch immer deutliche Ost-West-Unterschiede zeigen, einer tieferen Analyse unterzogen. In zwei Analyseschritten wird untersucht, inwieweit die Ost-West-Unterschiede erklärt werden können und in welchen Bevölkerungsgruppen die Unterschiede vornehmlich vorherrschen.⁴⁷

Der erste Analyseschritt stellt die Frage, ob demographische, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland für die Unterschiede in Einstellungen verantwortlich sind. Denn Ostdeutsche unterscheiden sich in vielen Merkmalen, die wiederum Einstellungen beeinflussen, von Westdeutschen. Beispielsweise sind die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt älter, verfügen über geringere Haushaltseinkommen und haben seltener einen Migrationshintergrund. Außerdem sind die ostdeutschen Regionen von höherer Arbeitslosigkeit geprägt.⁴⁸ Anhand der Ergebnisse von Regressionsanalysen kann abgelesen werden, ob die Unterschiede auch nach Angleichung der Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschland fortbestehen würden. Für die Analysen werden sowohl individuelle als auch regionale Erklärungsfaktoren verwendet. Die individuellen Merkmale sind das Alter in Jahren (und das quadrierte Alter), das Geschlecht, der Migrationshintergrund, der Ehestand, der Schulabschluss, die Anzahl der Kinder, die Erwerbssituation und das Haushaltseinkommen.⁴⁹ Auf der Ebene von insgesamt 96 Regionen, in denen die Befragten wohnen, kommen die Geburtenziffer, acht Maße der Altersstruktur der Bevölkerung (20-34, 35-49, 50-64, 65 und älter, jeweils nach Geschlecht), der Anteil der Asylleistungsempfänger und der Ausländeranteil als demographische regionale Maße zum Einsatz. Regionale wirtschaftliche Kontrollen sind die Arbeitslosenquote, die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen, die Arbeitslosenquote der Ausländer, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das verfügbare Einkommen pro Kopf und der Anteil der SGBII-Bezieher.

Im zweiten Analyseschritt wird untersucht, in welchen Bevölkerungsgruppen und Regionen die Ost-West-Unterschiede besonders groß sind und in welchen sie womöglich gar nicht beobachtet werden. Dazu werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb kleiner Gruppen, die anhand der oben genannten Merkmale beschrieben werden, ausgewiesen. Ost-West-Unterschiede in Einstellungen innerhalb besser vergleichbarer Gruppen können nähere Hinweise darauf liefern, welchen Ursprung sie haben und wie wahrscheinlich sie auch in Zukunft fortbestehen.

⁴⁷ Eine nähere Beschreibung der Analysemethoden befindet sich im Anhang.

⁴⁸ Eine nähere Beschreibung der Merkmalsunterschiede befindet sich im Anhang.

⁴⁹ Wegen einer großen Anzahl fehlender Werte kann das Haushaltseinkommen nicht in den Regressionsanalysen mit dem Allbus verwendet werden.

4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?

In Westdeutschland neigen mehr Menschen einer bestimmten politischen Partei zu als in Ostdeutschland. Gleiche individuelle Merkmale würden den Unterschied sogar noch vergrößern. Durch Hinzunahme der regionalen Kontrollen verringert sich der Unterschied, aber auch wenn alle Merkmale sich angleichen, ist nicht damit zu rechnen, dass die Westdeutschen nicht trotzdem häufiger eine Parteineigung zeigen.

Von Politikern denken Ostdeutsche häufiger, dass sie an den einfachen Leuten nicht interessiert seien. Ein Einfluss von individuellen Merkmalen ist nicht auszumachen, während regionale Bedingungen einen Teil des Unterschieds zu erklären scheinen, aber wegen großer Schätzunsicherheit schwer zu interpretieren sind. Ostdeutsche sind seltener Parteimitglied, häufiger Nichtwähler und sehen sich auf der Links-Rechts-Skala weiter links. Unterschiede in den politischen Einstellungen sind von der Hinzunahme individueller Kontrollen unbeeinflusst; regionale Unterschiede tragen mit großer Schätzunsicherheit unterschiedlich zur Erklärung bei. Im Falle der Links-Rechts-Einstufung wird der Unterschied durch die regionalen Kontrollen noch weiter vergrößert, was durch die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung hervorgerufen wird, wie sich in tiefergehenden Analysen zeigt.

Bei den Fragen, auf was die Deutschen stolz in ihrem Land sind, antworten die Befragten beider Landesteile unterschiedlich. Der Stolz auf die deutschen Errungenschaften in Kunst und Literatur ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt, der Stolz auf den Sozialstaat und das Grundgesetz dafür stärker in Westdeutschland. Die individuellen Kontrollen können kaum etwas von diesen Unterschieden erklären. Regional unterschiedliche Bedingungen scheinen ein Grund für den Unterschied im Stolz auf den Sozialstaat zu sein, dennoch lässt er sich nicht vollständig erklären. Die Ost-West-Unterschiede in den beiden anderen Maßen sind auch von regionalen Kontrollen unbeeinflusst.

Die Einstellungen gegenüber Ausländern fallen in Ostdeutschland negativer aus als in Westdeutschland. Ostdeutsche möchten eher, dass Ausländer untereinander heiraten und bei knapper Arbeit heimgeschickt werden. Außerdem sind Ostdeutsche häufiger gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und betonen stärker, dass die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, eine Voraussetzung für die Einbürgerung sein sollte. Die Unterschiede werden kaum durch individuelle Kontrollen beeinflusst und bleiben groß und statistisch signifikant. Dafür verringert sich der Unterschied in allen Maßen durch Hinzunahme der regionalen Merkmale. Unterschiede in regionalen Begebenheiten sind also teilweise für die großen Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern verantwortlich. Hauptsächlich kann der Erklärungsgehalt auf die Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung zurückgeführt werden. Einen Teil des Unterschieds in der Befürwortung, dass Ausländer bei knapper Arbeit heimgeschickt werden sollen, lässt sich außerdem mit unterschiedlichen Anteilen ausländischer Bevölkerung in der Region erklären. Wegen der großen Schätzunsicherheit kann aber nicht direkt abgeleitet werden, dass die Unterschiede bei Angleichung der regionalen Bedingungen verschwinden würden.

II. Politische Sphäre

Ostdeutsche befürworten wesentlich stärker eine Einschränkung der Islamausübung, was nicht durch individuelle Kontrollen erklärt wird. Außerdem wollen sie Ausländern seltener gleiche Sozialleistungen zugestehen als Westdeutsche. Mit gleichen individuellen Merkmalen und regionalen Begebenheiten würden sich die Ost-West-Unterschiede nicht wesentlich verkleinern.

Ostdeutsche vertreten eher die Meinung, dass Ausländer mehr Straftaten begehen. Besonders stark ausgeprägt ist der Unterschied aber bei der Ansicht, dass Ausländer das Sozialnetz belasten. Ostdeutsche sehen in Ausländern eher Störfaktoren und sind seltener als Westdeutsche der Meinung, dass Ausländer die Kultur bereichern; vielmehr glauben sie häufiger, dass Ausländer den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Keiner der Unterschiede ist signifikant durch individuelle Merkmalsdifferenzen zu erklären. Lediglich in der Frage der Bereicherung der Kultur verringert sich der Unterschied bei Hinzunahme von regionalen Kontrollen deutlich. Wirtschaftliche Unterschiede tragen nur wenig Erklärungsgehalt bei, der wesentliche Beitrag kommt von Unterschieden in den Ausländeranteilen und der Altersstruktur in der Bevölkerung in den Regionen.

Sowohl Wirtschaftsflüchtlingen als auch Asylsuchenden wollen Ostdeutsche seltener den Zuzug ins Land erlauben als Westdeutsche. Individuelle Kontrollen ändern kaum etwas an diesem Unterschied. Die Schätzungen der Ost-West-Unterschiede werden bei Hinzunahme der regionalen Kontrollen sehr unpräzise. In der Tendenz verringern die Ausländeranteile und auch demographische Zusammensetzung den Unterschied, während die Kontrolle von wirtschaftlichen regionalen Merkmalen den Ost-West-Unterschied wieder leicht vergrößert.

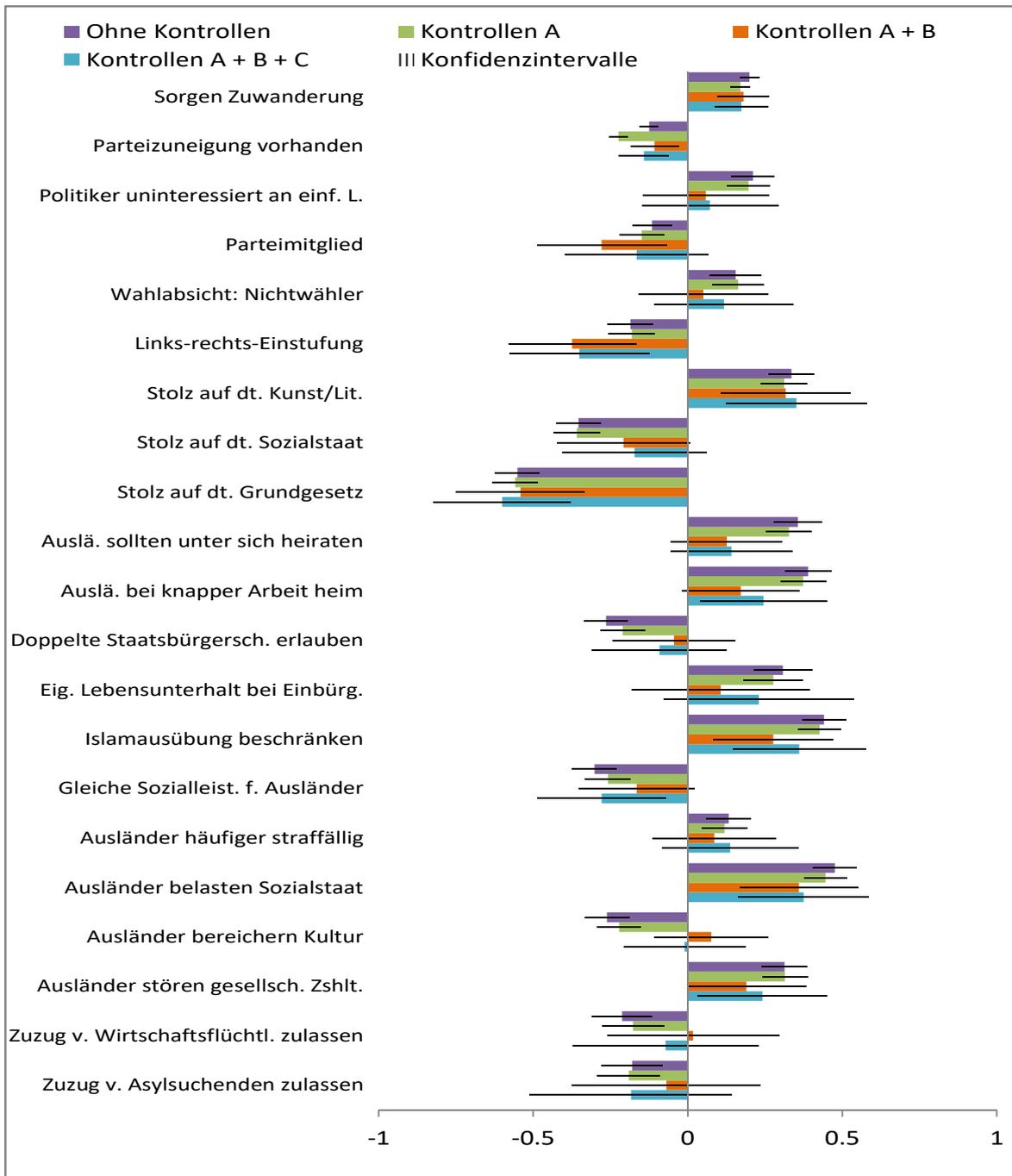
Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Einstellungen der Ostdeutschen gegenüber Ausländern deutlich negativer ausfallen als diejenigen der Westdeutschen. Diese Unterschiede können nicht auf persönliche beobachtbare Merkmale zurückgeführt werden. Wären die Bevölkerungen im Osten und Westen gleich zusammengesetzt – nach Alter, Migrationshintergrund, Bildungsgrad, Familienstand, und wirtschaftlicher Lage – würden sie sich trotzdem noch in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern unterscheiden. In mehreren Fällen zeigt sich die Tendenz, dass die Unterschiede in den regionalen Ausländeranteilen und der regionalen demographischen Zusammensetzung einen Teil der Ost-West-Differenz erklären können.

Wie sind die Graphiken zu lesen?

Die Abbildungen in den Kapiteln zur Ursachenforschung zeigen die Ergebnisse verschiedener statistischer Berechnungen. Diese Regeln helfen sie ganz einfach zu verstehen:

- Die Balken verdeutlichen den Ost-West-Unterschied. **Je größer** der Balken, **desto größer** der **Ost-West-Unterschied**.
- Ein Balken nach **links** in den negativen Bereich bedeutet: die Einstellung ist in Ostdeutschland **weniger** ausgeprägt. Ein Balken nach **rechts** in den positiven Bereich sagt entsprechend, dass die Einstellung in Ostdeutschland **stärker** ausgeprägt ist.
- Die erste Abbildung dieses Kapitels führt „**Kontrollen**“ ein. Damit sind Merkmale der Befragten gemeint. Der Balken sagt aus: wie groß ist der **Ost-West-Unterschied**, wenn diese **Merkmale gleich** wären?
- Alle weiteren Abbildungen beschreiben den Unterschied in Einstellungen innerhalb verschiedener Gruppen. Ein Beispiel: wie groß ist der Ost-West-Unterschied für alle unter 35-Jährigen?

Abbildung 105: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen



Lesebeispiel: Die Sorgen über Zuwanderung sind bei Ostdeutschen um 0,2 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen. Werden individuelle Kontrollen A hinzugefügt, verringert sich der Abstand auf 0,17, Kontrollen B und C erhöhen ihn wieder. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Kontrollen A beinhalten individuelle Merkmale (Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Ehestand, Schulabschluss, Anzahl der Kinder, Erwerbssituation, Haushaltseinkommen), Kontrollen B beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Demographie, Kontrollen C beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Wirtschaft. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Um näher zu beleuchten, welche Bevölkerungsgruppen für die Ost-West-Unterschiede verantwortlich sind, werden im Nachfolgenden die Ost-West-Unterschiede für verschiedene Bevölkerungsgruppen, die anhand der individuellen und regionalen Merkmale definiert werden, untersucht.

4.2.1 Ältere Generation für viele Ost-West-Unterschiede verantwortlich

In Abbildung 106 werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb von Bevölkerungsgruppen untersucht, die nach Altersgruppen unterschieden werden. Die Regressionsergebnisse der Differenzen werden für 18-34-Jährige, 35-64-Jährige sowie für ab 65-Jährige getrennt ausgewiesen.

Die Ost-West-Unterschiede in den geäußerten Sorgen der Bevölkerung über Zuwanderung unterscheiden sich zwischen den 18-64-Jährigen und den Befragten ab 65-Jahren. Die Unterschiede in den Sorgen sind sowohl bei 18-34-Jährigen und den 35-64-Jährigen fast gleich stark ausgeprägt und überwiegen die Ost-West-Differenz der Befragten ab 65-Jahren deutlich. Bei der Zuneigung zu einer politischen Partei stellt es sich anders dar. Hier überwiegt die sehr große Ost-West-Differenz der Befragten ab 65-Jahren und eine Ost-West-Differenz der 18-34-Jährigen ist fast nicht vorhanden. 35-64-Jährige im Westen scheinen ebenfalls eine stärkere Parteizuneigung als Ostdeutsche zu haben, jedoch ist auch hier der Ost-West-Unterschied im Vergleich zu den Befragten ab 65-Jahren recht klein.

Mehr Befragte im Osten sind der Meinung, dass sich Politiker nicht für einfache Leute interessieren und die Ost-West-Differenz steigt mit dem Alter an. Des Weiteren befinden sich mehr Nichtwähler im Alter von über 35-Jahren im Osten und die Ost-West-Differenz ist für die 35-64-Jährigen am Größten, wobei der Unterschied zu den Personen ab 65-Jahren nur minimal ist. Parteimitglieder im Alter von über 35-Jahren sind überwiegend im Westen Deutschlands zu finden und die Ost-West-Differenz der Befragten ab 65-Jahren unterscheidet sich kaum von den 35-64-Jährigen. Bezüglich der Links-Rechts-Einstufung ist die Ost-West-Differenz der Personen ab 65-Jahren sehr groß und mehr Befragte aus dem Westen können sich damit im Vergleich zu Ostdeutschen identifizieren.

Unterschiede im Stolz auf deutsche Errungenschaften sind bei den 18-34-Jährigen insbesondere bei Stolz auf den deutschen Sozialstaat sowie Stolz auf das deutsche Grundgesetz etwas weniger stark ausgeprägt als bei den Befragten ab 35-Jahren. Ansonsten unterscheiden sich die Ost-West-Differenzen der verschiedenen Altersgruppen kaum und deutliche und statistisch signifikante Ost-West-Unterschiede bleiben vorhanden.

Ein ähnliches Muster ist bei den Einstellungen gegenüber Ausländern zu finden. Bei den 18-34-Jährigen sind die Ost-West-Unterschiede in den Fragen, ob Ausländer unter sich heiraten sollen, die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt sein soll, die Islamausübung eingeschränkt werden soll, Ausländer die gleichen Sozialleistungen erhalten sollen, Ausländer häufiger straffällig sind, der

II. Politische Sphäre

Einschätzung ob Ausländer den Sozialstaat belasten, die Kultur bereichern und Ausländer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stören weniger stark ausgeprägt als für Befragte ab 35-Jahren. Für die Frage ob Ausländer unter sich heiraten sollen sowie ob diese die gleichen Sozialleistungen bekommen sollen, überwiegt die Ost-West-Differenz der Befragten ab 65-Jahren den Ost-West-Unterschied der 35-64-Jährigen. Ansonsten unterscheiden sich die Ost-West-Differenzen der 35-64-Jährigen nicht wesentlich von den Ost-West-Differenzen der Befragten ab 65-Jahren. Nach der Frage ob die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt werden soll, sprechen sich etwas mehr 35-64-Jährige als Personen ab 65-Jahren aus. Ebenfalls sind es die 35-64-Jährigen, für welche die Ost-West-Differenz bei der Frage, ob Ausländer bei knapper Arbeit heimgeschickt werden sollen, am größten ist. Hier unterscheiden sich die 18-64-Jährigen nicht von den Befragten ab 65-Jahren. Bei der Frage danach, ob Ausländer bei der Einbürgerung ihren eigenen Lebensunterhalt vorweisen sollen, überwiegt die Ost-West-Differenz der 18-34-Jährigen, jedoch unterscheiden diese sich nur gering von den Ost-West-Differenzen der Befragten ab 35-Jahren.

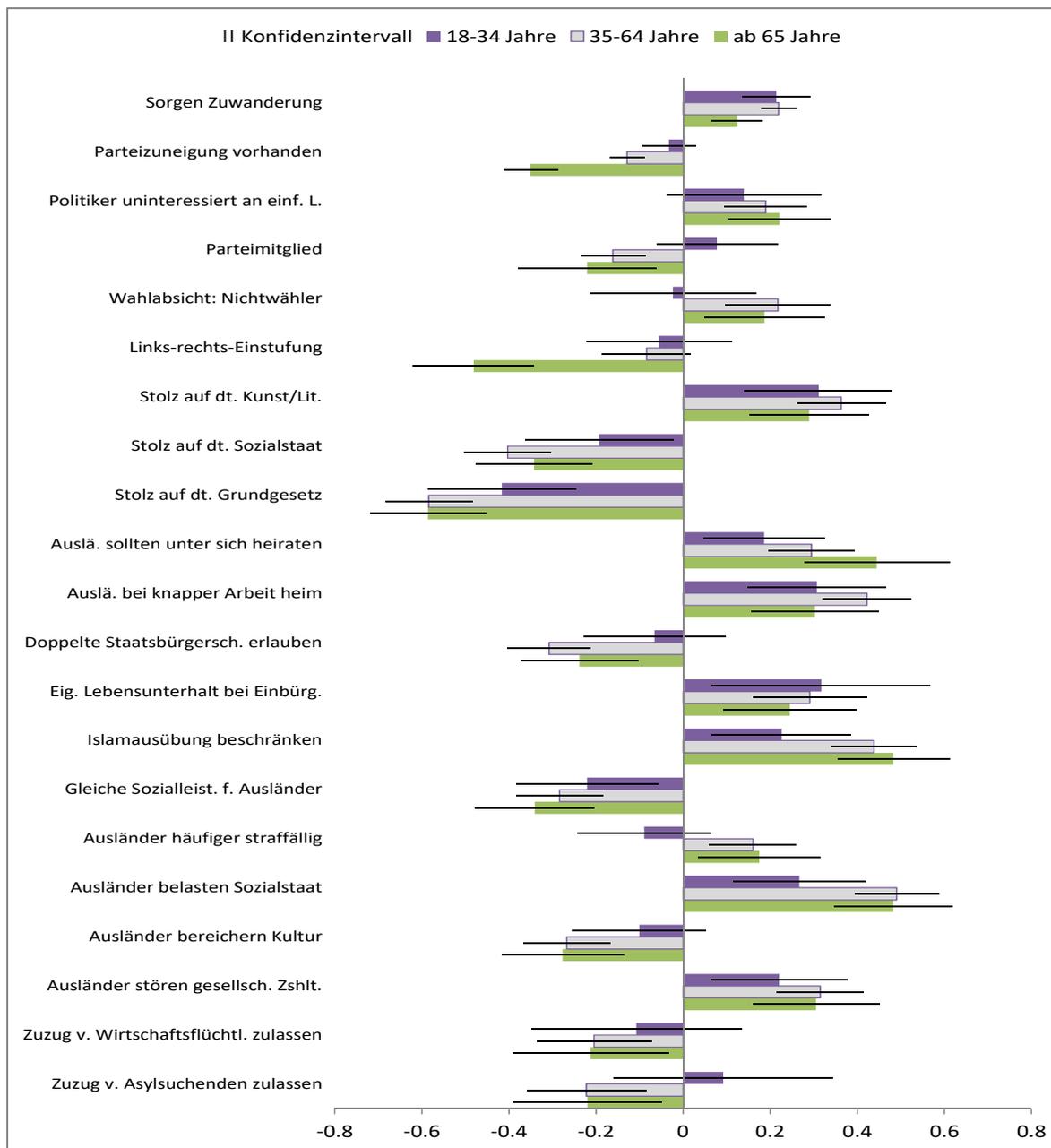
Die Unterschiede in den Einstellungen zur Zuwanderung unterscheiden sich ebenfalls zwischen den Generationen. Die 18-34-Jährigen zeigen einen im Mittel kleineren Unterschied in der Frage der Begrenzung von Flüchtlingen, die vor der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern fliehen. In der Frage der Begrenzung von Asylsuchenden dreht sich der Ost-West-Unterschied für die 18-34-Jährigen sogar um und ist ebenfalls kleiner als der Unterschied der Befragten ab 35-Jahren. Die Ost-West-Differenzen der 35-64-Jährigen sowie die Personen ab 65-Jahren unterscheiden sich bei den Zuwanderungsfragen nicht.

Mehrheitlich deuten die gezeigten Einstellungen darauf hin, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland der 18-34-Jährigen kleiner sind. In der institutionalisierten politischen Partizipation und der politischen Einordnung unterscheiden sich die 18-34-jährigen Ostdeutschen nicht in großem Maße von den Westdeutschen. Bei diesen Fragen sind vor allem die Befragten ab 65-Jahren für Ost-West-Unterschiede verantwortlich.

Die Einstellungen gegenüber Ausländern sind für viele Fragen unter 18-34-Jährigen Ostdeutschen zwar weiterhin weniger positiv als bei gleichaltrigen Westdeutschen, aber der Abstand verringert sich in sehr vielen Maßen gegenüber den Befragten ab 35-Jahren.

Bei Fragen der Zuwanderung und der Nennung von Kategorien, die Stolz hervorrufen, sind die Unterschiede der 18-34-Jährigen auch kleiner als die Ost-West-Differenzen der Befragten ab 35-Jahren.

Abbildung 106: Ost-West-Unterschiede für verschiedene Altersgruppen



Lesebeispiel: Die Sorge über Zuwanderung ist bei Ostdeutschen im Alter von 18-34 Jahren um 0,21 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen im gleichen Alter. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.2 Höheres Bildungsniveau reduziert Ost-West-Unterschiede

Die Ost-West-Unterschiede in Einstellungen werden in Abbildung 107 für Menschen mit mindestens einem Schulabschluss, der die Fachhochschulreife oder das Abitur bedeutet, und für Menschen mit einem Schulabschluss, von maximal der mittleren Reife, getrennt ausgewiesen.

II. Politische Sphäre

Die Diskrepanzen in den Sorgen über Zuwanderung sind bei Menschen mit Fachabitur/Abitur genauso stark ausgeprägt wie bei Menschen mit einem Schulabschluss von maximal der mittleren Reife.

Das Vorhandensein einer Parteipräferenz, die Absicht nicht zu wählen, die eigene Parteimitgliedschaft und die Annahme, dass sich Politiker nicht für die einfachen Leute interessieren, unterscheiden sich innerhalb der Personen mit Fachabitur/Abitur tendenziell weniger stark zwischen Ost- und Westdeutschland als dies für Personen mit einem Schulabschluss, welcher über die mittlere Reife nicht hinausgeht, der Fall ist.

Dafür ist die Differenz in der Links-Rechts-Einordnung unter den Befragten mit Fachabitur/Abitur tendenziell größer. Die Unterschiede im Stolz auf die deutschen kulturellen Leistungen, den Sozialstaat und das Grundgesetz sind in der Gruppe der Personen mit Fachabitur oder Abitur kaum merklich kleiner.

Die vielfältigen Einstellungen gegenüber Ausländern ergeben eine klare Tendenz. Für Befragte mit Fachabitur/Abitur sind die Ost-West-Unterschiede in den meisten Fällen weniger groß als in der Gruppe der Befragten mit einem Schulabschluss von maximal der mittleren Reife.

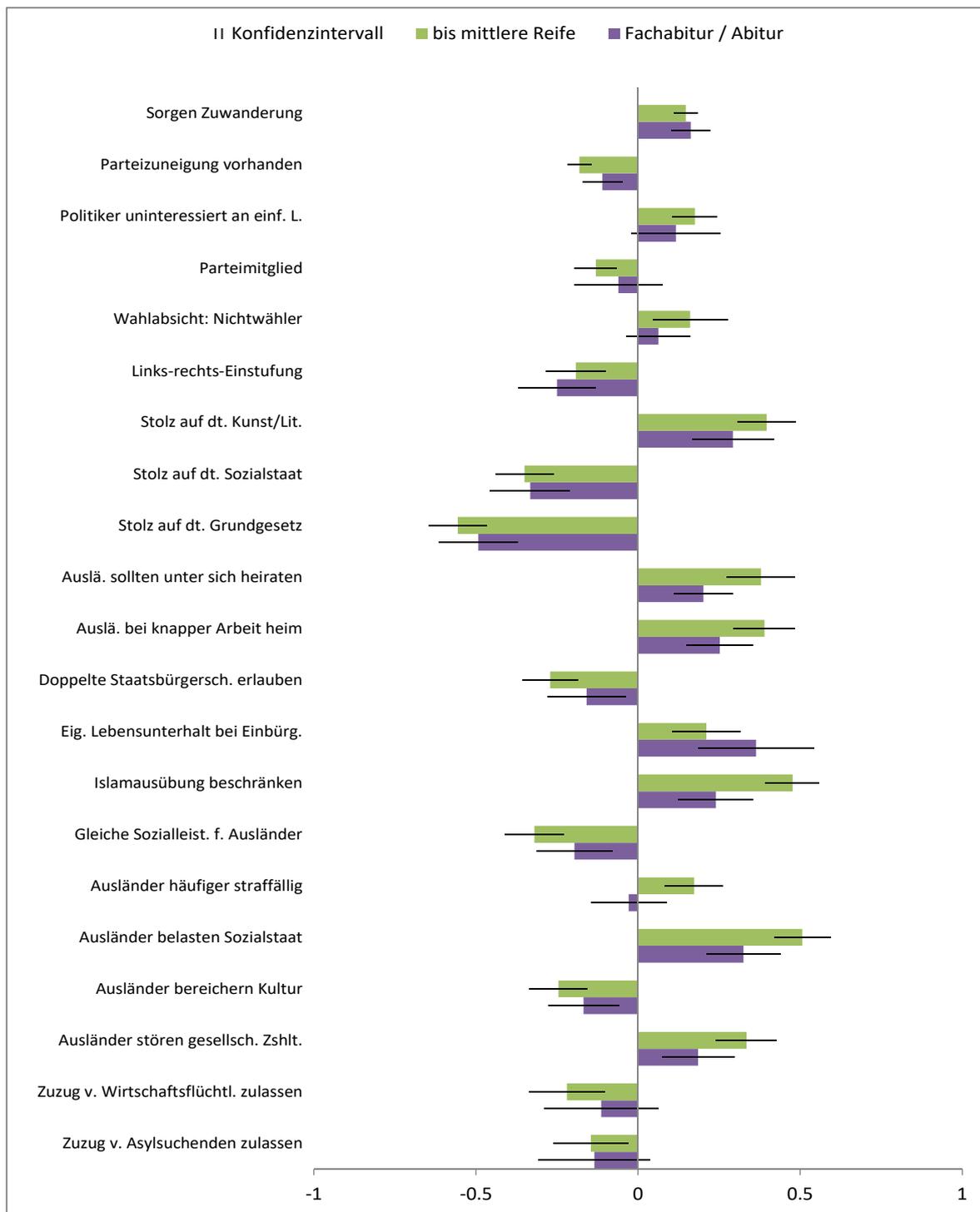
Die Unterschiede unter ost- und westdeutschen Personen mit Fachabitur/Abitur sind beispielsweise in den Fragen, ob Ausländer unter sich heiraten sollen, Ausländer bei knapper Arbeit heimgeschickt werden sollen, die Islamausübung beschränkt werden soll, die Ausländer den Sozialstaat belasten und ob Ausländer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stören, deutlich kleiner als unter den Befragten mit einem Schulabschluss von maximal der mittleren Reife.

Bei der Frage danach, ob Ausländer einen eigenen Lebensunterhalt bei der Einbürgerung aufweisen sollen, ist es jedoch die Ost-West-Differenz der Befragten mit Fachabitur/Abitur, welche deutlich überwiegt.

Jedoch sind es vermehrt die Befragten im Westen mit maximal einem mittleren Bildungsabschluss, welche sich dafür aussprechen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt werden soll, Ausländer die gleichen Sozialleistungen bekommen sollen, Ausländer die Kultur bereichern und der Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen und Asylbewerbern zugelassen werden soll.

Insgesamt erscheinen die Ost-West-Unterschiede in politischen Einstellungen sowie Einstellungen den Stolz auf deutsche Errungenschaften betreffend, kein alleiniges Phänomen von Bildungsabschlüssen der Bevölkerung zu sein. Selbst unter den Menschen mit Fachabitur/Abitur sind deutliche Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern und Zuwanderung zu finden. Dennoch sind einige dieser Unterschiede in der Gruppe der Befragten mit Fachabitur/Abitur zumindest etwas weniger ausgeprägt als in der Gruppe der Befragten, mit einem Schulabschluss von maximal der mittleren Reife.

Abbildung 107: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau



Lesebeispiel: Die Sorge über Zuwanderung ist bei Ostdeutschen mit höchstens mittlerer Reife um 0,15 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen mit der gleichen Schulbildung. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.3 Persönliche Haushaltslage beeinflusst Ost-West-Unterschiede kaum

In Abbildung 108 und Abbildung 109 wird dargestellt, wie sich die Ost-West-Unterschiede in Einstellungen nach der Erwerbstätigkeit der Befragten und ihrem Haushaltseinkommen⁵⁰ unterscheiden. Die Unterschiede in den Sorgen über Zuwanderung sind unter den Erwerbstätigen etwas stärker ausgeprägt als unter nicht Erwerbstätigen, aber auch in Haushalten mit Einkommen unterhalb des Medians gegenüber Haushalten mit höheren Einkommen. Die Differenzierungen nach Erwerbstätigkeit und Einkommen verändern die Ost-West-Unterschiede jedoch nur minimal.

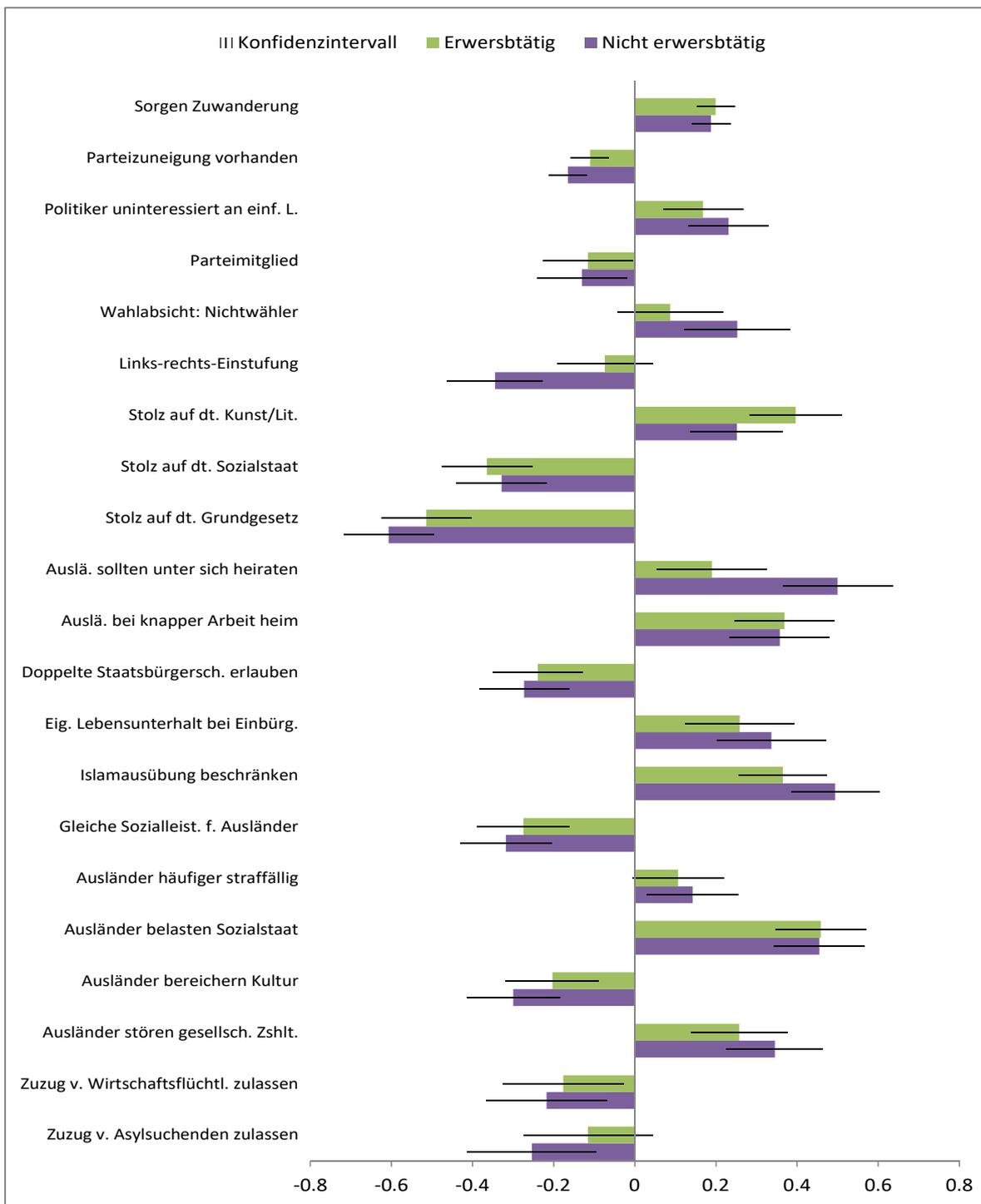
Die Absicht nicht zu wählen, unterscheidet sich zwischen Ost- und Westdeutschen sehr deutlich bei nicht Erwerbstätigen und Haushalten mit geringen Einkommen. In den spiegelbildlichen Gruppen ist der Unterschied praktisch nicht mehr vorhanden. In der Links-Rechts-Einstufung unterscheiden sich erwerbstätige Ost- und Westdeutsche praktisch gar nicht, nicht Erwerbstätige dafür umso deutlicher. Die Unterschiede in der Parteimitgliedschaft und der Einschätzung, dass sich Politiker nicht für die einfachen Leute interessieren, sind entlang dieser Dimensionen hingegen kaum verschieden.

Die Unterschiede im Stolz auf deutsche Errungenschaften sind ebenfalls in allen Gruppen vorhanden und nicht eindeutig der ökonomisch schwächeren oder stärkeren Gruppe zuzuordnen. Tendenziell scheint der Unterschied im Stolz auf das Grundgesetz bei den Erwerbstätigen und besser Verdienenden etwas schwächer ausgeprägt zu sein.

Die Unterschiede in der Meinung, dass Ausländer unter sich heiraten sollten, sind bei nicht Erwerbstätigen und Haushalten mit Einkommen unterhalb des Medians größer. Bei den übrigen Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten scheint der persönliche wirtschaftliche Hintergrund nicht sehr entscheidend für die Ost-West-Unterschiede zu sein. Beinahe alle Unterschiede sind in allen vier Gruppen weiterhin aufzufinden und kleinere Unterschiede zwischen den Gruppen sind statistisch meist kaum unterscheidbar.

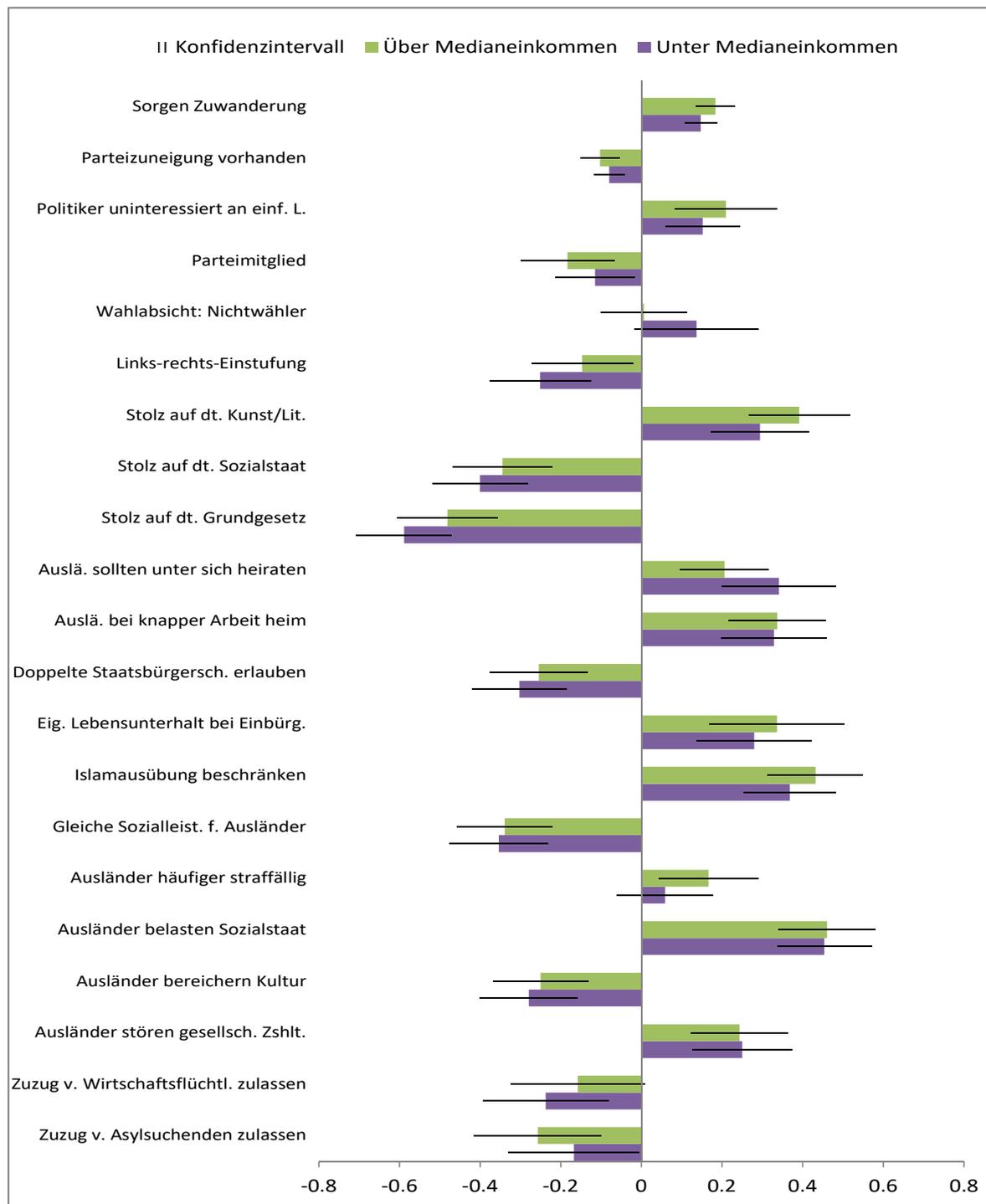
⁵⁰ Wegen vieler fehlender Werte sind die Schätzungen auf Basis des Allbus mit großer Schätzunsicherheit behaftet, zu erkennen am großen Konfidenzintervall.

Abbildung 108: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen



Lebeispiel: Die Sorge über Zuwanderung ist bei erwerbstätigen Ostdeutschen um 0,2 Punkte stärker ausgeprägt als bei erwerbstätigen Westdeutschen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 109: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen



Lesebeispiel: Die Sorge über Zuwanderung ist bei Ostdeutschen mit überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen um 0,18 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen mit überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.4 Persönlicher Kontakt zu Ausländern reduziert Ost-West-Unterschiede

In Abbildung 110 werden die Ost-West-Unterschiede für zwei Gruppen getrennt ausgewiesen, von denen eine Gruppe Kontakt zu Ausländern pflegt, während die andere Gruppe keinen Kontakt zu Ausländern hat. In diesen Vergleich fließen deshalb keine Antworten von Migranten ein.

Die Antworten auf die Frage, ob man sich Sorgen über Zuwanderung mache, sind in Ost- und Westdeutschland in der Gruppe ohne Kontakt zu Ausländern stark verschieden. Die deutlich größeren Sorgen über Zuwanderung der Ostdeutschen verschwinden beim Vergleich von Gruppen, die beide über Kontakt zu Ausländern verfügen.

Die Parteizuneigung und die Zustimmung zur Aussage, dass sich Politiker nicht für die einfachen Leute interessieren, unterscheiden sich in der Gruppe mit Kontakt zu Ausländern zwischen Ost- und Westdeutschen kaum noch. Geringe Veränderungen sind bei den Unterschieden in der Parteimitgliedschaft, der Wahlabsicht und der Links-Rechts-Einstufung zu finden.

Die Unterschiede im Stolz auf deutsche Errungenschaften bleiben in beiden Gruppen weitgehend bestehen. Lediglich der Stolz auf das Grundgesetz unterscheidet sich zwischen Ost- und Westdeutschen mit Kontakt zu Ausländern etwas weniger.

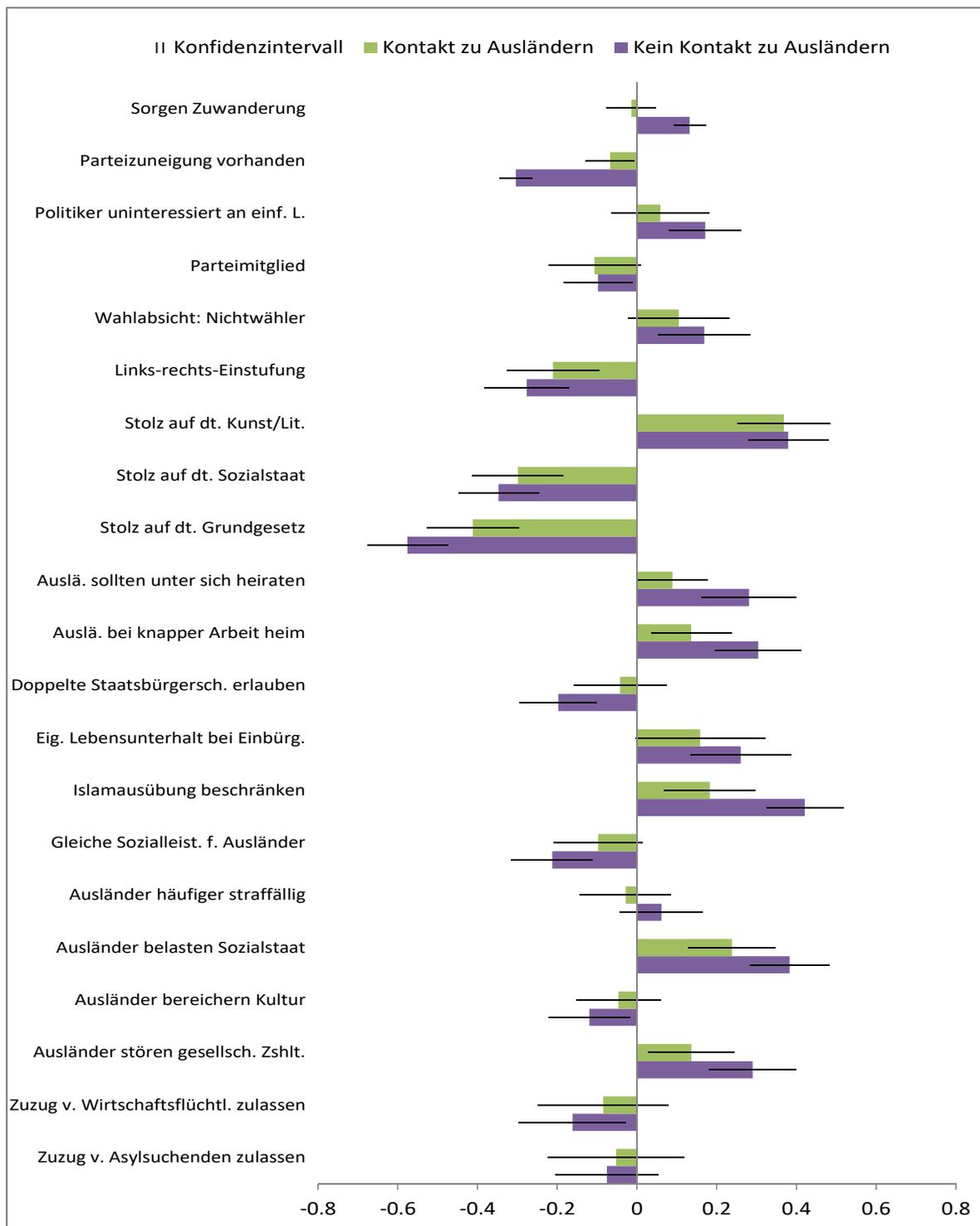
Bei den Ost-West-Differenzen in den Einstellungen gegenüber Ausländern zeigen sich deutliche Unterschiede für die Gruppen mit und ohne Kontakt zu Ausländern. Ost- und Westdeutsche sind sich generell ähnlicher in ihren Einstellungen, wenn sie Kontakt zu Ausländern pflegen. In der Frage, ob Ausländer unter sich heiraten sollen, stimmen Ostdeutsche ohne Kontakt deutlich häufiger zu, während sich Ost- und Westdeutsche mit Kontakt zu Ausländern beinahe einig sind. Auch der Vorsprung in der Zustimmung von Ostdeutschen zur Aussage, dass Ausländer bei knapper Arbeit zurückgeschickt werden sollen, verringert sich bei Kontakt deutlich. Die doppelte Staatsbürgerschaft trifft bei Ost- und Westdeutschen mit Kontakt zu Ausländern ebenfalls auf gleich große Zustimmung. Die Unterschiede in der Zustimmung die Islamausübung zu beschränken und Ausländern gleiche Sozialleistungen zu gewähren, sowie die Unterschiede in der Überzeugung, dass Ausländer den Sozialstaat belasten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, gehen in der Gruppe mit Ausländerkontakt merklich zurück. Ost- und Westdeutsche sind sich dann sogar in der Frage einig, ob Ausländer die Kultur bereichern. Den Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden befürworten Ost- und Westdeutsche mit Kontakt zu Ausländern praktisch gleichermaßen, wenn auch mit großer Schätzunsicherheit behaftet.

Der Kontakt zu Ausländern ist ein guter Indikator für schwindende Unterschiede in politischen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen. In den Einstellungen gegenüber Ausländern ähneln sich die Landesteile sehr viel mehr, wenn die Befragten Kontakt zu Ausländern pflegen. Auch andere politische Einstellungen unterscheiden sich innerhalb dieser Gruppe weniger. Das bedeutet zwar nicht zwingend, dass häufigerer Kontakt mit Ausländern die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland verringern würde. Es ist auch denkbar, dass sich Menschen,

II. Politische Sphäre

die sich für den stärkeren Kontakt zu Ausländern entscheiden, in beiden Landesteilen für ähnliche Werte eintreten. Da aber auch der Kontakt in Westdeutschland, wo deutlich mehr Ausländer wohnen, stärker ausgeprägt ist, spricht viel dafür, dass keine bewusste Entscheidung für mehr Kontakt die entscheidende Erklärung ist. Vielmehr drängt sich die Vermutung auf, dass der Kontakt zu Ausländern eine ursächliche Wirkung auf die Einstellungen haben könnte.

Abbildung 110: Ost-West-Unterschiede nach Kontakt zu Ausländern



Lesebeispiel: Die Sorge über Zuwanderung ist bei Ostdeutschen mit Kontakt zu Ausländern um 0,01 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen mit Kontakt zu Ausländern. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für

vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.5 Kleinere Ost-West-Unterschiede in Regionen mit junger Bevölkerung

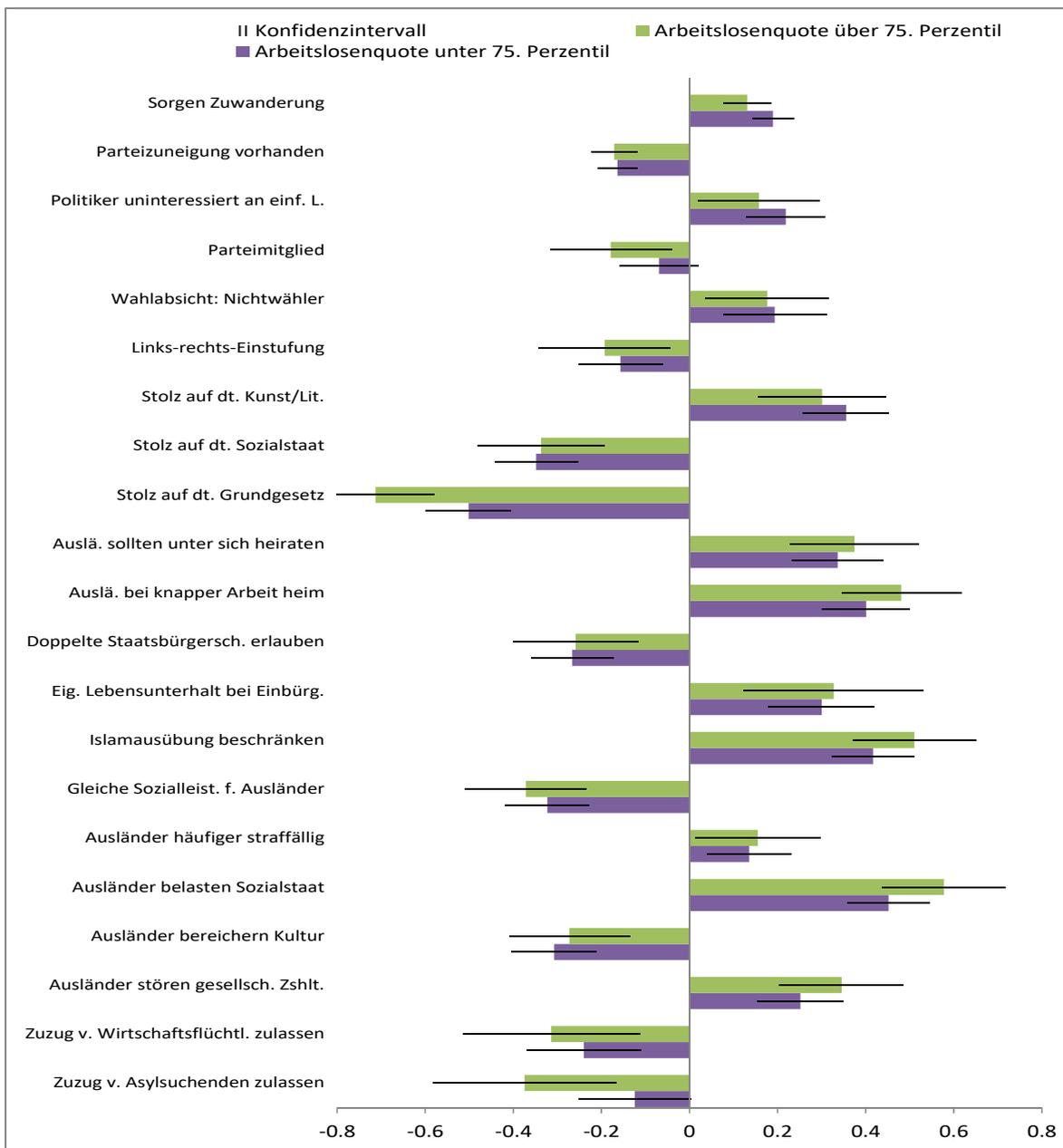
Die Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen werden nun für Gruppen ausgewiesen, die anhand regionaler Charakteristika differenziert werden. Anhand von Merkmalen in der Raumordnungsregion des Wohnortes werden die Befragten in zwei Gruppen unterteilt. In Abbildung 111 werden die Regionen anhand der Arbeitslosenquote zugeordnet, in Abbildung 112 anhand des Anteils der 20-35-jährigen Bevölkerung. Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote über dem 75. Perzentil⁵¹) und Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit unterscheiden sich in vielen politischen Einstellungen gleichermaßen zwischen Ost- und Westdeutschland (Abbildung 111). Die Ost-West-Unterschiede in den Sorgen über Zuwanderung scheinen in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit etwas größer zu sein als in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit. Dieses Muster ist jedoch die Ausnahme. Die Differenzen in der Parteimitgliedschaft, im Stolz auf das Grundgesetz, in der Zustimmung die Islamausübung zu beschränken, in der Überzeugung, dass Ausländer den Sozialstaat belasten und in der Befürwortung des Zuzugs von Asylsuchenden sind in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit im Ost-West-Vergleich größer als in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit. In der Tendenz bleiben die Ost-West-Unterschiede allerdings in beiden Regionstypen bestehen.

In Abbildung 112 zeigt sich, dass im Ost-West-Vergleich von Regionen mit besonders junger Bevölkerungsstruktur weniger Einstellungsunterschiede zu finden sind. Mit Ausnahme von Parteimitgliedschaft, der Links-Rechts-Einstufung und dem Stolz auf Kunst und Kultur, sind alle politischen Einstellungen in jüngeren Regionen in der Tendenz ähnlicher und teilweise deutlich ähnlicher zwischen Ost und West. Für einige Einstellungsmaße, beispielweise das Vorhandensein einer Parteizuneigung, die Zustimmung zur Aussage, dass Ausländer die Kultur bereichern, und die Befürwortung des Zuzugs von Flüchtlingen, gilt sogar, dass in jungen Regionen keine Ost-West-Unterschiede mehr auftreten. Besonders deutlich ist der Rückgang in der Differenz auch bei der Zustimmung zur doppelten Staatsbürgerschaft und bei der Befürwortung gleicher Sozialleistungen für Ausländer.

Insgesamt können die regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland zwar nicht vollständig erklären, weshalb Unterschiede in Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen vorherrschen. Dennoch kann man konstatieren, dass Regionen mit ungünstiger Demographie stärker zu den Ost-West-Unterschieden in politischen Einstellungen beitragen.

⁵¹ Wegen hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland muss hier eine höhere Grenze als der Median gezogen werden, damit auch ostdeutsche Regionen zum Vergleich in der niedrigen Kategorie bereitstehen.

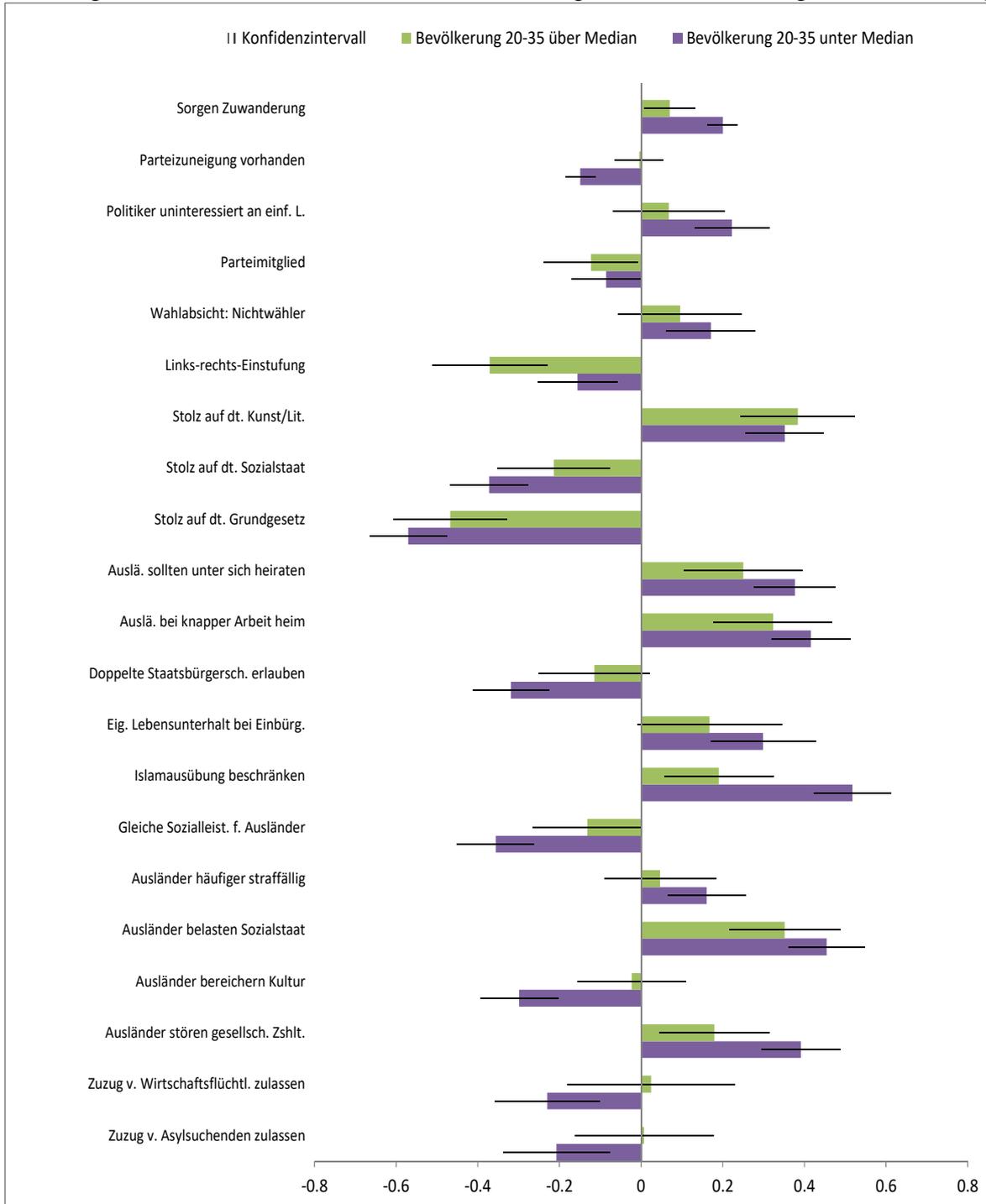
Abbildung 111: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote



Lesebeispiel: Die Sorge über Zuwanderung ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote über dem 75. Perzentil um 0,13 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

II. Politische Sphäre

Abbildung 112: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungszusammensetzung



Die Sorge über Zuwanderung ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-34-Jährigen um 0,07 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Die ersten beiden Variablen aus SOEP 2015, alle anderen Variablen aus Allbus 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

5. Fazit: Politische Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland

Politisches Interesse in West und Ost hat sich angeglichen

Das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger bewegte sich in beiden Landesteilen etwas schwankend über zwei Jahrzehnte und lag dabei im Westen leicht höher. Seit 2010 unterscheidet sich das politische Interesse in Ost und West kaum noch und hat sich weitgehend angeglichen. Absolut betrachtet stieg das Interesse an Politik von 2012 auf 2014 deutlich an. Das im Zeitverlauf vergleichsweise hohe Niveau kann auch für 2016 bestätigt werden. Ob dies den Beginn einer Trendwende hin zu einem anhaltend höheren Politikinteresse in der Bevölkerung markiert oder nur eine vorübergehende Erscheinung ist, bleibt abzuwarten. Nichtsdestotrotz interessieren sich am aktuellen Rand im Jahr 2016 etwa 16-17% der Befragten in Deutschland überhaupt nicht für Politik, egal ob in Ost- oder Westdeutschland wohnhaft.

Westdeutsche stufen sich auf Links-Rechts-Skala im Durchschnitt weiter rechts ein, leichte Annäherung ist über die Zeit zu beobachten

Auf der politischen Links-Rechts-Achse ordneten sich die Westdeutschen über lange Zeit deutlich rechter ein als die Ostdeutschen. In jüngerer Zeit nähern sich die Mittelwerte geringfügig an. Seit der Wiedervereinigung wurde 2016 der geringste Skalenunterschied gemessen, aber der Unterschied ist immer noch signifikant. Bei den 18-34-Jährigen und innerhalb der Erwerbstätigen verschwinden die Ost-West-Unterschiede in der politischen Positionierung. Die konstant differente Links-Rechts-Positionierung ist ein beharrendes Element in den politischen Kulturen Ost- und Westdeutschlands.

Ost- und Westdeutsche ordnen sich mittlerweile gleich häufig am rechten Rand ein

Eine ähnliche Entwicklung ist am rechten Rand zu beobachten; die Westdeutschen fühlten sich in den zwei Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung mit deutlichem Abstand selbst häufiger dem rechten Rand des Links-Rechts-Spektrums zugehörig als die Ostdeutschen. Erst in jüngster Vergangenheit begann eine ziemlich deutliche Konvergenz bei der Einordnung am rechten Rand, die vor allem durch einen Rückgang im Westen zustande kam. Im Jahr 2016 stufte sich etwa jeder Zehnte in Deutschland (Ost und West) auf der Links-Rechts-Skala deutlich weit rechts ein. Nach ansteigenden Werten von 1996 bis 2006 sinkt insgesamt das Ausmaß an autoritärer Unterwürfigkeit als Ausdruck zur Zustimmung von rechten Einstellungen seit zehn Jahren kontinuierlich. Die geringfügig leicht höheren Werte in Westdeutschland haben sich bis heute den ostdeutschen Werten angeglichen.

Ost- und Westdeutsche nähern sich bei Parteiidentifikation leicht an

Mehr Menschen in Westdeutschland fühlen sich mit einer bestimmten Partei verbunden als in Ostdeutschland, wobei die Unterschiede in den Einstellungen zu langfristigen Parteibindungen in den Jahren 2014 und 2016 etwas kleiner geworden und auf 10 Prozentpunkte gesunken sind. Die Ost-West-Unterschiede verschwinden gänzlich, wenn nur die 18-34-Jährigen oder Regionen mit überdurchschnittlich vielen jungen Menschen betrachtet werden. Nur sehr geringe Unterschiede gab und gibt es in der Intensität der Parteibindungen. Das heißt, wenn sich Deutsche einer Partei verbunden fühlen, tun sie das in ähnlichem Ausmaß.

Grüne sind konstant im Westen die Linke konstant im Osten beliebter

Bei der Beliebtheit der Parteien zeigen sich ganz unterschiedliche Muster. Während die Beliebtheitskurven der CDU in beiden Landesteilen über die Zeit ähnlich schwanken, und bei der SPD sowie der FDP nahezu identisch verlaufen, erreichen die Grünen im Westen und die Linke im Osten deutlich höhere Werte auf dem Sympathie-Skalometer. Die Unterschiede bei den Grünen und den Linken verringern sich, wenn überhaupt, nur sehr langsam und es ist keine Konvergenz in absehbarer Zeit zu erwarten. Keine Unterschiede zwischen Ost und West gibt es bei der Bewertung der jeweiligen Regierungsarbeit. Insgesamt ist bei der Beurteilung der Parteien und der Regierungsarbeit auffällig, dass sich die Zustimmung- und Ablehnungswerte in den meisten Fällen – ob auf gleichem oder unterschiedlichem Niveau – in Ost und West in die gleiche Richtung bewegen.

West- und Ostdeutsche unterscheiden sich kaum bei Parteimitgliedschaften und bei nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen

Die Mitgliedsraten in politischen Parteien liegen in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung auf sehr niedrigem Niveau. In Westdeutschland schwanken die Werte mit kleineren Ausschlägen nach oben und unten gleichbleibend um die 4%. Im Osten sind die Werte tendenziell rückläufig und schwanken seit Anfang der 2000er Jahre nur noch um die 2%. Auf diesem niedrigen Niveau könnte sogar von einer divergierenden Entwicklung gesprochen werden. Bei den 18-34-jährigen Befragten können nur kleine Unterschiede in der Parteimitgliedschaft zwischen Ost- und Westdeutschland ausgemacht werden, genau wie bei Menschen mit Fachabitur/Abitur. Befunde aus den SOEP-Daten mit breiterer Fragestellung, kommen zu dem Schluss, dass die Beteiligungsraten an Parteien, Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen in Ost- und Westdeutschland seit 1992 auf sehr ähnlichem niedrigem Niveau liegen.

Nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen, die eher auf wechselnde und einmalige Themen bezogen und meist nicht innerhalb starrer verbindlicher Strukturen stattfinden, werden seit 2002 in Ost- und Westdeutschland vermehrt ausgeübt. Nur die Teilnahme an Demonstrationen ist insgesamt gesunken. Im Jahr 2014 nehmen ähnliche viele Menschen in beiden Landesteilen an De-

monstrationen und Unterschriftensammlungen teil. Produktboykotte und die Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Organisationen werden im Westen häufiger als im Osten genutzt, um „etwas in Deutschland zu verbessern“ (vgl. European Social Survey).

Westdeutsche gehen konstant häufiger an die Wahlurne, Parteien an politischen Rändern erhalten mehr Stimmen im Osten

Bezüglich der tatsächlichen Wahlbeteiligung lässt sich eindeutig konstatieren, dass die Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland konstant häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als in Ostdeutschland. Eine Angleichung scheint sich nicht abzuzeichnen. Dies gilt vor allem bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen. Innerhalb enger gefasster Gruppen ähneln sich Ost- und Westdeutsche jedoch wiederum sehr in ihrer Wahlabsicht. Innerhalb der Gruppe mit höheren Einkommen, Fachabitur/Abitur oder den 18-34-Jährigen können keine Ost-West-Unterschiede mehr gefunden werden.

Differenzen bei der Stimmenverteilung an unterschiedliche Parteien zeigen sich weniger an der Zustimmung zu den großen Volksparteien, sondern vielmehr an der Zustimmung an den Rändern des politischen Spektrums. Vor allem durch die Zweitstimmenanteile für die Linken auf Bundesebene unterscheidet sich das Verhalten der Wähler in beiden Teilen Deutschlands stark. Die Wähleranteile für die Linkspartei lagen im Osten bis zu 20 Prozentpunkte höher als im Westen. Bei der letzten Bundestagswahlen 2017 haben sich die Werte bis auf 10 Prozentpunkte angenähert, eine Angleichung ist nicht in Sicht. Auf der anderen Seite des Parteienspektrums bewegen sich die Ergebnisse für rechtsextremistische Parteien nach leicht höheren Werten im Osten in den 2000er Jahren am aktuellen Rand in beiden Landesteilen auf demselben niedrigen Niveau. Die am rechten Parteienspektrum einzuordnende AfD erzielte bei den Landtagswahlen der Jahre 2013-2017 in ostdeutschen Ländern höhere Zweitstimmenergebnisse. Auch bei der Bundestagswahl 2017 schnitt sie im Ost-West-Vergleich im Osten deutlich besser ab, wo sie 22% der gültigen Zweitstimmen erhielt. Im Westen stimmten 11% der Wähler für die AfD.

Nur minimale Annäherung bei Zufriedenheits-, Vertrauens- und Stolz Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen

Die Menschen in Ost- und Westdeutschland werden im Zeitverlauf zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Zeitgleich herrscht in diesem Punkt noch ein großes Zufriedenheitsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung. Über die letzten 20 Jahre zeichnet sich nur eine marginale Konvergenz ab. Mit der Arbeit der Bundesregierung sind die Menschen in Deutschland von 2002 bis 2014 in ansteigendem Maße zufrieden, im Westen etwas mehr als im Osten. Die pessimistische Einstellung, dass Politiker an einfachen Leuten nicht interessiert seien, teilen deutliche Mehrheiten in beiden Landesteilen. Im Zeitverlauf bewerten die Deutschen die Politiker wieder etwas optimistischer. Bei allen Einschätzungen zur Demokratie, zur Regierung und zu Politikern drücken die Ostdeutschen eine höhere Unzufriedenheit aus. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind persistent und es zeichnet sich nur leichte

II. Politische Sphäre

Konvergenz in den Einstellungen ab. Die pessimistische Wahrnehmung von Politikern ist zumindest in der Gruppe mit Fachabitur/Abitur und bei Menschen mit engem Kontakt zu Ausländern nicht mehr zwischen Ost- und Westdeutschen verschieden.

Derselbe Befund des Ost-West-Gefälles lässt sich für die Vertrauenswerte festhalten: Ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Kommunismus vertrauen die Menschen in Ostdeutschland ihren politischen Institutionen immer noch nicht im gleichen Maße wie dies Westdeutsche tun. Im Vergleich der politischen Institutionen untereinander genießen die rechtsstaatlichen Institutionen ein deutlich höheres Vertrauensniveau als die parteistaatlichen Institutionen. In Ostdeutschland bauten die Menschen vor allem in den 1990er Jahren mehr Vertrauen in die politischen Institutionen auf, so dass sich die bestehende Vertrauenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland etwas schloss. Allerdings kann bis 2014 nicht von einem Angleichungsprozess gesprochen werden. Die im Jahr 2014 gemessenen Ost-West-Unterschiede bei den meisten Einstellungen im Institutionenvertrauen sind sogar leicht höher als im Jahr 2012.

Bei Betrachtung der Angaben der Deutschen über die Dinge, auf die sie stolz sind, ergibt sich ebenfalls ein eindeutiges Muster. Die Menschen in Westdeutschland wählen deutlich häufiger institutionelle Errungenschaften wie das Grundgesetz und den Sozialstaat unter die drei Dinge, auf die sie am meisten stolz sind. Im Osten assoziieren die Befragten Stolz deutlich häufiger mit menschlichen Leistungen. Sie sind häufiger stolz auf deutsche Sportler und wissenschaftliche Leistungen sowie deutsche Künstler und Literaten. In keinen der untersuchten homogenen Bevölkerungsgruppen ähneln sich die Angaben der Ost- und Westdeutschen. Selbst in der jüngeren Bevölkerung sind die Unterschiede noch groß. Lediglich beim wirtschaftlichen Erfolg konvergierten die Einschätzungen in Ost- und Westdeutschland. Auf den wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland sind die Ost- und Westdeutschen mittlerweile (wieder) gleichermaßen stolz.

Zuwanderung nach Deutschland 2016: Ostdeutsche sind bei allen Zuzugsgruppen skeptischer

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung möchte im Jahr 2016 die Zuwanderung nach Deutschland in irgendeiner Form begrenzt sehen, jedenfalls sollte sie nicht uneingeschränkt möglich sein, aber auch nicht völlig unterbunden werden. Die Meinungen über den Zuzug variieren je nach Zuwandergruppe. Absolut gesehen möchten die Deutschen die Zuwanderung von Ausländern ohne Arbeit und Menschen, die vor wirtschaftlicher Not fliehen, eher unterbinden. Deutlich offener stehen sie Zuwanderern gegenüber, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen wollen oder aus humanitären Gründen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Es gibt keine Zuwanderungsgruppe, der die Ostdeutschen einen leichteren Zuzug einräumen würden als Westdeutsche. Die größten Ost-West-Meinungsverschiedenheiten bestehen bei Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten, sowie Kindern und Ehepartnern von Migranten, wenngleich deutliche Anteile in beiden Landesteilen einen Zuzug dieser Gruppen begrüßen. Die Unterschiede in der Befürwortung des Zuzugs von Ausländern sind in der Gruppe, die Kontakt zu Ausländern pflegt, kleiner als in der

Gruppe, die dies nicht tut. Außerdem erscheinen die 18-34-Jährigen und die Personen mit Fachabitur/Abitur in Ost und West sich eher in ihren Einstellungen dazu zu ähneln, genau wie Personen in Regionen mit junger Bevölkerung.

Zuwanderung im Zeitverlauf: Die deutsche Gesellschaft wird offener, gleichzeitig sind Sorgen über Zuwanderung im Osten konstant höher

Der Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, Asylsuchenden, EU-Arbeitnehmern und Nicht-EU-Arbeitnehmern wird sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung zunehmend wohlwollender beurteilt, im Westen leicht positiver. Die Einstellungen zum Zuzug von Arbeitnehmern konvergierten zwischen Ost und West, diejenigen zu Asylsuchenden und Spätaussiedlern verliefen von Anfang an ziemlich ähnlich.

Gleichzeitig sind die Sorgen vieler Deutscher über die Zuwanderung nach Deutschland seit 2012 stark angestiegen, nachdem sie in den 2000er Jahren deutlich zurückgegangen waren. Die gestiegene Skepsis ist wahrscheinlich weniger auf die Zuzugsgruppen aus Europa zurückzuführen, sondern vielmehr auf die verstärkte Zuwanderung an Flüchtlingen in den vergangenen Jahren. Die Sorgen über Zuwanderung liegen im Osten konstant höher als im Westen. Es zeigt sich keine Konvergenz. Lediglich in der Gruppe, die Kontakt zu Ausländern pflegt, ist kein Ost-West-Unterschied mehr zu finden. Innerhalb der anderen mit individuellen Merkmalen charakterisierten Gruppen sorgen sich die Ostdeutschen mehr über Zuwanderung als Westdeutsche. In jüngeren Regionen sind die Ost-West-Unterschiede zumindest kleiner.

Befürchtungen wegen Flüchtlingszuwanderung sind im Osten größer

In der Flüchtlingsfrage der letzten Jahre herrscht grundsätzlich eine hohe Hilfsbereitschaft. Eine große Mehrheit von drei Vierteln der Bevölkerung findet, dass Deutschland Flüchtlingen helfen sollte und geht allgemein davon aus, dass sich Vor- und Nachteile von Flüchtlingen für Deutschland langfristig ausgleichen bzw. Flüchtlinge für Deutschland Vorteile bringen können.

Auf konkretere Fragen nach der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen antworten viele Menschen allerdings verhaltener. Auswertungen für den aktuellen Rand der Jahre 2015 und 2016 zeigen zudem große Ost-West-Unterschiede. Ostdeutsche beurteilen die Aufnahmefähigkeit von Deutschland und den Eingliederungswillen von Flüchtlingen, sowie die politischen und finanziellen Maßnahmen zur Flüchtlingsintegration durchwegs skeptischer und pessimistischer als Westdeutsche.

Viele Menschen in Deutschland gehen davon aus, dass die Flüchtlingszuwanderung für die Gesellschaft in Deutschland Risiken mit sich bringen wird. Die Flüchtlinge werden vor allem für den Sozialstaat und die öffentliche Sicherheit in beiden Landesteilen mehrheitlich als Risiko eingestuft, und nur vereinzelt als Chance begriffen. Eine Mehrheit in Deutschland befürchtet einen Anstieg der Kriminalität wegen der Flüchtlinge. Für das Zusammenleben in der Gesellschaft stellen

II. Politische Sphäre

die Flüchtlinge laut vieler Befragter ebenfalls ein Risiko dar, doch kann sich auch fast ein Viertel der Befragten in Westdeutschland und fast ein Fünftel in Ostdeutschland eine Bereicherung für das Zusammenleben vorstellen. Für die deutsche Wirtschaft können durch die Flüchtlinge in den Augen eines Viertels der Befragten Chancen entstehen. Viele Menschen glauben auch, dass in der Flüchtlingszuwanderung eine Chance zur Behebung des Fachkräftemangels in Deutschland liegen könnte. Im Vergleich zwischen Ost und West stufen die Ostdeutschen die Risiken von Flüchtlingen deutlich höher ein, vor allem im Sicherheitsbereich und bezüglich der Belastungen für den Sozialstaat liegen ihre Befürchtungen deutlich höher.

Auf politischer Ebene befürchtet ein hoher Anteil der Befragten, das Flüchtlingsthema gefährdet den Zusammenhalt in der EU. Große Befürchtungen herrschen ebenfalls vor, wenn die Befragten an eigene Einbußen durch die Flüchtlingszuwanderung denken: So fürchten rund drei von vier Deutschen, dass es wegen der Ausgaben für die Flüchtlinge zu Einsparungen in anderen Bereichen kommt. An dieser Stelle denken die Menschen in West- und Ostdeutschland sehr ähnlich.

Einstellungen zu Ausländern seit der Wiedervereinigung: Insgesamt positiver geworden, aber nach wie vor zum Teil große Ost-West-Unterschiede

Die Sicht auf alle in Deutschland lebenden Ausländer fällt bei den meisten Fragen insgesamt recht positiv aus. Viele Einschätzungen zu Ausländern bewegen sich im neutralen bis positiven Antwortbereich. Gleichzeitig zeigte sich die deutsche Gesellschaft im Zeitraum der letzten 20 Jahre gegenüber Ausländern zunehmend offener und toleranter. Allerdings bestehen bei vielen Einstellungsfragen zu Ausländern nach wie vor große Unterschiede, und es zeichnet sich keine Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland ab.

Ein Beispiel dafür ist, dass die Ausländer in Deutschland zunehmend als kulturelle Bereicherung wahrgenommen werden. Der Anteil derjenigen Befragten, die in den in Deutschland lebenden Ausländern eine kulturelle Bereicherung sehen, liegt im Westen konstant höher als im Osten. Der Unterschied ist über die Zeit sogar noch größer geworden. Bei den 18-34-Jährigen und unter Bürgerinnen und Bürgern, die Kontakt zu Ausländern pflegen, können dagegen nur noch sehr kleine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland wahrgenommen werden, auch in Regionen mit junger Bevölkerungsstruktur verblasst der Ost-West-Unterschied.

Des Weiteren glauben die Deutschen auf etwa gleichbleibendem mittlerem Niveau, dass Ausländer einerseits das soziale Netz belasten, andererseits die deutsche Rentenversicherung stützen können. Der Unterschied zwischen Ost und West ist konstant groß. In Ostdeutschland sind die Befürchtungen der Belastungen für den Sozialstaat durch die Ausländer weitaus verbreiteter. Dieses Muster findet sich auch in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen. Immer weniger Menschen sind hingegen der Meinung, dass Ausländer häufiger Straftaten begehen als Deutsche, und die Zustimmungswerte zu der Aussage, dass Ausländer den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, sind stark zurückgegangen. Bei beiden Aussagen haben sich die Meinungen in Ost und West angenähert. Ein negativer Stimmungsumschwung fand bei der Einschätzung der Ausländer und

ihrer Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt statt. Viele Deutsche machen Ausländer für die Wohnungsknappheit verantwortlich, die Werte haben sich von 2006 auf 2016 nahezu verdoppelt und konvergierten in Ost- und Westdeutschland.

Forderung nach einer Lebensstilanpassung ist im Osten deutlicher gestiegen

Eine große Mehrheit in Deutschland erwartet von den hier lebenden Ausländern, dass sie ihren Lebensstil ein bisschen an den der Deutschen anpassen. Die Zustimmungswerte zu dieser Forderung sind in beiden Landesteilen über die Zeit gestiegen, im Osten sogar etwas mehr, sodass die Meinungen ab 2006 divergierten. Im Jahr 2016 stimmten 53% der Ostdeutschen der Forderung nach der Lebensstilanpassung „voll und ganz“ zu. In Westdeutschland lag dieser Anteil bei 38%. Andererseits ist eine deutliche und über die Zeit steigende Mehrheit in Deutschland gegen die Aussage, dass sich Ausländer ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollen. Der Ost-West-Unterschied ist konstant gleich hoch. Heute fordern 9% der Befragten in Ostdeutschland und 4% in Westdeutschland, dass Ausländer ihre Partnerwahl in ihrem eigenen Kulturkreis treffen sollten. In der erwerbstätigen, der höher gebildeten und der jüngeren Bevölkerung ist dieser Unterschied zwar noch vorhanden, aber deutlich kleiner gegenüber den Vergleichsgruppen.

Ansichten zu gleichen Rechten für Ausländer sind durchwachsen, es sind Divergenzen in Ost und West zu erkennen

Eine Minderheit der Befragten in Deutschland ist der Meinung, dass Ausländern jegliche politische Betätigung untersagt werden sollte. Die Zustimmungswerte zu dieser Aussage sind seit 1996 gesunken, allerdings ab 2012 wieder etwas angestiegen. Sie liegen im Osten höher als im Westen und der Abstand zwischen beiden vergrößerte sich in den letzten Jahren. Eine ähnlich divergente Entwicklung lässt sich bei der Einstellung über die Gleichstellung von Ausländern und Deutschen beim Erhalt von Sozialleistungen beobachten. Eine knappe Mehrheit in Westdeutschland stimmte und stimmt konstant einer Gleichstellung zu. In Ostdeutschland sank der Anteil auf 40% im Jahr 2016, 18% sind indifferent und 42% lehnen eher ab. Lediglich unter Personen, die Kontakt zu Ausländern pflegen, ist dieser Ost-West-Unterschied nicht zu finden. 44% der Westdeutschen und 36% der Ostdeutschen würden heute den in Deutschland lebenden Ausländern das kommunale Wahlrecht einräumen. Bis 2006 teilten Ost- und Westdeutsche in diesem Punkt eine gleiche Meinung. Danach entwickelten sich die Ansichten stark auseinander, indem die Zustimmungswerte im Osten sanken und im Westen gleichblieben.

In Ostdeutschland sind mehr Menschen skeptischer gegenüber dem Islam in Deutschland eingestellt als in Westdeutschland

Immense Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten am aktuellen Rand bei den Einstellungen zum Islam in Deutschland auf. Das Stimmungsbild zum Islam in Deutschland ist

II. Politische Sphäre

vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung zu sehen, bei der viele Flüchtlinge aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern eingewandert sind. Es ist von skeptischer bis ablehnender Haltung geprägt. In Westdeutschland stimmt noch eine Mehrheit mit 58% der Aussage zu, dass der Islam zu Deutschland gehöre. In Ostdeutschland stimmt nur eine Minderheit von 36% dieser Aussage zu, und damit 22 Prozentpunkte weniger. Viele Menschen – jeweils mehr in Ostdeutschland als in Westdeutschland – sind der Meinung, dass der Islam nicht in die deutsche Gesellschaft passt, die Anwesenheit von Muslimen Konflikte bringt und unter den Muslimen viele religiöse Fanatiker sind. Einige Menschen – in Ostdeutschland deutlich mehr als in Westdeutschland – sind auch der Meinung, dass man die Islamausübung in Deutschland beschränken sollte. Unter den Befragten mit Fachabitur/Abitur und den 18-34-Jährigen sind die Unterschiede in der Befürwortung der Islambeschränkung jedoch kleiner. Mehrheitlich sehen die Deutschen im Islam keine Bedrohung für die westlichen Demokratien, wenngleich drei Viertel der Deutschen – und hier bestehen keine Ost-West-Unterschiede – eine Terrorgefahr durch islamistische Terroristen befürchtet.

Unterschiedliche Einstellungen zu nationaler Identität und Einbürgerungskriterien

Die Menschen in Deutschland beurteilen in unterschiedlicher Weise was zur nationalen Identität gehört und welche Einbürgerungskriterien eine wichtige Rolle spielen sollen. Sehr wichtige Voraussetzungen zum „Deutsch sein“ und für eine Einbürgerung waren und sind in den Augen der meisten Befragten gute deutsche Sprachkenntnisse und das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland. Außerdem sollten sich die Einbürgerungswilligen dem deutschen Lebensstil anpassen. Alle drei Einbürgerungskriterien erfahren im Zeitverlauf anwachsende Zustimmung. Im Falle der deutschen Sprachkenntnisse konvergierten die Ansichten in Ost und West über die Zeit. Bei den beiden anderen herrschen kleinere gleichbleibende Unterschiede, die Ostdeutschen halten die Kriterien für etwas wichtiger. Mit gleichbleibendem etwas größerem Abstand und auf schwankendem aber hohem Niveau sind die Deutschen der Meinung, dass man für eine Einbürgerung nicht mit dem Gesetz in Konflikt gewesen sein sollte. Ostdeutsche halten eine Straffreiheit für noch wichtiger. Der Erlaubnis von doppelten Staatsbürgerschaften stehen die Menschen in beiden Landesteilen mit gleichbleibendem Abstand leicht ablehnend gegenüber.

Für einen starken Einstellungswandel, der in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen von staten ging, kann auf die Fragen nach dem Geburtsland und der Abstammung der eingliederungswilligen Person verwiesen werden. Innerhalb von 20 Jahren verloren diese Kriterien in Ost und West gleichermaßen stark an Bedeutung.

Divergenzen sind in den Ansichten über wirtschaftliche Einbürgerungskriterien zu finden. Dass Ausländer für eine Einbürgerung ausreichend ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten sollen, ist für Ostdeutsche im Zeitverlauf noch wichtiger geworden; für Westdeutsche ist der Punkt zunächst wichtiger und dann – zwar auf hohem Niveau – wieder leicht unwichtiger geworden. Die

Einstellungen dazu divergieren also zwischen Ost und West über die Zeit. Die Unterschiede sind auch in allen untersuchten Bevölkerungsgruppen vorhanden.

Intolerante und ausländerfeindliche Einstellungen sind im Osten ausgeprägter

Determinanten von Ausländerfeindlichkeit sind in subtilen Formen alltäglicher Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber Fremden auszumachen. Wenn Fremde als Belastung und Bedrohung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche System angesehen werden, kann dies den Nährboden für Rassismus und Rechtsextremismus bilden. Wer Ausländer in ihre Heimat zurückschicken möchte, wenn die Arbeitsplätze in Deutschland knapp werden, dem ist eine fremdenfeindliche Haltung zuzuordnen. Die Zustimmungsraten zu dieser Aussage sinken in beiden Landesteilen seit den 1990er Jahren. Der Abwärtstrend in den Zustimmungswerten wurde in den Jahren von 2010 auf 2012 lediglich gestoppt und die Meinungen verharren in beiden Landesteilen seit 2012 auf niedrigem Niveau. Im Zeitverlauf fordern konstant mehr Ostdeutsche als Westdeutsche eine Rückführung von Ausländern bei Arbeitsplatzmangel. 2016 sympathisierte jeder Zehnte im Westen und jeder Fünfte im Osten mit dieser Meinung. Dieser Ost-West-Unterschied findet sich auch in allen Bevölkerungsgruppen. Nur innerhalb der Personengruppe, die Kontakt zu Ausländern pflegt, ist die Differenz zumindest geringer. Etwa 27% der Befragten in Westdeutschland und 35% in Ostdeutschland sind darüber hinaus eher bis voll und ganz der Meinung, dass es besser ist, wenn alle Menschen in einem Land derselben Kultur angehören. Dies ist ebenfalls dem ausländerablehnenden Spektrum zuzurechnen.

Intolerante und ausländerfeindliche Einstellungen können auch an der Bewertung der Deutschen zu der migrationsfeindlichen Protestbewegung Pegida abgelesen werden. Diese erzielt aktuell in Ostdeutschland deutlich größere Mobilisierungserfolge und Sympathiewerte als in Westdeutschland.

Immer mehr Ostdeutsche geben an, sich durch die Ausländer wie Fremde im eigenen Land zu fühlen. Bei Westdeutschen ist dieses Gefühl gegenläufig seit 2006 etwas gesunken. Insgesamt bewegen sich die Werte aber unterhalb der neutralen Antwortmöglichkeit (unter 4 auf einer Skala von 1-7), d.h. die Menschen stimmen der Aussage tendenziell eher nicht zu. Dennoch stimmen am aktuellen Rand auch 15% der Ostdeutschen und 10% der Westdeutschen der Aussage „voll und ganz zu“.

Ost- und Westdeutsche sorgen sich in gleichem Ausmaß über Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Die Deutschen sind mehrheitlich der Meinung, dass Fremdenfeindlichkeit in Deutschland stark verbreitet ist. 50% der Westdeutschen und 59% der Ostdeutschen sehen dies so. Weite Teile der deutschen Bevölkerung machen sich auch Sorgen über die Ausländerfeindlichkeit und den Fremdenhass im eigenen Land. Nur eine Minderheit von knapp 18% macht sich deswegen keine Sorgen. Im Zeitverlauf sind die Sorgen bis 2013 zurückgegangen, aber am aktuellen Rand wieder

II. Politische Sphäre

deutlich größer geworden. Trotz vieler unterschiedlicher Meinungen gegenüber Ausländern zwischen Ost- und Westdeutschen, gibt es bei den Sorgen keine Unterschiede: Die Menschen Ost und West teilen die Sorgen über Rassismus und Fremdenhass in Deutschland in gleicher Weise.

Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten sind im Osten stärker gestiegen

Proteste und Angriffe gegen geplante oder bestehende Flüchtlingsunterkünfte, sowie politisch motivierte Straf- und Gewalttaten am rechten Rand sind von 2014 auf 2015 stark gestiegen. Ab 2016 sind die Straftaten wieder rückläufig, stabilisieren sich aber auf höherem Niveau als im Jahr 2014. In Relation zur Einwohnerzahl liegt die Zahl der Übergriffe und Straftaten in den ostdeutschen Bundesländern höher.

Bei antisemitischen Einstellungen sind Konvergenzen in Ost- und Westdeutschland zu erkennen

Antisemitische Einstellungen gehören zu den Einstellungen, die eindeutig einem rechtsextremistischen Weltbild zugeordnet werden können. Seit 1996 sind negative Einstellungen gegenüber Juden in Deutschland im Westen zurückgegangen, während sie im Osten gleichgeblieben bzw. sogar größer geworden sind. Dies führte dazu, dass sich die Einstellungen seit 2012 in beiden Landesteilen weitgehend angeglichen haben.

Im Extremismusbereich lassen sich dagegen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Die antisemitischen Straf- und Gewalttaten pro 100.000 Einwohner sind in Ostdeutschland im Betrachtungszeitraum 2012 bis 2017 auf einem höheren Niveau als in Westdeutschland.

III. Ökonomische Sphäre

1. Hinführung und Kapitelstruktur

Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde am 01. Juli 1990 die ökonomische Vereinigung der damals noch existierenden DDR und der Bundesrepublik Deutschland vollzogen, sogar noch vor der politischen Einigung am 3. Oktober 1990. Seitdem sind in vielen wirtschaftlichen Bereichen des Lebens in Ostdeutschland Fortschritte zu sehen. Vor allem direkt nach der Wende und in den 90er Jahren hat Ostdeutschland ökonomisch rasch aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen hat sich von 1991 bis 2014 mehr als verdoppelt, die verfügbaren Einkommen je Einwohner sind um das Zweieinhalbfache gestiegen und die Arbeitsmarktlage hat sich auch in Ostdeutschland zunehmend entspannt. Allerdings hat aus ökonomischer Sicht bis heute keine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland stattgefunden. Die Arbeitslosenquoten verliefen in Ost- und Westdeutschland auf unterschiedlichem Niveau. Im Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote der ostdeutschen Länder um rund ein Drittel bis zur Hälfte höher als im Durchschnitt in Westdeutschland. Erst in den Jahren seit 2008 näherten sich die ostdeutschen Arbeitslosenzahlen den niedrigen Werten im Westen immer weiter an, dennoch besteht nach wie vor ein Rückstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland bei der Arbeitslosigkeit. Dieser Befund gilt in noch ausgeprägterem Maße für die Wirtschaftskraft in Ost und West. Bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zeigt sich eine persistente Lücke Ostdeutschlands beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, die sich bis zum aktuellen Rand nicht aufgelöst hat. Das BIP je Einwohner liegt im Osten nur bei rund 70% des westdeutschen Durchschnittswertes, und auch beim BIP je Erwerbstätigen besteht weiterhin eine Lücke von rund 25 Prozentpunkten (Ragnitz 2015). Der „statistische Aufholprozess“ des Ostens ist noch nicht gelungen.

Im vorliegenden Kapitel der „Ökonomischen Sphäre“ wird der Fokus nicht auf harte wirtschaftlichen Indikatoren wie BIP und Arbeitslosigkeitszahlen gelegt, sondern es werden die ökonomischen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland systematisch untersucht. Erwartungen und Einschätzungen von Deutschlands Bürgerinnen und Bürgern sind auf ökonomischer Ebene äußerst relevant, da diese Einschätzungen letztlich ökonomische Entscheidungen begründen. Abhängig davon, wie Menschen die aktuelle Konjunktur und die kommende Entwicklung der deutschen Wirtschaft einschätzen, werden sie unterschiedliche Entscheidungen treffen. Unternehmer wie Privatpersonen orientieren sich bei der Entscheidung zu investieren, zu konsumieren oder zu sparen an gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, aber handeln auch oft nach Stimmungen. Man erwartet, dass optimistische Marktteilnehmer mehr investieren und konsumieren, und dass pessimistische Marktteilnehmer eher sparen, um sich auf eventuelle Rezessionen vorzubereiten. Alle wirtschaftlichen Märkte, vom Immobilienmarkt bis hin zum Wechselkursmarkt, reagieren auf das Meinungsbild der Menschen. Zum anderen haben diese Entscheidungen wiederum Auswirkungen auf gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Angebot. Die Wirtschaft in Deutschland hängt

III. Ökonomische Sphäre

dementsprechend stark von den Einstellungen der Bevölkerung ab, das heißt der Konsumenten, Unternehmer und anderen Entscheidungsträgern. Des Weiteren hat die Sichtweise bezüglich der wirtschaftlichen Situation Deutschlands auch einen Einfluss auf andere, nicht-ökonomische Felder. Regionen, die sich wirtschaftlich schlecht entwickeln, zeigen häufig auch soziale und gesellschaftliche Probleme. Insgesamt könnten sich die wirtschaftlichen Erwartungen in Ostdeutschland deutlich von denen im Westen unterscheiden, aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Systeme vor dem Mauerfall: In der DDR wurde die Wirtschaft planwirtschaftlich von oben gelenkt, die BRD folgte dem Wirtschaftssystem der „Sozialen Marktwirtschaft“.

Im vorliegenden Kapitel liegt der Fokus auf der Untersuchung ökonomischer Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland. Nach einer übergreifenden und ausführlichen Analyse der Ergebnisse aus der relevanten Literatur (Abschnitt 2) folgen detaillierte deskriptive Auswertungen unterschiedlicher Datensätze (Abschnitt 3). Es werden viele verschiedene Einstellungen und Verhaltensweisen im Zeitablauf beschrieben und auf mögliche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in Ost- und Westdeutschland hin untersucht. Konkrete Untersuchungsgegenstände sind die Bewertung der ökonomischen Lebensbedingungen zur Allgemeinen und Persönlichen Wirtschaftslage und die Allgemeine Lebenszufriedenheit (Punkt 3.1), Einstellungen zu Gerechtigkeit und Ungleichheit in Deutschland (Punkt 3.2), sowie zu Risikopräferenzen (Punkt 3.3). Im letzten Teil der Analyse werden ausgewählte vorgefundene Differenzen in den Einstellungen und Verhaltensweisen anhand von Regressionsanalysen näher auf ihre Ursachen hin untersucht (Abschnitt 4). Ein Fazit schließt das Kapitel der Ökonomischen Sphäre ab. Es fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und widmet sich der Frage, ob sich die Meinungen und Haltungen im Bereich der Ökonomie in beiden Landesteilen angeglichen oder womöglich auseinander entwickelt haben, beziehungsweise gleichbleibend unterschiedlich sind (Abschnitt 5).

2. Überblick über den Forschungsstand

Einschätzungen der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Situation

Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland und zur persönlichen wirtschaftlichen Situation sind ein etablierter Bestandteil vieler Umfragen in den Sozialwissenschaften. Holtmann et al. (2015) hat die Entwicklung dieser Einschätzungen seit der Wiedervereinigung zusammengefasst und konzentriert sich dabei auf Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen. Nach der Euphorie der Wiedervereinigung wurde die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland bis Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich schlechter eingeschätzt. Es folgte eine Erholung bis zum Jahr 2000 und ein erneuter Absturz bis zum Jahr 2002/2003. Seitdem ist ein relativ klarer und kontinuierlicher Aufwärtstrend mit leichten zyklischen Schwankungen zu erkennen. Im Jahr 2012 wurde die Wirtschaftslage in Deutschland überwiegend positiv eingeschätzt. Unterschiede in den Einschätzungen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen sind über den gesamten Zeitverlauf kaum zu erkennen. Betrachtet man die Einschätzungen zur zukünftigen wirt-

schaftlichen Entwicklung Deutschlands, so ist das Muster sehr ähnlich. Nach der Anfangseuphorie wurden die Ostdeutschen bis zum Jahr 1992 eher pessimistisch bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Seit Mitte der 1990er Jahre schätzen Ost- und Westdeutsche die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands allerdings sehr ähnlich ein. Der positive Trend, der bei der Einschätzung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage noch recht klar zu erkennen ist, fällt bei der Einschätzung zur zukünftigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands etwas weniger deutlich aus.

Bezüglich der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation halten Holtmann et al. (2015) fest, dass diese über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2012 sowohl bei Ostdeutschen als auch bei Westdeutschen im Durchschnitt positiv ausfällt. Direkt nach der Wiedervereinigung schätzten Westdeutsche ihre persönliche wirtschaftliche Situation noch deutlich besser ein als Ostdeutsche. Die Einschätzungen der Westdeutschen wurden jedoch im Laufe der 1990er Jahre weniger positiv, während die Einschätzungen der Ostdeutschen in etwa konstant blieben. Dadurch haben sich die Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen bis zum Jahr 2000 verringert, ohne jedoch gänzlich zu verschwinden. In der Periode von 2000 bis 2012 sind diese Unterschiede annähernd gleich geblieben. Seit 2004 ist ein leichter Aufwärtstrend bei beiden Gruppen erkennbar. Betrachtet man schließlich die Erwartungen bezüglich der zukünftigen persönlichen Wirtschaftslage, so waren die Ostdeutschen unmittelbar nach der Wiedervereinigung noch deutlich optimistischer als die Westdeutschen. Bis in die Mitte der 1990er Jahre waren diese Unterschiede jedoch verschwunden und haben sich ab der Jahrtausendwende sogar umgekehrt. Seitdem sehen die Westdeutschen etwas positiver in die Zukunft als die Ostdeutschen. Im Jahr 2002/2003 hatten die Erwartungen bezüglich der zukünftigen persönlichen Wirtschaftslage in Ost- und Westdeutschland einen Tiefpunkt erreicht, ehe sie sich in den Folgejahren (mit leichten Schwankungen) wieder schrittweise aufhellten.

Arbeitslosigkeit, Einkommen und Lebenszufriedenheit

Ökonomische Gegebenheiten wie Beschäftigung und Löhne beeinflussen das persönliche Wohlergehen von Menschen in erheblichem Ausmaß. Eine der ersten Arbeiten, die sich quantitativ mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das mentale Wohlergehen auseinandersetzten, stammt von Clark und Oswald (1994). Sie verwenden Daten des British Household Panel aus dem Jahr 1991, im Rahmen dessen die Teilnehmer eine Reihe von Fragen zu ihrem mentalen Wohlbefinden beantworten mussten. Die Antworten auf diese Fragen gelten in der Literatur als verlässlicher Indikator für psychisches Leid. Es zeigt sich, dass das mentale Wohlbefinden von Arbeitslosen deutlich unter dem von Beschäftigten liegt. Dies impliziert, dass der Großteil der Arbeitslosen nicht „freiwillig“ arbeitslos ist, sondern tatsächlich unter Arbeitslosigkeit leidet. Arbeitslosigkeit wirkt sich Clark und Oswald (1994) zufolge sogar stärker negativ auf das Wohlbefinden aus als eine Scheidung. Darüber hinaus zeigt sich, dass das psychische Leid von Langzeitarbeitslosen niedriger ist als das psychische Leid von Menschen, die erst kürzlich arbeitslos geworden sind. Die von Clark und Oswald (1994) verwendeten Querschnittsdaten erlauben es nicht,

III. Ökonomische Sphäre

eindeutig nachzuweisen, dass die negative Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und mentalem Wohlergehen tatsächlich einem kausalen Effekt entspricht und nicht durch unbeobachtete dritte Variablen getrieben ist. Hier setzen Winkelmann und Winkelmann (1998) an, indem sie die Panel-daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1984 bis 1989 verwenden und so für unbeobachtete zeitkonstante Unterschiede zwischen Individuen kontrollieren können. Ihre Schätzungen bestätigen das Ergebnis von Clark und Oswald (1994) und erhärten dadurch die Vermutung, dass es sich bei der negativen Korrelation tatsächlich um einen ursächlichen Effekt der Arbeitslosigkeit auf das mentale Wohlbefinden handelt. Außerdem zeigen Winkelmann und Winkelmann (1998), dass der Verlust des Einkommens durch die Arbeitslosigkeit nur einen relativ kleinen Teil des negativen Effekts erklären kann. Vielmehr scheinen non-monetäre Faktoren und damit psychologische Kosten von Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle zu spielen.

Bereits Clark und Oswald (1994) erwähnen, dass soziale Normen und Vergleiche eine wichtige Rolle für die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Wohlergehen zu spielen scheinen. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die negative Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und mentalem Wohlbefinden in Regionen, in denen die Arbeitslosenquote verhältnismäßig hoch ist, geringer ausgeprägt ist. Lalive und Stutzer (2004) arbeiten diese Bedeutung sozialer Normen weiter heraus. Dabei verwenden sie den Anteil der Wähler in einer Gemeinde, der sich in einem Schweizer Referendum für eine letztlich nicht realisierte Reduzierung von Arbeitslosengeld aussprach, als Maß dafür, wie stark in einer Region die soziale Norm ist, dass es falsch ist auf Kosten des Staates zu leben. Anschließend zeigen sie, dass das subjektive Wohlbefinden von Arbeitslosen umso schlechter ist je höher der regionale Anteil an Wählern, die sich für die Reduzierung von Arbeitslosengeld aussprach. Zudem scheinen sich Arbeitslose in diesen Regionen auch stärker zu bemühen schneller wieder einen Job zu finden. Denn auch die Dauer der Arbeitslosigkeit ist in diesen Regionen systematisch niedriger als in anderen Regionen, in denen sich weniger Wähler für eine Reduzierung des Arbeitslosengelds aussprachen. Die Ergebnisse legen also nahe, dass soziale Normen bezüglich der Akzeptanz von Arbeitslosigkeit die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie das Wohlbefinden von Arbeitslosen beeinflussen. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt Clark (2003) auf Basis des British Household Panels, der als Maß für soziale Normen bezüglich der Akzeptanz von Arbeitslosigkeit unter anderem das Ausmaß der regionalen Arbeitslosigkeit verwendet.

Die makroökonomische Literatur identifiziert in aller Regel deutliche negative Effekte von regionaler Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit von Menschen (Di Tella et al. 2001). Bei Beschäftigten könnte eine hohe Arbeitslosenquote in der Region Angst hervorrufen, auch bald den Arbeitsplatz zu verlieren. Folgt man Clark und Oswald (1994) sowie Clark (2003), so würde man speziell für Arbeitslose jedoch erwarten, dass eine hohe regionale Arbeitslosigkeit den sozialen Druck für Arbeitslose mindert. Wenn Arbeitslosigkeit in einer Region verbreitet ist, fühlen sich Arbeitslose weniger gesellschaftlich ausgegrenzt, was die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das mentale Wohlbefinden etwas mindern könnte. Andererseits ist allerdings auch vorstellbar, dass eine hohe regionale Arbeitslosigkeit die negativen Effekte individueller Arbeits-

losigkeit noch einmal verstärkt. Dies wäre dann der Fall, wenn eine hohe regionale Arbeitslosigkeit die Erwartungen eines Arbeitslosen dämpft, schnell wieder einen neuen Job zu finden. Unter Verwendung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1999 bis 2009 untersucht Chadi (2014) den Zusammenhang zwischen regionaler Arbeitslosigkeit und mentalem Wohlbefinden von Arbeitslosen noch einmal detaillierter. Er findet Evidenz für beide genannte Wirkungsmechanismen. Je höher die regionale Arbeitslosigkeit, desto stärker ist der negative Effekt von Arbeitslosigkeit auf das eigene Wohlbefinden. Blickt man jedoch nicht auf den Effekt von eigener Arbeitslosigkeit, sondern auf den Effekt abhängig von Staatstransfers zu sein, dann zeigt sich, dass die Auswirkungen auf das Wohlbefinden geringer sind, wenn die regionale Arbeitslosigkeit hoch und damit der normative soziale Druck geringer ist.

Wie das eigene Einkommen die Lebenszufriedenheit von Menschen in Deutschland beeinflusst, ist Thema der Studie von Ferrer-i-Carbonell (2005). Sie verwendet das Sozio-oekonomische Panel und zeigt, dass das eigene Einkommen nur geringfügig positiv mit Lebenszufriedenheit korreliert. Nach Aufteilung der Stichprobe in Ostdeutsche und Westdeutsche erkennt sie einen deutlich stärkeren Einfluss des Einkommens auf die Lebenszufriedenheit unter Ostdeutschen. Beim Vergleich des Effekts des eigenen Einkommens mit dem Effekt des Einkommens von anderen zeigt sich, dass Anstiege des eigenen Einkommens keine Effekte auf die Lebenszufriedenheit haben, wenn das Einkommen der Referenzgruppe in gleichem Ausmaß steigt. Je niedriger das eigene Einkommen im Vergleich zur Referenzgruppe ist, desto unzufriedener sind die Menschen. Reichere Menschen werden jedoch nicht zufriedener durch ein Einkommen, das über dem Durchschnitt der Referenzgruppe liegt. Damit bestätigt sich die zentrale Einsicht Easterlins (1995), dass die Lebenszufriedenheit (zumindest leicht) mit dem eigenen Einkommen steigt, während es mit dem Einkommen der Referenzgruppe abnimmt.

Lebenszufriedenheit wird also sowohl von eigener Arbeitslosigkeit und von der Arbeitslosigkeit der Referenzgruppe geprägt als auch vom eigenen Einkommen und dem Einkommen der Referenzgruppe. Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu untersuchen, welche Rolle die teils unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung für die Lebenszufriedenheit von Ost- und Westdeutschen spielte. Frijters et al. (2004a, 2004b) zeigen anhand des Sozio-oekonomischen Panels, dass es insbesondere in den ersten Jahren nach Wiedervereinigung zu einem signifikanten Anstieg der Lebenszufriedenheit von Ostdeutschen kam. In einer Dekompositionsanalyse gehen sie den Triebkräften für diesen Anstieg nach. Die Ergebnisse legen nahe, dass höhere Realeinkommen und verbesserte Rahmenbedingungen die Lebenszufriedenheit erhöhten. Die Realeinkommen stiegen in Ostdeutschland von 1991 bis 2001 immerhin um circa 60 Prozent, wobei der Anstieg fast ausschließlich bis 1996 stattfand. Zu den verbesserten Rahmenbedingungen könnten Frijters et al. (2004a) zufolge beispielsweise Reisefreiheit, politische Freiheit und staatliche Transfers in Form von Leistungen der Sozialversicherung oder Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Straßen, Telekommunikation, Wohnen) zählen. Der dadurch entstehende Zugewinn an Lebenszufriedenheit wurde etwas ge-

III. Ökonomische Sphäre

dämpft durch Verluste von Jobs und in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch durch eine Verschlechterung familiärer und gesundheitlicher Bedingungen. Insgesamt stellen Frijters et al. (2004b) auch fest, dass der Anstieg der Lebenszufriedenheit unter Ostdeutschen insbesondere durch jüngere und gut gebildete Bürger getrieben ist. Easterlin (2009) gelingt es, dieses Ergebnis mit Hilfe des World Value Surveys zu generalisieren. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der UdSSR brach die Lebenszufriedenheit in den Ländern des ehemaligen Ostblocks zuerst dramatisch ein, bevor es in den Folgejahren zu einem stetigen Anstieg kam. Dieser Anstieg kann vor allem mit einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen erklärt werden, während ein Rückgang der Zufriedenheit mit der Arbeit (insbesondere der Sicherheit der Arbeitsstelle), der Gesundheit und dem Familienleben die Lebenszufriedenheit belastete. Im Laufe der Jahre wurden in diesen Ländern die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit größer, wobei vor allem jüngere und besser gebildete Menschen zufriedener wurden. In Ostdeutschland hatte die Lebenszufriedenheit Ende der 1990er Jahre im Durchschnitt wieder das Niveau erreicht, das vor dem umsturzbedingten Einbruch beobachtet werden konnte (Easterlin und Plagnol 2008). In vielen anderen ehemaligen Ostblock-Staaten war dies erst einige Jahre später der Fall (Easterlin 2009).

Auch Easterlin und Plagnol (2008) untersuchen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels Veränderungen der Lebenszufriedenheit von Ostdeutschen im Zuge der Wiedervereinigung. Sie konzentrieren sich aber stärker auf die Rolle von absolutem und relativem Einkommen. Als Maß für relatives Einkommen verwenden sie den Anteil des durchschnittlichen Einkommens der Ostdeutschen (Westdeutschen) am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen. Da dieses Maß auf der verhältnismäßig strikten Annahme beruht, dass sich die Bürger tatsächlich mit dem deutschen Durchschnitt vergleichen, wird noch ein alternatives Maß herangezogen, nämlich die Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen. Easterlin und Plagnol (2008) argumentieren, dass dieses alternative Maß den Vorteil hat, dass keine Referenzgruppe per Annahme vorgegeben wird, sondern zugelassen wird, dass unterschiedliche Menschen ganz unterschiedliche Referenzgruppen haben. Am Ende stellt sich heraus, dass die Ergebnisse dieser Studie für beide Maße des relativen Einkommens sehr ähnlich sind. Wie Frijters et al. (2004a, 2004b) zeigen Easterlin und Plagnol (2008), dass über die 1990er Jahre ein Anstieg des absoluten Einkommens der Ostdeutschen mit einem Anstieg der Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen zusammenfällt. In der Folge sank jedoch die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen bis 2004, obwohl das absolute Einkommen konstant blieb. Es fällt jedoch auf, dass das relative Einkommen der Ostdeutschen in dieser Periode sank. Aus dieser Beobachtung ziehen Easterlin und Plagnol (2008) den Schluss, dass das relative Einkommen als Determinante der Lebenszufriedenheit relevanter erscheint als das absolute Einkommen. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen als alternatives Maß für das relative Einkommen zeichnet die Bewegung in der Lebenszufriedenheit sogar noch etwas besser nach.

Betrachtet man die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen und der Westdeutschen im Zeitverlauf von 1990 bis 2012, so sieht man, dass in den frühen 1990er Jahren die Westdeutschen noch

deutlich zufriedener waren als die Ostdeutschen. Bis zum Jahr 1995 kam es zu einer leichten Annäherung; seitdem sind die Unterschiede in etwa konstant. Im Zeitraum von 2003 bis 2012 hat sich die Lebenszufriedenheit unter Ostdeutschen und unter Westdeutschen kontinuierlich verbessert (Holtmann et al. 2015). In der Umfrage Deutschland 2014 stellen Holtmann et al. (2015) fest, dass die Lebenszufriedenheit einheitlich auf hohem Niveau liegt und die Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen nicht sehr groß sind: 83 Prozent der Westdeutschen und 76 Prozent der Ostdeutschen sind mit ihrem Leben „eher zufrieden“ oder sogar „sehr zufrieden“. Demgegenüber stehen 3 Prozent der Westdeutschen und 5 Prozent der Ostdeutschen, die mit ihrem Leben „unzufrieden“ sind.

Van Hoorn und Maseland (2010) nähern sich dem Untersuchungsgegenstand aus einer anderen Perspektive. Sie untersuchen mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels, ob sich die Gewichte der einzelnen Determinanten von Lebenszufriedenheit zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen unterscheiden. Es geht also beispielhaft um die Frage, ob Einkommen für die Lebenszufriedenheit von Ostdeutschen genauso wichtig, weniger wichtig oder wichtiger ist als für Westdeutsche. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Ostdeutsche eine geringere Wertschätzung für akademische Bildung im Vergleich zur Berufsausbildung haben als Westdeutsche und dass die Lebenszufriedenheit von Ostdeutschen mit einem Anstieg von Wochenarbeitsstunden stärker sinkt als die von Westdeutschen. Gleichzeitig sind Beschäftigung, Einkommen und beruflicher Status für die Lebenszufriedenheit von Ostdeutschen jedoch sogar wichtiger als für Westdeutsche. Dies legt laut van Hoorn und Maseland (2010) nahe, dass die Präferenzen von Ostdeutschen in dieser Hinsicht nicht weniger marktwirtschaftlich orientiert sind als die von Westdeutschen.

Ungleichheit und Präferenzen für Umverteilung

Selbst wenn Bürger grundsätzlich marktwirtschaftlich denken und funktionierende Märkte zu allokativ effizienten Ergebnissen führen, impliziert dies noch lange nicht, dass das Marktergebnis von der Gesellschaft auch als „gerecht“ angesehen wird. Deshalb kann es Aufgabe des Staates sein, das Marktergebnis durch Umverteilung zu korrigieren. Eine der grundsätzlichsten politischen Einstellungen von Individuen betrifft die Frage, in welchem Ausmaß der Staat tatsächlich umverteilen soll. Dabei kann Umverteilung sowohl von Reichen zu Armen oder von Beschäftigten zu Arbeitslosen stattfinden, aber auch von Gesunden zu Kranken oder von Jungen zu Alten. Im gesellschaftlichen Diskurs bekunden Individuen ihre Präferenzen hinsichtlich Umverteilung und beeinflussen dadurch im demokratischen Prozess auch die Politik.

Es sind mehrere Gründe denkbar, warum Menschen in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedliche Einstellungen zu Umverteilung haben könnten. Nach der Wiedervereinigung ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland stark angestiegen und die Löhne in Ostdeutschland blieben unter dem westdeutschen Niveau. Beide Tatsachen könnten dazu führen, dass sich ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger für eine stärkere Unterstützung von Armen und Arbeitslosen und damit für mehr Umverteilung aussprechen. Zudem wurden Men-

III. Ökonomische Sphäre

schen, die in der ehemaligen DDR lebten, in einem politökonomischen Regime sozialisiert, welches Gleichheit propagierte und in dem der zentralistische Staat eine durchdringende Rolle einnahm. Auch diese Sozialisation könnte dazu führen, dass die Präferenzen für Umverteilung durch den Staat in Ostdeutschland selbst nach Wiedervereinigung stärker ausfallen als in Westdeutschland.

Die wissenschaftliche Literatur hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, wodurch individuelle Einstellungen zur Umverteilung beeinflusst werden. Dabei zeigt sich wie erwartet, dass Menschen umso stärkere Präferenzen für Umverteilung haben, desto mehr sie von dieser Umverteilung profitieren würden. Je höher das eigene Einkommen, umso mehr wird Umverteilung abgelehnt (z.B. Piketty 1995, Corneo 2001, Alesina und Giuliano 2009, Durante et al. 2014). Ein ganz ähnliches Muster ergibt sich bei der beruflichen Stellung: Je besser die berufliche Stellung, desto eher wird Umverteilung abgelehnt (Guillaud 2013). In einem System, welches Ungleichheit mit einer progressiven Einkommenssteuer einerseits und mit Transfers an Arme andererseits eindämmt, wird die zu zahlende Steuer umso höher sein, je höher das eigene Einkommen ist. Je niedriger das eigene Einkommen ist, desto höher werden staatliche Transfers ausfallen. Mit der einfachen Modellfigur des „homo oeconomicus“, des rationalen Eigennutzmaximierers, ist daher leicht zu erklären, warum die Zustimmung zu Umverteilung mit dem eigenen steigenden Einkommen abnimmt. Corneo (2001) findet Evidenz für diesen homo oeconomicus Effekt sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland.

Für die Zustimmung zu Umverteilung ist jedoch nicht nur die absolute Veränderung des eigenen Einkommens nach Steuern und Transfers relevant, sondern auch die Veränderung der relativen Position in der Gesellschaft. So kann es sein, dass sich Individuen gegen Umverteilung aussprechen, obwohl diese ihr absolutes Einkommen erhöht, wenn sich gleichzeitig ihre relative Position gegenüber anderen verschlechtert (Corneo 2001, Corneo und Grüner 2002, Kuziemko et al. 2014). Man spricht in diesem Fall davon, dass die durch Umverteilung resultierende Veränderung des sozialen Status Einstellungen zu Umverteilung beeinflusst. Corneo (2001) kann dies für Westdeutschland nachweisen, während er für Ostdeutschland keine Evidenz dafür findet, dass sich die durch Umverteilung induzierte Veränderung der relativen Position in der Gesellschaft auf redistributive Einstellungen auswirkt.

Aber auch Erwartungen über zukünftige Entwicklungen spielen eine nicht zu vernachlässigende Rolle für Einstellungen zu Umverteilung (Piketty 1995, Benabou und Ok 2001). Demnach könnten sich selbst ärmere Individuen, die aktuell von Umverteilung profitieren würden, gegen Umverteilung aussprechen, wenn diese erwarten, dass sie in Zukunft aufgrund einer verbesserten Position in der Einkommensverteilung nicht mehr von Umverteilung profitieren. Rainer und Siedler (2008) verwenden Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), um zu zeigen, dass eigene Einschätzungen über berufliche Mobilität tatsächlich mit Einstellungen zu Umverteilung zusammenhängen. Je höher die Befragten die Wahrscheinlichkeit einschätzten, in den kommenden zwei Jahren eine Gehaltserhöhung zu bekommen, desto seltener (häufiger) gaben sie an, dass die Steuern für

unqualifizierte Arbeiter (Manager) zu hoch seien. Das analoge Bild findet man bei der Wahrscheinlichkeit einer Degradierung: Je höher die Befragten die Wahrscheinlichkeit einschätzten, in den kommenden zwei Jahren degradiert zu werden, desto häufiger (seltener) gaben sie an, dass die Steuern für unqualifizierte Arbeiter (Manager) zu hoch seien. Dabei sollten auch die hinter den Erwartungen stehenden Triebkräfte berücksichtigt werden. Menschen, die selbstbewusster im Hinblick auf ihre eigene Leistungsfähigkeit sind, schätzen das Risiko einer Lohnsenkung oder Degradierung als geringer ein und votieren deshalb eher für weniger Umverteilung (Durante et al. 2014). Negative Ereignisse in jungen Jahren können Menschen risikoaverser und weniger optimistisch hinsichtlich ihrer zukünftigen Entwicklung machen, was sich in einer stärkeren Präferenz für Umverteilung niederschlägt. So zeigen etwa Giuliano und Spilimbergo (2012), dass Menschen, die im Alter von 18 bis 25 eine Rezession erlebten, deutlich häufiger denken, dass Glück für Erfolg wichtiger ist als harte Arbeit. Entsprechend stimmen sie auch häufiger der Aussage zu, dass sich der Staat um die Ärmern in einer Gesellschaft kümmern soll.

Dabei ist die Motivation für diese Zustimmung zu Umverteilung nicht nur streng eigennutzorientiert (Corneo 2001). Soziale Präferenzen wie Ungleichheitsaversion (Fehr und Schmidt 1999) spielen ebenso eine Rolle. Viele Menschen sind bereit, dafür zu bezahlen, dass Ungleichheit zwischen Dritten verringert wird (Durante et al. 2014; Henninghausen und Heinemann 2015), insbesondere wenn das Schicksal nicht rein selbstverschuldet ist. Alesina und Angeletos (2005) liefern für diesen Zusammenhang erstmals ein formal analytisches Modell, in welchem Gesellschaften unterschiedliche Auffassungen darüber haben, ob Glück oder eigene Leistung Einkommen determiniert. Sie argumentieren, dass Gesellschaften, in denen der Glaube vorherrscht, dass vor allem Glück für Erfolg relevant ist, eher Umverteilungspolitik unterstützen. Gesellschaften, in denen der Glaube vorherrscht, dass vor allem eigene Leistung für Erfolg relevant ist, sprechen sich dagegen eher gegen Umverteilungspolitik aus.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund Ost- und Westdeutschland, so ergibt sich ein interessantes Muster. Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) finden auf Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels, dass Ostdeutsche viel weniger als Westdeutsche der Ansicht sind, dass Glück für Erfolg im Leben verantwortlich ist. Trotzdem waren Ostdeutsche nach der Wiedervereinigung deutlich häufiger der Meinung, dass sich vor allem der Staat (und weniger privatwirtschaftliche Institutionen) um die finanzielle Sicherheit für Familien, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Alter kümmern sollte. Bauernschuster et al. (2012) bestätigen mit Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), dass Ostdeutsche sich häufiger als Westdeutsche dafür aussprechen, dass sich der Staat um Kranke, Arme, Alte und Arbeitslose kümmern soll. Zudem finden sie auch, dass Ostdeutsche seltener als Westdeutsche der Ansicht sind, dass Einkommensunterschiede und Unterschiede im Status gerecht sind. Beide Studien haben gemein, dass die Unterschiede in den Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen nicht komplett durch Unterschiede in individuellen und regionalen Charakteristika zu erklären sind. Vielmehr gehen die Autoren davon aus, dass auch das kommunistische Regime in der ehemaligen DDR einen direkten Einfluss auf die Präferenzen der Bevölkerung hatte. Alesina

III. Ökonomische Sphäre

und Fuchs-Schündeln (2007) und Svallfors (2010) zeigen auch, dass eine gewisse Konvergenz der Einstellungen über die Jahre nach der Wiedervereinigung zu erkennen ist. Es wird aber laut Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) ein bis zwei Generationen dauern, bis sich die Einstellungen zu Umverteilung von Ost- und Westdeutschen vollständig angeglichen haben. Luttmer und Singhal (2011) zeigen, dass Einstellungen zu Umverteilung auch als eine Art kulturelles Erbe gesehen werden können, welches Menschen von Generation zu Generation weitergeben. Dies würde auch erklären, warum sich Einstellungen nicht unmittelbar ändern, wenn sich die sozio-ökonomischen oder politischen Bedingungen ändern.

Einen weiteren interessanten Einflussfaktor für Einstellungen zu Umverteilung betrachten Dahlberg et al. (2012). Mit Daten aus Schweden weisen sie nach, dass erhöhte Flüchtlingszahlen in einer Region negative kausale Effekte auf die Unterstützung redistributiver Politikmaßnahmen haben. Dabei ist dieser Effekt insbesondere bei Besserverdienern stark ausgeprägt. Als Grund, warum ethnische Vielfalt Präferenzen für Umverteilung senkt, wird in der Literatur meist hervorgehoben, dass sich Menschen eher altruistisch gegenüber der eigenen Gruppe, nicht aber gegenüber anderen (auch ethnischen) Gruppen, verhalten (in-group bias). Dies hat zur Folge, dass Befürwortung von Umverteilung umso stärker sinkt, je mehr Mitglieder anderer Gruppen in einer Region leben.

Es ist durchaus auch vorstellbar, dass Informationen über das Ausmaß an Ungleichheit in einem Land das Problembewusstsein der Menschen und damit die Einstellungen zu Umverteilung verändert. Kuziemko et al. (2015) haben genau das anhand eines in eine Online-Umfrage integrierten Experiments untersucht. Nachdem eine zufällig ausgewählte Gruppe an Befragten mit tatsächlichen Daten zur Einkommensungleichheit in den USA konfrontiert wurde, zeigte diese Gruppe ein deutlich stärkeres Problembewusstsein für Ungleichheit als die Vergleichsgruppe. Nichtsdestotrotz veränderten die Informationen zu Ungleichheit ihre Haltung zu politischen Umverteilungsmaßnahmen im US-amerikanischen Steuer- und Transfersystem kaum. Dieser scheinbare Widerspruch wird von Kuziemko et al. (2015) teilweise damit erklärt, dass die Menschen wohl nicht genügend Vertrauen in den Staat haben. Konkret vertrauen sie nicht darauf, dass redistributiv gedachte Politikmaßnahmen tatsächlich die Ungleichheit mildern können. Nur wenn Teilnehmer explizit darauf aufmerksam gemacht wurden, dass bestimmte Maßnahmen Ungleichheit tatsächlich reduzieren könnten, erhöhten sie ihre Zustimmung zu diesen Maßnahmen.

Risikopräferenzen

Viele menschliche Entscheidungen lassen sich als Entscheidungen unter Unsicherheit charakterisieren. Damit spielen Risikopräferenzen eine entscheidende Rolle für menschliches Entscheidungsverhalten und nehmen entsprechend einen zentralen Platz in ökonomischen Modellen ein. Bezogen auf Arbeitsmarktentscheidungen zeigt sich beispielsweise, dass risikofreudigere Menschen häufiger Berufe wählen, in denen zwar einerseits relativ hohe Löhne möglich sind, gleichzeitig aber auch die Gefahr besteht, auf ein relativ niedriges Lohnniveau zu fallen – Berufe also,

die sich durch eine hohe Unsicherheit bezüglich der Lohnhöhe auszeichnen (Bonin et al. 2007). Gleichzeitig machen sich risikofreudige Menschen häufiger selbständig (Cramer et al. 2002, Fairlie 2002), sie sind mobiler und ziehen eher um (Jaeger et al. 2010, Bauernschuster et al. 2014). Ein gewisses Maß an Risiko einzugehen, kann dabei häufig produktiv sein. Andererseits kann ein zu risikofreudiges Verhalten nicht nur für den einzelnen Menschen selbst, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes schädlich sein. Man denke an zu risikoreiche Investments bei der Altersvorsorge oder an risikoreiches Gesundheitsverhalten.

Häufig wird argumentiert, dass makroökonomische Schocks wie Weltwirtschaftskrisen die Risikopräferenzen ganzer Generationen prägen können. Malmendier und Nagel (2011) zeigen, dass Individuen, die im Laufe ihres Lebens höhere Renditen am Aktienmarkt erlebt haben, mehr finanzielle Risiken eingehen. Sie investieren wahrscheinlicher am Aktienmarkt und investieren, wenn sie in Aktien investieren, auch mehr Geld. Erfahrungen bezüglich der Renditen am Aktienmarkt aus der jüngeren Vergangenheit beeinflussen das Verhalten dabei stärker als länger zurückliegende Renditen. Malmendier und Nagel (2011) finden Evidenz dafür, dass die gemachten Erfahrungen die Erwartungen der Individuen bezüglich zukünftiger Renditen verändern. Sie können jedoch auch nicht komplett ausschließen, dass die Erfahrungen die Risikopräferenzen selbst beeinflussen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage interessant, wie sich Ostdeutsche und Westdeutsche nach den politökonomischen Umbrüchen im Zuge der Wiedervereinigung hinsichtlich ihrer Risikopräferenzen unterscheiden und wie sich etwaige Unterschiede über die Zeit entwickelten.

Theoretisch ist dabei nicht eindeutig, ob man unter Ostdeutschen stärker oder schwächer ausgeprägte Risikoaversion als unter Westdeutschen erwarten sollte. Folgt man Heineck und Süßmuth (2013), so könnte man annehmen, dass Ostdeutsche unmittelbar nach Wiedervereinigung risikofreudiger waren als Westdeutsche. Makroökonomische Schocks führten in der ehemaligen DDR nicht zu Arbeitslosigkeit, da der sozialistische Staat Vollbeschäftigung zusicherte. Heineck und Süßmuth (2013) argumentieren, dass die Menschen in Ostdeutschland deshalb nicht wie von Malmendier und Nagel (2011) beschrieben auf makroökonomische Schocks mit höherer Risikoaversion reagierten. Zugleich führen sie an, dass die systematische Unterdrückung und Ausspionierung der Bevölkerung durch den sozialistischen Staat die Konsequenz hatte, dass den Bürgern ein überdurchschnittliches Maß an Risikofreude abverlangt wurde, um tatsächlich den friedlichen Umsturz des Systems zu erreichen. Zur empirischen Überprüfung dieser Hypothese verwenden Heineck und Süßmuth (2013) die Daten des Sozio-oekonomischen Panels. In den Jahren 2004 und 2008 wurden die Teilnehmer dieser Umfrage nach ihren Risikopräferenzen gefragt. Konkret mussten sie auf einer Skala von 0 („gar nicht risikobereit“) bis 10 („sehr risikobereit“) ihre Risikopräferenzen angeben. Dohmen et al. (2011) zeigen, dass die Selbsteinstufung auf dieser Skala sehr stark mit tatsächlichem Risikoverhalten der gleichen Individuen im Labor korreliert. Heineck und Süßmuth (2013) weisen nach, dass Ostdeutsche noch im Jahr 2004 tatsächlich risikofreudiger waren als Westdeutsche. Bis 2008 sank die Risikofreude der Ostdeutschen jedoch und erreichte das eher risikoaverse Niveau der Westdeutschen. Als möglichen Grund für diese

Entwicklung führen Heineck und Süßmuth (2013) an, dass sich die relativen Positionen der Menschen in der Einkommensverteilung über die Zeit kaum änderten. Die soziale Rangordnung war also relativ starr, wodurch Anreize verloren gingen, Risiken einzugehen, um eine bessere relative Position zu erklimmen.

3. Ökonomische Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland

3.1 Ökonomische Lebensbedingungen

3.1.1 Wirtschaftslage in Deutschland

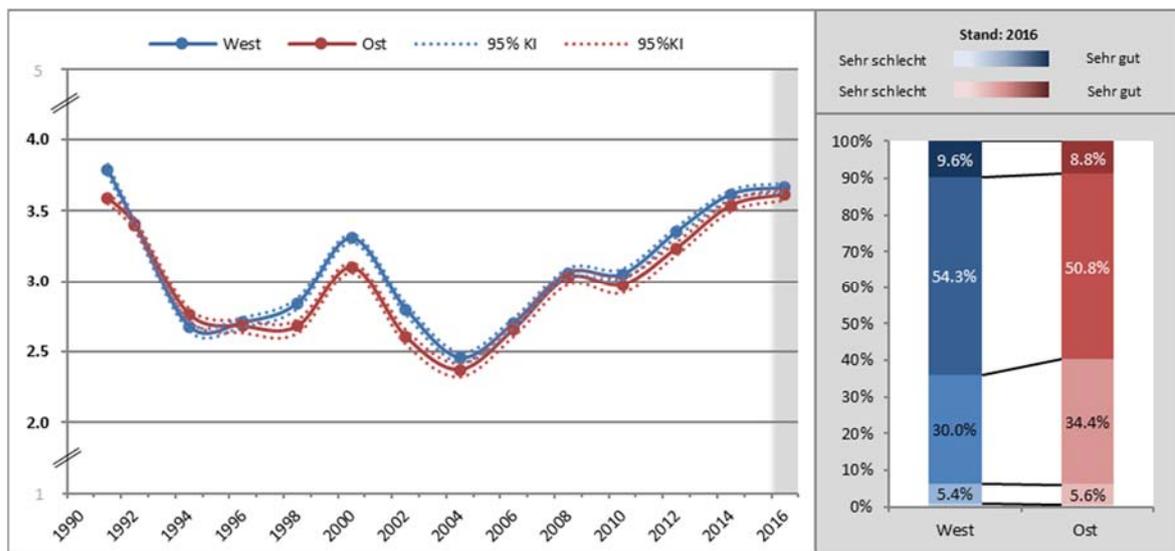
Ein üblicher Indikator für wirtschaftliche Aktivität eines Landes ist das Bruttoinlandsprodukt, welches durch seine Bestandteile der Konsum- und Investitionsausgaben wiederum stark von Erwartungen über die jetzige und vor allem zukünftige wirtschaftliche Entwicklung abhängt. Wie optimistisch oder pessimistisch die deutsche Bevölkerung die allgemeine wirtschaftliche Lage einschätzt, ist deswegen äußerst relevant für die Wirtschaft in Deutschland.

Die Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands folgt in beiden Landesteilen einem sehr ähnlichen Trend (Abbildung 113). Kurz nach der Wiedervereinigung schätzten die Deutschen die wirtschaftliche Lage im Land überdurchschnittlich gut ein mit Mittelwerten über 3,5 Punkten auf einer Beurteilungsskala von 1 (schlecht) bis 5 (sehr gut). Anschließend relativierte sich diese Zuversicht ziemlich schnell bis 1994. Im weiteren Verlauf schwanken die beiden Linien stark zyklisch und die Wirtschaftslage wird mit einer Ausnahme im Jahr 2000 nicht überdurchschnittlich positiv bewertet. Ein negativer Tiefstand in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage wird mit unter 2,5 Punkten im Jahr 2004 gemessen. Anschließend hellte sich die Stimmung in der Bevölkerung kontinuierlich wieder auf. Ab 2014/2016 sieht die aktuelle Wirtschaftslage Deutschland nach Meinung der Befragten erstmals wieder so vielversprechend aus wie 1991. Im Jahr 2016 bewerteten Mehrheiten in beiden Teilen Deutschlands die Wirtschaftslage als gut bzw. sehr gut. Rund ein Drittel entscheidet sich für die neutrale Antwortmöglichkeit „teils gut/teils schlecht“. Nur 5-6% halten die Wirtschaftslage für schlecht. Die Antwortkategorie „sehr schlecht“ zur Beurteilung der Wirtschaftslage wird so gut wie nie ausgewählt: nur 0,8% im Westen und 0,5% im Osten tun dies.

Ost-West-Unterschiede bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage waren meist marginal. Die positive Wendestimmung bezüglich der Wirtschaftslage war im Westen anfangs ausgeprägter. Auch in den Jahren um die Jahrtausendwende schätzten die Westdeutschen die Wirtschaftslage in Deutschland etwas positiver ein. In den Folgejahren nähern sich die Einschätzungen wieder an und ab 2004 kann kein messbarer Unterschied zwischen Ost und West mehr festgestellt werden. Die in Kapitel 2 vorgestellte Studie von Holtmann et al. (2015) unterstützt die hier getroffenen Aussagen.

Auswertungen derselben Frage zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im Politbarometer zeigen im Wesentlichen ähnliche Ergebnisse. Hier finden sich zunächst größere Ost-West-Diskrepanzen in den 1990er Jahren. Ab 2002 konvergierte die Stimmungslage bezüglich der Wirtschaftslage in beiden Landesteilen, zunächst auf niedrigem Niveau (ohne Abbildung). Anschließend verbesserte sich wiederum die Stimmung kontinuierlich bis zum Jahr 2015, in dem die Deutschen dieselben Erwartungen zur Wirtschaft in Deutschland hegen (Tabelle 41). Etwa jeder Vierte findet mit der deutschen Wirtschaft gehe es zurzeit eher aufwärts. Demgegenüber ist etwa jeder Fünfte in Deutschland der Meinung, mit der Wirtschaft in Deutschland gehe es zurzeit eher bergab. Rund die Hälfte meint, es verändert sich zurzeit nicht viel an der Wirtschaftslage.

Abbildung 113: Beurteilung der Wirtschaftslage in Deutschland heute



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?“ Antwortmöglichkeiten: Sehr schlecht (1), Schlecht (2), Teils gut / teils schlecht (3), Gut (4), Sehr gut (5).

Tabelle 41: Erwartungen zur deutschen Wirtschaft

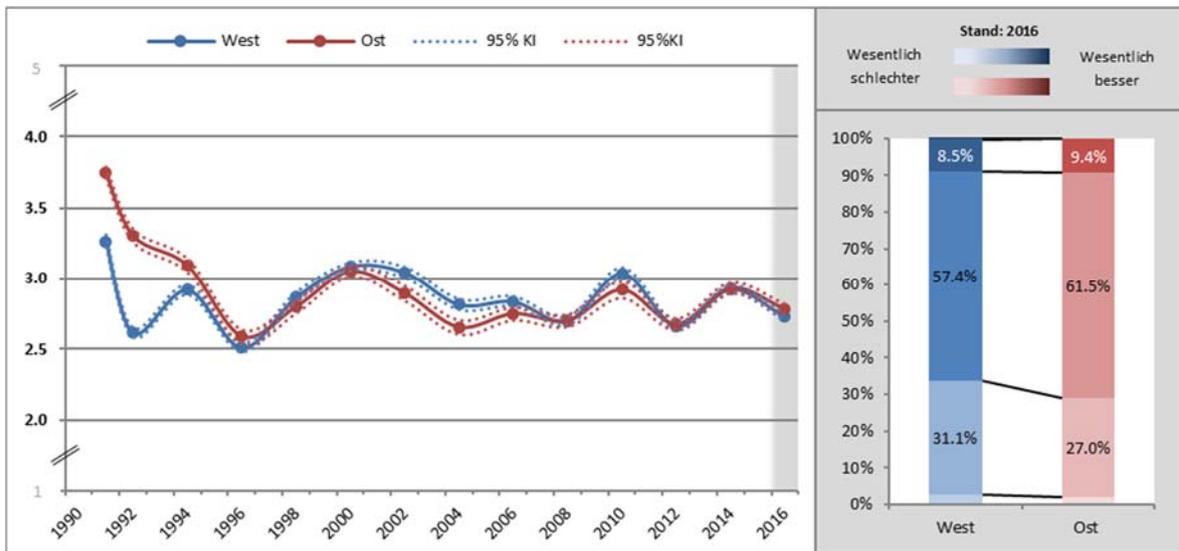
	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Es geht eher abwärts	21,5	19,1	-2,4**
Es verändert sich nicht viel	53,7	52,9	-0,8*
Es geht eher aufwärts	24,8	28,0	3,2***

Anmerkungen: Politbarometer 2015: „Und was meinen Sie, geht es mit der Wirtschaft in Deutschland zurzeit eher aufwärts, zurzeit eher abwärts oder verändert sich da nicht so viel?“ Antwortmöglichkeiten: Eher aufwärts, Eher abwärts, Es verändert sich da nicht viel. Ost-West-Differenz: Mittelwert in Ostdeutschland – Mittelwert in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Die Einschätzung über die zukünftige Wirtschaftslage ist ebenfalls ein aussagekräftiger Indikator für kommende Investitions- und Konsumbereitschaft. Bei der Frage wie man die wirtschaftliche Lage im Land in einem Jahr einschätzt (Abbildung 114), sind die Deutschen im Vergleich zur Bewertung der aktuellen Lage allerdings deutlich zurückhaltender eingestellt, wenngleich ein direkter Vergleich aufgrund unterschiedlicher Antwortvorgaben nicht möglich ist. Die Antwortmöglichkeiten reichen von der Annahme die wirtschaftliche Lage in einem Jahr werde „(wesentlich) schlechter sein als heute (1 und 2)“ über „gleichbleibend (3)“ bis sie werde „(wesentlich) besser sein als heute“ (4 und 5).

Direkt nach der Wende gingen noch viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland davon aus, dass sich die Wirtschaftslage weiter verbessern würde (Abbildung 114). 1991 sahen Ostdeutsche die zukünftige Konjunktur mit einem Mittelwert von über 3,7 deutlich positiver als Westdeutsche mit knapp 3,3 Punkten. Beide Regionen verlieren allerdings schnell ihren Optimismus, vor allem im Westen stürzt die Zuversicht in die kommende wirtschaftliche Lage innerhalb eines Jahres ab. Insgesamt besteht der Ost-West-Unterschied bis 1994 fort. Ab 1996 erholen sich die Zukunftseinschätzungen ein wenig und pendeln sich im Osten wie im Westen auf einen Wert um 2,8 ein. Sie liegen damit also konstant unter der neutralen Antwortmöglichkeit, die wirtschaftliche Lage bliebe künftig gleichbleibend. Mitte der 2000er Jahre waren die Werte im Westen zeitweise etwas höher als im Osten. Seit 2008 entwickeln sich die Meinungen in beiden Teilen Deutschlands wieder sehr ähnlich.

Abbildung 114: Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschland in einem Jahr

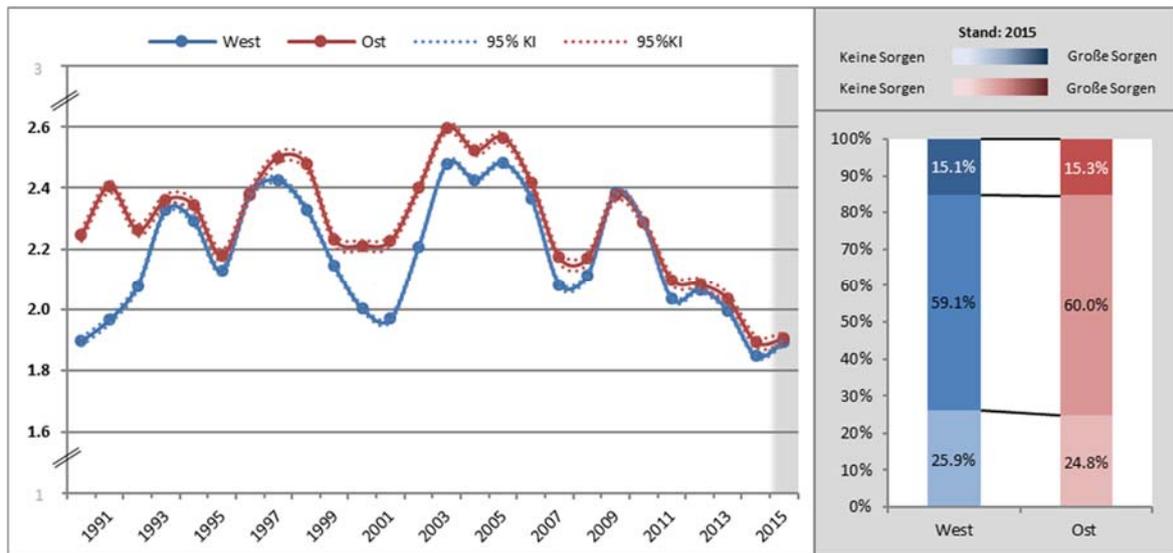


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland IN EINEM JAHR sein?“ Antwortmöglichkeiten: Wesentlich schlechter als heute (1), Etwas schlechter als heute (2), Gleichbleibend (3), Etwas besser als heute (4), Wesentlich besser als heute (5).

Offensichtlich waren die Ostdeutschen direkt nach der Wiedervereinigung also überzeugter davon, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland verbessern wird. Demgegenüber fürchteten Westdeutsche eher Probleme bei der Eingliederung des Ostens in die soziale Marktwirtschaft. Der wirtschaftliche Optimismus beider Regionen fällt nach der Wiedervereinigung und bleibt bis 2016 auf einem mittleren Niveau. 2016 sind circa 60% aller Befragten der Meinung, die wirtschaftliche Lage in Deutschland entwickelt sich gleichbleibend weiter, circa 30% vermuten die Wirtschaftslage wird in einem Jahr etwas schlechter sein und circa 10% vermuten eine verbesserte Lage (Abbildung 114).

Im Einklang mit der seit Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich ansteigenden positiven Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland aus Abbildung 113 stehen auch die zurückgehenden Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (Abbildung 115). In den Jahren 2002 bis 2006 und nach der Finanzkrise 2009 machten sich viele Deutsche Sorgen um die Wirtschaft, seither sinken die Sorgen wieder kontinuierlich. Im ganzen Beobachtungszeitraum unterschieden sich die Meinungen in Ost- und Westdeutschland zum Teil erheblich. Vor allem nach der Wiedervereinigung und um die Jahrtausendwende blickten Ostdeutsche sorgenvoller auf die wirtschaftliche Entwicklung als Westdeutsche. In den darauffolgenden Jahren näherten sich die Werte im Osten denjenigen im Westen an. Seit 2009 sind annähernd keine Ost-West-Diskrepanzen mehr zu finden. Im Jahr 2015 machen sich rund 60% der Deutschen einige Sorgen und circa 15% große Sorgen um die Wirtschaft in Deutschland. Erfreulich ist, dass sich immerhin auch jeder vierte Befragte in Deutschland keine Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung macht.

Abbildung 115: Sorge um allgemeine wirtschaftliche Entwicklung



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? - Um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung?“ Antwortmöglichkeiten: Keine Sorgen (1), Einige Sorgen (2), Große Sorgen (3).

Bei der Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland bleibt abschließend festzuhalten, dass die deutschen Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich mit der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland mehrheitlich eher zufrieden sind (Tabelle 42). Allerdings unterscheiden sich hier Ost- und Westdeutsche in ihrer Meinung. Im Westen sind 64% der Befragten eher zufrieden mit der Sozialen Marktwirtschaft, im Osten liegt der Wert um 9 Prozentpunkte niedriger bei 55%.

Tabelle 42: Zufriedenheit mit Marktwirtschaft in Deutschland

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Eher unzufrieden	36,1	45,4	9,3***
Eher zufrieden	63,9	54,6	-9,3***

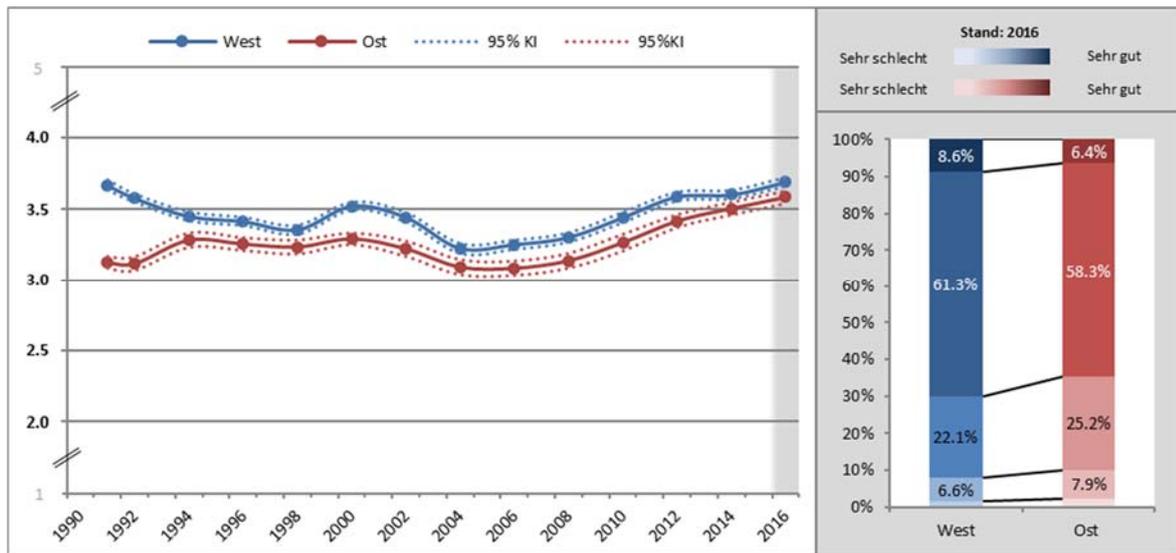
Anmerkungen: Politbarometer 2015: „Was meinen Sie zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland? Sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ Antwortmöglichkeiten: Eher unzufrieden, Eher zufrieden. Ost-West-Differenz: Mittelwert in Ostdeutschland – Mittelwert in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

3.1.2 Persönliche Wirtschaftslage

3.1.2.1 Eigene Lage und Altersversorgung

Wie die allgemeine Wirtschaftslage eingeschätzt wird, kann sich mitunter stark von der jeweiligen eigenen wirtschaftlichen Situation unterscheiden. Die Bewertung der aktuellen und künftigen persönlichen Wirtschaftslage beeinflusst jedoch genauso, vermutlich sogar noch stärker, Konsum und Investitionen. Im Vergleich zur allgemeinen Wirtschaftslage beurteilen die Deutschen ihre eigene wirtschaftliche Lage im Zeitverlauf im Durchschnitt gleichbleibender und meist positiver (Abbildung 116). Erst am aktuellen Rand im Jahr 2016 werden die eigene und die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland sehr ähnlich mit guten Mittelwerten eingeschätzt. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit Mitte der 2000er Jahre wurde beispielsweise die allgemeine Wirtschaftslage deutlich schlechter eingestuft als die tatsächliche persönliche Lage.

Abbildung 116: Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage heute



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?“
 Antwortmöglichkeiten: Sehr schlecht (1), Schlecht (2), Teils gut / teils schlecht (3), Gut (4), Sehr gut (5).

Beginnend mit einem starken Ost-West-Unterschied 1991 (Osten: 3,1 und Westen: 3,7), zeigen die Ergebnisse zur persönlichen Wirtschaftslage eine Konvergenz, mit Ausnahme Anfang der 2000er. 2016 beurteilen 70% der Befragten in Westdeutschland und 65% derjenigen in Ostdeutschland ihre private Wirtschaftssituation als gut bis sehr gut. Nur 8% im Westen bzw. 10% im Osten sind der Meinung, dass es ihnen wirtschaftlich schlecht oder sehr schlecht geht. Die Veränderungen im Zeitverlauf bestätigen Holtmann et al. (2015). Trotz der insgesamt guten Bewertung der persönlichen Lage haben gleichzeitig gut 50% der Westdeutschen und gut 40% der Ostdeutschen überhaupt nicht das Gefühl, dass sie von der insgesamt verbesserten Wirtschaft in Deutschland persönlich profitieren würden (Tabelle 43). Nur 10% der Befragten im Westen haben das Gefühl, dass sich durch den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland ihre persönliche Lage stark bis sehr stark verbessert hat. Im Osten liegt dieser Wert um 4 Prozentpunkte höher.

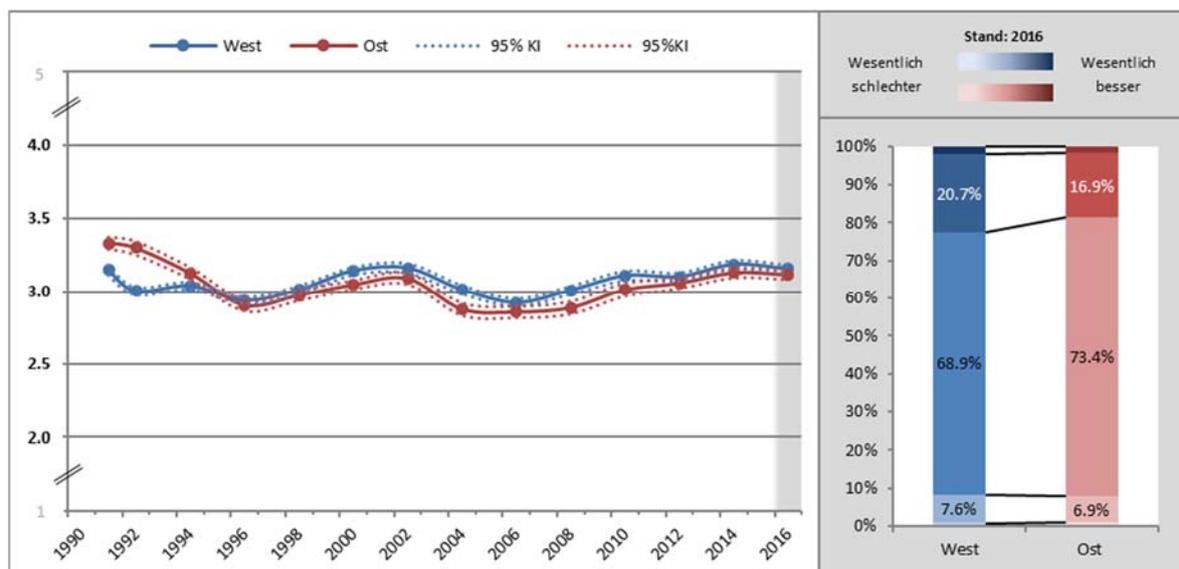
Bei der Einschätzung über die private Wirtschaftslage wird wiederum ein Blick auf die zukünftige Erwartung in einem Jahr geworfen (Abbildung 117). Hierbei waren die ostdeutschen Befragten zunächst optimistischer eingestellt als die Westdeutschen, dies ändert sich jedoch ab 1996. Ab diesem Zeitpunkt folgen die Zukunftserwartungen in beiden Landesteilen einem ähnlichen Trend, wonach im Durchschnitt konstant rund 70% eine gleichbleibende persönliche Wirtschaftslage annehmen.

Tabelle 43: Persönliche Auswirkungen der verbesserten Wirtschaft

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Überhaupt nicht	52,9	43,1	-9,8***
Nicht so stark	37,1	42,7	5,5**
Stark	8,8	13,0	4,2**
Sehr stark	1,1	1,3	0,1

Anmerkungen: Politbarometer 2015: „Mit der Wirtschaft in Deutschland geht es aufwärts. Wie stark hat sich durch diesen Aufschwung alles in allem Ihre persönliche Lage verbessert?“ Antwortmöglichkeiten: Überhaupt nicht verbessert, Nicht so stark, Stark, Sehr stark. Ost-West-Differenz: Mittelwert in Ostdeutschland – Mittelwert in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Abbildung 117: Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage in einem Jahr



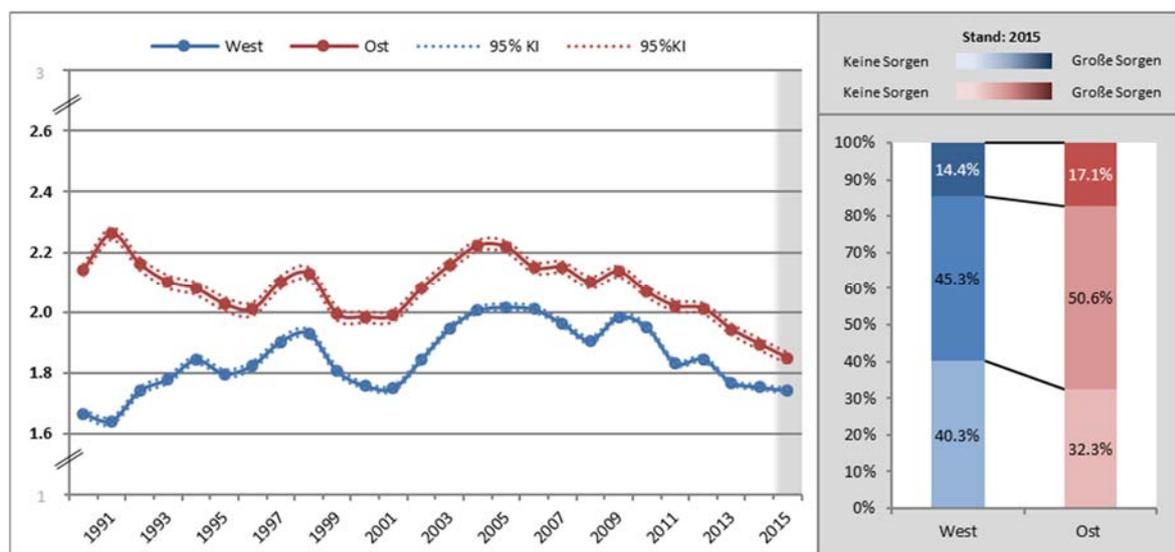
Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Und wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?“ Antwortmöglichkeiten: Wesentlich schlechter als heute (1), Etwas schlechter als heute (2), Gleichbleibend (3), Etwas besser als heute (4), Wesentlich besser als heute (5).

Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage der Befragten kann durch weitere Auswertungen von Fragen zu den Sorgen, die Menschen bezüglich ihrer wirtschaftlichen Situation oder ihrer Altersversorgung hegen, untermauert werden. Zu Beginn des untersuchten Zeitraums gehen die Antworten über wirtschaftliche Sorgen in Ost und West stark auseinander. Die ostdeutsche Bevölkerung machte sich nach der Wiedervereinigung zunächst deutlich mehr Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, als es die Westdeutschen taten (Abbildung 118). Ob sich die Befragten Sorgen machen, scheint über die Zeit jedoch immer weniger von der Zugehörigkeit zu

III. Ökonomische Sphäre

Ost- oder Westdeutschland abzuhängen. Es zeichnet sich eine stetige Konvergenz ab. 2015 liegt der Unterschied noch bei 0,1 auf der Skala von 1 (Keine Sorgen) bis 3 (Große Sorgen). 45% im Westen und 51% im Osten machen sich einige Sorgen. Deutlich weniger Menschen zwischen 14% im Westen und 17% im Osten geben an, sich große Sorgen zu machen. Ein Drittel im Osten und 40% im Westen sind sorgenfrei was ihre persönliche wirtschaftliche Situation betrifft.

Abbildung 118: Sorge um eigene wirtschaftliche Situation



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? - Um Ihre eigene wirtschaftliche Situation?“ Antwortmöglichkeiten: Keine Sorgen (1), Einige Sorgen (2), Große Sorgen (3).

Im Vergleich zu den aktuellen wirtschaftlichen Sorgen sind die Sorgen der Deutschen größer, wenn sie an ihre Altersversorgung denken (Tabelle 44). Rund ein Viertel der Befragten (23% im Westen und 28% im Osten) gibt 2015 an, mit großen Sorgen auf die eigene Altersversorgung zu blicken und rund 40% der Befragten in beiden Landesteilen zumindest mit einigen Sorgen. Dagegen sorgen sich 37% im Westen und 30% im Osten nicht um ihre Versorgung im Alter. Zumindest bezeichneten im Jahr 2014 bei etwas anderer Fragestellung 68% der Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland und 58% in Ostdeutschland ihre persönliche Alterssicherung oder Sicherheit vor Invalidität und im Krankheitsfall als ausreichend (Abbildung 119). 1994 lag dieser Wert im Westen noch bei 77%, im Osten dagegen noch niedriger, wo nur rund 53% der Befragten der Meinung waren, dass ihre Alterssicherung ausreichen wird. Über die Zeit nähern sich die Meinungen im Osten und Westen an. Westdeutsche sind nun tendenziell weniger überzeugt von der Qualität ihrer Altersversicherung als vorher, wobei Ostdeutsche, die 2000 befragt wurden, einen Teil ihrer Sorgen abgelegt zu haben scheinen. In der Folge fallen die Zustimmungswerte zu der Frage nach ausreichender Altersvorsorge sowohl im Osten, als auch im Westen. Bis zum Jahr 2014 erholt sich dies etwas, es denken jedoch weiterhin ca. 32% der westdeutschen und 42% der ost-

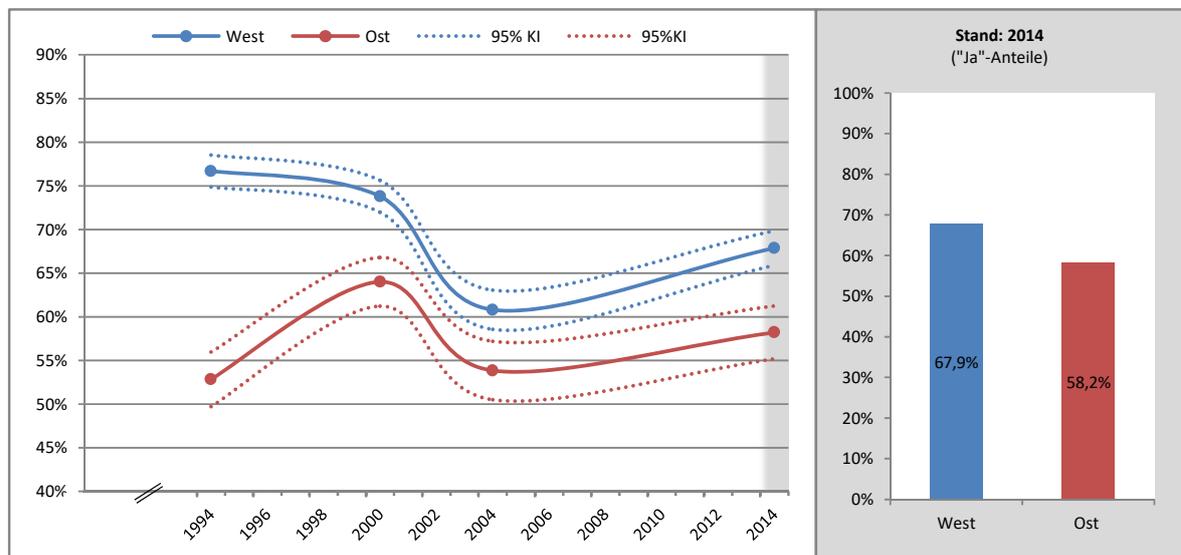
deutschen Befragten, dass sie im Alter, im Invaliditäts- oder Krankheitsfall nicht ausreichend gesichert sind. Dies sind in jedem Falle nicht vernachlässigbare Anteile der (befragten) Bevölkerung.

Tabelle 44: Sorgen um eigene Altersversorgung

	West	Ost	Ost-West-Differenz
	%		Prozentpunkte
Keine Sorgen	36,7	29,5	-7,2***
Einige Sorgen	40,0	42,5	2,5***
Große Sorgen	23,4	28,0	4,7***

Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? – Um Ihre eigene Altersversorgung?“ Antwortmöglichkeiten: Keine Sorgen, Einige Sorgen, Große Sorgen. Ost-West-Differenz: Mittelwert in Ostdeutschland – Mittelwert in Westdeutschland. Signifikanzniveau: *** 1%, ** 5%, * 10%.

Abbildung 119: Ist die eigene Alterssicherung ausreichend?



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Wie ist es mit ihrer persönlichen Alterssicherung oder Sicherung vor Invalidität und im Krankheitsfall? Fühlen Sie sich ausreichend gesichert oder nicht ausreichend gesichert oder haben Sie sich darüber noch keine Gedanken gemacht?“ Antwortmöglichkeiten: Ausreichend gesichert (1), Nicht ausreichend gesichert (0), Keine Gedanken gemacht (als fehlender Wert interpretiert).

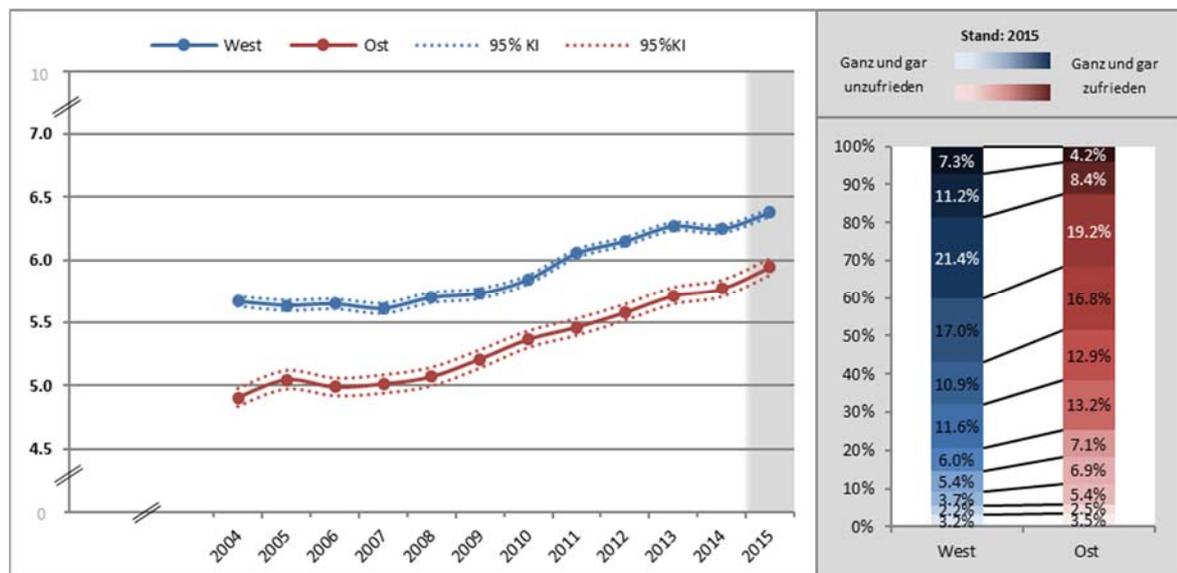
3.1.2.2 Einkommen und Haushaltslage

Eine andere Art sich mit der persönlichen wirtschaftlichen Situation der deutschen Bevölkerung zu beschäftigen, ist die Zufriedenheit mit ihrem Einkommen genauer zu untersuchen (Abbildung

III. Ökonomische Sphäre

120). Die Zufriedenheit mit dem individuellen Einkommen folgt einem konstant ansteigenden Trend, bei dem gleichzeitig ein stärkerer Ost-West Gegensatz als bei der Bewertung der persönlichen Lage zu erkennen ist. Während im letzten Jahrzehnt die Zufriedenheit um das eigene individuelle Einkommen im Westen im Durchschnitt mit knapp 6 von 10 möglichen Punkten bewertet wird, war man im Osten unzufriedener. Dort gab man in den Jahren 2004 bis 2008 durchschnittlich etwa 5 von 10 Punkten auf der Zufriedenheitsskala an. Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands werden über die Zeit zufriedener mit ihrem Einkommen, wobei der Osten seinen Rückstand leicht aufholt. Trotzdem ist die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen im Jahr 2015 im Osten immer noch etwas geringer als im Westen, wo etwa 40 Prozent und damit 8 Prozentpunkte mehr Leute als im Osten angeben, mit ihrem Einkommen sehr zufrieden zu sein (Antwortmöglichkeiten 8, 9, 10).

Abbildung 120: Zufriedenheit mit eigenem Einkommen

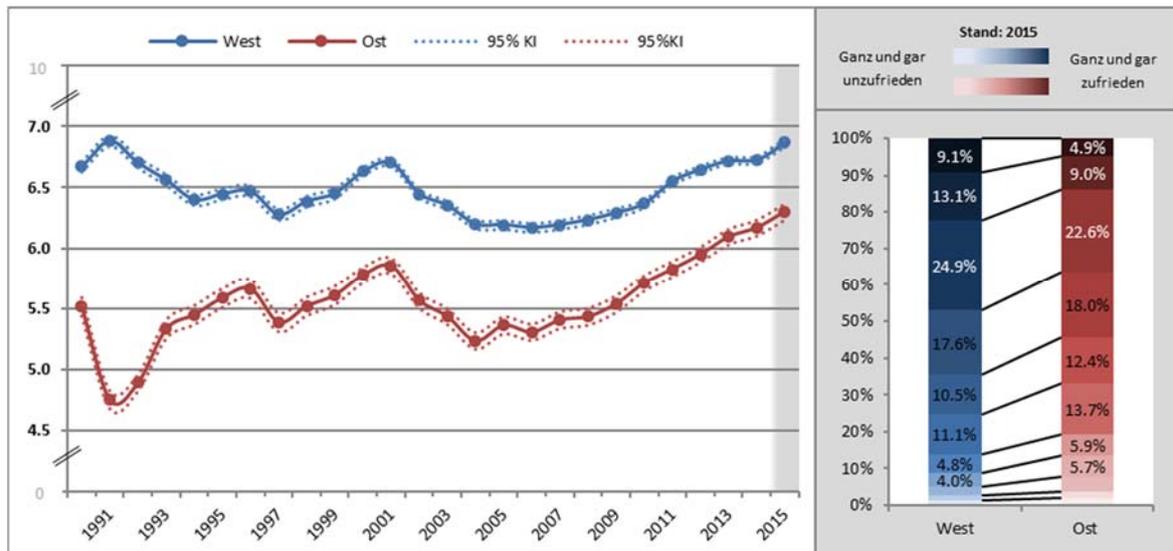


Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? -Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem persönlichen Einkommen?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Ganz und gar unzufrieden (0) bis Ganz und gar zufrieden (10).

Aus gutem Grund werden häufig auch Haushaltsdaten genutzt, wenn es um die private wirtschaftliche Situation geht, da diese stark von der Anzahl der Haushaltsmitglieder und deren Einkünften abhängt. Die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen liegt im Durchschnitt in beiden Landesteilen etwas höher als die Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen (Abbildung 121). Wie auch beim individuellen Einkommen steigen die Zufriedenheitswerte seit 2004 konstant an, allerdings schwankten sie vorher zum Teil auch auf höherem Niveau. Die Ost-West-Differenz lag im Jahr 2004 bei 1 Skalenpunkt und damit doppelt so hoch als wie bei der Zufriedenheit mit dem Individualeinkommen. Vorher, in den 1990er Jahren und vor allem kurz nach der Wiedervereinigung war die Zufriedenheitslücke zwischen Ost und West noch deutlicher und betrug bis zu 2 Skalenpunkte. Im Gesamtverlauf nimmt der Ost-West-Unterschied bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen kontinuierlich über die Zeit ab, und ist bis zum Ende der

Datenreihe, 2015, auf einen halben Skalenpunkt geschrumpft. Es sind kontinuierliche Konvergenztendenzen zu beobachten. Wie beschrieben sind viele Menschen in Deutschland ziemlich bis sehr zufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen. Am unteren Ende der Einkommensverteilung sagen 5% im Westen und 8% im Osten, dass sie mit dem Einkommen ihres Haushalts sehr bis ganz und gar unzufrieden sind (Antwortmöglichkeiten 0, 1, 2).

Abbildung 121: Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen

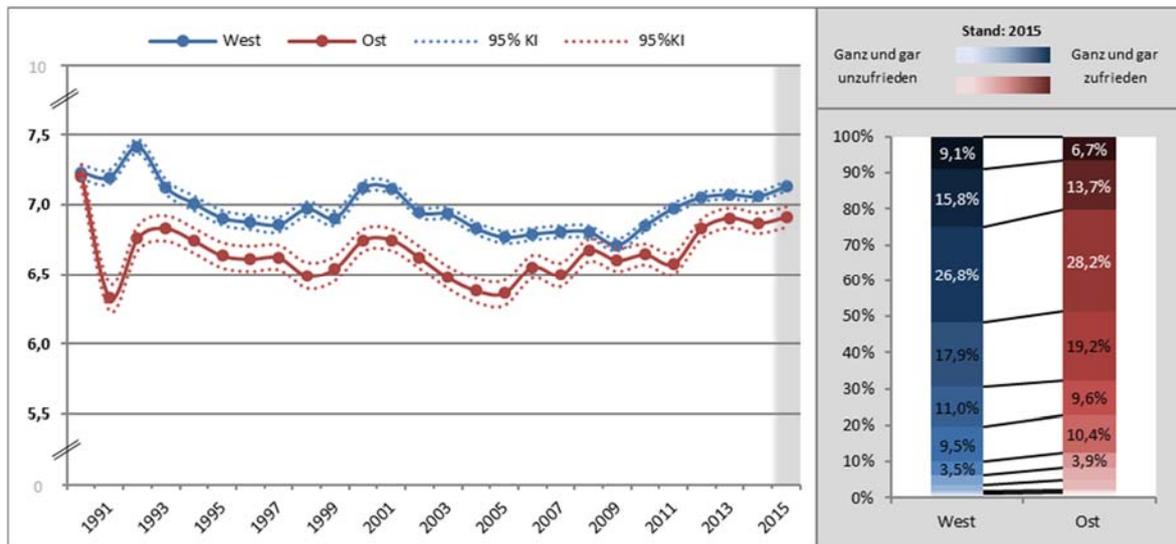


Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? - Wie zufrieden sind Sie mit dem Einkommen Ihres Haushaltes?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Ganz und gar unzufrieden (0) bis Ganz und gar zufrieden (10).

3.1.2.3 Arbeitssituation

Neben dem monetären Einkommen spielt auch die Arbeitszufriedenheit eine wichtige Rolle für die Bewertung der persönlichen Lage. Die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit wird vor dem Hintergrund einer immer später eintretenden Rente immer relevanter. Arbeitnehmer, die zufrieden mit ihrer Tätigkeit sind, bleiben gesünder und sind außerdem produktiver. Folglich ist es auch interessant, sich die Entwicklung zur Arbeitszufriedenheit über die Zeit in Deutschland anzusehen und herauszufinden, ob es Ost-West-Unterschiede in diesem Bereich gibt (Abbildung 122). Im Jahr der Wiedervereinigung beurteilten ost- und westdeutsche Befragte ihre Arbeit mit gleich guten Zufriedenheitswerten. Für Ostdeutschland war dies zugleich der höchste jemals gemessene Wert. In den darauffolgenden Jahren entwickelten sich die Werte allerdings auseinander. Im Westen pendelten sich Werte um die 7 Zufriedenheitspunkte von 10, im Osten schwankten die Werte um etwa 0,5 Punkte darunter. In den Jahren 2008 und 2009 und am aktuellen Rand der Daten von 2013 bis 2015 waren die Ost-West-Unterschiede sehr klein.

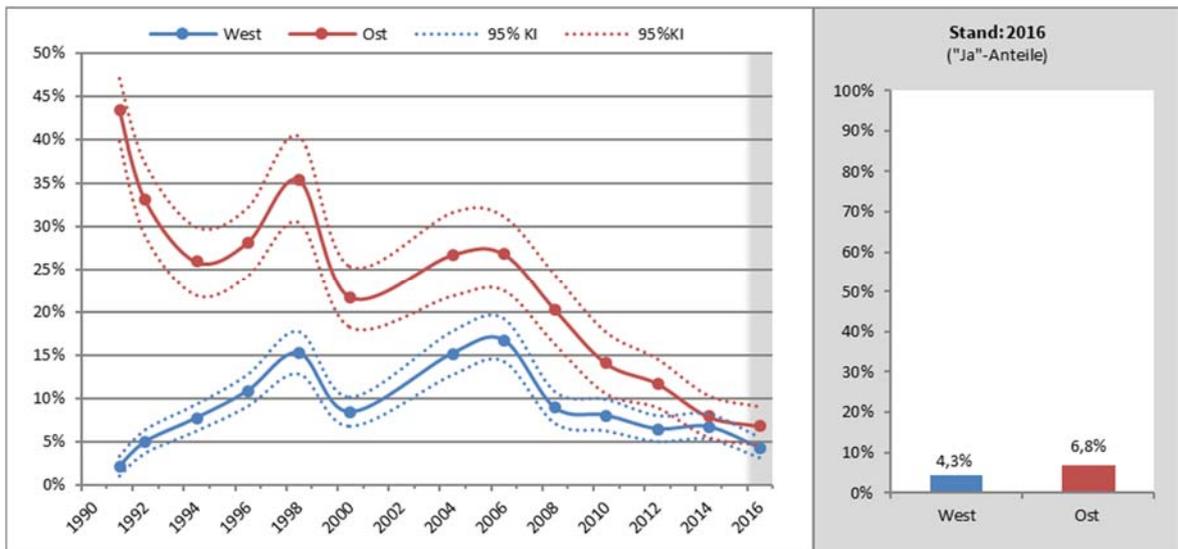
Abbildung 122: Zufriedenheit mit Arbeit



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? - Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Arbeit?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Ganz und gar unzufrieden (0) bis Ganz und gar zufrieden (10).

Während sich die Zufriedenheitswerte mit der Arbeit auf insgesamt relativ konstantem Niveau bewegen, sind die Sorgen vor Arbeitslosigkeit weit größeren Schwankungen ausgesetzt (Abbildung 123, Abbildung 124). Der Anteil, der im Osten Angst um den Arbeitsplatz hatte, war nach der Wiedervereinigung sehr hoch (Abbildung 123). Dort befürchteten 43% der Befragten, in naher Zukunft arbeitslos zu werden oder ihre Stelle wechseln zu müssen. Im Westen Deutschlands lag der Anteil 1991 bei nur 2%. Der Ost-West-Unterschied war damals enorm hoch. In den darauffolgenden Post-Wendejahren nahm die Furcht vor Arbeitsplatzverlust im Osten ab und erreichte nur 1998 einen nochmaligen Höchstwert von 35%, gleichzeitig verachtachte sich der Wert im Westen von 2% auf knapp 16% im Jahr 1998. Somit sank die Ost-West-Differenz bereits auf 22 Prozentpunkte. Nach weiteren Schwankungen nach unten und oben, aber tendenziell rückläufigen Werten verkleinerte sich die Ost-West-Lücke auf 10 Prozentpunkte in den Jahren 2006 und 2008. In den darauffolgenden Jahren verloren die Menschen in Ost und West nochmals deutlich die Angst vor Arbeitslosigkeit und der Ost-West-Unterschied bei dieser Frage schrumpfte auf 2,5 Prozentpunkte zusammen. Bei der Frage nach der Arbeitsplatzsicherheit ist eine eindeutige und sehr starke Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Die Menschen in ganz Deutschland haben in den letzten Jahren kaum Angst, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Ein wichtiger Grund hierfür dürfte die gute und robuste Arbeitsmarktentwicklung der letzten 10 Jahre sein.

Abbildung 123: Furcht vor Arbeitsplatzverlust

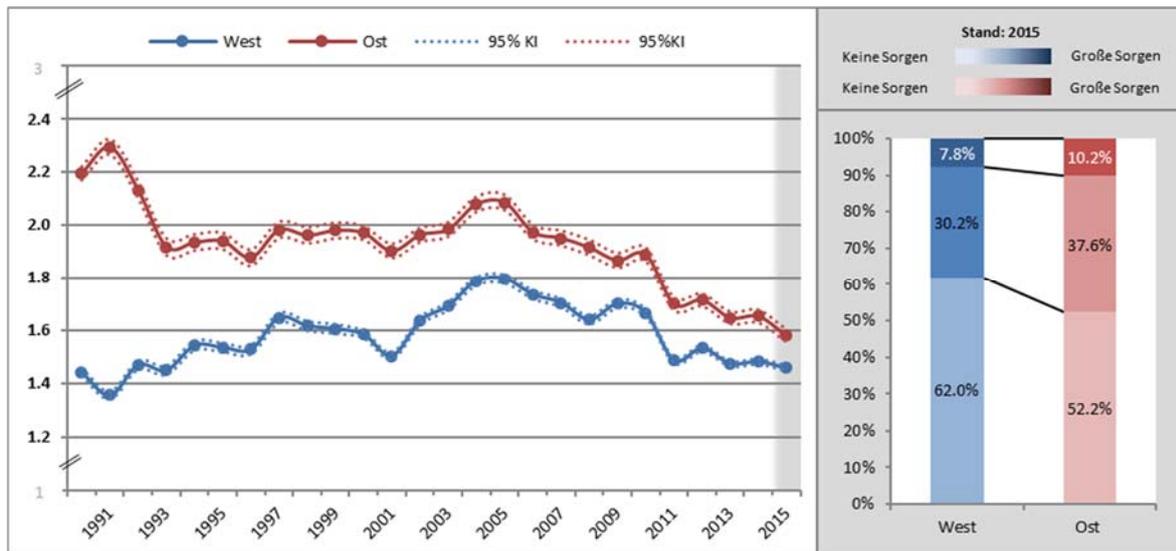


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Befürchten Sie, in naher Zukunft arbeitslos zu werden [...]?“
 Antwortmöglichkeiten: Nein (interpretiert als 0), Ja, befürchte, arbeitslos zu werden (interpretiert als 1).

Gleichzeitig sind in den letzten zehn Jahren die Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes zurückgegangen. Dieser Befund wird in Abbildung 124 nochmals bestätigt. Im Zeitraum davor bewegten sich die Werte im Osten abgesehen von den Jahren nach der Wiedervereinigung um 2,0, d.h. im Durchschnitt machten sich die Ostdeutschen einige Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Im Westen sind die Sorgen von der Wiedervereinigung bis Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich angestiegen. Dies geschah zwar auf etwas niedrigerem Niveau, führte aber dazu, dass sich die Einstellungen zwischen Ost und West in diesem Punkt annäherten. Diese langsame aber stetige Annäherung lässt sich bis zum letzten Beobachtungsjahr 2015 beobachten, als sich 62% im Westen und 52% im Osten keine Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machten bzw. sich 8% im Westen und 10% im Osten große Sorgen machten.

Betrachtet man die Entwicklung der Einstellungen zum Thema Arbeitsplatzverlust seit der Wiedervereinigung nochmals im gesamten Beobachtungszeitraum, lässt sich folgendes festhalten: Die Konvergenz bei der Einstellung zum Arbeitsplatzverlust ist zwar zum Großteil auf den Rückgang der Werte im Osten zurückzuführen, allerdings darf nicht verkannt werden, dass die Zahl der Westdeutschen, die um ihre Existenz fürchten, von 1991 bis 2016 auf niedrigem Niveau zugenommen hat und die Sorgen von Westdeutschen um die Arbeitsplatzsicherheit auch ähnlich geblieben sind.

Abbildung 124: Sorgen um eigenen Arbeitsplatz



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? – [Nur wenn Sie erwerbstätig sind:] Um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“ Antwortmöglichkeiten: Keine Sorgen (1), Einige Sorgen (2), Große Sorgen (3).

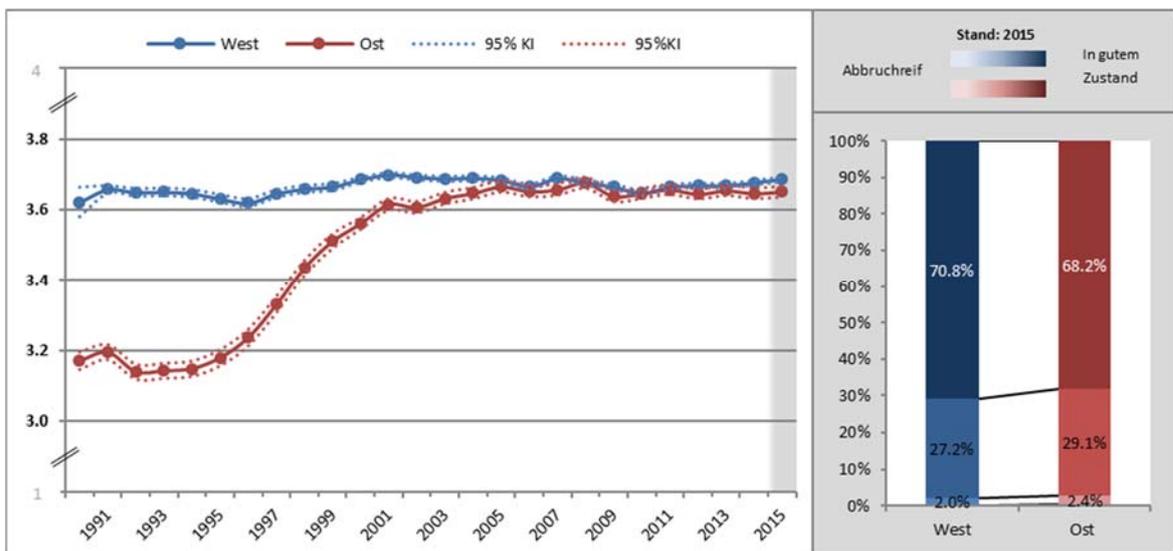
3.1.2.3 Wohnsituation

Die Beurteilung der Wohnsituation lässt ebenfalls Rückschlüsse auf die Meinung zur persönlichen wirtschaftlichen Lage zu. Bei der Beurteilung der Wohnungsgröße ist im Grunde genommen kein Unterschied zwischen Ost und West zu finden ist, und das schon seit dem dritten Jahr nach dem Fall der Mauer (ohne Abbildung). Allgemein sind die Deutschen zufrieden mit der Größe ihrer Wohnung, so gaben 2015 rund drei Viertel an, dass diese gerade richtig sei. Ihre Wohnung für zu groß halten 17% im Westen und 11% im Osten. Etwa gleich viele Anteile von 15% der Befragten in beiden Landesteilen bezeichnen ihre Wohnung als zu klein.

Bei der Bewertung des Zustandes des Hauses, in dem man wohnt, dauerte der Angleichungsprozess dagegen länger (Abbildung 125). Anfang der Neunzigerjahre beschrieb noch die Mehrheit der im Osten lebenden Personen ihr Wohnhaus als (teilweise) renovierungsbedürftig. Ab Mitte der 90er Jahre schienen die größtenteils marktwirtschaftlich finanzierten Sanierungsarbeiten erkennbar Früchte zu tragen, und ab dem Jahr 2005 stellte sich eine komplette Konvergenz dieser eher subjektiven Beurteilungswerte ein. Auch die neuen Bundesländer sind damit letztendlich weit im oberen Viertel der Bewertungsskala angekommen, von dem man in den alten Bundesländern schon 1990 gestartet war. Im Jahr 2015 beurteilen rund 70% der Befragten in Ost und West den Zustand des Hauses, in dem sie wohnen, in gutem Zustand. Knapp 30% halten das Haus für teilweise renovierungsbedürftig, und sehr wenige für „ganz renovierungsbedürftig“. Die Antwortmöglichkeit, das Haus, in dem man wohnt, ist abbruchreif, wählt in Deutschland kein Befragter aus.

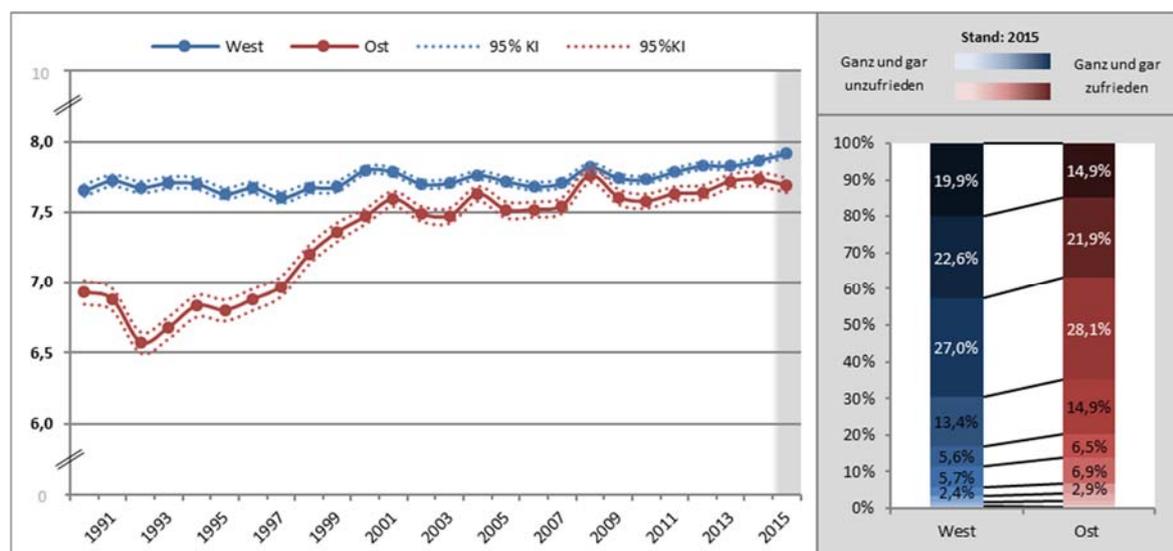
Bei der Zufriedenheit mit der Wohnung im Allgemeinen verhält es sich ganz ähnlich wie bei der Beurteilung des Zustandes des Hauses. Im Westen befinden sich die Werte ebenfalls schon von Anfang an im oberen Viertel der Bewertungsskala (Abbildung 126). Die Ostwerte nähern sich diesem hohen Zufriedenheitslevel bis 2002 stetig an und die große Ost-West-Lücke schließt sich fast. Seitdem verlaufen die Einstellungskurven für den Westen und Osten weitestgehend parallel, wobei sich für letzteren immer ein etwas geringer Durchschnittswert ergibt als für den westlichen Teil des Landes. Generell ist zudem im Falle der Zufriedenheit etwas mehr Volatilität und Diskrepanz zwischen Ost und West zu erkennen als bei den Angaben zum Bauzustand der Wohngebäude.

Abbildung 125: Zustand des Hauses



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie beurteilen Sie den Zustand des Hauses, in dem Sie wohnen?“ Antwortmöglichkeiten: Abbruchreif (1), Ganz renovierungsbedürftig (2), Teilweise renovierungsbedürftig (3), In gutem Zustand (4).

Abbildung 126: Zufriedenheit mit Wohnung



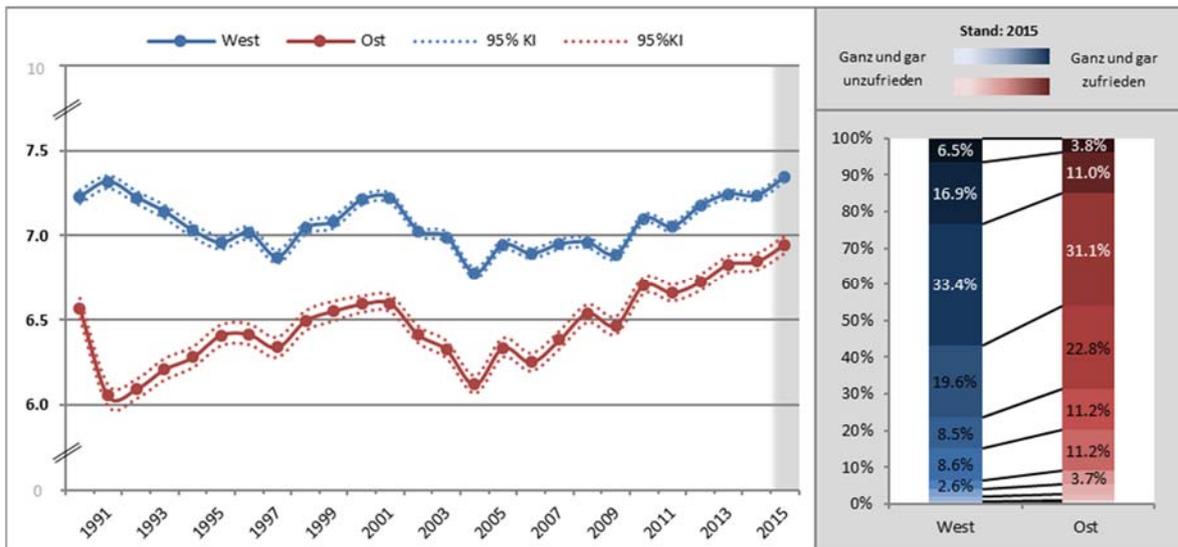
Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? - Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Ganz und gar unzufrieden (0) bis Ganz und gar zufrieden (10).

3.1.3 Allgemeine Lebenszufriedenheit

Die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Leben ist ein guter Indikator für die generelle Stimmung im Land, da sie auf die globale Bewertung des gegenwärtigen Lebens zielt und sich nicht nur auf einzelne Lebensbereiche oder Lebenssituationen bezieht. Wenngleich Ergebnisse aus der Literatur zeigen, dass das Antwortverhalten stark von ökonomischen Lebensbedingungen, wie dem absoluten oder relativen Einkommen oder von Arbeitslosigkeit abhängt. Die subjektive Einschätzung des eigenen Wohlbefindens der ost- und westdeutschen Befragten ist in Abbildung 127 dargestellt. Die Befragten konnten auf einer Skala von 0 – 10 einschätzen, wie zufrieden sie gegenwärtig, alles in allem, mit ihrem Leben sind. Die absoluten Durchschnittswerte schwanken in Ost und West seit der Wiedervereinigung zwischen 6 und 7,5 Punkten, d.h. viele Menschen in Deutschland sind mit ihrem Leben zufrieden. Von 1990 auf 1991 fiel die Lebenszufriedenheit im Osten zunächst ab und lag damit 1,3 Skaleneinheiten unter der Zufriedenheit der westdeutschen Befragten (7,3). Diese hohe Ost-West-Lücke halbierte sich bis Mitte der 90er Jahre durch einen Anstieg der Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen und bewegte sich in den anschließenden Jahren bis 2007 konstant zwischen 0,5 und 0,7 Skaleneinheiten. Frijters et al. (2004a, 2004b) können anhand des Sozioökonomischen Panels ebenfalls einen Anstieg der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland in den Jahren nach der Wiedervereinigung zeigen. Zudem machen sie wie Easterlin und Plagnol (2008) zusätzlich auf den Abwärtstrend der ostdeutschen Zufriedenheit bis 2004 aufmerksam. In den Folgejahren bis 2015 pendelte sich der Abstand zwischen Ost und West auf noch niedrigerem Niveau bei 0,4 Punkten ein. Über den gesamten Zeitraum kann

eine langsame Annäherung der Lebenszufriedenheit in Ost und West beobachtet werden. Die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen nähert sich seit der Wende dem Niveau in Westdeutschland an, erreicht dieses aber nicht. Gleichzeitig verlaufen die Kurven der Lebenszufriedenheit in beiden Landesteilen seit Mitte der 90er Jahre in der Tendenz immer in die gleiche Richtung, und seit 10 Jahren kontinuierlich nach oben.

Abbildung 127: Allgemeine Lebenszufriedenheit



Anmerkungen: SOEP 2015: „Zum Schluss möchten wir Sie noch nach Ihrer Zufriedenheit mit Ihrem Leben insgesamt fragen. Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Ganz und gar unzufrieden (0) bis Ganz und gar zufrieden (10).

3.2 Gerechtigkeit und Ungleichheit

3.2.1 Subjektive Schichteinstufung

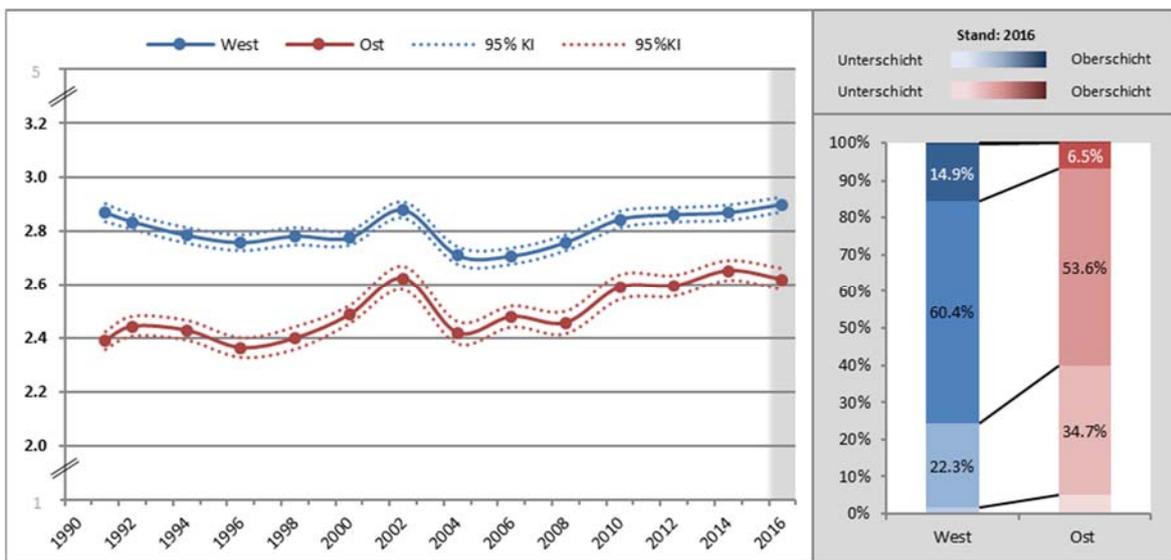
Im vorherigen Abschnitt zur Einschätzung der ökonomischen Lebensbedingungen in Deutschland wurde deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die wirtschaftliche Lage positiv einschätzen. Vor allem die eigene wirtschaftliche Situation wurde immer von deutlichen Mehrheiten in Ost und West als mindestens gut eingeschätzt, mit ansteigender Tendenz. Seit der Wiedervereinigung haben noch nie so wenige Menschen ihre wirtschaftliche Situation als schlecht eingestuft wie in den letzten Jahren – nur etwa 8%. Mit anderen Worten den Deutschen geht es nach eigenem Empfinden besser als je zuvor. Dies spiegelt sich auch in der subjektiven Einordnung in die Gesellschaft ein.

Die Durchschnittswerte der subjektiven Zuordnung zur Unterschicht, Arbeiterschicht, Mittelschicht, oberen Mittelschicht und Oberschicht schwanken in beiden Landesteilen nur gering und verlaufen weitgehend konstant über die Zeit im Westen und in der Tendenz leicht ansteigend im Osten von 1991 bis 2016 (Abbildung 128). Die Werte in Westdeutschland liegen dabei immer et-

III. Ökonomische Sphäre

was höher als im Osten, in den 1990er Jahren um etwa 0,4 Skalenpunkte, ab der Jahrtausendwende noch um 0,3 bis 0,2 Skalenpunkte. Der durchschnittliche Ost-West-Abstand verringerte sich also langsam im Laufe der Zeit. Sieht man sich die subjektive Zuordnung zu den einzelnen Schichten genauer an, kristallisieren sich folgende Punkte deutlich heraus: Der in etwa gleichbleibende Durchschnitt im Westen bzw. leicht ansteigende Durchschnitt im Osten in der subjektiven Schichteinstufung bildet sich aus relativ gleichbleibenden Einordnungsmustern zur oberen Mittelschicht (4), zu der sich im Westen im Zeitverlauf 10–15% zählen und im Osten 3-7%, und aus relativ gleichbleibenden niedrigen Zuordnungswerten zur Unterschicht (1) und zur Oberschicht (5) (ohne Abbildungen). Das Zugehörigkeitsgefühl zu diesen Schichten scheint also in beiden Landesteilen ziemlich verfestigt zu sein.

Abbildung 128: Subjektive Schichteinstufung

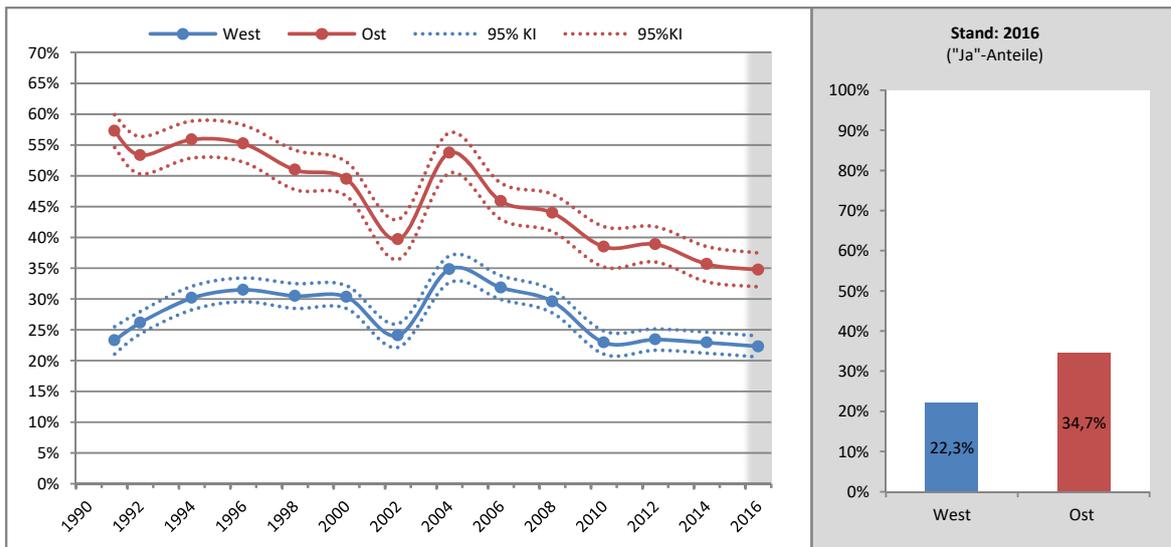


Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?, Antwortmöglichkeiten: der Unterschicht (1), der Arbeiterschicht (2), der Mittelschicht (3), der oberen Mittelschicht (4), der Oberschicht (5).

Bei der Einstufung in die Arbeiterschicht und in die Mittelschicht zeigen sich dagegen Veränderungen im Zeitverlauf, vor allem in Ostdeutschland (Abbildung 129 und Abbildung 129). Im Osten ist der Anteil derjenigen, die sich selbst der Arbeiterschicht zuordnen, von knapp 60% nach der Wende auf heute 35% gefallen. Die Werte schwankten zunächst etwas über die Zeit, sind aber dann in den Jahren 2004-2016 kontinuierlich und deutlich zurückgegangen (Abbildung 129). Gleichzeitig stiegen die Zugehörigkeitsgefühle zur Mittelschicht im Osten von 37% im Jahr 1991 auf heute 54% an (Abbildung 130). Im selben Zeitraum schwankten die Werte im Westen bei der subjektiven Einstufung zur Arbeiter- und Mittelschicht zwar auch, aber die Werte veränderten sich über die Zeit nicht stark. Heute wännen sich ähnlich viele Westdeutsche in der Mittelschicht (60%) und in der Arbeiterschicht (23%) wie 1991. In der Summe näherte sich die subjektive Schichteinstufung zwischen Ost und West seit der Wiedervereinigung, vor allem in den 1990er Jahren, an. Der Ost-West-Abstand wurde kleiner, besteht aber nach wie vor. Im Jahr 2016 fühlten

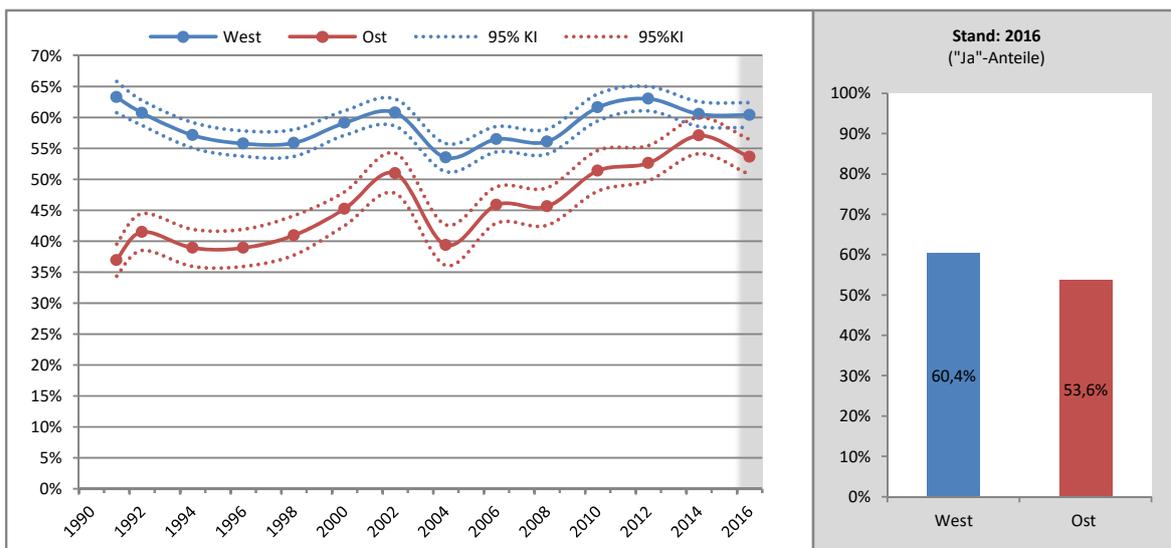
sich rund 83% im Westen und 88% im Osten der Arbeiter- bzw. Mittelschicht zugehörig (Abbildung 128). 15% der Westdeutschen gehören nach eigener Auffassung zur oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht. Im Osten sind es weniger als halb so viele. Am anderen Ende zählen sich 2% im Westen und 5% im Osten zur Unterschicht (Abbildung 128).

Abbildung 129: Subjektive Zuordnung zur Arbeiterschicht



Anmerkungen: Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?, Antwortmöglichkeiten: der Unterschicht (1), der Arbeiterschicht (2), der Mittelschicht (3), der oberen Mittelschicht (4), der Oberschicht (5). Hier codiert Arbeiterschicht (2) als JA-Anteile/ (1)(3)(4)(5) als Nein-Anteile.

Abbildung 130: Subjektive Zuordnung zur Mittelschicht

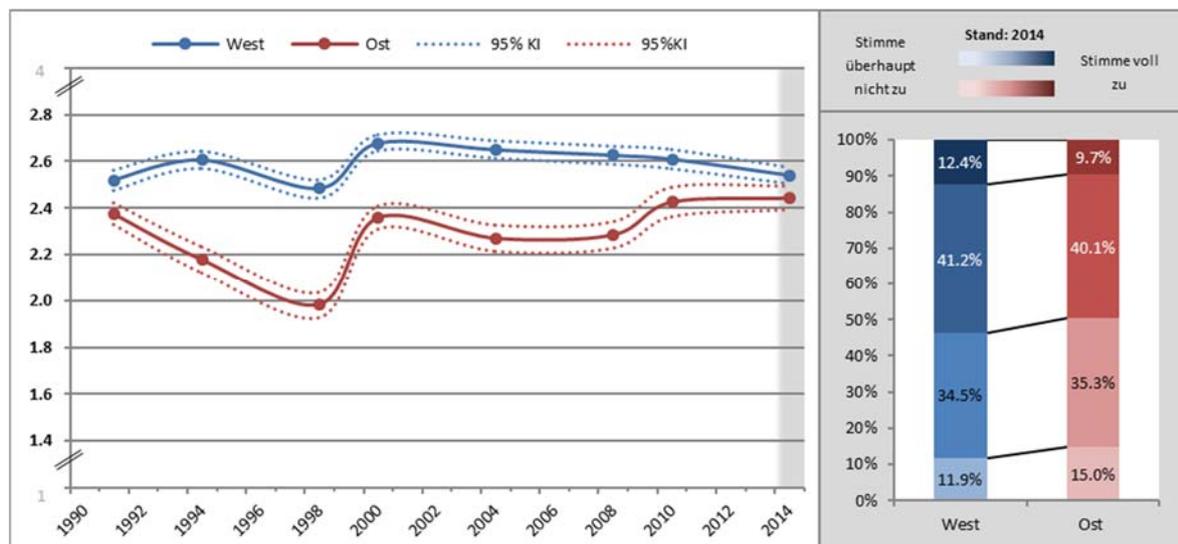


Anmerkungen: Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?, Antwortmöglichkeiten: der Unterschicht (1), der Arbeiterschicht (2), der Mittelschicht (3), der oberen Mittelschicht (4), der Oberschicht (5). Hier codiert Mittelschicht (3) als JA-Anteile/ (1)(2)(4)(5) als Nein-Anteile.

3.2.2 Soziale Ungleichheit

Nach der subjektiven Selbsteinstufung in verschiedene Schichten ist es für eine Gesellschaft äußerst relevant, ob die Menschen die unterschiedlichen Rangunterschiede auch akzeptieren. Unter der Annahme, dass Rangunterschiede zwischen Menschen im Wesentlichen das ausdrücken, was die Menschen aus den ihnen zur Verfügung stehenden Chancen gemacht haben, akzeptierte 2014 rund die Hälfte der Befragten soziale Rangunterschiede (Abbildung 131). Die andere Hälfte findet soziale Rangunterschiede eher nicht bis überhaupt nicht akzeptabel. Darunter stimmten 15% im Osten und 12% im Westen der Aussage, dass Rangunterschiede zwischen den Menschen akzeptabel sind, überhaupt nicht zu. Nach ähnlichen Werten kurz nach der Wiedervereinigung, schwankt die Einschätzung zu den sozialen Rangunterschieden im Westen im Zeitverlauf nur leicht, im Osten dagegen schwankte sie stärker und auf niedrigerem Niveau als im Westen. In Ostdeutschland ging die Akzeptanz vor allem in den 1990er Jahren zurück und vergrößerte damit den Abstand zwischen Ost und West. Seit Ende der 1990er Jahre stieg die Akzeptanz im Osten tendenziell wieder an. Bis zum letzten Beobachtungsjahr 2014 hat sich die Einschätzung zu dieser Frage in Ost und West ziemlich angeglichen.

Abbildung 131: Rangunterschiede sind akzeptabel

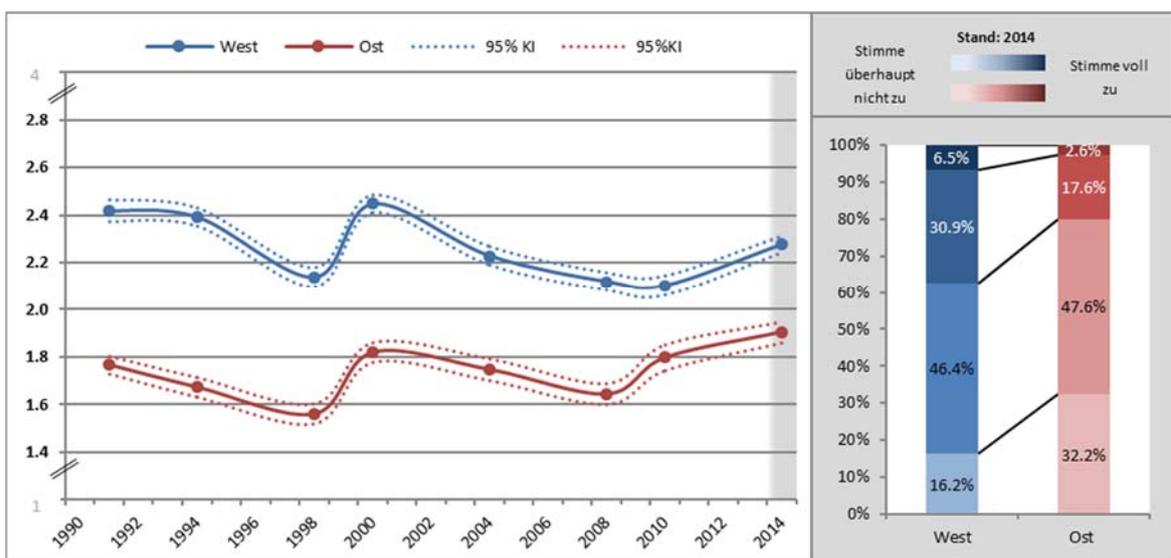


Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte (...): Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“ Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1), Stimme eher nicht zu (2), Stimme eher zu (3), Stimme voll zu (4).

Allgemeiner danach gefragt, ob die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen als gerecht empfunden werden, sinken im Vergleich zur Akzeptanz von sozialen Rangunterschieden erstens die absoluten Zustimmungswerte. Eine deutliche Mehrheit in Deutschland hält die sozialen Unterschiede nicht bzw. eher nicht für gerecht. Zweitens zeigt sich ein größerer Ost-

West-Unterschied von rund 0,4 Skalenpunkten auf einer Skala von 1 bis 4 im Jahr 2014 (Abbildung 132). Mehr Menschen im Westen als im Osten halten die sozialen Verhältnisse für gerecht. Der Ost-West Unterschied in dieser Einstellungsfrage war in den 1990er Jahre noch größer bei über 0,6 Punkten und verkleinerte sich nur langsam über die Zeit. Im letzten Beobachtungsjahr stimmten rund 16% im Westen der Aussage, soziale Unterschiede sind im Großen und Ganzen gerecht, überhaupt nicht zu. Im Osten lag der Anteil doppelt so hoch. Umgekehrt halten im Westen ein gutes Drittel und im Osten jeder fünfte Befragte die sozialen Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen für gerecht (Antwortmöglichkeiten 3 und 4).

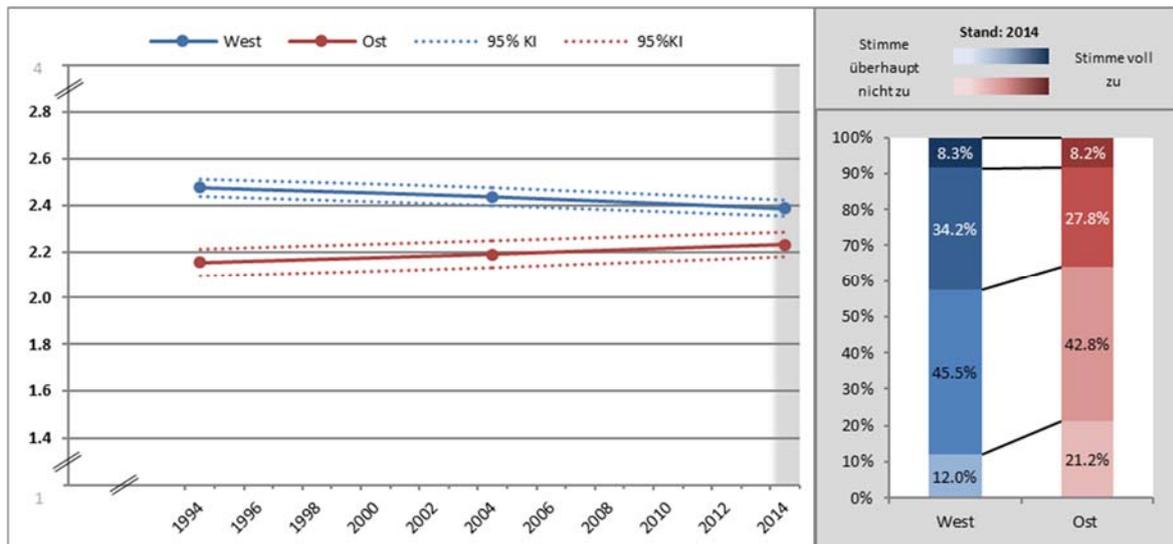
Abbildung 132: Soziale Unterschiede sind im Großen und Ganzen gerecht



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte (...): Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“ Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1), Stimme eher nicht zu (2), Stimme eher zu (3), Stimme voll zu (4).

Etwas ähnlicher in ihrer Einschätzung sind sich Ost- und Westdeutsche wieder darin, wenn es um die Umsetzungsmöglichkeit geht, soziale Ungleichheit zu reduzieren (Abbildung 133). Die Zustimmungswerte dazu haben sich von 1994 und 2014 etwas angenähert, indem sie im Westen von 1994 bis 2014 minimal gesunken und im Osten minimal angestiegen sind. Im Jahr 2014 gehen rund 43% im Westen und 36% im Osten nicht davon aus, dass man die sozialen Ungleichheiten im Land geringer machen könnte. Etwa gleich viele Menschen, um die 45%, in Ost und West glauben eher daran. Und 21% im Osten sind davon überzeugt, dass man die sozialen Ungleichheiten in Deutschland abbauen könnte, wenn man das wollte. Im Westen liegt dieser Anteil nur bei 12%.

Abbildung 133: Soziale Ungleichheit in Deutschland ist nicht weiter reduzierbar

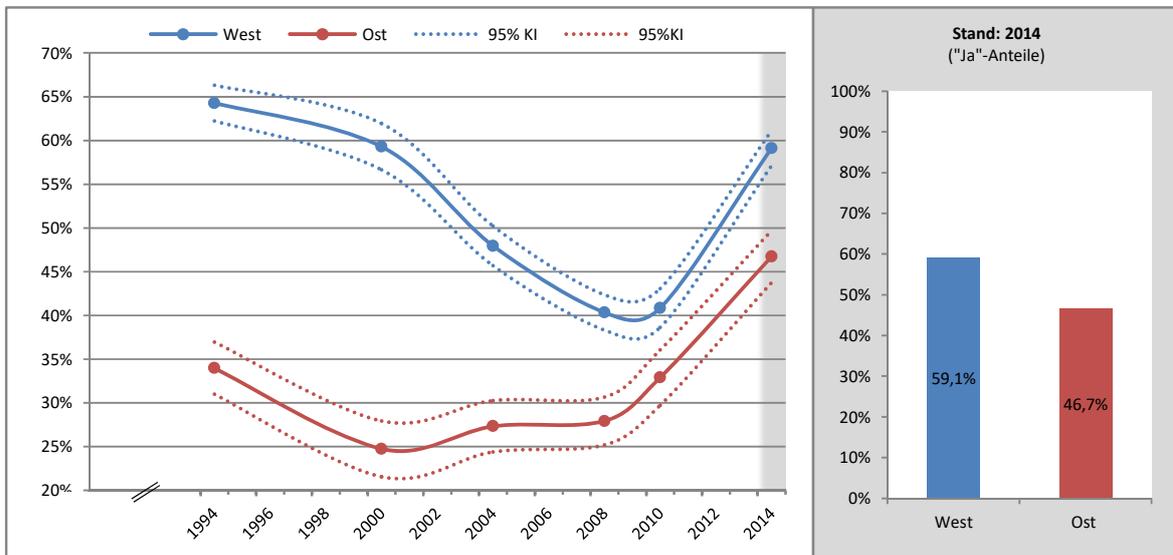


Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Ich habe hier einige Meinungen über Staat und Wirtschaft in Deutschland. Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob Sie ihr - überhaupt nicht zustimmen (1), eher nicht zustimmen (2), eher zustimmen (3), voll zustimmen (4). Selbst wenn man es wollte, könnte man die sozialen Ungleichheiten kaum geringer machen, als sie bei uns in Deutschland sind.“

3.2.3 Bildungschancen und persönlicher Erfolg

Unter dem Aspekt der Gerechtigkeit und sozialen Ungleichheit kann auch die Wahrnehmung der Bildungschancen und des persönlichen Erfolgs im Leben betrachtet werden. Die Chancengleichheit bei der Bildung beinhaltet, dass jeder das Erwünschte erreichen kann, unabhängig von seiner Schichtzugehörigkeit. Einstellungen zum persönlichen Erfolg zielen in die Richtung, ob man sein Leben eher in der eigenen Hand sieht oder der Erfolg durch Schicksal oder Glück bestimmt ist bzw. wie stark man für Erfolg arbeiten muss.

Im Jahr 1994 stimmte 65% der Westdeutschen der Aussage zu, dass jeder in Deutschland die Möglichkeit hat, sich nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden (Abbildung 134). Im Gegensatz dazu haben Ostdeutsche diese Chancengleichheit in der Bildung in dieser Höhe nicht wahrgenommen. Nur rund halb so viele ostdeutsche Befragte (34%) haben zugestimmt, dass jeder die Möglichkeit hat, sich im Rahmen seiner persönlichen Fähigkeiten zu bilden. In den Jahren 1994 bis 2010 ging die Wahrnehmung großer Chancengleichheit im Westen kontinuierlich und stark bis auf 40% zurück, während sich die Wahrnehmung im Osten diesbezüglich bis 2010 kaum verändert hat (33%). Dadurch haben sich die Werte in Ost- und Westdeutschland auf eine Differenz von circa 7-8 Prozentpunkte angenähert. Insgesamt ist die Wahrnehmung gleicher Bildungschancen für Alle bis 2014 absolut wieder angestiegen, und die Zustimmungswerte kletterten im Osten auf 47% und im Westen auf 59%. Der Ost-West-Unterschied hat sich damit seit 2010 weitgehend stabilisiert, liegt aber immer noch bei 10 Prozentpunkten.

Abbildung 134: Bildungsmöglichkeit in Deutschland: jeder nach seiner Begabung

Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Was meinen Sie: Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?“ Antwortmöglichkeiten: Ja/Nein

Die Einstellung darüber, inwieweit man für den persönlichen Erfolg im Leben eigenverantwortlich ist, ist in Abbildung 135 dargestellt. Auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll zu“ antworteten die Befragten auf die Frage, „was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück“. Die Ansicht zu dieser Frage, zu der Ergebnisse für die Jahre 2005 – 2010 – 2015 vorliegen, hat sich im Zeitverlauf im jeweiligen Landesteil kaum geändert und der Ost-West-Abstand hat sich minimal verringert auf 0,2 Skaleneinheiten. Im Westen neigten etwas mehr Menschen als im Osten zu dem Standpunkt, dass Lebenserfolg in erster Linie von Schicksal oder Glück abhängt. 2015 stimmte rund ein Drittel im Westen zu, im Osten etwa 28%. Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) kommen auf Basis von Daten des Sozioökonomischen Panels ebenfalls zu dem Schluss, dass Ostdeutsche weniger als Westdeutsche der Ansicht sind, dass Glück verantwortlich ist für Erfolg im Leben.

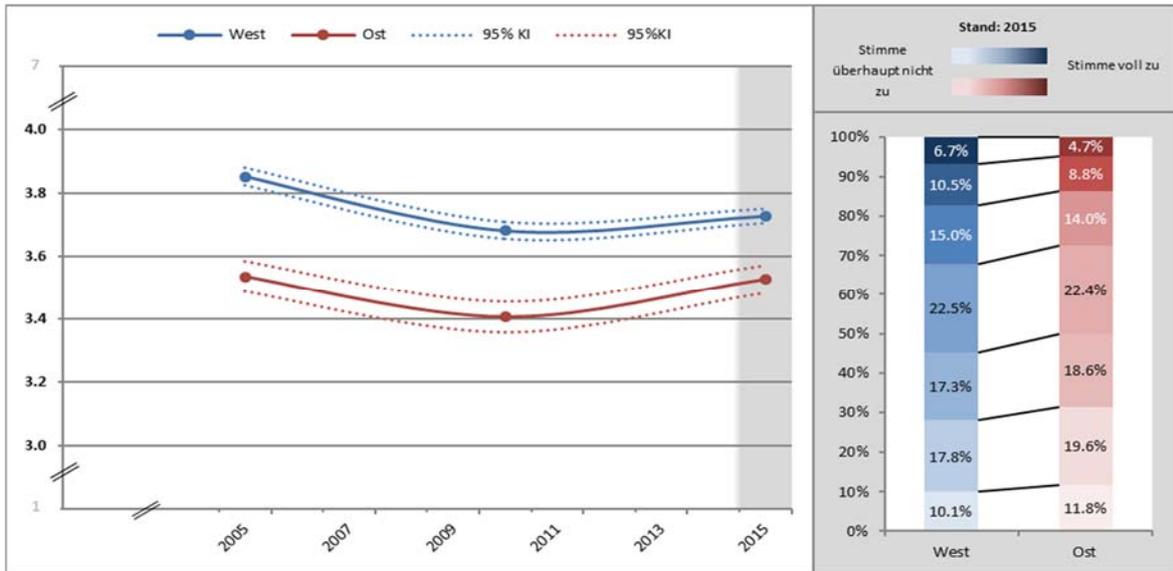
Auf derselben Antwortskala sollten die Befragten angeben, ob ihrer Meinung nach die Fähigkeiten, die man mitbringt, wichtiger als alle Anstrengungen sind (Abbildung 136). Absolut betrachtet, bejahen diese Aussage deutlich mehr Befragte als die Aussage zum Schicksal und Glück, gleichzeitig findet sich fast kein Ost-West-Unterschied in den drei Beobachtungsjahren. 2015 gingen rund 60% im Westen und 64% im Osten davon aus, dass die Fähigkeiten, die man mitbringt, wichtiger sind als die Tatsache, wie sehr man sich im Leben anstrengt. Rund ein Viertel der Befragten wählt die neutrale Antwortmöglichkeit aus, das heißt, dass umgekehrt nur 12-14% glauben, sie können durch persönliche Anstrengungen mehr im Leben erreichen als durch die Fähigkeiten, die sie mitbringen.

Interessanterweise gehen trotz des Befundes der Abbildung 136 die allermeisten Deutschen dennoch davon aus, dass man sich Erfolg im Leben hart erarbeiten muss (Abbildung 137). Es reicht

III. Ökonomische Sphäre

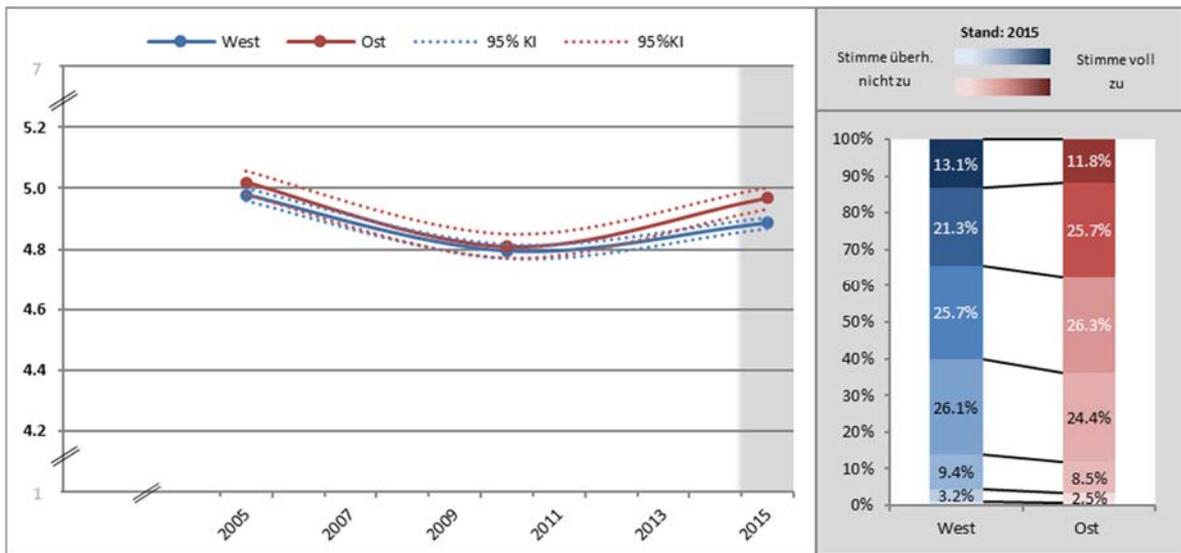
also nach Ansicht der Befragten nicht nur aus, die richtigen Fähigkeiten mitzubringen. Knapp 90 % in Ost- und Westdeutschland waren 2015 der Meinung, dass man für Erfolg hart arbeiten muss. Die durchschnittlichen Zustimmungswerte liegen im Osten nur marginal höher und sie gingen von 2005 bis 2015 auf sehr hohem Niveau in beiden Landesteilen leicht zurück, im Osten etwas stärker als im Westen.

Abbildung 135: Was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück



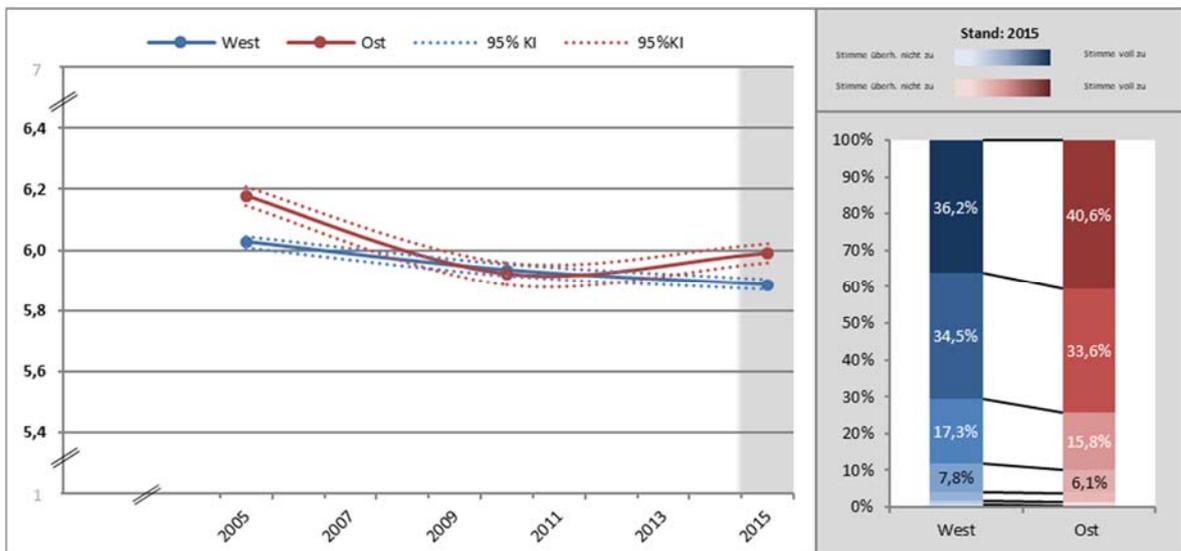
Anmerkungen: SOEP 2015: „Die folgenden Aussagen kennzeichnen verschiedene Einstellungen zum Leben und zur Zukunft. In welchem Maße stimmen Sie persönlich den einzelnen Aussagen zu: Was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück.“ Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll zu (7).

Abbildung 136: Wichtiger als alle Anstrengungen sind die Fähigkeiten, die man mitbringt



Anmerkungen: SOEP 2015: „Die folgenden Aussagen kennzeichnen verschiedene Einstellungen zum Leben und zur Zukunft. In welchem Maße stimmen Sie persönlich den einzelnen Aussagen zu: Wichtiger als alle Anstrengungen sind die Fähigkeiten, die man mitbringt.“ Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll zu (7).

Abbildung 137: Erfolg muss man sich hart erarbeiten



Anmerkungen: SOEP 2015: „Die folgenden Aussagen kennzeichnen verschiedene Einstellungen zum Leben und zur Zukunft. In welchem Maße stimmen Sie persönlich den einzelnen Aussagen zu: Erfolg muss man sich hart erarbeiten.“ Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1) – Stimme voll zu (7).

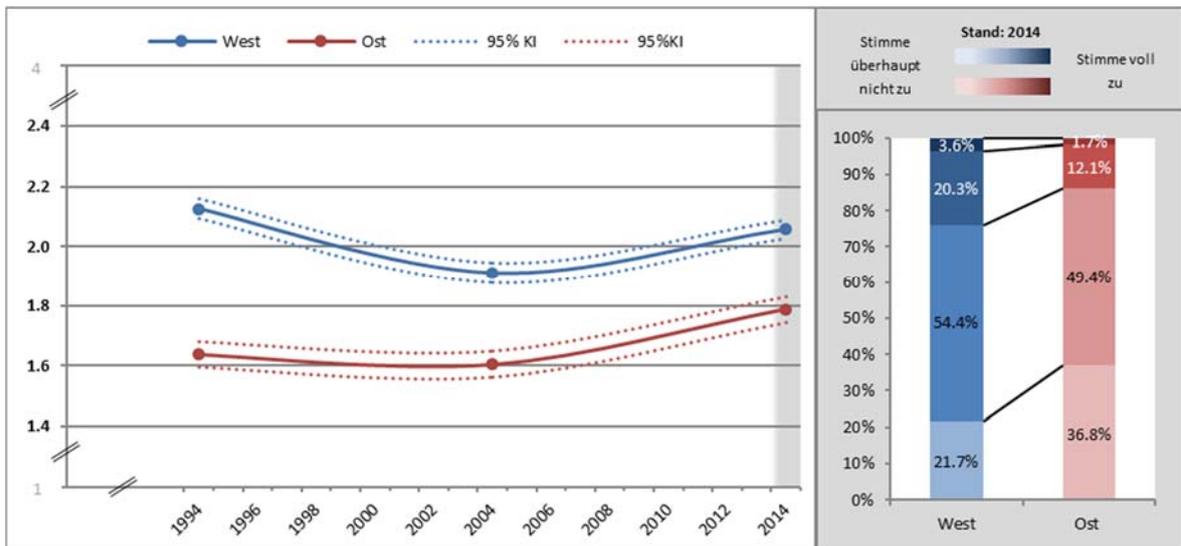
3.2.4 Verteilungsgerechtigkeit

Für die Einschätzung der realisierten Verteilungsgerechtigkeit ist insbesondere relevant, in welchem Ausmaß die Deutschen glauben, dass sie ihren gerechten Anteil am ökonomischen Erfolg erhalten. In Abbildung 138 ist das Stimmungsbild darüber dargestellt, ob die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt werden. Innerhalb eines Antwortspektrums von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll zu“ konnten die Befragten ihre Zustimmung zur gerechten Verteilung der Gewinne ausdrücken. Über den Befragungszeitraum von 1994 bis 2014 stimmen die Deutschen darin überein, dass die wirtschaftlichen Gewinne eher nicht gerecht verteilt werden, aber der Osten empfindet diese Verteilung durchwegs als ungerechter. Im Osten steigt die Zustimmung zur gerechten Gewinnverteilung immerhin leicht an über die Zeit, während sie im Westen relativ gleich bleibt. Das heißt der Ost-West-Unterschied wurde über die Zeit minimal kleiner. Im Jahr 2014 sind dennoch 37% der Befragten im Osten der Meinung, dass die Gewinne in Deutschland überhaupt nicht gerecht verteilt werden. Im Westen liegt dieser Anteil um 15 Prozentpunkte niedriger. Generell kann man sagen, dass der Osten sich bei der Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland benachteiligter fühlt als der Westen.

Nachdem nur rund jeder Vierte bis Sechste der Befragten die wirtschaftliche Gewinnverteilung in Deutschland als gerecht empfindet, glauben deutlich mehr Menschen, dass sie einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten (Abbildung 139). Knapp 70% im Westen und knapp 50% im Osten gaben im Jahr 2016 an, ihren gerechten Anteil oder sogar mehr als ihren gerechten Anteil im Vergleich zu anderen in Deutschland Lebenden zu erhalten. Die Ost-West-Lücke ist allerdings groß, auch wenn sie sich seit der Wiedervereinigung von 1 auf 0,3 Skaleneinheiten verringert hat. Diese Annäherung der Werte kommt daher, dass vor allem die Menschen in Ostdeutschland in ansteigendem Maße ihren Anteil am Lebensstandard als gerechter empfinden. Die westdeutsche Kurve verläuft seit der Wiedervereinigung relativ konstant. Trotz positivem Verlauf der Einstellung im Osten darf nicht übersehen werden, dass im Jahr 2016 die andere Hälfte der Ostdeutschen angibt, etwas weniger bis sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, verglichen mit dem Rest in Deutschland. Im Westen glaubt knapp ein Drittel, nicht seinen gerechten Anteil zu erhalten.

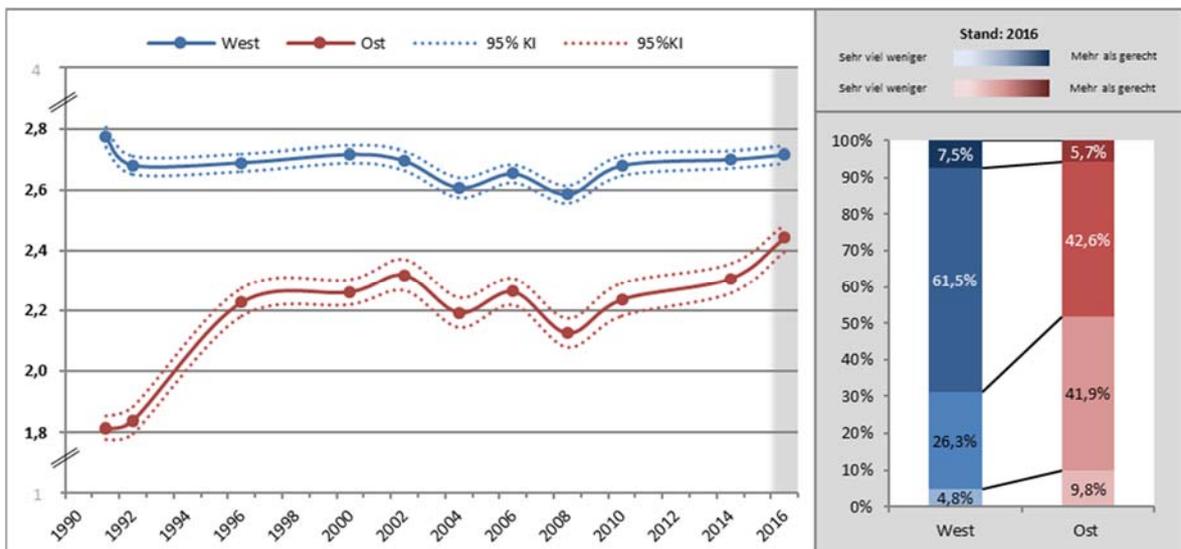
Generell kann festgehalten werden, dass die Wahrnehmung der gerechten Verteilung der Gewinne und des Lebensstandards immer noch nicht in beiden Teilen Deutschlands übereinstimmt. Der Osten fühlt sich nach wie vor benachteiligter als der Westen, die Ost-West-Unterschiede sind nur langsam und geringfügig kleiner geworden.

Abbildung 138: Gewinne werden in Deutschland gerecht verteilt



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Ich habe hier einige Meinungen über Staat und Wirtschaft in Deutschland. Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob Sie ihr - überhaupt nicht zustimmen (1), eher nicht zustimmen (2), eher zustimmen (3), voll zustimmen (4). Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.“

Abbildung 139: Gerechter Anteil am Lebensstandard



Anmerkungen: ALLBUS 2016, ALLBUS 2016: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten (3), mehr als Ihren gerechten Anteil (4), etwas weniger (2), sehr viel weniger (1)“.

3.2.5 Sozialstaat und Umverteilung

Wie die Menschen die soziale Ungleichheit wahrnehmen und akzeptieren, und welche Gerechtigkeitsvorstellungen sie haben, beeinflusst auch ihre Einstellungen gegenüber dem deutschen

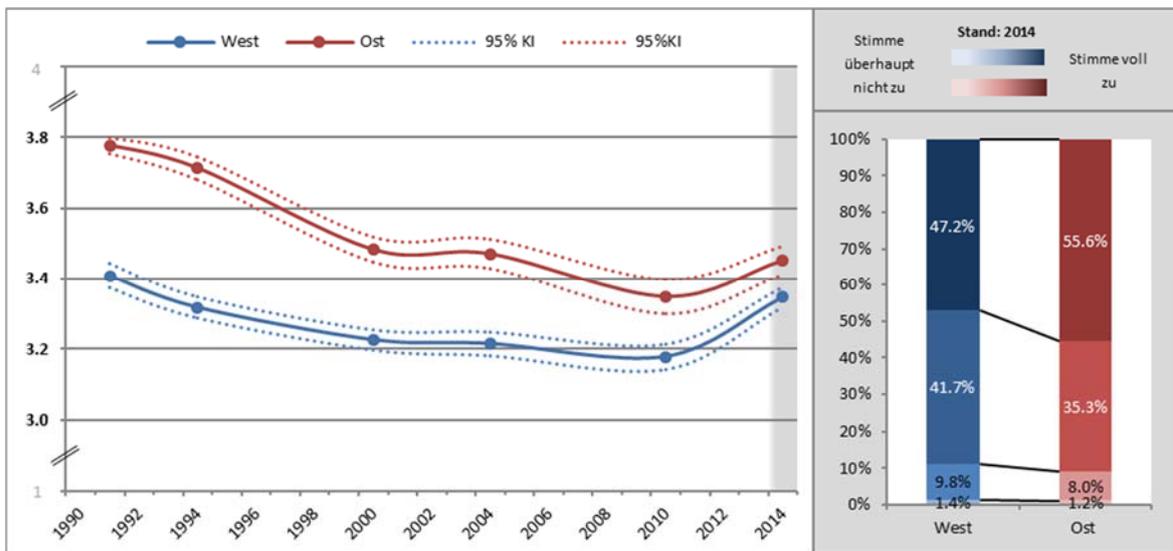
III. Ökonomische Sphäre

Wohlfahrtsstaat.⁵² Andersherum gibt die Einstellung zum Sozialstaat einen guten Einblick über die Vorstellung der Menschen zur sozialen Gerechtigkeit bzw. Akzeptanz der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft. Je stärker ausgebaut der Sozialstaat ist, desto mehr Umverteilungswirkungen entfaltet er. Die Einstellung zur Reichweite und Grenze des Sozialstaats spiegelt auch die Einstellung darüber wider, wieviel Eigenverantwortung dem Einzelnen zugeschrieben wird bzw. inwieweit die soziale Absicherung in der Zuständigkeit des Staates gesehen wird.

Die Entwicklung der Sozialstaatsvorstellungen der Deutschen lässt sich anhand mehrerer Fragen nachvollziehen. In Abbildung 140 sind die Einstellungen gegenüber der staatlichen Einkommenssicherung in Risikofällen, dem sogenannten institutionellen Kern des deutschen Sozialstaats, dargestellt. Insgesamt besitzt der Sozialstaat in Deutschland einen großen Rückhalt bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung. Kurz nach der Wiedervereinigung lagen die Zustimmungswerte für die staatliche Zuständigkeit in Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter im Osten noch höher als im Westen. Dies bestätigen auch, wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, die Studien von Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) sowie von Bauernschuster et al. (2012). Von 1991 bis 2010 nehmen die Zustimmungswerte kontinuierlich ab, im Osten etwas stärker. Ab 2010 steigen die Ansprüche an die staatliche Verantwortlichkeit im persönlichen Krisenfall oder im Alter wieder etwas an, im Westen etwas stärker. Die Einstellungen zum Sozialstaat in Ost und West haben sich somit über den gesamten Beobachtungszeitraum kontinuierlich angenähert. Im Jahr 2014 stimmen 89% der Befragten im Westen und 91% der Befragten im Osten der Aussage, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat, eher bis voll zu. Betrachtet man nur die Anteile, die voll zustimmen, liegt die Ost-West-Lücke bei 8 Prozentpunkten.

⁵² Das Grundgesetz verpflichtet den deutschen Staat mehrfach auf das Sozialstaatsprinzip (Art. 1 GG, Art. 20 GG). Vorrangige Ziele des Sozialstaats bestehen in der Hilfe gegen Not und Armut, der Bereitstellung einer angemessenen Daseinsvorsorge, der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit durch Verminderung großer Wohlstandsdifferenzen und in der sozialen Sicherung gegen die typischen Risiken einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Das Sozialversicherungssystem als tragende Säule im deutschen Sozialstaat blickt auf eine lange Tradition zurück. Die Anfänge reichen bis ins vorletzte Jahrhundert zurück, als Otto von Bismarck 1883 die gesetzliche Krankenversicherung einführte. Heute umfasst es die Renten-, Arbeitslosen-, Unfall-, Pflege- und Krankenversicherung.

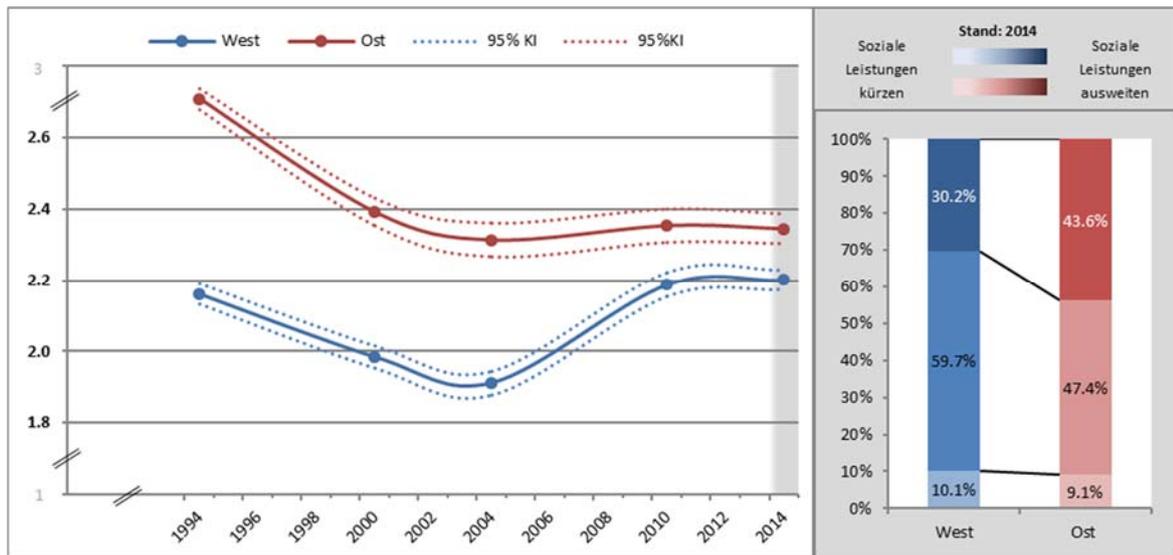
Abbildung 140: Staat soll für gutes Auskommen bei Not und Arbeitslosigkeit sorgen



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.“ Antwortmöglichkeiten 1-4: Stimme überhaupt nicht zu (1), Stimme eher nicht zu (2), Stimme eher zu (3), Stimme voll zu (4).

Ein ähnliches Bild der angleichenden Entwicklung ergibt sich, wenn man auf die Frage nach der Kürzung bzw. Ausweitung der Sozialleistungen blickt (Abbildung 141). In Ostdeutschland sind seit Mitte der 1990er im Durchschnitt mehr Befragte der Meinung, dass die Sozialleistungen ausgeweitet werden sollen, als in Westdeutschland. Im Zeitverlauf näherten sich die Werte in dieser Einstellung an, weil erstens der Zuspruch zum Umfang des Sozialstaates im Osten bis 2004 stärker zurückging als im Westen, und zweitens umgekehrt die Westdeutschen in den Jahren von 2004 bis 2014 wieder stärker für eine Ausweitung des Sozialstaates plädierten als die Ostdeutschen. Dadurch hat sich die große Ost-West-Lücke im Jahr 1994 von knapp 0,6 auf 0,14 im Jahr 2014 reduziert. Im letzten Beobachtungsjahr 2014 finden 60% der befragten Westdeutschen und 47% der befragten Ostdeutschen die Höhe der Sozialleistungen in Ordnung. 30% im Westen bzw. 44% im Osten sind der Meinung, dass die Sozialleistungen noch ausgeweitet werden sollten. Nur rund 10% der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland möchten Sozialleistungen gekürzt sehen.

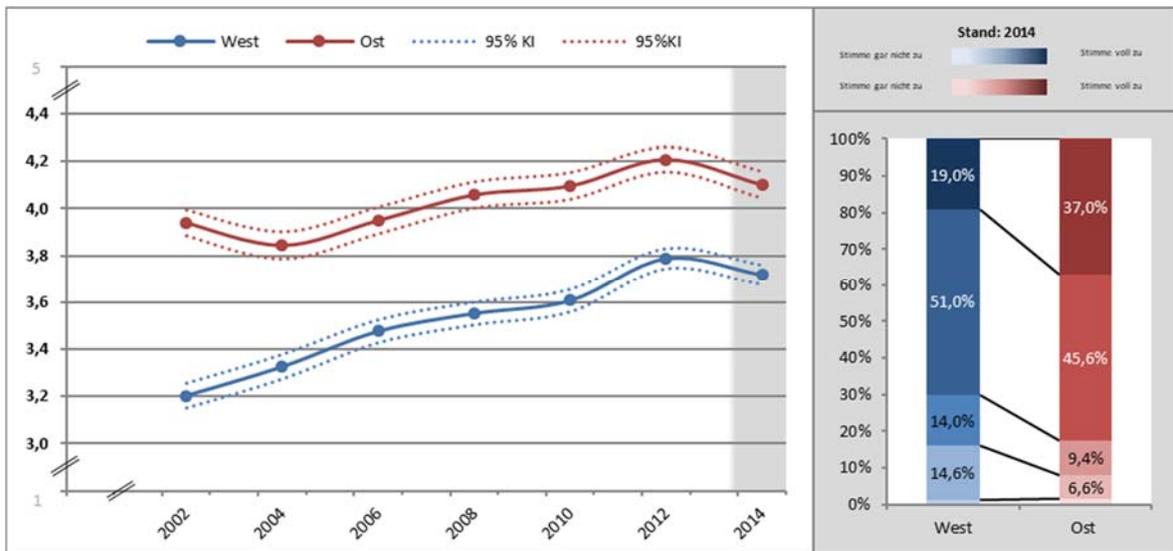
Abbildung 141: Soziale Leistungen kürzen oder ausweiten?



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Wie ist Ihre Meinung: Sollten die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt werden oder sollte es so bleiben, wie es ist, oder sollte man die Sozialleistungen ausweiten?“ Antwortmöglichkeiten 1-3: Sollten gekürzt werden (1), Sollten so bleiben wie bisher (2), Sollten ausgeweitet werden (3).

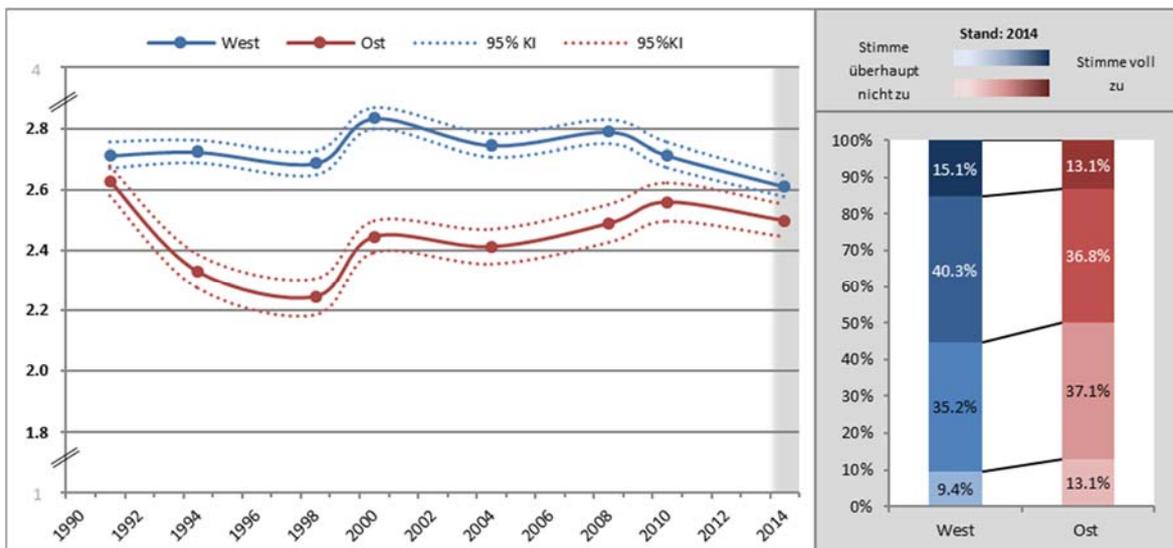
Deutlich unterschiedlicher Meinung sind die Menschen in Ost- und Westdeutschland, wenn es darum geht, dass der Staat Einkommensdifferenzen abbauen, also umverteilen, soll (Abbildung 142). Die Menschen in Ostdeutschland wünschen sich dies konstant in größerem Maße als die Westdeutschen. Die Lücke in der Zustimmung ist von 2002 bis 2014 nur marginal kleiner geworden. Absolut gesehen liegen die Zustimmungswerte auf hohem Niveau. 70% im Westen und 88% im Osten sehen den Staat in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern (Antworten 4 und 5). Nur 16% im Westen und 8% im Osten lehnen eine solche Forderung ab. Gleichzeitig vertritt aber auch rund die Hälfte der Befragten in Deutschland die Meinung, dass erst größere Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen einen Anreiz für persönliche Leistungen setzen (Abbildung 143). Diesbezüglich waren die Menschen in Ost- und Westdeutschland kurz nach der Wiedervereinigung interessanterweise ziemlich einer Meinung. Bei den darauffolgenden Befragungen in den 1990er und 2000er Jahren entwickelten sich die Meinungen dagegen zwischen Osten und Westen auseinander, weil gerade in Ostdeutschland die Zustimmung zurückging. In den Jahren 2010 und 2014 näherte sich die Meinung in Ost- und Westdeutschland wieder an. 9% in Westdeutschland und 13% in Ostdeutschland gehen überhaupt nicht davon aus, dass Einkommensunterschiede dazu führen, dass sich Leute überhaupt erst anstrengen. Und rund ein Drittel in Ost und West glaubt eher nicht daran.

Abbildung 142: Staat soll Einkommensunterschiede abbauen



Anmerkungen: ESS 2014: „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern.“ Antwortmöglichkeiten: Stimme gar nicht zu (1), Stimme nicht zu (2), Weder noch (3), Stimme zu (4), Stimme stark zu (5).

Abbildung 143: Einkommensdifferenz erhöht Motivation

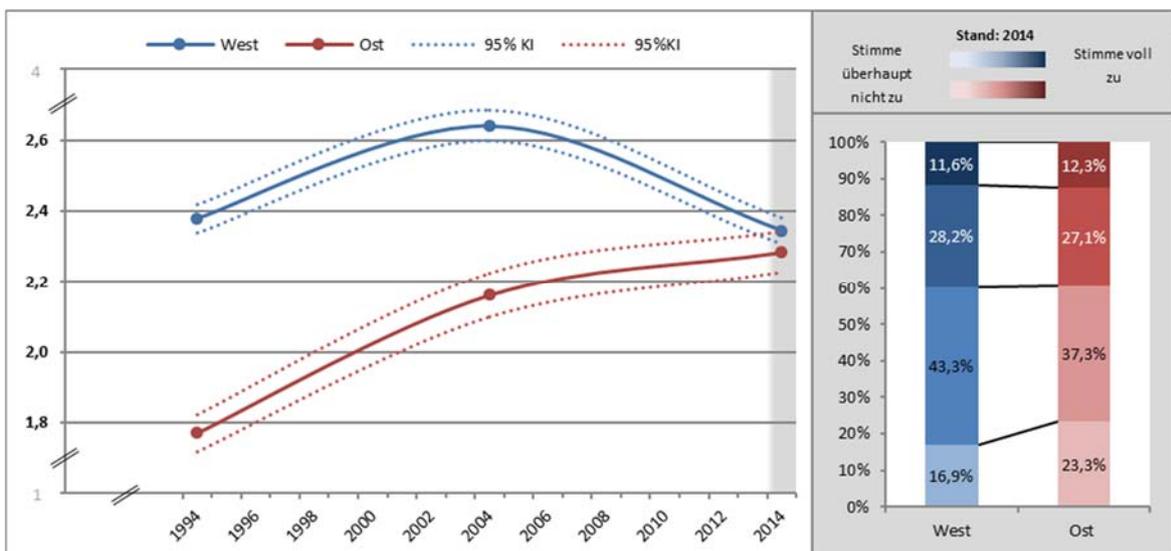


Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte (...): Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.“ Antwortmöglichkeiten: Stimme überhaupt nicht zu (1), Stimme eher nicht zu (2), Stimme eher zu (3), Stimme voll zu (4).

Die Meinung im Osten und Westen über mögliche negative Konsequenzen des Sozialstaats auf die individuelle Arbeitsbereitschaft konvergiert im Jahr 2014 nach großen Unterschieden 1994

und 2004 (Abbildung 144). In 1994 und 2004 vertraten noch deutlich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche die Meinung, dass zu hohe Leistungen der sozialen Sicherung, wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Arbeitslosenunterstützung und Frührenten, nur dazu führen, dass die Leute nicht mehr arbeiten wollen. Die Zustimmungswerte zu dieser Aussage sind im Zeitverlauf im Osten stark angestiegen, die Werte im Westen blieben in der Summe gleich. Insgesamt besteht in den Augen der Mehrheit der Deutschen aber nicht die Gefahr, dass die soziale Absicherung in Deutschland den Arbeitswillen reduziert, jeweils 60% in Ost- und Westdeutschland befürchten dies nicht.

Abbildung 144: Soziale Sicherheit reduziert Arbeitswillen



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Wenn die Leistungen der sozialen Sicherung, wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Arbeitslosenunterstützung und Frührenten, so hoch sind wie jetzt, führt dies nur dazu, dass die Leute nicht mehr arbeiten wollen.“ Antwortmöglichkeiten 1-4: Stimme überhaupt nicht zu (1), Stimme eher nicht zu (2), Stimme eher zu (3), Stimme voll zu (4).

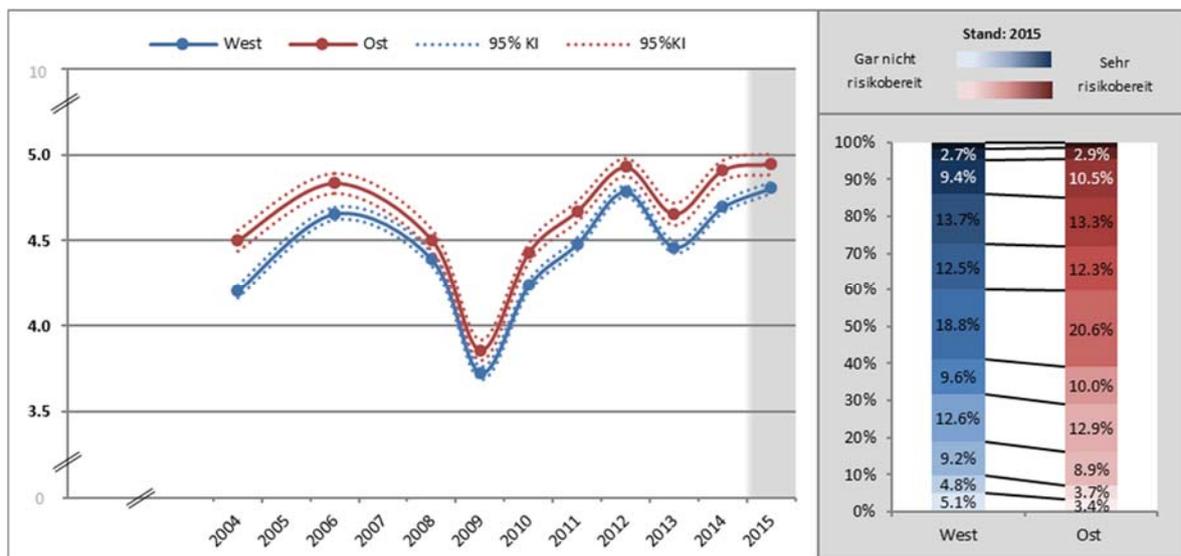
3.3 Risikopräferenzen

Unter Risikopräferenz versteht man generell, wie eine Person Risiken gegenüber eingestellt ist. In der Realität sind viele wichtige Entscheidungssituationen durch eine nicht zu vernachlässigende Risiko- und Unsicherheitslage geprägt. Informationen über die individuellen Einstellungen gegenüber Risiken können helfen, die Entscheidungen von Menschen in bestimmten Situationen zu erläutern und besser nachzuvollziehen. Risikopräferenzen sind entscheidend dafür, wie sich Menschen in einer Situation der Unsicherheit zwischen Alternativen entscheiden. Während risikofreudige Menschen eher dazu neigen, für potentiell größere Gewinne auch einen möglichen Verlust in Kauf zu nehmen, werden risikoaverse Menschen eher versuchen, Unsicherheit zu vermeiden, auch wenn die möglichen Gewinne kleiner ausfallen.

Ost- und Westdeutsche wurden nach ihrer persönlichen Risikobereitschaft gefragt und konnten auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) antworten (Abbildung 144).

Die Zeitreihen von 2004 bis zum aktuellen Rand in 2015 hinsichtlich der persönlichen Risikobereitschaft verlaufen in Ost- und Westdeutschland ähnlich. Ostdeutsche zeigen sich etwas risikofreudiger als Westdeutsche. Am aktuellen Rand 2015 gaben Befragte aus Ostdeutschland im Mittel 4,9 Punkte an, was einer mittleren Risikobereitschaft (Risikoneutralität) entspricht, während Westdeutsche nur etwas weniger risikobereit sind (im Mittel 4,8 Punkte). Die Personen beider Landesteile sind über die Zeit in der Tendenz risikofreudiger geworden. In 2004 lag der Mittelwert im Osten noch bei 4,5 Punkten, während er im Westen bei 4,2 Punkten lag. Es ist auch deutlich zu erkennen, dass zu Beginn der Finanzmarktkrise die individuelle Risikobereitschaft in Ost und West stark gefallen ist, diese ist jedoch mit Ende der Krise schnell wieder angestiegen. Auch Heineck und Süßmuth (2013) stellen fest, dass die Risikobereitschaft Ostdeutscher bis 2004 höher war, anschließend bis 2008 sank und somit ein ähnliches Niveau wie das der Westdeutschen erreichte.

Abbildung 144: Persönliche Risikobereitschaft



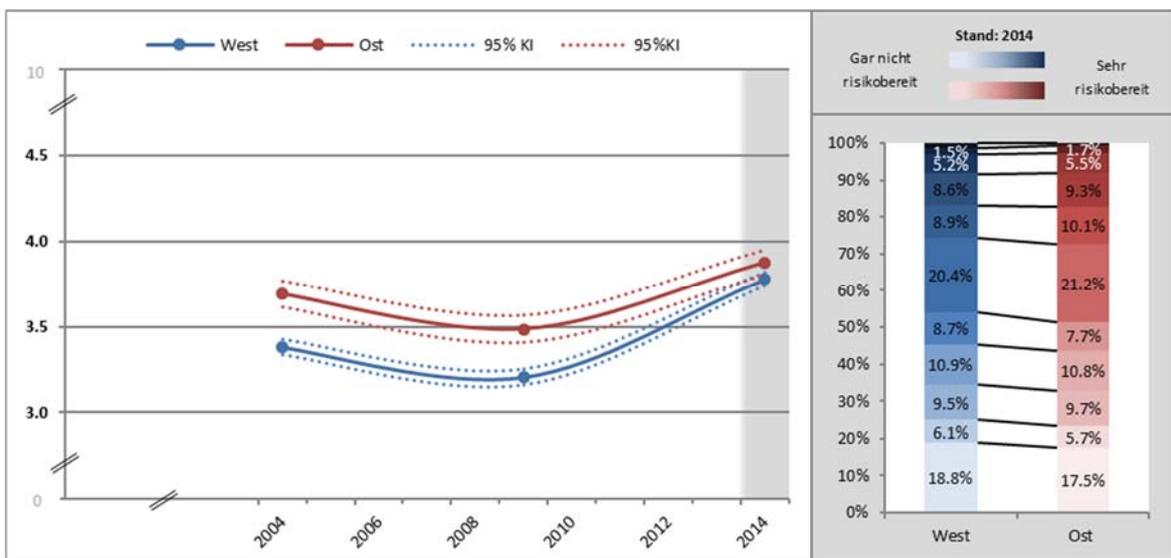
Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie schätzen Sie sich persönlich ein: Sind Sie im Allgemeinen ein risikobereiter Mensch oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Gar nicht risikobereit (0) bis Sehr risikobereit (10).

Eine weitere Frage zur Risikobereitschaft galt der beruflichen Karriere, welche ebenfalls auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) beantwortet werden konnte. Wie schon bei der persönlichen Risikobereitschaft folgen auch hier die Zeitreihen für Ost und West einem ähnlichen Trend und auch hier sind Ostdeutsche stets etwas risikobereiter als Westdeutsche. Zu Beginn der Zeitreihe war die Diskrepanz zwischen Ost und West noch etwas größer als am aktuellen Rand, wo sich 2014 eine Annäherung der Risikobereitschaften zeigte. Im Jahr 2014 liegt die Risikobereitschaft der Ostdeutschen bei im Mittel 3,9 Punkten und die der Westdeutschen im Mittel bei 3,7 Punkten. Absolut betrachtet scheinen Ost- und Westdeutsche in Bezug auf ihre berufliche Karriere eher risikoscheu zu sein.

III. Ökonomische Sphäre

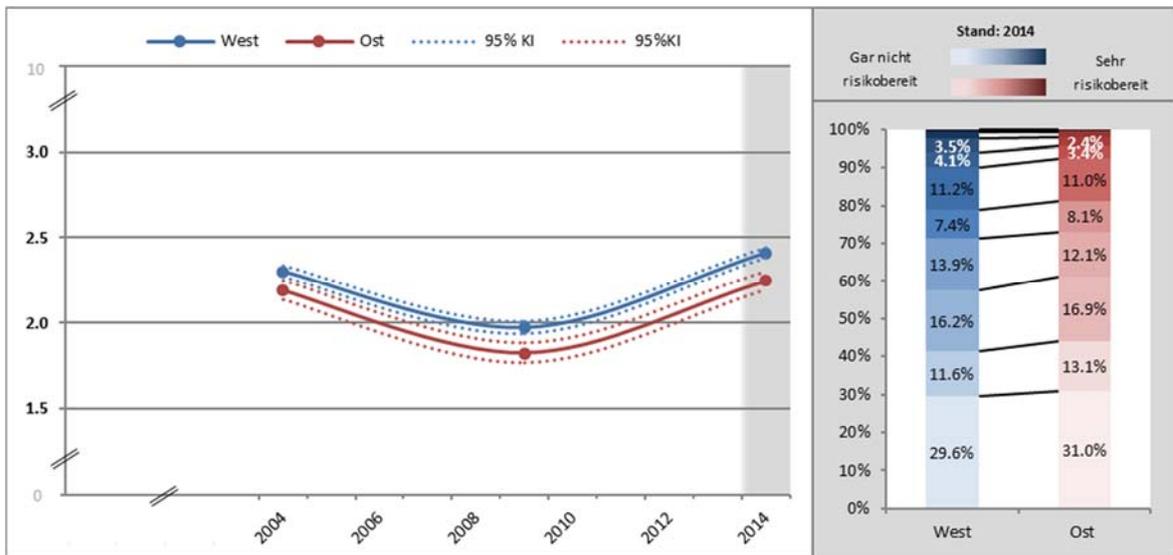
Ein ziemlich ähnlicher Verlauf der Zeitreihen in Ost und West zeigt sich auch für die Frage nach der Risikobereitschaft bei Geldanlagen. Jedoch sind nun Westdeutsche stets etwas risikoaffiner als Ostdeutsche, wobei die Ost-West-Lücke sehr gering ausfällt. Insgesamt sind die Befragten beider Landesteile (sehr) risikoavers eingestellt. Die Risikopräferenz der Westdeutschen (Ostdeutschen) lag 2004 im Mittel bei 2,3 (2,2) Punkten, in 2009 ist diese in der Finanzmarktkrise noch weiter abgesunken und liegt am aktuellen Rand 2014 wieder bei 2,4 (2,3) Punkten. Jeder Dritte im Westen und im Osten Deutschlands hat im Jahr 2014 angegeben gar nicht risikobereit zu sein, wenn es um Geldanlagen geht.

Abbildung 145: Risikobereitschaft bei beruflicher Karriere



Anmerkungen: SOEP 2015: „Man kann sich in verschiedenen Bereichen ja unterschiedlich verhalten. Wie würden Sie Ihre Risikobereitschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche einschätzen? -Wie ist das bei Ihrer beruflichen Karriere?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Gar nicht risikobereit (0) bis Sehr risikobereit (10).

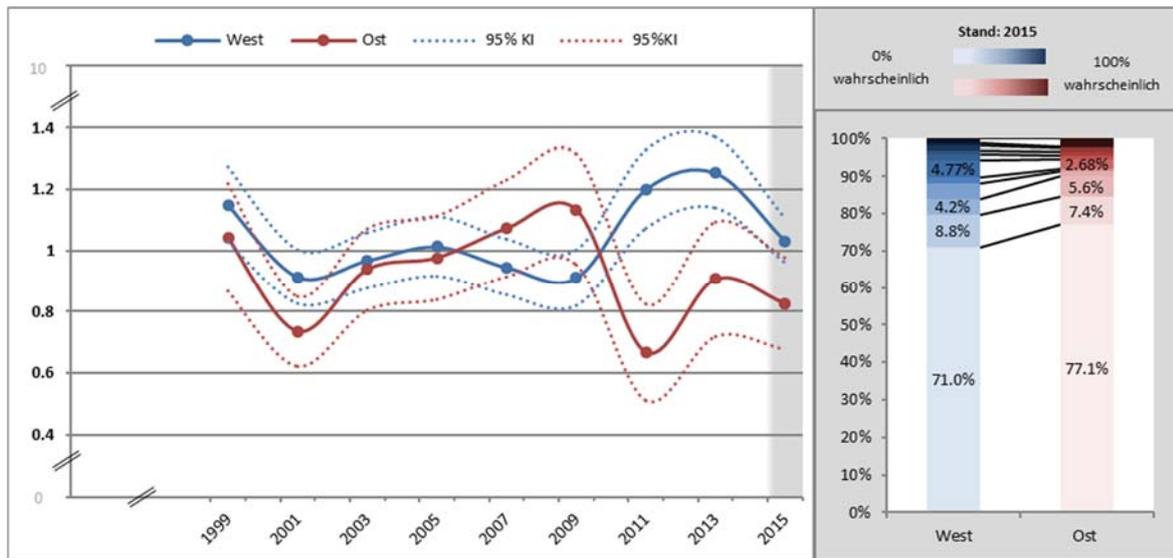
Abbildung 146: Risikobereitschaft bei Geldanlagen



Anmerkungen: SOEP 2015: „Man kann sich in verschiedenen Bereichen ja unterschiedlich verhalten. Wie würden Sie Ihre Risikobereitschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche einschätzen? -Wie ist das bei Geldanlagen?“ Antwortmöglichkeiten 0-10: Gar nicht risikobereit (0) bis Sehr risikobereit (10).

Bezüglich der Frage ob in den nächsten zwei Jahren die Aufnahme einer freiberuflichen Tätigkeit wahrscheinlich ist, zeigt die Zeitreihe sowohl für ostdeutsche als auch für westdeutsche Befragte starke Bewegung. Die Befragten konnten auf einer Skala von 0-100 antworten. Zur besseren Veranschaulichung wurde in der Abbildung 147 diese Skala auf den Bereich 0-10 herunterskaliert. Zu Beginn der Zeitreihe im Jahr 1999 gaben Ostdeutsche im Mittel 1,04 Punkte an, was einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit entspricht, dass sich die Befragten in den nächsten zwei Jahren selbstständig machen. Für Westdeutsche war die Wahrscheinlichkeit mit im Mittel 1,15 Punkten nur geringfügig höher. Lediglich in den Jahren 2007 und 2009 war es für Ostdeutsche wahrscheinlicher in zwei Jahren einer selbstständigen Tätigkeit nachzugehen als es für Westdeutsche war. Die Wahrscheinlichkeit sich selbstständig zu machen, ist über den Zeitverlauf geringer geworden. 2015 liegen die Mittelwerte bei 1,03 Punkten für Westdeutsche und 0,83 Punkten für Ostdeutsche. Über 70% der Westdeutschen und fast 80% der Ostdeutschen sagen also, dass es überhaupt nicht wahrscheinlich ist, dass sie sich in den nächsten 2 Jahren selbstständig machen werden. Diese Angaben stehen im Einklang mit der risikoscheuen Einstellung der Befragten hinsichtlich ihrer beruflichen Karriere und hinsichtlich Geldanlagen.

Abbildung 147: Wahrscheinlichkeit der Selbstständigkeit in nächsten zwei Jahren



Anmerkungen: SOEP 2015: „Wie wahrscheinlich ist es, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre die folgenden beruflichen Veränderungen für Sie eintreten? Dass Sie sich selbständig machen bzw. freiberuflich tätig werden?“ Antwortmöglichkeiten 0-100 (bzw. 10): Das wird in den nächsten 2 Jahren mit Sicherheit nicht eintreten (0) bis Das wird in den nächsten 2 Jahren mit Sicherheit eintreten (100 bzw. interpretiert als 10).

4. Ursachenforschung nach Ost-West-Unterschieden

In der deskriptiven Analyse wurde deutlich, dass die Entwicklung der Einstellungen aus der ökonomischen Sphäre in Ost- und Westdeutschland differenziert betrachtet werden muss. Während einige Einstellungen konvergiert sind oder sich ohnehin kaum unterschieden, bestehen bei einigen Einstellungen Unterschiede bis zum aktuellen Rand fort. In diesem Kapitel wird eine Auswahl an Einstellungen, die noch immer deutliche Ost-West-Unterschiede zeigen, einer tieferen Analyse unterzogen. In zwei Analyseschritten wird untersucht, inwieweit die Ost-West-Unterschiede erklärt werden können und in welchen Bevölkerungsgruppen die Unterschiede vornehmlich vorherrschen.⁵³

Der erste Analyseschritt stellt die Frage, ob demographische, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland für die Unterschiede in Einstellungen verantwortlich sind. Denn Ostdeutsche unterscheiden sich in vielen Merkmalen, die wiederum Einstellungen beeinflussen, von Westdeutschen. Beispielsweise sind die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt älter, verfügen über geringere Haushaltseinkommen und haben seltener einen Migrationshintergrund. Außerdem sind die ostdeutschen Regionen von höherer Arbeitslosigkeit geprägt.⁵⁴ Anhand der Ergebnisse von Regressionsanalysen kann abgelesen werden, ob die Unterschiede auch nach Angleichung der Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschland fortbestehen

⁵³ Eine nähere Beschreibung der Analysemethoden befindet sich im Anhang.

⁵⁴ Eine nähere Beschreibung der Merkmalsunterschiede befindet sich im Anhang.

würden. Für die Analysen werden sowohl individuelle als auch regionale Erklärungsfaktoren verwendet. Die individuellen Merkmale sind das Alter in Jahren (und das quadrierte Alter), das Geschlecht, der Migrationshintergrund, der Ehestand, der Schulabschluss, die Anzahl der Kinder, die Erwerbssituation und das Haushaltseinkommen.⁵⁵ Auf der Ebene von insgesamt 96 Regionen, in denen die Befragten wohnen, kommen die Geburtenziffer, acht Maße der Altersstruktur der Bevölkerung (20-34, 35-49, 50-64, 65 und älter, jeweils nach Geschlecht), der Anteil der Asylleistungsempfänger und der Ausländeranteil als demographische regionale Maße zum Einsatz. Regionale wirtschaftliche Kontrollen sind die Arbeitslosenquote, die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen, die Arbeitslosenquote der Ausländer, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das verfügbare Einkommen pro Kopf und der Anteil der SGBII-Bezieher.

Im zweiten Analyseschritt wird untersucht, in welchen Bevölkerungsgruppen und Regionen die Ost-West-Unterschiede besonders groß sind und in welchen sie womöglich gar nicht beobachtet werden. Dazu werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb kleiner Gruppen, die anhand der oben genannten Merkmale beschrieben werden, ausgewiesen. Ost-West-Unterschiede in Einstellungen innerhalb besser vergleichbarer Gruppen können nähere Hinweise darauf liefern, welchen Ursprung sie haben und wie wahrscheinlich sie auch in Zukunft fortbestehen.

4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?

In Abbildung 148 ist die Ost-West-Differenz für verschiedene Einstellungen als Ergebnis von Regressionen abgetragen.⁵⁶ In Ostdeutschland sorgen sich mehr Menschen um die eigene wirtschaftliche Situation als in Westdeutschland. Individuelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen erklären diese Differenz nicht, sie ist im Gegenteil tendenziell sogar größer. Eine Angleichung der regionalen Bedingungen, insbesondere der demographischen Merkmale, würde den Ost-West-Unterschied in den wirtschaftlichen Sorgen noch zusätzlich vergrößern. Entspre-

⁵⁵ Wegen einer großen Anzahl fehlender Werte kann das Haushaltseinkommen nicht in den Regressionsanalysen mit dem Allbus verwendet werden.

⁵⁶ Der Balken zeigt an, ob der Wert in Ostdeutschland höher (Balken zeigt nach rechts) oder niedriger (Balken zeigt nach links) ausfällt. Der Strich in den Balken repräsentiert das 95%-Konfidenzintervall aus den Regressionsergebnissen. Schließt das Intervall, also der Strich, die Nulllinie nicht mit ein, spricht man von einem statistisch signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Der erste Balken in lila beschreibt die Differenz in den Rohdaten ohne Hinzufügung von Kontrollen. Für eine vergleichbare Darstellung sind hier alle Variablen auf einen Mittelwert von Null standardisiert. Der zweite Balken in grün zeigt die Ost-West-Differenz an, nachdem für alle individuellen Merkmale kontrolliert wurde. Der Balken kann als derjenige Unterschied interpretiert werden, der zwischen Ost- und Westdeutschland herrschen würde, wenn die durchschnittlichen individuellen Merkmale der Menschen gleich wären. Die weiteren zwei Balken in orange und blau kontrollieren über die individuellen Merkmale hinaus für regionale Merkmale aus den Raumordnungsregionen der Befragten. Der dritte Balken in orange kontrolliert zusätzlich für die Merkmalsgruppe Demographie, der vierte Balken in blau zusätzlich für wirtschaftliche Merkmale.

III. Ökonomische Sphäre

chend sind Ostdeutsche auch mit ihrem Haushaltseinkommen weniger zufrieden als Westdeutsche. Ein kleiner Teil der Differenz kann durch Unterschiede in individuellen Merkmalen erklärt werden, trotzdem bliebe die Differenz auch bei gleichen individuellen Charakteristika bestehen. Regionale Unterschiede haben wenig Erklärungsgehalt für Unterschiede in der Einkommenszufriedenheit.

Die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz sind im Osten stärker ausgeprägt als im Westen. Individuelle Unterschiede tragen wenig zur Erklärung bei, tendenziell würde eine Angleichung den Unterschied noch erhöhen. Die Unterschiede in der demographischen Zusammensetzung der Region, insbesondere die Altersstruktur, scheinen dagegen einen Teil der Ost-West-Differenz zu erklären.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist im Osten geringer als im Westen. Wären die individuellen Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschen ähnlicher, ginge auch der Unterschied in der Lebenszufriedenheit zurück. Trotzdem wären die Ostdeutschen immer noch weniger zufrieden mit Ihrem Leben. Die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland scheinen die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit nicht zu erklären, sondern sie im Gegenteil eher kleiner erscheinen zu lassen, was bei näherer Analyse vor allem an der demographischen Zusammensetzung liegt. Würden sich die Bedingungen in Ost und West gleichen, wäre die Differenz in der Lebenszufriedenheit also noch einmal größer.

In Westdeutschland sind mehr Menschen als in Ostdeutschland davon überzeugt, dass das, was man im Leben erreicht, in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück ist. Durch die Kontrolle der individuellen Merkmale wird der Unterschied ein wenig kleiner. Werden zusätzlich regionale Demographie und Wirtschaft kontrolliert, wird der Ost-West-Unterschied klein und insignifikant. Diese Veränderung ist bei näherer Analyse vor allem auf die unterschiedliche Altersstruktur in den Regionen zurückzuführen.

Weniger Ostdeutsche als Westdeutsche halten ihre eigene Alterssicherung für ausreichend. Individuelle Merkmalsunterschiede können dies nicht erklären und regionale Unterschiede können wegen der großen Schätzunsicherheit ebenfalls nicht als Erklärung herangezogen werden.

Mehr Befragte aus dem Osten Deutschlands identifizieren sich mit einer subjektiven Zuordnung zur Arbeiterschicht als Befragte aus Westdeutschland. Eine Angleichung der Befragten hinsichtlich individueller Merkmale ändert nichts an der Ost-West-Differenz. Unterschiede in den regionalen Begebenheiten, hier in erster Linie die unterschiedliche Altersstruktur, scheinen die Ost-West-Differenz jedoch zu einem großen Teil erklären zu können, auch wenn es die Schätzunsicherheit nicht zulässt, von einer vollständigen Angleichung zu sprechen.

Die sozialen Unterschiede in der Bevölkerung werden von Ostdeutschen seltener als gerecht bezeichnet als von Westdeutschen. Dafür sind individuelle Merkmale nur zu einem sehr kleinen Teil

verantwortlich. Regionale Unterschiede, hier wiederum die Altersstruktur, können die Differenz zumindest zu einem Teil erklären, wobei die Schätzunsicherheit groß ist.

Ostdeutsche tendieren eher als Westdeutsche dazu die Sozialleistungen auszuweiten und nicht zu kürzen. Wieder können individuelle Merkmale diese Differenz nicht erklären. Die regionalen Unterschiede, obwohl mit einiger Schätzunsicherheit behaftet, scheinen die Differenz jedoch zu einem großen Teil erklären zu können. Auch hier ist die demographische Zusammensetzung, insbesondere die Unterschiede in der Altersstruktur, die Ursache für die Wirksamkeit der regionalen Kontrollen.

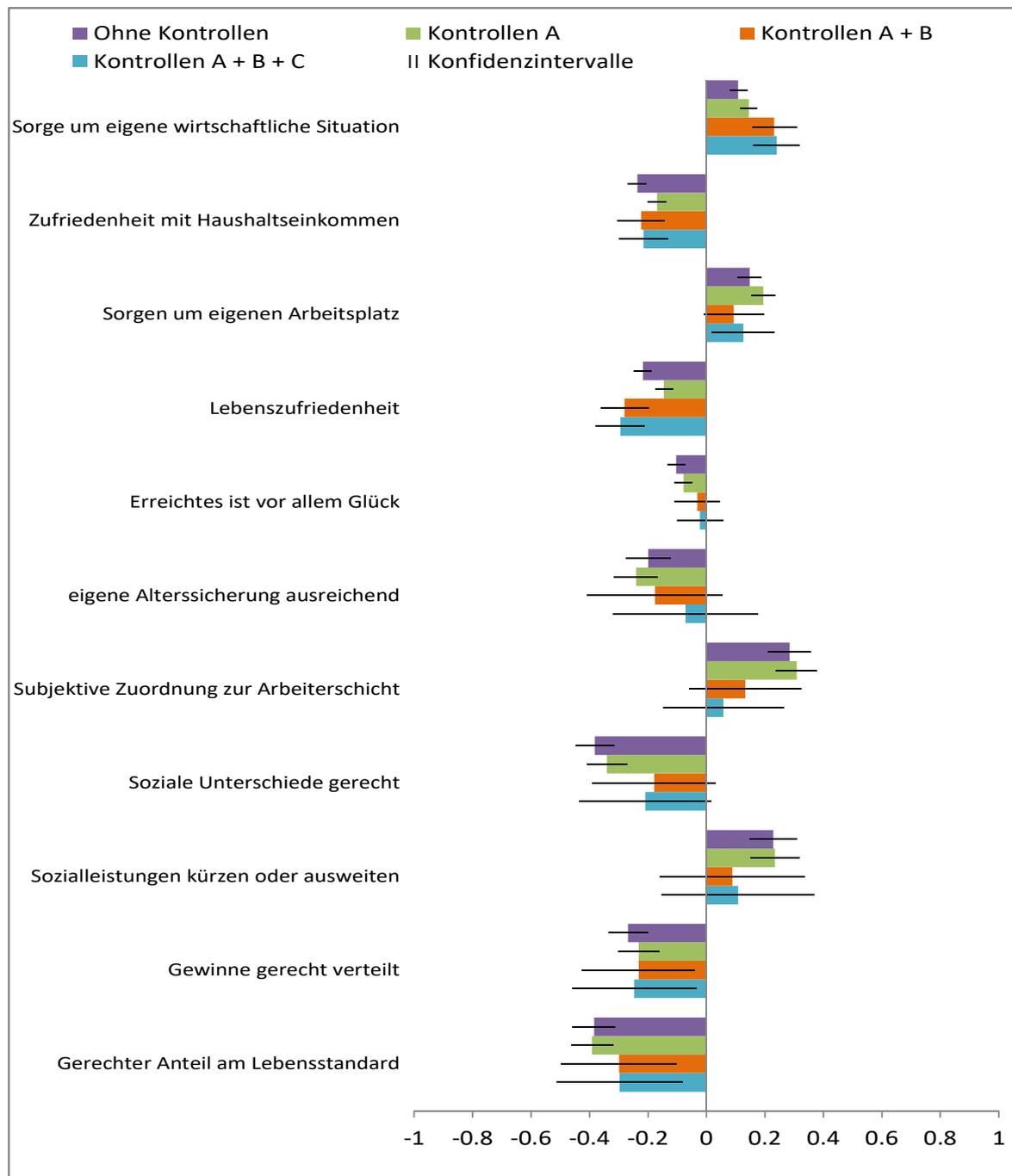
Die Verteilung der Gewinne im Land und die Einschätzung des eigenen Lebensstandards halten weniger Ostdeutsche als Westdeutsche für gerecht. Individuelle Merkmalsunterschiede tragen nicht zu diesem Unterschied bei. Die regionalen Bedingungen haben auf diese Ost-West-Unterschiede ebenfalls kaum einen Einfluss. Die Unterschiede blieben auch bei Angleichung aller Merkmale bestehen.

Wie sind die Graphiken zu lesen?

Die Abbildungen in den Kapiteln zur Ursachenforschung zeigen die Ergebnisse verschiedener statistischer Berechnungen. Diese Regeln helfen sie ganz einfach zu verstehen:

- Die Balken verdeutlichen den Ost-West-Unterschied. **Je größer** der Balken, **desto größer** der **Ost-West-Unterschied**.
- Ein Balken nach **links** in den negativen Bereich bedeutet: die Einstellung ist in Ostdeutschland **weniger** ausgeprägt. Ein Balken nach **rechts** in den positiven Bereich sagt entsprechend, dass die Einstellung in Ostdeutschland **stärker** ausgeprägt ist.
- Die erste Abbildung dieses Kapitels führt „**Kontrollen**“ ein. Damit sind Merkmale der Befragten gemeint. Der Balken sagt aus: wie groß ist der **Ost-West-Unterschied**, wenn diese **Merkmale gleich** wären?
- Alle weiteren Abbildungen beschreiben den Unterschied in Einstellungen innerhalb verschiedener Gruppen. Ein Beispiel: wie groß ist der Ost-West-Unterschied für alle unter 35-Jährigen?

Abbildung 148: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen



Lesebeispiel: Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage sind bei Ostdeutschen um 0,14 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen. Werden individuelle Kontrollen A hinzugefügt, vergrößert sich der Abstand auf 0,19, Kontrollen B und C verringern ihn weiter. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Kontrollen A beinhalten individuelle Merkmale (Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Ehestand, Schulabschluss, Anzahl der Kinder, Erwerbssituation, Haushaltseinkommen), Kontrollen B beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Demographie, Kontrollen C beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Wirtschaft. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Um näher zu beleuchten, welche Bevölkerungsgruppen für die Ost-West-Unterschiede verantwortlich sind, werden im Nachfolgenden die Ost-West-Unterschiede für verschiedene Bevölkerungsgruppen, die anhand der individuellen und regionalen Merkmale definiert werden, untersucht.

4.2.1 Größte Ost-West-Unterschiede bei Fragen zur Gerechtigkeit unter Älteren

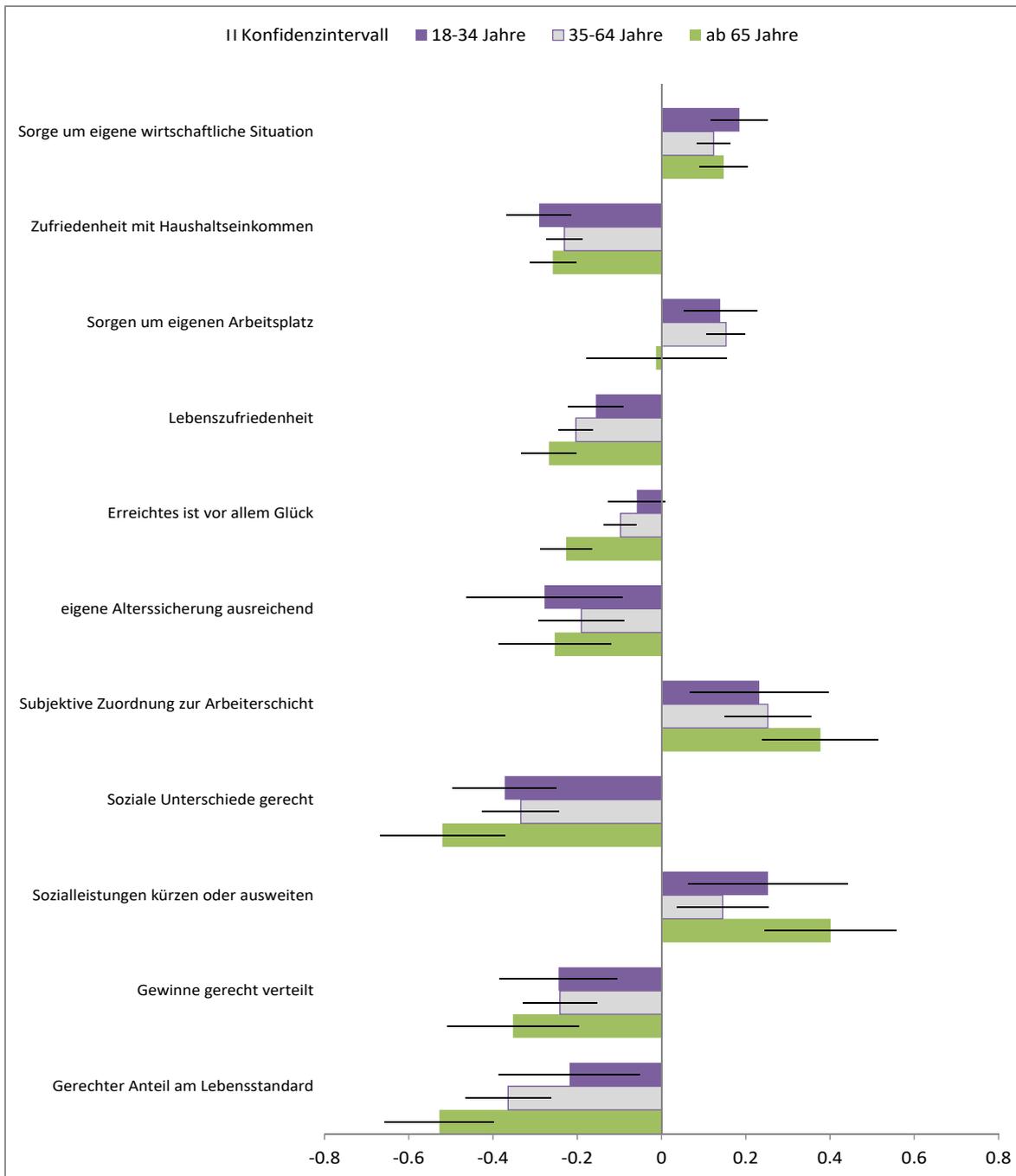
In Abbildung 149 werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb von Bevölkerungsgruppen untersucht, die nach ihrem Alter unterschieden werden. Die Differenzen werden für Menschen im Alter von 18-34 Jahren, 35-64 Jahren sowie einem Alter ab 65 Jahren getrennt ausgewiesen.

Die Ost-West-Unterschiede sind über die drei Altersgruppen relativ ähnlich. Am ehesten unterscheiden sich die Meinungen zwischen Ost- und Westdeutschen in der Altersgruppe über 65 Jahre. Sorgen über die eigene wirtschaftliche Situation, die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und die Einschätzung, dass die eigene Alterssicherung ausreichend ist, sind in allen Altersgruppen ähnlich stark zwischen Ost- und Westdeutschland verschieden. Die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz sind bei 18-34 jährigen Ostdeutschen genauso wie bei 35-64 jährigen Ostdeutschen größer als in Westdeutschland. Naturgemäß spielt der Arbeitsplatz bei den ab 65 Jährigen keine große Rolle mehr und es wird auch keine Ost-West-Differenz gefunden. Die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit sind in der älteren Bevölkerung am stärksten ausgeprägt und nehmen in der jüngeren Bevölkerung ab, allerdings nicht so stark, dass der Unterschied aufgelöst werden würde.

Dass das Erreichte vor allem vom Glück abhängt, glauben Ostdeutsche bis 64 Jahre nur ein wenig seltener als Westdeutsche. Groß ist der Unterschied allerdings bei den über 65 Jährigen. Die Ostdeutschen in dieser Altersgruppe stimmen der Aussage eindeutig weniger zu als die Westdeutschen im selben Alter. Ähnlich verhält es sich bei Zuordnung zur Arbeiterschicht, bei der unter den älteren Befragten größere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen. Allerdings sind die Schätzunsicherheiten zu groß, um die Unterschiede statistisch zu unterscheiden.

Bei den Fragen zur Gerechtigkeit, betreffend die sozialen Unterschiede, die Verteilung der Gewinne und den gerechten Anteil am Lebensstandard, sowie in der Frage der Ausweitung von Sozialleistungen zeichnet sich ab, dass die ältere Generation sich am stärksten zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheidet. Zwar sind nicht alle Unterschiede auch statistisch nachweisbar, aber in der Tendenz sind die Älteren in Ostdeutschland mit der sozialen Gerechtigkeit deutlich weniger zufrieden als die Älteren in Westdeutschland.

Abbildung 149: Ost-West-Unterschiede nach Altersgruppen

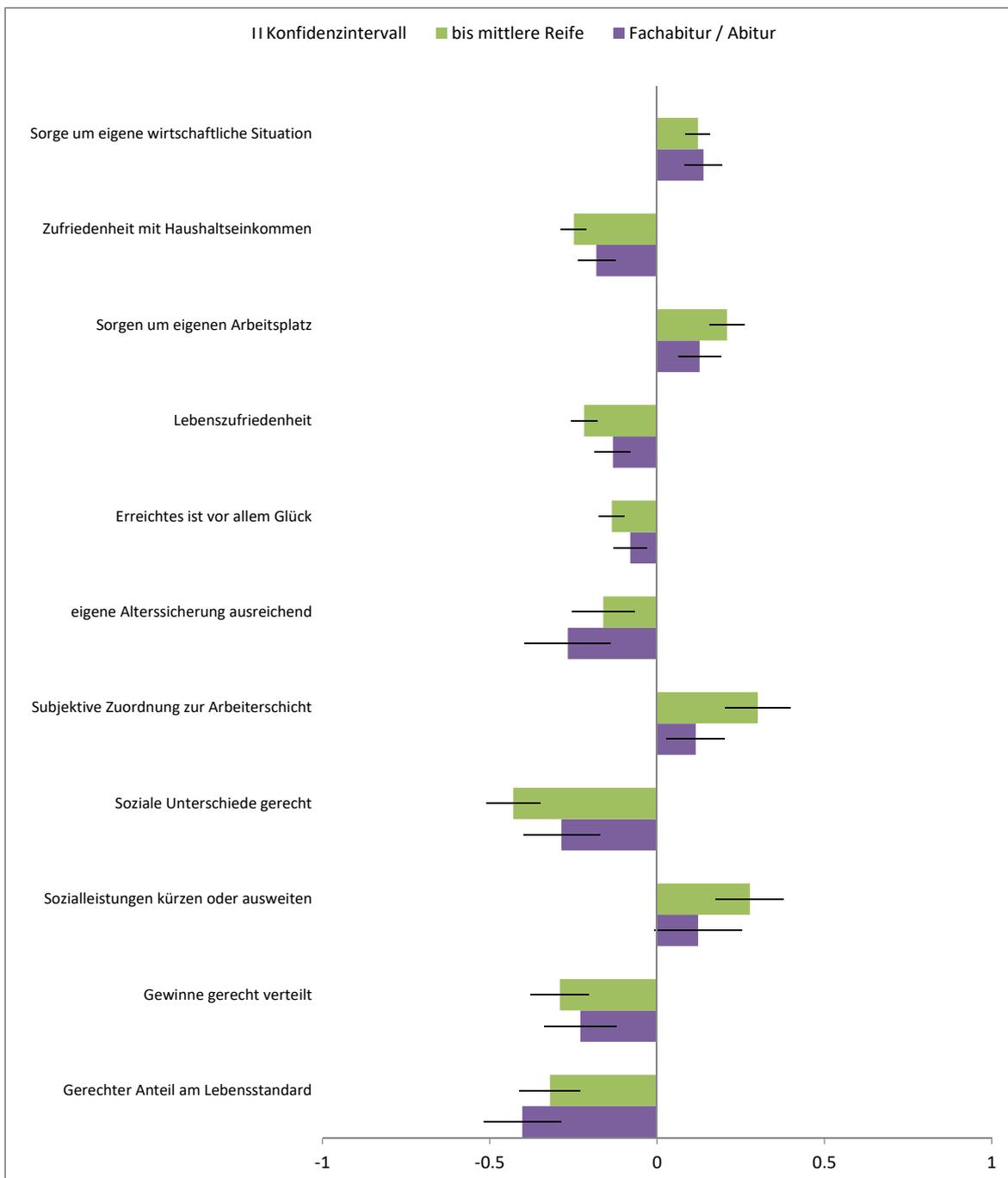


Lesebeispiel: Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist bei Ostdeutschen im Alter von 18-34 Jahren um 0,18 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen im gleichen Alter. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.2 Teilweise kleinere Ost-West-Unterschiede unter Befragten mit Abitur

In Abbildung 150 werden die Ost-West-Unterschiede für Personen mit höchstem Schulabschluss mittlere Reife oder weniger und Personen mit Fachabitur/Abitur getrennt ausgewiesen. Ostdeutsche, deren höchster Schulabschluss das Fachabitur oder Abitur ist, sind den Westdeutschen in der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, den Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz, der Lebenszufriedenheit, der Zuordnung zur Arbeiterschicht, der Einschätzung der Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede und der Einstellung zur Ausweitung von Sozialleistung ähnlicher als Ostdeutsche mit niedrigerem Schulabschluss. Größer ist der Ost-West-Unterschied bei Personen mit Abitur nur in den Fragen, ob die eigene Alterssicherung ausreichend ist und ob jemandem der gerechte Anteil am Lebensstandard zuteilwurde, wobei die Unterschiede auch nur schwach unterscheidbar sind. Unabhängig vom Schulabschluss findet sich jedoch in allen Einstellungen, außer ganz knapp bei den Sozialleistungen, ein signifikanter Ost-West-Unterschied.

Abbildung 150: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau



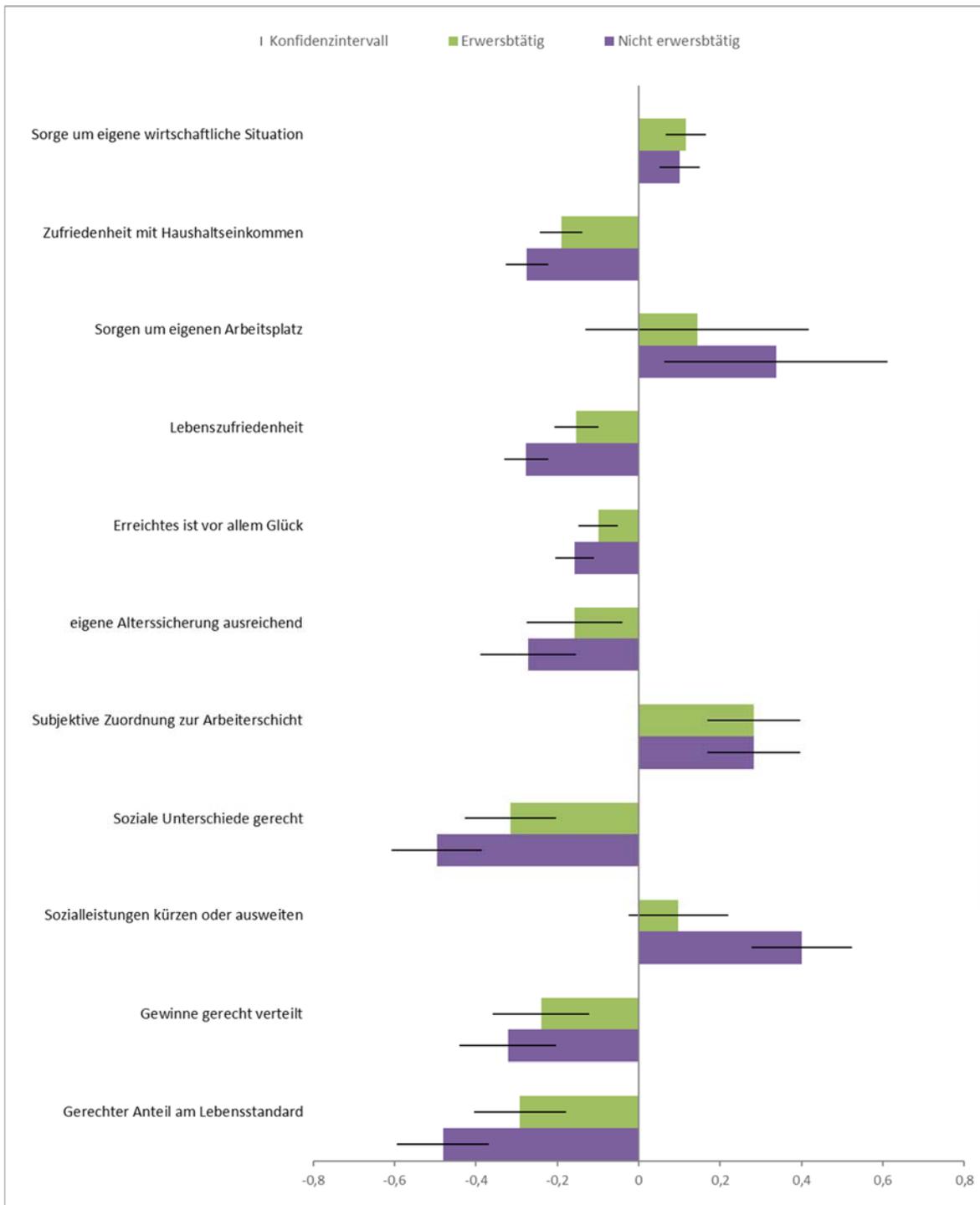
Lesebeispiel: Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist bei Ostdeutschen mit höchstens mittlerer Reife um 0,18 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen mit der gleichen Schulbildung. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.3 Kleinere Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen

In Abbildung 151 und Abbildung 152 werden die identifizierten Ost-West-Unterschiede in den jeweiligen Einstellungen je nach Beschäftigungsstatus bzw. Haushaltseinkommen der Befragten dargestellt. Die Ost-West-Unterschiede unterscheiden sich teilweise deutlich nach Erwerbsstatus (Abbildung 151). In den meisten Fällen sind sich erwerbstätige Ost- und Westdeutsche in ihren ökonomischen Einstellungen ähnlicher als Nicht-Erwerbstätige. Insbesondere in der Lebenszufriedenheit, der Einschätzung, ob die sozialen Unterschiede gerecht sind, ob Sozialleistungen gekürzt oder ausgeweitet werden sollten, und ob man selbst einen gerechten Anteil am Lebensstandard bekommt, unterscheiden sich Erwerbstätige in Ost- und Westdeutschland deutlich weniger. In der Frage, ob Sozialleistungen gekürzt werden sollen, ist die Ost-West-Differenz zwar noch messbar, aber nicht mehr statistisch signifikant.

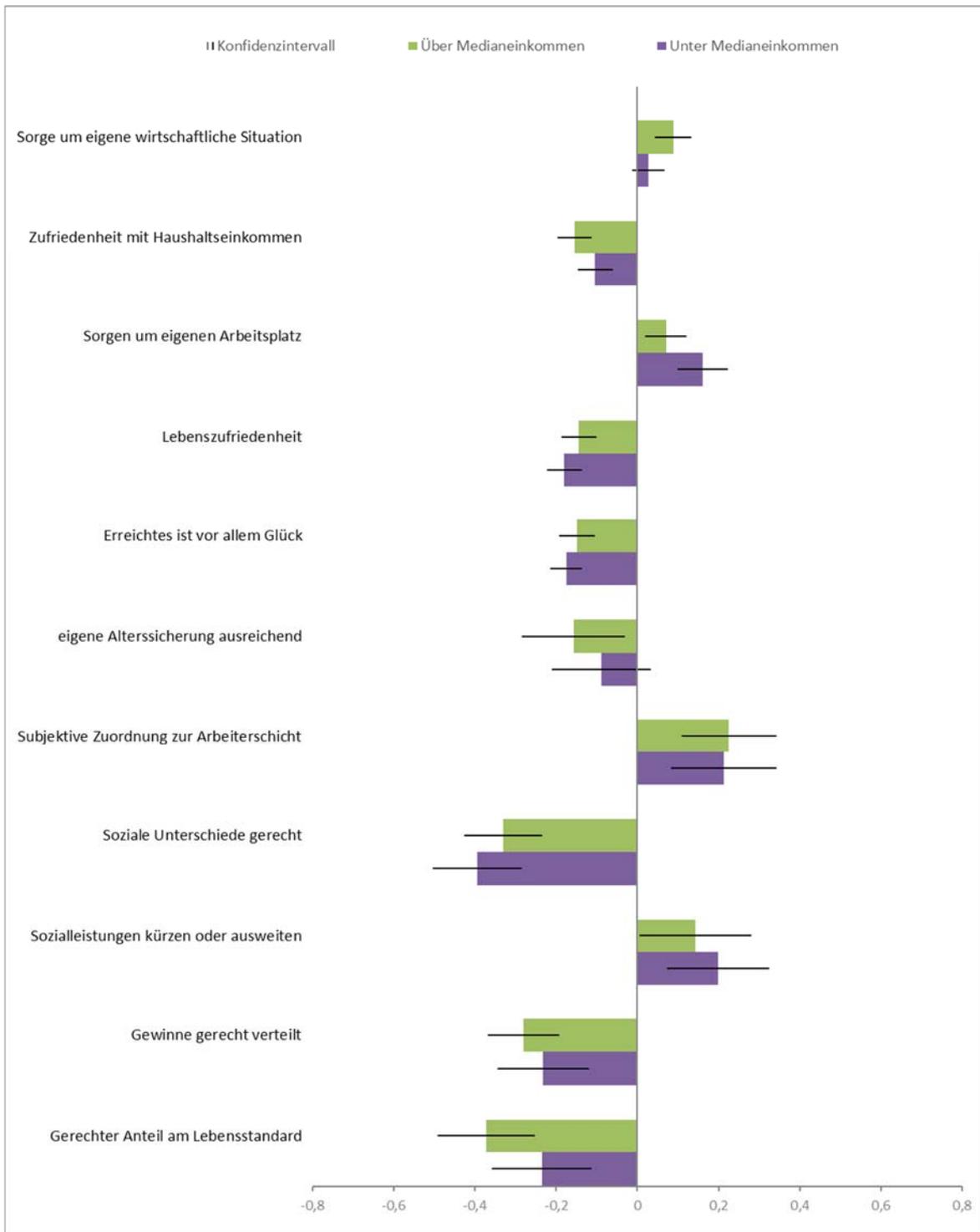
Hinsichtlich des Haushaltseinkommens (Abbildung 152) lässt sich nur eine schwache Tendenz erkennen, dass Personen mit höheren Haushaltseinkommen eher für die Ost-West-Unterschiede verantwortlich sind. In der Gruppe der Haushaltseinkommen unter dem Median unterscheiden sich die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation zwar nicht mehr zwischen Ost- und Westdeutschen, dafür aber in den Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz umso mehr. Bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und der Einschätzung einen gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen sind die Ost-West-Differenzen bei geringeren Haushaltseinkommen ebenfalls kleiner als bei höheren Einkommen. Viele Einstellungsunterschiede sind in den beiden Gruppen jedoch ähnlich stark ausgeprägt.

Abbildung 151: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen



Lesebeispiel: Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist bei erwerbstätigen Ostdeutschen um 0,12 Punkte stärker ausgeprägt als bei erwerbstätigen Westdeutschen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 152: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen



Lesebeispiel: Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist bei Ostdeutschen mit überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen um 0,09 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen mit überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.4 Arbeitslosenquote hat kaum Erklärungskraft, Regionen mit junger Bevölkerung etwas ähnlicher

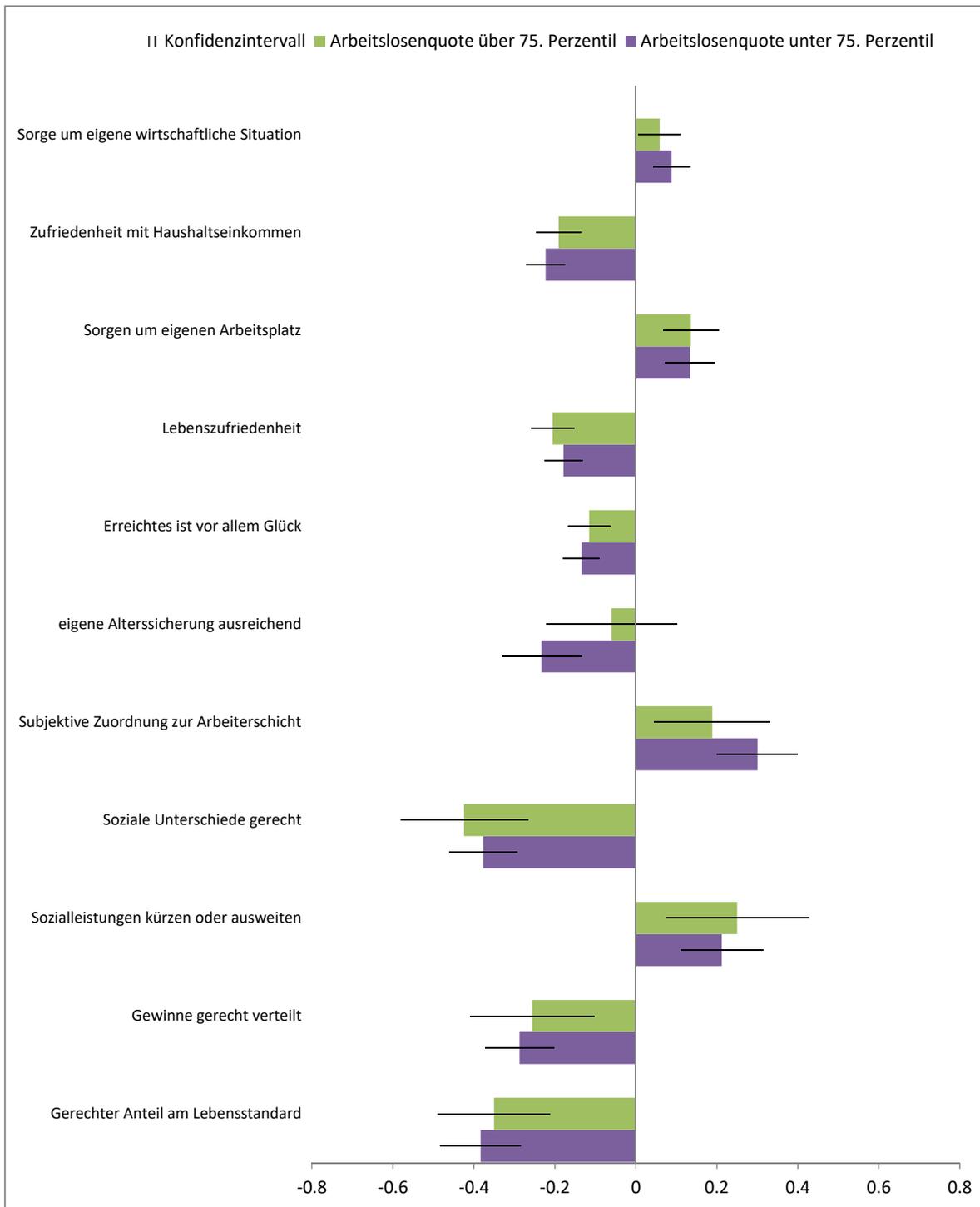
Die Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen werden nun für Gruppen ausgewiesen, die anhand regionaler Charakteristika differenziert werden. Anhand von Merkmalen in der Raumordnungsregion des Wohnortes werden die Befragten in zwei Gruppen unterteilt. In Abbildung 153 werden die Regionen anhand der Arbeitslosenquote zugeordnet, in Abbildung 154 anhand des Anteils der 20-35-jährigen Bevölkerung.

Die regionale Arbeitslosenquote (Arbeitslosenquote über dem 75. Perzentil⁵⁷) beeinflusst den Ost-West-Unterschied in ökonomischen Einstellungen kaum (Abbildung 153). In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ist lediglich die Einschätzung, dass die eigene Alterssicherung ausreichend ist, nicht mehr zwischen Ost- und Westdeutschen verschieden, während sie in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit bei Ostdeutschen weniger Zustimmung findet. In allen anderen Einstellungen unterscheiden sich die Ost-West-Unterschiede nur geringfügig nach der regionalen Arbeitslosigkeit.

Abbildung 154 zeigt, dass die Ost-West-Unterschiede in Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-35-Jährigen bezüglich der Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und den eigenen Arbeitsplatz praktisch verschwinden. Regionen mit älterer Bevölkerungsstruktur unterscheiden sich diesbezüglich deutlich stärker. Der Ost-West-Unterschied in der Einschätzung den gerechten Anteil am Lebensunterhalt zu bekommen ist in jüngeren Regionen ebenfalls kleiner, aber immer noch vorhanden. Tendenziell geht in jüngeren Regionen auch der Unterschied in der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und in der allgemeinen Lebenszufriedenheit zurück. Lediglich in der Frage der gerechten Verteilung von Gewinnen unterscheiden sich die jüngeren Regionen etwas stärker zwischen Ost und West. Für die meisten Einstellungsunterschiede spielt die Bevölkerungszusammensetzung hingegen keine große Rolle.

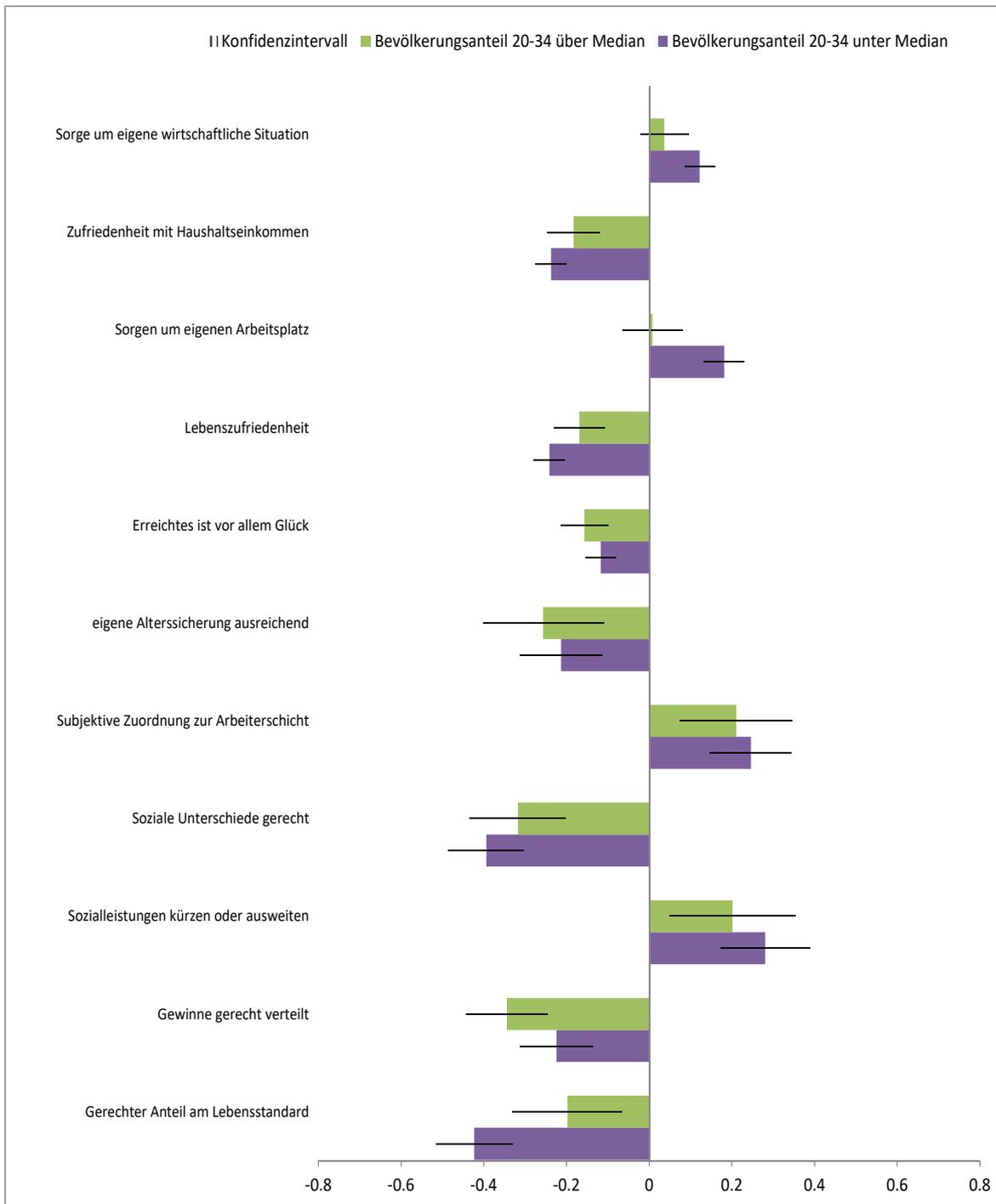
⁵⁷ Wegen hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland muss hier eine höhere Grenze als der Median gezogen werden, damit auch ostdeutsche Regionen zum Vergleich in der niedrigen Kategorie bereitstehen.

Abbildung 153: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote



Lesebeispiel: Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote um 0,07 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 154: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungszusammensetzung



Lesebeispiel: Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-34-Jährigen um 0,04 Punkte stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variablen bis „Erreichtes ist vor allem Glück“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

5. Fazit: Ökonomische Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland

Keine Ost-West-Unterschiede in der Beurteilung der allgemeinen aktuellen Wirtschaftslage, auch Sorgen haben sich angeglichen

Die Beurteilung der allgemeinen gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands folgte in beiden Landesteilen einem sehr ähnlichen Trend. Kurz nach der Wiedervereinigung erreichte die Einschätzung gute Werte und lag im Westen leicht höher als im Osten. In den Folgejahren schwankten die Bewertungen auf niedrigerem Niveau und es wurden vereinzelt kleinere Ost-West-Unterschiede gemessen. Diese verblassten ab dem Jahr 2004. Seitdem ist kein Ost-West-Unterschied mehr vorhanden und die Einschätzung der ost- und westdeutsche Befragte zur allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland verbesserten sich kontinuierlich. 2016 schätzten rund 60% im Osten und Westen den Zustand der Wirtschaft als gut bis sehr gut ein, rund ein Drittel als teils gut/teils schlecht. Nur kleine Anteile stufen die Wirtschaftslage als schlecht bis sehr schlecht ein.

Ost- und Westdeutsche Befragte äußern sich nach unterschiedlicher Einschätzung direkt nach der Wende seit 1994 ziemlich ähnlich, wenn es darum geht, die allgemeine Wirtschaftslage in einem Jahr einzuschätzen. Die Zukunftsprognosen der Befragten sind etwas zurückhaltender als bei der Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage. Die Werte pendeln um die neutrale Antwortmöglichkeit. 2016 sind circa 60% aller Befragten der Meinung, die wirtschaftliche Lage in Deutschland entwickelt sich gleichbleibend weiter, circa 30% vermuten die Wirtschaftslage wird in einem Jahr etwas schlechter sein und nur circa 10% vermuten eine verbesserte Lage. Bei der Beurteilung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage können somit die Ergebnisse von Holtmann et al. (2015) bestätigt werden.

Im Einklang mit der seit Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich ansteigenden positiven Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland stehen auch die zurückgehenden Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Hier bestanden in manchen Beobachtungsjahren größere Sorgen im Osten. Seit 2009 sind annähernd keine Ost-West-Diskrepanzen mehr zu finden. Im Jahr 2015 machen sich rund 60% der Deutschen einige Sorgen und circa 15% große Sorgen um die Wirtschaft in Deutschland. Umgekehrt gibt immerhin auch jeder vierte Befragte in Deutschland an, sich nicht um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen.

Westdeutsche sind zufriedener mit der Sozialen Marktwirtschaft (nur Querschnitt 2015)

Die deutschen Bürgerinnen und Bürger sind grundsätzlich mit der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland mehrheitlich eher zufrieden. Allerdings unterscheiden sich hier Ost- und Westdeutsche in ihrer Meinung. Während im Westen 64% der Befragten eher zufrieden mit der Sozialen Marktwirtschaft sind, liegt der Wert im Osten um 9 Prozentpunkte niedriger.

Fast keine Ost-West-Unterschiede mehr bei der Einschätzung der persönlichen Wirtschaftslage, Annäherung bei Sorgen um wirtschaftliche Situation und Altersvorsorge

Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich in der Einschätzung ihrer persönlichen Wirtschaftslage heute kaum noch. Dies war nicht immer so. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends schätzten Ostdeutsche ihre Lage unter dem Niveau der Westdeutschen ein. Der Unterschied verschwand fast ganz bis an den aktuellen Rand. 2016 beurteilen 70% im Westen und 65% im Osten ihre private Wirtschaftssituation als gut bis sehr gut, und nur 8-10% als schlecht bis sehr schlecht. Trotz der insgesamt guten persönlichen Einschätzung haben gleichzeitig 50% in Westdeutschland und 60% in Ostdeutschland das Gefühl, dass sie von der guten Wirtschaftslage in Deutschland persönlich überhaupt nicht profitieren würden. Keine Unterschiede gibt es wiederum in der Zukunftserwartung der persönlichen Wirtschaftslage in einem Jahr. Schon seit Mitte der 90er Jahre folgen die Zukunftserwartungen in beiden Landesteilen einem ähnlichen Trend, wonach im Durchschnitt konstant rund 70% eine gleichbleibende persönliche Wirtschaftslage erwarten.

Weitere Auswertungen zeigen, dass trotz ähnlicher Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage in beiden Landesteilen, die Sorgen im Osten höher sind, wenn die Befragten an ihre wirtschaftliche Lage und ihre Altersvorsorge denken. Der große Ost-West-Unterschied in den Sorgen um die eigene persönliche Situation und die Altersversorgung in den 90er Jahren verkleinerte sich sukzessive bis zu den letzten Beobachtungsjahren 2015 bzw. 2014. 45% im Westen und 51% im Osten machen sich einige Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Deutlich weniger Menschen, zwischen 14% im Westen und 17% im Osten geben an, sich große Sorgen zu machen. Ein Drittel im Osten und 40% im Westen sind sorgenfrei was ihre persönliche wirtschaftliche Situation betrifft. In der Bevölkerungsgruppe mit einem Haushaltseinkommen unter dem Median machen sich Menschen in Ost und West gleich viele Sorgen.

Die Sorgen um die Sicherung im Alter, vor Invalidität und im Krankheitsfall haben sich nach großen Ost-West-Unterschieden in den 1990er Jahren ab 2000 zumindest etwas weiter angeglichen. Unterschiede gibt es trotzdem noch. Bis zum Jahr 2014 erholen sich die negativen Zukunftsanahmen in dieser Frage zwar etwas, dennoch denken jedoch weiterhin ca. 32% der westdeutschen und 42% der ostdeutschen Befragten, dass sie im Alter, im Invaliditäts- oder Krankheitsfall nicht ausreichend abgesichert sind. Dies sind in jedem Falle nicht vernachlässigbare Anteile der (befragten) Bevölkerung. Prägnant sind die Ost-West-Unterschiede vor allem in der Bevölkerung mit hohem Schulabschluss und in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit.

Unterschiede bei der Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen bleiben bestehen, Annäherung jedoch bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen

Die Zufriedenheit mit dem individuellen Einkommen folgt von 2004 bis 2015 einem konstant ansteigenden Trend in Deutschland, bei dem gleichzeitig die Westwerte durchwegs höher liegen als

im Osten. Die Werte nähern sich nur langsam an, indem der Osten seinen Rückstand leicht aufholt. Im Jahr 2015 geben etwa 40 Prozent im Westen und damit 8 Prozentpunkte mehr Befragte als im Osten an, mit ihrem Einkommen sehr zufrieden zu sein (Antwortmöglichkeiten 8, 9, 10 auf einer Skala von 1 bis 10). Stärkere Konvergenztendenzen erkennt man, wenn man das gesamte Haushaltseinkommen in den Blick nimmt. Die Zufriedenheit mit diesem liegt im Durchschnitt in beiden Landesteilen etwas höher als die Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen. Im Vergleich sind wiederum Westdeutsche zufriedener. Die Zufriedenheitslücke war in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung sehr groß und verringerte sich langsam aber stetig über die Zeit. Bis zum Jahr 2015 ist sie auf einen halben Skaleneinheit geschrumpft. Knapp die Hälfte der Befragten im Westen und 37 % der im Osten sind sehr zufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen. Am unteren Ende der Einkommensverteilung sagen nur 5% im Westen und 8% im Osten, dass sie mit dem Einkommen ihres Haushalts sehr bis ganz und gar unzufrieden sind. Die Ost-West-Unterschiede sind in allen Bevölkerungsgruppen zu finden. Ein Viertel der Lücke lässt sich auf Unterschiede in individuellen Merkmalen zwischen Ost- und Westdeutschen zurückführen.

Ost- und Westdeutsche nähern sich in der Zufriedenheit mit ihrer Arbeit an, deutliche Angleichung auch bei den Sorgen betreffend Arbeitslosigkeit erkennbar

Die Werte der Arbeitszufriedenheit liegen im Westen – außer im Jahr 1990 – etwas höher als im Osten. Die Höhe der Ost-West-Lücke schwankte etwas über die Zeit, und ist ab dem Jahr 2013 ziemlich klein. 2015 sind 80% der Westdeutschen und 77% der Ostdeutschen (eher) zufrieden mit ihrer Arbeit. Jeder Vierte im Westen und jeder Fünfte im Osten ist sogar sehr zufrieden.

Während sich die Zufriedenheitswerte mit der Arbeit auf vergleichsweise konstantem Niveau bewegen, sind die Sorgen vor Arbeitslosigkeit weit größeren Schwankungen ausgesetzt. Bei den geäußerten Sorgen bezüglich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bestanden vor allem kurz nach der Wiedervereinigung enorme Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes näherten sich dann langsam aber über die Zeit stetig an. Die Ost-West-Lücke verkleinerte sich deutlich. 2015 machten sich 62% im Westen und 52% im Osten keine Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Nur 8% im Westen und 10% im Osten machen sich große Sorgen. Die Ost-West-Unterschiede sind besonders groß bei denjenigen mit niedrigerem Schulabschluss und niedrigem Haushaltseinkommen. Im Vergleich von Regionen, in denen überdurchschnittlich viele junge Leute wohnen, gibt es keinen Ost-West-Unterschied.

Der Konvergenz bei der Einstellung zum Arbeitsplatzverlust zwar zum Großteil auf den Rückgang der Werte im Osten zurückzuführen, allerdings darf nicht verkannt werden, dass die Zahl der Westdeutschen, die um ihre Existenz fürchten, von 1991 bis 2016 auf niedrigem Niveau zugenommen hat und die Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit auch ähnlich geblieben sind.

Keine Unterschiede bei der Beurteilung der Wohnungsgröße erkennbar, keine Angleichung bei der Zufriedenheit mit der Wohnung und des Zustands des Hauses

Bei der Beurteilung der Wohnungsgröße ist im Grunde genommen seit 1992 kein Unterschied zwischen Ost und West zu finden. In der Bewertung des Zustandes des Hauses, in dem man wohnt, und der Zufriedenheit mit der Wohnung spiegelt sich die in der DDR vernachlässigte und in Folge der Wiedervereinigung nachgeholte Instandsetzung des vorhandenen Wohnungsbestandes deutlich wider. Die Werte im Westen verliefen über den gesamten Betrachtungszeitraum relativ konstant und schwankten nur wenig. Die Konvergenz in den Einstellungen zwischen Ost und West resultiert daher, dass die Beurteilungswerte im Osten in den ersten 10 bis 15 Jahren nach der Wiedervereinigung stark angestiegen sind. Im Jahr 2015 beurteilten rund 70% der Befragten in Ost und West den Zustand des Hauses, in dem sie wohnen, in gutem Zustand. Knapp 30% halten das Haus für teilweise renovierungsbedürftig, und sehr wenige für „ganz renovierungsbedürftig“. Die Antwortmöglichkeit, das Haus, in dem man wohnt, ist abbruchreif, wählt in Deutschland kein Befragter aus. Bei der Zufriedenheit mit der Wohnung im Allgemeinen verhält es sich ganz ähnlich wie bei der Beurteilung des Zustandes des Hauses. 65% im Osten und 70% im Westen sind im Jahr 2015 (fast) ganz und gar zufrieden mit ihrer Wohnung.

Allgemeine Lebenszufriedenheit ist im Westen höher, jedoch kontinuierliche langsame Annäherung über die Zeit

Die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Leben ist ein guter Indikator für die generelle Stimmung im Land, da sie auf die globale Bewertung des gegenwärtigen Lebens zielt und sich nicht nur auf einzelne Lebensbereiche oder Lebenssituationen bezieht. Wenngleich Ergebnisse aus der Literatur zeigen, dass das Antwortverhalten stark von ökonomischen Lebensbedingungen, wie dem absoluten oder relativen Einkommen oder von Arbeitslosigkeit abhängt. Die Lebenszufriedenheit bewegt sich in Deutschland insgesamt auf hohem Niveau. Im Westen werden zwar höhere Werten angegeben als im Osten, aber die subjektive Einschätzung des eigenen Wohlbefindens der ost- und westdeutschen Befragten hat sich über den gesamten Beobachtungszeitraum kontinuierlich angenähert. Frijters et al. (2004a, 2004b), Easterlin und Plagnol (2008) sowie Holtmann et al. (2015) können dies mit ihren Daten ebenfalls zeigen. Die nach der Wiedervereinigung sehr hohe Ost-West-Lücke halbierte sich bis Mitte der 90er Jahre. Anschließend näherte sich die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen bis 2015 weiter dem Niveau in Westdeutschland an, erreicht dieses aber (noch) nicht. Im letzten Beobachtungsjahr fühlten sich 57% im Westen und 46% im Osten (fast) ganz und gar zufrieden mit ihrem Leben. Die Ost-West-Unterschiede sind bei Menschen mit niedrigerem Schulabschluss größer. Besonders dramatisch ist die Differenz bei den Nicht-Erwerbstätigen. Ostdeutsche in dieser Gruppe sind im Vergleich zu Nicht-Erwerbstätigen im Westen besonders unzufrieden mit ihrem Leben.

Ost- und Westdeutsche nähern sich langsam in ihrer subjektiven Schichteinstufung an

Die Durchschnittswerte der subjektiven Zuordnung zu unterschiedlichen Gesellschaftsschichten (Unterschicht, Arbeiterschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht) schwankten in beiden Landesteilen über die Zeit nur gering. Im Westen bewegen sie sich relativ konstant auf höherem Niveau, im Osten sind sie in der Tendenz ansteigend von 1991 bis 2016. Der durchschnittliche Ost-West-Abstand verringerte sich daher leicht, vor allem bis Anfang der 2000er Jahre. Seitdem hält die Ost-West-Lücke konstant an. 2016 fühlten sich 60% bzw. 22% im Westen und 54% bzw. 35% im Osten der Mittelschicht bzw. der Arbeiterschicht zugehörig. Während das Einordnungsmuster zu den verschiedenen Schichten im Westen ziemlich verfestigt zu sein scheint und sich über die Zeit nicht grundlegend verändert, ist im Osten ein auffallender Befund zu sehen. Seit der Wiedervereinigung stiegen die Zugehörigkeitsgefühle zur Mittelschicht im Osten von 37% im Jahr 1991 auf 54% in 2016 an. Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die sich selbst der Arbeiterschicht zuordnen, von knapp 60% nach der Wende auf 35% im letzten Beobachtungsjahr 2016 gefallen. Im Westen fühlten sich 2016 22% der Arbeiterschicht zugehörig. Der Ost-West-Unterschied hier ist vor allem bei den Befragten zu finden, die höchstens über einen mittleren Schulabschluss verfügen.

Akzeptanz von Rangunterschieden ist im Westen höher, Konvergenz allerdings in 2014

Rund die Hälfte der Befragten in Deutschland akzeptierte 2014 Rangunterschiede zwischen den Menschen, weil sie im Wesentlichen das ausdrücken, was die Menschen aus den ihnen zur Verfügung stehenden Chancen gemacht haben. Die andere Hälfte stimmte der Aussage (eher) nicht zu. Im Westen wird diese Auffassung seit der Wiedervereinigung relativ konstant vertreten. Im Osten schwankten die Werte in stärkerem Maße und auf niedrigerem Niveau. Vor allem in den 90er Jahren, aber auch in den 2000er Jahren fanden viel weniger Ostdeutsche als Westdeutsche Rangunterschiede akzeptabel. Seit 2010 zeichnet sich allerdings eine Konvergenz ab und im Jahr 2014 sind die Einschätzungen in dieser Frage fast gleich.

Westdeutsche empfinden soziale Unterschiede als gerechter, die Ost-West-Lücke wird langsam und kontinuierlich kleiner

Ein größerer Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland findet sich, wenn nach der Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede in Deutschland gefragt wird, wenngleich auch hier langsame Konvergenztendenzen auszumachen sind. In Westdeutschland schwankten die Werte durchgängig auf höherem Niveau als in Ostdeutschland. Die Ost-West-Lücke verringerte sich aber dadurch, dass die soziale Gerechtigkeit im Osten im Jahr 2014 im Vergleich zu 1991 auf etwas höherem Niveau wahrgenommen wird. Die Zustimmungswerte sind im Osten also in der schwankend aber insgesamt im Zeitverlauf angestiegen, im Westen pendelten sie eher auf konstantem Niveau. Im letzten Beobachtungsjahr 2014 stimmten rund 16% im Westen der Aussage, soziale Unterschiede sind im Großen und Ganzen gerecht, überhaupt nicht zu. Im Osten lag der Anteil doppelt so hoch. Umgekehrt halten im Westen ein gutes Drittel und im Osten jeder fünfte Befragte die sozialen

III. Ökonomische Sphäre

Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen für gerecht. Die stärksten Ost-West-Unterschiede finden sich bei den über 65-Jährigen, Menschen mit niedrigem Schulabschluss und Nicht-Erwerbstätigen.

Etwas ähnlicher in ihrer Einschätzung sind sich Ost- und Westdeutsche wieder darin, wenn es um die Umsetzungsmöglichkeit geht, soziale Ungleichheit zu reduzieren. Die Ost- und Westwerte haben sich hier seit 1994 angenähert. Im Jahr 2014 gehen rund 43% im Westen und 36% im Osten nicht davon aus, dass man die sozialen Ungleichheiten im Land geringer machen könnte. Etwa gleich viele Menschen, um die 45%, in Ost und West glauben eher daran. Und 21% im Osten sind davon überzeugt, dass man die sozialen Ungleichheiten in Deutschland abbauen könnte, wenn man das wollte. Im Westen liegt dieser Anteil nur bei 12%.

Starke Konvergenz bei der Einschätzung von Chancengleichheit bei Bildung in Ost und West

Von 1994 bis weit in die 2000er Jahre hinein gab es enorme Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen bezüglich der Einschätzung, inwieweit in Deutschland eine Gleichheit von Bildungschancen gegeben ist. Im Westen vertraten bis zu 35 Prozentpunkte mehr der Befragten die Auffassung, dass in Deutschland jeder die Möglichkeit hat, sich nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden. Absolut gesehen stimmten im Osten von 1994 – 2010 zwischen 25% - 35% der genannten Aussage zu, im Westen sackte der Werte von 65% im Jahre 1994 auf 40% in den Jahren 2008 und 2010 ab. Das heißt die Konvergenz resultierte aus stark abfallenden Zustimmungswerten im Westen, während die Wahrnehmung der (fehlenden) Chancengleichheit in der Bildung im Osten bis 2010 relativ konstant blieb. Insgesamt ist in beiden Landesteilen die Zustimmung bis 2014 wieder deutlich angestiegen, im Osten auf 47% und im Westen auf 59%. Die Unterschiede in der Wahrnehmung haben sich damit seit 2010 weitgehend stabilisiert, aber liegen immer noch bei rund 10 Prozentpunkten.

Bei der Rolle von Schicksal oder Glück für den Lebenserfolg besteht ein konstant kleiner Unterschied, leichte Annäherung

Die Ansicht zu der Aussage „was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück“, hat sich im Zeitverlauf im jeweiligen Landesteil kaum geändert und der Ost-West-Abstand hat sich nur minimal verringert. Im Westen neigen durchgängig etwas mehr Menschen als im Osten zu dem Standpunkt, dass Lebenserfolg in erster Linie von Schicksal oder Glück abhängt. Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) kommen zu dem gleichen Schluss. 2015 stimmte rund ein Drittel im Westen zu, im Osten etwa 28%. Dieser Einstellungsunterschied lässt sich vor allem auf ältere Menschen in Ost und West zurückführen. Unter den 18- bis 34-Jährigen verblasst der Unterschied.

Einstellungen zum persönlichen Erfolg unterscheiden sich kaum in Ost und West

Es bestehen in den Beobachtungsjahren 2005 – 2010 – 2015 annähernd keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in ihrer Einstellung zu persönlichem Erfolg. 2015 gingen rund 60% im Westen und 64% im Osten davon aus, dass die Fähigkeiten, die man mitbringt, wichtiger sind als die Tatsache, wie sehr man sich im Leben anstrengt. Gleichzeitig gehen dennoch die allermeisten Deutschen davon aus, dass man sich Erfolg im Leben hart erarbeiten muss. Es reicht also nach Ansicht der Befragten nicht nur aus, die richtigen Fähigkeiten mitzubringen. Knapp 90 % in Ost- und Westdeutschland waren 2015 der Meinung, dass man für Erfolg hart arbeiten muss.

Verteilungsgerechtigkeit wird im Westen stärker empfunden, geringe Annäherung im Zeitverlauf ist zu beobachten

Von 1994 bis 2014 stimmen die Deutschen darin überein, dass die wirtschaftlichen Gewinne eher nicht gerecht verteilt werden, aber der Osten empfindet diese Verteilung durchwegs als ungerechter. Der Ost-West-Unterschied wurde über die Zeit nur minimal kleiner. Im Jahr 2014 sind 37% der Befragten im Osten der Meinung, dass die Gewinne in Deutschland überhaupt nicht gerecht verteilt werden. Im Westen liegt dieser Anteil um 15 Prozentpunkte niedriger. Ostdeutsche fühlen sich bei der Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland also benachteiligter. Selbst bei Haushalten, die über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen, ist die wahrgenommene Benachteiligung im Osten größer.

Bei der Frage nach dem gerechten Anteil am Lebensstandard zeigt sich eine große Ost-West-Lücke, die nur langsam kleiner wird. Knapp 70% im Westen und knapp 50% im Osten gaben im Jahr 2016 an, ihren gerechten Anteil oder sogar mehr als ihren gerechten Anteil im Vergleich zu anderen in Deutschland Lebenden zu erhalten. In den 90er Jahren war die Lücke noch größer und verringerte sich langsam, indem die ostdeutsche Kurve in der Tendenz nach oben zeigte und sich so den relativ stabilen Werten im Westen zumindest annäherte. Trotz positivem Verlauf der Einstellung im Osten darf nicht übersehen werden, dass im Jahr 2016 die andere Hälfte der Ostdeutschen angibt, etwas weniger bis sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, verglichen mit dem Rest in Deutschland. Im Westen glaubt knapp ein Drittel, nicht seinen gerechten Anteil zu erhalten. Die Unterschiede in dieser Einstellung lassen sich vor allem auf ältere Menschen in Ost und West, Nicht-Erwerbstätige, Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen und Regionen mit älterer Bevölkerungsstruktur zurückführen.

Bei Einstellungen zum Sozialstaat kann meist von konvergenten Tendenzen gesprochen werden

Insgesamt besitzt der Sozialstaat in Deutschland einen großen Rückhalt bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung. Im Jahr 2014 stimmen 89% der Befragten im Westen und 91% der Befragten im Osten der Aussage, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Not,

III. Ökonomische Sphäre

Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat, eher bis voll zu. Kurz nach der Wiedervereinigung lagen die Werte im Osten sogar noch höher. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Alesina und Fuchs-Schündeln (2007) sowie Bauernschuster et al. (2012). Im Zeitverlauf sanken die Werte im Osten und näherten sich den relativ gleichbleibenden Werten im Westen an.

In Ostdeutschland sind seit Mitte der 1990er im Durchschnitt mehr Befragte der Meinung, dass die Sozialleistungen ausgeweitet werden sollen, als in Westdeutschland. Im Zeitverlauf näherten sich die Werte in dieser Einstellung auch an, weil erstens der Zuspruch zum Umfang des Sozialstaates im Osten zurückging und zweitens im Westen anstieg. Dadurch hat sich die große Ost-West-Lücke im Jahr 1994 von knapp 0,6 auf 0,14 im Jahr 2014 reduziert. Im letzten Beobachtungsjahr 2014 fanden 60% der befragten Westdeutschen und 47% der befragten Ostdeutschen die Höhe der Sozialleistungen in Ordnung. Nur rund 10% der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland möchten Sozialleistungen gekürzt sehen. 30% im Westen bzw. 44% im Osten sind der Meinung, dass die Sozialleistungen noch ausgeweitet werden sollten. Niedrige Gebildete und Nicht-Erwerbstätige in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich bei dieser Forderung besonders stark.

Die Aussage, dass der Staat Einkommensdifferenzen abbauen soll erntet im Osten höheren Zuspruch als im Westen, Ost-West-Unterschiede sind gleichbleibend, Konvergenz bei der Aussage „Einkommensdifferenz erhöht Motivation“ zu erkennen

Die Menschen in Ostdeutschland wünschen sich in konstant größerem Maße als die Westdeutschen, dass der Staat Einkommensdifferenzen abbauen, also umverteilen, soll. Die Ost-West-Lücke in der Zustimmung ist von 2002 bis 2014 nur marginal kleiner geworden. Absolut gesehen liegen die Zustimmungswerte auf hohem Niveau. 70% im Westen und 88% im Osten sehen den Staat in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern. Gleichzeitig vertritt aber auch rund die Hälfte der Befragten in Deutschland die Meinung, dass erst größere Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen einen Anreiz für persönliche Leistungen setzen. Nach unterschiedlichen Verläufen näherten sich die sich die Meinung in Ost- und Westdeutschland in den Jahren 2010 und 2014 wieder an.

Meinung Ost- und Westdeutscher zur Aussage, dass sich der Arbeitswille durch soziale Sicherheit reduziert nähert sich nach großen Unterschieden an

Die Meinung im Osten und Westen über mögliche negative Konsequenzen des Sozialstaats auf die individuelle Arbeitsbereitschaft konvergiert im Jahr 2014 nach großen Unterschieden 1994 und 2004. In 1994 und 2004 vertraten noch deutlich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche die Meinung, dass zu hohe Leistungen der sozialen Sicherheit, wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Arbeitslosenunterstützung und Frührenten, nur dazu führen, dass die Leute nicht mehr arbeiten wollen. Die Zustimmungswerte zu dieser Aussage sind im Zeitverlauf im Osten stark angestiegen, die Werte im Westen blieben in der Summe gleich. Insgesamt besteht in den Augen der Mehrheit

der Deutschen aber nicht die Gefahr, dass die soziale Absicherung in Deutschland den Arbeitswillen reduziert, jeweils 60% in Ost- und Westdeutschland befürchten dies nicht.

Risikopräferenzen in Ost und West sind ziemlich ähnlich bzw. konvergieren

Die Zeitreihen von 2004 bis zum aktuellen Rand in 2015 hinsichtlich der persönlichen Risikobereitschaft verlaufen in Ost- und Westdeutschland ähnlich. Ostdeutsche zeigen sich minimal risikoaffiner als Westdeutsche. Die Werte bewegen sich insgesamt meist im Mittel. Dies bestätigt die Empirie von Heineck und Süßmuth (2013). Während der Finanzmarktkrise ist die individuelle Risikobereitschaft in Ost und West stark gefallen ist, jedoch mit Ende der Krise auch wieder schnell angestiegen. Die Risikobereitschaft hinsichtlich der beruflichen Karriere und vor allem hinsichtlich Geldanlagen bewegt sich insgesamt auf noch niedrigerem Niveau. Die Werte bei der beruflichen Risikobereitschaft waren zunächst im Osten noch höher, näherten sich bis zum aktuellen Rand 2014 aber auch den Westwerten an. Die Risikobereitschaft bei Geldanlagen ist in Ost und West gleich gering. Die Wahrscheinlichkeit, sich in den nächsten zwei Jahren selbständig zu machen, ist ebenfalls auf niedrigem Niveau. Über 70% der Westdeutschen und fast 80% der Ostdeutschen sagen 2015, dass es überhaupt nicht wahrscheinlich ist, dass sie sich in den nächsten 2 Jahren selbstständig machen werden.

VI. Familiäre Sphäre

1. Hinführung und Kapitelstruktur

Die Auffassungen darüber, welche Rollen Frauen und Männer in einer Gesellschaft zufallen, können stark variieren. Die meisten Menschen haben eine klare Vorstellung davon, welche Aufgabe oder Tätigkeit welchem Geschlecht zuzuordnen ist. Partnerschaften zeichnen sich deshalb häufig durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aus, so dass „typisch männliche“ und „typisch weibliche“ Kategorisierungen von Tätigkeiten existieren, die teilweise sehr persistent, aber ebenso unter bestimmten Voraussetzungen auch schnell wandelbar sind. Es ist bekannt, dass politische Regime und institutionelle Rahmenbedingungen vorherrschende Rollenbilder prägen und verändern können (Bauernschuster und Rainer 2012).

Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen und die damit einhergehenden Verhaltensweisen wirken sich nicht nur auf den privaten Bereich und innerfamiliäre und partnerschaftliche Arrangements aus, sondern sind von gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Sie haben Einfluss darauf ob und in welchem Umfang Frauen am Arbeitsmarkt partizipieren und wirken sich somit auch auf die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Landes aus.

Die Familie als die am häufigsten vorkommende soziale Gruppe ist für die deutsche Bevölkerung auch heute noch von zentraler Bedeutung. Jedoch gibt es unterschiedlichste Auffassungen darüber, auf welche Konstellationen der Begriff „Familie“ angewendet werden kann. Das lange Zeit vorherrschende traditionelle Modell der bürgerlichen Kleinfamilie, bestehend aus einem verheirateten heterosexuellen Elternpaar mit mindestens einem Kind, hat hierzulande an Bedeutung eingebüßt. Die Ehe ist, der gesellschaftlich vorherrschenden Meinung zufolge, heutzutage nicht mehr das konstituierende Element der Familie. So spiegelt sich die Pluralisierung der Familienformen unter anderem in der hohen Anzahl nicht-ehelicher Geburten, der steigenden Zahl alleinerziehender Mütter und Väter und der gesetzlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen wider.

Die konkurrierenden politischen Systeme in Ost- und Westdeutschland waren durch grundverschiedene familienpolitische Ausrichtungen geprägt. Während im Osten eine auf Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtete Politik propagiert und umgesetzt wurde, war im Westen ein traditionell-konservatives Familienbild Richtschnur für familienpolitische Gesetzgebung.

Inwieweit sich die vor der Wiedervereinigung herrschenden gegensätzlichen Paradigmen auch heute noch auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger beider Landesteile hinsichtlich Geschlechterrollen, Arbeitsteilung und der Bedeutung von Familie auswirken, soll im vorliegenden Kapitel untersucht werden.

In Abschnitt 2 wird eine detailreiche und profunde Übersicht zum wissenschaftlichen Hintergrund des Themenkomplexes gegeben. Darauf folgen detaillierte deskriptive Auswertungen verschiedener ausgewählter Datensätze (Abschnitt 3). Es werden zahlreiche, dem familialen Bereich zugehörige, Einstellungen und Verhaltensweisen im Zeitverlauf beschrieben. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Benennung möglicher Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in Ost- und Westdeutschland.

Zunächst werden die Einstellungen in Bezug auf die Berufstätigkeit von Frauen/Müttern und Männern/Vätern nähergehend betrachtet (Abschnitt 3.1). Im Weiteren werden verschiedene Tätigkeiten der häuslichen Arbeit unter geschlechtsspezifischen Aspekten untersucht (Abschnitt 3.2). Der deskriptive Analyseteil endet mit der intensiven Betrachtung und Beschreibung des Themenkomplexes „Stellenwert von und Zufriedenheit mit der Familie und Heirat“ (Abschnitt 3.3). Die Analyse komplettierend werden anschließend ausgewählte, eruierte Ost-West-Einstellungs- und Verhaltensdifferenzen mithilfe von Regressionsanalysen auf ihre Ursachen hin untersucht (Abschnitt 4).

Im abschließenden Fazit werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Dabei ist die zentrale Fragestellung, inwiefern sich die Einstellungen zu geschlechtsspezifischen Rollenbildern, weiblicher und männlicher Erwerbstätigkeit und Arbeitsteilung sowie Zufriedenheit und Bedeutung von Familie und Heirat in Ost- und Westdeutschland angeglichen oder auseinander entwickelt haben, beziehungsweise gleichbleibend unterschiedlich sind (Abschnitt 5).

2. Überblick über den Forschungsstand

Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen und Rückgang der Kinderzahl

Der substantielle Anstieg der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen und Mütter ist eine der bedeutendsten sozio-ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Verschiedene wissenschaftliche Studien haben sich mit dieser Entwicklung beschäftigt und versucht, die zugrundeliegenden Ursachen zu verstehen. Greenwood et al. (2005) argumentieren, dass technologische Errungenschaften wie der Geschirrspüler, der Kühlschrank, der Staubsauger oder die Waschmaschine „Engines of Liberation“ waren, die aufgrund ihrer arbeitssparenden Funktion Frauen die Teilnahme am Arbeitsmarkt erst ermöglichten. Goldin (1984) und Galor und Weil (1996) betonen, dass strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt wie eine Bewegung weg von physisch anstrengenden hin zu geistig herausfordernden Tätigkeiten und insbesondere das Aufkommen von Jobs im Bürobereich dazu beigetragen haben, die geschlechterspezifische Beschäftigungslücke zu schließen. Auch der Pille wird eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung beigemessen. Durch Bereitstellung einer effektiven Verhütungsmethode erhöhte die Pille die Planbarkeit der Familiengründung ohne dabei enthaltsam leben zu müssen (Goldin und Katz 2002). Dadurch wurden Anreize geschaffen, das Heiratsalter zu erhöhen und in die eigene Ausbildung und Karriere zu

VI. Familiäre Sphäre

investieren. Komplementär dazu zeigt Bailey (2006), dass der Zugang zur Pille die Wahrscheinlichkeit einer Geburt im sehr jungen Alter reduzierte und das Arbeitsangebot von Frauen erhöhte. Langfristig führte dies zu positiven Effekten auf die Löhne von Frauen; die geschlechterspezifische Lohnlücke wurde kleiner (Bailey et al. 2012).

Der Anstieg in der Erwerbstätigkeit von Frauen ging einher mit einer deutlichen Bildungsexpansion, aber auch mit einem Rückgang der Geburtenziffer. Für diesen Rückgang werden verschiedene Faktoren verantwortlich gemacht. Zum einen steigen durch die höhere Bildung und die damit einhergehenden höheren Löhne von Frauen die Opportunitätskosten von Kindern (Becker 1960), was *ceteris paribus* zu einem Rückgang der Kinderzahl führen sollte. Bailey (2010) zeigt zudem, dass auch die Pille einen gewissen Anteil des Rückgangs der Geburtenziffer erklären kann. Nicht zuletzt argumentieren Becker und Lewis (1974), dass bei erhöhter Bedeutung von Bildung in der Gesellschaft Eltern die Investitionen in die Bildung ihrer Kinder erhöhen und im Gegenzug die Anzahl der Kinder reduzieren.

Dass eine hohe Frauenerwerbsquote nicht zwangsläufig zu einer niedrigen Geburtenziffer führt, ist aus wissenschaftlicher Sicht heute eindeutig. Rein deskriptiv lässt sich seit Mitte der 1980er Jahre erkennen, dass Länder mit einer höheren Frauenerwerbsquote auch eine systematisch höhere Geburtenziffer haben. Es lässt sich erahnen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle bei der Erklärung dieses Zusammenhangs darstellt. Auf Deutschland bezogen zeigen Bauernschuster und Schlotter (2015) und Bauernschuster et al. (2016), dass familienpolitische Maßnahmen wie die öffentlich geförderte Kinderbetreuung, die die Erwerbstätigkeit von Müttern erhöhen in einem zweiten Schritt auch die Geburtenzahlen positiv beeinflussen können. Haan und Wrohlich (2011) können diese Ergebnisse anhand eines strukturellen Modells stützen. Kluge und Tamm (2013) und Raute (2016) kommen zu ähnlichen Schlüssen für Elterngeld-Arrangements, die eine Auszeit vom Beruf für einen begrenzten Zeitraum erlauben und Kompensationszahlungen enthalten, welche positiv vom Einkommen vor der Geburt abhängen. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann also grundsätzlich dazu führen, dass Länder eine hohe Erwerbstätigkeit von Frauen und gleichzeitig hohe Geburtenzahlen haben. Borck (2014) verdeutlicht dabei, dass Familienpolitik selbst nicht zufällig entsteht, sondern ihrerseits von gesellschaftlichen Einstellungen zu Geschlechterrollen beeinflusst wird. Er argumentiert, dass Länder mit einer positiveren Einstellung zu am Arbeitsmarkt tätigen Müttern mehr staatlich geförderte Betreuungsangebote zur Verfügung stellen, was die Geburtenziffer und die Frauenerwerbsquote erhöht.

Intergenerationelle Übertragung von Geschlechterrollen

All diese dargestellten Veränderungen der letzten Jahrzehnte, die die Erwerbstätigkeit von Frauen positiv beeinflussten, könnten einen sich selbst verstärkenden Effekt haben, wenn man generationenübergreifende Effekte berücksichtigt. Fernandez et al. (2004) zeigen beispielsweise, dass Männer, deren Mütter am Arbeitsmarkt tätig waren, eine zwischen 24 und 32 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit haben, mit einer Frau verheiratet zu sein, die selbst auch beschäftigt

ist. Dadurch, dass die Autoren exogene Variation in der Erwerbstätigkeit von Müttern ausnutzen, die durch quasi-zufällige Variation von Militäreinzugsraten über US Bundesstaaten während des Zweiten Weltkriegs entstand, können sie sicherstellen, dass es sich bei dem gefundenen Zusammenhang tatsächlich um einen kausalen Effekt der eigenen Erfahrung, eine arbeitende Mutter zu haben, handelt. Der Effekt kommt dadurch zustande, dass diese Erfahrung entweder die Präferenzen von Männern für eine arbeitende Ehefrau verändert oder diese zu kooperativen Partnern macht, die sich in der Hausarbeit einbringen und so die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau vereinfachen. Dass die eigene Mutter nicht nur das Rollenverständnis ihrer Söhne, sondern auch das Rollenverständnis ihrer Töchter prägen kann, zeigen Olivetti et al. (2016). Anhand von Daten aus den USA weisen sie nach, dass sowohl die Erwerbstätigkeit der eigenen Mutter als auch die Erwerbstätigkeit der Mütter von Freunden das Arbeitsmarktverhalten von Mädchen positiv beeinflusst.

Dass hinter diesen intergenerationellen Korrelationen im Verhalten tatsächlich auch intergenerationelle Korrelationen in den Einstellungen stehen, können Farré und Vella (2013) belegen. Hierfür messen die Autoren Einstellungen von Frauen zu Geschlechterrollen im National Longitudinal Survey of Youth des Jahres 1979. Diese Daten werden dann mit späteren Umfragen aus den Jahren 1994, 1996, 1998 und 2002 verbunden, in denen die nun 15- bis 22-jährigen Kinder die gleichen Fragen zu Einstellungen bezüglich Geschlechterrollen beantworteten wie ihre Mütter im Jahr 1979. Die Regressionsergebnisse zeigen einen eindeutig positiven Zusammenhang zwischen den Einstellungen der Mütter und den Einstellungen ihrer Kinder. Je traditioneller die Einstellungen der Mütter, desto traditioneller sind auch die Einstellungen ihrer Kinder. Zu einem analogen Ergebnis kommen Johnston et al. (2014) mit Daten der British Cohort Study 1970. Sie finden zudem heraus, dass Töchter, deren Mütter ein egalitäres Rollenverständnis hatten, mehr in ihre Bildung investieren, häufiger am Arbeitsmarkt partizipieren und mehr Wochenstunden arbeiten. Zwischen den Einstellungen der Mütter und den Bildungsinvestitionen und dem Arbeitsangebot der Söhne gibt es keinen Zusammenhang, wohl aber zwischen den Einstellungen der Mütter und dem Arbeitsangebot der Schwiegertöchter, was wiederum die Ergebnisse von Fernandez et al. (2004) bestätigt.

Die intergenerationelle Übertragung von Rollenbildern kann theoretisch auch wie ein dynamischer Lernprozess modelliert werden. Fernandez (2013) fällt auf, dass die S-förmige Entwicklung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt⁵⁸ stark an die typischen S-förmigen Kurven bei der Diffusion neuer Technologien erinnert. Daraus folgert sie, dass beide Phänomene einem ähnlichen Informationsdiffusionsmechanismus unterliegen könnten. Konkret nimmt Fernandez

⁵⁸ Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen über die Zeit, so erkennt man, dass diese anfangs auf einem niedrigen Niveau liegt und nur langsam zunimmt. Ab einem bestimmten Zeitpunkt kommt es jedoch zu einem deutlichen, fast sprunghaften Anstieg. Nach einer gewissen Zeit nimmt die Dynamik wieder ab und die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen pendelt sich auf einem Niveau ein, das deutlich höher liegt als das Ausgangsniveau. Grafisch erinnert diese Entwicklung an ein langgestrecktes „S“, wodurch sich die Bezeichnung „S-förmiger Verlauf“ erklärt.

(2013) an, dass Frauen über den langfristigen Nutzen einer Beteiligung am Arbeitsmarkt lernen, indem sie privat beobachtbare, aber auch öffentliche Signale wahrnehmen. Auf Basis dieser Signale treffen sie eine eigene Entscheidung bezüglich ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt. Die Autorin kalibriert ihr Modell und zeigt, dass durch diesen unterstellten Lernprozess eine S-förmige Entwicklung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen resultiert, welche die tatsächliche Entwicklung in den USA über die vergangenen 120 Jahre gut abbildet. Ein ganz ähnliches Lernmodell legen Fogli und Veldkamp (2011) vor, betonen dabei aber vor allem geographische Heterogenitäten. Kinder erben die Meinung der Eltern und passen diese Meinung nach Beobachtung der benachbarten Frauen der Elterngeneration an. Sie lernen allerdings nur etwas über die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit von Frauen, wenn sie Frauen in der Nachbarschaft beobachten, die tatsächlich auch arbeiten. In Regionen, in denen wenige Frauen arbeiten, sind die Informationen dünn, die Unsicherheit entsprechend hoch und die Erwerbstätigkeit von Frauen wird dementsprechend nur langsam zunehmen. Je mehr Frauen in einer Region arbeiten, umso schneller geht jedoch der Lernprozess und umso schneller steigt die Erwerbstätigkeit von Frauen. Dadurch kann es dazu kommen, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in einer „Übergangszeit“ in manchen Regionen viel schneller zunimmt als in anderen Regionen. Sobald sich die Informationen über die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit von Frauen jedoch in der gesamten Volkswirtschaft verbreitet haben, konvergieren die Meinungen, der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen wird flacher und Regionen werden dadurch mit der Zeit wieder ähnlicher. Ähnlich wie bei Fernandez (2013) entsteht also eine S-förmige Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit, die bei Fogli und Veldkamp (2011) jedoch geographisch heterogen ist. Fogli und Veldkamp (2011) zeigen die empirische Relevanz ihres theoretischen Modells, indem sie es kalibrieren und mit den tatsächlichen zeitlichen und geographischen Entwicklungen in den USA vergleichen.

Polit-ökonomische und historische Determinanten von Geschlechterrollen

Gesellschaftliche Einstellungen beeinflussen nicht nur die Politik, sondern können gleichzeitig auch selbst durch die Politik beeinflusst werden. Es besteht also ein kompliziertes Wechselverhältnis. Bauernschuster und Rainer (2012) benutzen Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), um Einstellungen zur Rolle von Frauen und insbesondere auch Müttern in Ost- und Westdeutschland zu untersuchen. Die deutsche Trennung und Wiedervereinigung stellt aus wissenschaftlicher Sicht eine besonders interessante Kulisse dar. Denn durch die Trennung wurden Menschen in Westdeutschland und Ostdeutschland, die zuvor in einem gemeinsamen Land lebten, mit völlig unterschiedlichen politischen Regimen konfrontiert. Politische Maßnahmen und Institutionen in Westdeutschland unterstützen eher ein traditionelles Familienmodell, in dem der Ehemann Vollzeit am Arbeitsmarkt tätig war, während die Ehefrau, insbesondere sobald Kinder geboren waren, im Haushalt arbeitete oder höchstens Teilzeit arbeitete. Das sozialistische Regime in Ostdeutschland hingegen propagierte stets die Gleichheit von Mann und Frau in allen Lebensbereichen und damit auch auf dem Arbeitsmarkt. Um eine hohe Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zu erreichen, baute es ein universelles Kinderbetreuungsangebot auf, welches die Nachfrage komplett deckte. Bauernschuster und Rainer (2012)

stellen fest, dass nach der Wiedervereinigung Ostdeutsche deutlich egalitäre Rollenbilder haben als Westdeutsche. Beispielsweise ist die Zustimmung zur Aussage *„Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert“* in Ostdeutschland um 22 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland. Die Zustimmung zur Aussage *„Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert“* liegt unter Ostdeutschen um 28 Prozentpunkte höher als unter Westdeutschen. Betrachtet man die Veränderung dieser Ost-West-Unterschiede von 1991 bis 2008, so fällt auf, dass es keine Anzeichen für eine Konvergenz dieser Einstellungen gibt. Zwar werden die Einstellungen der Westdeutschen egalitärer; aber gleichzeitig werden auch die Einstellungen der Ostdeutschen, startend von einem hohen Niveau, weiter egalitärer, so dass sich der Unterschied nicht reduziert. Dieses Bild bleibt bestehen, selbst wenn man Unterschiede in individuellen Charakteristika wie Geschlecht, Alter und Bildung, der regionalen Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit und Kinderbetreuungssituation herausrechnet. Bauernschuster und Rainer (2012) schließen daraus, dass politische Regime Rollenbilder nachhaltig verändern können. In der Studie Deutschland 2014 konnten diese Ergebnisse repliziert werden (Holtmann et al. 2015).

Lippmann et al. (2016) weisen nach, dass die Auswirkungen des sozialistischen Regimes auf die Einstellungen zu Geschlechterrollen auch Konsequenzen für geschlechterspezifisches Verhalten haben. Oft findet man, dass Frauen, sobald sie von der *„male breadwinner“* Norm abweichen, dies mit einer Gegenreaktion versuchen zu kompensieren, indem sie beispielsweise die Hausarbeit erhöhen („doing gender“). Im Gegensatz zu Westdeutschland können Frauen in Ostdeutschland mehr als ihr Mann verdienen, ohne dadurch einem höheren Scheidungsrisiko ausgesetzt zu sein oder dies durch traditionell frauenspezifische Tätigkeiten zu kompensieren. Die auf dem SOEP basierten Auswertungen von Lippmann et al. (2016) zeigen zugleich, dass ostdeutsche Frauen Erwerbsarbeit annähernd den gleichen Wert beimessen wie ostdeutsche Männer. Für westdeutsche Frauen ist Erwerbsarbeit hingegen deutlich weniger wichtig als für westdeutsche Männer. Beblo und Görge (2015) kommen zu ähnlichen Ergebnissen auf Basis der ALLBUS-Daten. Sie dokumentieren weiterhin, dass der Unterschied im Geschlechterrollenverständnis zwischen Frauen und Männern in Westdeutschland zwar über die Zeit kleiner wurde, aber im Gegensatz zu Ostdeutschland noch nicht völlig verschwunden ist. Campa und Serafinelli (2015) komplementieren das Bild, indem sie feststellen, dass ostdeutsche Frauen deutlich häufiger als westdeutsche Frauen antworten, dass Erfolg im Berufsleben für sie wichtig für das eigene Wohlbefinden und die Zufriedenheit ist. Sie stellen darüber hinaus fest, dass das Hegen egalitärer Rollenbilder sich nicht nur auf Ostdeutschland konzentriert, sondern dass man ähnliche Normen häufig bei Menschen findet, die in den anderen ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas sozialisiert wurden. Über die ehemals kommunistischen und die westlichen Länder hinweg zeigt sich zudem, dass die Einstellungen zur Rolle von Frau und Mann in der Gesellschaft weniger egalitär sind, je höher die Einkommensungleichheit in einem Land ist (Pryor 2012). Dabei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass die Richtung der Kausalität unklar ist. Es könnte nämlich

durchaus auch sein, dass ein traditionelles Rollenbild in einem Land mit nur geringfügiger, geringentlohnter Beschäftigung von Frauen einhergeht, und dass genau dies den Grund für die höhere Einkommensungleichheit darstellt.

Manchmal muss man, um bestehende regionale Unterschiede in kulturellen Einstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft zu verstehen, sogar viel weiter in die Vergangenheit gehen. Giuliano (2017) liefert einen aufschlussreichen Überblick über Studien, die historische Determinanten von gesellschaftlichen Geschlechterrollen identifizieren. Dabei diskutieren sie beispielsweise Arbeiten, die die Rolle regionaler geoklimatischer Bedingungen, die regionale Geschichte der Landwirtschaft oder unterschiedliche historische Technologien beim Ackerbau in den Blick nehmen (Alesina et al. 2013, Boserup 1970, Hansen et al. 2015). Becker und Wössmann (2008) fokussieren auf den Einfluss von Religion auf gesellschaftliche Geschlechterrollen. Eines von Martin Luthers zentralen Anliegen war, dass jeder Mensch in der Lage sein sollte, die Bibel zu lesen. Dies führte insbesondere auch zum Ausbau von Mädchenschulen in protestantischen Regionen Preußens und dadurch zu einem Rückgang der Geschlechterlücke in der Schulbildung. So kann man argumentieren, dass Martin Luther zumindest auf diesem Weg zur Ausbreitung egalitärer Geschlechterrollen beitrug. Diese historischen Gegebenheiten sollten mit heutigen Einstellungen insbesondere dann noch zusammenhängen, wenn sich die Bedingungen in einer bestimmten Region nicht grundlegend verändert haben. Giuliano und Nunn (2017) argumentieren, dass insbesondere in einem stabilen Umfeld ohne größere Veränderungen kulturelle Einstellungen über Generationen hinweg oft sehr persistent sind und so eine feste Tradition entsteht. Der Grund liegt darin, dass die Kultur der älteren Generation vor allem dann hilfreiche Handlungsempfehlungen liefert, wenn die Grundbedingungen für die jüngere Generation sehr ähnlich sind. Wenn sich die Bedingungen über Generationen hingegen sehr stark verändern, dann liefern die Traditionen der Vorfahren weniger wertvolle Entscheidungshilfen, und die jüngere Generation sieht sich gezwungen neue Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln.

Auswirkungen von Geschlechterrollen auf das Verhalten von Frauen

Geäußerte Einstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft sind natürlich dann besonders beachtenswert, wenn sie tatsächlich handlungsrelevant sind. In den vorgestellten Studien wird die Handlungsrelevanz von Einstellungen immer wieder implizit unterstellt; teils werden auch Korrelationen zwischen geäußerten Einstellungen und Verhalten aufgezeigt. Diese Korrelationen an sich stellen keine wirklich neue Erkenntnis dar; denn bereits Levine (1993) oder Vella (1994) wiesen mit US-amerikanischen und australischen Befragungsdaten nach, dass Frauen mit eher traditionellen Einstellungen zu Geschlechterrollen weniger in ihre Bildung investieren und weniger wahrscheinlich am Arbeitsmarkt tätig sind. Fortin (2005) zeigt auf Basis von Daten des World Value Surveys, dass Unterschiede zwischen Ländern in geäußerten Einstellungen zu Geschlechterrollen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen erklären können. Doch diese aufgedeckten Korrelationen bedeuten nicht notwendigerweise, dass kulturelle Einstellungen das Verhalten auch ursächlich beeinflussen. Vielmehr ist ebenso denkbar, dass gewisse institutionelle

oder ökonomische Gegebenheiten einerseits Einstellungen zu Geschlechterrollen beeinflussen und andererseits das Arbeitsmarktverhalten von Frauen. Dadurch entsteht eine Korrelation zwischen Einstellungen und Verhalten, auch wenn die Einstellungen selbst nicht handlungsrelevant sind. Tatsächlich wurden in der ökonomischen Forschung kulturelle Aspekte lange Zeit kaum beachtet. Erst in den letzten Jahren wurden verstärkt Anstrengungen unternommen, um herauszufinden, ob kulturelle Einstellungen selbst bestimmte Verhaltensweisen kausal hervorrufen können oder ob beide Größen schlicht von dritten Variablen beeinflusst werden, wodurch eine Scheinkorrelation entsteht. Mittlerweile gibt es klare und überzeugende Evidenz dafür, dass kulturelle Einstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft tatsächlich das Verhalten von Frauen kausal beeinflussen können. Nicht zuletzt durch diese Erkenntnis hat der Faktor Kultur in der ökonomischen Forschung in jüngster Vergangenheit enorm an Relevanz gewonnen.

Bahnbrechende Arbeiten auf diesem Gebiet stammen von Fernandez und Fogli (2006), Fernandez (2007) sowie Fernandez und Fogli (2009). Die grundlegende Idee hinter den drei Arbeiten ist, die Analysen auf einer Stichprobe von weiblichen Einwanderern der zweiten Generation in den USA aufzubauen. Der Vorteil dieser Stichprobe besteht darin, dass all diese Frauen, dadurch dass sie in den USA geboren und aufgewachsen sind, den gleichen institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen ausgesetzt sind, sich jedoch in ihrem jeweiligen kulturellen Erbe unterscheiden. Damit wird es möglich, den Effekt von Kultur vom Effekt gegenwärtiger Institutionen und Märkte zu trennen. Als Variable, die das kulturelle Erbe messen soll, werden vergangene Geburtenziffern aus dem Land der Vorfahren (Fernandez und Fogli 2006, Fernandez und Fogli 2009), vergangene Frauenerwerbsquoten aus dem Land der Vorfahren (Fernandez und Fogli 2009) oder Frauenerwerbsquoten und Einstellungen zu Rollenbildern aus dem Land der Vorfahren (Fernandez 2007) verwendet. Die ökonometrischen Schätzungen liefern klare Evidenz, dass vergangene Geburtenziffern aus dem Land der Vorfahren positiv mit der Geburtenziffer der Einwanderer aus der zweiten Generation zusammenhängen. Ebenso besteht ein starker positiver Zusammenhang zwischen vergangenen Frauenerwerbsquoten aus dem Land der Vorfahren und der Erwerbsquote der Einwanderer aus der zweiten Generation als auch zwischen den Einstellungen zur Rolle der Frau im Land der Vorfahren und der Erwerbsquote der Einwanderer aus der zweiten Generation. Damit zeigen die Autoren, dass kulturell vererbte Rollenbilder nachhaltig das Verhalten von Frauen kausal beeinflussen können, selbst wenn Faktoren wie institutionelle und ökonomische Gegebenheiten herausgerechnet werden.

In einem analogen methodischen Ansatz demonstrieren Alesina und Giuliano (2010), dass zu diesem kulturellen Erbe, welches das Arbeitsangebot von Frauen beeinflussen kann, auch die traditionelle Stärke der Familienbande (*family ties*) zählt. Die Stärke der Familienbande wird dabei auf Basis des World Values Survey gemessen, in dem a) nach der Wichtigkeit der Familie im eigenen Leben, b) der Zustimmung zur Aussage, dass Eltern bedingungslos respektiert und geliebt werden sollten, und c) der Zustimmung zur Aussage, dass Eltern für das Wohl der Kinder ihr eigenes Wohlergehen opfern sollten. Je stärker die Familienbande im Land der Vorfahren, desto niedriger ist die Erwerbsquote, desto höher ist die Anzahl der Stunden, die mit Hausarbeit verbracht wird,

desto geringer ist die Mobilität und desto größer sind die Familien der weiblichen Einwanderer der zweiten Generation.

3. Familiäre Einstellungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland

3.1 Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern

Vorherrschende gesellschaftliche Normen können durch politische Rahmensetzung, Maßnahmen und Zielsetzungen stark geprägt werden. Wie ausgeprägt und persistent diese sein können, kommt sehr stark zur Geltung, wenn man die Einstellungen der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf Erwerbstätigkeit und Elternschaft betrachtet. War in Ostdeutschland das Doppelverdiener-Modell an der Tagesordnung, so war es im Westen der Regelfall, dass die Frau ihre Erwerbstätigkeit längerfristig unterbricht, sobald sie Mutter wird, während der Mann als Alleinverdiener die Familie ernährt.

Diese jeweils vorherrschenden praktizierten Modelle der Arbeitsteilung von Eltern spiegeln sich in den divergenten Einstellungen in den beiden Landesteilen wider. Zwar ist festzustellen, dass in beiden Landesteilen die Einstellungen über die Jahre egalitärer geworden sind, jedoch stehen Ostdeutsche der erwerbstätigen Mutter nach wie vor positiver gegenüber als Westdeutsche.

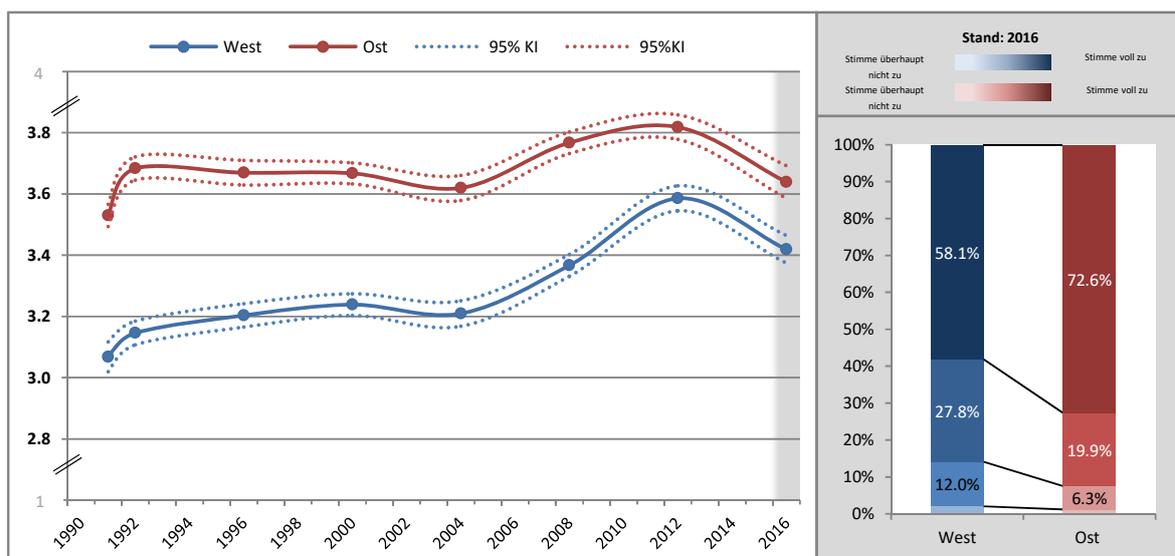
Im Rahmen von ALLBUS wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, ob eine berufstätige Mutter ein ebenso herzliches und inniges Verhältnis zu ihrem Kind haben könne wie eine Mutter, die nicht berufstätig sei (Abbildung 155). Die Antwortskala reichte dabei von „Stimme überhaupt nicht zu“ (1) bis zu „Stimme voll zu“ (4). Die Zustimmungswerte im Zeitraum 1991-2016 bewegen sich in beiden Landesteilen zwischen 3,1 und 3,8 Punkten. Grundsätzlich glauben also weder Ost- noch Westdeutsche mehrheitlich, dass eine Erwerbstätigkeit der Mutter sich negativ auf das Verhältnis zu ihrem Kind auswirkt. Darüber hinaus ist seit 2012 eine verstärkte Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschen festzustellen, so dass die Differenz in der durchschnittlichen Zustimmung nunmehr lediglich ca. 0,2 Skaleneinheiten beträgt. Trotzdem liegt der Anteil derer, die der Aussage voll zustimmen im Osten aktuell immer noch um 14,5 Prozentpunkte höher als im Westen. Bauernschuster und Rainer (2012) unterstützen die Aussage, dass es bis 2008 keine signifikanten Konvergenztendenzen gibt und Holtmann et al. (2015) führen ebenfalls erst in 2012 verstärkte Konvergenz von Ost- und Westdeutschen bei oben genannter Aussage an.

Fragt man die Bevölkerung jedoch nach ihrer Einstellung zu einer in Vollzeit erwerbstätigen Mutter, so ist auch heutzutage noch eine offensichtliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen (Abbildung 156). Während in Ostdeutschland 81,5% der befragten Bevölkerung der Meinung sind, dass eine erwerbstätige Mutter ein inniges Verhältnis zu ihrem Kind haben kann, so sind es in Westdeutschland 23,1 Prozentpunkte weniger, die der Aussage voll oder eher zustimmen.

Ein Blick auf die praktizierten Modelle der Arbeitsteilung von Eltern in beiden Landesteilen lässt deutlich werden, dass Einstellungen und gelebte Praxis in einem Zusammenhang stehen. Vergleicht man die Erwerbstätigenquoten von Müttern in Ost und West ohne den Arbeitsstundenumfang zu berücksichtigen, so ergeben sich lediglich geringe Unterschiede. Auffallend ist hier lediglich, dass ostdeutsche Mütter nach der Geburt eines Kindes früher dazu tendieren, wieder zu arbeiten. Je älter die Kinder werden, umso mehr verringert sich der Unterschied. So arbeiten Mütter von Kindern zwischen 10 und 14 Jahren in Ostdeutschland zu 75% und im Westen zu 72%. Von den Müttern mit Kindern unter 3 Jahren arbeiten hingegen im Osten 39% und im Westen nur 30%. (Krack-Roberg et al. 2016).

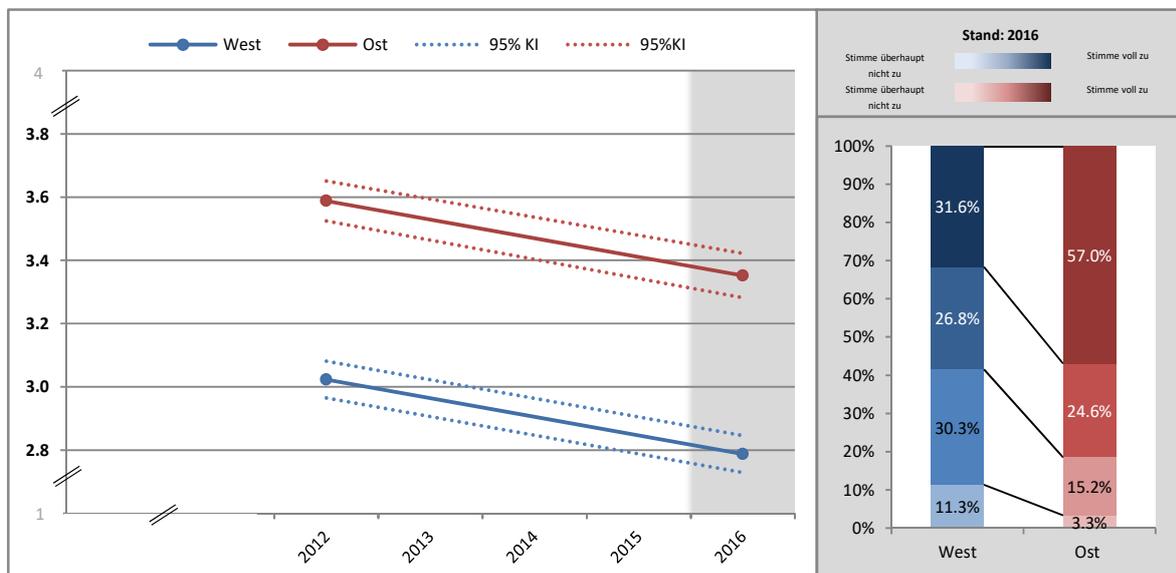
Betrachtet man nur Mütter mit Kindern unter drei Jahren, die in Vollzeit erwerbstätig sind, so wird eine enorme Diskrepanz offensichtlich. Mit 21% im Osten zu 8% im Westen sind es mehr als doppelt so viele Mütter in den neuen Bundesländern, die sich schnell wieder für eine Vollzeitbeschäftigung entscheiden (Statistisches Bundesamt 2017).

Abbildung 155: Herzliches und vertrauensvolles Verhältnis von berufstätiger Mutter zu Kindern



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr überhaupt nicht zustimmen (1), eher nicht zustimmen (2), eher zustimmen (3), voll und ganz zustimmen (4). „Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“

Abbildung 156: Inniges Verhältnis zwischen Mutter und Kleinkind trotz Vollzeitarbeit



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: Über die Aufgaben von Müttern und Vätern gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr überhaupt nicht zustimmen (1), eher nicht zustimmen (2), eher zustimmen (3), voll und ganz zustimmen (4): „Eine Vollzeit erwerbstätige Mutter kann zu ihrem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“

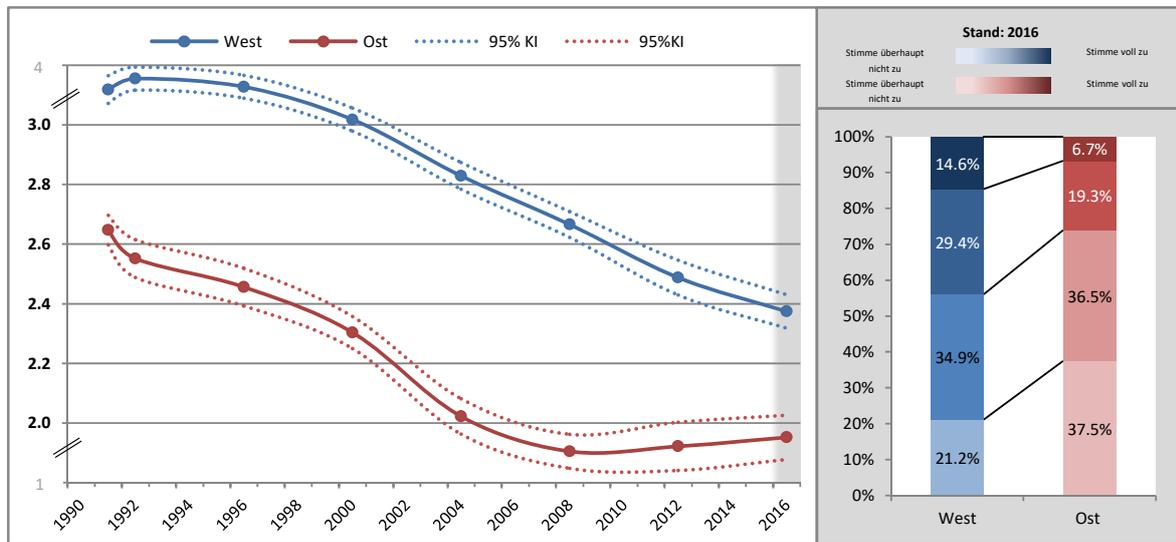
Der Aussage, ob ein Kind unter der Berufstätigkeit der Mutter leide, stimmen in Westdeutschland 2016 noch immer fast 44% der westdeutschen Bevölkerung voll oder eher zu, wohingegen im Osten Deutschlands dies nur 26% der Bevölkerung tun (Abbildung 157). Im Mittel ist jedoch ein eindeutiger Trend hin zu einer positiveren Einstellung der erwerbstätigen Mutter gegenüber festzustellen. Dies gilt für beide Landesteile. Vergleicht man die Mittelwerte der Antworten aus dem Jahr 1991 mit den aktuellsten aus 2016, liegt für beide Landesteile eine Veränderung in Richtung einer verstärkten Ablehnung der Aussage um jeweils rund 0,7 Punkte auf einer Skala von 1-4 vor. Auch wenn die Menschen in Ost und West heutzutage jeweils egalitärer eingestellt sind als sie das kurz nach der Wiedervereinigung waren, hat sich der Abstand in beiden Landesteilen kaum verringert, so dass von einer gleichbleibenden Differenz gesprochen werden kann. Dies steht im Einklang mit der Studie von Bauernschuster und Rainer (2012), die keine Konvergenz bis 2008 feststellen können, sowie mit der Studie von Holtmann et al. (2015), die bis 2012 das Gleiche bestätigt.

Fragt man die Bürger Deutschlands ob eine „arbeitende Mutter gut fürs Kind“ ist, so zeigen die Ergebnisse, dass die Zustimmung gegenüber der erwerbstätigen Mutter in beiden Landesteilen im Zeitverlauf zunimmt (Abbildung 158). Aber auch hier ist eine andauernde ausgeprägte Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschen festzustellen. Dies deckt sich ebenfalls mit den Ergebnissen von Bauernschuster und Rainer (2012). Noch im Jahr 2016 sind es mit 42% in Ostdeutschland zu 19,3% in Westdeutschland immer noch mehr als doppelt so viele Bürgerinnen und Bürger, die der Aussage voll zustimmen, dass eine erwerbstätige Mutter, die sich nicht ausschließlich auf den

Haushalt konzentriert, sogar gut für das Kind ist. Im Gegensatz dazu ist es im Westen mit 37,8% immer noch mehr als jeder 3. Befragte, der der Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zustimmt. Im Osten ist dies mit 20,4% nur etwa jeder 5. Befragte.

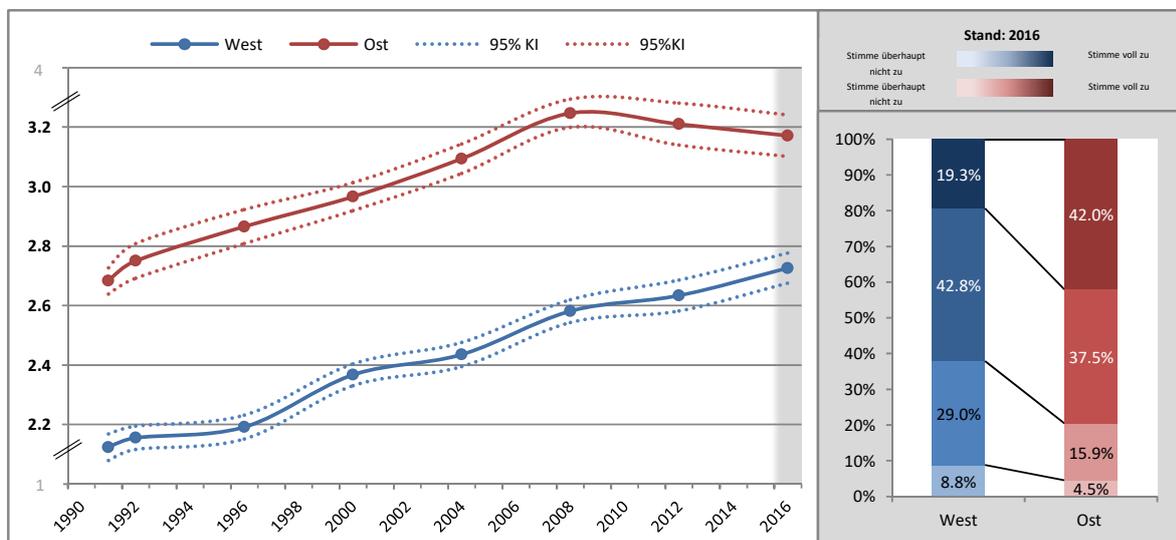
Auffallend ist bei dieser Fragestellung jedoch, dass eine leichte Konvergenztendenz festzustellen ist. Während die Westdeutschen über die Jahre seit der Wiedervereinigung immer egalitärer wurden, ist für die Ostdeutschen seit 2012 keine Veränderung der Sichtweise mehr zu beobachten. 2016 hat die mittlere Differenz in den Einstellungen mit 0,4 Punkten auf der Skala von 0-4 erstmals einen niedrigeren Wert als zur erstmaligen Erhebung 1991 erreicht. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich dieser Angleichungstrend auch zukünftig fortsetzt.

Abbildung 157: Berufstätige Mutter schlecht für Kleinkind?



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr überhaupt nicht zustimmen (1), eher nicht zustimmen (2), eher zustimmen (3), voll und ganz zustimmen (4). Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“

Abbildung 158: Arbeitende Mutter ist gut fürs Kind



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr überhaupt nicht zustimmen (1), eher nicht zustimmen (2), eher zustimmen (3), voll und ganz zustimmen (4). Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.“

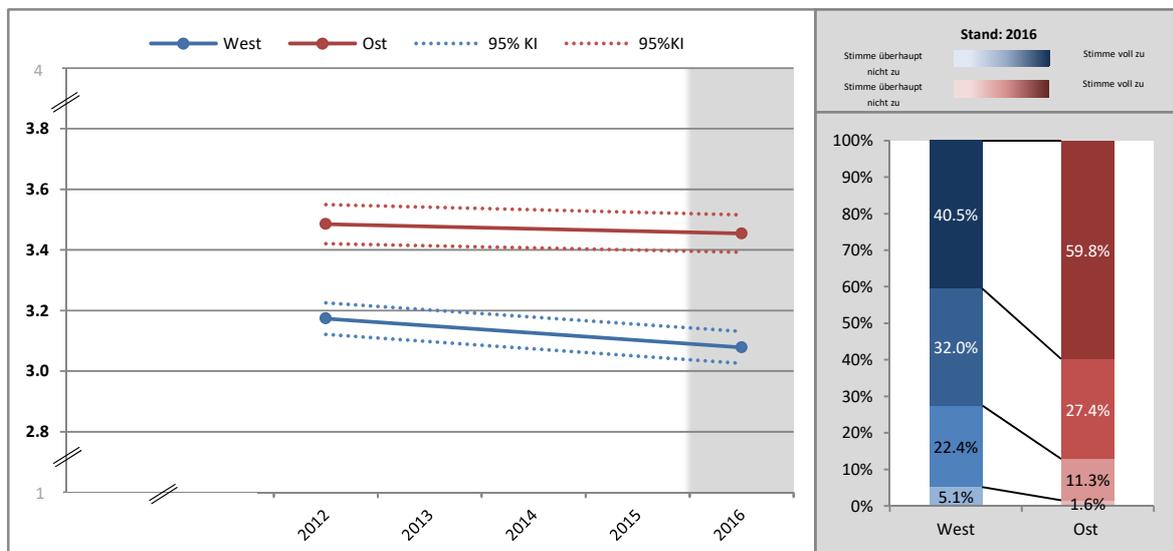
Richtet man den Fokus auf die Einstellungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Vätern, so zeigt sich auch hier, dass Ostdeutsche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weniger problematisch bewerten als Westdeutsche (Abbildung 159 und Abbildung 160). Da diese Fragen erst

2012 in den ALLBUS-Fragenkatalog aufgenommen wurden, können hier leider keine langfristigen Entwicklungslinien seit der Wende aufgezeigt werden.

Von den ostdeutschen Befragten stimmten 87,2% der Aussage voll oder eher zu, dass auch in Vollzeit beschäftigte Väter ein inniges Verhältnis zu ihren Kindern haben können (Abbildung 159). Die Zustimmungquote lag im Westen mit 72,5% zwar auch auf recht hohem Niveau, jedoch weit unten dem ostdeutschen. Ebenso interessant ist, dass Westdeutsche in Vollzeit arbeitende Mütter weitaus kritischer einstufen als in Vollzeit beschäftigte Väter. (Vgl. Abbildung 156 und Abbildung 159). In Ostdeutschland bewerten die Befragten in Vollzeit erwerbstätige Mütter um 5,8 Prozentpunkte negativer als Väter, in den alten Bundesländern wird die weibliche Vollzeiterwerbstätigkeit zu 14,1 Prozentpunkten negativer bewertet.

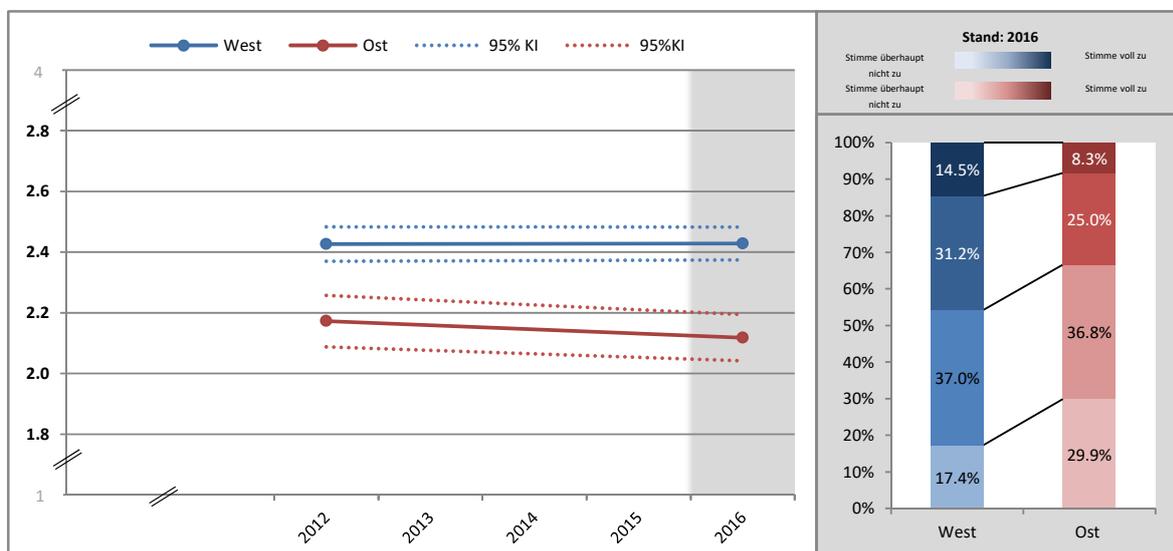
Zudem stimmen die Westdeutschen der Aussage, dass ein in Vollzeit erwerbstätiger Vater sich nicht ausreichend um sein Kind kümmern könne zu 45,7% voll oder eher zu. In Ostdeutschland empfinden dies nur 33,3% der Befragten (Abbildung 160). Seit 2012 hat es hinsichtlich der Einstellungen zur Vätererwerbstätigkeit weder in Ost- und in Westdeutschland nennenswerten Veränderungen gegeben.

Abbildung 159: Inniges Verhältnis zwischen Vater und Kleinkind trotz Vollzeitarbeit



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben von Müttern und Vätern gibt es verschiedene Meinungen. Bitte geben Sie nun zu jeder Aussage an, ob Sie ihr - voll und ganz zustimmen (4), eher zustimmen (3), eher nicht zustimmen (2) oder überhaupt nicht zustimmen (1). Ein Vollzeit erwerbstätiger Vater kann zu seinem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben wie ein Vater, der nicht berufstätig ist.“

Abbildung 160: Vollzeit arbeitender Vater schlecht fürs Kind



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben von Müttern und Vätern gibt es verschiedene Meinungen. Bitte geben Sie nun zu jeder Aussage an, ob Sie ihr - voll und ganz zustimmen (4), eher zustimmen (3), eher nicht zustimmen (2) oder überhaupt nicht zustimmen (1). Ein Vollzeit erwerbstätiger Vater kann sich nicht ausreichend um seine Kinder kümmern.“

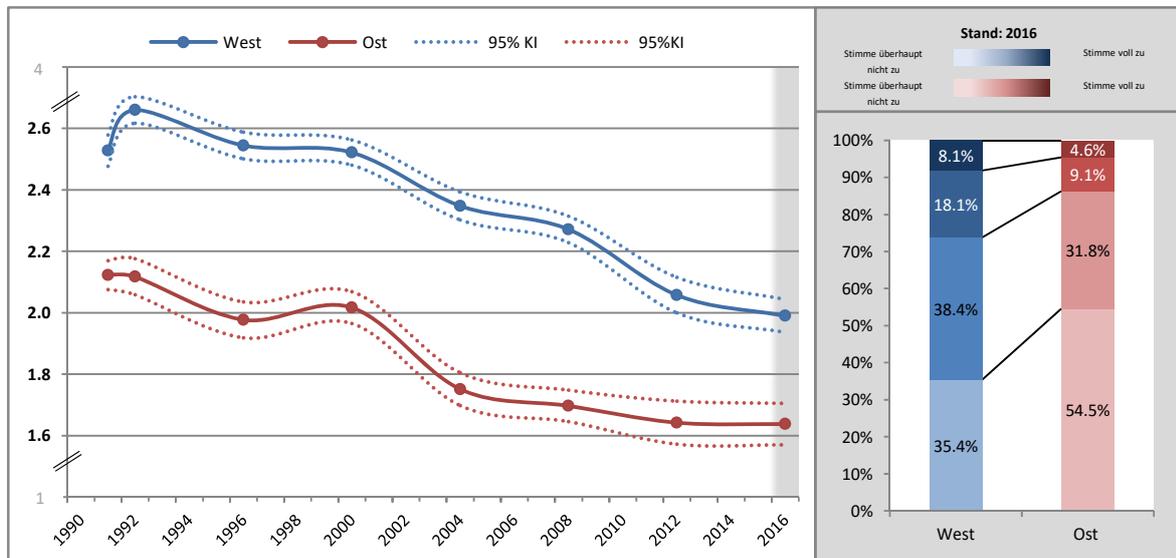
Befragt man die Bevölkerung Ost- und Westdeutschlands hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber der klassischen traditionellen Rollenverteilung, so wird deutlich, dass dieses Modell in beiden Landesteilen seit Beginn der 90er Jahre an Akzeptanz eingebüßt hat (Abbildung 161). Im Mittel erreichte der Zustimmungswert im Westen 1992 mit 2,6 seinen Höchststand und fiel in den Folgejahren stetig auf einen durchschnittlichen Wert von 1,9 bis zum Jahr 2016. Im Osten lag die Zustimmung im Mittel hingegen nur bei 2,1 und ist am aktuellen Rand auf 1,6 gesunken. Aufgrund der etwas stärkeren Tendenz in Westdeutschland hin zu einer egalitäreren Einstellung, hat sich die Differenz zwischen den beiden Landesteilen etwas reduziert und liegt am aktuellen Rand nun bei 0,35 Skalenpunkten. Ein Blick auf die Antwortanteile macht jedoch deutlich, dass zum Thema Rollenverteilung noch keine Konvergenz der Einstellungen stattgefunden hat: Im Osten lehnt über die Hälfte der Bevölkerung (54,5%) die Aussage, dass es für alle viel besser sei, wenn der Mann arbeite und die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmere, vollkommen ab. Im Westen sprechen sich nur 35,4% gegen diese traditionelle Rollenverteilung aus.

Nach ihrer Meinung zum Doppelverdiener-Modell gefragt, gehen die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland nach wie vor auseinander (Abbildung 162). So stimmen in den neuen Bundesländern über die Hälfte der Befragten der Aussage voll und ganz zu, dass es die beste Arbeitsteilung sei, wenn beide Elternteile in Vollzeit arbeiteten und sich gleichermaßen um den Haushalt kümmerten. Im Westen findet diese Aussage nur bei 22,4% die volle Zustimmung. Bezieht man die tatsächlich praktizierten Modelle der Arbeitsteilung von Eltern mit ein, so sind finden sich einige Parallelen zu den Differenzen in den Einstellungen.

Der hohe Anteil der Doppelverdiener-Befürworter in Ostdeutschland spiegelt sich im Anteil der Haushalte, die dieses Arrangement tatsächlich gewählt haben, stark wider. So sind in 53,5% der Haushalte mit erwerbstätigen Elternteilen beide in Vollzeit tätig. Im Westen praktizieren lediglich 19,1 % dieses Modell. In beiden Landesteilen ging jedoch der Anteil der Doppelverdiener-Paare mit Kindern zurück (im Osten seit 1996 um drastische 21,3 Prozentpunkte). Während Väter unverändert in Vollzeit arbeiten, üben Mütter vermehrt Teilzeitbeschäftigungen aus (Holst und Wieber 2014).

Fragt man nach der Zufriedenheit mit den vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung zeichnet sich ein steigender Trend in Deutschland (ohne Abbildung). Auch hat der Westen den Osten im Zeitverlauf eingeholt. Während 1997 Ostdeutsche auf einer Skala von 0-10, wobei höhere Werte stärkere Zufriedenheit zeigen, durchschnittlich 6.7 Skalenpunkte angeben und Westdeutsche 6.3, beträgt der Durchschnittswert der angegebenen Skalenpunkte sowohl im Osten als auch im Westen am aktuellen Rand, im Jahr 2015, 7.4 Skalenpunkte.

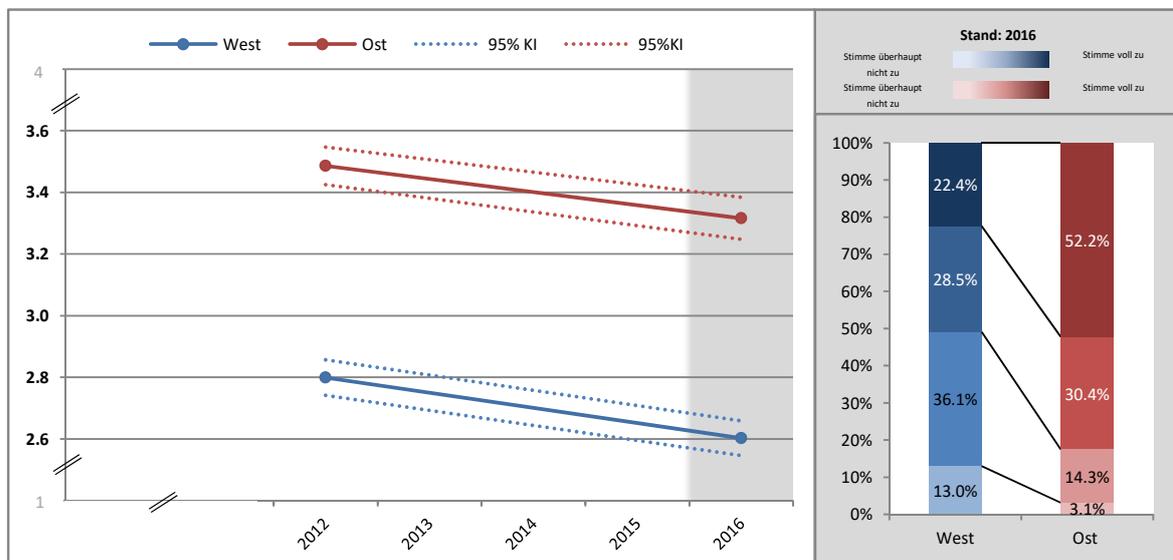
Abbildung 161: Mann geht arbeiten, Frau kümmert sich um Haushalt und Kind



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr voll und ganz zustimme (4), eher zustimmen (3), eher nicht zustimmen (2) oder überhaupt nicht zustimmen (1). Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“

Danach gefragt, ob eine verheiratete Frau ihren Arbeitsplatz aufgeben solle, wenn ihr Mann gut verdient und nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung steht, geben nur 22% im Westen und 15% im Osten an, der Aussage voll oder eher zu zustimmen (Abbildung 163). In beiden Landesteilen ist die Zustimmung zu dieser Aussage im Zeitverlauf um ein ähnliches Maß bis heute gesunken (um 0,67 Skalenpunkte im Westen und um 0,65 Skalenpunkte im Osten auf einer Skala von 1 bis 4). Folglich ist die Ausgangsdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland aber noch immer vorhanden. Im Jahr 2000 hatte sich die Kluft allerdings noch einmal auf 0,4 Skalenpunkte vergrößert und wurde erst seit 2012 wieder merklich kleiner. Bauernschuster und Rainer (2012) sowie Holtmann et al. (2015) beschreiben die gleichen Trends in ihren Daten bis 2008 beziehungsweise 2012.

Abbildung 162: Mutter und Vater arbeiten Vollzeit und teilen sich Haushalt und Kinder



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben von Müttern und Vätern gibt es verschiedene Meinungen. Bitte geben Sie nun zu jeder Aussage an, ob Sie ihr - voll und ganz zustimmen (4), eher zustimmen (3), eher nicht zustimmen (2) oder überhaupt nicht zustimmen (1). Die beste Arbeitsteilung in einer Familie ist die, dass beide Partner Vollzeit arbeiten und sich gleichermaßen um den Haushalt und die Kinder kümmern.“

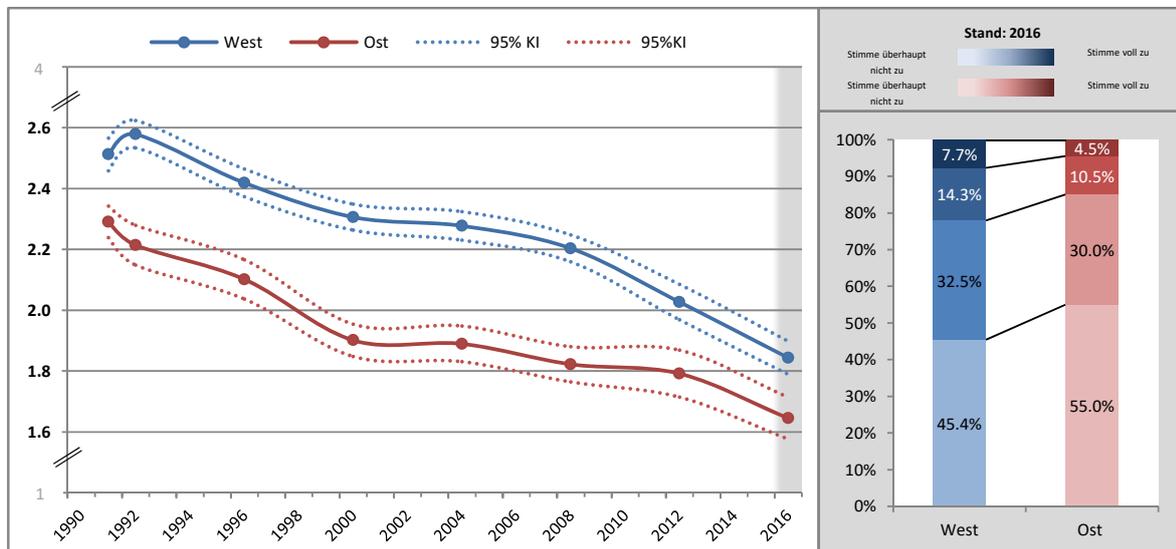
Interessanterweise gibt es aktuell bei der Einstellung von Ost- und Westdeutschen zu der Fragestellung, ob die Karriere des Mannes wichtiger sei als die der Frau, keine signifikanten Unterschiede mehr (Abbildung 164). In beiden Landesteilen stimmen nur knapp 17% dieser Aussage eher oder voll zu. Ebenfalls erwähnenswert ist, dass 1991 die westdeutsche Bevölkerung sogar geringfügig egalitärer eingestellt war als die ostdeutsche Bevölkerung. In den Folgejahren sanken die Zustimmungswerte im Osten jedoch in einem stärkeren Maße als im Westen, so dass sich zwischen 2000 und 2006 eine starke Tendenz zur Divergenz abzeichnete. Seit 2008 konvergierten die Einstellungen wieder und sind seit 2012 auf demselben Niveau in Ost und West angekommen.

Die Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern spiegeln sich auch in der beobachteten Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren wider (Abbildung 165). In Ostdeutschland lag die Erwerbstätigenquote nach der Wiedervereinigung enorm hoch, hat sich bereits in den 1990er Jahren dem Westniveau nach unten angenähert und ging bis zum Jahr 2004 auf unter 65% zurück. Im Westen ist die Beschäftigungsquote von Müttern im gleichen Zeitraum von 50% auf über 60% stark angestiegen. Im Jahr 2005 war der Unterschied auf einen Prozentpunkt zurückgegangen, sodass praktisch von Konvergenz gesprochen werden kann. Bis ins Jahr 2013 steigen die Erwerbsquoten in beiden Landesteilen in ähnlicher Weise an, in Ostdeutschland jedoch Jahr für Jahr etwas stärker. So haben sich die Erwerbsquoten bis 2013 wieder auf einen Abstand von 4,5 Prozentpunkten voneinander entfernt. Mütter in Ostdeutschland gehen somit wieder deutlich häufiger einer Erwerbstätigkeit nach als Mütter in Westdeutschland. Beachtet man außerdem, dass unter den erwerbstätigen

VI. Familiäre Sphäre

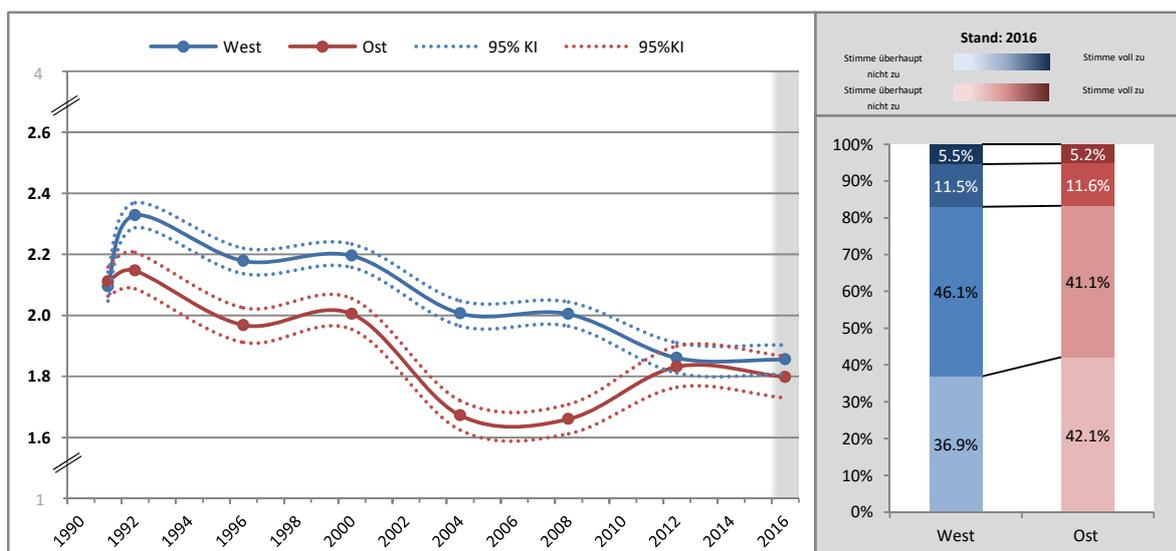
Müttern in Ostdeutschland eine knappe Mehrheit in Vollzeit beschäftigt ist, in Westdeutschland aber nur jede Vierte, vergrößert sich der Unterschied in der Arbeitszeit noch weiter.

Abbildung 163: Verheiratete Frau und Mutter sollte Arbeitsplatz freigegeben, wenn der Mann gut verdient

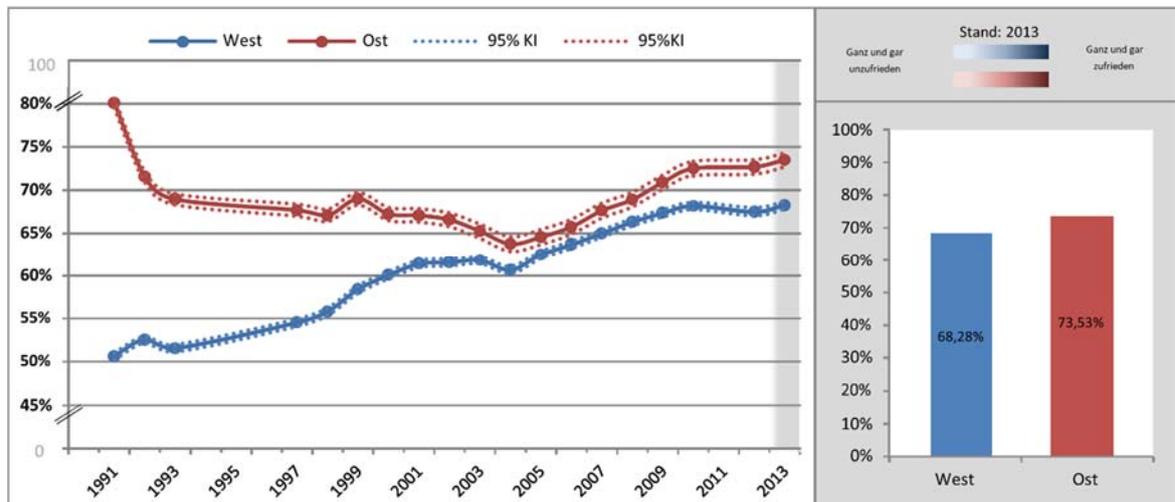


Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen (4), eher zustimmen (3), eher nicht zustimmen (2) oder überhaupt nicht zustimmen (1). Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt, und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.“

Abbildung 164: Für Frau Karriere des Mannes wichtiger als eigene?



Anmerkungen: ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen (4), eher zustimmen (3), eher nicht zustimmen (2) oder überhaupt nicht zustimmen (1). Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“

Abbildung 165: Erwerbstätigkeit Mutter mit Kind im Alter von 0 bis 14 Jahren

Anmerkungen: Mikrozensus 1991-2013: Anteil der Erwerbstätigen an Frauen im Alter von 18 bis 64 mit Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren im Haushalt

3.2 Aufgabenverteilung in der Haus- und Familienarbeit

Frauen in Ost- und Westdeutschland partizipieren mittlerweile in etwa im gleichen Maße am Arbeitsmarkt. Während in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung ein leichter Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verzeichnen ist, ging die Erwerbstätigenquote der Frauen im Osten in den ersten 5 Jahren nach der Wiedervereinigung stark zurück und lag erst 2010 wieder etwas über dem Niveau von 1991. Während Mütter mit Kindern unter 18 Jahren in den neuen Bundesländern heutzutage zu 55,7% in Vollzeit erwerbstätig sind, sind es in den alten Bundesländern lediglich 25,2%. Die im Westen mit Abstand am häufigsten praktizierte Arbeitsteilung berufstätiger Elternpaare war mit 76,1 % das Arrangement *Vater in Vollzeit und Mutter in Teilzeit*. Väter arbeiten in beiden Landesteilen fast ausschließlich in Vollzeit. Im Rahmen des SOEP wurden 2013 die durchschnittlichen Arbeitszeiten von Müttern und Vätern mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt erhoben. Daraus ergab sich, dass ostdeutsche Mütter über 9 Stunden wöchentlich länger einer Erwerbsarbeit nachgehen als westdeutsche Mütter (34,9 Stunden vs. 25,5 Stunden) (Holst und Wieber 2014).

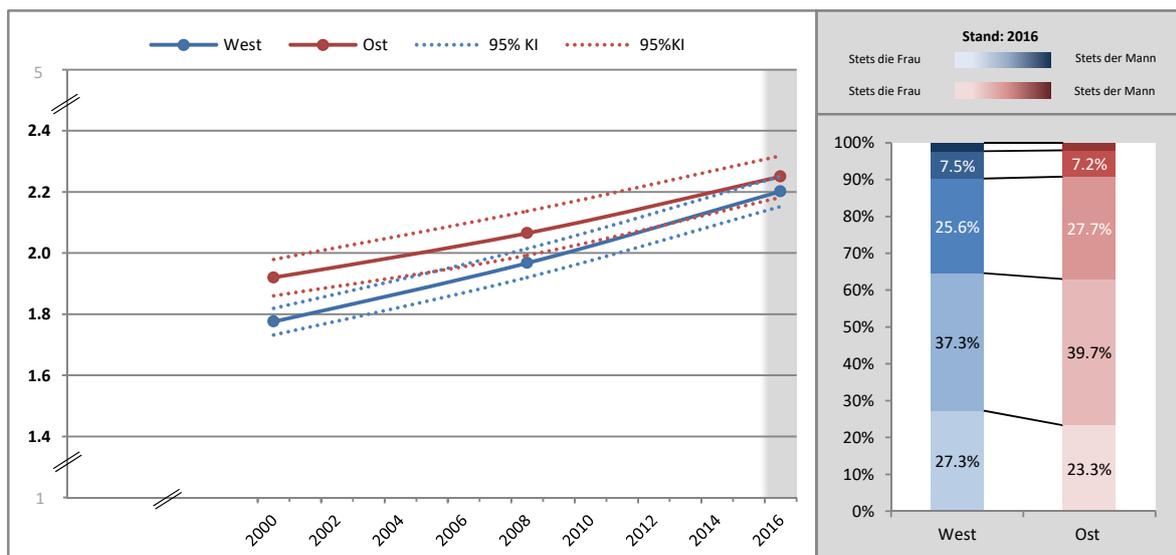
Eine Frage, die sich hierbei stellt ist, ob sich diese Ost-West-Differenz im Erwerbsumfang auch in der Haus- und Familienarbeit widerspiegelt und ob eine signifikant höhere und umfangreichere Arbeitsmarktbeteiligung auch eine gleichmäßiger verteilte Aufteilung der im Haus anfallenden Arbeiten und Tätigkeiten mit sich bringt.

Im Rahmen der ALLBUS-Studie wird die deutsche Bevölkerung danach gefragt, wer - sofern in heterosexuellen Partnerschaften lebend - welche Art von Haushaltstätigkeit zu welchem Umfang übernimmt. Dieser Fragenkomplex wurde erst 2000 in die Umfrage mitaufgenommen, so dass keine Verlaufsanalyse für die komplette Zeit seit der Wiedervereinigung möglich ist und der aktuelle Rand hier stärker im Fokus steht.

VI. Familiäre Sphäre

Die Frage nach der Zuständigkeit für die Zubereitung der Mahlzeiten ergibt, dass in beiden Landesteilen nach wie vor die Frau hauptsächlich in der Verantwortung ist (Abbildung 166). Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist eine eindeutige Tendenz hin zu einer stärker ausgeglichenen Arbeitsteilung festzustellen, wobei dieser Trend im Westen leicht stärker ausgeprägt ist. Ebenso ist eine Konvergenz der Verhaltensweisen zu beobachten: im Mittel haben sich Ost- und Westdeutsche soweit angenähert, dass die Differenz nur noch 0,1 Skalenpunkte beträgt (0,14 im Jahr 2000).

Abbildung 166: Zubereiten der Mahlzeiten



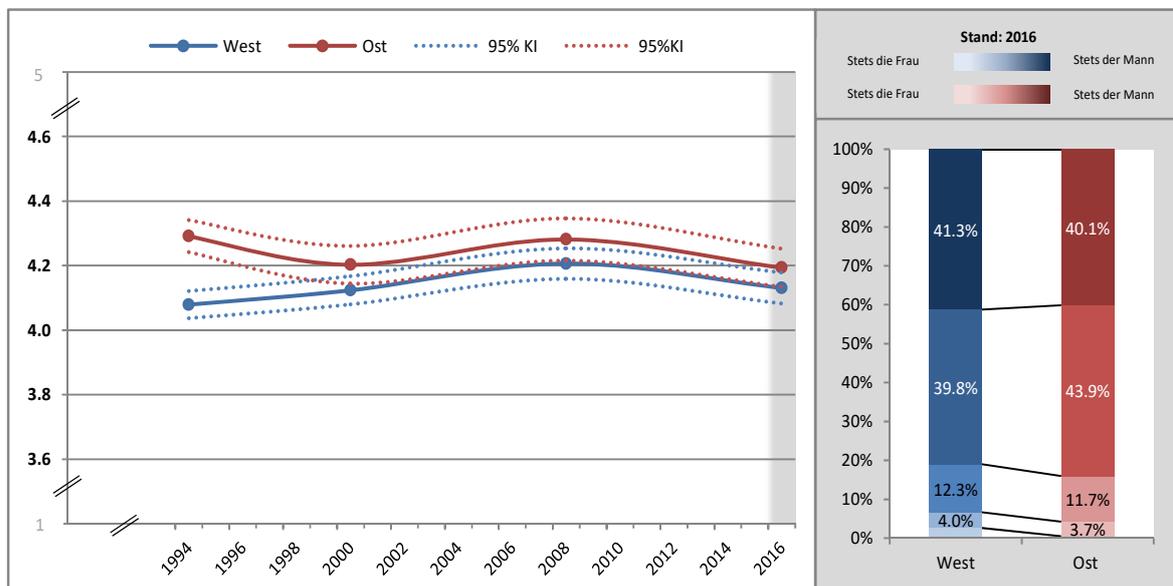
Anmerkungen ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „[Falls Befragter mit Ehe- oder Lebenspartner gemeinsamen Haushalt führt] Auf dieser Liste steht eine Reihe von Tätigkeiten, die im Haushalt anfallen. Wie werden diese Tätigkeiten in Ihrem Haushalt zwischen Ihnen und Ihrem Partner aufgeteilt? Wer verrichtet die Tätigkeiten? - Zubereiten der Mahlzeiten“ Antwortmöglichkeiten: Stets die Frau (1) Meistens die Frau (2) Jeder zur Hälfte / beide gemeinsam (3) Meistens der Mann (4) Stets der Mann (5).

Bei den Fragen nach der Aufgabenverteilung beim Einkaufen von Lebensmitteln, Wäsche waschen, Spülen und Aufräumen nach den Mahlzeiten sowie beim Putzen der Wohnung (ohne Abbildungen) zeichnet sich das qualitativ gleiche Bild.

Eine traditionelle Rollenverteilung offenbart sich, wenn man danach fragt, wer in der Lebensgemeinschaft kleinere Reparaturen im Haus/in der Wohnung vornimmt (Abbildung 167).

Besonders erwähnenswert ist hier, dass im Osten die Arbeitsteilung seit Erhebungsbeginn 1994 immer etwas traditioneller gewesen ist als im Westen. Die Veränderungen über die letzten 22 Jahre bis 2016 fallen für beide Landesteile gering aus. Der aktuelle Rand zeigt überdeutlich, wer für Reparaturarbeiten in Paarhaushalten zuständig ist: 81% der westdeutschen Männer erledigen stets oder meistens kleinere Reparaturen; 84% sind es bei den ostdeutschen Männern.

Abbildung 167: Kleine Reparaturen im Haus/Wohnung



Anmerkungen ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „[Falls Befragter mit Ehe- oder Lebenspartner gemeinsamen Haushalt führt] Auf dieser Liste steht eine Reihe von Tätigkeiten, die im Haushalt anfallen. Wie werden diese Tätigkeiten in Ihrem Haushalt zwischen Ihnen und Ihrem Partner aufgeteilt? Wer verrichtet die Tätigkeiten? - Kleine Reparaturen im Haus/Wohnung“ Antwortmöglichkeiten: Stets die Frau (1) Meistens der Frau (2) Jeder zur Hälfte / beide gemeinsam (3) Meistens der Mann (4) Stets der Mann (5).

Sofern Paare mit Kindern unter 15 Jahren in einem Haushalt leben, ergeben sich daraus weitere unentgeltlich zu verrichtende Tätigkeiten (Tabelle 45). Im Rahmen von ALLBUS wurden diese Daten im Jahr 2016 erstmalig erhoben und offenbaren zum Teil statistisch stark signifikante Ost-West-Unterschiede im Hinblick auf Betreuungsaufgaben. So ist das Spielen mit den Kindern zwar in beiden Landesteilen mehrheitlich Aufgabe beider Elternteile, der Osten zeichnet sich hier jedoch durch einen höheren Anteil um 11,7 Prozentpunkte aus. Dahingegen fällt demensprechend der Anteil der Paare, bei denen die Frau meistens das Spielen mit den Kindern übernimmt mit 24,2% im Westen um 10,1 Prozentpunkte höher aus als in den neuen Bundesländern.

Das zu Bett bringen der Kinder ist in beiden Landesteilen eine Aufgabe, die sich Eltern mehrheitlich hälftig teilen (59,2% im Westen und 63,6% im Osten). Bei über 30% der Partnerschaften in neuen und alten Bundesländern ist es zu über 30% die Frau, die die Kinder immer oder meistens ins Bett bringt. Insgesamt sind die Ost-West-Differenzen bei dieser Frage so marginal, dass keine davon signifikant ist.

Fragt man danach, welcher Elternteil die Kinder beim Erledigen der Schulaufgaben unterstützt, werden signifikante Ost-West-Differenzen in der Arbeitsteilung deutlich. Während im Osten sich 54,4% der Eltern diese Aufgabe paritätisch teilen, gilt das im Westen für nur 31,7% der Elternpaare. Auch geben im Westen 12,1% der Befragten an, dass stets die Frau bei den Hausaufgaben unterstützt, wohingegen im Osten mit lediglich 2,6% weit weniger Frauen die Aufgabe ausschließlich übernehmen. Dieses Ergebnis geht mit der Ost-West-Differenz im Erwerbsumfang von

VI. Familiäre Sphäre

Müttern einher. Während westdeutsche Mütter von Kindern zwischen 6-17 Jahren 17 Stunden einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind diese Mütter im Osten 6 Stunden pro Woche länger erwerbstätig (Bujard et al. 2017). Betrachtet man die Anteile in Vollzeit erwerbstätiger Mütter, so ist auch dort eine starke Ost-West-Differenz offensichtlich. 2012 waren 55,7% der ostdeutschen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren vollzeiterwerbstätig, jedoch nur 25,2% der westdeutschen Mütter (Holst und Wieber 2014). Diese Differenz besteht auch stark fort, betrachtet man nur Mütter mit Kindern unter 3 Jahren. Von diesen sind im Osten 21% in Vollzeit erwerbstätig und im Westen 8% (Statistisches Bundesamt 2017). Da Mütter in Ostdeutschland einen wesentlich höheren Erwerbsumfang haben sind Betreuungsaufgaben, die häufig eher in die Nachmittagsstunden fallen, häufiger nicht automatisch Frauensache, sondern werden öfter von beiden Elternteilen erledigt als das im Westen der Fall ist, wo viele Mütter in den Nachmittagsstunden bereits zuhause sind.

Tabelle 45: Aufteilung der Betreuung der Kinder zwischen den Partnern

		West	Ost	Ost-West-Differenz
		%		Prozentpunkte
Mit den Kindern spielen	Stets die Frau	1.4	0.6	-0.8
	Meistens die Frau	24.2	14.0	-10.1***
	Jeder zur Hälfte / Beide gemeinsam	69.4	81.1	11.7***
	Meistens der Mann	4.7	4.3	-0.5
	Andere Person	0.2	0.0	-0.2
Die Kinder ins Bett bringen	Stets die Frau	6.1	5.2	-0.9
	Meistens die Frau	28.4	26.6	-1.7
	Jeder zur Hälfte / Beide gemeinsam	59.2	63.6	4.5
	Meistens der Mann	5.6	3.9	7.9
	Stets der Mann	0.7	0.7	-0.1
Mit den Kindern Hausaufgaben machen	Stets die Frau	12.1	2.6	-9.4***
	Meistens die Frau	44.8	36.0	-8.9
	Jeder zur Hälfte / Beide gemeinsam	31.7	54.4	22.7***
	Meistens der Mann	7.2	3.5	-3.7
	Stets der Mann	0.7	0.9	0.2
	Andere Person	3.5	2.6	-0.8

Anmerkungen: ALLBUS 2016: „Falls Befragter verheiratet ist und mit dem Ehepartner zusammenlebt oder einen gemeinsamen Haushalt mit einem festen Lebenspartner führt und mindestens ein Kind unter 15 Jahren im Haushalt wohnt, wie wird die Betreuung der Kinder zwischen Ihnen und {Ihrem Ehepartner} aufgeteilt? - Mit den Kindern spielen, die Kinder ins Bett bringen, mit den Kindern Hausaufgaben machen.“ Antwortmöglichkeiten: Stets die Frau (1) Meistens die Frau (2) Jeder zur Hälfte / beide gemeinsam (3) Meistens der Mann (4) Stets der Mann (5).

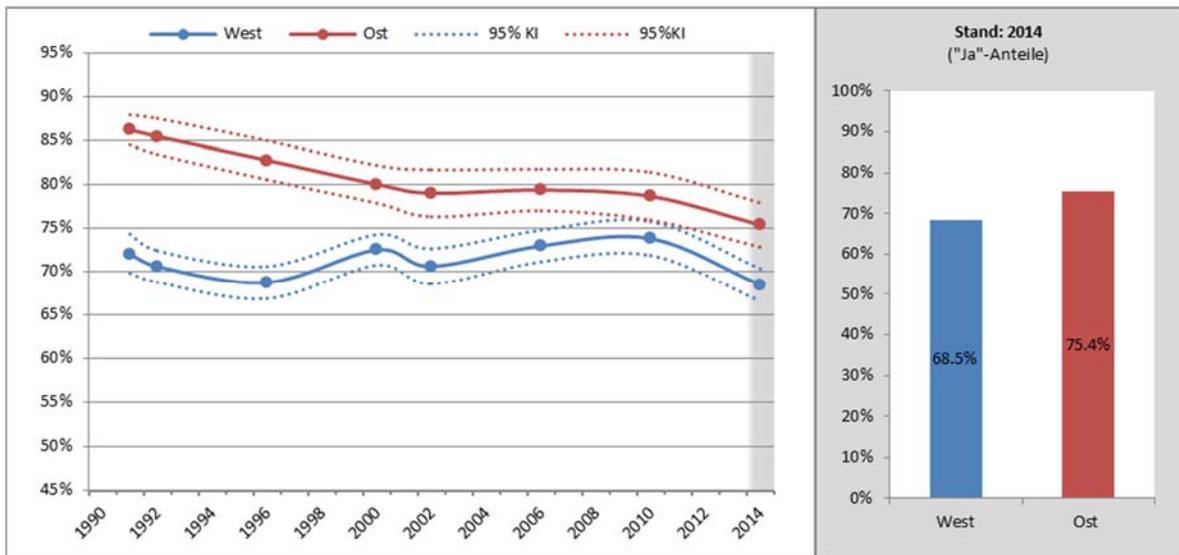
3.3 Familie: Stellenwert, Zufriedenheit und Sorgen

Für die große Mehrheit der Ost- und Westdeutschen ist das Gründen einer Familie eine Voraussetzung dafür glücklich zu sein. Im Osten ist der Anteil derer, für die eine eigene Familie als Glücksvoraussetzung empfunden wird mit 75,4% der Bevölkerung 6,9 Prozentpunkte höher als im Westen (Abbildung 168). Im Zeitverlauf seit Beginn der 90er Jahre ist für Westdeutschland festzustellen, dass die Entwicklung leichten Schwankungen unterliegt und der heutige Zustimmungswert von 68,5% um 3,6 Prozentpunkte unter dem Wert von 1991 liegt.

In Ostdeutschland ist der Glaube an die Familie als Glücksvoraussetzung über die Jahre schwächer geworden. Im Vergleich zu 1991 ist der Zustimmungswert zur Frage, ob eine Familie eine Glücksvoraussetzung sei, um 10,9 Prozentpunkte gesunken. Die Ost-West-Differenz hat im Zeitverlauf zwar abgenommen, ist mit 6,9 Prozentpunkten Unterschied noch immer vorhanden.

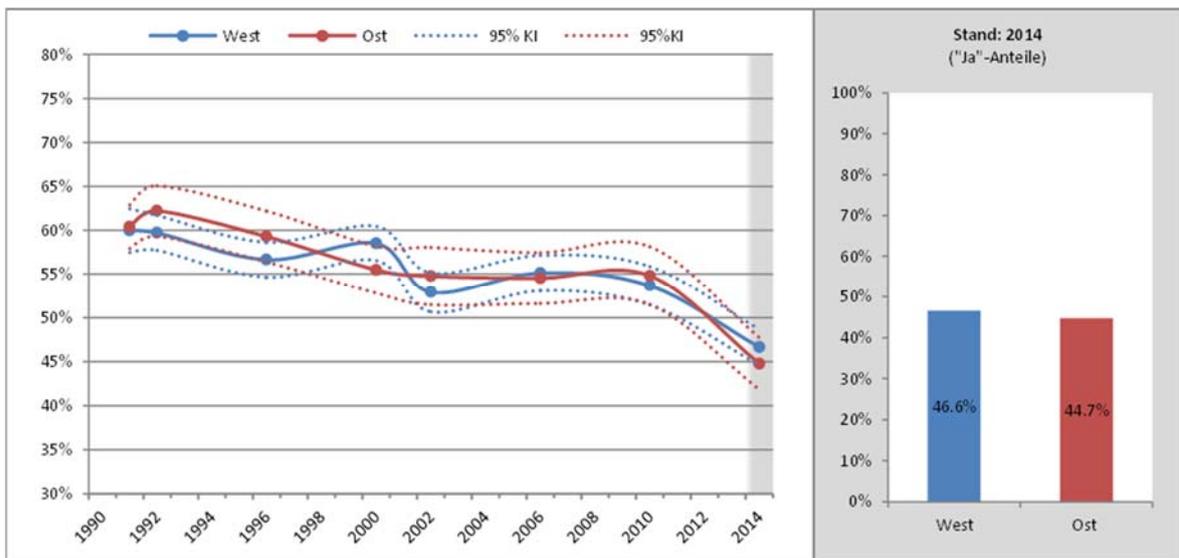
Nach der Wichtigkeit einer Heirat bei einer dauerhaften Partnerschaft gefragt, sind zwischen den beiden Landesteilen keine großen Unterschiede festzustellen (Abbildung 169). Für weniger als die Hälfte der Befragten ist es wichtig bei einer andauernden Partnerschaft auch verheiratet zu sein (Westen 46,5%, Osten 44,7%). Auch im Zeitverlauf wird für West- und Ostdeutschland die schwindende Bedeutung der Ehe deutlich. Im Vergleich zu 1991 ist die Zustimmungsrates im Westen um 13,6 Prozentpunkte gefallen, im Osten um 15,7 Prozentpunkte. Auch die Geburt eines gemeinsamen Kindes ist in den alten wie in den neuen Bundesländern heutzutage kein Grund, zwingend zu heiraten (Abbildung 170). In Westdeutschland sind heutzutage 33,3% der Bevölkerung der Meinung, dass es wichtig sei zu heiraten, wenn ein Kind da ist. In Ostdeutschland meinen dies lediglich 18,9%. Für beide Landesteile gilt gleichermaßen, dass es im Zeitverlauf zunehmend unwichtiger geworden ist zu heiraten, wenn ein Kind in die Beziehung kommt. 1991 waren im Westen noch 55,6% der Befragten der Meinung, dass es wichtig sei zu heiraten, sobald ein Kind da ist. 22 Jahre später hat sich der Anteil um 22,3 Prozentpunkte verringert. Die Einstellung im Osten verläuft nach einem ähnlichen Trend: dort ist die Zustimmung im gleichen Zeitraum um 16,5 Prozentpunkte zurückgegangen. Trotz dieser ähnlichen Tendenzen, besteht weiterhin eine signifikante Ost-West-Differenz fort. Zwar ist sie von 20,2 Prozentpunkten im Jahr 1991 auf 14,4 Prozentpunkte im Jahr 2014 zurückgegangen, von einer Angleichung der Einstellungen kann jedoch noch lange nicht die Rede sein.

Abbildung 168: Familie als Glücksvoraussetzung



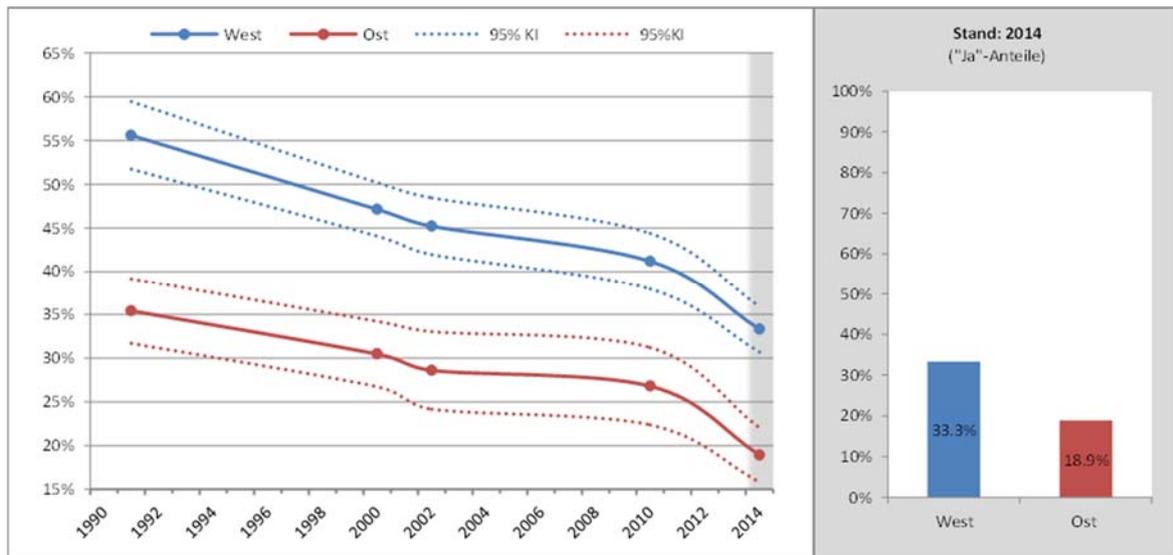
Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Glauben Sie, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein - oder glauben Sie, man kann alleine genauso glücklich leben?“ Antwortmöglichkeiten: Braucht Familie (1), Alleine genauso glücklich (2), Alleine glücklicher (3), Unentschieden (4). Hier codiert braucht Familie (1) als Ja-Anteile, (2)-(4) als Nein-Anteile.

Abbildung 169: Heirat bei dauernder Partnerschaft



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Meinen Sie, dass man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt?“ Antwortmöglichkeiten: Ja (1) Nein (2) Unentschieden (3) Weiß nicht (4).

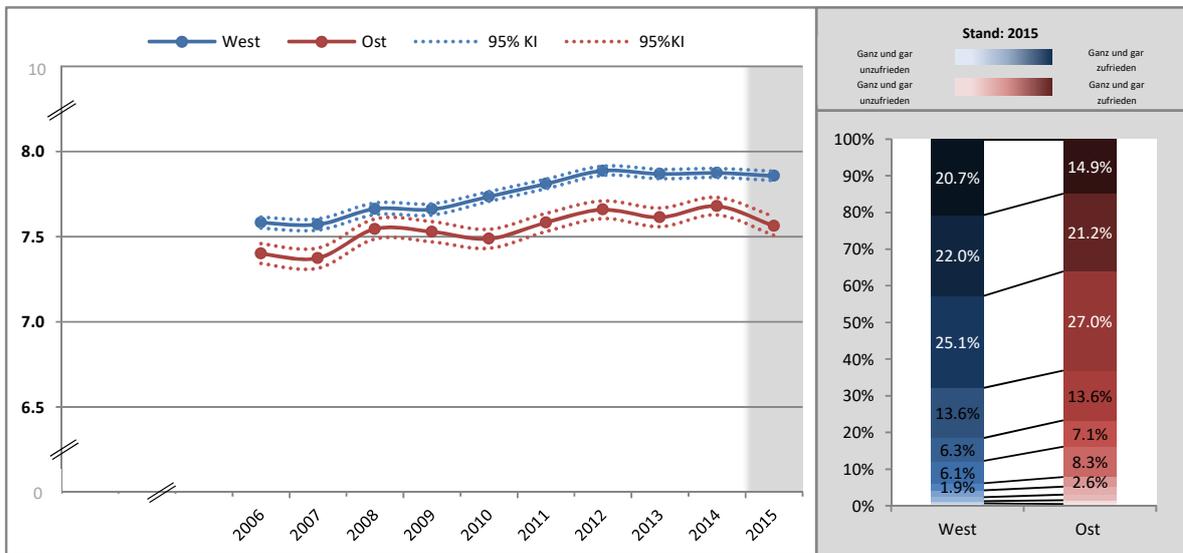
Abbildung 170: Kind als Grund für Heirat



Anmerkungen: ALLBUS 2014: „Und wie ist es, wenn ein Kind da ist? Meinen Sie, dass man dann heiraten sollte?“ Antwortmöglichkeiten: Ja (1) Nein (2) Unentschieden (3) Weiß nicht (4).

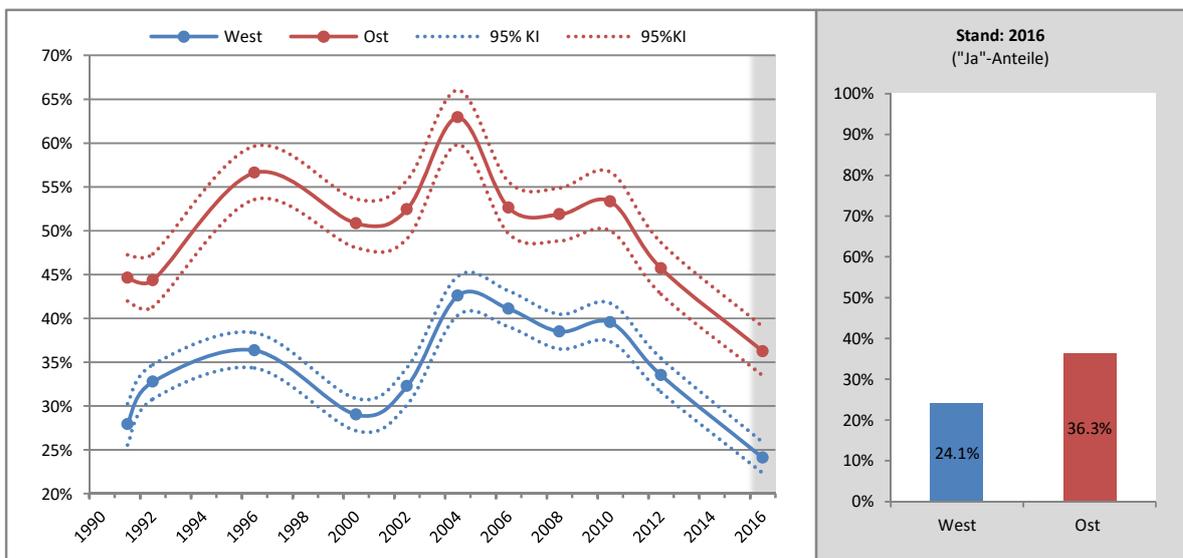
Nach der Zufriedenheit mit dem eigenen Familienleben gefragt, fallen die Antworten in beiden Landesteilen mehrheitlich positiv aus (Abbildung 171). Im Westen liegt der Anteil derer die eine hohe Zufriedenheit mit ihrem Familienleben empfinden bei 67,8 % und im Osten bei 63,1% (Anteil derer, die auf einer Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ eine Zustimmung zwischen 8 und 10 Punkten angaben). Im Durchschnitt sind Westdeutsche etwas zufriedener mit ihrem Familienleben als die Ostdeutschen. Diese Differenz besteht seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 2006 und hat sich zwischenzeitlich zwar reduziert, ist aktuell jedoch wieder größer geworden.

Abbildung 171: Zufriedenheit mit Familienleben



Anmerkungen SOEP 2015: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? -Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Familienleben?“ Antwortmöglichkeiten: 0-10: Ganz und gar unzufrieden (0) bis Ganz und gar zufrieden (10).

Abbildung 172: Bei dieser Zukunft keine Kinder mehr



Anmerkungen ALLBUS 2014, ALLBUS 2016: „So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen.“ Antwortmöglichkeiten: Bin derselben Meinung (1) Bin anderer Meinung (2). Hier codiert Bin derselben Meinung (1) als Ja-Anteile, Bin anderer Meinung als Nein-Anteile.

Eine nach wie vor starke Differenz zwischen den Landesteilen besteht hinsichtlich der Einstellung, ob es in Zukunft verantwortbar ist Kinder auf die Welt zu bringen (Abbildung 172). Es sind 36,3% der Ostdeutschen, die finden, dass es kaum zu verantworten ist bei dieser Zukunft Kinder zu bekommen, wohingegen nur 24,1% der Westdeutschen dieser Meinung sind. Im Zeitverlauf

fallen für beide Landesteile starke Schwankungen auf. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland erreichte die Negativeinschätzung im Jahr 2004 ihren Höhepunkt. Damals gaben Ostdeutsche zu 62,9% an, es bei dieser Zukunft nicht verantworten zu können, Kinder auf die Welt zu bringen. Im Westen waren im selben Jahr 42,6% der Befragten dieser Auffassung. Auffallend für die neuen Bundesländer ist, dass 2016 die Zukunftseinschätzung erstmals wieder positiver ausfällt als kurz nach der Wende 1992. Zwischen 1996 und 2010 war durchgängig über die Hälfte der Ostdeutschen der Meinung bei diesen Zukunftsaussichten keine Kinder auf die Welt bringen zu können. Aktuell wird die Zukunft in beiden Landesteilen so positiv eingeschätzt wie niemals zuvor seit Befragungsbeginn 1991. Auch die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland ist so gering wie nie zuvor. Mit 12,5 Prozentpunkten ist sie jedoch nach wie vor hoch.

4. Ursachenforschung

In der deskriptiven Analyse wurde deutlich, dass die Entwicklung der Einstellungen aus der familialen Sphäre in Ost- und Westdeutschland differenziert betrachtet werden muss. Während einige Einstellungen konvergiert sind oder sich ohnehin kaum unterscheiden, bestehen bei einigen Einstellungen Unterschiede bis zum aktuellen Rand fort. In diesem Kapitel wird eine Auswahl an Einstellungen, die noch immer deutliche Ost-West-Unterschiede zeigen, einer tieferen Analyse unterzogen. In zwei Analyseschritten wird untersucht, inwieweit die Ost-West-Unterschiede erklärt werden können und in welchen Bevölkerungsgruppen die Unterschiede vornehmlich vorherrschen.⁵⁹

Der erste Analyseschritt stellt die Frage, ob demographische, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland für die Unterschiede in Einstellungen verantwortlich sind. Denn Ostdeutsche unterscheiden sich in vielen Merkmalen, die wiederum Einstellungen beeinflussen, von Westdeutschen. Beispielsweise sind die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt älter, verfügen über geringere Haushaltseinkommen und haben seltener einen Migrationshintergrund. Außerdem sind die ostdeutschen Regionen von höherer Arbeitslosigkeit geprägt⁶⁰. Anhand der Ergebnisse von Regressionsanalysen kann abgelesen werden, ob die Unterschiede auch nach Angleichung der Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschland fortbestehen würden. Für die Analysen werden sowohl individuelle als auch regionale Erklärungsfaktoren verwendet. Die individuellen Merkmale sind das Alter in Jahren (und das quadrierte Alter), das Geschlecht, der Migrationshintergrund, der Ehestand, der Schulabschluss, die Anzahl der Kinder, die Erwerbssituation und das Haushaltseinkommen⁶¹. Auf der Ebene von insgesamt 96 Regionen, in denen die Befragten wohnen, kommen die Geburtenziffer, acht Maße der Altersstruktur der

⁵⁹ Eine nähere Beschreibung der Analysemethoden befindet sich im Anhang.

⁶⁰ Eine nähere Beschreibung der Merkmalsunterschiede befindet sich im Anhang.

⁶¹ Wegen einer großen Anzahl fehlender Werte kann das Haushaltseinkommen nicht in den Regressionsanalysen mit dem Allbus verwendet werden.

Bevölkerung (20-34, 35-49, 50-64, 65 und älter, jeweils nach Geschlecht), der Anteil der Asylleistungsempfänger und der Ausländeranteil als demographische regionale Maße zum Einsatz. Regionale wirtschaftliche Kontrollen sind die Arbeitslosenquote, die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen, die Arbeitslosenquote der Ausländer, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das verfügbare Einkommen pro Kopf und der Anteil der SGBII-Bezieher.

Im zweiten Analyseschritt wird untersucht, in welchen Bevölkerungsgruppen und Regionen die Ost-West-Unterschiede besonders groß sind und in welchen sie womöglich gar nicht beobachtet werden. Dazu werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb kleiner Gruppen, die anhand der oben genannten Merkmale beschrieben werden, ausgewiesen. Ost-West-Unterschiede in Einstellungen innerhalb besser vergleichbarer Gruppen können nähere Hinweise darauf liefern, welchen Ursprung sie haben und wie wahrscheinlich sie auch in Zukunft fortbestehen.

4.1 Sind die Ost-West-Unterschiede erklärbar?

In Abbildung 173 ist die Ost-West-Differenz für verschiedene Einstellungen als Ergebnis von Regressionen abgetragen⁶². In Ostdeutschland sind weniger Menschen mit ihrem Familienleben zufrieden als in Westdeutschland. Individuelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen erklären einen Teil dieses Unterschieds. Wären sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland in diesen Merkmalen ähnlich, wäre auch die Zufriedenheit mit dem Familienleben ähnlicher. Eine Angleichung der regionalen Merkmale würde den Ost-West-Unterschied tendenziell wieder vergrößern.

Deutlich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche sind der Meinung, dass auch berufstätige Mütter ein herzliches Verhältnis zu ihren Kindern haben können. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn die Menschen in Ost- und Westdeutschland ähnlicher wären. Die Unterschiede in den regionalen Merkmalen, besonders die Demographie, scheinen aber einen großen Teil des Unterschieds erklären zu können. Der Ost-West-Unterschied wäre bei vergleichbaren regionalen Bedingungen zumindest kleiner und unter Umständen ganz verschwunden. Dies ist, wie weitere

⁶² Der Balken zeigt an, ob der Wert in Ostdeutschland höher (Balken zeigt nach rechts) oder niedriger (Balken zeigt nach links) ausfällt. Der Strich in den Balken repräsentiert das 95%-Konfidenzintervall aus den Regressionsergebnissen. Schließt das Intervall, also der Strich, die Nulllinie nicht mit ein, spricht man von einem statistisch signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Der erste Balken in lila beschreibt die Differenz in den Rohdaten ohne Hinzufügung von Kontrollen. Für eine vergleichbare Darstellung sind hier alle Variablen auf einen Mittelwert von Null standardisiert. Der zweite Balken in grün zeigt die Ost-West-Differenz an, nachdem für alle individuellen Merkmale kontrolliert wurde. Der Balken kann als derjenige Unterschied interpretiert werden, der zwischen Ost- und Westdeutschland herrschen würde, wenn die durchschnittlichen individuellen Merkmale der Menschen gleich wären. Die weiteren zwei Balken in orange und blau kontrollieren über die individuellen Merkmale hinaus für regionale Merkmale aus den Raumordnungsregionen der Befragten. Der dritte Balken in orange kontrolliert zusätzlich für die Merkmalsgruppe Demographie, der vierte Balken in blau zusätzlich für wirtschaftliche Merkmale.

VI. Familiäre Sphäre

Analysen zeigen, in erster Linie auf die Altersstruktur in den Regionen aber auch auf die wirtschaftlichen Bedingungen zurückzuführen.

Dass die Berufstätigkeit von Müttern oder die Vollzeitberufstätigkeit von Vätern schlecht für das Kind sind, glauben in Ostdeutschland wesentlich weniger Befragte als in Westdeutschland. Individuelle Merkmalsunterschiede sind dafür nicht verantwortlich. Vielmehr zeigt sich, dass regionale Merkmale die Unterschiede bei der Einschätzung der Berufstätigkeit der Mutter deutlich beeinflussen und den Ost-West-Unterschied tendenziell verschwinden lassen. Dies liegt beinahe zu gleichen Teilen an der regionalen Altersstruktur und den regionalen wirtschaftlichen Bedingungen. Wenig Erklärungsgehalt haben die regionalen Kontrollen bei der Einstellung bezüglich der väterlichen Berufstätigkeit.

Die traditionellere Sichtweise der westdeutschen Befragten zeigt sich ebenfalls bei den Fragen nach der Arbeitsteilung und Zuständigkeiten für Haushalt und Kinder. Mehr westdeutsche Befragte sind der Meinung, dass der Mann arbeiten und die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmern sollte. Mehr ostdeutsche Befragte geben außerdem an, dass Männer und Frauen in Vollzeit arbeiten und sich Kinder und Haushalt teilen sollten. Wiederum sind mehr Westdeutsche der Meinung, dass Mütter den Arbeitsplatz aufgeben sollten, wenn ihr Mann gut verdient. Bei allen drei Fragen ändert das Angleichen von individuellen Merkmalen nichts an den Ost-West-Differenzen. Die regionalen Merkmalsunterschiede sind dafür geeignet einen großen Teil der Ost-West-Unterschiede zu erklären, im Falle der Vollzeit arbeitenden Eltern etwa die Hälfte, im Falle der anderen beiden Einstellungen sogar noch mehr. Zum größten Teil liegt dies an der unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung. Wegen der Schätzunsicherheit kann aber nicht davon gesprochen werden kann, dass die Unterschiede ganz verschwinden würden.

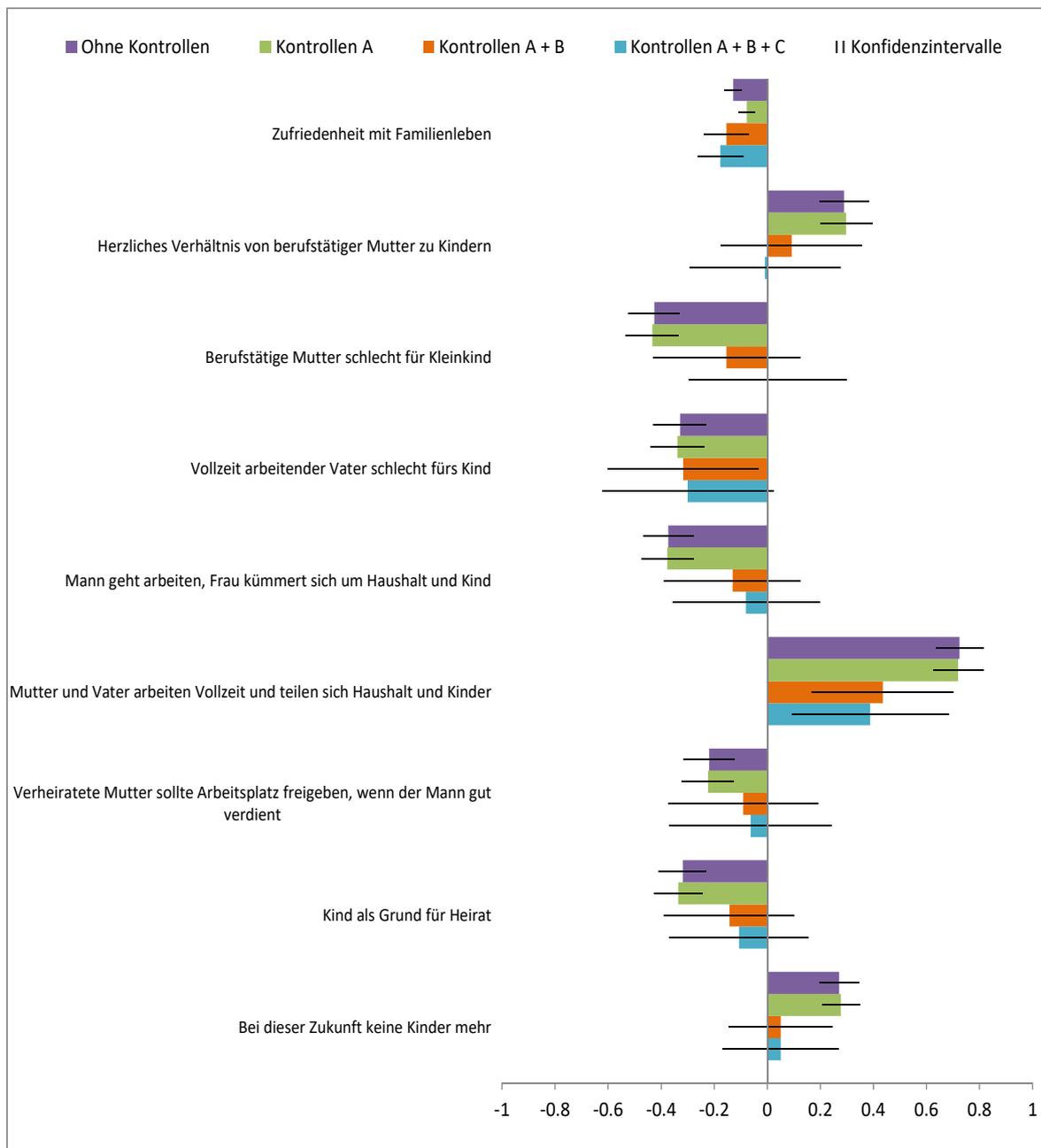
Weniger Ostdeutsche als Westdeutsche geben an, dass das Kind der Grund für die Heirat war. Zugleich sagen auch mehr Ostdeutsche als Westdeutsche, dass sie bei dieser Zukunft keine Kinder mehr möchten. Individuelle Merkmale ändern nichts an den Ost-West-Differenzen. Mit ähnlicheren regionalen Bedingungen scheinen sich auch die Ost-West-Differenzen deutlich zu verkleinern. Unterschiede in der regionalen Altersstruktur, der Geburtenrate und den wirtschaftlichen Bedingungen tragen hier dazu bei die Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen zu erklären.

Wie sind die Graphiken zu lesen?

Die Abbildungen in den Kapiteln zur Ursachenforschung zeigen die Ergebnisse verschiedener statistischer Berechnungen. Diese Regeln helfen sie ganz einfach zu verstehen:

- Die Balken verdeutlichen den Ost-West-Unterschied. **Je größer** der Balken, **desto größer** der **Ost-West-Unterschied**.
- Ein Balken nach **links** in den negativen Bereich bedeutet: die Einstellung ist in Ostdeutschland **weniger** ausgeprägt. Ein Balken nach **rechts** in den positiven Bereich sagt entsprechend, dass die Einstellung in Ostdeutschland **stärker** ausgeprägt ist.
- Die erste Abbildung dieses Kapitels führt „**Kontrollen**“ ein. Damit sind Merkmale der Befragten gemeint. Der Balken sagt aus: wie groß ist der **Ost-West-Unterschied**, wenn diese **Merkmale gleich** wären?
- Alle weiteren Abbildungen beschreiben den Unterschied in Einstellungen innerhalb verschiedener Gruppen. Ein Beispiel: wie groß ist der Ost-West-Unterschied für alle unter 35-Jährigen?

Abbildung 173: Ost-West-Unterschiede mit Kontrollvariablen



Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ostdeutschen um 0,13 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen. Werden individuelle Kontrollen A hinzugefügt, verringert sich der Abstand auf 0,08. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Kontrollen A beinhalten individuelle Merkmale (Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Ehestand, Schulabschluss, Anzahl der Kinder, Erwerbssituation, Haushaltseinkommen), Kontrollen B beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Demographie, Kontrollen C beinhalten die regionale Merkmalsgruppe Wirtschaft. Für vollständige Fragetexte siehe Kapitel 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2 Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Um näher zu beleuchten, welche Bevölkerungsgruppen für die Ost-West-Unterschiede verantwortlich sind, werden im Nachfolgenden die Ost-West-Unterschiede für verschiedene Bevölkerungsgruppen, die anhand der individuellen und regionalen Merkmale definiert werden, untersucht.

4.2.1 Bei unter 35-Jährigen Ost-West-Unterschiede am kleinsten

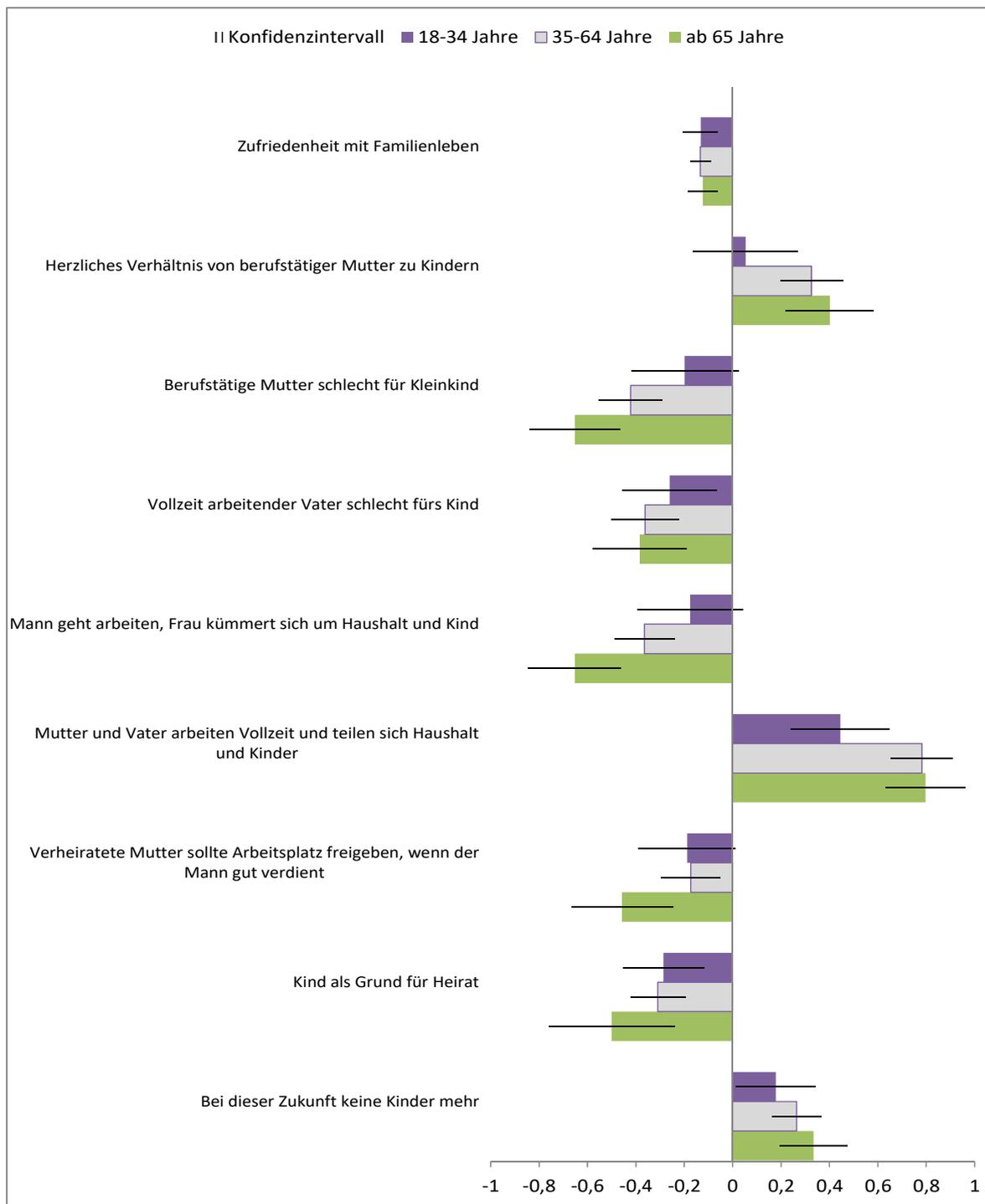
In Abbildung 174 werden die Ost-West-Unterschiede innerhalb von Bevölkerungsgruppen untersucht, die nach ihrem Alter unterschieden werden. Die Differenzen werden für Menschen im Alter von 18-34 Jahren, 35-64 Jahren sowie einem Alter ab 65 Jahren getrennt ausgewiesen.

Unabhängig vom Alter geben mehr westdeutsche Befragte als ostdeutsche Befragte an mit ihrem Familienleben zufrieden zu sein. Für die anderen familialen Einstellungen allerdings spielt das Alter eine teilweise große Rolle bei der Bestimmung der Ost-West-Differenz. Die jüngste Generation, die 18-34-Jährigen, zeigen in allen weiteren Einstellungen, bis auf eine, die kleinsten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Und entsprechend oft ist eine mittlere Ost-West-Differenz bei den 35-64-Jährigen zu finden. Die älteste Gruppe der ab 65-Jährigen zeigt bei allen weiteren Einstellungen den größten Ost-West-Unterschied. Die weitgehende Annäherung in der jüngsten Generation ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass jüngere Westdeutsche egalitärer eingestellt sind als ältere Westdeutsche. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die jüngeren Ostdeutschen teilweise weniger egalitäre Einstellungen zur Familie aufweisen als die älteren Ostdeutschen. Die Annäherung ist also auf entgegengesetzte Alterseffekte in Ost- und Westdeutschland zurückzuführen.

Die junge Generation unterscheidet sich in der Einschätzung, dass auch berufstätige Mütter ein herzliches Verhältnis zu ihren Kindern haben können, nicht zwischen Ost und West. Auch die traditionelle Rollenaufteilung wird zwischen Ost- und Westdeutschland in der jüngsten Altersgruppe nicht mehr deutlich unterschiedlich gesehen.

In der ältesten Bevölkerungsgruppe werden insbesondere die Ansichten zur Berufstätigkeit von Müttern und zur traditionellen Rollenaufteilung in Ost- und Westdeutschland deutlich unterschiedlich bewertet, wobei die Westdeutschen die traditionelleren Ansichten vertreten.

Abbildung 174: Ost-West-Unterschiede nach Altersgruppen



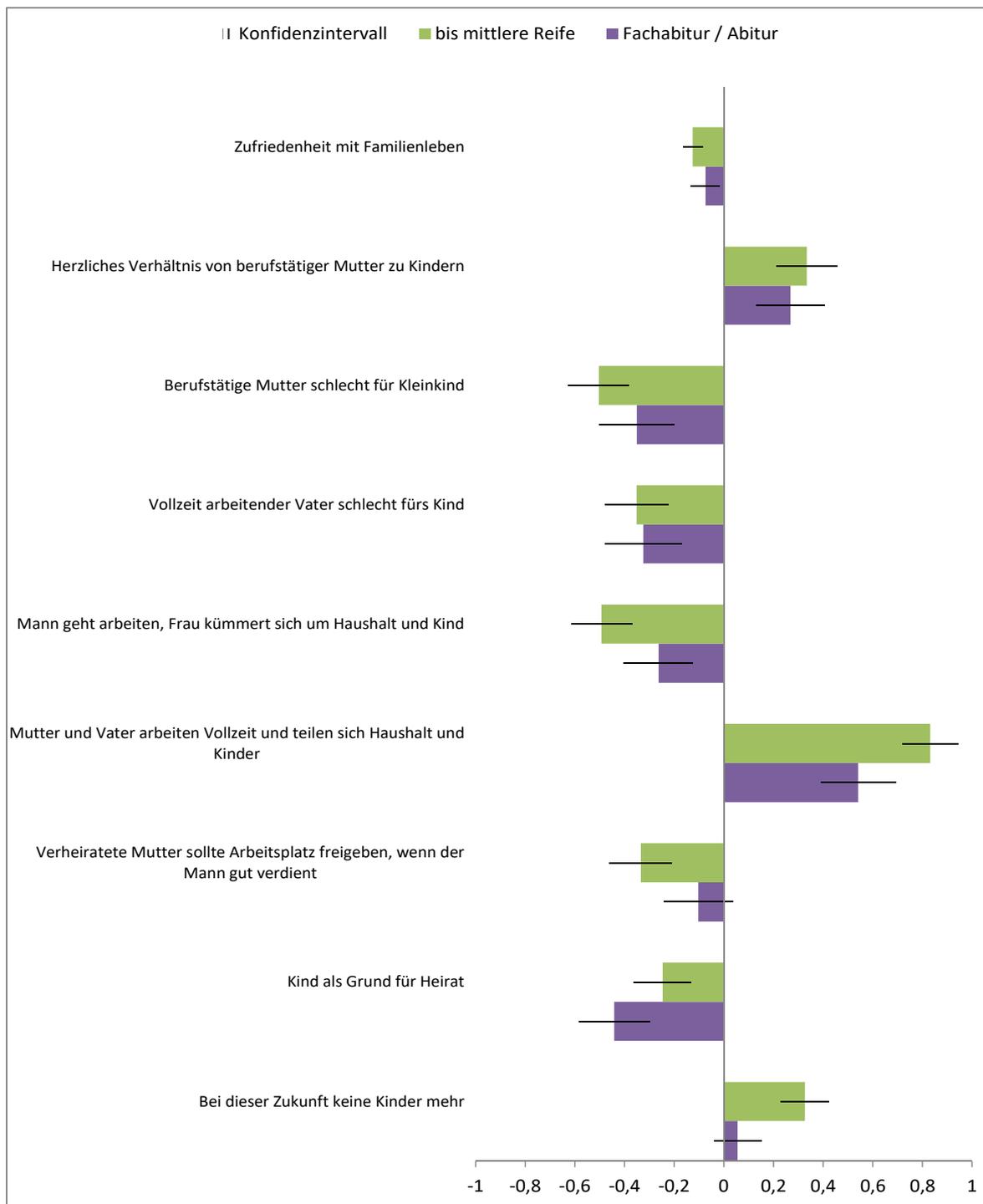
Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ostdeutschen im Alter von 18-34 Jahren um 0,13 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen im gleichen Alter. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Kapitel 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.2 Große Ost-West-Unterschiede in beiden Bildungsgruppen

In Abbildung 175 werden die Ost-West-Unterschiede für Personen mit höchstem Schulabschluss mittlere Reife oder weniger und Personen mit Fachabitur/Abitur getrennt ausgewiesen. Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist im Osten in beiden Bildungsgruppen kleiner als im Westen, auch wenn die Differenz bei höherem Schulabschluss etwas zu schrumpfen scheint. Ostdeutsche, deren höchster Schulabschluss das Fachabitur oder Abitur ist, sind den Westdeutschen in Fragen der Rollenverteilung ähnlicher als Personen mit niedrigerem Schulabschluss und teilweise gar nicht mehr verschieden. Kein Ost-West-Unterschied besteht in dieser Gruppe außerdem in der Einschätzung, dass man bei dieser Zukunft keine Kinder mehr möchte. Dafür ist der Unterschied in der Frage, ob ein Kind ein Grund zum Heiraten ist, größer als in der Gruppe mit höchstens mittlerer Reife.

Die Ost-West-Unterschiede in der Einschätzung, inwieweit die Erwerbstätigkeit von Vätern und Müttern schädlich ist, unterscheiden sich dafür kaum zwischen den Bildungsgruppen. Nur bei der Einschätzung, dass berufstätige Mütter schlecht für das Kind sind, scheinen sich die Ost- und Westdeutschen in der höheren Bildungsgruppe etwas anzunähern. Dennoch sind die Unterschiede in allen Fällen groß und signifikant.

Abbildung 175: Ost-West-Unterschiede nach Bildungsniveau



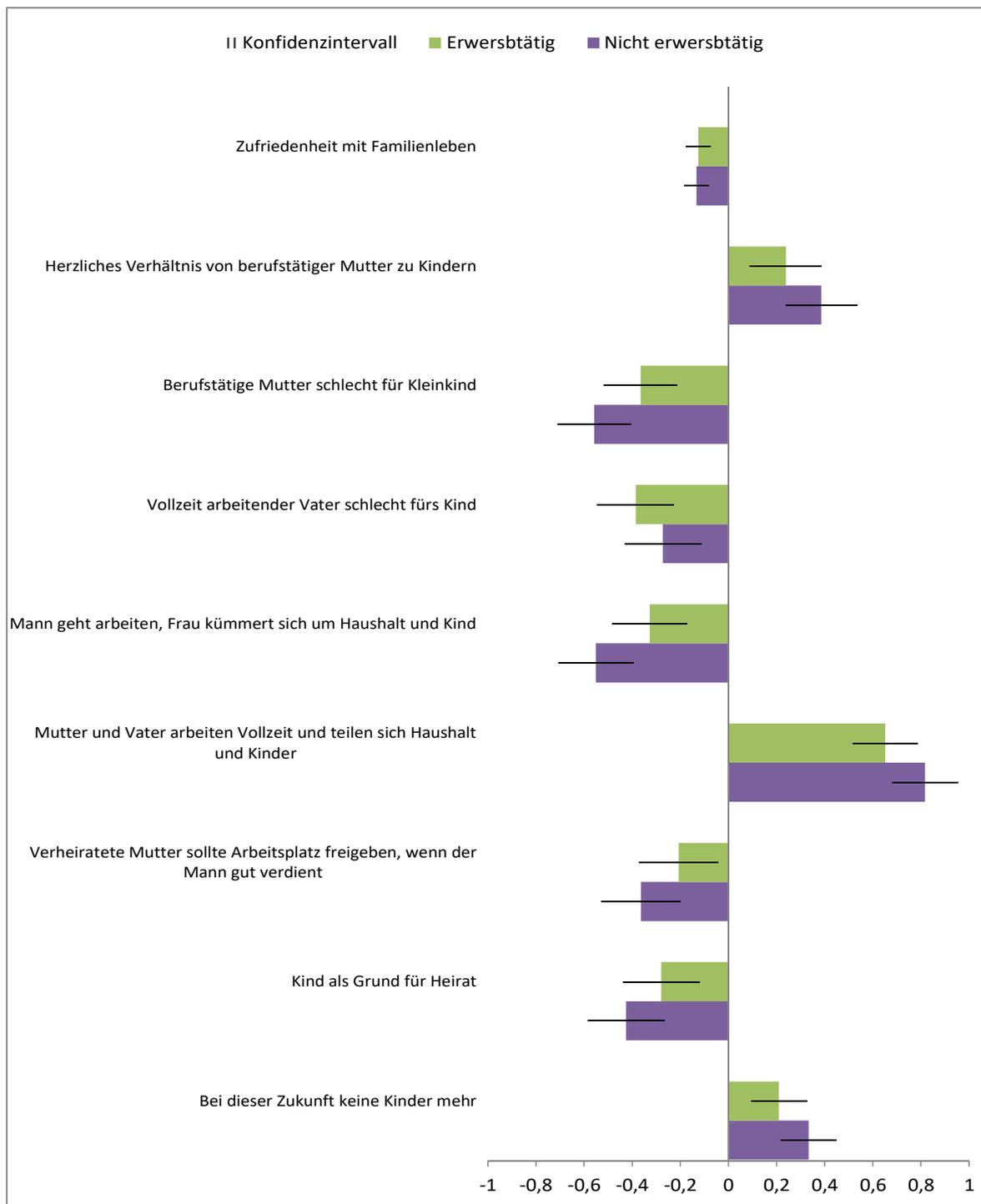
Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ostdeutschen mit höchstens mittlerer Reife um 0,13 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen mit der gleichen Schulbildung. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.3 Ost-West-Unterschiede etwas kleiner bei Erwerbstätigkeit

In Abbildung 176 und Abbildung 177 werden Ost-West-Unterschiede in der Einstellung je nach Beschäftigungsstatus bzw. Haushaltseinkommen der Befragten dargestellt. Die Ost-West-Unterschiede sind unter Erwerbstätigen fast allesamt kleiner als unter nicht Erwerbstätigen und trotzdem noch groß und deutlich messbar (Abbildung 176). Die eine Ausnahme ist die Ansicht, dass Vollzeit arbeitende Väter schlecht für das Kind seien. Hierbei unterscheiden sich ost- und westdeutsche Erwerbstätige etwas stärker als Nicht-Erwerbstätige, allerdings nicht deutlich unterscheidbar. In allen anderen familialen Einstellungen sind sich Erwerbstätige in Ost- und Westdeutschland zumindest etwas ähnlicher als Nicht-Erwerbstätige, allerdings ist die Differenz zu den Nicht-Erwerbstätigen nur schwach ausgeprägt. Am stärksten sind die Unterschiede noch in der Einschätzung, ob Mütter erwerbstätig sein sollten. Da Ost-West-Unterschiede in allen Einstellungen für Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige fortbestehen, scheint dies nicht der entscheidende Erklärungsfaktor zu sein.

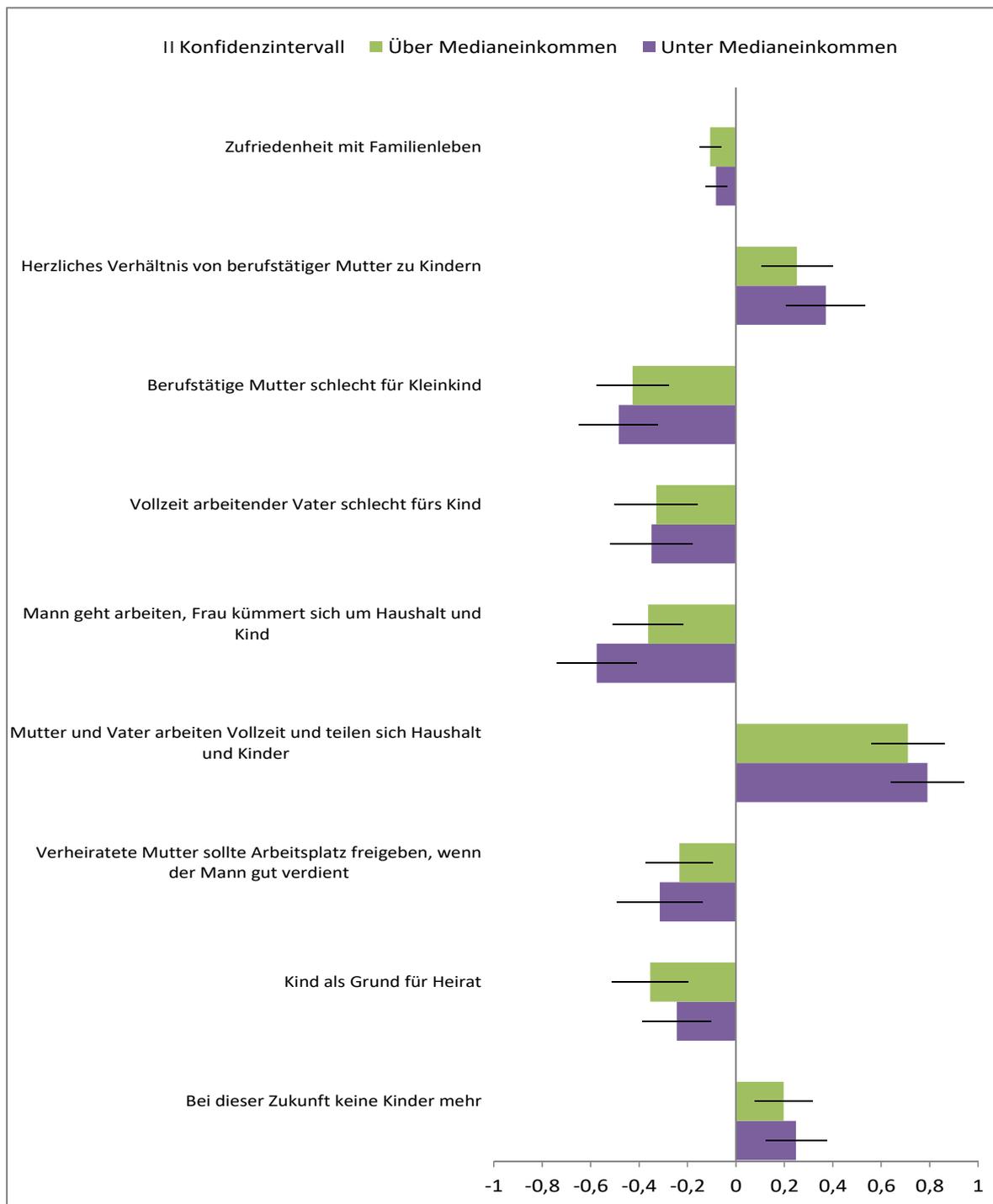
Hinsichtlich des Haushaltseinkommens (Abbildung 177) wird keine Tendenz der Ost-West-Unterschiede erkennbar. Die Unterschiede zwischen Haushalten mit hohen und niedrigen Einkommen zeigen kein eindeutiges Muster. Lediglich in der Zustimmung zum traditionellen Rollenbild sind die Ost-West-Differenzen zwischen den Gruppen deutlich verschieden, wobei sich Personen mit höheren Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland weniger stark unterscheiden. Insgesamt sind alle familialen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen deutlich verschieden, unabhängig von ihrem Haushaltseinkommen.

Abbildung 176: Ost-West-Unterschiede bei Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen



Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei erwerbstätigen Ostdeutschen um 0,13 Punkte schwächer ausgeprägt als bei erwerbstätigen Westdeutschen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 177: Ost-West-Unterschiede nach Haushaltseinkommen

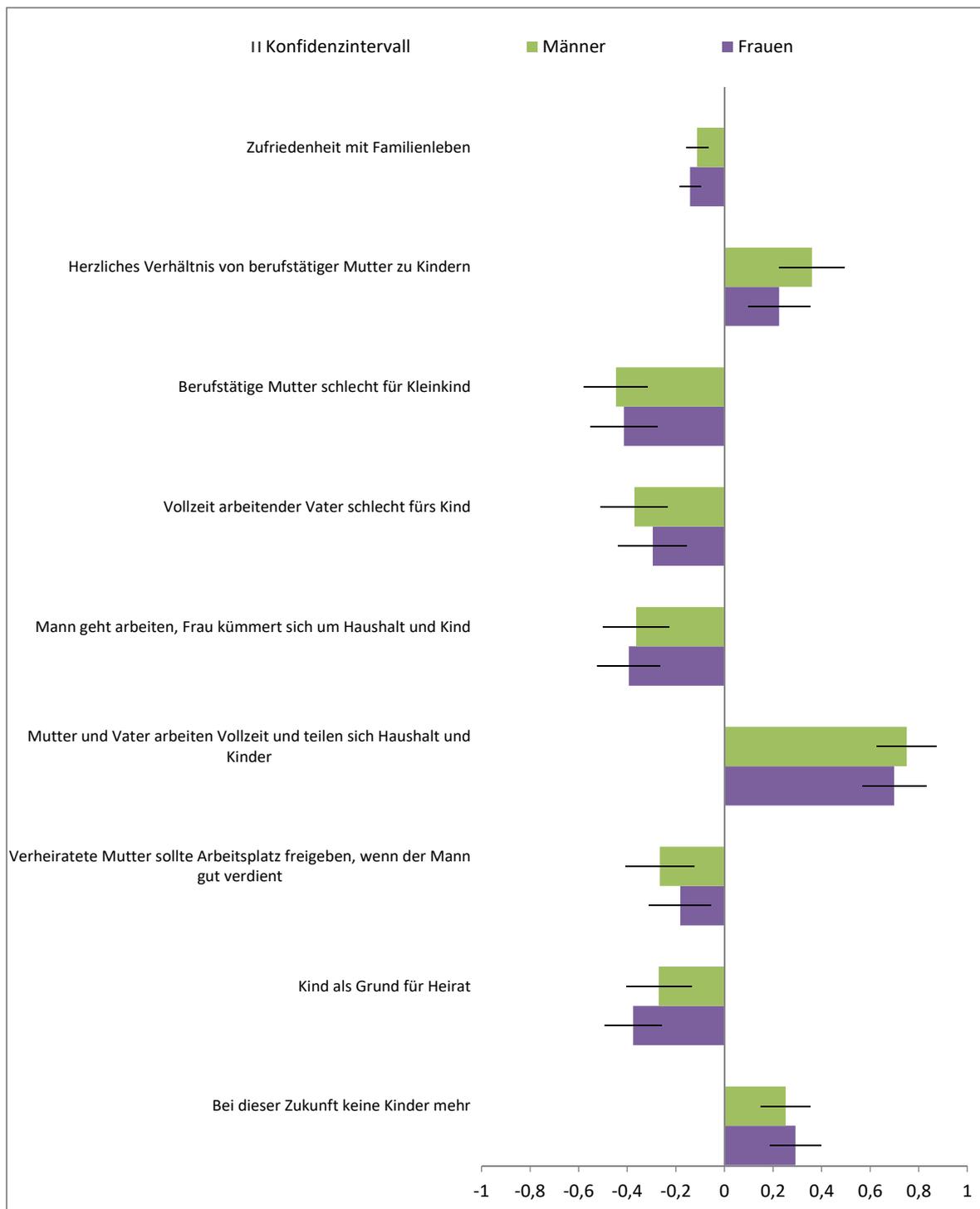


Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ostdeutschen mit überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen um 0,11 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen mit überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

4.2.4 Frauen und Männer und Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich gleichermaßen

In Abbildung 178 wird dargestellt, wie sich die Ost-West-Unterschiede in familialen Einstellungen nach dem Geschlecht der Befragten unterscheiden. Die teilweise sehr großen Ost-west-Unterschiede sind offenbar keine Frage des Geschlechts. Sowohl Frauen als auch Männer unterscheiden sich deutlich und in ganz ähnlicher Weise. Lediglich in der Frage, ob berufstätige Mütter ein herzliches Verhältnis zu ihren Kindern haben können, ähneln sich Frauen und Ost- und Westdeutschland mehr als Männer.

Abbildung 178: Ost-West-Unterschiede nach Geschlecht



Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei männlichen Ostdeutschen um 0,11 Punkte schwächer ausgeprägt als bei männlichen Westdeutschen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

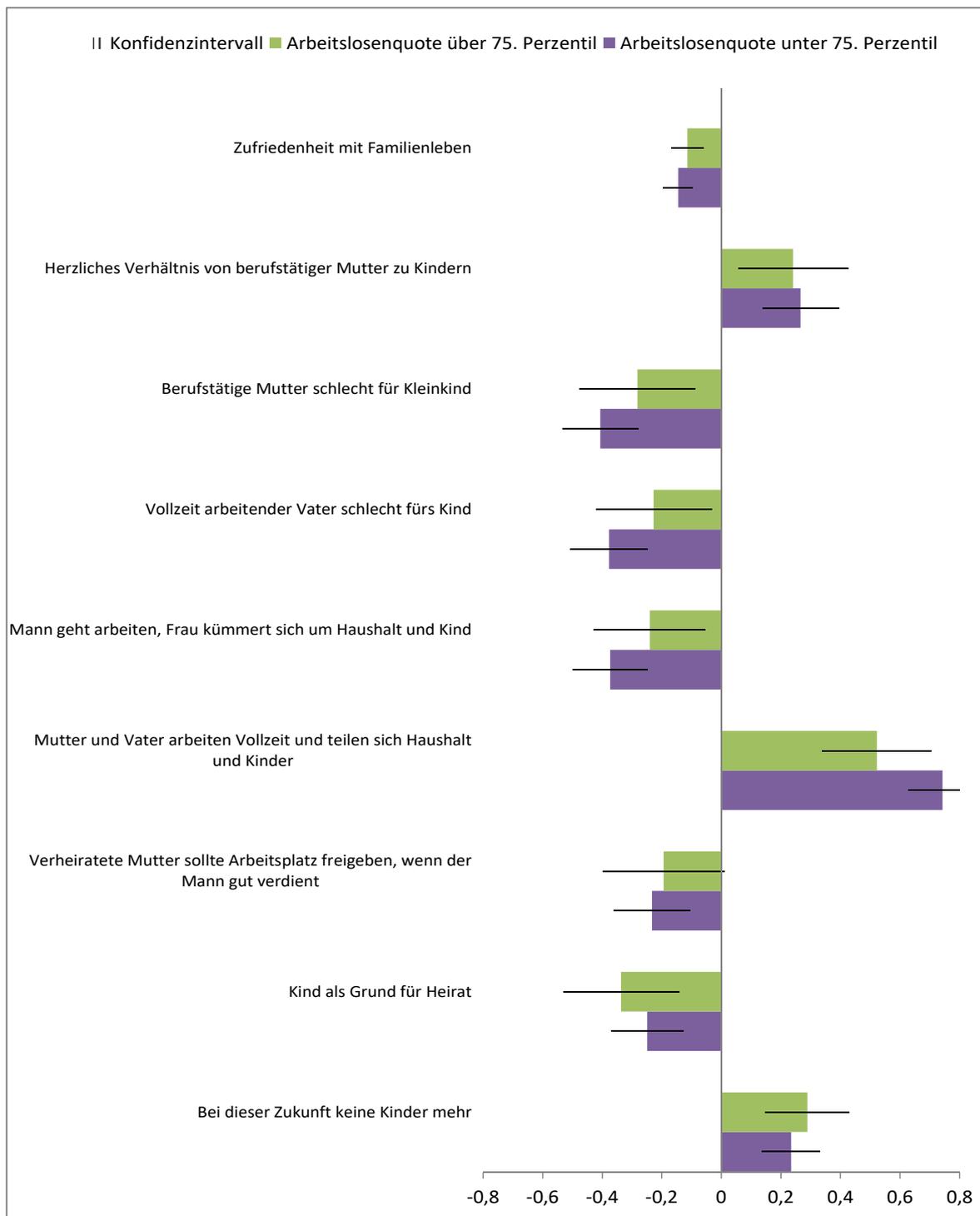
4.2.5 Demographie und regionale Arbeitslosigkeit keine bestimmenden Faktoren

Die Ost-West-Unterschiede in Einstellungen werden nun für Gruppen ausgewiesen, die anhand regionaler Charakteristika differenziert werden. Anhand des Medians der Merkmale in der Raumordnungsregion des Wohnortes werden die Befragten in zwei Gruppen unterteilt. In Abbildung 179: werden die Regionen anhand der Arbeitslosenquote zugeordnet, in Abbildung 180 anhand des Anteils der 20-35-jährigen Bevölkerung. Die regionale Arbeitslosenquote (Arbeitslosenquote über dem 75. Perzentil⁶³) ist für den Ost-West-Unterschied in familialen Einstellungen nur schwach relevant (Abbildung 179:). In allen Einstellungen finden sich für Regionen mit hoher und niedriger Arbeitslosigkeit signifikante Ost-West-Unterschiede. Lediglich in den vier Einstellungen zum Rollenbild innerhalb der Familie scheinen die Ost-West-Unterschiede in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit etwas kleiner zu sein als in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind dabei allerdings nicht sehr deutlich.

Abbildung 180 zeigt die Ost-West-Unterschiede für Regionen mit unterschiedlicher demographischer Zusammensetzung. Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-35-Jährigen verhalten sich im Ost-West-Unterschied in familialen Einstellungen nur selten deutlich verschieden von Regionen mit älterer Bevölkerungsstruktur. In vier Einstellungsmaßen gibt es dafür eine deutliche Tendenz. Ost- und Westdeutsche in jüngeren Regionen sind sich ähnlicher in der Zufriedenheit mit dem Familienleben als in Regionen mit älterer Bevölkerung. Außerdem unterscheiden sie sich weniger in der Zustimmung zur traditionellen Rollenverteilung in der Familie. In der Frage, ob berufstätige Mütter ein herzliches Verhältnis zu ihren Kindern haben können und ob man bei dieser Zukunft lieber keine Kinder mehr möchte, unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche in Regionen mit junger Bevölkerungsstruktur nicht mehr deutlich voneinander.

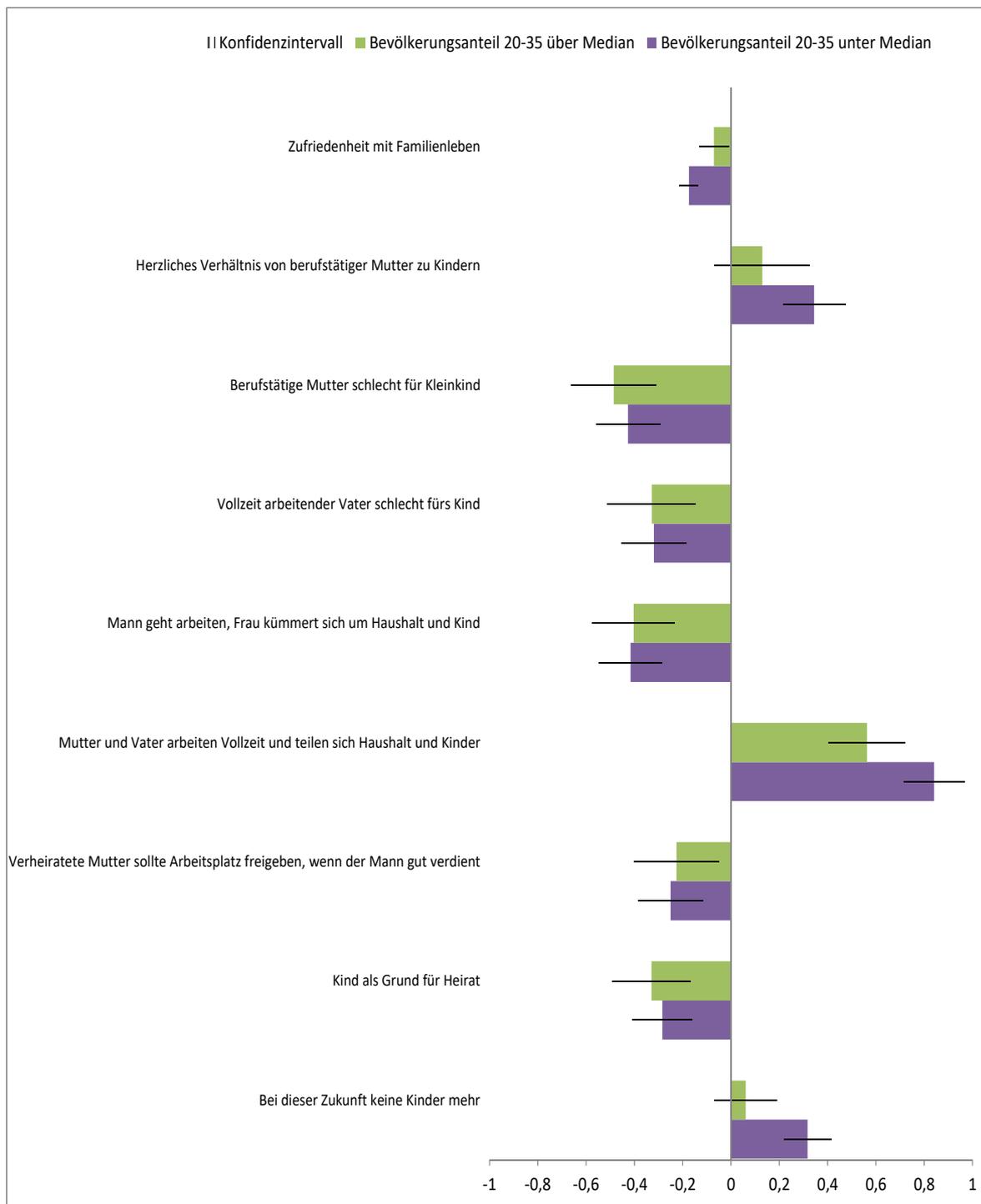
⁶³ Wegen hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland muss hier eine höhere Grenze als der Median gezogen werden, damit auch ostdeutsche Regionen zum Vergleich in der niedrigen Kategorie bereitstehen.

Abbildung 179: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Arbeitslosenquote



Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit um 0,15 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

Abbildung 180: Ost-West-Unterschiede nach regionaler Bevölkerungszusammensetzung



Lesebeispiel: Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ostdeutschen in Regionen mit überdurchschnittlich vielen 20-34-Jährigen um 0,15 Punkte schwächer ausgeprägt als bei Westdeutschen in vergleichbaren Regionen. Die Striche auf den Balken verkörpern die Schätzunsicherheit. Anmerkungen: Variable „Zufriedenheit mit Familienleben“ aus SOEP 2015, Variablen darunter Allbus 2014 oder 2016. Die Ergebnisse der drei Gruppen wurden in getrennten Schätzungen ermittelt. Für vollständige Fragetexte siehe Abschnitt 3. Die Konfidenzintervalle sind als Striche für das 95%-Niveau angegeben.

5. Fazit: Private und Familiäre Einstellungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland

Bei der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern existiert ein persistentes Ost-West-Gefälle, vor allem bei Älteren

Bürgerinnen und Bürger beider Landesteile stehen heutzutage der erwerbstätigen Mutter grundsätzlich positiv gegenüber. 86% der Westdeutschen und 92% der Ostdeutschen finden, dass auch eine berufstätige Mutter ein inniges Verhältnis zu ihrem Kind haben kann. Die kurz nach der Wende bestehende Ost-West-Differenz ist zwar bis heute um die Hälfte geschrumpft, aber weiterhin existent. Die Einstellungen hinsichtlich in Vollzeit beschäftigter Mütter offenbaren eine noch größere Differenz zwischen den Landesteilen. Während Ostdeutsche mit knapp 57% überzeugt sind, dass auch eine in Vollzeit erwerbstätige Mutter ein inniges Verhältnis zu ihrem Kind haben könne, sind es nur 31,6% der Westdeutschen. Zudem findet mit 44% fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung, dass ein Kind unter der Berufstätigkeit der Mutter leide. Unter den Ostdeutschen stößt diese Aussage nur bei 26% der Bevölkerung auf Zustimmung. Zudem ist zu beobachten, dass sich das Ost-West-Gefälle seit der Wende bis 2004 stetig vergrößert hat und erst am aktuellen Rand wieder knapp unter dem Wert von 1991 liegt. Über die Zeit sind die Einstellungen in beiden Landesteilen in einem ähnlichen Maß egalitärer geworden sind. Die Differenz zwischen Ost und West in der Bewertung von erwerbstätigen Müttern steigt mit dem Alter an. Die größten Ost-West-Unterschiede finden sich, wenn man lediglich Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahre befragt. In der Gruppe der 18-34-Jährigen verschwinden die Einstellungsunterschiede teilweise. Außerdem ähneln sich Ost- und Westdeutsche in der Einstellung ein wenig mehr, wenn sie höher gebildet oder erwerbstätig sind.

Ostdeutsche sehen die Vollzeiterwerbstätigkeit von Vätern weniger kritisch als Westdeutsche

Die Mehrheit der Ost- und Westdeutschen findet, dass auch ein in Vollzeit erwerbstätiger Vater sich ausreichend um sein Kind kümmern kann. Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern sehen jedoch die Vollzeiterwerbstätigkeit von Vätern weniger kritisch als die Menschen im Westen. Die Ost-West-Unterschiede finden sich durch alle Gesellschaftsschichten und scheinen sehr persistent zu sein.

Fragt man danach, ob in Vollzeit arbeitende Väter auch ein inniges Verhältnis zu ihren Kindern haben können, so ist zu konstatieren, dass Ostdeutsche dieser Aussage wesentlich häufiger zustimmen. Trotzdem findet eine überwältigende Mehrheit in Ost- und Westdeutschland, dass eine Vollzeitberufstätigkeit des Vaters keine negativen Konsequenzen für die Intensität des Verhältnisses zum eigenen Kind hat.

Bei traditioneller versus egalitärer Rollenverteilung bestehen gleichbleibende Unterschiede, leichte Konvergenz ist zu erkennen

Das traditionelle Modell des männlichen Alleinverdieners und Familienernährers findet im Westen weit mehr Anhänger als im Osten. Ostdeutsche favorisieren hingegen viel eher das egalitäre Modell, in dem beide Partner in Vollzeit arbeiten und sich gleichermaßen um Haushalt und Kinder kümmern. Nachdem das Gefälle zwischen Ost und West in den 90er Jahren erst angewachsen ist, ist es seit den Nullerjahren etwas geschrumpft. Die aktuelle Differenz liegt deshalb jedoch nur geringfügig unter der von 1991. In allen Gruppen der Bevölkerung werden ähnliche Ost-West-Unterschiede gefunden.

Sowohl bei Ost- als auch bei Westdeutschen nimmt die Zustimmung zur Aussage, dass eine verheiratete Frau auf eine Berufstätigkeit verzichten soll, wenn der Mann gut verdient und es Arbeitsplatzknappheit gibt, im Zeitverlauf ab. Die kurz nach der Wende bestehende leichte Differenz bleibt auch aktuell bestehen. Die Ost-West-Unterschiede verschwinden fast zur Gänze unter jüngeren Menschen und bei jenen mit höherem Bildungsabschluss.

In der Meinung dazu, ob eine Frau lieber auf die eigene Karriere verzichten sollte, um den Ehepartner besser bei seiner Karriere unterstützen zu können, gibt es heutzutage keine Ost-West-Unterschiede mehr. Jeweils über 80% der Bevölkerung stimmen dieser Aussage nicht zu. Zwar gab es auch unmittelbar nach der Wiedervereinigung 1991 keine Ost-West-Differenz, diese tat sich jedoch im Laufe der Jahre auf. Eine Konvergenz der Einstellungen ist erst seit 2012 wieder zu beobachten, wobei sich in beiden Landesteilen über die Jahre eine verstärkt egalitäre Sichtweise entwickelt hat. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen von Bauernschuster und Rainer und auch Holtmann et al. (2015).

Einstellungen zur häusliche Arbeitsteilung unterschieden sich nur geringfügig in Ost und West

Nur in jeder vierten Lebensgemeinschaft ist das Zubereiten von Mahlzeiten eine Tätigkeit, die von beiden Partnern in gleichem Maße ausgeführt wird. In über 60% der Lebensgemeinschaften ist die Frau diejenige, die überwiegend für das Zubereiten von Mahlzeiten zuständig ist. Die Ost-West-Unterschiede fallen marginal aus.

Bei anderen Haushaltsarbeiten wie Einkaufen von Lebensmitteln, Wäsche waschen, Spülen und Aufräumen nach den Mahlzeiten sowie beim Putzen der Wohnung zeichnet sich das qualitativ gleiche Bild.

Reparaturarbeiten im Haus oder der Wohnung sind in den alten wie in neuen Bundesländern Angelegenheit der männlichen Lebenspartner. In über 80% der zusammenlebenden Partnerschaften ist es der Mann, dem diese Aufgabe in erster Linie zukommt. In lediglich ca. einer von zehn Partnerschaften kümmern sich beide Geschlechter gleichermaßen um Reparaturarbeiten.

Bei der Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen Müttern und Vätern sind deutliche Ost-West-Unterschiede vorhanden

Eine große Mehrheit der deutschen Mütter und Väter spielt zu ungefähr gleichen Teilen mit ihren Kindern. Im Osten ist der Anteil derer, die angeben diese Aufgabe jeder zur Hälfte zu übernehmen, um über 10 Prozentpunkte höher als im Westen und somit liegt ein statistisch signifikanter Ost-West-Unterschied vor. Gleichzeitig liegt der Anteil der zusammenlebenden Eltern, bei denen die Frau meistens mit den Kindern spielt, im Westen um 10 Prozentpunkte höher als im Osten.

Die Zufriedenheit mit den vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung steigt im Zeitverlauf in Deutschland. Die geringfügige Diskrepanz zwischen Ost und West von 0,4 Skalenpunkten (6,7 im Osten und 6,3 im Westen auf einer 0-10 Skala) im Jahr 1997 verschwindet am aktuellen Rand. Sowohl Ost- als auch Westdeutsche bewerten ihre Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung hier mit 7,4 Skalenpunkten. Der Westen hat somit den Osten in diesem Punkt eingeholt.

Das Zubettbringen ist in beiden Landesteilen eine Aufgabe, die beide Elternteile mehrheitlich gleichermaßen erledigen (jeweils um 60% in Ost und West). Signifikante Unterschiede treten nicht zutage.

Die größten Ost-West-Unterschiede bei den mit Kindern in Zusammenhang stehenden Aufgaben werden bei der Hausaufgabenunterstützung offenbar. Während im Osten fast 55% der Elternpaare gleichermaßen ihre Kinder beim Erledigen ihrer Schulaufgaben betreuen, sind es im Westen nur knapp 32% der Eltern, auf die dieses zutrifft. Im Westen übernimmt die Mutter in über der Hälfte der Fälle meistens oder immer diese Aufgabe.

Im Osten empfinden mehr Menschen Familie als Glücksvoraussetzung

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger beider Landesteile glaubt, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nimmt die Bedeutung der Familie als Glücksvoraussetzung im Zeitverlauf ab, wobei in Westdeutschland sehr leichte Schwankungen und eine schwächere Abnahme der Zustimmung zu verzeichnen sind. In Ostdeutschland kann ab Erhebungsbeginn ein leichter, jedoch stetiger Bedeutungsverlust konstatiert werden. Trotzdem war und ist die Familie für Ostdeutsche von etwas größerer Bedeutung für das Empfinden von Glück als für die Westdeutschen. Die Ost-West-Differenz hat sich von anfänglich 14 Prozentpunkten auf nun 7 Prozentpunkte verringert.

Bei der Einstellung zur Heirat bei einer andauernden Partnerschaft existieren kaum Unterschiede zwischen Ost und West

Sowohl für Ost- als auch für Westdeutsche wird es zunehmend unwichtiger zu heiraten, selbst wenn man dauerhaft bereits mit einem Partner/einer Partnerin zusammenlebt. Während 1991 in neuen wie in alten Bundesländern noch ca. 60% der Bevölkerung der Meinung waren, eine Heirat

sei notwendig, wenn man dauerhaft zusammenlebt, so ist es heute weniger als die Hälfte, die dies findet. Ost-West-Unterschiede sind im gesamten Zeitverlauf seit der Wende minimal.

Für Westdeutsche sind Kinder immer noch häufiger Grund für die Heirat

Weder in Ost- noch in Westdeutschland wird die Geburt eines gemeinsamen Kind mehrheitlich als Grund dafür gesehen auch zwingend heiraten zu müssen. Während im Osten weniger als einer von 5 Menschen eine Eheschließung für notwendig befindet, sobald ein Kind in die Beziehung kommt, ist es im Westen noch immer jeder Dritte.

Beide Landesteile sind seit der Wende in erheblichem Maße liberaler geworden hinsichtlich der Kombination Kind-und-Ehe. Für Westdeutschland gilt das noch in einem größeren Ausmaß als für Ostdeutschland. Aufgrund dessen hat sich das Ost-West-Gefälle zwar von 20 auf 13 Prozentpunkte verringert, von einer Konvergenz kann jedoch nicht gesprochen werden. Bei den Bürgerinnen und Bürgern mit höherer Bildung und bei den über 65-Jährigen gehen die Meinungen besonders stark auseinander.

Westdeutsche sind etwas zufriedener mit ihrem Familienleben als Ostdeutsche

Mehrheitlich sind die Bürgerinnen und Bürger beide Landesteile mit ihrem Familienleben zufrieden. Eine Konvergenz kann jedoch nicht beobachtet werden. Zwar ist der Ost-West-Unterschied zwischenzeitlich etwas kleiner geworden, seit 2010 ist allerdings ein wieder größer werdendes Gefälle festzustellen. Im Westen hat sich die Zufriedenheit mit dem Familienleben zwischen 2006 und 2015 zudem in einem größeren Maße gesteigert als im Osten. Bei Menschen mit höherer Schulbildung fällt der Ost-West-Unterschied geringer aus. Auch in Regionen mit überdurchschnittlich vielen jungen Menschen ist die Zufriedenheit mit der Familie ähnlicher als im Ost-West-Durchschnitt.

Der Aussage „Bei dieser Zukunft keine Kinder“ stimmen etwas mehr Ostdeutsche als Westdeutsche zu, leichte Konvergenz zwischen Ost und West ist zu erkennen

Die Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland findet es verantwortbar bei den aktuellen Zukunftsaussichten Kinder auf die Welt zu bringen. Die Einschätzung ist in beiden Landesteilen heute so positiv wie nie zuvor seit der Wende. Im Zeitverlauf sind jedoch große Schwankungen zu beobachten. Zwischen 1996 und 2010 waren Ostdeutsche mehrheitlich der Meinung, dass man es in Anbetracht der Zukunft nicht verantworten könne, Kinder zu bekommen. Seit 2010 entwickeln sowohl Ost- als auch Westdeutsche eine zunehmend optimistischere Sichtweise. Eine signifikante Ost-West-Differenz von über 10 Prozentpunkten besteht allerdings auch heute noch fort. Auffallend ist, dass sich höhergebildete Menschen in Ost- und Westdeutschland kaum in ihrer Meinung zur dieser Frage unterscheiden. Auch in Regionen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil junger Menschen gibt es praktisch keine Ost-West-Unterschiede.

Zusammenfassung: Wächst zusammen, was zusammen gehört?

Deutschland 2017 – Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im wiedervereinigten Deutschland, so lautet der Titel der vorliegenden Studie. Die sich wie ein roter Faden durch die Studie ziehende Leitfrage ist, ob (endlich) zusammen wächst, was zusammengehört. Vor dem Hintergrund, dass das Land knapp 40 Jahre geteilt war und die Menschen in unterschiedlichen politischen und ökonomischen Systemen lebten, ist eine Untersuchung der Einstellungen und Verhaltensweisen 27 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung unabdingbar, um diese Leitfrage zu beantworten. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 GG vollzog sich die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, und das in der Bundesrepublik Deutschland bestehende System der Demokratie und Marktwirtschaft galt fortan für das gesamte Bundesgebiet. Westdeutsche Institutionen erlangten mit der Herstellung der nationalen Einheit deutschlandweite Gültigkeit. Der im Grundgesetz verankerte Auftrag in Artikel 72 GG an den Bund lautet, für die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in Ost und West zu sorgen. Ursprünglich war sogar von der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ im Grundgesetz die Rede. Diese Passage wurde allerdings mit der Grundgesetzreform 1994 verändert. Politisch galt von Anfang an jedoch das Ziel, eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in Ostdeutschland an Westdeutschland zu erreichen.

Der Bund hat sich insbesondere um die Angleichung der Lebensverhältnisse im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gekümmert. Im Osten Deutschlands wurden Innenstädte saniert und das Verkehrs- und Kommunikationsnetz modernisiert, ein Gesundheitssystem auf hohem Niveau wurde eingeführt und auch im Umweltschutz sind große Fortschritte erzielt worden (BMWi).⁶⁴ Darüber hinaus wurde durch marktkonforme Anreize (z.B. durch Investitionszuschüsse und –zulagen, durch Sonderabschreibungen und vieles mehr) versucht, Investoren für Ostdeutschland zu gewinnen und damit einen Beitrag zur Angleichung des materiellen Wohlstandsniveaus der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern zu leisten; gleichzeitig sollten damit auch die Beschäftigungschancen in Ostdeutschland verbessert werden. Auch hierbei sind enorme Fortschritte erzielt worden, wenngleich der Osten bis heute dem Westen in ökonomischer Hinsicht hinterher hinkt (Ragnitz 2015).

Zusammenwachsen besteht aber aus mehr als aus einer Überstülpung bestehender Institutionen und einer Angleichung der Lebensverhältnisse gemessen an statistischen Kennzahlen. Vielmehr interessiert sich die vorliegende Studie für den Prozess der Angleichung der Einstellungen und Wertorientierungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland, die durch die Sozialisation in den unterschiedlichen Systemen der BRD und der DDR durchaus verschieden sein können. In der vorliegenden Studie werden verschiedene individuelle Einstellungen ost- und westdeutscher

⁶⁴ <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/neue-laender.html>.

Bürgerinnen und Bürger untersucht, die je einer der zentralen vier Lebenssphären zugeordnet werden können: Der sozialen Sphäre, der politischen Sphäre, der ökonomischen Sphäre und der familialen Sphäre. Um ein detailliertes aktuelles Bild über individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen ost- und westdeutscher Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Lebensbereichen zu zeichnen und die Leitfrage zu beantworten „Wächst zusammen, was zusammen gehört?“, ist die Analyse der Entwicklung verschiedener Einstellungen über die letzten 27 Jahre fundamental. Darüber hinaus wird der aktuelle Rand, wenn Unterschiede vorherrschen, verstärkt in den Fokus genommen: Neben einer rein deskriptiven Darstellung von Einstellungen zu Politik, Wirtschaft, aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, gesellschaftlichen Werten und Normen sowie Identitäten werden in der vorliegenden Studie im Gegensatz zur Vorgängerstudie „Deutschland 2014“ (Holtmann et al. 2015) mithilfe von Regressionsanalysen auch deren Determinanten untersucht. Dies dient auch dazu, mögliche Handlungsfelder identifizieren zu können, mit denen die „innere Einheit“ erreicht werden kann.

Entwicklung der Einstellungen und Verhaltensweisen im wiedervereinigten Deutschland

Wie haben sich nun die Einstellungen und Verhaltensweisen der Ost- und Westdeutschen in den letzten 27 Jahren entwickelt? Eine einfache pauschale Antwort liefert auch diese Studie nicht. Es wird aber versucht, sich der Antwort zum Zustand der „inneren Einheit“ in Deutschland systematisch zu nähern. Im Prinzip gibt es vier verschiedene mögliche Entwicklungsverläufe der Einstellungen von ost- und westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern seit der Wiedervereinigung:

1. Es gab nie Unterschiede in bestimmten Einstellungen.
2. Ehemals unterschiedliche Einstellungen von ost- und westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern haben sich über die Zeit angenähert bzw. angeglichen, man stellt leichte bis starke Konvergenz fest.
3. Ehemals ähnliche oder auch unterschiedliche Einstellungen von ost- und westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern haben sich über die Zeit (noch) weiter auseinanderentwickelt. Je nach Stärke kann von leichter bis starker Divergenz gesprochen werden.
4. Unterschiede in Einstellungen bleiben gleichbleibend und persistent über die Zeit.

Bei den Fällen 3 und 4 ist natürlich die Frage nach dem Warum interessant. Dabei wird für alle untersuchten Sphären untersucht, inwieweit die Ost-West-Differenzen durch strukturelle Unterschiede (also z.B. durch eine unterschiedlichen soziale bzw. demographische Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung, durch Unterschiede in der jeweiligen wirtschaftlichen Situation oder auch durch siedlungsstrukturelle Faktoren) erklärt werden können.

Nach diesen einführenden Grundgedanken zur besseren Einordnung der Ergebnisse, werden im Folgenden die Ergebnisse der Analysen detailliert vorgestellt und bewertet. Dabei werden die Ergebnisse entlang der vier untersuchten Lebensbereiche, soziale Sphäre, politische Sphäre, ökonomische Sphäre und familiale Sphäre, vorgestellt und innerhalb der Bereiche systematisiert. Dies geschieht, indem zunächst jeweils die Einstellungen, bei denen es (eher) zu einer Annäherung der Einstellungen gekommen (Fälle 1 und 2) ist, dargestellt und bewertet werden und im Anschluss die Divergenzen und Unterschiede (Fälle 3 und 4) adressiert werden. Wo es durch die Priorisierung der Ergebnisse sinnvoll erscheint, werden die Ergebnisse auch in anderer Reihenfolge dargestellt.

Soziale Sphäre

Seit der Wiedervereinigung haben sich die Werte in der sozialen Sphäre bei einigen untersuchten Einstellungen angenähert. Dort wo Konvergenz beobachtet wird, fand die (große) Annäherung meist schon in den 1990er Jahren statt. Ost- und Westdeutsche haben sich etwa sukzessive in ihrer Einstellung angenähert, wie zufrieden sie mit ihrer Freizeit sind. Am aktuellen Datenrand sind die Werte fast angeglichen. Bei den einzelnen Freizeitaktivitäten, wie Kino-, Popkonzert- und Diskobesuchen bzw. dem Besuch von Sportveranstaltungen, unterscheiden sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland heute nur noch geringfügig. Bei kulturellen Freizeitaktivitäten, wie Konzert-, Theater- und Vortragsbesuchen, ist der Befund ähnlich. Das ist ein wichtiges Ergebnis, denn bei vielfältigen Freizeitaktivitäten an verschiedenen Orten können vertrauensbasierte Kontakte und Bindungen entstehen und gestärkt werden. Außerdem sollten Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe nicht von sozialen, kulturellen und materiellen Ressourcen oder der Erreichbarkeit relevanter Infrastruktureinrichtungen abhängen. Einige Freizeitaktivitäten wie Sport treiben, musizieren und Freunde treffen werden im Westen häufiger ausgeübt, aber insgesamt scheint doch in beiden Landesteilen ein ähnliches Muster zu gelten, zumal, wie beschrieben, die Menschen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Freizeit sind. In der Nachbarschaftshilfe haben sich die Ost- und Westwerte ebenfalls angeglichen. Die meisten Menschen in beiden Landesteilen sind bereit mitzuhelfen, wenn es im Familien- oder Bekanntenkreis etwas zu tun gibt, und fühlen sich in ihrer direkten Wohnumgebung nachts (mittlerweile gleichermaßen) alleine sicher. Ost- und westdeutsche Bürgerinnen und Bürger haben zudem ähnliche Reziprozitätsvorstellungen; hier bestanden auch nie große Unterschiede. In vielen Aspekten sind also soziale Beziehungen und Normvorstellungen in beiden Landesteilen ähnlich ausgeprägt.

Auch beim Vertrauen in Mitmenschen – ein elementares Element von Sozialkapital – konnte man in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung konvergente Entwicklungen beobachten. Die Ost-West-Lücke war kurz nach der Wiedervereinigung am größten und wurde bis zur Jahrtausendwende etwas kleiner. Dies geschah interessanterweise dadurch, dass die Vertrauenswerte im Westen leicht sanken, während sie im Osten gleichgeblieben sind. Seit der Jahrtausendwende

ist allerdings diese Ost-West-Lücke im Vertrauen persistent zu sehen, wenngleich – und das ist das erfreuliche Ergebnis dabei – die Werte in beiden Landesteilen absolut ansteigen.

Weiterhin konstante Unterschiede sind etwa beim Ehrenamt zu finden. Ostdeutsche engagieren sich seit der Wiedervereinigung konstant etwas seltener ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten als Westdeutsche. Im Westen wird häufiger Geld gespendet als im Osten, das Blutspendeverhalten ist dagegen ähnlich. Gleichzeitig sorgen sich im Jahr 2015 die Menschen im Osten mehr um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft als Westdeutsche. Die Einstellungen zu Ausländern in der Nachbarschaft sind seit Mitte der 1990er Jahre relativ konstant unterschiedlich zwischen den Befragten im Ost- und Westteil des Landes. Ostdeutsche Befragte empfinden es als unangenehmer, wenn in ihrer Nachbarschaft Asylbewerber und Türken wohnen als westdeutsche Befragte. Sorgen über den Zusammenhalt und die ausländische Nachbarschaft tragen nicht zur Festigung von Sozialkapital innerhalb einer Gesellschaft bei, welches oft auch als Kitt oder Bindemittel einer Gesellschaft bezeichnet wird (OECD 2007).

Im Sozialkapital haben 40 Jahre DDR, trotz einiger positiver Entwicklungen, somit deutliche Spuren hinterlassen. Bestehende Unterschiede sind zum größten Teil auf die unterschiedliche Sozialisation in den Regimen in Ost- und Westdeutschland zurückzuführen. Lediglich ein kleiner Teil des Unterschieds liegt an der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bevölkerung in Ost und West. Auffällig ist dabei, dass die Unterschiede in jüngeren Kohorten und in Regionen mit jüngerer Bevölkerung kleiner sind. Das eigene Erleben der DDR scheint also ein entscheidender Faktor für die unterschiedliche Entwicklung des Sozialkapitals in Ost und West zu sein. Es spricht daher einiges dafür, dass sich die Unterschiede in nachfolgenden Generationen weiter verringern. In einem zentralen Maß, dem Vertrauen in Mitmenschen, wird dieses Muster ebenfalls sichtbar; über 65-Jährige in Ostdeutschland unterscheiden sich besonders stark von Gleichaltrigen im Westen. In jüngeren Generationen werden die Unterschiede kleiner. Vergleicht man Ost- und Westdeutsche, die regelmäßigen Kontakt zu Ausländern pflegen, ist ebenfalls kein Unterschied mehr im Vertrauen auszumachen, was auf eine Wirksamkeit von interkultureller Exposition für das Sozialkapital hindeutet.

Als Gesamtfazit bleibt festzuhalten, dass das Sozialkapital – so wie es hier gemessen wurde – im Westen und Osten Deutschlands in vielen Punkten etwa ähnlich stark ausgeprägt ist. Zu denken geben sollte allerdings, dass gerade im Vertrauen in Mitmenschen und beim ehrenamtlichen Engagement – zwei Kernindikatoren von Sozialkapital – ein persistenter großer Unterschied herrscht: Ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger vertrauen anderen Menschen weniger als westdeutsche, und Westdeutsche engagieren sich etwas häufiger ehrenamtlich als Ostdeutsche. Ob das in Ostdeutschland erschütterte Vertrauen wiederhergestellt werden kann, ist eine der entscheidenden Fragen für eine zukünftige Angleichung des Sozialkapitals in Ost- und Westdeutschland. Der geringere Abstand bei Jüngeren und bei Menschen mit ähnlicher gesellschaftlicher Exposition deutet zumindest auf eine positive Entwicklung hin.

Politische Sphäre

Für das Funktionieren und die Stabilität der Demokratie in Deutschland sind das Interesse und die Bindung an Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, die Zufriedenheit mit dem und das Vertrauen in das politische System, Parteipräferenzen und politische Orientierungen sowie das Partizipationsverhalten von elementarer Bedeutung.

Viele Einstellungen von Ost- und Westdeutschen haben sich seit der Wiedervereinigung angenähert oder angeglichen. Als wichtiges Beispiel ist die subjektive Selbsteinschätzung der Bürgerinnen und Bürger im Osten und Westen darüber zu nennen, wie sehr sie sich für Politik interessieren. Nach kleineren Schwankungen über 20 Jahre liegt das politische Interesse seit 2010 in Ost- und Westdeutschland auf demselben Niveau. Insgesamt ist es ab 2012 auch deutlich angestiegen. Beide Befunde sind ein gutes Zeichen für eine funktionierende Demokratie, die auf politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Leichte Annäherungen zwischen Ost- und Westdeutschen sind bei der subjektiven Verortung auf der politischen Links-Rechts-Skala sowie der Parteiidentifikation zu konstatieren. Westdeutsche ordnen sich auf der subjektiven Links-Rechts-Skala konstant weiter rechts ein als Ostdeutsche, der Abstand ist aber über die Zeit kleiner geworden. In der jüngeren Bevölkerungsgruppe und unter Erwerbstätigen finden sich keine Unterschiede mehr. Blickt man bei der Einstufung auf der Links-Rechts-Skala nur auf den (eher) rechten Rand, so ordnen sich mittlerweile etwa gleich viele der Befragten in Ost- und Westdeutschland (circa 10%) ziemlich weit rechts ein. Die Angleichung der Werte ergab sich vor allem dadurch, dass sich im Westen der Anteil, der sich weit rechts einstuft, in den letzten zehn Jahren halbiert hat. In Regionen mit überdurchschnittlich junger Bevölkerungszusammensetzung und insgesamt beim Vergleich jüngerer Bevölkerungsschichten schwinden die Unterschiede in der Parteiidentifikation.

Bei den Parteipräferenzen zeigen sich keine großen Ost-West-Unterschiede bei den Beliebtheitskurven der Parteien CDU, der SPD sowie der FDP. Die Grünen, gegründet in der Bonner Republik, sind dagegen konstant im Westen beliebter. Die Linkspartei, die aus der Ost-Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hervorgegangen ist, findet demgegenüber im Osten deutlich mehr Zuspruch. Der Ost-West-Abstand wird über die Zeit nur minimal geringer. Im Jahr 2015 sagen immer noch fast ein Viertel der westdeutschen Befragten, dass sie von der Partei Die LINKE „überhaupt nichts halten“, im Osten sind es nur halb so viele. Diese Befunde schlagen sich auch in den Zweitstimmenanteilen für die Parteien nieder. Die Linkspartei erreichte bei allen Bundestagswahlen in Ostdeutschland mindestens 10 und bis zu 20 Prozentpunkte höhere Zweitstimmenanteile als in Westdeutschland. Die Grünen erreichen im Westen doppelt so hohe Stimmanteile wie im Osten. Unterschiedliche Parteipräferenzen und unterschiedliche Stimmenabgaben für Parteien sind in einer Demokratie per se nicht negativ zu beanstanden. In vielen Ländern gibt es starke Regionalparteien, die nicht zuletzt dem Wettbewerb um die besseren Ideen zuträglich sind. In dem Zusammenhang bedenklich ist allerdings, dass die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland kon-

stant seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als in Westdeutschland. Insgesamt nehmen seit der Wiedervereinigung über die Zeit relativ mehr Menschen in Westdeutschland an Bundestagswahlen teil als in Ostdeutschland. Bei den letzten beiden Bundestagswahlen ist die Lücke immerhin etwas kleiner geworden.

Bei politischen Zufriedenheits-, Vertrauens- und Stolz Einstellungen – sehr wichtige prädiktive Faktoren für Wahlverhalten und Demokratiestabilität – sind zum Teil kleinere Annäherungen zu beobachten. Es herrschen aber zum Teil auch noch große Unterschiede vor. Beispielsweise sind die Ostdeutschen deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Im Westen sind knapp über 70% eher zufrieden mit der Demokratie, im Osten gerade noch eine knappe Mehrheit mit 54%. Über die letzten 20 Jahre zeichnet sich nur eine marginale Konvergenz ab. Westdeutsche sind auch durchgängig etwas zufriedener mit der Arbeit der Bundesregierung als Ostdeutsche. Des Weiteren denken Ostdeutsche von Politikern seit der Wiedervereinigung häufiger, dass sie an den einfachen Leuten überhaupt nicht interessiert seien. Diese pessimistische Wahrnehmung von Politikern ist zumindest in der Gruppe mit Fachabitur/Abitur und bei Menschen mit engem Kontakt zu Ausländern nicht mehr zwischen Ost- und Westdeutschen verschieden. Des Weiteren vertrauen über ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Menschen in Ostdeutschland ihren politischen und rechtlichen Institutionen immer noch nicht im gleichen Maße wie dies Westdeutsche tun. In Ostdeutschland bauten die Menschen vor allem in den 1990er Jahren mehr Vertrauen in die politischen Institutionen auf, so dass sich die bestehende Vertrauenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland bis 2002 etwas schloss. Danach verfestigten sich die Unterschiede bzw. wurden zum Teil wieder etwas größer bis 2014. Viele Forschungsarbeiten haben nachgewiesen, dass es für repräsentative Demokratien immens wichtig ist, dass Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Institutionen Vertrauen entgegenbringen.

Schließlich ist das Stolzempfinden ein guter Indikator für die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen. Die gefundenen unterschiedlichen Stolz Einstellungen – etwa ist der Stolz auf die deutschen Errungenschaften in Kunst, Literatur, Wissenschaft und Sport in Ostdeutschland stärker ausgeprägt, der Stolz auf den Sozialstaat und das Grundgesetz dafür stärker in Westdeutschland – können nur als persistente Effekte der Sozialisation in der DDR erklärt werden. Selbst in der jüngeren Bevölkerung sind die Unterschiede noch groß, was auf eine intergenerationelle Übertragbarkeit der entsprechenden Werte hindeutet. Beim Stolz auf sozialstaatliche Leistungen ist die Ost-West-Lücke über die Zeit kleiner geworden, und beim Stolz auf den wirtschaftlichen Erfolg konvergierten die Einschätzungen in Ost- und Westdeutschland sogar. Ost- und Westdeutsche sind mittlerweile (wieder) gleichermaßen stolz auf die deutsche Wirtschaft.

Als Gesamtfazit bleibt festzuhalten, dass sich in der politischen Sphäre viele Einstellungen von Ost- und Westdeutschen seit der Wiedervereinigung angenähert oder angeglichen haben. Vor al-

lem beim politischen Interesse – eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am politischen System – ist eine Konvergenz zu sehen. Bedenkliche Ergebnisse sind diejenigen zum Vertrauen in politische Institutionen und zur Wahlbeteiligung. Repräsentative Demokratien leben davon, dass Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Institutionen Vertrauen entgegenbringen und dass sie zur Wahlurne gehen. Beide Punkte sind in Ostdeutschland weniger verbreitet als in Westdeutschland.

Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland

Für die Stabilität der Demokratie in Deutschland und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in einem Einwanderungsland wie Deutschland sind auch die Einstellungen zu Zuwanderung und zu den hier lebenden Ausländern von elementarer Bedeutung.

Viele untersuchte Einschätzungen zu Ausländern bewegen sich im neutralen bis positiven Antwortbereich, und die deutsche Gesellschaft zeigte sich im Zeitraum der letzten 20 Jahre bei vielen Einstellungsfragen zu Ausländern zunehmend offener und toleranter. Vereinzelt haben sich die Einstellungen in Ost und West angeglichen. Bei vielen Einstellungsfragen zu Ausländern bestehen aber nach wie vor Unterschiede, und ostdeutsche Empfindungen gegenüber Ausländern fallen negativer aus als von Westdeutschen. Auch die Sorgen über Zuwanderung liegen im Osten höher. Es zeichnet sich bei vielen Einstellungen keine Konvergenz zwischen ost- und westdeutschen Befragten ab. Wären die Bevölkerungen im Osten und Westen gleich zusammengesetzt – nach Alter, Migrationshintergrund, Bildungsgrad, Familienstand, und wirtschaftlicher Lage – würden sie sich trotzdem noch in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern unterscheiden. In mehreren Fällen zeigt sich aber die Tendenz, dass sich ein Teil der Einstellungsunterschiede auf die relativ ungünstige demographische Entwicklung und auf niedrige Ausländeranteile im Osten zurückführen lässt.

Ansichten darüber, dass Ausländer besser unter sich heiraten oder bei knappen Arbeitsplätzen heimgeschickt werden sollten, oder dass die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, eine Voraussetzung für die Einbürgerung von Ausländern sein sollte, sind bei ostdeutschen Befragten stärker ausgeprägt als bei westdeutschen Befragten. Sie werden etwas ähnlicher, wenn in allen Regionen Deutschlands dieselbe Altersstruktur vorherrschen würde. Diese Feststellung gilt für die meisten der weiteren untersuchten Einstellungsfragen zu Ausländern. Einstellungen, die Ausländer in die Nähe von höherer Kriminalität rücken, sie als Belastungen für das soziale Netz sehen und die wirtschaftlich begründete Ausweisungen von Ausländern begrüßen, sind zudem auf niedrigere Ausländeranteile (und damit weniger Möglichkeiten für persönliche Erfahrungen mit und Kontakte zwischen Einheimischen und Ausländern) in ostdeutschen Regionen zurückzuführen.

Bei vielen Einstellungen zu Ausländern ergeben sich Ost-West-Unterschiede, die nur auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in der DDR und der BRD zurückgeführt werden können.

Etwa befürworten Ostdeutsche im Jahr 2016 wesentlich stärker eine Einschränkung der Religionsfreiheit mit Blick auf den Islam. Außerdem wollen sie Ausländern seltener gleiche Sozialleistungen zugestehen als Westdeutsche. Sowohl Wirtschaftsflüchtlingen als auch Asylsuchenden wollen Ostdeutsche seltener den Zuzug ins Land erlauben als Westdeutsche.

Intolerante und zuwanderungsfeindliche Einstellungen können auch an der Bewertung der Deutschen zu der migrationsfeindlichen Protestbewegung Pegida abgelesen werden. Diese erzielt in Ostdeutschland deutlich größere Mobilisierungserfolge und Sympathiewerte als in Westdeutschland. Das Gleiche gilt für die Zustimmung zur zuwanderungskritischen AfD, die bei der letzten Bundestagswahl doppelt so hohe Stimmenanteile im Osten wie im Westen erzielt hat.

Zieht man zu den untersuchten Ergebnissen über die Einstellungen die Verhaltensweisen im Extremismusbereich hinzu, bestätigt dies den Ost-West-Unterschied: In Relation zur Einwohnerzahl liegen in den Jahren 2014 bis 2016 die rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten und die antisemitischen Straf- und Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern höher als in den westdeutschen Bundesländern.

Zusammengenommen bestätigt dies, was die Bundesregierung im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2016 (S. 11)⁶⁵ schreibt: „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Intoleranz stellen eine große Gefahr für die gesellschaftliche, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder dar. Ostdeutschland wird nur als weltoffene Region, in der sich alle dort lebenden Menschen zu Hause fühlen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben, gute Entwicklungsperspektiven haben.“ Angesichts der vorherrschenden Einstellungen gegenüber Ausländern müssen erhebliche Zweifel an einer positiven Entwicklung angemeldet werden. Der Anstieg in fremdenfeindlichen Positionen in den Jahren 2014 und 2015 insbesondere in Ostdeutschland ist bedenklich. Obwohl die Sicht auf Ausländer insgesamt recht positiv ausfällt und sich die Gesellschaft in den letzten 20 Jahren zunehmend offener gegenüber Minderheiten zeigte, wurde dieser Trend im Jahr 2015 gestoppt. Bei vielen Einstellungen deutet sich darüber hinaus auch nicht an, dass eine Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland stattfindet.

Ökonomische Sphäre

In vielen wirtschaftlichen Bereichen des Lebens sind in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung Fortschritte zu sehen. Vor allem direkt nach der Wende und im Laufe der 1990er Jahre hat Ostdeutschland ökonomisch rasch aufgeholt. Das BIP und die verfügbaren Einkommen je Einwohner sind gestiegen und die Arbeitsmarktlage hat sich auch in Ostdeutschland zunehmend entspannt. Allerdings hat aus ökonomischer Sicht bis heute keine Angleichung der Lebensver-

⁶⁵ Vgl. auch Pressemitteilung vom 21.09.2016, Iris Glicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder: „Der Rechtsextremismus in all seinen Spielarten stellt eine sehr ernste Bedrohung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder dar.“; <https://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/2016-09-21-glicke-jahresbericht.html>

hältnisse in Ost- und Westdeutschland stattgefunden. Der „statistische Aufholprozess“ des Ostens ist noch nicht gelungen, vielmehr scheint sich der Konvergenzrückstand Ostdeutschlands seit der zweiten Hälfte der 1990 Jahre verfestigt zu haben (Ragnitz 2015). Nichtsdestotrotz beurteilen Ost- und Westdeutsche die allgemeine und auch die persönliche Wirtschaftslage seit Mitte der 1990er Jahre sehr ähnlich. Die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben sich angeglichen – und zwar im Zeitverlauf auf den niedrigsten Wert in 2015. Um die persönliche Wirtschaftslage oder den eigenen Arbeitsplatz sorgen sich zwar immer noch mehr Menschen im Osten als im Westen, insgesamt sind die Ängste jedoch seit Mitte der 2000er Jahre rückläufig. Ferner machen sich Menschen in Ost und West in der Bevölkerungsgruppe mit einem Haushaltseinkommen unter dem Median gleich viele Sorgen um ihre persönliche Wirtschaftslage.

Deutlich anders sieht es aus, wenn man verschiedene Zufriedenheitsmaße begutachtet. Zwischen Ost- und Westdeutschen herrscht seit der Wiedervereinigung eine Zufriedenheitslücke, die über die Zeit nur langsam kleiner wird, indem der Osten leicht aufholt. Die Werte liegen im Westen durchgängig höher. Dies gilt für die Zufriedenheit mit dem verfügbaren Einkommen und die Zufriedenheit mit der Arbeit, und vor allem auch für das globale Maß der Lebenszufriedenheit. Ein Teil des Unterschieds in der Lebenszufriedenheit ist auf die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung in Ost und West zurückzuführen. Ein niedriges Alter, eine Erwerbstätigkeit und ein hoher Bildungsabschluss tragen zur Verringerung des Unterschieds bei. Vollständig erklären können ihn Unterschiede in diesen Merkmalen zwischen Ost- und Westdeutschen jedoch nicht. Ein weiteres Phänomen, das auf die historischen Erfahrungen in der DDR zurückzuführen ist, sorgt zusätzlich für größere Unzufriedenheit unter Ostdeutschen.

Weitere Vorstellungen über den Zustand der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfassung in Deutschland spiegeln sich in Fragen zu sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit wider. In Ost- und Westdeutschland gibt es manchmal (noch) Meinungsverschiedenheiten darüber, wofür der Staat sorgen soll und in welchem Maß er zwischen den Gesellschaftsschichten umverteilen soll.

Im Durchschnitt ordnen sich seit der Wiedervereinigung mehr Westdeutsche der mittleren oder oberen Gesellschaftsschicht zu als Ostdeutsche. Ost- und Westdeutsche nähern sich nur langsam in ihrer subjektiven Schichteinstufung an. Im Osten selbst ist aber seit der Wende auch eindeutig zu beobachten, dass die Zugehörigkeitsgefühle zur Mittelschicht deutlich angestiegen und die zur Arbeiterschicht deutlich gesunken sind. Im Ost-West-Vergleich identifizieren sich aber mehr Befragte aus dem Osten Deutschlands mit der Arbeiterschicht als Befragte aus Westdeutschland. Der Ost-West-Unterschied hier ist vor allem bei den Befragten zu finden, die höchstens über einen mittleren Schulabschluss verfügen. Mittlerweile ist im Osten auch ungefähr die Hälfte der Befragten wie im Westen der Auffassung, dass Rangunterschiede in einer Gesellschaft grundsätzlich akzeptabel sind, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.

Die tatsächlichen sozialen Unterschiede in der Bevölkerung werden von Ostdeutschen allerdings seltener als gerecht bezeichnet als von Westdeutschen, gleichwohl sind auch hier langsame, kontinuierliche Annäherungen seit 1991 zu beobachten. Die stärksten Ost-West-Unterschiede finden sich bei den über 65-Jährigen, Menschen mit niedrigem Schulabschluss und Nicht-Erwerbstätigen. Ostdeutsche tendieren eher als Westdeutsche dazu, die Sozialleistungen ausweiten und nicht kürzen zu wollen, und sind eher der Ansicht, dass der Staat für gutes Auskommen bei Not und Arbeitslosigkeit sorgen soll – dies ist ein klassischer Zuspruch für Umverteilungspolitik des Staates. Hier näherten sich die Werte ziemlich weit über die Zeit an, vor allem auch weil der Zuspund zur Ausweitung des Sozialstaats im Westen steigt. Eine konstante Ost-West-Lücke besteht in der Zustimmung zu Eingriffen des Staates zum Abbau von Einkommensunterschieden. Einen solchen Eingriff befürworten mehr Menschen im Osten als im Westen. Gleichzeitig ist nach einer größeren Ost-West-Lücke in den 1990er und 2000er Jahren mittlerweile rund die Hälfte der Befragten in beiden Teilen Deutschlands der Meinung, dass erst größere Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen einen Anreiz für persönliche Leistungen setzen. Schließlich ist eine sehr starke Konvergenz bei der Meinung über mögliche negative Konsequenzen des Sozialstaats auf die individuelle Arbeitsbereitschaft zu sehen. Die Konvergenz entstand, weil im Osten die Zustimmung zu der Aussage „hohe Leistungen der sozialen Sicherung führen nur dazu, dass die Leute nicht mehr arbeiten wollen“ zu den Westwerten aufschloss.

Während bei den Vorstellungen über Umverteilung und den Sozialstaat in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen leicht bis starke konvergente Entwicklungen in den ost- und westdeutschen Einstellungen zu erkennen sind, ist beim Thema der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit noch eine größere Ost-West-Lücke vorhanden, die nur langsam kleiner wird. Weniger Ostdeutsche als Westdeutsche halten die Verteilung der Gewinne im Land für gerecht und schätzen ihren eigenen Lebensstandards als gerecht ein. Gerade das Empfinden darüber, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland lebenden Menschen seinen gerechten Anteil erhält, ist im Westen stärker ausgeprägt. Dennoch wird die Ost-West-Differenz zumindest langsam kleiner. Die weiterhin bestehenden Unterschiede in dieser Einstellung sind in allen Bevölkerungsgruppen zu finden, auch wenn sie bei älteren Menschen und Nicht-Erwerbstätigen stärker ausgeprägt sind.

Mit der Gerechtigkeitsvorstellung eng verbunden ist auch, wie stark der Glaube an gleiche Bildungschancen und an Leistung ausgeprägt ist. Eine sehr starke Annäherung der Einstellungen ist bei der Chancengleichheit in der Bildung zu sehen. Nach riesigen Unterschieden in den 1990 nahmen die Differenzen deutlich ab, und mittlerweile glaubt auch fast die Hälfte in Ostdeutschland an gleiche Bildungschancen in Deutschland. Im Westen sind es knapp 60%. Ost- und Westdeutsche sind sich auch darin einig, dass man sich Erfolg hart erarbeiten muss, und dass die Fähigkeiten, die man mitbringt, noch wichtiger sind als alle Anstrengungen. Gleichzeitig glauben aber im Westen etwas mehr Menschen, dass das, was man im Leben erreicht, in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück ist. Zum größten Teil sind diese Unterschiede auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in den beiden Landesteilen zurückzuführen.

Bei der Risikobereitschaft bezüglich beruflicher Karriere und bei Geldanlagen als auch bei der allgemeinen Risikobereitschaft schätzen sich Ost- und Westdeutsche ziemlich ähnlich ein; teils konvergierten die Einstellungen. Die Wahrscheinlichkeit und Bereitschaft, sich in den nächsten zwei Jahren selbstständig zu machen, liegt ebenfalls auf demselben (niedrigen) Niveau in Ost- und Westdeutschland.

Als Gesamtfazit bleibt festzuhalten, dass Ost- und Westdeutsche heute die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland und auch die persönliche Wirtschaftslage gleich beurteilen und sie sich in ihren wirtschaftlichen Sorgen etwas angenähert haben. Sie zeigen ähnliche Risikopräferenzen – welchen in ökonomischen Studien eine entscheidende Rolle für menschliches Entscheidungsverhalten zugewiesen wird – und sie haben sich bei vielen Einstellungen zu Fragen von Umverteilung und Sozialstaat, Gerechtigkeit und Ungleichheit angenähert, auch wenn es bis zu einer vollständigen Konvergenz bei einigen Einstellungen noch dauern dürfte. Erfreulich ist zum Beispiel, dass sich die anfänglich sehr unterschiedliche Auffassung von vorherrschenden gleichen Bildungschancen in Deutschland angenähert hat, oder, dass sich der Anteil derjenigen, die sich zur Mittelschicht zugehörig fühlt, im Osten deutlich angestiegen ist. Unterschiede bestehen dagegen heute noch bei Vorstellungen über die Verteilungsgerechtigkeit und bei verschiedenen Zufriedenheitsmaßen – Zufriedenheit mit dem Einkommen, der Arbeit und dem Leben. Mehr Ostdeutsche denken, sie erhalten nicht ihren gerechten Anteil am Leben im Vergleich zu den anderen in Deutschland Lebenden, und sie äußern eine geringere Lebenszufriedenheit als die Menschen im Westen. Ungleiches Gerechtigkeitsempfinden kann sich in Unzufriedenheit niederschlagen, die sich auch am Wahltag zeigt.

Familiale Sphäre

Die konkurrierenden politischen Systeme in Ost- und Westdeutschland waren durch grundverschiedene familienpolitische Ausrichtungen geprägt. Während im Osten eine auf Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtete Politik propagiert und umgesetzt wurde – der Hauptbeweggrund dahinter war die Frau als Arbeitskraft –, war im Westen ein traditionell-konservatives Familienbild, das auf die Alleinverdiener-Ehe mit zwei Kindern abzielte, Richtschnur für familienpolitische Gesetzgebung. Das traditionelle Modell des männlichen Alleinverdieners und Familienernährers findet im Westen auch heute noch weit mehr Anhänger als im Osten. Ostdeutsche favorisieren hingegen viel eher das egalitäre Modell, in dem beide Partner in Vollzeit arbeiten. Die aktuelle Differenz ist (immerhin) die geringste seit 1991 gemessene. In allen Gruppen der Bevölkerung werden ähnliche Ost-West-Unterschiede gefunden. Eindeutigere Konvergenz zeigt sich bei weiteren Fragen zur Rollenverteilung. Sowohl bei Ost- als auch etwas stärker bei Westdeutschen nimmt die Zustimmung zur Aussage, dass eine verheiratete Frau auf eine Berufstätigkeit verzichten soll, wenn der Mann gut verdient und es Arbeitsplatzknappheit gibt, im Zeitverlauf ab. Die Ost-West-Unterschiede verschwinden fast zur Gänze unter jüngeren Menschen und bei jenen mit höherem Bildungsabschluss. In der Meinung dazu, ob eine Frau lieber auf die eigene Karriere verzichten sollte, um den Ehepartner besser bei seiner Karriere unterstützen zu können, gibt es nach

zum Teil größeren Unterschieden in der Vergangenheit heutzutage keine Ost-West-Unterschiede mehr.

Die vorherrschenden praktizierten Familienmodelle und Modelle der Arbeitsteilung spiegeln sich unter anderem in Einstellungen zur Berufstätigkeit der Mutter und des Vaters und zur Auswirkung derselben auf das Wohlergehen des Kindes. Die Einstellung darüber, dass eine berufstätige Mutter ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden kann wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist, hat sich seit der Wiedervereinigung kontinuierlich zwischen Ost- und Westdeutschen angenähert, indem die Westwerte zu den Ostwerten aufschlossen und sich die Ost-West-Lücke halbierte. Heute liegt der Anteil derjenigen, die der Aussage voll und ganz zustimmen, im Osten trotzdem noch um 15 Prozentpunkte höher als im Westen. Unter jungen Ost- und Westdeutschen hingegen ist heute keine Differenz in ihren Einstellungen bezüglich dieser Fragestellung mehr auszumachen. Eine große Lücke und keine Konvergenz zwischen Ost und West sind zu sehen, wenn es sich bei der Berufstätigkeit der Mutter um eine Vollzeitstelle handelt, wobei hier nur Datenpunkte für die Jahre 2012 und 2016 vorliegen. Leichte Annäherungen sind in den letzten Jahren bei Fragen zu Auswirkungen der Berufstätigkeit auf das Kind zu sehen, auch wenn die Unterschiede noch immer groß sind. Zum Beispiel findet mit 44% fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit der Mutter leidet. Unter den Ostdeutschen stößt diese Aussage nur bei 26% der Bevölkerung auf Zustimmung. Dies ist jedoch die kleinste gemessene Ost-West-Lücke seit 1991. Die leichte Konvergenz in den letzten Jahren ist dadurch zu erklären, dass die Werte im Osten seit 2008 auf demselben Niveau stagnierten und die Zustimmungswerte zu der Frage im Westen weiter zurückgingen. Insgesamt steigt die Ost-West-Differenz in der Bewertung von erwerbstätigen Müttern mit dem Alter an; bei Jüngeren ist sie am geringsten ausgeprägt.

Bei Fragen zum Vater und seiner Berufstätigkeit und seiner Bindung zum Kind, findet eine große Mehrheit in beiden Landesteilen, dass sich auch ein in Vollzeit erwerbstätiger Vater ausreichend um sein Kind kümmern und ein inniges Verhältnis zu seinem Kleinkind haben kann. In Ostdeutschland ist diese Zustimmung jedoch noch höher als in Westdeutschland, wobei diese Ost-West-Unterschiede sich durch alle Gesellschaftsschichten ziehen und sehr persistent zu sein scheinen. Da diese Fragen aber nur in den Jahren 2012 und 2016 erhoben wurden, können keine langfristigen Entwicklungen untersucht werden. Dennoch ist neben den Ost-West-Unterschieden interessant zu sehen, dass es sowohl im Osten als auch im Westen große Unterschiede darin gibt, wie Berufstätigkeit von Vätern im Vergleich zu Berufstätigkeit von Müttern beurteilt wird.

Bei der partnerschaftlichen Aufteilung von vielen Aufgaben im Haushalt (kochen, einkaufen, waschen, aufräumen und abspülen und putzen, sowie Reparaturarbeiten) fallen die Ost-West-Unterschiede schon seit Beginn der Beobachtungen (1994 oder 2000) marginal aus. In beiden Landesteilen sind es hauptsächlich die Frauen, die kochen, putzen und Wäsche waschen. Reparaturarbeiten führen vorrangig die Männer im Haus durch und die anderen Aufgaben werden mehr oder weniger geteilt. In beiden Landesteilen ist die Beteiligung des Mannes im Haushalt über die

Zeit angestiegen. Die partnerschaftliche Arbeitsteilung bei der Betreuung der eigenen Kinder weist teilweise noch größere Ost/West-Unterschiede auf: Während es beim Zubettbringen der Kinder kaum Unterschiede gibt und dies von Müttern und Vätern mehrheitlich zu gleichen Anteilen übernommen wird, zeigen sich bei der Betreuung der Hausaufgaben große Unterschiede. Im Westen ist dabei viel häufiger die Mutter in der Verantwortung.

Der Stellenwert der Ehe als Familieninstitution ist im Osten und Westen ähnlich ausgeprägt bzw. ähnlicher geworden. Keinen Unterschied gab und gibt es in der Frage, ob man heiraten sollte, wenn man dauerhaft mit einem Partner zusammenlebt. Eine Annäherung zwischen Ost und West ist in der Überzeugung festzustellen, dass werdende Eltern heiraten sollten. Heute finden dies noch knapp 20% im Osten und ein Drittel im Westen für angemessen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern mit höherer Bildung und bei den über 65-Jährigen gehen die Meinungen darüber noch am stärksten auseinander.

Deutlich angenähert hat sich die Meinung im Osten und Westen darüber, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein. Die Konvergenz entstand dadurch, dass die Zustimmungsraten zu der Aussage im Osten kontinuierlich zurückgingen und sich so den relativ gleichbleibenden Westwerten annäherten. Ähnliche kleine Unterschiede finden sich bei der Zufriedenheit mit dem Familienleben. Eine Mehrheit in Ost und West bewertet ihr Familienleben positiv, im Westen liegt der Anteil leicht höher bei knapp 70%. In Regionen mit überdurchschnittlich vielen jungen Menschen ist die Zufriedenheit mit der Familie in Ost und West besonders ähnlich.

Die Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland findet es verantwortbar, bei den aktuellen Zukunftsaussichten Kinder zur Welt zu bringen. Insgesamt ist die Einschätzung in beiden Landesteilen heute so positiv wie nie zuvor seit der Wende. Im Westen liegt der Anteil heute um 10 Prozentpunkte höher, wobei sich die Ost-West-Lücke seit den 1990er Jahren verkleinerte. Auffallend ist, dass sich höhergebildete Menschen in Ost- und Westdeutschland kaum in ihrer Meinung zur dieser Frage unterscheiden.

Als Gesamtfazit bleibt festzuhalten, dass bei den familialen Einstellungen – so wie wir sie in diesem Bericht untersucht haben – ein übergreifendes Hauptmuster zu erkennen ist: Bei so gut wie allen Einstellungen im familialen Bereich entwickeln sich diese in ganz Deutschland hin zu einem offeneren Gesellschaftsbild und gleichberechtigteren Familienmodell. Nachdem sich dabei aber sowohl die Einstellungen der Westdeutschen bewegen, als auch die Einstellungen der Ostdeutschen weiter entwickeln, kommt es nur in einigen Fällen zu einer Annäherung der Vorstellungen. In diesen Fällen kommt die Konvergenz meist dadurch zu Stande, dass junge Westdeutsche wesentlich egalitärer eingestellt sind als ältere während gleichzeitig jüngere Ostdeutsche teilweise weniger egalitäre Einstellungen haben als ältere. Somit sind entgegengesetzte Alterseffekte für die Annäherung verantwortlich. Aber in den wenigsten Fällen kommt es bislang zu einer kompletten Angleichung in den Einstellungen. In vielen Punkten herrschen noch ausgeprägte und persistente Ost-West-Unterschiede. In den jüngeren Kohorten sind die meisten dieser Unter-

schiede jedoch deutlich kleiner als bei den älteren. Trotz der noch immer unterschiedlichen Einstellungen in Ost und West bezüglich der mütterlichen Erwerbstätigkeit haben sich die tatsächlichen Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern im Alter von unter 15 Jahren nach großen Unterschieden in den 1990er Jahren im Verlauf ab 2005 fast angenähert. Hinsichtlich des tatsächlichen Arbeitsumfangs existieren zwischen ost- und westdeutschen Mütter jedoch weiterhin große Unterschiede. Mütter mit Kindern unter 16 Jahren arbeiten im Osten durchschnittlich 9 Stunden pro Woche länger als im Westen.

Wächst zusammen, was zusammen gehört?

Widmet man sich am Ende noch einmal gezielt der Ausgangsfrage „Wächst zusammen, was zusammengehört?“, kann für viele Teilbereiche mit Ja geantwortet werden, wobei der Annäherungsprozess noch nicht immer abgeschlossen ist. Jedenfalls sehen wir umgekehrt in den wenigsten Fällen (starke) Divergenzen. Ein in einigen Punkten angenähertes Sozialkapital in Ost- und Westdeutschland und sich angenäherte Einstellungen in der politischen Sphäre lassen auf eine Transformation und eine Annäherung der politischen Kulturen der beiden Landesteile schließen. Deutschland als Einwanderungsland wird dagegen in Ost- und Westdeutschland noch unterschiedlich wahrgenommen, wenngleich sich die deutsche Gesellschaft insgesamt gegenüber Zuwanderung, Integration und Einbürgerung im Laufe der Zeit offener zeigt. Im ökonomischen Bereich haben sich die Vorstellungen bei vielen Fragen zum Sozialstaat und zur Umverteilung, und auch bei manchen Fragen zur Gerechtigkeit und Ungleichheit angenähert, auch wenn es bis zu einer vollständigen Konvergenz bei einigen Einstellungen noch dauern dürfte. Bei Fragen zur Verteilungsgerechtigkeit finden sich aktuell noch deutliche Ost-West-Unterschiede. Ostdeutsche denken öfter, sie erhalten nicht ihren gerechten Anteil im Leben im Vergleich zu den anderen in Deutschland Lebenden, und sie äußern auch eine geringere Lebenszufriedenheit als die Menschen im Westen. Ungleiches Gerechtigkeitsempfinden kann sich in Unzufriedenheit niederschlagen, die sich auch am Wahltag zeigen kann. Bedenklich ist in dem Zusammenhang auch, dass Ostdeutsche seltener zur Wahlurne gehen als Westdeutsche, und dass das Vertrauen in politische Institutionen im Osten nach wie vor weniger ausgeprägt ist als im Westen.

Insgesamt wächst aber das Verständnis von sozialer Marktwirtschaft und sozialem Zusammenhalt in vielen Aspekten weiter zusammen. Dies geschieht zum Teil durch Annäherungen der West-Einstellungen an die Ost-Einstellungen, aber auch andersherum oft durch Annäherungen der Ost-Einstellungen an die West-Einstellungen, zum Beispiel bei der stark gesunkenen Furcht vor Arbeitsplatzverlust im Osten. Ein eindeutigeres Muster ist in der familialen Sphäre zu konstatieren. Das Familienbild in ganz Deutschland ist im Wandel begriffen. Insbesondere in Westdeutschland setzt sich in den jüngeren Kohorten zunehmend ein modernes, egalitäres Denken durch, das sich demjenigen der Ostdeutschen annähert. Zieht man hinzu, dass die Bildungsexpansion ebenfalls zum Abnehmen der Unterschiede beitragen dürfte, sind Ost- und Westdeutsche auf einem guten Wege eine Konvergenz im Familienbild zu erreichen. Letzterer Befund gilt wiederum nicht nur für das Familienbild, sondern für alle Bereiche: Viele heute noch bestehende Unterschiede in

den Einstellungen west- und ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger sind in jüngeren Kohorten weniger stark ausgeprägt. Die Spuren der historischen Erfahrungen aus DDR und Wiedervereinigung sind dennoch in den meisten Einstellungen, insbesondere im Sozialkapital und den Einstellungen gegenüber Ausländern, deutlich sichtbar. Den Fragen, wie sich diese Erfahrungen in Einstellungsunterschieden manifestiert haben und wo mögliche Angriffspunkte für eine beschleunigte Annäherung liegen könnten, wird sich die Ost-West-Forschung weiterhin stellen müssen.

Anhang

Erläuterungen zur Ursachenforschung

Die Ursachenforschung beginnt mit einer multivariaten Regressionsanalyse anhand einer Kleinste-Quadrate-Schätzung. Dabei soll untersucht werden, ob beobachtbare individuelle und regionale Merkmale den Ost-West-Unterschied in Einstellungen erklären können. Zum Einsatz kommt dafür folgende Regressionsgleichung:

$$Y_i = \alpha + \mu OST_i + X_i' \gamma + Z_r' \delta + \varepsilon_i$$

Die Einstellung oder Verhaltensweise eines Individuums i wird durch Y_i dargestellt. Die Einstellungsvariablen Y_i werden zur besseren Vergleichbarkeit standardisiert, mit einem Mittelwert von Null und einer Standardabweichung von Eins. OST ist eine dichotome Variable, die anzeigt, ob ein Individuum in Ostdeutschland lebt. Der Koeffizient μ misst den unerklärten Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern. Kontrollvariablen auf individueller Ebene X_i und regionaler Ebene Z_r werden hinzugefügt, um die Veränderung von μ zu beobachten. ε_i ist der Fehlerterm der Regression, der konstruktionsbedingt einen Mittelwert von Null aufweist.

Individuelle Merkmale des demographischen sowie des sozio-ökonomischen Hintergrundes sind potentielle Einflussgrößen der persönlichen Einstellungen. Als Kontrollvariablen werden deshalb auf individueller Ebene das Alter in Jahren (und das quadrierte Alter), das Geschlecht, der Migrationshintergrund, der Ehestand, der Schulabschluss, die Anzahl der Kinder, die Erwerbssituation und das Haushaltseinkommen verwendet.⁶⁶ Auf der Ebene von insgesamt 96 Regionen, in denen die Befragten wohnen, kommen die rohe Geburtenziffer, acht Maße der Altersstruktur der Bevölkerung (20-34, 35-49, 50-64, 65 und älter, jeweils nach Geschlecht), der Anteil der Asylleistungsempfänger und der Ausländeranteil als demographische regionale Maße zum Einsatz. Regionale wirtschaftliche Kontrollen sind die Arbeitslosenquote, die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen, die Arbeitslosenquote der Ausländer, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das verfügbare Einkommen pro Kopf und der Anteil der SGBII-Bezieher.

⁶⁶ Für die Datensätze SOEP und Allbus unterscheiden sich die verwendeten individuellen Kontrollen leicht in ihrer Operationalisierung. Im SOEP wird neben dem Ehestand auch das Vorhandensein eines unverheirateten Partners verwendet, das Bildungsniveau wird in Jahren des Schulbesuchs gemessen und der Migrationshintergrund unterscheidet einen direkten und indirekten Migrationshintergrund. Im Allbus ist der Migrationshintergrund die fehlende deutsche Staatsbürgerschaft, der Schulabschluss wird für jede Schulform als Indikator gebildet und statt der Kinderzahl wird ein Indikator für das Vorhandensein von Kindern im Haushalt verwendet. Das Haushaltseinkommen kann wegen einer großen Anzahl fehlender Werte im Allbus nicht verwendet werden.

Die Analysen mit Kontrollvariablen versprechen nur dann eine Erklärung der Ost-West-Unterschiede, wenn sich auch die verwendeten Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschen unterscheiden. In Tabelle 46: werden Mittelwerte der individuellen Merkmale der Befragten in Ost- und Westdeutschland aus dem SOEP 2015 gezeigt. Die Befragten in Ostdeutschland sind mit durchschnittlich 51,6 Jahren über drei Jahre älter als die westdeutschen Befragten. Etwa 54% sind in beiden Landesteilen weiblich. Während im Westen 25,8% der Befragten einen direkten Migrationshintergrund haben, ist das im Osten nur bei 7,6% der Fall.⁶⁷ In beiden Landesteilen haben etwa gleich viele Menschen einen festen Lebenspartner, im Westen sind dabei aber mehr Menschen verheiratet. In den westdeutschen Haushalten leben durchschnittlich 0,82 Kinder, im Osten 0,63 Kinder. Die Anzahl der Bildungsjahre unterscheidet sich zwischen den Landesteilen kaum. Im Westen sind mit 62,7% aber etwas mehr Befragte erwerbstätig als im Osten mit 57,7%. Noch deutlicher ist der Unterschied aber beim Haushaltseinkommen. Während westdeutsche Haushalte etwa 42.800€ pro Jahr verdienen, liegen die Einkommen im Osten bei nur 33.200€.

Die regionalen Kontrollvariablen werden für 74 westdeutsche und 22 ostdeutsche Raumordnungsregionen gebildet. Es werden die Merkmalsgruppen Demographie und Wirtschaftskraft als potentielle Erklärungen für Einstellungsdifferenzen unterschieden. In der Tat unterscheiden sich die ost- und westdeutschen Regionen hinsichtlich der demographischen Merkmale deutlich, wie in Tabelle 47 zu sehen ist. Die Geburtenrate ist in Westdeutschland etwas höher und wird in die Merkmalsgruppe Demographie aufgenommen. Die Anteile der 20-34-Jährigen und 35-50-Jährigen sind in Westdeutschland deutlich größer, in Ostdeutschland findet man größere Anteile bei den 50-64-Jährigen und über-65-Jährigen. Es wird außerdem erkennbar, dass in Ostdeutschland ein altersspezifisches Geschlechterungleichgewicht herrscht. Während im Westen die Anteile der weiblichen Bevölkerung bis 64 Jahre etwa der Hälfte der entsprechenden Altersgruppe entsprechen, sind Frauen im Osten in den Altersgruppen 20-34 und 35-49 deutlich unterrepräsentiert. In die demographische Merkmalsgruppe werden außerdem die Anteile der Ausländer und Asylleistungsempfänger aufgenommen. Die Asylleistungsempfänger pro Einwohner in Ost und West sind sehr ähnlich, denn die Bevölkerungsgröße ist auch ein wichtiger Faktor bei der regionalen Zuteilung von Flüchtlingen. Dagegen unterscheidet sich der Ausländeranteil zwischen Ost- und Westdeutschland stark. Im Westen sind im Durchschnitt der Raumordnungsregionen 10% der Einwohner Ausländer, im Osten nur 4,2% (Tabelle 47).

⁶⁷ Der hohe Anteil von Befragten mit Migrationshintergrund liegt an der gezielten Überrepräsentation dieser Bevölkerungsgruppe im SOEP.

Tabelle 46: Individuelle Merkmale im Durchschnitt

Individuelle Merkmale	West	Ost
Soep 2015:		
Alter (Jahre)	48,1	51,6
Weiblich	53,9%	54,6%
Migrationshintergrund	25,8%	7,6%
Verheiratet	61,8%	57,7%
Lebenspartner unverh.	9,1%	12,9%
Anzahl Kinder im HH	0,82	0,63
Bildungsjahre	12,3	12,6
Erwerbstätig	62,7%	57,7%
Haushaltseinkommen (1,000€)	42,8	33,2

Anmerkungen: Daten aus dem SOEP 2015. Mittelwerte für 20,459 Befragte im Westen und 5,241 Befragte im Osten.

Ein weiterer potentieller Einflussfaktor von Einstellungen ist die wirtschaftliche Situation, denn regionale wirtschaftliche Unsicherheit kann die Bevölkerung auf vielerlei Weise prägen. Die Merkmalsgruppe Wirtschaft beinhaltet deshalb Arbeitslosenquoten und Indikatoren der wirtschaftlichen Situation. Die Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosenquoten von Ausländern sowie die Anteile der Leistungsbezieher nach SGBII sind, zu sehen in Tabelle 47, in ostdeutschen Regionen mehr als 1,5 mal so groß wie in Westdeutschland. Ebenfalls sind das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und das durchschnittliche verfügbare Einkommen in Ostdeutschland deutlich niedriger.

Tabelle 47: Regionale Kontrollen im Durchschnitt über Raumordnungsregionen

Regionale Merkmale	West	Ost
Demographie:		
Geburten pro 1,000 Bev.	8,77	8,21
Anteil Bev. 20-34	18,3%	16,0%
Anteil Bev. 35-49	20,0%	18,8%
Anteil Bev. 50-65	22,1%	25,1%
Anteil Bev. 65+	20,8%	23,9%
Anteil weibl. Bev. 20-34	8,8%	7,5%
Anteil weibl. Bev. 35-49	9,9%	9,0%
Anteil weibl. Bev. 50-65	11,1%	12,5%
Anteil weibl. Bev. 65+	11,7%	13,8%
Anteil Asylleistungsempf.*	0,43%	0,44%
Anteil Ausländer	10,0%	4,2%
Wirtschaft:		
Arbeitslosenquote	5.44%	9.37%
ALQ Ausländer	13.83%	21.20%
ALQ 15-24	4.79%	8.45%
BIP pro Kopf*	155.909 €	88.687 €
Verf. Eink. p.K.*	95.405 €	63.270 €
Anteil SGBII Bez.	6,04%	9,95%

Anmerkungen: Daten von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Ebene von 74 (West) und 22 (Ost) Raumordnungsregionen. Daten aus dem Jahr 2015, mit * aus dem Jahr 2014. Angegeben sind Mittelwerte über die Regionen.

Im zweiten Teil der Analyse werden mehrere Untergruppen, innerhalb derer die Menschen vergleichbarer sind, anhand der oben beschriebenen Merkmale gebildet, um einen spezifischen Ost-

Anhang

West-Unterschied in Einstellungen zu messen. Beispielsweise werden Ost-West-Unterschiede für drei verschiedene Altersgruppen berechnet und miteinander verglichen. Um auch vergleichbare Gruppen von Regionen zu bilden, werden die regionalen Merkmale der Bevölkerung zugeordnet und anhand von Verteilungsparametern (Median, Perzentile) Klassifikationen von Untergruppen gebildet. Anhand des Bevölkerungsanteils junger Menschen werden beispielsweise Regionen klassifiziert, die einen Anteil über oder unter dem Median aufweisen.

Literaturverzeichnis

Acemoglu, D., Johnson, S. und J. A. Robinson (2005): From Education to Democracy?, *American Economic Review*, 95(2), 44–49.

Alesina, A. und E. La Ferrara (2002): Who Trusts Others?, *Journal of Public Economics*, 85, 207–234.

Alesina, A. und G. M. Angeletos (2005): Fairness and Redistribution, *American Economic Review*, 95(4), 960–980.

Alesina, A. und N. Fuchs-Schündeln (2007): Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences, *American Economic Review*, 97(4), 1507–1528.

Alesina, A. und P. Giuliano (2009): Preferences for Redistribution, NBER Working Paper Nr. 14825.

Alesina, A. und P. Giuliano (2010): The Power of the Family, *Journal of Economic Growth*, 16(2), 93–125.

Alesina, A., Giuliano, P. und N. Nunn (2013): Culture and Institutions, *Journal of Economic Literature*, 53(4), 898–944.

Almond, G. A. und S. Verba (1963, 1989): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, New Jersey: Princeton University Press.

Altemeyer, B. (1996): *The Authoritarian Specter*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Ariely, D., Garcia-Rada, X., Hornuf, L. und H. Mann (2014): The (True) Legacy of Two Really Existing Economic Systems, Munich Discussion Paper Nr. 26.

Arrow, K. (1972): Gifts and Exchanges, *Philosophy and Public Affairs*, 1, 343–362.

Bailey, M. J. (2006): More Power to the Pill: The Impact of Contraceptive Freedom on Women's Lifecycle Labor Supply, *Quarterly Journal of Economics*, 121(1), 289–320.

Bailey, M. J. (2010): Momma's Got the Pill: How Anthony Comstock and *Griswold v. Connecticut* Shaped U.S. Childbearing, *American Economic Review*, 100(1), 98–129.

Bailey, M. J., Hershbein, B. J. und A. Miller (2012): The Opt-In Revolution? Contraception, Fertility Timing and the Gender Gap in Wages, *American Economic Journal: Applied Economics*, 4(3), 225–54.

Bauernschuster, S., Falck, O. und S. Heblich (2010): Social Capital Access and Entrepreneurship, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 76 (3), 821–833.

Bauernschuster, S., Falck, O., Gold, R., und S. Heblich (2012): The Shadows of the Socialist Past: Lack of Self-Reliance Hinders Entrepreneurship, *European Journal of Political Economy*, 28 (4), 485-497.

Bauernschuster, S. und H. Rainer (2012): Political Regimes and the Family: How Sex-Role Attitudes Continue to Differ in Reunified Germany, *Journal of Population Economics*, 25, 5-27.

Bauernschuster, S., Falck, O., Heblich, S., Südekum, J., Lameli, A. (2014): Why Are Educated and Risk-loving Persons More Mobile Across Regions?, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 98, 56-69.

Bauernschuster, S., Falck, O. und L. Wößmann, L. (2014): Surfing Alone? The Internet and Social Capital: Quasi-Experimental Evidence from an Unforeseeable Technological Mistake, *Journal of Public Economics*, 117, 73-89.

Bauernschuster, S. und M. Schlotter (2015): Public Child Care and Mothers' Labor Supply - Evidence from Two Quasi-Experiments, *Journal of Public Economics*, 123, 1-16.

Bauernschuster, S. und R. Borck (2016): Formal Child Care and Family Structure, Theory and Evidence, *CESifo Economic Studies*, 62(4), 699–724.

Bayer, P., Ross, S. und G. Topa (2008): Place of Work and Place of Residence: Informal Hiring Networks and Labor Market Outcomes, *Journal of Political Economy*, 116 (6), 1150-1196.

Beblo, M. und L. Goerges (2015): On the Nature (and Nurture) of Gender Differences in Work Preferences, Evidence from East and West Germany, mimeo.

Becker, G. S. (1960): An Economic Analysis of Fertility, in: *Demographic and Economic Change in Developed Countries*. Universities-National Bureau Conference Series, 11, Princeton: Princeton University Press.

Becker, G. S. und H. G. Lewis (1974): Interaction between Quantity and Quality of Children, *Economics of the Family: Marriage, Children, and Human Capital*, University of Chicago Press, 81-90.

Becker, S. O. und L. Wössmann (2008): Luther and the Girls: Religious Denomination and the Female Education Gap in 19th Century Prussia, *Scandinavian Journal of Economics*, 110(4), 777-805.

Becker, S. O., Boeckh, K., Hainz, C., und L. Woessmann (2014): The Empire is Dead, Long Live the Empire! Long-Run Persistence of Trust and Corruption in the Bureaucracy, *Economic Journal*, 126, 40-74.

Benabou, R. und Ok, E. A. (2001): Social Mobility and the Demand for Redistribution: The POUM Hypothesis, *Quarterly Journal of Economics*, 116(2), 447-487.

Boenisch, P. und L. Schneider (2013): The Social Capital Legacy of Communism-Results from the Berlin Wall Experiment, *European Journal of Political Economy*, 32, 391-411.

Boix, C. und S. C. Stokes (2003): Endogenous Democratization, *World Politics*, 55(04), 517-549.

Bonin, H., Dohmen, T., Falk, A., Huffman, D. und U. Sunde (2007): Cross-Sectional Earnings Risk and Occupational Sorting: The Role of Risk Attitudes, *Labour Economics*, 14, 926-937.

Borck, R. (2014): Adieu Rabenmutter – Culture, Fertility, Female Labour Supply, the Gender Wage Gap and Childcare, *Journal of Population Economics*, 27(3), 739–765.

Boserups, E. (1970): Woman's Role in Economic Development, *Bangladesh Economic Review*, 2(1), 507-510.

Braakmann, N. (2017): Company Closures and the Erosion of the Political Center: Evidence from Germany, Newcastle University: mimeo.

Brosig-Koch, J., Helbach, C., Ockenfels, A. und J. Weimann (2011): Still Different After All These Years: Solidarity Behavior in East and West Germany, *Journal of Public Economics*, 95, 1373-1376.

Bujard, M., Panova, R., Sulak, H. und Wolf, L. (2017): Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen. In: *Wie die Zeit vergeht Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5./6. Oktober 2016 in Wiesbaden*, Statistisches Bundesamt (Destatis), 45-62.

Bundesministerium des Inneren (2015): Verfassungsschutzbericht 2015, Fakten und Tendenzen, Kurzzusammenfassung.

Bundesministerium des Inneren (2016): Verfassungsschutzbericht 2015, Fakten und Tendenzen, Kurzzusammenfassung.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2016): Zweiter Engagementbericht, Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung, Berlin.

Bundeswahlleiter (2015): Ergebnisse früherer Bundestagswahlen, Stand 3. August 2015, Wiesbaden.

Bundeswahlleiter (2015a): Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Bundeswahlleiter (2016): Ergebnisse früherer Landtagswahlen, Stand 10. November 2016, Wiesbaden.

Bundeswahlleiter (2017): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Heft 3 Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Oktober 2017, Wiesbaden.

Burchardi, K. B. und T.A. Hassan (2013): The Economic Impact of Social Ties: Evidence from German Reunification, *The Quarterly Journal of Economics*, 128(3), 1219 -1271.

Caballero, C. (2014): Nichtwahl, 437-488, in: Jürgen W. Falter; Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: Springer VS.

Campa, P. und M. Serafinelli (2015): Politico-Economic Regimes and Attitudes: Female Workers Under State-Socialism, Department of Economics, University of Calgary, Working Paper Nr. 2015-25.

Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E. und D. E. Stokes (1960): *The American Voter*, Chicago: University of Chicago Press.

Card, D., Dustmann, C. und I. Preston (2012): Immigration, Wages, and Compositional Amenities, *Journal of the European Economic Association*, 10(1), 78-119.

Chadi, A. (2014): Regional Unemployment and Norm-Induced Effects on Life Satisfaction, *Empirical Economics*, 46(3), 1111-1141.

Clark, A. (2003): Unemployment as a Social Norm: Psychological Evidence from Panel Data, *Journal of Labor Economics*, 21, 323-351.

Clark, A. und A. Oswald (1994): Unhappiness and Unemployment, *Economic Journal*, 104(424), 648-659.

Coleman, J. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital, *The American Journal of Sociology*, 94, 95-120.

Coleman, J. (1990): *Foundations of Social Theory*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Corneo, G. (2001): Inequality and the State: Comparing US and German Preferences, *Annales D'Économie et De Statistique*, 63/64, 283-296.

Corneo, G. und H. P. Grüner (2002): Individual preferences for political redistribution, *Journal of Public Economics*, 83, 83-107.

Cramer, J., Hartog, J., Jonker, N. und M. van Praag, M. (2002): Low Risk Aversion Encourages the Choice for Entrepreneurship: An Empirical Test of a Truism, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 48, 29–36.

- Dahlberg, M., Edmark, K. und H. Lundqvist (2012): Ethnic Diversity and Preferences for Redistribution, *Journal of Political Economy*, 120(1), 41–76.
- Deth, J. W. V. und K. Neller (2006): Politisches Engagement in Europa, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 30-31, 30-38.
- Di Tella, R., MacCulloch, R. J. und A. J. Oswald (2001): Preferences over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness, *American Economic Review*, 91, 335–341.
- Dippel, C., Gold, R. und S. Heblich (2015): Globalization and Its (Dis-)Content: Trade Shocks and Voting Behavior, *NBER Working Paper Nr. 21812*.
- Dohmen, T., Falk, A., Huffman, D., Sunde, U., Schupp, J. und G. G. Wagner (2011): Individual Risk Attitudes: Measurement, Determinants, and Behavioral Consequences, *Journal of the European Economic Association*, 9(3), 522-550.
- Durante, R., van der Weele, J. und L. Putterman (2014): Preferences for Redistribution and Perceptions of Fairness: An Experimental Study, *Journal of the European Economic Association*, 12(4), 1059-1086.
- Durlauf, S. und M. Fafchamps (2006): „Social Capital“, in: Durlauf und Fafchamps (Hrsg.), *Handbook of Economic Growth*, Amsterdam: Elsevier.
- Dustmann, C., Glitz, A., Schönberg, U. und H. Brücker (2016): Referral-Based Job Search Networks, *Review of Economic Studies*, 83, 514-546.
- Easterlin, R. A. (1995): Will Raising the Incomes of All Increase the Happiness of All, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 27, 35-47.
- Easterlin, R. A. (2009): Lost in Transition: Life Satisfaction on the Road to Capitalism, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 71, 130-145.
- Easterlin, R. A. und A. C. Plagnol (2008): Life Satisfaction and Economic Conditions in East and West Germany Pre- and Post-Unification, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 68, 433-444.
- Fairlie, R. (2002): Drug Dealing and Legitimate Self-Employment, *Journal of Labor Economics*, 20, 538–567.
- Falk, A., Kuhn, A. und J. Zweimüller (2011): Unemployment and Right-Wing Extremist Crime, *Scandinavian Journal of Economics*, 113(2), 260-285.
- Farré, L. und F. Vella (2013): The Intergenerational Transmission of Gender Role Attitudes and its Implications for Female Labor Force Participation, *Economica*, 80, 219–247.

Fehr, E. und K. M. Schmidt (1999): A Theory of Fairness, Competition, and Cooperation, *Quarterly Journal of Economics*, 114(3), 817-868.

Fehr, E. und K. M. Schmidt (2006): „The Economics of Fairness, Reciprocity and Altruism – Experimental Evidence and new Theories“, in: Kolm, S.-C. und J. M. Ythier (Hrsg.): *Handbook of the Economics of Giving, Altruism and Reciprocity*, Volume 1, Amsterdam: Elsevier.

Fernández, R. (2007): Women, Work, and Culture, *Journal of the European Economic Association*, 5(2-3), 305–332.

Fernández, R. (2013): Cultural Change as Learning, The Evolution of Female Labor Force Participation over a Century, *American Economic Review*, 103(1), 472–500.

Fernández, R. und A. Fogli (2006): Fertility: The Role of Culture and Family Experience, *Journal of the European Economic Association*, 4(2-3), 552-561.

Fernández, R. und A. Fogli (2009): Culture. An Empirical Investigation of Beliefs, Work, and Fertility, *American Economic Journal: Macroeconomics*, 1(1), 146–177.

Fernández, R., Fogli, A. und C. Olivetti (2004): Mothers and Sons. Preference Formation and Female Labor Force Dynamics, *Quarterly Journal of Economics*, 119(4), 1249–1299.

Ferrer-i-Carbonell, A. (2005): Income and Well-Being: An Empirical Analysis of the Comparison Income Effect, *Journal of Public Economics*, 89, 997-1019.

Fogli, A. und L. Veldkamp (2011): Nature or Nurture. Learning and the Geography of Female Labor Force Participation, *Econometrica*, 79(4), 1103–1138.

Fortin, N. (2005): Gender Role Attitudes and the Labour-Market Outcomes of Women Across OECD Countries, *Oxford Review of Economic Policy*, 21(3), 416-438.

Friedman, M. (1962): *Capitalism and Freedom*, Chicago: University of Chicago Press.

Frijters, P., Haisken-DeNew, J. P. und M. A. Shields (2004a): Investigating the Patterns and Determinants of Life Satisfaction in Germany Following Reunification, *Journal of Human Resources*, 39(3), 649-674.

Frijters, P., Haisken-DeNew, J. P. und M. A. Shields (2004b): Money Does Matter! Evidence from Increasing Real Income and Life Satisfaction in East Germany Following Reunification, *American Economic Review*, 94(3), 730-740.

Fuchs, D., Gabriel, O. W. und K. Völkl (2002): Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31(4), 427-450.

- Funke M., Schularick, M. und C. Trebesch (2016): Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870-2014, *European Economic Review*, 88, 227-260.
- Gabriel O. W. und S. Zmerli (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 30-31, 8-14.
- Galor O. und D. Weil (1996): The Gender Gap, Fertility, and Growth, *American Economic Review*, 86(3), 374-387.
- Geishecker, I. und T. Siedler (2012): Job Loss Fears and (Extremist) Party Identification: First Evidence from Panel Data, *IZA Discussion Paper Nr. 6996*.
- Giavazzi, F. und Tabellini, G. (2005): Economic and Political Liberalizations, *Journal of Monetary Economics*, 52(7), 1297-1330.
- Giuliano, P. (2017): Gender: An Historical Perspective, *NBER Working Paper Nr. 23635*.
- Giuliano, P. und A. Spilimbergo (2014): Growing up in a Recession, *Review of Economic Studies*, 87, 787-817.
- Giuliano, P. und N. Nunn (2017): Understanding Cultural Persistence and Change, *NBER Working Paper Nr. 23617*.
- Glaeser, E. L., Laibson D. und B. Sacerdote (2002): An Economic Approach to Social Capital, *Economic Journal*, 112 (483), F437-F458.
- Goldin, C. (1984): The Historical Evolution of Female Earnings Functions and Occupations, *Explorations in Economic History*, 21(1), 1-27.
- Goldin, C., L. F. Katz (2002): The Power of the Pill. Oral Contraceptives and Women's Career and Marriage Decisions, *Journal of Political Economy*, 110(4), 730-770.
- Granovetter, M. (1973): The Strength Of Weak Ties, *American Journal of Sociology*, 78, 1360-80.
- Granovetter, M. (2005): The Impact of Social Structure on Economic Outcomes, *Journal of Economic Perspectives*, 19(1), 33-50.
- Greenwood, J., Seshadri, A. und M. Yorukoglu (2005): Engines of Liberation, *Review of Economic Studies*, 72(1), 109-133.
- Grosjean, P. und C. Senik (2011): Democracy, Market Liberalization, and Political Preferences, *Review of Economics and Statistics*, 93(1), 365-381.

Guillaud, E. (2013): Preferences for Redistribution: An Empirical Analysis over 33 Countries, *Journal of Economic Inequality*, 11, 57-78.

Guiso, L., Sapienza, P. und L. Zingales (2004): The Role of Social Capital in Financial Development, *American Economic Review*, 94(3), 526-556.

Haan, P. und K. Wrohlich (2011): Can Child Care Policy Encourage Employment and Fertility? Evidence from a Structural Model, *Labour Economics*, 18(4), 498-512.

Halla, M., Wagner, A.F. und J. Zweimüller (2017): Immigration and Voting for the Far Right, *Journal of the European Economic Association*, im Druck.

Hansen, C. W., Jensen, P. S. und C. V. Skovsgaard (2015): Modern Gender Roles and Agricultural History: Neolithic Inheritance, *Journal of Economic Growth*, 20, 365-404.

Hansen, O.-P. M. und S. Legge (2016): Drawbridges Down: Altruism and Immigration Preferences, *CESifo Working Paper Nr. 6204*.

Heineck, G. und B. Süßmuth (2013): A Different Look at Lenin's Legacy: Social Capital and Risk Taking in the Two Germanies, *Journal of Comparative Economics*, 41(3), 789-803.

Heineck, G. und B. Süßmuth (2013): A Different Look at Lenin's Legacy: Social Capital and Risk Taking in the Two Germanies, *Journal of Comparative Economics*, 41(3), 789-803.

Henninghausen, T. und F. Heinemann (2015): Don't Tax Me? Determinants of Individual Attitudes Toward Progressive Taxation, *German Economic Review*, 16(3), 255-289.

Holst, E. und Wieber, A. (2014): Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn, *DIW Wochenbericht Nr. 40*, 967-975.

Holtmann, E., Gabriel, P. W., Maier, J., Jaeck, T. und Leidecker, M. (2015): Deutschland 2014 – 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts, *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.), Berlin*.

Inglehart, R. F. und P. Norris (2016): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Haves and Cultural Backlash, *HKS Faculty Research Working Paper Nr. 16-026*.

Jaeger, D. A., Dohmen, T., Falk, A., Huffman, D., Sunde, U. und H. Bonin (2010): Direct Evidence on Risk-Attitudes and Migration, *Review of Economics and Statistics*, 92, 684-689.

Johnston, D. W., Schurer, S. und M. A. Shields (2014): Maternal Gender Role Attitudes, Human Capital Investment, and Labour Supply of Sons and Daughters, *Oxford Economic Papers*, 66(3), 631-659.

Kaase, M. (1982): Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien, S. 173-189, in: Raschke, J. (Hrsg): Bürger und Parteien, Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kaase, M. (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung, S. 159-174, in: Berg-Schlosser, D. und F. Müller-Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Ein einführendes Studienhandbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kluve, J. und M. Tamm (2013): Parental Leave Regulations, Mothers' Labor Force Attachment and Fathers' Childcare Involvement: Evidence from a Natural Experiment, *Journal of Population Economics*, 26(3), 983–1005.

Knack S. und P. Keefer (1997): Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation, *The Quarterly Journal of Economics*, 112 (4), 1251-1288.

Krack-Roberg, E., Rübenach, S., Sommer, B. und Weinmann, J. (2016): Familie, Lebensformen und Kinder. In: Datenreport 2016 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.), Bonn, 43-59.

Kühnel, Steffen (2001): Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen, S. 11-42, in: Koch, A., Wasmer M. und P. Schmidt (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kuziemko, I., Buell, R. W., Reich, T. und M. I. Norton (2014): Last-Place Aversion: Evidence and Redistributive Implications, *Quarterly Journal of Economics*, 129(1), 105-149.

Kuziemko, I., Norton, M. I., Saez, E. und S. Stantcheva (2015): How Elastic Are Preferences for Redistribution? Evidence from Randomized Survey Experiments, *American Economic Review*, 105(4), 1478-1508.

Lalive, R. und A. Stutzer (2014): The Role of Social Work Norms in Job Searching and Subjective Well-Being, *Journal of the European Economic Association*, 2, 696–719.

Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, Landtagswahl 2017, Endgültige Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen, Heft 3, Mai 2017, Düsseldorf.

Landeswahlleiterin für Niedersachsen (2017): <https://www.aktuelle-wahlen-niedersachsen.de/> (27.11.2017).

Landeswahlleiterin für Saarland (2017): http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL/ (27.11.2017).

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (2017): <http://www.wahlen-sh.de/wahlen.php?site=left/gebiete&wahl=523#index.php?site=right/ergebnis&wahl=523&gebiet=1&typ=1&stimme=2> (27.11.2017).

Levine, D. (1993): The Effect of Non-Traditional Attitudes on Married Women's Labor Supply, *Journal of Economic Psychology*, 14(4), 665-679.

Lippmann, Q., Georgieff, A. und C. Senik (2016): Undoing Gender with Institutions. Lessons from the German Division and Reunification, Paris School of Economics, Working Paper Nr. 2016-06.

Lipset, S. M. (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, *American Political Science Review*, 53(01), 69-105.

Loury, G.C. (1977): "A Dynamic Theory of Radical Income Differences", in: Wallace, P.A. und A. Le Mund (Hrsg.), *Women, Minorities, and Employment Discrimination*, Lexington, MA: Lexington Books.

Luttmer, F. P. und M. Singhal (2011): Culture, Context, and the Taste for Redistribution, *American Economic Journal: Economic Policy*, 3(1), 159-179.

Malmendier, U. und S. Nagel (2011): Depression Babies: Do Macroeconomic Experiences Affect Risk Taking?, *Quarterly Journal of Economics*, 12, 373-416.

Marschall, S. (2015): *Das politische System Deutschlands*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

McMillan, J. und C. Woodruff (1999): Interfirm Relationships and Informal Credit in Vietnam, *The Quarterly Journal of Economics*, 114 (4), 1285-1320.

Michelacci, C. und O. Silva (2007): Why So Many Local Entrepreneurs?, *Review of Economics and Statistics*, 89 (4), 868-898.

Niedermayer, O. (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, S. 175-207, in: Niedermayer, O. (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Niedermayer, O. (2016): *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016*, Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, FU Berlin 2016.

Niedermayer, O. und R. Stöss (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg, Handout zur Pressekonferenz, Berlin März 2005.

Ockenfels, A. und J. Weimann (1999): Types and Patterns: an Experimental East-West-German Comparison of Cooperation and Solidarity, *Journal of Public Economics*, 71, 275-287.

- OECD Insights (2007): Human Capital: How what you know shapes your Life, Chapter 6 „A bigger Picture“, Paris: OECD Publishing.
- Olivetti, C., Patacchini, E. und Y. Zenou (2016): Mothers, Peers and Gender Identity, Boston College Working Papers in Economics Nr. 904.
- Olken, B.A. (2009): Do Television and Radio Destroy Social Capital? Evidence from Indonesian Villages, *American Economic Journal: Applied Economics*, 1 (4), 1-33.
- Paldam, M. und G.T. Svendsen (2000): An Essay on Social Capital: Looking for the Fire Behind the Smoke, *European Journal of Political Economy*, 16(2), 339-366.
- Papaioannou, E. und G. Siourounis (2008): Democratisation and Growth, *Economic Journal*, 118(532), 1520-1551.
- Persson, T. und G. Tabellini (2006): Democracy and Development: The Devil in the Details, *American Economic Review*, 96(2), 319-324.
- Persson, T. und G. Tabellini (2008): The Growth Effects of Democracy: Is It Heterogeneous and How Can It Be Estimated?, in: E. Helpman (Hrsg.), *Institutions and Economic Performance*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Pfahl-Traughber, A. (2016): Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments I und II, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments,und-ii>.
- Piketty, T. (1995): Social Mobility and Redistributive Politics, *Quarterly Journal of Economics*, 110(3), 551-584.
- Pollack, D. (2006): Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt?, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 30-31, 3-7.
- Pöttsch, H. (2009): *Die Deutsche Demokratie*, 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pryor, F. L. (2012): The Impact of Income Inequality on Values and Attitudes, *Journal of Socio-Economics*, 41, 615-622.
- Putnam, R. D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, Simon and Schuster, New York.
- Putnam, R.D., Leonardi, R. und R.Y. Nanetti (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, NJ: Princeton University Press.

Ragnitz, J. (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit: Eine Erfolgsgeschichte, *Wirtschaftsdienst*, 95(6), 375–394.

Rainer, H. und T. Siedler (2008): Subjective Income and Employment Expectations and Preferences for Redistribution, *Economics Letters*, 99(3), 449-453.

Rainer, H. und T. Siedler (2009a): Does Democracy Foster Trust?, *Journal of Comparative Economics*, 37, 251-269.

Rainer, H. und T. Siedler (2009b): Social Networks in Determining Migration and Labor Market Outcomes: Evidence from the German Reunification, *Economics of Transition*, 17(4), 739–767.

Raute, A. (2016): Do Financial Incentives Affect Fertility – Evidence from a Reform in Maternity Leave Benefits, mimeo.

Robinson, J.A. (2006): Economic Development and Democracy, *Annual Review of Political Science*, 9, 503-527.

Sanders, J. M. und V. Nee (1996): Immigrant Self-Employment: The Family as Social Capital and the Value of Human Capital, *American Sociological Review*, 61 (2), 231-249.

Schoen, H. und C. Weins (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, 241-239, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (eds.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Slemrod, J. und P. Katuscak (2005): Do Trust and Trustworthiness Pay Off?, *Journal of Human Resources*, 40, 621-646.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Bei Paaren mit kleinen Kindern ist eine Vollzeittätigkeit für Mütter die Ausnahme, Pressemitteilung vom 7. März 2017 – 077/17.

Stichs, A. (2016): Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015, Working Paper 71 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Stöss, R. (2016): Der rechte Rand des politischen Systems der Bundesrepublik, Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230035/der-rechte-rand-des-politischen-systems-der-bundesrepublik>.

Thurich, Eckart (2011): *pocket politik. Demokratie in Deutschland. überarb. Neuaufl.*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

van Hoorn, A. und R. Maseland (2010): Cultural Differences Between East and West Germany After 1991: Communist Values versus Economic Performance?, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 76, 791-804.

Vella, F. (1994): Gender Roles and Human Capital Investment: The Relationship between Traditional Attitudes and Female Labour Market Performance, *Economica*, 61, 191-211.

Voigtländer, N. und J. Voth (2012): Persecution Perpetuated: The Medieval Origins of Anti-Semitic Violence in Nazi Germany, *Quarterly Journal of Economics*, 127, 1339-1392.

Wessels, B. (2016): Politisches Interesse und politische Partizipation, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226931/politisches-interesse-und-politische-partizipation> (23.08.2017).

Winkelmann, L. und R. Winkelmann (1998): Why are the Unemployed so Unhappy?, *Economica*, 65, 1-15.